

Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften

Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958

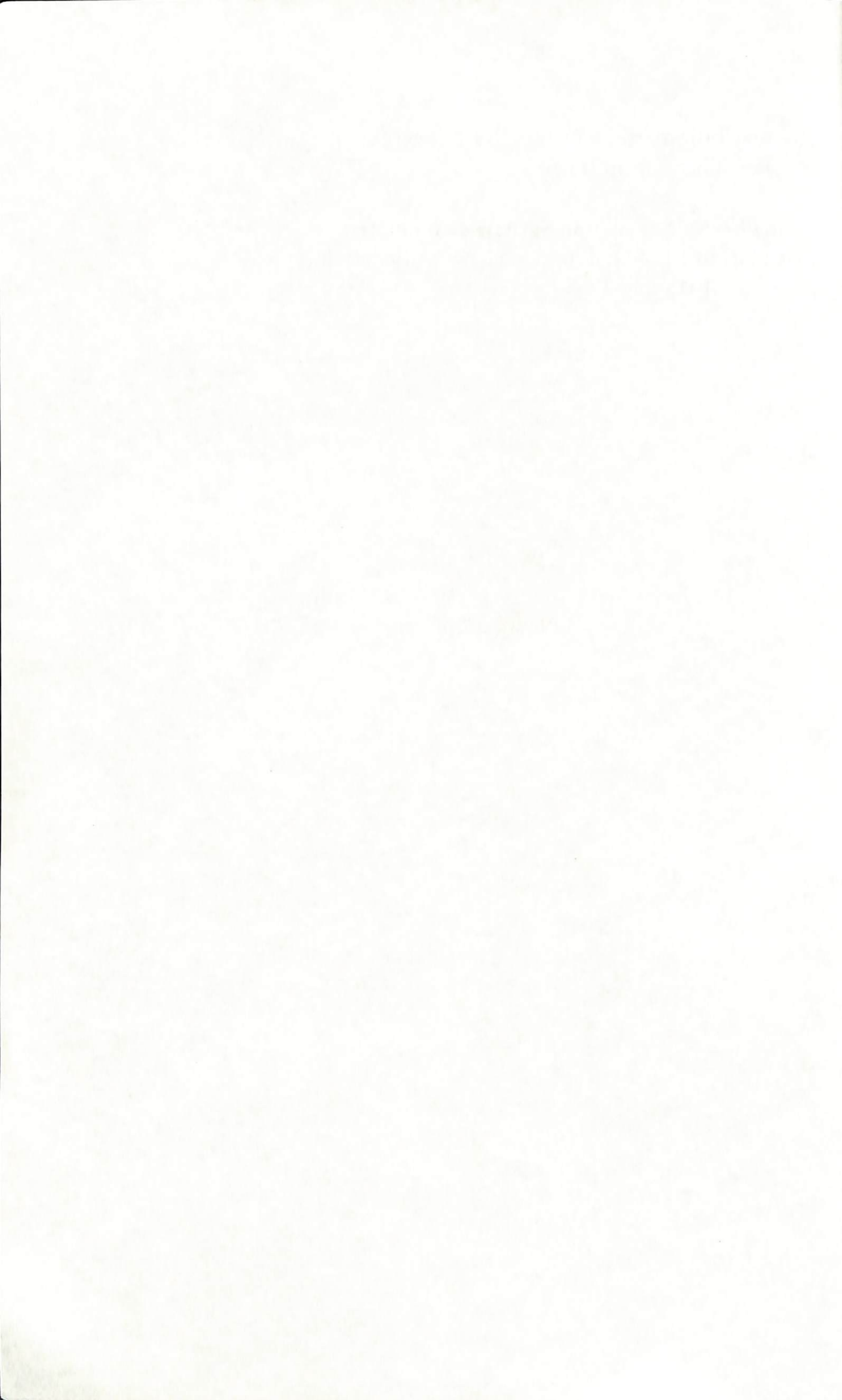
Herausgegeben von
Reinhard Blomert, Hans Ulrich Eßlinger und Norbert Giovannini

metropolis

Reinhard Blomert/Hans Ulrich Eßlinger/
Norbert Giovannini (Hrsg.)

Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften

Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958



Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften

Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958

Herausgegeben von
Reinhard Blomert, Hans Ulrich Eßlinger
und Norbert Giovannini

Metropolis-Verlag
Marburg 1997

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften: das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958 / hrsg. von Reinhard Blomert ... – Marburg : Metropolis-Verl., 1997
ISBN 3-89518-098-X
NE: Reinhard Blomert [Hrsg.]; Institut für Sozial- und Staatswissenschaften <Heidelberg>

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH
Postfach 1748, 35007 Marburg

Druck und Einband: Rosch Buch, Hallstadt
Printed in Germany

ISBN 3-89518-098-X

Inhalt



Vorwort

Der vorliegende Band basiert im wesentlichen auf Referaten eines Symposiums über die *Heidelberger Sozialwissenschaften zwischen 1918 und 1958 am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (InSoSta)*, das im Jahr 1995 in Bad Homburg v.d.H. stattfand. Die Idee zu diesem Symposium entsprang nicht zuletzt dem Wunsch, eine ihrem tatsächlichen Rang entsprechende Würdigung der Heidelberger Sozialwissenschaften in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren zu versuchen, da die im allgemeinen übliche Bindung der Heidelberger Sozialwissenschaften an den Namen Max Weber die Weiterentwicklung durch seinen Bruder Alfred und dessen Konzept der wissenschaftlichen Diversität zu Unrecht in den Schatten stellt.

Die unterschiedlichen Forschungsansätze in den einzelnen am InSoSta vertretenen sozial- und staatswissenschaftlichen Disziplinen können als eine Matrix aufgefaßt werden, deren Felder im Zeitablauf mit Namen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern immer wieder neu besetzt wurden. Doch auch die Zeilen und Spalten dieser Matrix erfuhren Veränderungen in der Zeit – die tiefgreifendste davon im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung der Heidelberger Universität, von der das InSoSta in ganz besonderem Maße betroffen war, und deren Folgen nach 1945 auch nicht gänzlich beseitigt werden konnten.

Das komplette Ausfüllen aller Felder war im Rahmen der Tagung und auch dieses Bandes weder geplant noch wäre dies mit Blick auf ihre große Zahl zu leisten gewesen. Einige der prominenten InSoSta-Lehrer werden daher in den Einzelbeiträgen nicht vorgestellt. Die Fern- und Weiterwirkungen des InSoSta werden nur in Ausschnitten angesprochen. Ziel der biographisch-werkorientierten Beiträge ist, intellektuelle Besonderheiten herauszuarbeiten, die das InSoSta charakterisierten. Darüber hinaus sollen jene politischen und wissenschaftlichen Entwicklungslinien sichtbar werden, die das Institut von außen beeinflußten, ebenso wie jene, die seine Lehrer und Schüler selbst generierten.

Ohne die großzügige Förderung der Tagung durch die Fritz Thyssen Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung hätte der finanzielle Rahmen für ein solches Vorhaben nicht geschaffen werden können; die Werner Reimers Stiftung stellte ihre Tagungsstätte für das Symposium zur Verfügung. Den genannten Institutionen gilt an dieser Stelle unser ausdrücklicher Dank für ihre großzügige Unterstützung.

Die Herausgeber

Einleitung

Reinhard Blomert, Hans Ulrich Eßlinger, Norbert Giovannini

1. Universitätsinterne und -externe Faktoren der Institutsgründung

Zu Beginn des Jahrhunderts waren es die Naturwissenschaften, die mit ihren raschen technischen und gesellschaftlichen Erfolgen einen entsprechenden Platz im Gefüge der universitären Korporation forderten und die alten ›Humaniora‹ in den Hintergrund drängten. Das gab in Deutschland jedoch den Anstoß zur Schärfung des Profils der letzteren durch die Entwicklung von Methoden, deren Kennzeichen Max Weber für die Kulturwissenschaften formulierte: geschichtlich orientiert, mit einem mehrdimensionalen Kausalitätsverständnis ausgestattet, das sich vom strengen naturgesetzlichen unterschied, und mit Forschungsfeldern, die zwischen Ökonomie, Moralwissenschaften und Politik lagen. Damit waren die Disziplinbegründer – Simmel, Max Weber, Tönnies und Troeltsch – noch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs im Deutschen Reich richtungsweisend und wirkten in die Zwischenkriegszeit hinein.

Alfred Weber hatte 1924 die Umbenennung des bisherigen Volkswirtschaftlichen Seminars in ›Institut für Sozial- und Staatswissenschaften‹ (InSoSta)[1] erreicht. Die Betonung der »sozialwissenschaftlichen« und »staatswissenschaftlichen« Ausrichtung machte die neuen Akzente deutlich: Die bisherige Nationalökonomie konnte in ihrer traditionellen Form die neuen Themen nicht mehr bewältigen und nahm in Heidelberg in dieser disziplinär nicht festgelegten institutionellen Ausgestaltung Impulse auf, die bislang außerhalb der Wissenschaft standen.

[1] InSoSta war die von den Studentinnen und Studenten verwandte Telegrammabkürzung des Instituts.

Der Vorteil, den sich Weber von dieser Institutsgründung versprach, sollte sich bald auswirken. So konnte er nicht nur in unabhängigerer Art und Weise private Spenden hereinholen, sondern das Institut machte auch – freilich nicht ohne die notwendigen Abstimmungsprozesse mit der Fakultät und dem badischen Unterrichtsministerium – die Gründung von An-Instituten und Nebeneinrichtungen möglich, die von einem normalen Universitätsseminar aus komplizierter, wenn nicht gar unmöglich gewesen wären. Es waren insbesondere drei Optionen, die zu den besonderen Kennzeichen des Instituts gehörten: pädagogisch reflektierte akademische Ausbildung im Sinne der in der Jugendbewegung entwickelten Reformpädagogik (Werkstattcharakter der Lehre, Vorrang der Allgemeinbildung vor Spezialisierung), republikanisch-demokratische Ausrichtung des Instituts und Überwindung der Isolation und Provinzialität, in die die deutsche Wissenschaft durch das Ergebnis des Weltkriegs gelangt war.

Außerwissenschaftlich waren es nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die Revolution und die unerwartete Demokratisierung, die es einer Reihe von Politikern geboten erscheinen ließen, Sozialforschung als eine Spezialdisziplin einzurichten, die sich der gesellschaftlichen Probleme annahm. Das deutsche Bürgertum hatte es nicht vermocht, »die Aristokratie aufzufressen« (Braudel). Die Umwälzung 1918 traf deshalb nicht nur die Aristokratie schwer, sondern gleichermaßen auch ein Bürgertum, das in einem innigen Bündnis mit ihm verwoben und nicht darauf vorbereitet war, aus seiner subalternen Position herauszutreten und eigene politische Kräfte zu entwikkeln. Zum Träger der Regierungsgewalt wurden die im Kaiserreich marginalisierten Sozialdemokraten und Demokraten sowie die Katholiken. Dies hat auch in den Wissenschaften seinen Niederschlag gefunden.

Die Gründungsphase sozialwissenschaftlicher Institute liegt in den frühen zwanziger Jahren. Dazu gehörten die Frankfurter ›Akademie für Arbeit‹, die Berliner ›Hochschule für Politik‹, schließlich das Frankfurter ›Institut für Sozialforschung‹ sowie das Berliner Institut von Karl Dunkmann, an dem auch Ferdinand Tönnies gelegentlich arbeitete. In gewissem Sinne könnte man auch das ›Institut für auswärtige Politik‹ in Hamburg hinzurechnen und selbst Plenges Ein-Mann-Institut in Münster, das ›Forschungsinstitut für Organisationslehre und allgemeine und vergleichende Soziologe‹ wird gelegentlich dazugezählt.[2] Daß bei all diesen Instituten stets auch politische Intentionen Pate gestanden haben, ist kaum überraschend. War es beim Frankfurter ›Institut für Sozialforschung‹ der Gedanke des Studiums

[2] So bei Buckmiller 1988.

der Marxschen Theorie der sozialen Revolution, der von vielen der dort arbeitenden jungen Sozialisten und Kommunisten ganz aktivistisch verstanden wurde, da sie mit der alsbald kommenden Revolution in Deutschland rechneten, so waren es bei anderen der genannten Institute sozialdemokratische, bürgerlich-wissenschaftliche, gewerkschaftliche oder religiöse Hintergründe, die ihre Ausrichtung (mit)bestimmten. Immer ging es jedoch um die Ausbildung von Führungskräften für die politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen, Organisationen und Betriebe der Republik. Das InSoSta gehört nur bedingt in diese Reihe von Institutsgründungen, denn es war kein Forschungsinstitut und stand daher nicht direkt in Konkurrenz zu den anderen.[3] Doch ging es auch hier um politische Gestaltung in Form einer demokratischen Orientierung der künftigen Führungskräfte der Weimarer Republik.

In der Regel repräsentierten die Institute jedoch nicht einfach eine Richtung, sondern ein Bündel von Interessenstandpunkten unterschiedlicher Fraktionen, von denen zwar einzelne majoritär sein konnten, ihre Gesamtheit aber nicht einförmig war. Das Einbeziehen mehrerer politischer Richtungen war bei Weber jedoch nicht nur aus dem Gedanken der Toleranz geboren, sondern es standen ökonomische Kalküle dahinter, denn Zuwendungen hingen von wechselnden Mehrheiten ab. Die beiden Institutsorganisatoren – Weber und Lederer – waren im Umgang mit Behörden geübt genug, um sich den neuen demokratischen Anforderungen anzupassen – daß sie dabei ihre eigene Interessenlage nicht hintanstellten, dafür sorgten sie bei den Berufungen. Die wissenschaftsorganisatorischen Leistungen Alfred Webers werden im vorliegenden Band von *Eberhard Demm* dargestellt.

Die Sonderstellung des InSoSta im Hinblick auf die soziale und politische Orientierung des Lehrkörpers und seine Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften stellt *Christian Jansen* im vorliegenden Band unter dem Stichwort ›Institut der Außenseiter‹ dar – ein Thema, das von *Heide Marie Lauterer*, *Theresa Wobbe*, *Carl Freytag* und *Helmut Lethen* in je unterschiedlicher Perspektive entfaltet wird.

[3] Eine i.e.S. reine Forschungsgruppe wurde in Heidelberg erst Ende der zwanziger Jahre mit Hilfe der Rockefeller-Stiftung eingerichtet (›Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas‹).

2. *Die Charakteristika des InSoSta im Überblick*

2.1 *Einheit der Sozialwissenschaften*

Alfred Weber legte den größten Wert darauf, daß am volkswirtschaftlichen Seminar neben dem Kanon der einzelnen Bereiche der Volkswirtschaftslehre – Finanzwissenschaften, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Struktur- und Standortlehre, Wirtschaftsgeschichte – auch Soziologie und Staatswissenschaften vertreten waren. Gemeinsam wehrten sich Weber und Gothein gegen die Einführung eines Diplomstudiengangs und richteten statt dessen 1922 die Verleihung des Titels eines Dr. rer. pol. ein, der von einer Kommission aus Nationalökonomen, Juristen und Historikern unter dem Vorsitz des Dekans der Philosophischen Fakultät verliehen wurde. Damit wurde zugleich die Interdisziplinarität im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Fächer institutionalisiert. In dieser Verknüpfung der Einheit der Sozialwissenschaften sah Weber eine Möglichkeit der Zurückdrängung des ›Fachmenschentums‹. Die Soziologie sollte die Kultur und die Institutionen des Kapitalismus untersuchen und erklären. Dasselbe Ziel stand sowohl hinter der am InSoSta von Emil Lederer herausgegebenen Zeitschrift *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* als auch der Publikationsserie *Grundriß der Sozialökonomie*.[4] Im übrigen war Lederer mit seinen Arbeiten zur Wirtschaftstheorie und zu den Wirkungen des technischen Fortschritts ein bedeutender Vertreter der Reformökonomie, einer innovativen nationalökonomischen Forschungsrichtung im deutschen Sprachraum, der auch sein Schüler Jacob Marschak zuzurechnen ist. *Hans Ulrich Eßlinger* und *Harald Hagemann* erläutern dies in ihren Beiträgen in einem spezifischen Heidelberger Kontext.

2.2 *Politische und kulturelle Orientierung*

Als seine vordringliche Aufgabe betrachtete Alfred Weber, den Führungsnachwuchs mit einer demokratischen Politik- und Staatsauffassung auszustatten – gerade nach dem Ende des Kaiserreichs 1918 hatte dies für die neue

[4] An beiden Schriftenreihen war Max Weber als Mitgründer noch entscheidend beteiligt gewesen.

Republik eine besondere Bedeutung bekommen. Mit Erfolg förderte er die Integration jüdischer und sozialdemokratischer Wissenschaftler in den Lehrkörper. So wurde die Atmosphäre am InSoSta von unterschiedlichen Strömungen geprägt, die jedoch nicht einfach bestimmten Parteiungen zuzuordnen waren.

Eine Verbindung zum George-Kreis bestand durch die beiden Finanzwissenschaftler Arthur Salz, der mit Alfred Weber seit dessen Prager Zeit eng befreundet war, und Edgar Salin.[5] Letzterer, Inhaber der Gothein-Gedächtnis-Professur, war am InSoSta einer der Initiatoren der Friedrich-List-Gesellschaft (FLG) und der Friedrich-List-Werkedition. Durch Kontakte zu Reichsaußenminister Stresemann erreichte er, daß ein Teil der Finanzierung dieser Edition vom Auswärtigen Amt übernommen wurde.

2.3 *Reformpädagogik*

Eine große Zahl der Studenten stand noch zu Beginn der zwanziger Jahre unter dem Einfluß der *Jugendbewegung*, zu deren Mentoren Alfred Weber zählte. Sein pädagogisches Ethos hatte die besondere Betonung der Selbständigkeit der Person zum Ziel. Dieses Ethos vertrug sich nicht mit dem Burschenschaftswesen, welches denn in der Regel auch das InSoSta mied. Es ist kein Zufall, daß Jugendbewegte wie Walter Benjamin, Erich Fromm oder Norbert Elias ebenso am InSoSta studierten und/oder lehrten, wie die Freischarführer Bergstraesser und Eschmann oder die Georgianer Salin und Kantorowicz.

Die Arbeitsatmosphäre war insbesondere für Studenten sehr günstig, die ohne enge Anleitung arbeiten konnten; über strittige Fragen wurden bisweilen heftige Debatten geführt. An die Jugendbewegung erinnert auch, daß Werkstudenten Praktika in lokalen Betrieben angeboten wurden. Darüber hinaus war das InSoSta für die ›Soziologischen Diskussionsabende‹ berühmt, die im Hotel Schrieder stattfanden. Die etwas anspruchsvollere ›Studien- und Förderungsgesellschaft am InSoSta‹ wurde von einem Kreis von Fördermitgliedern finanziert und schuf für den Nachwuchs ein Forum des Kennenlernens und der Auseinandersetzung mit Wirtschaftsvertretern und

[5] Vgl. in diesem Band den Beitrag von *Christian Jansen*; ausführlicher zu diesen beiden InSoSta-Mitgliedern Schefold 1992 sowie die biographischen Arbeiten von Blomert 1992 und 1996.

Politikern. Oft blieben auch nach Beendigung des Studiums die persönlichen Beziehungen der Studenten untereinander sowie zu ihren ehemaligen Lehrern erhalten.[6] Das Institut profitierte von diesen Beziehungen nicht allein durch die Erleichterungen bei der Vermittlung von Praktika und Stellen, sondern auch finanziell durch die Stiftungsmittel und Zuwendungen, wodurch beispielsweise der Umzug des InSoSta ins Palais Weimar im Jahr 1927 ermöglicht wurde.

2.4 Die Einrichtungen

Bibliothek. In einer Situation der politischen, wirtschaftlichen und intellektuell-wissenschaftlichen Isolation Deutschlands in den Nachkriegsjahren[7] sah Alfred Weber die Gefahr der Provinzialisierung und legte daher besonderen Wert auf die Bereitstellung von Wissen und Informationen. Die umfangreiche und laufend erweiterte Bibliothek des Instituts, die vor allem von Eberhard Gothein[8] und seinem Assistenten Edgar Salin aufgebaut wurde, zählte zu den bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands zu jener Zeit. Dort wurden die Gebiete der theoretischen Ökonomie, der Soziologie, der Politik und der Sozial- und Kulturgeschichte gepflegt; für Frankreich, England und Ostasien existierten spezielle Abteilungen mit Literatur, die zu einem großen Teil durch Reisen der Direktoren und Assistenten des Instituts beschafft wurde. Daneben wurden die wichtigsten Fachzeitschriften aus allen Gebieten der Sozial- und Staatswissenschaften gehalten, darunter 65 ausländische, sowie eine Reihe wichtiger Tageszeitungen.

Gothein-Professur für Auslandskunde. Georg Jellinek hatte bereits 1910 die Einrichtung einer Austauschstelle mit amerikanischen Fellows geplant,

[6] Als Beispiel wären hier die zahlreichen Beiträge früherer Studentinnen und Studenten zur (unpublizierten) Festschrift für Emil Lederer zu dessen fünfzigstem Geburtstag zu nennen. Vgl. dazu den Beitrag von *Hans Ulrich Eßlinger* in diesem Band.

[7] Während des Krieges waren fast alle Beziehungen zu ausländischen Hochschulen und Akademien vor allem von seiten einer deutschnationalen Professorenschaft abgebrochen worden. Dieser Selbstisolation folgte in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein Boykott der deutschen Wissenschaft durch die interalliierten Akademien. Erst 1926 wurde dieser Boykott offiziell aufgehoben.

[8] Gothein hatte durch private Zuwendungen für die Bibliothek den großen Bestand des Jaffé-Nachlasses erwerben können.

doch nach seinem Tod im darauffolgenden Jahr war die Idee nicht weiterverfolgt worden. Unter veränderten außenpolitischen Bedingungen begann Gothein zu Anfang der zwanziger Jahre, finanzielle Mittel zur Gründung eines ›Instituts für Auslandskunde‹ einzuwerben. Vorgesehen war, dieses Institut, das zunächst ›Anglo-Amerikanisches Institut (Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftskunde)‹ heißen sollte, durch eine außerordentliche Professur in der Philosophischen Fakultät zu verankern.

Neben der Lehre war auch geplant, dort die Beziehungen zu anderen Ländern durch Studienreisen, Führungen und den Austausch von Dozenten und Studierenden zu fördern. Als Gothein starb, noch bevor diese Idee realisiert worden war, wurde der Lehrstuhl nach ihm benannt. Die Mittel dieser ›Gothein-Gedächtnis-Professur‹ reichten jedoch nicht aus, um den gesamten Umfang der geplanten Tätigkeiten zu finanzieren. Als der erste Lehrstuhlinhaber, Edgar Salin, bereits nach drei Jahren einen Ruf an die Universität Basel annahm, mußte auf die Wiederbesetzung aus Mangel an Stiftungszinsen verzichtet werden. Erst 1932 wurde die Professur mit Hilfe der Spende des Stuttgarter Zeitungsverlegers Carl Esser wieder eingerichtet und mit Arnold Bergstraesser besetzt. Der Beitrag von *Horst Schmitt* geht auf die frühe Phase der wissenschaftlichen Prägung Bergstraessers und die bis heute fragwürdig gebliebene Stellung des später in der Bundesrepublik Deutschland berühmt gewordenen Politikwissenschaftlers klärend ein.

Akademische Austauschstelle. Der Student der Staatswissenschaften, Carl Joachim Friedrich, fand auf einer Vortragsreise durch die USA im Jahre 1923, auf der er über die Idee der deutschen Jugendbewegung referierte, für die Idee eines Studentenaustauschs mit den USA die Unterstützung amerikanischer Kreise. Alfred Weber nahm diesen Impuls aus der Studentenschaft sofort auf und unterstützte den Gedanken, der zur Gründung der ›Staatswissenschaftlichen Austauschstelle beim Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg‹ führte. Im Verlauf des Jahres 1925 erfolgte zunächst die Umbenennung in ›Akademischer Austauschdienst e.V.‹ und im Oktober dann die Verlegung von Heidelberg nach Berlin.[9] Die Heidelberger blieben jedoch in den Auswahlgremien vertreten und waren mit dem Akademischen Austauschdienst, u.a. durch Werner Picht, einen Schüler Gotheins und Alfred Webers, verbunden. Dadurch kam eine große Zahl von Studenten in den Genuß eines Amerikaaufenthalts, und im Gegenzug

[9] Weber gab damit auch den 1. Vorsitz ab.

studierten auch eine ganze Reihe amerikanischer Studenten in Heidelberg.[10] Dem eigentlichen Gründer der akademischen Austauschstelle, C.J. Friedrich und seiner Fortführung der InSoSta-Impulse in der Politischen Wissenschaft der Nachkriegszeit ist der Beitrag von *Hans Lietzmann* gewidmet.

Deutsch-japanischer Austausch. Neben der Gotheinschen Stiftung und der akademischen Austauschstelle gab es weitere Initiativen der Heidelberger Sozialwissenschaften zur Kontaktaufnahme mit ausländischen Universitäten und Akademien. Emil Lederer trat im Jahre 1923 eine zwei Jahre währende Gastprofessur in Tokio an, die einen Studentenaustausch und eine starke Welle der Max-Weber-Rezeption in Japan zur Folge hatte. Sie wird im vorliegenden Band im Rahmen der japanischen Soziologiegeschichte von *Ritsuo Akimoto* dargestellt.

Deutsch-Französisches Studienkomitee. Alfred Weber war von der Notwendigkeit der Überwindung des Gegensatzes zu Frankreich überzeugt und engagierte sich im ›Deutsch-Französischen Studienkomitee‹, in dem neben Bergstraesser und Ernst Robert Curtius auch der luxemburgische Stahlindustrielle Emil Mayrisch wirkte, der dem InSoSta 1928, kurz vor seinem Tode, eine größere Summe stiftete, die der Organisation eines deutsch-französischen Studentenaustauschs dienen sollte. Sekretär dieses Studienkomitees war zeitweilig der InSoSta-Schüler Max Clauss, dessen Vita *Guido Müller* in den größeren Zusammenhang der deutsch-französischen Beziehungen stellt.

2.5 *Das Institut für Zeitungswesen*

Das 1927 gegründete Institut für Zeitungswesen (IfZ) ist der Vorläufer des heutigen Instituts für Soziologie. Die bis 1924 zurückreichenden Gründungsbemühungen galten der wissenschaftlichen Erforschung der Bedeutung des Zeitungswesens in der demokratischen Öffentlichkeit und nicht der Ausbildung von Journalisten. Es sollte ein Presseforschungsinstitut entstehen, an dem im Nebenstudium ›Zeitungssoziologie‹ und praxisbezogene Berufsbildforschung studiert werden konnte. In Kooperation mit dem Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger und der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse (RAG), darunter den Brüdern Simon von der Frank-

[10] Darunter auch Talcott Parsons, der in Heidelberg promoviert wurde, 1931 in Harvard ein Department of Sociology gründete und Max Weber in Nordamerika bekannt machte; vgl. auch Laitenberger 1976.

furter Zeitung, wurde aus dem Institut schließlich eine Lehrstätte mit dem Ziel der Erarbeitung einer »Typologie der deutschen Presse«, die »mit den Methoden der politischen Soziologie Leserschaft, Einstellungen sowie die Wechselwirkungen zur öffentlichen Meinung erfassen sollte«.[11] Trotz der Finanzierung und Förderung durch die RAG blieb die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts bis 1933 gewahrt. Seine Leitung wurde Hans von Eckardt (1890-1957) übertragen, der zuvor am Hamburger Weltwirtschaftsarchiv gearbeitet hatte. Er bekleidete am IfZ eine außerordentliche historisch-staatswissenschaftliche Professur für Publizistik und lehrte neben Zeitungswissenschaft auch Soziologie.[12] 1933 wurde er entlassen, 1934 folgte der Entzug der Venia legendi aus politischen Gründen. Bis 1945 arbeitete er als Angestellter u.a. bei BBC Mannheim und war nach Kriegsende für kurze Zeit Delegierter des Bayerischen Ministerpräsidenten im Kultusministerium. Im Jahr 1946 wurde er von der Heidelberger Universität reaktiviert und leitete bis zu seinem Tod das Institut für Publizistik. *Heinz Markmann* hat diese letzte Epoche des InSoSta und des IfZ in autobiographischer Rückschau in diesem Band dargestellt.

3. Das InSoSta vor 1933

3.1 Ende der republikanischen Tradition

Hatte die liberale Atmosphäre am Institut in der offenen Diskussion und im relativ ausgeglichenen Verhältnis verschiedener Richtungen des politischen und wissenschaftlichen Spektrums bestanden, so strebten diese gegen Ende der zwanziger Jahre nach und nach auseinander. Dieser Prozeß fand parallel zur Auflösung der Weimarer Republik in den zunehmenden politischen und ökonomischen Spannungen statt.[13] Das Miteinander der verschiedenen

[11] Reimann 1986, 333; außer den 270 Freiexemplaren deutscher Zeitungen, die von der RAG zur Verfügung gestellt wurden, hatte das Institut eine Anzahl ausländischer Zeitungen und Zeitschriften abonniert, die täglich sortiert und ausgewertet wurden.

[12] Sein Schwerpunkt lag auf der Soziologie Osteuropas.

[13] Alfred Weber sprach sich damals gegen den Sozialismus – auch den nationalen – ebenso wie gegen den schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus aus, forderte jedoch unter Berücksichtigung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sowie der Interessen von Unternehmen und Gewerkschaften »Wirtschaftsmanipulationen« durch den Staat; vgl. Weber 1931, insbes. 433f. Emil Lederer hingegen knüpfte in dieser Situation an seine Sozialisie-

Fraktionen des Instituts wurde bald zum zivilisierten, aber mehr oder minder wortkargen Nebeneinander. Speier schrieb in seinen Erinnerungen von »steng getrennten Kreisen«, deren Grenzen nur bei besonderen Anlässen überwunden wurden. Er gehörte zu den Studenten, die »Lederer und Mannheim bewunderten und ihnen nacheiferten«, und betonte, daß seine Gruppe »mit den Studenten der anderen Soziologen wie Brinkmann oder auch Alfred Weber nichts gemein hatte«.[14] Kurz nachdem Mannheim 1930 mitsamt seinen Assistenten und einer kleinen Schar von Studentinnen und Studenten nach Frankfurt gegangen war, verließ auch Lederer 1931 das InSoSta, um einen Lehrstuhl in Berlin zu übernehmen. Dorthin folgte der aus St. Petersburg stammende InSoSta-Schüler Nathan Leites, der im vorliegenden Band von *Edmund Leites*, seinem Sohn, vorgestellt wird.

Lederers Ordinariat wurde mit Carl Brinkmann besetzt. Damit ging auch das Konzept der ausgeglichenen Balancen am Institut verloren, und die institutionellen Debatten ebbten ab. Nun dominierten jene Dozenten, die, wie z.B. Arnold Bergstraesser und Webers Mitarbeiter Ernst Wilhem Eschmann, aus der Deutschen Freischarbewegung kamen. Eschmann war von Alfred Weber mit einer Arbeit über den italienischen Faschismus, der für diesen das Modell einer nationalen, nicht-rassistischen Vergemeinschaftung jenseits des Klassenkampfs darstellte, promoviert worden und gehörte zusammen mit dem Brinkmann-Assistenten Giselher Wirsing zur 1929 neu gebildeten Redaktion der *Tat*, der Zeitschrift einer Fraktion von Jungkonservativen, die einem romantisch-korporatistischen Staatsideal anhingen. Sie pflegten antikapitalistische Ressentiments, dachten antiwestlich und hatten rasch einen ungeheuren publizistischen Erfolg.[15] Den Weg des *Tat*-Redakteurs Wirsing und dessen Zwischeneuropa-Konzept beschreibt *Dagmar Pöpping* im vorliegenden Band.

Alfred Weber ließ sich aufgrund der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 vorzeitig emeritieren. Sein Nachfolger wurde der 1923 nach Heidelberg berufene Max-Weber-Schüler Brinkmann. Dieser war häufiger Gast bei Marianne Weber, freundete sich Mitte der zwanziger Jahre mit Carl Schmitt an und tendierte in den dreißiger Jahren zu einer stark autoritär nationalisti-

rungspläne aus den Nachkriegsjahren an und plädierte für eine »gesellschaftliche Organisation der Produktivkräfte« (1931, VI), die er 1932 in einer Schrift über *Planwirtschaft* näher darlegte.

[14] Speier 1989, 6f.

[15] Eschmann wurde später an die Berliner Hochschule für Politik berufen, die nach 1933 das Schicksal des InSoSta teilen sollte, indem sie ihre Eigenständigkeit verlor und in der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin aufging.

schen und antiliberalen Einstellung. Nach Lederers Weggang und Webers vorzeitiger Emeritierung übernahm er – bis zu seiner Berufung nach Berlin im Jahr 1942 – die Leitung des 1934 in die neu gegründete Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät überführten InSoSta. *Heiko Körner* trägt in einer wissenschaftsbiographischen Skizze zur Klärung der problematischen Rolle Brinkmanns bei. Die nationalsozialistische Epoche, die zur Auflösung der Weberschen InSoSta-Konzeption sowie zum völligen Verlust seiner ursprünglichen Pluralität führte, erfährt in diesem Band ihre ausführliche Darstellung in *Klaus-Rainer Brintzingers* Beitrag.

3.2 Paradigmenwechsel

Die Weimarer Zeit kann als eine Phase des Umbruchs interpretiert werden, in der die Vergangenheit des Deutschen Reichs von einer noch nicht wirklich angebrochenen demokratischen Gegenwart überlagert wurde. In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften läßt sich dies an einem sich abzeichnenden Paradigmenwechsel erkennen, in dessen Verlauf sich die Sichtweise in der Soziologie und den Staatswissenschaften veränderte und in der Nationalökonomie der Übergang vom Historismus zum mathematisch-theoretischen Ansatz einsetzte. Die neue Sachlichkeit, die dieser Perspektivenwechsel mit sich brachte, kündigte sich bereits bei Max Weber an, als er von der Auflösung der Einheitlichkeit der Gemeinschaftswerte sprach (»Wissenschaft als Beruf«)[16]. Doch die Gegenströmungen, die gerade dies einforderten, blieben stark – Homogenitätspostulate wurden etwa von Carl Brinkmann schon früh aufgestellt. So deutete sich bei den von der marxistischen Theorie beeinflußten InSoSta-Lehrern ein Paradigmenwechsel zwar bereits an – im Beitrag von *Eva Karadi* über Karl Mannheims Didaktik wird dies teilweise erkennbar –, jedoch zeigt sich, daß die neue Position am InSoSta in der Minderheit blieb und nach dem Weggang von Mannheim und Lederer wieder weitgehend verschwand.[17] Dieser Verlust an pluraler Substanz wird deutlich in *Peter-Ulrich Merz-Benz'* Entfaltung des Diskurses zwischen Mannheim und Elias über die Vermittlung von Denken und gesellschaftlichem Sein.

[16] Weber, M. 1982, 612.

[17] Eine Ausnahme bildete bei den Nationalökonomen Jacob Marschak, der bis zu seiner Emigration 1933 einen reformökonomischen Ansatz am Institut vertrat.

Daß wissenschaftliches Paradigma nicht mit bestimmten politischen Optionen gleichgesetzt werden darf, verdeutlicht besonders die Person Alfred Webers. Weber, dem sowohl vitalistisch-irrationalistische wie konservativ-nationale Tendenzen eigen waren, vertrat gleichwohl aufgrund seiner Offenheit niemals antidemokratische Positionen. Seine heute gelegentlich falsch verstandene Führerdemokratie hatte ihr Vorbild in der US-amerikanischen Präsidialdemokratie, nicht aber in Papen oder Mussolini. Es war seine tiefempfundene Abneigung gegen die Nationalsozialisten, die ihn 1933 zum Rückzug aus dem InSoSta veranlaßte. Für zwölf Jahre überließ er die Fortführung des Instituts seinem anpassungsfähigen und -willigen Nachfolger. Die Tradition des ›Lebendigen Geistes‹, die im pluralistischen Konzept des Instituts nachdrücklich verkörpert war, vertrug sich nicht mit den Zumutungen des braunen Regimes. Nach 1945 übernahm Weber erneut die Leitung des Instituts und entwickelte es konsequent zur Ausbildungsstätte einer demokratisch und sozial orientierten Akademikerschaft.

Literaturverzeichnis

Blomert, R. (1992): Edgar Salin 1892-1974. Beitrag zum hundertsten Geburtstag von Edgar Salin, in: Ruperto Carola. Heidelberger Universitätshefte, hrsg. i. A. v. Freundeskreis der Universität Heidelberg, Nr. 85, 44. Jg., Heidelberg, S. 155-157.

Blomert, R. (1997): Salz, Arthur, erscheint in: Hagemann, H./Krohn, C.-D. (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München u.a.

Buckmiller, M. (1988): Die ›Marxistische Arbeitswoche‹ 1923 und die Gründung des ›Instituts für Sozialforschung‹, in: Reijen, W. v./Schmid Noerr, G. (Hrsg.), Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Frankfurter Schule, Hamburg, S. 141-173.

Laitenberger, V. (1976): Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik 1923-1945, Göttingen.

Lederer, E. (1931): Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen.

Lederer, E. (1932): Planwirtschaft, Tübingen.

Schefold, B. (1992): Nationalökonomie als Geisteswissenschaft – Edgar Salins Konzept Anschaulicher Theorie, in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 18 (4), S. 303-324.

Reimann, H. (1986): Publizistik und Soziologie – Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto Carola vor 60

Jahren, in: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, 31. Jg. (3/4), S. 328-345.

Speier, H. (1989): Introduction: Autobiographical Notes, in: ders., The Truth in Hell and Other Essays on Politics and Culture, 1935–1987, New York/ Oxford, S. 3-32.

Weber, A[lfred] (1931): Wirtschaftsfreiheit und Kapitalpolitik, in: Harms, B. (Hrsg.), Kapital und Kapitalismus. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. Bd. II, Berlin, S. 423-434.

Weber, M[ax] (1982): Schriften zur Wissenschaftslehre, Tübingen.



Das Institut der Außenseiter

Inneruniversitäre Spannungen und Öffentlichkeit

Christian Jansen

I

In der Erinnerungs- und der einschlägigen Forschungsliteratur besteht Einigkeit darüber, daß das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (InSoSta) in der oberen Hauptstraße zu denjenigen Orten gehörte, in denen der sog. ›Heidelberger Geist‹ in besonderem Maße lebendig war. Dieser spezifische *Genius loci* machte die Universität als ganze, besonders aber die Professoren, die ihn verkörperten, attraktiv für die intellektuelle Elite, die Unruhigen und die Wachen unter den Studierenden und führte zu einer ungewöhnlichen Vielfalt und Internationalität. Der Heidelberger Geist symbolisierte wissenschaftliche Innovationsfreudigkeit und Offenheit zwischen den Disziplinen, dem Ausland sowie außer-universitären Eliten (Industriellen, Politikern und Künstlern) und deren Fragestellungen gegenüber. Er stand damit in scharfem Kontrast zur Traditionalität und nationalen Borniertheit der deutschen Universitäten nach dem verlorenen Weltkrieg.

Man hat zu Recht von einem ›Mythos Heidelberg‹ gesprochen, aber wie jeder Mythos enthält auch der vom besonderen Heidelberger Geist in den 1920er Jahren einen wahren Kern, und außerdem entwickelte er wie alle Mythen eine Eigendynamik und schrieb sich selbst fort. Im InSoSta wurden neue Wissenschaftsdisziplinen wie Soziologie, Politologie oder die moderne Finanzwissenschaft mitbegründet. Von ihm gingen zahlreiche, bis heute wirkungsvolle Anregungen und wissenschaftliche Problemstellungen aus. Hier stand die Wiege des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Im InSoSta lehrende und ausgebildete Wissenschaftler wie Emil Lederer, Karl Mannheim, Jakob Marschak, Norbert Elias, Arnold Bergstraesser, Carl J. Friedrich usw. sind aus der Geschichte der Sozialwissenschaften nicht mehr wegzudenken. Nicht zuletzt das vorliegende Buch und die ihm vorausge-

gangene Tagung zeugen von der Wirkungsmächtigkeit des Heidelberger Geistes und seinem realen Kern.[1]

Hier soll die unstreitige Bedeutung des Instituts und das Außergewöhnliche in seiner Atmosphäre nicht durch den Blick auf einzelne Mitglieder oder spezifische »Heidelberger« Fragestellungen behandelt werden, sondern durch einen Blick auf den Lehrkörper *als ganzen* und seine Besonderheiten im Vergleich zur Gesamtuniversität. Zum Institutslehrkörper werden dabei alle gezählt, die kraft Amtes (als Professoren oder Privatdozenten) oder aufgrund eines förmlichen Vertrages über einen wissenschaftlichen Lehrauftrag am Institut verfügten: die Ordinarien Eberhard Gothein, Alfred Weber, Emil Lederer und Carl Brinkmann, die Privatdozenten bzw. außerordentlichen Professoren Arnold Bergstraesser, Emil Julius Gumbel, Hermann Levy, Karl Mannheim, Jakob Marschak, Johann Hermann Mitgau, Friedrich Muckle, Otto Neurath, Edgar Salin, Artur Salz, Sigmund Schott, Herbert Sultan und Walter Waffenschmidt, die Lehrbeauftragte Marie Baum sowie die drei hauptamtlich an der Mannheimer Handelshochschule lehrenden Honorarprofessoren Sally Altmann, Ernst Schuster und Heinrich Sommerfeld.[2]

Es wird im folgenden die These vertreten, daß die Besonderheit und wissenschaftliche Innovationskraft des Instituts damit zusammenhing, daß die meisten Mitglieder des Lehrkörpers in vielfacher Hinsicht akademische Außenseiter waren, d.h. unbeschadet ihrer – häufig allerdings durchaus unsicheren – Position *innerhalb* der Universität am Rande standen und vielfältigen, meist politisch begründeten Ausgrenzungsversuchen seitens der Gesamtkorporation ausgesetzt waren. Damit soll auch hingewiesen werden auf Tendenzen zur Ausgrenzung des – gemessen am damaligen akademischen Habitus – als fremd, unangemessen und sogar unschicklich Empfundenen, die in politischer Hinsicht als Vorläufer der Selbstgleichschaltung der Universität Heidelberg nach 1933 anzusehen sind.

Ein Experte für diese Außenseiterrolle, die er erlitten und zugleich in wissenschaftliche Kategorien gefaßt hat, war Georg Simmel.[3] Dieser hat auf

[1] Vgl. zum Mythos »Heidelberger Geist« Jansen 1992a, 31ff. mit weiterführenden Literaturhinweisen; Buselmeier, M. 1985, 491-500; Treiber/Sauerland 1995.

[2] Zum komplizierten und unübersichtlichen Dienstrecht der Universitäten siehe Jansen 1992b, 8ff. Über einen nicht-wissenschaftlichen Lehrauftrag für Buchhaltung verfügte am InSoSta der Studienrat Dr. Emil Gerstner. Zur Sonderstellung von Marie Baum vgl. in diesem Band *Heide Marie Lauterer.*

[3] Eberhard Gothein und Max Weber wollten ihn 1911 nach Heidelberg berufen, was an Geldmangel, aber auch an Ressentiments gegen seine ungewöhnlichen Themen und Fragestellungen und sein Judentum scheiterte; vgl. Riese 1977, 111.

die besondere Blickschärfe des »Fremden«, wie er den Außenseiter nennt, hingewiesen, auf seine »besondere Attitüde des ›Objektiven‹ (...), die nicht etwa einen bloßen Abstand und Unbeteiligtheit bedeutet, sondern ein besonderes Gebilde aus Ferne und Nähe, Gleichgültigkeit und Engagiertheit ist, (...) eine positiv-besondre Art der Teilnahme.«[4] In diesem Sinne können Außenseiter, weil sie mit den jeweiligen Traditionen nicht so verwoben sind, leichter kritisch, originell und damit innovativ sein. Die Randständigkeit des InSoSta-Lehrkörpers würde noch deutlicher werden, wenn man als Bezugspunkt nicht die Universität Heidelberg, sondern die Gesamtheit der damaligen deutschen Universitäten wählte. Denn die Ruperto Carola befand sich in der deutschen Hochschullandschaft selbst in der Rolle einer wegen ihrer politischen Liberalität, ihrer Offenheit dem Ausland gegenüber und ihrer vielfältigen Innovationsfreudigkeit angegriffenen Außenseiterin.

II

Die Geschichte der Soziologie ist nicht unter Absehung vom Heidelberger Institut zu schreiben – vor allem der überragenden Bedeutung Max Webers wegen. Er und einige der oben genannten InSoSta-Dozenten leisteten maßgebliche Beiträge zur Fundierung der Sozialwissenschaften in Deutschland. Am Lehrkörper des InSoSta und seinen Forschungsgebieten kann wie an kaum einer wissenschaftlichen Institution dieser Epoche die Ausdifferenzierung der klassischen Staats- und Kameralwissenschaften in die modernen nationalökonomischen und sozialwissenschaftlichen Teilfächer studiert werden.

Der Institutsnestor in den frühen Zwanziger Jahre war der bereits 1879 habilitierte Dilthey-Schüler Eberhard Gothein, der von der Kulturgeschichte herkommend universalgeschichtlich motiviert war und dessen Fachgebiet man heute als Wirtschafts- und Kulturgeschichte bezeichnen würde. Seit er 1904 auf den nationalökonomischen Lehrstuhl des wegen seiner psychischen

[4] Simmel 1992, 766f. Simmel beschreibt im selben »Exkurs über den Fremden« (765) diesen als »ein Element der Gruppe selbst, nicht anders als die Armen und die mannigfachen ›inneren Feinde‹ – ein Element, dessen immanente Gliedstellung zugleich ein Außerhalb und Gegenüber einschließt«. In diesem Sinne werden hier die meisten Mitglieder des Institutslehrkörpers als »Außenseiter« verstanden.

Erkrankung vorzeitig emeritierten Max Weber berufen worden war, hatte er sich in diesem Fach vor allem als Wissenschaftsorganisator und -politiker Verdienste erworben. Er betrieb um die Jahrhundertwende mit Nachdruck die Gründung von Handelshochschulen. Nach Gotheins Tod wuchs dem 15 Jahre jüngeren Alfred Weber die unumstrittene Führungsrolle am Institut zu. Neben seiner großen Bedeutung als Organisator[5] wurde er als Ökonom zum Klassiker der industriellen Standortlehre; zugleich ist er einer der Väter der Kultursoziologie. An seiner wissenschaftlichen Produktion läßt sich paradigmatisch der für das Institut und die Sozialwissenschaften der Epoche charakteristische Gegensatz zwischen einer kulturgeschichtlich orientierten und einer stärker theoretischen und statistischen Soziologie bzw. Nationalökonomie ablesen, wie sich überhaupt an der schillernden und faszinierenden Persönlichkeit Alfred Webers Tendenzen und Widersprüche seiner Zeit exemplarisch untersuchen lassen.[6]

Steht Eberhard Gothein für die Wirtschafts- und Kulturgeschichte und symbolisiert Alfred Weber die Zwitterhaftigkeit der damaligen Sozialwissenschaft zwischen kultursoziologischen und ökonomischen Fragestellungen, so repräsentierte Emil Lederer, der seit 1912 am Institut lehrte und 1923 Gotheins Ordinariat übernahm, gewissermaßen die moderne Gegenposition zu seinem Vorgänger, nämlich eine theoretisch orientierte, am Marxismus geschulte Nationalökonomie. Wissenschaftliche Außenseiter waren sie alle drei, denn seit der Lamprecht-Kontroverse[7] waren kultur- und universalgeschichtliche Fragestellungen an den Universitäten des Kaiserreichs und auch noch der Weimarer Republik ebenso stigmatisiert wie solche, die sich auf Marx bezogen. Von den jüngeren Lehrkräften am Institut setzte Edgar Salin die kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Tradition seines Lehrers Gothein fort – seit 1927 wirkte er in Basel. Der aus der versicherungswissenschaftlichen und statistischen Schule des Münchener Ökonomen Georg von Mayr kommende Emil Julius Gumbel war einer der Wegbereiter der Anwendung mathematischer und statistischer Verfahren in der Volkswirtschaftslehre und stand damit nicht nur politisch, sondern auch methodologisch in krassem Gegensatz zu seinen Mitdozenten, dem Gothein-

[5] Vgl. den Beitrag von Eberhard Demm in diesem Band.

[6] Vgl. hierzu Jansen 1992a, insb. 83ff., 129ff., 181ff., 215ff. und 271ff.

[7] Vgl. Ringer 1983, 270ff. Lamprechts anthropologische Theorien über den Zivilisationsprozeß, den er als universellen psychischen Differenzierungsprozeß beschrieb, waren von der deutschen Wissenschaftlerzunft als positivistisch verdammt worden. Auch Norbert Elias, der am InSoSta studiert hat, knüpfte an solche, in ihrer Zeit stigmatisierte Überlegungen an.

Schüler Salin und dem Alfred-Weber-Schüler Bergstraesser.[8] Bergstraessers Fachgebiet würde man heute Politikwissenschaft nennen; nach seiner Rückkehr aus dem Exil und seiner dort erfolgten politischen Läuterung zum Anhänger der parlamentarischen Demokratie gehörte er zu den Begründern der modernen bundesdeutschen, an den USA orientierten Politologie. Wie Gumbel standen weitere wissenschaftlich bedeutende jüngere Dozenten des InSoSta der Sozialdemokratie nahe und nahmen marxistische Fragestellungen auf. Karl Mannheim entwickelte das von Friedrich Engels formulierte Konzept von Basis und Überbau weiter zu einer eigenständigen Wissenssoziologie,[9] Jakob Marschak wurde ausgehend von wirtschaftstheoretischen und -statistischen Problemen zu einem Begründer der Ökonometrie;[10] auch Herbert Sultan war ein innovativer Finanzwissenschaftler. Bei ihnen allen markiert die Zeit am InSoSta vor 1933 nur den Anfang einer wissenschaftlichen Karriere, aber sie alle empfingen dort wesentliche Anregungen und erhielten – trotz ihrer Außenseiterstellung im Weimarer Universitätssystem – mit der Habilitation überhaupt erst die Chance zum Einstieg in die akademische Laufbahn. Die übrigen, wissenschaftlich weniger bedeutenden Dozenten des Instituts stehen z.T. für weitere, sich damals erst als eigenständige Fächer herausbildende Gebiete. So lehrte der Mannheimer Ordinarius Sommerfeld Betriebswirtschaftslehre oder die ehemalige Fabrikinspektorin, Leiterin des Wohlfahrtsreferats im badischen Arbeitsministerium und Frauenrechtlerin Marie Baum Sozialpolitik.

Die politisch offene und wissenschaftlich innovationsfreudige Atmosphäre am InSoSta ließ aber nicht nur zahlreiche seiner Dozenten und der dort Studierenden zu akademischen Außenseitern werden, sondern gab ihnen auch die Kraft, eigenständige Ansätze zu entwickeln und gegen Widerstände zu behaupten. Ein Ausdruck dieser spezifischen Wissenschaftskultur waren die von Gothein begründeten und seit 1911 von Alfred Weber organisierten ›Soziologischen Diskussionsabende‹, die während des Semesters alle zwei Wochen im Hotel Schrieder oder im ›Schwarzen Schiff‹ stattfanden. Dort wurden aktuelle politische, literarische oder wissenschaftliche Neuerscheinungen vorgestellt und diskutiert. Regelmäßig bildeten »dann ein freundlich überlegenes, mit geschichtlichen Erinnerungen gesättigtes Votum von Gothein und ein hitziges, die Offenheit der Probleme unterstreichendes

[8] Bergstraesser war seit 1924 Assistent, seit 1932 Inhaber der Gothein-Gedächtnisprofessur für Auslandskunde. Zu Bergstraesser vgl. in diesem Band den Beitrag von *Horst Schmitt*.

[9] Siehe Mannheim 1979 und 1929.

[10] Koopmans 1978; McGuire/Radner 1972.

Votum von Alfred Weber den Abschluß«. Als Mitte der zwanziger Jahre das Interesse an den Diskussionen nachließ, betraute das Institut die Fachschaft, die mit eigenen ›Debattenabenden‹ auf nur geringe Resonanz gestoßen war, mit der Organisation, was zu einer neuen Blüte der ›Soziologenabende‹ führte.[11] An diesen Debatten beteiligten sich sowohl die Dozenten des InSoSta und anderer Fächer, z.B. der Philosoph Jaspers oder der Mediziner Viktor von Weizsäcker, als auch politische Prominenz, z.B. der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff oder der Reichsfinanzminister und spätere Kanzler Luther. Die ›Soziologenabende‹ gehörten zu dem, was die Heidelberger Universität für rebellische junge Intellektuelle – Jugendbewegte, Sozialisten, ›konservative Revolutionäre‹ und andere – so attraktiv machte.[12] Nicht wenige später bedeutende Personen in Wissenschaft, Kultur und Politik erwarben sich hier erste Sporen: z.B. Eugen Leviné, Carl Zuckmayer oder Ernst Wilhelm Eschmann (alias Leopold Dinggräve). Obwohl sehr unterschiedliche politische Positionen zu Wort kamen, scheint die Teilnehmer Offenheit, Toleranz, Kritikfreudigkeit und die Lust an der Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit und an innovativem politischen Denken verbunden zu haben.[13] Die große Anziehungskraft, die diese Diskussionsabende auf die Studentenschaft hatten, belegen nicht nur zahlreiche Reminiszenzen in Autobiographien, sondern auch die Tatsache, daß der AStA sie finanziell unterstützte.

III

Nach diesem wissenschaftsgeschichtlichen Einstieg sollen im folgenden die Hochschullehrer am InSoSta in biographischer und politischer Hinsicht untersucht werden. Dabei soll gezeigt werden, daß die meisten von ihnen

[11] Gothein 1931, 249ff. (Zitat); Akademische Mitteilungen für Studierende an der Universität Heidelberg (AM), 1.7.25, 54; Salin 1958, 327; Mitgau 1951, 21; Weizsäcker 1949, 86; Marschak 1973, 25; Demm 1990, 71f.

[12] Zum Image des InSoSta vgl. AM 15.12.26, 36ff., wo es über das »Institut mit Seele« heißt, es sei dem sokratischen Denken »durch sein Nichthaben und Nichtwissen verwandt«. Bei einem Besuch habe Sokrates geraten: »Sorgt, daß die Seele und der Logos immer verbunden bleiben.« Zur Attraktivität Heidelbergs für Studenten vgl. Giovannini 1990; Zuckmayer 1966, 301ff.

[13] Vgl. etwa Salin 1954, 137f. Ein weiteres Indiz für das liberale Klima der Soziologischen Diskussionsabende bilden die abfälligen Bemerkungen in Autobiographien reaktionärer Professoren wie Glockner 1969, 62: »die soziologische Sekte traf sich im ›Schwarzen Schiff‹«; oder Rothacker 1963, 60.

nicht Gelehrte im Elfenbeinturm der Wissenschaft sein wollten und deshalb nicht in die Typologie des deutschen Professors passen, der sich gesellschaftlichen Konflikten gegenüber vornehm zurückhält und aufgrund seiner politischen Abstinenz für die Gleichschaltung der deutschen Universitäten im Jahre 1933 mitverantwortlich gewesen ist.

Allein die Betrachtung einiger wichtiger biographischer Daten[14] des aus den eingangs genannten 21 Personen bestehenden Lehrkörpers ist aufschlußreich: In ihrer sozialen und regionalen Herkunft und in ihrer Religionszugehörigkeit unterschieden sie sich kraß vom Durchschnitt der Heidelberger Hochschullehrer der Jahre 1919-1932. Keiner der Heidelberger Ökonomen und Sozialwissenschaftler war katholisch, während dies immerhin bei einem Achtel (12%) des Gesamtlehrkörpers der Fall war. Etwas überdurchschnittlich war mit knapp drei Vierteln (15 von 21) der Anteil der Protestanten am Institut, der an der Gesamtuniversität bei zwei Dritteln (67%) lag. Aber während der Anteil der Juden dort bei acht Prozent lag, zählten sich am InSoSta fünf Dozenten (Altmann, Gumbel, Mannheim, Salin und Salz) – also ein knappes Viertel – zur mosaischen Religionsgemeinschaft. Auch Lederer war erst als 25jähriger, offensichtlich aus Karriererücksichten, zum Protestantismus konvertiert. Bei vier weiteren, den Protestanten Gothein, Levy und Sultan wie auch bei dem konfessionslosen Marschak, war noch die Elterngeneration mosaischen Glaubens gewesen. Darüber hinaus fielen die Protestanten Baum und Bergstraesser unter die NS-Rassengesetze, da jeweils ein Großelternteil jüdischen Glaubens gewesen war. Von dem aus elf Personen bestehenden Institutslehrkörper zum Zeitpunkt der NS-Machtergreifung verloren fünf (Baum, Bergstraesser, Marschak, Salz und Sultan) aus rassischen Gründen die Lehrberechtigung. Altmann entging diesem Schicksal nur, weil er im Oktober 1933 in der Heilanstalt Illmenau (bei Achern) verstarb, nachdem er bereits mehrere Semester wegen einer psychischen Erkrankung beurlaubt war. Gumbel hatte bereits in der Endphase der Weimarer Republik seine Lehrberechtigung verloren, und Alfred Weber ließ sich aus Protest gegen die neuen Machthaber vorzeitig emeritieren.[15]

Die soziale Herkunft des InSoSta-Lehrkörpers weicht deutlich vom Durchschnitt der Universität ab. Kam insgesamt knapp die Hälfte (46%) der

[14] Soweit der Betreffende in Heidelberg den Titel oder die Stellung eines Professors innehatte, finden sich die entsprechenden Daten in: Drüll 1986; sonst in den Personalakten (PA) im Universitätsarchiv Heidelberg (UAH). Vgl. auch für den Gesamtlehrkörper: Jansen 1992b.

[15] Weckbecker 1985, 273-292.

Heidelberger Hochschullehrer aus dem Bildungsbürgertum, hatte also bereits einen akademisch gebildeten Vater, so waren es am InSoSta weniger als ein Drittel (29%). Insbesondere die Rekrutierung aus der Hochschullehrerschaft war unterdurchschnittlich. Der einzige Professorensohn, Otto Neurath, gehörte nur kurze Zeit zum Lehrkörper; hingegen stammte rund ein Zehntel des Gesamtlehrkörpers aus Professorenfamilien.

Interessanterweise stammten die höherrangigen und etatisierten InSoSta-Dozenten aus deutlich weniger begüterten Familien als die jüngeren Privatdozenten und nichtetatmäßigen Professoren. Von den Ordinarien war Gothein Arztsohn, Brinkmann und Weber waren die Söhne hoher Berliner Kommunalbeamter, Lederer stammte aus einer mährischen Kaufmannsfamilie. Die Väter der drei an der Mannheimer Handelshochschule etatisierten Honorarprofessoren waren Kaufmann (Altmann), leitender Angestellter (Schuster) bzw. Besitzer einer Gärtnerei (Sommerfeld); der ebenfalls mit einer festen Stelle abgesicherte Bergstraesser war Buchhändlerssohn. Unter den Dozenten in ungesicherten und materiell vergleichsweise karg ausgestatteten Stellen dominierten die Bankiers-, Industriellen- und Fabrikantensöhne (Gumbel, Levy, Mannheim, Marschak, Salin, Salz und Sultan; einen ähnlichen Hintergrund hatte Schott als Sohn eines BASF-Direktors). Zu ihnen gehörten allerdings auch die beiden einzigen aus der Mittelschicht Stammenden (Muckle und Waffenschmidt).

Im Gegensatz zur Universität Heidelberg insgesamt ist das InSoSta ein Beispiel für Max Webers These von der zunehmenden Bedeutung »plutokratischer Voraussetzungen« für die wissenschaftliche Laufbahn in Deutschland seit der Jahrhundertwende.[16] Wegen der Inflation, die den Vermögenshintergrund häufig empfindlich geschmälert hatte, ist die Herkunft aus der oberen Wirtschaftsbourgeoisie zwar nicht generell ein Beleg für materielle Abgesichertheit. Hinsichtlich der politisch-moralischen Prägung im Elternhaus, des Selbstbewußtseins und der Entscheidung für die zugleich mit dem Reiz und dem Makel der Modernität versehenen Sozialwissenschaften war jene Herkunft jedoch von großer Bedeutung. Ein junger Mann aus reichem Hause, der in der Wirtschaftsbourgeoisie oder im jüdischen Milieu sozialisiert worden war, dürfte im allgemeinen eher über die Risikobereitschaft und innere Unabhängigkeit verfügt haben, die eine Voraussetzung dafür ist, in einem sich gerade erst etablierenden Universitätsfach zu reüssieren. Da der Lehrkörper der Ruperto Carola insgesamt noch stärker als der anderer Universitäten eine *bildungs*bürgerliche Elite bildete, die die Tendenz zur

[16] Weber, Max 1984, 5. Vgl. Ferber 1956, 173ff.; Jansen 1992b, 21ff.

Plutokratisierung des Universitätszugangs skeptisch bis kulturpessimistisch betrachtete, dürfte die wirtschaftsbourgeoise Herkunft insbesondere des Nachwuchses am InSoSta in Verbindung mit dem hohen Anteil von Juden (verstärkt durch mehrere, nach damaliger, völkischer Definition als »Juden« Stigmatisierte) einen sozialen Hintergrund dessen bilden, was das Institut von der akademisch-bildungsbürgerlichen Elite abhob und es in den Augen von Vertretern anderer Fächer wie auch der Studierenden zu etwas Besonderem machte.

Nur einer der 21 Hochschullehrer am InSoSta war gebürtiger Badener, sechs hingegen, also ein knappes Drittel, stammten aus dem Ausland, während auch an der weltoffenen Ruperto Carola insgesamt jeder sechste Dozent in Baden, aber nur jeder achte außerhalb des Deutschen Reichs geboren war. Eine Analyse dieses Befundes weist in dieselbe Richtung wie die der sozialen Rekrutierung: das Institut, das noch über keinen gesicherten Fächer-, Themen- und Methodenkanon verfügte, war ein Tummelplatz risikobereiter, oft auch durch politische Ereignisse und nicht zuletzt durch den in den Nachfolgestaaten des Zarenreichs und der Habsburgermonarchie grassierenden Antisemitismus vertriebener Wissenschaftler.

Insofern ist es auch kein Zufall, daß an diesem Institut das klassische, kontemplative und weltabgewandte Selbstverständnis der Gelehrten[17] modernisiert wurde durch die These von der »relativ klassenlosen« oder »sozial freischwebenden Intelligenz«. Diese Rollendefinition, die heute nur noch mit Karl Mannheim in Verbindung gebracht wird, ist ein Produkt der Diskussion am Institut: basierend auf Überlegungen Max Webers wurde sie von Alfred Weber formuliert, von Lederer, Gumbel, Mannheim, aber auch von dem sozialdemokratischen Heidelberger Strafrechtler und Rechtspolitiker Gustav Radbruch aufgenommen. Die These von der »relativ klassenlosen« oder »sozial freischwebenden Intelligenz« war Simmels Überlegungen zur besonderen ›Objektivität‹ der Außenseiter verwandt und geradezu zugeschnitten auf die Statusbedürfnisse derjenigen Hochschullehrer, die die Modernisierung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft begrüßten oder mindestens als unvermeidlich hinnahmen, aber zugleich an einem elitären politischen Führungsanspruch festhielten und sich im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Kollegen als Intellektuelle sahen.[18]

[17] Vgl. z.B. Rickert 1920, 326, 335 und passim; Boll 1920, 3, 9 und 14f.; Jansen 1992a, 76ff.

[18] Mannheim (1929, 123) nennt ausdrücklich, aber ohne Quellenangabe A. Weber als Schöpfer des Begriffes der »sozial freischwebenden Intelligenz«. In den Publikationen Webers findet sich der Begriff allerdings nicht. Möglicherweise hat ihn Mannheim bei sei-

Der Mannheimschen Fassung der These zufolge ließen sich Intellektuelle keiner gesellschaftlichen Klasse zuordnen. Dennoch gebe es »ein vereinheitlichendes soziologisches Band zwischen den Intellektuellengruppen: eben die Bildung, die sie auf eine ganz neuartige Weise verbindet. (...) Völlig aufgehoben werden die ständischen und klassenmäßigen Bindungen der einzelnen dadurch nicht, aber gerade das ist das Eigenartige dieser neuen Basis, daß sie die Vielstimmigkeit der Determinanten in ihrer Polyphonie bewahrt, indem sie ein homogenes Medium schafft, in dem sich diese widerstreitenden Kräfte messen können. So ist die moderne Bildung (...) lebendiger Widerstreit, verkleinertes Abbild der im sozialen Raum sich bekämpfenden Wollungen und Tendenzen.« Fast liest sich diese Passage wie eine idealisierende Beschreibung des InSoSta, an dem nicht nur die Lehrer aus allen Ecken des Reiches, aus Böhmen, Wien, Budapest, Kiew oder Basel kamen und verschiedene methodische Ansätze und politische Richtungen bevorzugten, sondern auch die Studierenden ähnlich zusammengewürfelt waren.

Ebenso wie das ältere, kontemplative, an Plato orientierte Gelehrtenideal letztlich eine höhere politische Einsicht der Philosophen postulierte, leitete Mannheim aus der besonderen sozialen Lage der Intellektuellen eine politische »Mission« ab. Wie »alle Klassen« müsse auch diese soziale Schicht »zu klarem Bewußtsein ihrer Lagerung und der daraus entstehenden Aufgaben und Möglichkeiten« gelangen. Mannheim ging nicht so weit wie einige seiner Zeitgenossen, eine »eigene Intellektuellenpolitik« oder -partei zu fordern,[19] glaubte aber, daß die »spezifische Strukturlage der Intelligenz sie zu Leistungen befähigt, die für den Gesamtprozeß von unersetzbarer Bedeutung sind. Diese bestehen aber in erster Linie darin, jeweils den Punkt zu finden, von wo aus Gesamtorientierung im Geschehen möglich ist, Wächter zu sein in einer sonst allzu finsteren Nacht«.[20]

nem Lehrer gehört. Bering (1978, 429) nennt eine weitere Quelle dafür, daß Weber diesen Begriff geprägt habe und eine frühe Fundstelle desselben (Die Weltbühne 1918, 413). Sinngemäß ist er in mehreren Schriften A. Webers enthalten (vgl. Jansen 1992a, 84 und 329, Anm. 122). Max Weber (1984, 240, 246 und 257) unterschied bereits 1917 verschiedene Intelligenzen: »bürgerliche«, »proletarische« und »besitzende«, ging also von deren uneinheitlicher sozialer Lage aus. Lederer (1918, 37) bezeichnete »die Intellektuellen als sozial labile, von geistigen Strömungen stark beeinflußte Schicht«. Auch die früheste Kritik, die sich ausdrücklich auf den Begriff »freischwebend« bezieht (Weizsäcker 1926, 28 und 35; vgl. Jansen, 1992a, 80f.) erschien lange vor *Ideologie und Utopie*. Der Begriff wurde also wohl innerhalb der Heidelberger Gelehrtenkultur diskutiert und von A. Weber geprägt.

[19] Vgl. Stark 1984.

[20] Mannheim 1929, 123-130. Vgl. Jansen 1992a, 329, Anm. 124.

In einem vielbeachteten Aufsatz kritisierte Mannheims Heidelberger Kollege, der Romanist Ernst Robert Curtius, der eng mit Bergstraesser zusammenarbeitete, Mannheims Analyse schlage »um in eschatologisch-prophetisches Pathos, durch das man sich an Max Weber gemahnt fühlt.« Mannheim hätte seine analytische Methode auch »auf seinen eigenen Standort anwenden müssen. Ganz frei ist doch wohl der submarxistische Intellektuelle nicht! Er muß von irgendeinem geographisch, politisch, sozial, blutsmäßig, wirtschaftlich festzulegenden Standort herkommen. Vielleicht hat er sich von seinem Wurzelort entfernt. Das bedeutet aber nun noch lange nicht, daß er frei schwebt, sondern vorerst nur, daß er entwurzelt ist und an seinem neuen Standort noch nicht Wurzel gefaßt hat. Das kann aber nur eine Durchgangsphase sein. Das Freischweben ist ein transitorischer Zustand. Aus ihm entsteht ›Lebensverlegenheit‹. Wenn der Geist und sein Träger, der Intellektuelle, sie überwinden und volles, bestimmtes Leben zurückgewinnen will, wird er irgendwo festwachsen müssen. Im flüchtigen Moment der Schwebe hat er eben noch Zeit und Möglichkeit, sich zu überlegen, in welchen Boden er sich einsenken will. Wer vermeint, sich in freier Schwebe halten zu können, befindet sich in der komischen Situation des aristophanischen Sokrates – im Wolkenkuckucksheim«.[21]

Curtius, der hier auf Mannheims Emigrantenschicksal anspielte, störte sich daran, daß dieser keine absoluten Werte gelten lasse und seine »nihilistische Lebensverlegenheit« als wissenschaftliche Wahrheit verabsolutiere. Er kritisierte Mannheim von einem dem Wertfreiheitspostulat verpflichteten Standpunkt aus – und fühlte sich dennoch zugleich durch Mannheims Pathos unangenehm an Max Weber erinnert. Curtius' berechtigte methodische Einwände waren ihrerseits von Ressentiments und Wertungen geprägt. Eine unverwurzelte soziale Lage war für ihn nicht nur unvorstellbar, sondern offensichtlich auch unerträglich. Mannheims Vorstellung einer »freischwebenden Intelligenz« wurde von Curtius nicht etwa als unrealistisch kritisiert, sondern sie wurde als »Durchgangsphase«, Ursache von »Lebensverlegenheit« und »komische Situation« nicht ernstgenommen und abgewehrt. Die Betonung der Notwendigkeit, zu wurzeln oder festzuwachsen, die im

[21] Curtius 1929. In dieser zugespitzten Form ist die Passage in: ders. 1932, 100-102, zu finden. Die Verschärfung von Curtius' Kritik ist symptomatisch für die Zuspitzung der politischen Situation zwischen 1929 und 1932. Mannheim warf in seiner Antikritik (in: Mannheim 1979, 614-24) Curtius vor, »beinahe eine akademische Sittenpolizei« zu fordern und endete pathetisch: »Denn des wahren Denkers Verpflichtung ist, dem Gedanken nicht zu widerstehen.« Vgl. Curtius 1954, 120, wo er Hofmannnsthal als »aufs innigste verwachsen mit der nährenden Wurzelschicht unserer Volksseele und unseres Volksgeistes« bezeichnet, und Lepenies 1985, 377-401. Neuerdings auch Hoeges 1994.

Weimarer Diskurs über die gesellschaftliche Stellung der Bildungselite häufig zu finden ist und oft wesentlich stärker völkisch-nationalistisch gewendet wurde als hier bei dem liberalen Curtius, ist in ihrer organizistischen Metaphorik und ihren politischen Implikationen ein Indiz für den seit Mitte der zwanziger Jahre wieder zunehmend konservativen, fremden- und innovationsfeindlichen Zeitgeist, durch den viele am InSoSta vertretene Ansätze mehr und mehr in Außenseiterpositionen in Universität und Gesellschaft gerieten.

Die mangelnde Anerkennung für viele Dozenten des InSoSta äußerte sich auch in einem gegenüber dem Durchschnitt der Universität Heidelberg deutlich langsameren Karriereverlauf. Wurde ein Privatdozent generell – wenn er nicht zuvor auf eine etatmäßige Stelle berufen wurde – nach fünf Jahren zum außerordentlichen Professor ernannt, so mußten die Lehrer am InSoSta im Schnitt sechseinhalb Jahre auf diese Rangerhöhung warten. Die Verlangsamung seiner Karriere betraf vor 1918 auch einen später so prominenten Professor wie Lederer. Erst nach sechsjähriger Privatdozentur wurde er zum Professor ernannt. Gumbel mußte mehr als neun Jahre, Salz fast neun Jahre warten; Muckle wurde in mehr als achtjähriger Zugehörigkeit zur Universität nie außerordentlicher Professor.

Auch hinsichtlich ihres Heiratsverhaltens und der Frauen, mit denen sie sich verbanden, fielen vor allem die Sozialwissenschaftler am Institut deutlich aus dem Rahmen. Alfred Weber war unverheiratet, lebte aber eine Liebesbeziehung mit der ebenso faszinierenden wie unkonventionellen Else Jaffé, die am Institut promoviert hatte und mit einem früheren Kollegen Webers verheiratet sowie mit dessen Bruder liiert gewesen war. Nicht konventioneller war das Privatleben mehrerer anderer Lehrer am Institut. Elisabeth Altmann-Gottheiner war nicht nur eine der ersten habilitierten Sozialwissenschaftlerinnen in Deutschland und lehrte wie ihr Mann an der Mannheimer Handelshochschule, sondern auch eine bekannte Frauenrechtlerin; Julie Lang, Marianne Bertha Kamnitzer, Olga Hahn und Helene Kaden, die Frauen von Mannheim, Marschak, Neurath und Schuster hatten promoviert, Charlotte Sultan war eine diplomierte Ökonomin, die Ehefrauen von Gothein, Lederer, Marschak und Gumbel waren politisch engagiert bzw. publizistisch tätig. Brinkmann, Lederer, Levy, Neurath, Salin und Schuster waren mehr als einmal verheiratet; Gumbel heiratete im Alter von 40 Jahren eine alleinerziehende Mutter. Die unverheiratete Marie Baum lebte mit ihrer Freundin Ricarda Huch zusammen. Salin, Salz und Gothein hatten als einzige Heidelberger Hochschullehrer Kontakte zum George-Kreis, der eine Aura des Geheimnisvollen und Esoterischen um sich verbreitete und wegen

der homoerotischen Komponenten seines Ästhetizismus einem Heidelberger Durchschnittsgelehrten höchst suspekt erscheinen mußte.[22]

Das Überschreiten gesellschaftlicher Konventionen und ein gewisser Libertinismus, der auch in Gesprächen mit ehemaligen Studierenden am Institut thematisiert wird, kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Lehrkörper des InSoSta eine Männergesellschaft war. Die private Verbindung mit Frauen, die als Intellektuelle oder in anderen Weisen vom traditionellen Geschlechtsrollenmodell abwichen – man könnte bei den Gefährtinnen der Heidelberger Sozialwissenschaftler an den Typus der »neuen Frau« denken – ging einher mit dem Ausschluß von Frauen aus den höheren Sphären der Wissenschaft: keine Frau hat sich vor 1945 am InSoSta habilitiert. In dieser Hinsicht erwiesen sich die gesellschaftlich konventionelleren naturwissenschaftlichen Fakultäten als offener. Welchen Preis die dort habilitierten Frauen zahlten, ist anderswo thematisiert worden.[23]

Insgesamt führte das am InSoSta herrschende Klima zu deutlich besseren Karrierechancen für jüdische, aus dem Ausland und aus den nicht-akademischen Eliten stammende Wissenschaftler. Allerdings hatte die Offenheit im heterogenen und von faszinierenden Persönlichkeiten bevölkerten Mikrokosmos des Instituts auch charakteristische Grenzen: gegenüber Wissenschaftlerinnen, gegenüber Katholiken (regional fehlte damit das süddeutsche, aber auch das rheinische Element völlig), gegenüber sozialen Aufsteigern (auch deshalb war der Katholikenanteil gleich null).

IV

Unkonventionalität und Nonkonformismus des Lehrkörpers spiegelten sich auch in dessen politischer Orientierung.[24] Von seinen 21 Mitgliedern waren Altmann, Baum, Brinkmann, Gothein und Weber engagierte Mitglieder der linksliberalen DDP, Bergstraesser und Salz standen ihr zumindest in den frühen zwanziger Jahren nahe; Lederer, Gumbel, Marschak und Mannheim gehörten der SPD, die beiden ersten zeitweise sogar der USPD an, sie alle

22 Salz war mit einer Schwester des Georgeaners Ernst Kantorowicz verheiratet.

23 Vgl. Baader 1995, 445-461; siehe auch den Beitrag von *Theresa Wobbe* in diesem Band.

24 Die Belege für die parteipolitischen Zuordnungen finden sich in: Jansen 1992a, insb. 394ff.

waren ebenso wie Sultan im sozialistisch-pazifistischen Intellektuellenmilieu engagiert; auch Schuster hatte sich in den frühen zwanziger Jahren in der SPD betätigt; Neurath und Muckle beteiligten sich aktiv am Aufbau einer Räterepublik in Bayern. Eindeutig im nationalkonservativen Milieu verorten lassen sich nur Salin und Levy, der vor allem im Weltkrieg chauvinistische Aktivitäten entwickelte – Max Weber nannte Levy ironisch die »Pythia des Generalstabs«.[25] Allerdings entwickelten sich auch Bergstraesser, Mitgau und Schuster, der im Dritten Reich eine veritable Parteikarriere machte,[26] seit Mitte der zwanziger Jahre in diese Richtung. Politisch nicht einordnen lassen sich Schott, Sommerfeld und Waffenschmidt; sie dürften zu den konservativeren Institutsmitgliedern gehört haben. Insgesamt stellte das InSoSta jedoch selbst an der liberalen Universität Heidelberg eine extreme Hochburg des Linksliberalismus und des Sozialismus dar. Alle Angehörigen der philosophischen Fakultät, die ihre Sympathie für die SPD öffentlich bekundeten, arbeiteten am InSoSta; ihren Ruf als liberale Hochburg, an der auch sozialistische Dozenten eine Chance zur Habilitation bekamen, verdankte die Ruperto Carola vor allem diesem, von dem Liberalen Alfred Weber und dem Sozialisten Emil Lederer geprägten Institut. Die auffallende, dem Zeitgeist an den Universitäten wie auch in der Weimarer Republik mindestens seit 1920 zuwiderlaufende Linksorientierung des Lehrkörpers führte allerdings auch zu massiven inneren Konflikten und zu einer einmaligen Häufung von öffentlichen politischen Auseinandersetzungen um Institutsangehörige, die z.T. in Disziplinarverfahren mündeten. Darum soll es im folgenden gehen.

Während des Weltkrieges manifestierte sich die Außenseiterstellung des Institutslehrkörpers in seiner außerordentlich geringen Beteiligung an den der Mobilisierung und Propaganda dienenden Gelehrtenresolutionen. Die »Erklärung der Hochschullehrer«, in der sich im Oktober 1914 mit über 3.000 Unterzeichnern mehr als zwei Drittel der deutscher Hochschullehrer und auch in Heidelberg mehr als sechzig Prozent des Lehrkörpers hinter die Kriegspolitik der Reichsregierung stellten, unterschrieben vom damals neunköpfigen Institutslehrkörper nur Altmann[27] und Salz. Während die damali-

[25] Weber, Marianne 1989, 574; Dahms/Neumann 1994, 134.

[26] UAH PA Schuster.

[27] Im Engeren Senat wurde am 15.10.17 eine offensichtlich kritische Äußerung Altmanns im Dozentenzimmer über die deutsche Kriegführung debattiert, die einer der Zuhörer an die Militärbehörden weitergegeben hatte, woraufhin sich das badische Kriegsministerium beim Rektor beschwerte. Nachdem Altmanns Institutsdirektor Gothein ihn in Schutz genommen und seine freie Meinungsäußerung verteidigt hatte, beschloß der Senat, von einer disziplinarischen Verfolgung und einer Mißbilligung abzusehen, »da über

gen Ordinarien Gothein und Alfred Weber wie auch der emeritierte Max Weber prominente Gegner der annexionistischen Kriegszielpolitik waren und mehrere entsprechende Aufrufe initiierten und unterzeichneten, unterschrieb mehr als die Hälfte des Lehrkörpers keine einzige der zahlreichen politischen Erklärungen der Kriegszeit. Mindestens bei den Institutsangehörigen, die der SPD nahestanden (Lederer, Muckle und Neurath), wird man dies als grundsätzliche Opposition gegen die Fortführung des Krieges und gegen *beide* sich an den Universitäten über die Kriegsziele streitenden politischen Lager deuten dürfen. Gegen Muckle leitete die Heidelberger Staatsanwaltschaft im November 1915 wegen einer zu positiven Äußerung über Großbritannien in einem seiner Bücher ein Verfahren wegen »deutschfeindlicher Kundgebungen« ein.[28]

In der Revolution waren fast alle am Institut Lehrenden engagiert. Dies hängt z.T. damit zusammen, daß einige als Wirtschaftsexperten bereits im System der Kriegswirtschaft führende Stellungen innegehabt hatten (z.B. Alfred Weber, Neurath, Levy). Die provisorische Regierung übernahm mit Vorliebe diejenigen Experten, die als Liberale oder Sozialisten in Opposition zum Regime des Wilhelminismus gestanden hatten und deshalb als unbelastet galten, in die Wiederaufbau- und Demobilisierungsstäbe. Der schon in München lehrende Max Weber gehörte 1918/19 als einer von zwei bürgerlichen Vertretern dem Heidelberger Arbeiter- und Soldatenrat an. Ebenso wie er waren Alfred Weber in Berlin und Gothein maßgeblich an der Gründung der linksliberalen DDP beteiligt. Muckle, der ein großer Verehrer des bayrischen Sozialdemokraten Kurt Eisner war,[29] und Neurath waren als Gesandter in Berlin bzw. Staatskommissar und Leiter des Zentralwirtschaftsamtes führende Funktionäre der revolutionären bayrischen Regierung. Muckle war im März 1919 sogar vom Rätekongreß als Nachfolger des ermordeten Eisner im Amt des bayrischen Außenministers vorgeschlagen worden. Er war außerdem Vorsitzender des ›Zentralrates der geistigen Arbeiter in Bayern‹. Als solcher hatte er im April 1919 den Senat und den AStA der Universität München ihrer Ämter enthoben. Vor allem diese Eingriffe in die Hochschulautonomie wurden von seinen Heidelberger Kol-

Taktfragen nicht abgestimmt werden kann« (UAH A 160/178, Bl. 310f.). Der Inhalt von Altmanns Äußerung ist anhand der Überlieferung im Universitätsarchiv nicht näher zu bestimmen.

[28] UAH PA Muckle, Engerer Senat an philosophische Fakultät vom 20.11.1915; vgl. ebd. Groh an Fehrle vom 6.11.1933. Der Ausgang des Verfahrens ist unbekannt.

[29] Vgl. Muckle 1919 und 1920.

legen übel aufgenommen.[30] Neurath hatte vor seiner Münchner Tätigkeit bereits in Sachsen versucht, ein radikales Sozialisierungsprogramm durchzusetzen.[31] Lederer, der der USPD beigetreten war, gehörte wie Alfred Weber der obersten Sozialisierungskommission im Reich und darüber hinaus auch derjenigen in Österreich an.

Aufgrund der Presseberichterstattung über die vielfältigen revolutionären Aktivitäten von InSoSta-Dozenten monierte der Engere Senat der Universität Heidelberg Anfang Mai 1919 bei der philosophischen Fakultät das mangelnde Engagement von Levy, Muckle und Neurath in der Lehre.[32] Damit wurde ein Verfahren in Gang gesetzt, das mit der Entfernung der Genannten aus dem Lehrkörper endete. Durch diesen Aderlaß, der aus der Verwicklung von Dozenten in die Novemberrevolution verursacht wurde und in der neueren Heidelberger Universitätsgeschichte nicht seinesgleichen hat, verlor das InSoSta mehr als die Hälfte seiner damaligen nichtetatmäßigen Lehrkräfte (es blieben nur Altmann und Schott) und seinen gesamten habilitierten Nachwuchs.

Auch der außerordentliche Professor Arthur Salz wurde nach der Niederschlagung der Räterepublik des Hochverrates angeklagt, da er seinem früheren Studenten, dem führenden Räterepublikaner Eugen Leviné und dessen Frau Unterschlupf gewährt hatte. Bei einer Verurteilung drohte ihm nach dem herrschenden Standrecht die Todesstrafe, der er allerdings aufgrund der Fürsprache der Brüder Weber entging. Leviné hingegen wurde verurteilt und hingerichtet. Dabei spielte eine Zeugenaussage Alfred Webers eine nicht unwichtige Rolle, der Leviné als bolschewistischen Fanatiker charakterisierte, der »die Folgen seines Handelns zu tragen« habe.[33] Bereits am 27.3.1919,

[30] UAH H-IV 102/145, Bl. 555ff.: Dokumentation des Rektorats der Universität München »Die Universität München während der dritten Revolution 5. April bis 1. Mai 1919«. Zum Hintergrund sehr detailliert und aufgrund umfassender Quellenstudien: Dahms/Neumann 1994, 127. Dieser Aufsatz war mir während der Recherchen für diesen Aufsatz nicht bekannt, ebensowenig den Veranstaltern der Bad Homburger Tagung.

[31] Zu Neuraths Sozialisierungsideen vgl. ebd., 123ff.

[32] »Durch das Dozententum in partibus wird ein für die Universität unerfreulicher Zustand geschaffen, gegen den man sich im Interesse der wirklich schaffenden Dozenten und der Studierenden (...) wehren sollte«; UAH H-IV-102/145, Bl. 452ff.; PA Muckle, Neurath. Eine PA Levys existiert im UAH nicht; insofern bleibt sein Fall stärker im Dunkel. Zusammen mit den drei InSoSta-Dozenten wird in den Akten immer der Fall des außerordentlichen Philosophieprofessors Schmid Noerr behandelt. Auch er war als Mitarbeiter des Kultusministers und Eisner-Nachfolgers Hoffmann an der Münchener Räterepublik beteiligt und verlor ebenfalls 1919 die Lehrberechtigung (Drüll). Hierzu detailliert Dahms/Neumann 1994.

[33] Demm 1990, 285f.; Meyer-Leviné 1972, 121ff. und 178ff.

also noch vor Ausbruch der radikalen Phase der Münchener Räterepublik[34] und vor der universitätsinternen Verfolgung der in München engagierten Dozenten, verzichtete Salz mit der nicht sehr überzeugenden Begründung, er sei nicht in der Lage, wieder in Heidelberg eine Wohnung zu finden, auf seine Venia legendi. Ob er damit Schwierigkeiten wegen seiner politischen Aktivitäten entgehen wollte, ist unklar. Salz ging jedenfalls 1921 an die gewerkschaftsnahe Frankfurter Akademie der Arbeit. Anfang 1924, nachdem sich die Wogen geglättet hatten, wurde die Venia auf Antrag von Salz wiederhergestellt und er erneut unter die außerordentlichen Professoren eingereiht.[35]

Schon bei der ersten Fakultätsdiskussion über die revolutionären Aktivitäten der Institutsdozenten forderten konservative Professoren wie der Germanist Braune, daß die »Herren Muckle und Neurath« wegen ihrer »öffentlichen Tätigkeit (...) auf disziplinarem Wege die Venia verlieren« müßten. Hingegen wollte der Senat die Streichung als Verstoß gegen eine Vorschrift, nach der badische Hochschullehrer »nur mit Genehmigung des Großherzoglichen Ministeriums außerhalb der Universitätsstadt wohnen« durften, eher formal begründen.

Während die Fakultät noch die Streichung von Levy, Muckle und Neurath debattierte und Stellungnahmen der Betroffenen einholte, überschlugen sich die Ereignisse in München. Die Räterepublik wurde blutig niedergeschlagen, die Dozenten Neurath und Salz wurden von der gegenrevolutionären bayrischen Regierung inhaftiert und des Hochverrats angeklagt. Im Juli sorgte ein Brief von Neuraths Anwalt, in dem er zu dessen Verteidigung um die Zusendung der seiner Habilitation zugrundeliegenden Gutachten bat, für neue Aufregung in der Fakultät. Während die meisten Professoren, wie ihre Kommentare auf dem umlaufenden Brief des Anwalts illustrieren, ihre Ruhe haben wollten und für Nichtbeantwortung plädierten, erkannte vor allem der selbst politisch engagierte, wenn auch konservative Geograph Hettner den Ernst von Neuraths Lage: »Ich halte es nicht für recht, einen Mann, der doch einmal unser Kollege gewesen ist, ganz im Stiche zu lassen, auch wenn wir sein Verhalten durchaus nicht billigen.« Die Fakultät suchte schließlich Rat bei den Juristen. Nachdem der Strafrechtler von Lilienthal keine Verpflichtung erkannt hatte, dem Anwalt die Habilitationsakten zur Verfügung zu stellen, unterließ die Fakultät eine Äußerung. Wahrscheinlich

34 Hierauf weisen Dahms/Neumann 1994, 142, in Kritik meiner früheren Darstellung (Jansen 1992a, 146) zu Recht hin.

35 UAH PA Salz (bei Drüll 1986 ist das Datum der Erneuerung der Venia falsch angegeben); Antrich 1966, 39.

wäre diese ohnehin zu spät eingetroffen, denn bereits am 25.7.1919 wurde Neurath wegen Beihilfe zum Hochverrat zu anderthalb Jahren Festung verurteilt. 1920 wurde er nach Österreich ausgewiesen. Zu diesem vergleichsweise milden Urteil dürfte Max Webers Aussage, der im Prozeß auf Antrag der Verteidigung Neuraths wissenschaftliche Qualität, seine außergewöhnliche Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit bezeugt hatte, beigetragen haben.[36]

Neurath, der noch ganz am Anfang seiner Karriere stand, versuchte in mehreren Briefen aus dem Gefängnis, seine Streichung aus dem Heidelberger Lehrkörper zu verhindern. Bis Januar 1919 sei er im Heeresdienst und ordnungsgemäß beurlaubt gewesen, er habe immer Vorlesungen angekündigt und den Kontakt zur Fakultät gehalten. Allerdings seien einige Briefe in den »Revolutionswirren« verlorengegangen. Er bestätigte der Fakultät auch, daß er sich an eine andere Universität umhabilitieren wolle – was allerdings aus dem Gefängnis heraus schlechterdings unmöglich war – und schloß seinen letzten Brief mit einem Appell an Offenheit und Toleranz: Er vertraue darauf, »daß nach der alten Tradition der Heidelberger Fakultät nicht die Abneigung gegen politische Richtungen das Vorgehen beeinflußt.« Da jedoch insbesondere Alfred Weber am Streichungsbeschluß festhielt, blieben Neuraths Bemühungen erfolglos. Abschließend teilte ihm die Fakultät in einem von Weber verfaßten Schreiben zur Begründung seines Ausschlusses mit:

> »Ihre Streichung aus der Liste der Dozenten ist in der Fakultätssitzung vom 4. Juni 1919 aufgrund der Tatsache erfolgt, daß Sie zwei Semester, nämlich Zwischen- und Sommersemester 1919 zum Abhalten von Vorlesungen (...) nicht erschienen sind. Wie Sie überhaupt hier Ihre Lehrtätigkeit nie angetreten und hier nicht gewohnt haben, so haben Sie durch die Annahme einer Stellung zunächst in Leipzig [als Direktor eines kriegswissenschaftlichen Instituts] und dann in München [als Leiter des Zentralwirtschaftsamtes der Räterepublik] sowie durch wiederholte Versuche einer Umhabilitierung die Fakultät derart vernachlässigt, daß für eine Streichung genügender Anlaß vorlag.«

Die Fakultät betonte, daß es sich nicht um eine politische Entscheidung handele, sondern um die Sanktionierung eines Dozenten, der »nicht das Mindestmaß von Interesse für die Ausübung seiner venia gezeigt hat«.[37] Die

[36] UAH PA Neurath; Weber, Max 1991, 145, 234f. und 242; Neurath 1979, 31; Dahms/Neumann 1994, 130ff.

[37] UAH H-IV-102/145, Bl. 479ff.

Gewundenheit mancher Formulierung kann als Indiz für das Unwohlsein Webers gedeutet werden, einem bereits durch seine Inhaftierung bestraften vielversprechenden Wissenschaftler, den er seit bald zwanzig Jahren gefördert hatte,[38] weitere Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dennoch ist die Entziehung der Venia im Falle Otto Neuraths in einem formell-juristischen Sinne durchaus korrekt zu nennen.

Allerdings ist auch festzuhalten, daß der während des Krieges als Durchhalte-Propagandist im Admiralsstab beschäftigte Hermann Levy[39] mit weit größerer Nachsicht behandelt worden ist. Seine ebenfalls von der Fakultät im Sommer 1919 beschlossene Streichung von der Liste der Dozenten wurde nämlich auf Antrag Alfred Webers in eine weitere Beurlaubung umgewandelt, obwohl auch er weder im Zwischen- noch im Sommersemester 1919 noch im folgenden Wintersemester lehrte. Wenn man Levys Begründungen akzeptierte – im Sommersemester: er sei nach der Überarbeitung während Krieg und Demobilmachung leidend und müsse sich erholen, dann im Winter: er wolle eine »Privatarbeit wissenschaftlicher Art« über die Kriegs- und Übergangswirtschaft durchführen – so hätte man dies auch in Neuraths Fall tun können, bei dem ein Brief verloren gegangen war und der seit Mai 1919 in Haft war. Aber Neurath hatte eben die auch an einer liberalen Universität wie der Ruperto Carola und an ihrem mit Abstand liberalsten Institut geltenden Grenzen politischen Engagements deutlich überschritten, außerdem nie wirklich zum Lehrkörper gehört und schließlich die Fakultät mit seinen Umhabilitierungsversuchen vor den Kopf gestoßen. Auch Levy wollte allerdings nicht auf Dauer in Heidelberg bzw. an der Mannheimer Handelshochschule bleiben. Im Februar 1920 teilte er der Fakultät seine Umhabilitierung an die Technische Hochschule Berlin mit, nicht ohne seine »größte Dankbarkeit« für die »Zugehörigkeit zur Ruperto Carola« zu betonen.[40]

[38] Dahms/Neumann 1994, 119.

[39] Siehe seine Publikationen aus der Kriegszeit: Waffe und Wirtschaft (1914); Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches (1915a); Die neue Kontinentalsperre (1915b); Unser tägliches Brot im Kriege (1916a); Unser Wirtschaftskrieg gegen England (1916b); Englische Programme mit Fragezeichen (1917); 1917 Februar 1918. Der Sinn des U-Bootkrieges. Nach einem Jahr Seesperre (1918).

[40] UAH H-IV-102/145, Bl. 455ff.; UAH H-IV-102/146, Bl. 88. Max Weber (1921, 488) verteidigte in einem Brief an Neurath, der sich über seinen Ausschluß aus Institut und Fakultät beschwert hatte, den Standpunkt seiner Ex-Kollegen als »begreiflich«, denn schließlich habe die Münchener Räteregierung sich der Universität gegenüber tyrannisch verhalten und die »Freiheit der Wissenschaft« mißachtet: »Sie [also Neurath] hielten – mit subjektiv bestem Recht! – Ihre Aufgabe und Mission für zu wichtig, um die Konsequenzen zu ziehen und zu sagen: ›Kinder, wenn Ihr die Freiheit der Lehre antastet, dann gehe

Muckle, der dritte in der Räterepublik engagierte Dozent der Nationalökonomie, kam dem offiziellen Entzug seiner Venia legendi zuvor. Nachdem die Fakultät eine erneute Beurlaubung im Juni 1919 als offensichtlich unbegründet abgelehnt hatte, erklärte er Anfang Oktober, ihm habe sich »in München ein weiterer Wirkungskreis erschlossen«, so daß er sich »gezwungen« sehe, aus dem Verband der Universität auszuscheiden. Weiter schrieb er:

> »Ich danke herzlich den Herren, die mich gefördert, und danke auch denen, die mir wenigstens einen Blick der Beachtung geschenkt haben, und ich hoffe, daß meine demnächst erscheinenden Werke – es werden im Verlaufe des kommenden Jahres fünf Bände über Hauptprobleme der Geschichte und Kultur unserer Zeit herauskommen (...) – ihnen zeigen werden, daß Sie ihre Freundlichkeit nicht an einen Unwürdigen verschwendet haben.«

Muckles Wirkungsmöglichkeiten in München – es handelte sich um eine Stellung als Referent »für die Angelegenheiten der geistigen Arbeiter im Ministerium für soziale Fürsorge« – wurden entweder von der gegenrevolutionären Regierung bald wieder beschnitten, oder der Verweis auf sie hatte nur der Vermeidung eines offiziellen Ausschlusses aus der Heidelberger Fakultät dienen sollen. Jedenfalls ließ sich Muckle bereits 1920 in seiner badischen Heimat nieder und lebte fortan in Binau als Privatgelehrter. Wohl auch wegen des Abbruches seiner ohnehin von einer Außenseiterstellung im Institut der Außenseiter bestimmten akademischen Laufbahn zeigte sich in seinen zahlreichen Publikationen immer stärker Züge von Sektierertum und welterklärendem Größenwahn. Zudem entwickelte Muckle sich von einem ethischen Sozialisten im Geiste Eisners und Landauers zu einem verquasten völkischen Synkretisten, ähnlich wie Spann, Sombart oder Spranger. Immer wieder versuchte er erfolglos, an eine Universität zurückzukehren – nach der nationalsozialistischen Machtergreifung auch wieder in Heidelberg. Er biederte sich bei Rektor Groh als früher Nationalsozialist, Kämpfer für eine »neue gemeinschaftsbildende, deutschem Geist entsprechende Wissenschaft« und gegen das »Novembersystem« an, das er 1919 selbst miterrichtet hatte,

ich.‹ Das gereicht Ihnen bei mir als Person nicht zum Vorwurf, versteht sich (und das Urteil [des bayrischen Standgerichts] halte ich für ein Fehlurteil). Aber können Sie erwarten, daß die hiesige Universität sich anders stellt als so: ›Wer diesen Todfeinden der Freiheit der Lehre [...] sich zur Verfügung stellt, gehört nicht zu uns‹? (Ich habe auch das bekämpft in einem gegebenen Fall – weil ich keine Kompromisse schließe, aber ich muß zugeben, daß der Standpunkt schließlich begreiflich ist.)«

und verlangte: »Möge man mir endlich die Stelle zuweisen, die mir gebührt.« Seinen Rückzug aus der Universität begründete er damit, daß »meine alle Kulturgebiete umspannenden Forschungen strengste Konzentration verlangten«. Die Universitäten hätten ihm seitdem »ihre Pforten verschlossen: ein Mann, der im Geiste deutscher Kultur lebt und webt und den Mut hat, sowohl den Bankerott des Marxismus und der Demokratie und einer dieser entsprechenden Wissenschaft zu enthüllen, hat an Stätten, an denen ehedem Fichte und Schelling wirkten, nichts zu tun. Trotzdem sich Spann und Sombart und Spranger immer wieder für mich verwandten, hat man mir regelmäßig bei Berufungen bedeutungslose Spezialisten vorgezogen, als ob von dem Geiste deutscher Kultur, den ich als das Herrlichste, das es gibt, hüte, die Pest ausginge.« Da jedoch der Dekan der philosophischen Fakultät, der Nationalsozialist Güntert, wie auch der frühere Rektor, der nationalkonservative Historiker Andreas, die wahren Gründe für Muckles Ausscheiden aus dem Lehrkörper offenlegten und Protest gegen eine mögliche Wiederherstellung seiner Venia einlegten, war dessen Antichambrieren im Stil der neuen Zeit nicht von Erfolg gekrönt.[41]

Nach dem Aderlaß des Jahres 1919/20 hielten die Direktoren des Instituts daran fest, immer wieder auch vielversprechende junge Wissenschaftler zu habilitieren, die an den meisten anderen deutschen Universitäten der Zeit keine Chance gehabt hätten. Dies gilt sowohl für Emil Julius Gumbel, der, als er 1923 für Statistik habilitiert wurde, bereits ein bekannter sozialistischer und pazifistischer Autor und Justizkritiker war und zuvor an Gewerkschaftsschulen gearbeitet hatte, als auch für den aus Ungarn geflohenen Karl Mannheim und erst recht für Jakob Marschak, der in seiner ukrainischen Heimat Minister in einer kurzlebigen menschewistischen Revolutionsregierung gewesen war, nach seiner Promotion am InSoSta an einem gewerkschaftlichen Forschungsinstitut gearbeitet hatte und dessen Habilitationsversuch in Kiel an politischen und rassistischen Ressentiments gescheitert war.[42] Auch die auf der anderen Seite des politischen Spektrums anzusiedelnden Habilitanden Bergstraesser und Mitgau, die beide aus der Jugendbewegung kamen, oder der sich um 1930 unter Alfred-Weber-Schülern bildende Diskussionszirkel sog. konservativer Revolutionäre, aus dem die beiden prominenten Mitarbeiter der *Tat*, Ernst Wilhelm Eschmann und Giselher Wirsing, hervorgegangen sind, waren Außenseiter im akademischen Milieu der Weimarer Republik. Ihre Erwähnung soll auch darauf hinweisen,

[41] UAH PA Muckle.
[42] Vgl. in diesem Band den Beitrag von *Harald Hagemann*.

daß das InSoSta politisch durchaus pluralistisch gewesen ist, auch wenn die öffentlich wahrgenommenen Konflikte immer linke Dozenten betrafen.

Der bekannteste dieser Konflikte, der aus einer ganzen Reihe von Einzelkonflikten bestand und sich von 1924 bis 1932 hinzog, betraf den Statistiker Gumbel. Da er bereits häufig beschrieben worden ist, kann ich mich hier kurz fassen und auf einige analytische Bemerkungen beschränken.

Als Gumbel 1924 mit *Verschwörer* ein zusammenfassendes Buch über die nationalistischen, republikfeindlichen Geheimbünde publizierte, verfolgte ihn die Justiz mit einem später eingestellten Landesverratsverfahren. Hatte der Heidelberger Rektor bereits deswegen die Fakultät um eine Stellungnahme gebeten, so schwoll der Unmut zu einer Welle der Empörung an, als Gumbel am Ende seiner Rede auf einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns dazu aufrief, »zwei Minuten im Schweigen der Toten des Weltkrieges zu gedenken, die – ich will nicht sagen – auf dem Felde der Unehre gefallen sind, aber doch auf gräßliche Weise ums Leben kamen.« Binnen drei Tagen hatte die Fakultät ein Disziplinarverfahren eingeleitet und Gumbels Suspendierung erreicht. Der Disziplinarausschuß kam zu dem Ergebnis, man müsse sich »zur Gewinnung eines objektiv begründeten und *für die Öffentlichkeit* überzeugenden Endurteils« mit Gumbels »gesamter Persönlichkeit« befassen. Als dieser erklärte, er habe »den unglücklichen Ausdruck von dem ersten Moment an, wo er Aufsehen erregt hat, bedauert«, war die Sache für den seinerzeitigen Dekan Alfred Weber wie auch für Kultusminister Hellpach erledigt. Dieser hob die Suspendierung auf, jener schlug vor, das Disziplinarverfahren einzustellen. Fakultät und Senat waren jedoch anderer Ansicht, so daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeit fortsetzte. Nach mehr als einem halben Jahr kam auch die Fakultät zu der Erkenntnis, daß die Entziehung der Lehrberechtigung nicht zu erreichen sei, da der Minister hinter Gumbel stand. Sie trat die Flucht nach vorne an und beantragte die Einstellung des Verfahrens. Um ihre »nationale« Gesinnung zu beweisen, verschickte die Universität den Fakultätsbeschluß, der eine sehr kritische Beurteilung von Gumbels Persönlichkeit enthielt, an die Presse und an sämtliche philosophischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten.[43]

Solchermaßen stigmatisiert verließ Gumbel Heidelberg zunächst für ein Jahr, um u.a. auf Einladung Rjasanows an der später von Stalin gestoppten Marx-Engels-Gesamtausgabe mitzuarbeiten. Noch während seiner Abwe-

[43] UAH III 5b, 331, 333 und 431; Jansen 1991, 18ff. mit Einzelnachweisen. Dort auch das folgende ausführlicher und mit weiteren Hintergrundinformationen.

senheit führte die Fakultät ein weiteres erfolgloses Disziplinarverfahren gegen ihn durch, weil er den Versailler Vertrag mit den vom Reich diktierten Friedensverträgen von 1871 (mit Frankreich) und von 1917 (mit der Sowjetunion und Rumänien) verglichen hatte. Während Alfred Weber sich 1924 hinter Gumbel gestellt hatte, so kann davon in diesem zweiten Disziplinarverfahren keine Rede sein. Er hielt den temperamentvollen Antimilitaristen mittlerweile für eine schwere Belastung der Fakultät. Nachdem beide Disziplinarverfahren nicht zum Erfolg geführt hatten, versuchte Weber, den Lehrauftrag für Statistik anderweitig zu vergeben, um Gumbel die Existenzgrundlage zu entziehen und ihn auf diese Weise loszuwerden. Wegen der Unterstützung Lederers für Gumbel, aber auch wegen der Schwierigkeit, fachlich adäquaten Ersatz zu finden, ist es dazu jedoch nie gekommen.[44]

Im Gefolge der Angriffe auf Gumbel gab es 1926 im Senat Schwierigkeiten, als Karl Mannheim sich habilitieren wollte. Wegen der »enthusiastischen Empfehlungen« durch Lederer und Alfred Weber war seine Habilitationsschrift von der Fakultät angenommen worden. Der Senat jedoch verlangte in einer Sitzung, in der unmittelbar vor der Habilitation Mannheim einmal mehr der Fall Gumbel auf der Tagesordnung gestanden hatte, daß der Kandidat zunächst die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben müsse. Nach dreimonatiger Verzögerung verlieh der Senat die Lehrberechtigung mit sechs Stimmen bei vier Enthaltungen nationalkonservativer Senatoren, weil die philosophische Fakultät vehement zugunsten Mannheims interveniert hatte. Im Senatsprotokoll heißt es:

> »Die Fachvertreter insbesondere haben in mehreren Erörterungen durchaus befriedigende Aufklärung über die Persönlichkeit des Herrn Dr. Mannheim gegeben, der weder politisch je hervorgetreten ist noch nach seiner ganzen Anlage und seinen Neigungen sich je politisch betätigen wird. Die Herrn Weber und Lederer haben sich gerade für diesen Punkt in einer zu Protokoll genommenen Erklärung persönlich verbürgt«.[45]

[44] Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 235/1891 vom 24.2.26 (Aktennotiz des Kultusministers über ein Gespräch mit Weber). Vgl. auch Aktennotiz Andreas über ein Gespräch mit Lederer am 3.11.[1927?], in: GLA NL Andreas, Mappe mit persönlichen Notizen.

[45] UAH B 1266/1 Protokoll der Senatssitzungen vom 15.2. und 3.5.26; PA Mannheim. Dort auch ein Artikel aus der deutschnationalen Heidelberger »Deutschen Zukunft« vom 5.6.29, der sich in deutlich antisemitischem Tonfall über die noch immer nicht abgeschlossene Einbürgerung Mannheims ausläßt. Diesem Artikel zufolge hatte Württemberg im

Der Verdacht gegen Mannheim rührte daher, daß er aus dem von einer konservativ-autoritären Regierung beherrschten Ungarn emigriert war. Weber und Lederer fühlten sich offensichtlich wegen des Falles Gumbel genötigt zu unterstreichen, daß dieser Habilitand nicht für neue Querelen sorgen werde.

Nicht nur aus ihrem Verhalten in Sachen Mannheim und Gumbel wird deutlich, daß Weber und andere Liberale Angriffe auf Kollegen, die linksgerichteter Neigungen verdächtigt wurden, nicht offensiv parierten und das Verständnis, das ihre konservativen Kollegen von den Standespflichten und den angemessenen Formen politischer Betätigung hatten, nicht in Frage stellten. Zugleich ermöglicht es der Vergleich der Verhaltensweisen dem Linksliberalen Mannheim und dem Sozialisten Gumbel gegenüber ebenso wie die unterschiedliche Behandlung Neuraths und Levys, die Grenzen der politischen Toleranz von Institutsleitung und Fakultät zu bestimmen.

Gumbel führte nach seiner Rückkehr aus Moskau ein Doppelleben. In Berlin, wo er eine zweite Wohnung hatte, war er ein politisch und publizistisch einflußreiches Mitglied der pazifistisch-sozialistischen Szene. In Heidelberg hielt er seine Lehrveranstaltungen und lebte sehr zurückgezogen. Diese Vorsicht konnte jedoch nicht verhindern, daß die Studentenschaft, als der Minister Gumbel 1930 den Rang eines außerordentlichen Professors verlieh, im Überschwang der nationalsozialistischen Wahlerfolge vom Herbst bis dahin nicht gekannte Demonstrationen inszenierte, die in einer Universitätsbesetzung und Ausschreitungen gipfelten und zur Aufhebung des Heidelberger AStA führten.[46]

1932 verlor Gumbel seine Lehrberechtigung. Bei einer internen Veranstaltung der Sozialistischen Studentenschaft hatte Gumbel in einem Vortrag in Erinnerung an die 700.000 Menschen, die allein in Deutschland während des Weltkrieges verhungerten, angemerkt, als Denkmal des Krieges eigne sich eine große Kohlrübe – das Hauptnahrungsmittel im »Kohlrübenwinter« 1917/18 – besser als leichtbekleidete Jungfrauen mit Siegespalmen. Drei nationalsozialistische Spitzel machten diese Äußerung publik, und Fakultät und Senat entzogen dem »Ruhestörer und Friedensbrecher des akademischen Gemeinschaftslebens«[47] durch einstimmige Beschlüsse die Venia legendi; auch der neue Kultusminister, der Zentrumspolitiker Baumgartner,

Reichsrat Einspruch gegen die von Baden beantragte Einbürgerung erhoben, da bei »fremdstämmigen Ostausländern [...] eine längere Bewährungsfrist angezeigt erscheine«.

[46] UAH III 5b 332, 5 und 89 (Sondervotum Lederer); Verh. Bad. LT, 19.12.30, Sp. 383.

[47] UAH B-1266/3 (Fakultätsbeschluß v. 4.7.32); Jansen 1991, 37ff. (auch zum folgenden).

hatte keine Einwände. In diesem letzten Verfahren, das besonders gut überliefert ist, sprachen sich die prominenten Liberalen der Fakultät bemerkenswert hart und geschlossen gegen den bisher zumindest partiell von ihnen geschützten Außenseiter Gumbel aus. So erklärte Alfred Weber laut Fakultätsprotokoll:

> »Stimme die Anschuldigung, dann habe er sich geirrt, Gumbel milde und schonend in letzter Zeit zu behandeln. (...) Ein akademischer Lehrer hat so nicht gegen Studenten zu reden, auch wenn es Gesinnungsgenossen seien. Es sei eine Versammlung mit dem Thema, mit dem er ›problematisch‹ geworden sei, gewesen«.[48]

Mit der Entziehung von Gumbels Lehrberechtigung begann im August 1932 eine lange Reihe politisch und antisemitisch motivierter Entlassungen, denen sogar einige Protagonisten im Kampf gegen Gumbel, etwa dessen Institutskollege Bergstraesser, zum Opfer fielen.

Die Konflikte um Gumbel zeigen, wie sehr der Liberalismus im Heidelberger Lehrkörper wie auch in der Weimarer Republik insgesamt national geprägt war und unter welchen äußeren, aber häufig auch inneren Rechtfertigungsdruck selbst liberale und sozialistische Professoren wie Weber und Lederer gerieten, wenn die ›nationale Opposition‹ ein hartes Vorgehen gegen politisch linksstehende Außenseiter forderte. Weber und andere Liberale meinten seit 1925, Gumbel aus taktischen Gründen opfern zu müssen. Dahinter stand eine realistische Einschätzung der instabilen politischen Gesamtlage der Republik. Die fatalen Konsequenzen jedoch, die ein Präzedenzfall des Nachgebens der nationalsozialistischen Studentenbewegung gegenüber haben mußte, wurden entweder verkannt oder bewußt in Kauf genommen.

V

Die Nachgiebigkeit insbesondere Webers den nationalistischen Gefühlen der meisten Heidelberger Hochschullehrer gegenüber änderte jedoch nichts daran, daß das InSoSta als Ganzes innerhalb der philosophischen Fakultät immer stärker in eine Außenseiterrolle geriet. Der einflußreiche Historiker

[48] UAH H IV 102/155, Bl. 44 und 39ff.

Willy Andreas hatte im November 1930, auf dem Höhepunkt der studentischen Proteste gegen die Ernennung Gumbels zum Professor, dem Dekan in einem ausführlichen Papier[49] einen Vorschlag gemacht, wie die Heidelberger Fakultät, die er »eine der duldsamsten Deutschlands, vielleicht sogar die am meisten links stehende« nannte, »den Fall Gumbel nun zur Ruhe bringen« könne. Er riet zunächst, gegen die Ernennung beim Ministerium zu protestieren. Wenn danach

> »die Sache nicht bereinigt sein sollte, und der Fall Gumbel immer wieder Unfrieden in unseren Reihen erweckt und das Ansehen der Fakultät in der Öffentlichkeit aufs Schwerste gefährdet, wenn es immer wieder sich begibt, daß um dieser einen Persönlichkeit willen, die niemals hätte habilitieren dürfen, das ganze Leben der Universität, die es ohnehin heute so schwer hat, in allen Tiefen aufgewühlt wird, so sehe ich nur noch einen Ausweg: Es ist der, daß das Fach Staatswissenschaften, von dem in Gestalt des Falles Gumbel diese tiefe Beunruhigung ausgeht, aus unserem Rahmen ausscheidet, sich selbständig macht oder Anschluß an eine andere Fakultät sucht ..., um uns Anderen wenigstens die Wiederkehr dieser auf die Dauer unerträglichen Mißhelligkeiten zu ersparen.«

Andreas machte sich hiermit zum Wortführer der konservativen Fakultätsmehrheit, sein Papier ist als die Spitze eines Eisbergs von politischen und wissenschaftlich motivierten Ressentiments gegen ein innovatives Sozialforschungsinstitut mit einem relativ hohen Anteil politisch linksstehender Dozenten zu sehen. Die larmoyante Sprache von Andreas' Empfehlungen deutet auf die Verzweiflung, in die konservative Professoren durch die permanenten Konflikte gestürzt wurden, die das Stigma des Außenseitertums in der öffentlichen Wahrnehmung auf die gesamte Universität übertrugen. Die Radikalität von Andreas' Lösungsvorschlag zeigt die Unfähigkeit, mit dem Institut der Außenseiter anders als ausgrenzend umzugehen.

Ein letztes Mal zeigte sich die Sonderstellung des InSoSta in der Heidelberger Universität vor der nationalsozialistischen Herrschaft, als der mittlerweile 64jährige Alfred Weber im März 1933 zunächst als einziger Heidelberger Bürger öffentlich gegen das Anbringen von »Parteifahnen auf dem Rathaus« protestierte und einige Tage später durch seine mutige Intervention die Hissung der Hakenkreuzflagge auf seinem Institut zumindest um einen Tag verzögerte. Dies löste nicht nur eine Hetzkampagne der NS-Presse gegen Weber aus, sondern führte auch zur Fortsetzung des Ausgren-

[49] GLA NL Andreas, Mappe mit persönlichen Notizen.

zungskurses des mittlerweile zum Rektor gewählten Andreas gegen das InSoSta. Als er am 13.3.1933 die Institutsdirektoren aufforderte, Hakenkreuzflaggen zu beschaffen und hissen zu lassen, nannte er demonstrativ das ›Insosta‹ an erster Stelle. Diese Demütigung gab dem Alfred-Weber-Biographen Demm zufolge den letzten Ausschlag für dessen Antrag auf vorzeitige Emeritierung.[50]

Die Wünsche von Andreas und vielen anderen nach »Ausscheidung« der Sozialwissenschaften sollten nun in Erfüllung gehen. Durch den Weggang Lederers 1931 nach Berlin und die Entlassung Gumbels 1932 war das Institut bereits vor 1933 geschwächt, nun folgten der Rücktritt Webers sowie die Entlassungen Baums und Marschaks, 1935 auch Sultans und Bergstraessers sowie die Anpassung Brinkmanns und Schusters an die Zumutungen nationalsozialistischer Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Dadurch veränderte sich das politische Profil des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften vollkommen. Nach der Integration der Mannheimer Handelshochschule wurde es 1934 aus der philosophischen Fakultät ausgegliedert und eine selbständige staatswissenschaftliche Fakultät gebildet.[51]

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Universitätsarchiv Heidelberg (UAH):
A-160/178 Sitzungsprotokolle Engerer Senat 1909-1919;
B-1266/1 Sitzungsprotokolle Engerer Senat 1919-1929;
B-1266/3 Sitzungsprotokolle Engerer Senat 1931-1933;
H-IV 102/144-145 Akten des Dekanats Domaszewski (1918/19);
H-IV 102/146 Akten des Dekanats Bezold (1919/20);
H-IV 102/155 Akten des Dekanats Hoffmann (1931/32);
Personalakten Gumbel, Muckle, Neurath, Salz und Schuster.

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA):
Nachlaß Willy Andreas;
235/1891 Personalakte Gumbel.

[50] Demm 1982, 74f. und 78.
[51] Vgl. hierzu den Beitrag von *Klaus-Rainer Brintzinger* in diesem Band.

B. Literatur

Antrick, O. (1966): Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a.M.: Idee, Werden, Gestalt, Darmstadt.
Baader, M.S. (1995): »Wissenschaft als Beruf« in den Naturwissenschaften, in: Treiber, H./Sauerland, K. (1995), S. 445-461.
Bering, D. (1978): Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Stuttgart.
Boll, F. (1920): Vita contemplativa, Heidelberg.
Buselmeier, K. u.a. (Hrsg.) (1985): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim.
Buselmeier, M. (1985): Mythos Heidelberg, in: Buselmeier, K. u.a. (1985), S. 491-500.
Curtius, E.R. (1929): Soziologie – und ihre Grenzen, in: Neue Schweizer Rundschau, 13, S. 727-736.
Curtius, E.R. (1954): Kritische Essays zur europäischen Literatur (Sammlung), 2. Aufl., Bern.
Curtius, E. R. (1932): Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart.
Dahms, H.-J./Neumann, M. (1994): Sozialwissenschaftler und Philosophen in der Münchener Räterepublik, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1992, Opladen.
Demm, E. (1982): Zivilcourage im Jahre 1933. Alfred Weber und die Fahnenaktion der NSDAP, in: Heidelberger Jahrbücher XXVII.
Demm, E. (1990): Ein Liberaler im Kaiserreich. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard a.R.
Drüll, D. (1986): Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803-1932, Berlin.
Ferber, C. von (1956): Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954, Göttingen.
Giovannini, N. (1990): Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918-1945, Weinheim.
Glockner, H. (1969): Heidelberger Bilderbuch. Erinnerungen, Bonn.
Gothein, M.L. (1931): Eberhard Gothein – Ein Lebensbild, Stuttgart.
Hoeges, D. (1994): Kontroverse am Abgrund: Ernst Robert Curtius und Karl Mannheim, Frankfurt/M.
Jansen, C. (1991): Emil Julius Gumbel – Portrait eines Zivilisten, Heidelberg.
Jansen, C. (1992a): Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935, Göttingen.
Jansen, C. (1992b): Vom Gelehrten zum Beamten. Sozialökonomische Rahmenbedingungen für das politische Verhalten von Hochschullehrern in Heidelberg 1914-1935, Heidelberg.
Koopmans, T.C. (1978): Jacob Marschak, in: The American Economic Review. Papers and Proceedings of the 9th Annual Meeting, 68 (2), S. IX-XI.
Lederer, E. (1918): Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen, Leipzig.

Lepenies, W. (1985): Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft, München.
Levy, H. (1914): Waffe und Wirtschaft, in: Heidelberger Tageblatt, 30.9.1914.
Levy, H. (1915a): Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches, Berlin; 2. Aufl. 1916.
Levy, H. (1915b): Die neue Kontinentalsperre. Ist Großbritannien wirtschaftlich bedroht?, Berlin.
Levy, H. (1916a): Unser tägliches Brot im Kriege (= Schützengrabenbücher für das deutsche Volk, Bd. 14), Berlin; 2. Aufl. 1918.
Levy, H. (1916b): Unser Wirtschaftskrieg gegen England (= Schützengrabenbücher für das deutsche Volk, Bd. 11), Berlin.
Levy, H. (1917): Englische Programme mit Fragezeichen, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, 2.
Levy, H. (1918): 1917 Februar 1918. Der Sinn des U-Bootkrieges. Nach einem Jahr Seesperre, Charlottenburg.
Mannheim, K. (1929): Ideologie und Utopie, Bonn.
Mannheim, K. (1979): Wissenssoziologie, eingel. u. hg. v. K. H. Wolff, Darmstadt.
Marschak, J. (1973): Intersubjektive Wahrscheinlichkeit, in: Heidelberger Jahrbücher, XVII, S. 14-26.
McGuire, C.B./Radner, R. (Hrsg.) (1972): Decision and Organization. A Volume in Honor of Jacob Marschak, Amsterdam.
Meyer-Leviné, R. (1972): Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs. Erinnerungen, München.
Mitgau, J.H. (1951): Gemeinsames Leben, Bd. 3, Göttingen.
Muckle, F. (1919): Das Kulturideal des Sozialismus, München.
Muckle, F. (1920): Die großen Sozialisten, 4. Aufl., Leipzig.
Neurath, O. (1979): Wissenschaftliche Weltauffassung, Sozialismus und logischer Empirismus, Frankfurt.
Rickert, H. (1920): Die Philosophie des Lebens, Tübingen.
Riese, R. (1977): Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860-1914, Stuttgart.
Ringer, F.K. (1983): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933, Stuttgart.
Rothacker, E. (1963): Heitere Erinnerungen, Frankfurt/M.
Salin, E. (1954): Um Stefan George. Erinnerung und Zeugnis, 2. Aufl., München.
Salin, E. (1958): Auf der Suche nach dem Standort der Zeit, in: Kyklos, 11, S. 318-339.
Simmel, G. (1992): Untersuchungen über die Form der Vergesellschaftung, Frankfurt/M.
Stark, M. (1984): Deutsche Intellektuelle 1910-1933. Aufrufe, Pamphlete, Betrachtungen. Heidelberg.

Treiber, H./Sauerland, K. (1995): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der geistigen Geselligkeit eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen.

Weber, Marianne (1989): Max Weber. Ein Lebensbild, München.

Weber, Max (1921): Gesammelte Politische Schriften, Tübingen.

Weber, Max (1984a): Gesamtausgabe, Bd. I/15, Tübingen.

Weber, Max (1984b): Wissenschaft als Beruf, 7. Aufl., Berlin.

Weber, Max (1991): Gesamtausgabe, Bd. I/16, Tübingen (Studienausgabe).

Weckbecker, A. (1985): »Gleichschaltung« der Universität? Nationalsozialistische Verfolgung Heidelberger Hochschullehrer aus rassischen und politischen Gründen, in: Buselmeier, K. u.a. (1985), S. 273-292.

Weizsäcker, V. von (1926): Seelenbehandlung und Seelenführung nach ihren biologischen und metaphysischen Grundlagen betrachtet. Gütersloh.

Weizsäcker, V. von (1949): Begegnungen und Entscheidungen. Stuttgart.

Die Weltbühne (1918), Jg. 14.

Zuckmayer, C. (1966): Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft. Frankfurt.

Die nationalsozialistische Gleichschaltung des InSoSta und die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät 1934-1945

Klaus-Rainer Brintzinger

1. Das InSoSta am Vorabend des Nationalsozialismus

Hatte das InSoSta Ende der zwanziger Jahre, als Emil Lederer, Alfred Weber und Carl Brinkmann sich das Amt des Institutsdirektors teilten und zudem so unterschiedliche Wissenschaftler wie Arnold Bergstraesser, Jacob Marschak, Arthur Salz, Herbert Sultan und Walter Waffenschmidt am Institut lehrten, seine wissenschaftliche Blütezeit, so befand sich das Institut 1932/33 eher in einer Umbruchsituation. Emil Lederer hatte die Ruperto Carola 1931 verlassen, zu seinem Nachfolger war Carl Brinkmann, der zuvor lediglich persönlicher Ordinarius gewesen war, von der Fakultät nominiert worden. Das Berufungsverfahren zur Wiederbesetzung des Brinkmannschen Extraordinariats war dagegen zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen »Machtergreifung« noch nicht entschieden. Zunächst hatte die badische Kultusverwaltung versucht, der Fakultät einen Gefolgsmann des Zentrums zu oktroyieren, dann war lange Zeit unklar, ob die Haushaltslage die Besetzung des Extraordinariats überhaupt wieder erlaube. Somit wurde die theoretische Volkswirtschaftslehre – bis 1931 Standbein des InSoSta – nach Lederers Weggang lediglich von dem außerplanmäßigen Professor Waffenschmidt und dem Privatdozenten Marschak vertreten. Eine weitere große Personalentscheidung – die Nachfolge Alfred Webers – stand im Raume, auch wenn darüber noch nicht beraten worden war. Nicht ohne Probleme war die weitere Alimentation der 1924 eingerichteten Stiftungsprofessur für Staatswissenschaften und Auslandskunde. Die nach Eberhard Gothein benannte Professur war zwar 1932 – nach dem Eingang privater

Spenden – mit Arnold Bergstraesser wieder besetzt worden, jedoch ließ die finanzielle Unsicherheit des Fonds, aus dem zu früheren Zeiten auch Lehraufträge[1] besoldet worden waren, keine langfristigen Planungen zu.

2. Der Umbruch des Jahres 1933 und die Gleichschaltung des InSoSta

Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die mit der endgültigen Machtübernahme der Nationalsozialisten verbunden war, setzte auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen die Politik der nationalsozialistischen Gleichschaltung ein, in deren Folge auch die Universitäten einen vollständigen Umbruch ihrer tradierten Rechte und Strukturen erfuhren, wobei die Gleichschaltung nicht alleine von ›außen‹ bzw. von ›oben‹ erfolgte, sondern in vielen Bereichen eine ›Selbstgleichschaltung‹ bzw. ›Selbstindienstnahme‹[2] darstellte. Zu unterscheiden ist in diesem Zusammenhang die inhaltliche Gleichschaltung, also die Ausrichtung von Lehre und Forschung auf die nationalsozialistischen Ziele,[3] und die formale Gleichschaltung der universitären Selbstverwaltung. Während sich die inhaltliche Gleichschaltung nur zögerlich und in unterschiedlichem Ausmaß durchsetzte, vollzog sich die formale Gleichschaltung unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Die formale Gleichschaltung umfaßte drei unterschiedliche Aspekte: zum einen die Entlassung der beamteten und nichtbeamteten Wissenschaftler, zum anderen die Aufhebung der universitären Selbstverwaltung durch das Führerprinzip und zum dritten die Beseitigung des tradierten Selbstkooptationsprinzips, wobei der erste Aspekt – die ›personelle Säuberung‹ – den Anfang der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik bildete. Bereits am 5. April – noch vor dem reichsweiten Beginn der Entlassung jüdischer Beamter – hatte der kurz zuvor an die Macht gelangte Reichskommissar Wagner verfügt, daß alle im Staatsdienst »beschäftigten Angehörigen der jüdischen Rasse mit sofortiger Wirkung vom Dienst zu beurlauben sind«.[4] Zwei Tage später wurde durch die Reichsregierung das ›Gesetz zur Wieder-

[1] So z.B. ein Lehrauftrag Marschaks für Statistik.

[2] Vgl. dazu Reimann 1984; Lundgreen 1984.

[3] Vgl. dazu Kruse 1988.

[4] *Führer* Folge 96 vom 6.4.1933, 1.

herstellung des Berufsbeamtentums‹[5] erlassen, welches im Gegensatz zum ›badischen Judenerlaß‹ nicht die Beurlaubung, sondern die Entlassung oder Zwangspensionierung zur Folge hatte und auch Entlassungen aus politischen Gründen ermöglichte. Die Ruperto Carola zählte im reichsweiten Vergleich[6] zu denjenigen Universitäten, die von den personellen Gleichschaltungsmaßnahmen mit am deutlichsten betroffen wurde. Dies gilt auch und gerade für das InSoSta,[7] dessen Mitglieder mehrheitlich in Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Politik standen oder wegen ihrer jüdischen Abstammung den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen anheim fielen.[8]

Von den dem InSoSta im Wintersemester 1932/33 angehörenden zwei Ordinarien und sieben weiteren habilitierten Wissenschaftlern[9] waren zwei Jahre später mit Brinkmann und Waffenschmidt nur noch ein Ordinarius und ein nicht-etatmäßiger Extraordinarius im Amt. Die übrigen fielen – von einer Ausnahme[10] abgesehen – alle den politischen oder ›rassischen‹ Säuberungen zum Opfer.[11]

Zu den prominentesten Opfern gehörte Alfred Weber, der als Senior des Instituts dessen Geschehen seit seiner Gründung bestimmt hatte. Allerdings war Weber im Gegensatz zu den später von der Universität vertriebenen

[5] RGBl. I, 175; vgl. dazu auch Mommsen 1966.

[6] Vgl. Krohn 1997.

[7] Dies wird besonders deutlich, wenn man in die Betrachtung auch emigrierte Wissenschaftler aufnimmt, die Heidelberg bereits vor 1933 verlassen hatten. Zu dieser Gruppe zählten Emil Lederer (1933 in Berlin entlassen und nach New York emigriert), Hermann Levy (1933 an der TH Berlin entlassen und nach Großbritannien emigriert) sowie der bereits 1932 zur Emigration gezwungene Emil Julius Gumbel (zunächst Frankreich, später New York). Charakteristisch ist auch der hohe Anteil der Heidelberger Doktoranden unter den später emigrierten Wirtschaftswissenschaftlern. Vgl. Hagemann/Krohn 1992; Eßlinger 1995; Krohn 1997.

[8] Berücksichtigt man, daß der größte Teil der Emigranten aus »rassischen« Gründen verfolgt wurde, so ist der Vergleich mit den Nachbaruniversitäten Freiburg und Tübingen sehr aufschlußreich: Während in Freiburg lediglich der Honorarprofessor Liefmann jüdischer Abstammung (nicht mosaischen Glaubens!) war, traf dieses Kriterium auf keinen Tübinger Wirtschaftswissenschaftler zu. Vgl. Brintzinger 1996.

[9] Es handelte sich bei letzteren um Arthur Salz, Jacob Marschak, Herbert Sultan, Johann Mitgau, Walter Waffenschmidt, Arnold Bergstraesser sowie Hans Felix von Eckardt, der als Professor für Publizistik und Leiter des Instituts für Zeitungswesen nur mittelbar zum InSoSta gehörte.

[10] Mitgau war ab 1935 in Heidelberg zur Wahrnehmung verschiedener auswärtiger Lehraufträge ununterbrochen beurlaubt und nahm 1939 endgültig einen Lehrauftrag an der Hochschule für Lehrerfortbildung in Cottbus an. UAH B-3099-Mitgau; Giovannini 1990, 23ff. und 233ff.

[11] Zu den Einzelheiten der Entlassungen siehe Mussgnug 1988; sowie Vezina 1982, 112ff.

Professoren und Dozenten nicht entlassen worden, sondern hatte sich – kurz vor der Altersgrenze stehend – gleich zu Beginn des Sommersemesters 1933 beurlauben lassen und war anschließend auf eigenen Antrag vorzeitig emeritiert worden. Der unmittelbare Anlaß für Webers Demission war eine Auseinandersetzung mit der SA gewesen: Alfred Weber hatte vergeblich versucht, das Hissen der Hakenkreuzflagge vor dem InSoSta zu verhindern. Wenn auch die Bedeutung des »Flaggenstreits«[12] in der Retrospektive etwas überbewertet sein dürfte, so stellte Webers Schritt zweifellos einen mutigen politischen Protest gegen die sich anbahnende politische Gleichschaltung, insbesondere aber gegen die abwartend-gleichgültige Haltung des Rektorats und des Senats dar. In einer Universität, in der von nun an statt des »lebendigen Geistes« der »deutsche Geist« des Nationalsozialismus herrschte[13], wollte Weber nicht länger lehren; fraglich ist ohnehin, ob die nationalsozialistischen Machthaber den erklärten Demokraten Alfred Weber noch länger auf einer Lehrkanzel geduldet hätten, hätte dieser nicht von sich aus den Dienst quittiert. Im Gegensatz zu den nach ihm entlassenen und vertriebenen Wissenschaftlern wurde Weber jedoch bis 1945 im Vorlesungsverzeichnis als »inaktiver ordentlicher Professor« geführt und blieb auch ansonsten während des Nationalsozialismus unbehelligt.

Am 20. März wurden dann in Vollziehung des ›badischen Judenerlasses‹ wie des ›Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ der außerplanmäßige Professor Arthur Salz sowie die Privatdozenten Herbert Sultan und Jacob Marschak »bis auf weiteres beurlaubt«[14]. Der Begriff der Beurlaubung ist dabei irreführend, denn von den drei Beurlaubten stand lediglich Marschak als Assistent in einem Dienstverhältnis zur Universität. Sultan und Salz waren weder beamtet noch von der Universität oder dem Land angestellt. Doch der Beurlaubungserlaß – wie auch das ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ – erstreckte sich ausdrücklich auch auf die nicht-beamteten Hochschullehrer[15] und kam somit einem staatlich verordneten Lehrverbot gleich. Während die Beurlaubungen der jüdischen

[12] Zum »Flaggenstreit« vor dem Heidelberger InSoSta vgl. Demm 1982; Klingemann 1990, 83f.; Nutzinger 1997.

[13] Dieser Wandel zeigte sich auch an der Inschrift über dem Haupteingang der Neuen Universität. Auf Anregung des jüdischen Literaturwissenschaftlers Gundolf war 1931 die Inschrift »Dem lebendigen Geist« eingemeißelt worden. Nach einigen Diskussionen wurde die Inschrift 1936 geändert in »Dem deutschen Geist«. Vgl. dazu auch Giovannini/Jansen 1992, 176.

[14] UAH B-3099-Salz/Sultan/Marschak. Zu den Einzelheiten bei der Durchführung des Beurlaubungserlasses vgl. Vezina 1982, 39.

[15] Vgl. Vezina 1982, 32 und 39f.

Beamten ad hoc und ohne klare Rechtsgrundlage[16] erfolgte und daher zunächst als vorübergehende Maßnahme dargestellt wurde, sah das ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ eine endgültige Entlassung vor, sofern der Betroffene nicht als Frontkämpfer unter die Ausnahmeregelung des § 3 des ›Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ fiel.

Während Jacob Marschak den Abstammungsfragebogen überhaupt nicht mehr ausfüllte und sich nach seiner Beurlaubung als Privatdozent gleich ins Ausland begab,[17] waren Arthur Salz und Herbert Sultan als Frontkämpfer von der Entlassung zunächst ausgenommen. Salz, der als gebürtiger Böhme auf österreichisch-ungarischer Seite am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, konnte jedoch seine Militärpapiere, die nach dem Kriege nach Prag gelangt waren, nicht beibringen. Obwohl das Rektorat dem Ministerium mehrfach die Schwierigkeiten dargelegt hatte, für Salz den Frontkämpfer-Nachweis zu führen, wurde ihm am 28. September 1933 die Lehrerlaubnis endgültig entzogen.[18] Dies hinderte das Ministerium jedoch nicht, energisch die Rückzahlung eines Darlehens zu betreiben, das Salz in früheren Jahren aus einem Studienfonds gewährt worden war.[19] Die Beurlaubung von Herbert Sultan, der seinen Fronteinsatz nachweisen konnte, wurde dagegen am 18. Juli 1933 wieder rückgängig gemacht. Er konnte noch bis zum Inkrafttreten der ›Nürnberger Gesetze‹ als Privatdozent an der Universität Heidelberg lesen,[20] im Oktober 1935 wurde auch ihm die Lehrerlaubnis endgültig entzogen.[21]

Der Direktor des Instituts für Zeitungswesen Hans Felix von Eckardt war zuvor schon wegen politischer Unzuverlässigkeit gem. § 4 ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ entlassen worden.[22] Zuletzt fiel

16 Vezina 1982, 28.

17 Vgl. dazu den Beitrag von *Harald Hagemann* in diesem Band sowie Mussgnug 1988, 43f. und 148f.

18 UAH B-3099-Salz; vgl. auch Musgnug 1988, 37.

19 Die Unterstützung war Salz in der »Erwartung der Rückzahlung bei Besserung der finanziellen Situation« im Jahre 1930 gewährt worden. Offensichtlich sah das Ministerium im Entzug der Lehrerlaubnis eine Besserung der finanziellen Situation. UAH B-3099-Salz.

20 Sultan kündigte für das Wintersemester 1933/34 gleich drei Lehrveranstaltungen an: Eine Vorlesung »Finanzwissenschaft und Konjunktur« sowie je eine Übung über »Allgemeine Steuerlehre« und »Theoretische Nationalökonomie für Anfänger«. Für das folgende Semester kündigte er eine Vorlesung »Politik der Arbeitsbeschaffung in den USA« an. Im Wintersemster 1935/36 wollte er ein Kolleg über den amerikanischen New Deal halten – die Ankündigung wurde auch noch im Vorlesungsverzeichnis ausgedruckt, jedoch war Sultan schon vor Semesterbeginn entlassen worden.

21 Der Entzug der Lehrerlaubnis erfolgte aufgrund § 3 des Reichsbürgergesetzes zum Ende des Kalenderjahres 1935. UAH H-VI-334; vgl. auch Mussgnug 1988, 88.

22 Mussgnug 1988, 52f.; Vezina 1982, 51.

Arnold Bergstraesser im August 1936 der nationalsozialistischen Rassegesetzgebung zum Opfer. Dabei hatte Bergstraesser zumindest zeitweise mit nationalsozialistischen Strömungen sympathisiert,[23] was ihm jedoch kaum Anerkennung, sondern den Vorwurf einbrachte, besonders bei der Vergabe von Dissertationsthemen »die von einem Nichtarier zu erwartende notwendige Zurückhaltung außer Acht« gelassen zu haben.[24] Als sich Bergstraesser daraufhin zum Wintersemester 1935/36 beurlauben ließ, lag dem Reichsministerium bereits der Antrag auf Entziehung der Lehrbefugnis vor. Bergstraesser blieb bis zur endgültigen Entscheidung des Reichsministeriums im August 1936 beurlaubt, anschließend wurde Bergstraessers privatrechtliches Dienstverhältnis als Gothein-Professor durch den Rektor fristgerecht gekündigt.

Mit einer kurzen Verzögerung waren auch die nicht-habilitierten Assistenten am InSoSta von den Entlassungen betroffen: Von den vier Assistenten, die Anfang 1933 am InSoSta beschäftigt waren, fielen neben Marschak zwei weitere den Säuberungen zum Opfer: Die Assistentin und Bibliothekarin Hedwig Neumann-Tönniessen wurde im Oktober 1934 entlassen und mußte ihre Habilitation abbrechen,[25] zuvor war schon der ehemalige Weber-Assistent Otto Pfleiderer entlassen worden. Ebenfalls gemäß § 3 ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ wurde der langjährigen Lehrbeauftragten Marie Baum am 28. Juli 1933 ihr Lehrauftrag für Sozialpolitik entzogen.[26]

3. Vom InSoSta zur Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Weit mehr als durch die Entlassungen und Zwangspensionierungen infolge der nationalsozialistischen ›Beamtengesetze‹ wurde der Charakter des InSoSta durch die Übernahme der Mannheimer Handelshochschule und die damit verbundene rasche Expansion der Betriebswirtschaftslehre verändert.

[23] Vgl. dazu ausführlicher Klingemann 1990, 88ff. und Krohn 1986, 254ff. Noch 1950 führte eine Gastprofessur für Bergstraesser angesichts dessen Haltung Anfang der dreißiger Jahre in Heidelberg zu einer heftigen Kontroverse in der Fakultät; vgl. dazu Mussgnug 1988, 231ff. Zu Bergstraessers politischer Einstellung vor 1933 vgl. auch Jansen 1992, 214 und 268.

[24] Zitiert nach Mussgnug 1988, 83.

[25] Vgl. Hagemann/Krohn 1992, 206.

[26] Vgl. dazu den Beitrag von *Heide Marie Lauterer* in diesem Band.

Die Translokation der von der Stadt getragenen Mannheimer Handelshochschule nach Heidelberg war ursprünglich keineswegs aus politischen, sondern vielmehr aus Gründen der Haushaltslage ins Auge gefaßt worden.[27] Allerdings hatte die seit März 1933 gleichgeschaltete Stadtverwaltung Mannheims wie auch die gleichgeschaltete badische Kultusverwaltung die Verlegung mit besonderer Beschleunigung vorangetrieben. Die Philosophische Fakultät der Ruperto Carola hatte zunächst heftigen Widerstand gegen die Übernahme der Mannheimer Betriebswirte in ihre Fakultät angekündigt und sich ausbedungen, die Mannheimer Professoren nicht en bloc zu übernehmen, sondern jeweils einzeln nach Heidelberg zu berufen. Ein Zugeständnis der Landesregierung war dies kaum, denn die zugespitzte Haushaltslage hätte eine Übernahme sämtlicher Mannheimer Professoren in den badischen Staatsdienst ohnehin nicht erlaubt. So wurden von den ehemals neun hauptamtlichen Mannheimer Dozenten nur die beiden Professoren Schuster und Sommerfeld übernommen, die schon zuvor in Heidelberg Honorarprofessoren waren.

Auf die ausgeprägten Vorbehalte der Philosophischen Fakultät gegenüber der als unwissenschaftlich betrachteten Betriebswirtschaftslehre läßt sich auch die Errichtung einer sechsten Fakultät zurückführen. Zwar verblieben im Wintersemester 1933/34 die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer noch unter dem Dach der Philosophischen Fakultät, doch schon im Mai 1934 erfolgte die Trennung von der Philosophischen Fakultät und die Errichtung der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.[28] Allerdings schien die Zahl der vorhandenen drei wirtschaftswissenschaftlichen Ordinariate, die durch einen planmäßigen und einen außerplanmäßigen Extraordinarius ergänzt wurden, die Einrichtung einer eigenen Fakultät kaum zu rechtfertigen. Um die gewünschte Fakultätsgründung nicht mangels Masse scheitern zu lassen, hatte der Rektor sowohl Professoren anderer Fakultäten als auch nicht-habilitierte Wissenschaftler zu Mitgliedern der neuen Fakultät ernannt. So wurde der neue Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaft Hans Adler, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Hans Felix von Eckardt nicht habilitiert war, als gleichberechtigtes Mitglied in die Fakultät aufgenommen. Als Vertreter der Assistenten hatte der Rektor den in Schusters Institut tätigen Hans Hagenbuch, dessen Verdienste besonders auf der politischen Seite lagen, in die Fakultät berufen. Personell erweitert wurde die Fakultät

[27] Vgl. dazu Bollmus 1973.

[28] Das ehemals zur Mannheimer Handelshochschule gehörende Dolmetscherinstitut wurde ebenfalls der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zugeordnet, blieb aber organisatorisch von den übrigen Instituten der Fakultät getrennt.

noch durch den Zivilrechtler Eugen Ulmer und schließlich ernannte sich Rektor Groh in seiner Eigenschaft als Ordinarius für Arbeitsrecht selbst zum Mitglied und zugleich zum Dekan der neuen Fakultät. Auf Groh, der bereits nach einem halben Jahr wieder aus der Fakultät ausschied, folgte der Zivilrechtler Eduard Bötticher, der bis 1938 auch das Amt des Dekans wahrnahm. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hatte Bötticher beantragt, die neue Fakultät in »Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät« zu benennen um damit zum Ausdruck zu bringen, »dass die Wirtschaft ohne staatliche Führung und Ordnung nicht gedacht werden kann«.[29]

Als Dekane hatten Groh und Bötticher die Einführung des Führerprinzips in der neu gegründeten Fakultät vorangetrieben. Gleich 1934 trat an die Stelle der bisherigen Engeren Fakultät ein Beirat, dem jedoch ebenso wie dem später eingerichteten Fakultätsausschuß lediglich eine beratende Funktion zukam. An die Stelle von Abstimmung trat nun gemäß dem Führerprinzip das alleinige Entscheidungsrecht des vom Rektor berufenen Dekans.

Zu den bereits aufgeführten Fakultätsmitgliedern kam noch eine Reihe von ehemaligen Mannheimer Privatdozenten hinzu, deren Nostrifizierung im Laufe des Jahres 1934 erfolgte. Es handelte sich dabei um die beiden Privatdozenten der Betriebswirtschaftslehre Fritz Fleege-Althoff und Walter Thoms, den ehemaligen Mannheimer außerplanmäßigen Professor für Betriebspsychologie Edmund Lysinski sowie den Schuster-Assistenten und Mannheimer Privatdozenten Siegfried Wendt. Nicht als Mitglieder der Fakultät geführt wurden die Lehrbeauftragten, deren Anzahl seit der Einführung des betriebswirtschaftlichen Studienganges signifikant angestiegen war und die in zunehmendem Maße eigenständige Vorlesungen und Übungen übernahmen. Bei der Mehrzahl der Lehrbeauftragten handelte es sich um Praktiker der privaten und der öffentlichen Wirtschaft. Einzelne Lehraufträge waren jedoch aus unmittelbarer politischer Motivation vergeben worden, so z.B. 1934 an den Pressechef der badischen Landesregierung und Schriftleiter der NS-Zeitung *Der Führer*, Franz Moraller, der über »Die Propaganda des Nationalsozialismus« las. [30]

Mit Brinkmann, der zugleich der Philosophischen Fakultät angehörte sowie den beiden Juristen Groh und Bötticher war die Mehrzahl der Ordinarien der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Mitglied zweier Fakultäten. Der neuen Fakultät fehlte somit ein eigenständiger Lehrkör-

[29] UAH H-VI-200/1.

[30] Im Wintersemester 1934/35.

per. Dies änderte sich erst durch die Neuberufungen von Betriebswirten in den folgenden Jahren.

3.1 Die Einrichtung der betriebswirtschaftlichen Ordinariate

Die gestiegene Bedeutung der Betriebswirtschaftslehre zeigte sich schon im Sommersemester 1933 als – noch vor der Gründung der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät – die Betriebswirtschaftslehre, die bis dahin in Heidelberg gar nicht vertreten war, erstmals neben den Staats- und Kameralwissenschaften im Vorlesungsverzeichnis als eigenständiges Fach ausgewiesen wurde. Zwar verfügte die neue Fakultät mit Sommerfeld, der bereits zuvor als Honorarprofessor in Heidelberg gelehrt hatte, lediglich über einen planmäßigen Professor der Betriebswirtschaftslehre, dieser wurde jedoch ab 1934 von den beiden betriebswirtschaftlichen Privatdozenten Fleege-Althoff und Thoms unterstützt, hinzu kamen noch die beiden Lehrbeauftragten Ammelounx und Gerstner für betriebswirtschaftliche Propädeutik sowie der Handelsschuldirektor Malteur für Wirtschaftspädagogik. Mit Sommerfeld, Fleege-Althoff, Thoms und Lysinski verfügte die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät 1935 bereits über vier habilitierte Betriebswirte. Im Gegensatz zur Volkswirtschaftslehre wurde jedoch die Betriebswirtschaftslehre in den Folgejahren noch weiter ausgebaut. Bereits Ende 1934 wurde die Schaffung eines zweiten betriebswirtschaftlichen Ordinariats beraten, wobei besonders von seiten des Dozentenbundes der bereits in Heidelberg lehrende Walter Thoms favorisiert wurde. Das Ministerium stellte zwar die Einrichtung eines zusätzlichen Ordinariats aus Gründen der Haushaltslage zunächst zurück, jedoch wurde Thoms 1936 vorzeitig zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 1938 verließ der drei Jahre zuvor zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannte Fleege-Althoff[31] Heidelberg, wenig später nahm Sommerfeld einen Ruf nach Breslau an. Die Nachfolgeentscheidung hatte die Fakultät in eine schwierige Situation gebracht. Kurz zuvor war – entgegen der damaligen akademischen Gewohnheit – Walter Thoms zum Dekan ernannt worden, ohne Ordinarius zu sein. Diese Ernennung von Thoms ging besonders auf den Einfluß des Rektors

[31] Fleege-Althoff war zunächst als Lehrstuhlvertreter und anschließend als ordentlicher Professor nach Königsberg gegangen.

Schmitthenner zurück, der später in Personalunion das badische Kultusministerium leitete und mit Thoms politisch eng verbunden war. Allerdings war diese Ernennung beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) in Berlin auf heftige Kritik gestoßen, so daß die Notwendigkeit bestand, für Thoms rasch ein Ordinariat zu finden. Die Fakultät konnte nun, wollte sie ihrem Dekan nicht in den Rücken fallen, nicht anders, als Thoms unico loco zum Sommerfeld-Nachfolger in Vorschlag zu bringen.[32]

Mit der Berufung von Thoms wurde der Ausbau der Heidelberger Betriebswirtschaftslehre weiter vorangetrieben. Bereits 1937 war der Leipziger Dozent Curt Sandig nach Heidelberg versetzt worden, zu Beginn des Wintersemesters 1938/39 wurde Sandig dann – ohne ordentliches Berufungsverfahren – zum planmäßigen außerordentlichen Professor ernannt. Auch bei der Besetzung des zweiten, neu zu schaffenden Ordinariats war auf ein ordentliches Berufungsverfahren verzichtet worden: Thoms hatte im Sommer 1939 dem Ministerium weitgehend eigenmächtig eine Berufungsliste vorgelegt, obwohl eine Entscheidung über die neue Professur noch gar nicht gefallen war. Das Ministerium ließ sich über ein Jahr Zeit, ernannte jedoch im Februar 1941, ohne weitere Rücksprache mit der Fakultät, den Leipziger Privatdozenten Eugen Sieber zum beamteten Extraordinarius für Betriebswirtschaftslehre. Damit verfügte die Betriebswirtschaftslehre in Heidelberg über einen Ordinarius und zwei Extraordinarien, die von mehreren Honorarprofessoren bzw. Lehrbeauftragten unterstützt wurden. 1943 waren nochmals Pläne für die Schaffung eines weiteren betriebswirtschaftlichen Lehrstuhls gefaßt, jedoch aufgrund mangelnder Finanzmittel während des Krieges nicht weiter verfolgt worden.

3.2 Die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Die Habilitationen an der Fakultät

Das Ausmaß der personellen wie der inhaltlichen Gleichschaltung läßt sich zum einen anhand der Berufungsverfahren, die hier jedoch nicht näher untersucht werden sollen,[33] zum anderen anhand der Habilitationsverfahren der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät besonders deutlich

[32] Vgl. UAH H-VI-552/3.
[33] Vgl. dazu Brintzinger 1996.

darlegen. In kaum einem anderen Bereich waren die parteipolitischen und wissenschaftsfremden Eingriffe offenkundiger. Bereits im Juni 1933 hatte das badische Kultusministerium angeordnet, daß alle Habilitationsgesuche »vor der Behandlung durch die Fakultäten (Abteilungen) dem Unterrichtsministerium vorzulegen« seien;[34] mit dem Erlaß der Reichshabilitationsordnung von 1934 ging die Zulassungskompetenz vollständig auf das REM über.[35] Zugleich erfolgte die Lösung der Habilitation von der Verleihung der Venia legendi. Während der damit neu geschaffene akademische Grad eines Dr. habil. lediglich als ein weiterer Titel galt, von dem sich die Kandidaten berufliche oder politische Vorteile – auch in außeruniversitären Bereichen – versprachen, war die Zulassung zur Dozentur mit einer Reihe von zusätzlichen, insbesondere politischen Anforderungen verbunden.

Während jedoch andere Fakultäten, etwa die der Nachbaruniversitäten Freiburg und Tübingen,[36] bei Habilitationen Zurückhaltung übten – nicht zuletzt, um sich dem politischen Druck erst gar nicht auszusetzen –, zeigte die neu gegründete Heidelberger Fakultät ein gegenteiliges Verhaltensmuster: Sie hatte sich in den elf Jahren ihres Bestehens mit neun Anträgen auf Verleihung des Dr. habil. zu beschäftigen. Davon entfielen sechs auf den Bereich Volkswirtschaftslehre, zwei entstammten dem Bereich Zeitungswissenschaft, und ein Kandidat beantragte, für Betriebswirtschaftslehre habilitiert zu werden. Von zwei Ausnahmen abgesehen, wurden alle Bewerber von z.T. hohen Parteigremien empfohlen. Wenn dennoch in vier Fällen die Habilitation aufgrund eines ablehnenden Votums der Fakultät scheiterte, läßt sich dies lediglich in einem Fall auf politische Motivationen zurückführen – vielmehr wollte zumindest ein Teil der Fakultät unabhängig von politischen Kriterien die Mindeststandards wissenschaftlicher Arbeit wahren.

Als exemplarischer Fall einer nur aufgrund politischer Motive zustandegekommenen Habilitation kann das Verfahren des bereits seit 1930 der NSDAP[37] angehörenden Franz Alfred Six gelten. Zuerst als Hauptschriftleiter des *Heidelberger Student*, später als Hauptamtsleiter für Aufklärung und Propaganda und Leiter der Reichsfachabteilung Zeitungswissenschaften der NS-Studentenschaft, hatte er einen wesentlichen Anteil an der nationalsozia-

[34] Schreiben des Badischen Kultusministeriums an die Hochschulen des Landes vom 28. Juni 1933; GLA 235/8085.

[35] Vgl. Reichshabilitationsordnung vom 13. 12. 1934; RMinAmtsblatt 1935, 12.

[36] In Freiburg war es zwischen 1933 und 1945 lediglich zu einer Habilitation, in Tübingen zu zwei Habilitationen gekommen; vgl. Brintzinger 1996.

[37] Eintrittsdatum 1. März 1930 (# 245.670), seit 9.4.1935 SS-Mitglied; BDC Unterlagen Six.

listischen Ideologisierung der Universität Heidelberg.[38] 1934 hatte Six bei Arnold Bergstraesser eine Dissertation mit dem Titel *Die politische Propaganda der NSDAP* angefertigt. Obwohl diese Arbeit lediglich in Allgemeinplätzen die unterschiedlichen Formen politischer Propaganda darstellte,[39] wurde sie zunächst vom Propagandaministerium wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Der Grund lag wohl darin, daß Six in seinem Schlußkapitel recht unverhohlen die Intentionen nationalsozialistischer Propaganda benannte.[40] Erst nachdem Goebbels die Arbeit persönlich mit einem Vorwort versehen hatte, durfte sie im Druck erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt bemühte sich Six jedoch bereits um seine Habilitation in Heidelberg. Wie schon in seiner Dissertation verstand es Six auch bei der Wahl des Habilitationsthemas, seine praktische politische Betätigung mit seinen wissenschaftlichen Zielen zu verbinden. Seine langjährige Tätigkeit als hauptamtlicher Agent des SD führte ihn zu einer Studie über die Minderheitenpresse in Deutschland; gemeint waren damit die Publikationen der ethnischen Minderheiten im Deutschen Reich. Im Rahmen dieses Vorhabens wollte Six anhand von Presseveröffentlichungen die fehlende nationale Loyalität nicht-deutschsprachiger Reichsangehöriger nachweisen.

Auf seinen Doktorvater Bergstraesser konnte Six bei der Habilitation nicht mehr zurückgreifen, war dieser doch kurz zuvor wegen seiner nichtarischen Abstammung entlassen worden. Hauptgutachter im Habilitationsverfahren wurde somit der Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaft Hans Hermann Adler, obwohl dieser selbst nicht habilitiert war. Die von Six vorgelegte Arbeit wurde von Adler grundsätzlich positiv beurteilt, wenngleich Adler noch gerne den Einfluß »fremdstaatlicher Nachrichten-

[38] Vgl. Urban/Herpolsheimer 1984, 171ff.

[39] So kam Six (1936) in seiner Dissertation beispielsweise zu der wohl kaum noch als wissenschaftlich zu bezeichnenden Schlußfolgerung: »Das politische Plakat gehört zu den bestwirkenden Werbemitteln. Ein Flugblatt oder eine Zeitung kann weggeworfen werden, zum Besuche einer Versammlung ist niemand gezwungen, das Plakat dagegen muß jeder Passant sehen« (ebd., 57). In seinem kurzen Literaturverzeichnis beschränkte sich Six im wesentlichen auf die einschlägigen NS-Propagandaschriften von Hitler, Goebbels u.a.

[40] Die Ziele der nationalsozialistischen »Volksaufklärung« bestanden nach Six in der »Bekämpfung der inneren Gegner des Nationalsozialismus« wie in der »Vernichtung der geistigen Nachzüge des Nationalsozialismus«. Weiter schreibt Six: »Nachdem es gelungen ist, den Gegner mit der Zerschlagung der Parteien organisatorisch und machtmäßig zu vernichten, ist es die Aufgabe der Volksaufklärung, ihn geistig zu überwinden. (...) In Feldzügen der aktiven Staatspropaganda gilt es die Grundsätze der nationalsozialistischen Weltanschauung zur Auffassung des Volkes zu machen. (...) Hier liegt die Kunst der Beherrschung der öffentlichen Meinung durch den autoritären Staat, an die Stelle des liberalen Wechselspieles der öffentlichen Meinung (...) hat die Führung der öffentlichen Meinung zu treten«. Six 1936, 65f.

dienste« untersucht gehabt hätte.[41] Auch Brinkmann als Zweitgutachter lobte die »bemerkenswerte, zeitungskundlich und allgemein staatswissenschaftlich geschulte Leistung«, die erkennen lasse, daß die Minderheitenpresse »fast durchweg unter dem Deckmantel der Fremdsprache in unzweideutiger Feindschaft gegen die Staatsform des Wirtslandes« stehen würde.[42] Um die Form zu wahren, mußte Schuster noch als zweiter habilitierter Gutachter hinzugezogen werden. Er konnte das Urteil Brinkmanns und Adlers nicht teilen, sondern kam zu dem Schluß: »Als ausgereifte wissenschaftliche Arbeit vermag ich diese Arbeit nicht zu erkennen. Sie macht viel eher den Eindruck einer Denkschrift als den einer wissenschaftlichen Arbeit.«[43]

Nachdem jedoch die politische Beurteilung des Dozentenbundes äußerst positiv ausgefallen war – keine Überraschung bei einem Angehörigen des SD-Hauptamts – war die Habilitation durch die Fakultät nur noch eine Formfrage. Zwar hatten alle drei Fachgutachter inhaltliche und stilistische Unebenheiten bemängelt, doch kamen sie übereinstimmend zu dem Schluß, die politische Qualifikation von Six gebiete es, von den sonst bei Habilitationen üblichen Beurteilungsmaßstäben abzuweichen. Selbst die Tatsache, daß Six über fremdsprachliche Publikationen urteilte, die er in Ermangelung entsprechender Sprachkenntnisse gar nicht lesen konnte, wie der Hauptgutachter Adler am Rande angemerkt hatte, stellte kein Hindernis für die Habilitation eines SS-Sturmbannführers durch die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät dar. Um alle Zweifel auszuschalten, hatte Dekan Bötticher Rektor Krieck von der bevorstehenden Habilitation unterrichtet und ihm mitgeteilt, gerade bei der »Förderung der für das Gebiet der Zeitungswissenschaft im neuen Staat besonders wichtigen politischen Fragen« komme dem Bewerber durch seinen »aktiven Einsatz an der Front der Bewegung« eine besondere Qualifikation zu.[44] Magnifizenz Krieck brauchte jedoch nicht mehr überzeugt zu werden; der Rektor war selbst mit Six politisch eng verbunden.[45]

Am 10. Dezember 1936 verlieh die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mit Genehmigung des Kultusministers den Dr. habil. an Six.[46]

[41] Hauptgutachten Adler 30. Mai 1936; UAH H-VI-891/8-Six.

[42] Gutachten Brinkmann 28. Mai 1936; UAH H-VI-891/8-Six.

[43] Gutachten Schuster 2. Juni 1936; UAH H-VI-891/8-Six.

[44] Dekan an Rektor vom 9. Nov.1936; UAH H-VI-891/8-Six.

[45] Six hatte bis 1937 Kriecks Zeitschrift *Volk im Werden* als Hauptschriftleiter gedient. Vgl. Heiber 1992, 471.

[46] Die Veröffentlichung seiner Habilitationsschrift unterblieb im übrigen auf Weisung aus Berlin »in Anbetracht der derzeitigen minderheitenpolitischen Lage und des taktischen

Eine Lehrtätigkeit hatte Six dagegen in Heidelberg weder ausgeübt noch angestrebt. Seine Karriere im SD führte ihn bald in das neu gegründete Reichssicherheitshauptamt (RSHA), wo er in enger Zusammenarbeit mit Adolf Eichmann für die Schulung der ›Judenreferenten‹ der Partei zuständig war und bald zum Chef des Amts für weltanschauliche Forschung im RSHA aufstieg. Infolge seiner von der Heidelberger Universität bescheinigten akademischen Qualifikation nahm er gleichzeitig noch das Amt des Dekans der in Berlin neu gegründeten Auslandswissenschaftlichen Fakultät wahr.[47]

3.3 Forschungsschwerpunkte der Fakultät

Mit der Gründung der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ging nicht nur die zentrale Stellung des InSoSta verloren, die Herausdifferenzierung einer Vielzahl von Instituten nach 1934 bedeutete zugleich auch eine weitgehende Umorientierung der Forschungstradition. Schon 1934 – noch vor der Gründung der Fakultät – waren neben dem InSoSta das Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik sowie das Betriebswissenschaftliche Institut eingerichtet worden. Bis zum Sommersemester 1934 wurden jedoch im Personal- und Vorlesungsverzeichnis sowohl die außerordentlichen Professoren bzw. Privatdozenten Waffenschmidt, Bergstraesser, Mitgau und Sultan, als auch die Ordinarien Sommerfeld und Schuster, die nun einem eigenen Institut vorstanden, als »Lehrer« am InSoSta aufgeführt. Dagegen gehörten die aus Mannheim übernommenen Schuster-Assistenten Wendt und Hagenbuch sowie die beiden betriebswirtschaftlichen Privatdozenten Thoms und Fleege-Althoff nicht dem InSoSta an.[48] 1935 hatte sich

Vorgehens in der Wendenfrage«. Dies wurde vom REM nach Abschluß des Habilitationsverfahrens am 23. März 1938 ausdrücklich angeordnet. UAH H-VI-891/8-Six.

[47] Zuvor war Six bereits nichtbeamteter Professor in Königsberg geworden. Ab 1941 war er Chef des Amts für weltanschauliche Forschung im Reichssicherheitshauptamt und zeitweise Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts. 1948 wurde er vom Militärgerichtshof II der USA zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, jedoch bereits 1952 entlassen. BDC Unterlagen Six; vgl. dazu auch Klingemann 1990, 90.

[48] Im Wintersemester 1933/34 verfügte das InSoSta über die Assistenten Joseph Moreth, Hedwig Neumann-Tönissen sowie die beiden außerordentlichen Assistenten Otto Pfleiderer und Hildegard Hoffmann. Pfleiderer und Neumann-Tönnissen wurden kurz darauf entlassen, an ihre Stelle traten Paul Hövel und Karl Schiller.

dann die Situation grundlegend geändert: Die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gliederte sich nunmehr in fünf, bald darauf sechs und später sieben gleichberechtigte Institute. Zum InSoSta, das nunmehr nur noch den Lehrstuhl Brinkmanns umfaßte, dem Betriebswissenschaftlichen Institut[49] und dem Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik sowie dem Institut für Zeitungswissenschaften kamen das Institut für Rohstoff- und Warenkunde sowie das Dolmetscher-Institut[50] und ab 1941 das Institut für Betriebswirtschaft des Fremdenverkehrs.[51] Charakteristisch für die Neuordnung der Universität war, daß dem Institut für Zeitungswissenschaft kein Ordinarius mehr vorstand, sondern der nicht-habilitierte Hans Hermann Adler,[52] der zugleich das Amt des Direktors des Dolmetscher-Instituts ausübte.[53]

Kurz nach der Gründung der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät war auch die Existenz des Rest-InSoSta in Frage gestellt worden. Der Heidelberger Oberbürgermeister Karl Neinhaus, der zwei Jahre später zum Lehrbeauftragten an der Fakultät bestellt wurde, hatte in einem Memorandum für den Rektor angeregt, das InSoSta in ein Zentralinstitut für Volksforschung und Planung umzuwandeln, »das sich von den Lehren der klassischen Volkswirtschaftslehre abwenden«[54] und sich statt dessen der Begründung einer, auf dem Boden der »völkischen« Lehre stehenden, Wirtschaftslenkung widmen solle. Wenngleich dieser Plan nicht weiter verfolgt wurde, hatte der Vorstoß des Oberbürgermeisters immerhin bewirkt, daß der politisch erwünschten Raum- und Planungsforschung künftig eine tragende Rolle zukam. So war bereits 1935 eine fächerübergreifende Arbeitsgemeinschaft für Planungswissenschaft gegründet worden, die jedoch nur für kurze Zeit bestand und keine greifbaren wissenschaftlichen Ergebnisse liefern konnte. In diesem Zusammenhang ist auch der 1936 entstandene Plan zu sehen, ein geopolitisches Institut an der Fakultät zu errichten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der ausbleibenden finanziellen Unterstützung durch das REM. Mehr Erfolg beschieden war der Zusammenarbeit mit der 1935 gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, als deren Heidelberger Geschäftsstelle Schusters Institut diente.

[49] Ab Sommersemester 1934 Betriebswirtschaftliches Institut.

[50] Ab Sommersemester 1936.

[51] Unter der Leitung von Walter Thoms.

[52] 1938 wurde Adler zum Honorarprofessor ernannt.

[53] 1939 trat an die Stelle Adlers als Direktor des Dolmetscher-Instituts der ein Jahr zuvor zum ordentlichen Professor ernannte Direktor des Romanistischen Seminars, Walter Mönch.

[54] Oberbürgermeister an Rektor vom 21.2.1935; UAH H-VI-669.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft unterstützte Schusters wie auch Brinkmanns Forschungen durch Sachmittel und durch Assistentenstellen; die Institutionalisierung der Heidelberger Raumforschung erfolgte jedoch erst 1941 mit der Einrichtung eines besonders vom Reichswirtschaftsministerium unterstützten Instituts für Großraumforschung. Hier war es vor allem Thoms, der die Einrichtung des geplanten Instituts vorantrieb und den Kontakt mit den Reichs- und Parteibehörden hielt. Allerdings hielten sich die Parteistellen bei der Institutsgründung zunächst zurück, während das Reichswirtschaftsministerium (RWiM) das Heidelberger Institut unterstützte und als federführende Berliner Stelle betreute. Dies war insoweit bemerkenswert, als nach der Geschäftsverteilung der Reichsregierung alle Forschungsinstitutionen zum REM ressortierten. Ungewöhnlich war auch die weitgehend unbürokratische Unterstützung durch das RWiM: Schon kurze Zeit nachdem in Heidelberg die ersten konkreten Pläne formuliert worden waren und der Rektor diese dem RWiM übermittelt hatte, sagte Staatssekretär Landfried der Universität Heidelberg die volle Unterstützung des RWiM bei der Institutsgründung zu; bereits einen Monat später konnte die Institutssatzung verabschiedet und ein Kuratorium bestimmt werden.[55]

Infolge der finanziellen Unterstützung durch das RWiM war das Institut für Großraumforschung sowohl in sachlicher als auch in personeller Hinsicht wesentlich besser ausgestattet als die übrigen Institute:[56] So standen dem Institut neben einem Direktorial-Assistenten, der für die Geschäftsführung verantwortlich war, zwei weitere wissenschaftliche Assistenten, drei wissenschaftliche Hilfskräfte und eine Sekretärin zur Verfügung; zeitweise wurde sogar die Finanzierung einer zusätzlichen Professur aus den Mitteln des Instituts diskutiert. Im Gegensatz zu den bereits bestehenden Instituten war das Institut für Großraumforschung keinem Lehrstuhlinhaber zugeordnet, sondern umfaßte als interdisziplinäre Forschungseinrichtung mehrere Abteilungen, die unter der Leitung je eines wirtschaftswissenschaftlichen Professors standen, ohne daß jedoch deren bereits bestehende Institute in das neue Institut eingegliedert worden wären. Dabei übernahm Thoms, der zugleich zum geschäftsführenden Direktor ernannt worden war, die sozialpolitische Abteilung, Brinkmann die agrarpolitische, Schuster die

[55] Dem Kuratorium gehörten zwei Vertreter des RWiM, je ein Vertreter des REM und des badischen Kultusministeriums sowie der Dekan und die wirtschaftswissenschaftlichen Professoren der Fakultät an. Ein Kuratoriumssitz blieb der Parteikanzlei vorbehalten, wurde jedoch von dieser nicht eingenommen.

[56] Abgesehen vom Dolmetscher-Institut, das eine Sonderstellung einnahm und daher hier unberücksichtigt bleiben kann.

industriepolitische, Sandig die handelspolitische und Sieber die Abteilung für Geld- und Kreditpolitik.

Das RWiM erhoffte sich von dem Heidelberger Institut eine wissenschaftliche Hilfestellung bei der Konzeptualisierung einer Wirtschaftspolitik für die unter deutscher Herrschaft oder deutschem Einfluß stehenden ost- und südosteuropäischen Gebiete. Die beabsichtigte Politikberatung fand jedoch kaum statt: Sieht man von einer großangelegten Arbeitstagung im Dezember 1942 ab, so resultierten aus den Forschungen des Instituts lediglich einige kleinere Veröffentlichungen, sowie Dissertationen und Diplomarbeiten. Schon früh zeigte sich, daß das RWiM als Geldgeber andere Intentionen verfolgte als das Institut, insbesondere andere als dessen geschäftsführender Direktor: Während das RWiM an konkreten Antworten zu Fragen der Versorgung, der Währung und des Steuerwesens interessiert war, ging es Thoms in erster Linie um die ideologische Begründung einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Daß es zu keinem offenen Konflikt kam, dürfte in erster Linie an den empirisch orientieren Arbeiten der übrigen Institutsmitglieder gelegen haben.

Mit der Wegberufung Brinkmanns nach Berlin sowie der zeitweiligen Beurlaubung von Thoms zum »Osteinsatz« und nicht zuletzt infolge der Kriegsereignisse wurden die Aktivitäten des Instituts weiter reduziert. Zwar hatte Brinkmanns Nachfolger Jecht versucht, dem Institut ein deutlicheres empirisch-wirtschaftswissenschaftliches Profil zu geben, doch Jecht, der lediglich drei Semester in Heidelberg lehrte, konnte in dieser kurzen Zeit kaum eigene Forschungen vorantrieben und schon gar nicht den Forschungsansatz und die Organisation des Instituts verändern.

4. Die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät – Ein Beispiel nationalsozialistischer Hochschulpolitik?

Die Analyse der elfjährigen Geschichte der Fakultät zeigt, daß die Parteimitgliedschaft der Handelnden als Beurteilungskriterium nicht ausreicht.[57] Einerseits hatten die Nicht-Parteimitglieder Bergstraesser und Brinkmann einen nicht unwesentlichen Anteil an der Ideologisierung der neu gegründe-

57 Von den Mitgliedern der Fakultät waren lediglich Brinkmann, Waffenschmidt und Lysinski sowie der 1936 entlassene Bergstraesser nicht NSDAP-Mitglieder geworden. Vgl. BDC, div. Unterlagen.

ten Fakultät, andererseits muß den NSDAP-Mitgliedern Sommerfeld und Schuster zugestanden werden, daß sie die fachlichen Aspekte ihrer Disziplin ins Zentrum ihrer universitären Arbeit gestellt und damit einen Beitrag zur Verhinderung einer völligen inhaltlichen Gleichschaltung geleistet haben.

Besonders Schuster entzieht sich einer vereinfachenden (hochschul-)politischen Einordnung: Noch 1926 hatte er, damals Privatdozent in Tübingen, als einer der ganz wenigen Tübinger Hochschullehrer den Weimarer Aufruf republiktreuer Hochschullehrer unterschrieben.[58] Auch sonst bietet seine Biographie zunächst wenig Anhaltspunkte für eine übermäßige Affinität zur nationalen Rechten – nach 1919 war er für einige Zeit SPD-Mitglied gewesen und hatte noch im Kapp-Putsch auf sozialdemokratisch-verfassungstreuer Seite mitgekämpft.[59] Doch schon gegen Ende der zwanziger Jahre bewegte er sich auf die nationale Seite zu und trat sogleich nach den Wahlen von 1933 in die NSDAP ein.[60] Danach war Schuster über die bloße Mitgliedschaft hinaus in der Partei aktiv, war Mitglied des Stabes des Gauwirtschaftsberaters für Baden, Lektor der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP-Reichsleitung und Schulungsredner für weltanschauliche Schulung.[61]

Trotz dieser Mitarbeit in einer Vielzahl von NS-Organisationen ließ sich Schuster nicht so einfach einordnen und schon gar nicht vereinnahmen; in Parteikreisen blieben stets Zweifel an seiner politischen Loyalität bestehen. Ein bereits 1933 gegen Schuster eingeleitetes und aufwendig geführtes Untersuchungsverfahren, durch eine Denunziation in Gang gebracht, konnte die Vorwürfe, er sei 1918 führend am Kieler Matrosenaufstand beteiligt gewesen und von den aufständischen Matrosen zum stellvertretenden Polizeipräsidenten gewählt worden, nicht bestätigen.[62] Schuster mußte jedoch seine frühere Mitgliedschaft in der SPD einräumen und seine politische Biographie von der sofort eingeschalteten Staatspolizei durchleuchten lassen.[63]

[58] Mit Schuster unterschrieb in Tübingen nur noch der Jura-Professor Wilhelm von Blume. Der Aufruf ist dokumentiert in Kahl 1926.

[59] Vgl. UAH B-3099-Schuster.

[60] Vgl. BDC Unterlagen Schuster.

[61] Vgl. HStA EA 3/150-Schuster.

[62] Vgl. UAH B-3099-Schuster.

[63] Es war wohl weniger Schusters Vergangenheit, als vielmehr Rivalitäten und Intrigen, die zu der Denunziation geführt hatten. Die Hintergründe sind nicht mehr exakt aufklärbar, doch war der wohl gedungene Denunziant, angeblich ein Basler Student, weder an der dortigen Universität noch sonst irgendwo bekannt, konnte aber erstaunlich exakte Kenntnisse über Schusters Vita vorbringen. Vgl. UAH B-3099-Schuster.

Keinesfalls können die politischen und wissenschaftlichen Konflikte in dieser Zeit auf persönliche Rivalitäten reduziert werden. Doch dürfen solche persönlichen Motive und persönlicher Ehrgeiz nicht unbeachtet bleiben: Gerade die Geschichte der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zeigt, daß diese Beweggründe nicht selten eine gewichtigere Rolle spielten, als die oft nur vorgeschobene Politik. Dies dürfte auch für das mitunter schwierige Verhältnis zwischen Schuster und seinen Kollegen gelten. So hatte Schuster, als Brinkmann im Juni 1935 einen Vortrag über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik halten wollte, beim Ministerium dagegen interveniert, daß das Nichtparteimitglied Brinkmann zu diesem Thema sprechen sollte. Fakultät und Rektorat begrüßten den Vorstoß Schusters jedoch keineswegs, sondern erblickten darin einen Verstoß gegen den verordneten Geist der Kameradschaft. Der Rektor ließ Schuster gar mitteilen, daß er »in eine nationalsozialistische Hochschulgemeinschaft nicht passt«.[64]

Schwieriger als die Frage nach dem Ausmaß personeller Gleichschaltung fällt die Beurteilung eines durch die politischen Verhältnisse induzierten, wissenschaftlichen Paradigmenwechsels. Unstreitig ist, daß mit dem Verlust fast des gesamten wissenschaftlichen Personals des InSoSta zwangsläufig eine wissenschaftliche Zäsur eintreten mußte. Ebenso evident ist, daß die nach 1933 an die Fakultät gekommenen Wissenschaftler zwar in unterschiedlichem Ausmaß, aber doch überwiegend einer völkisch-nationalsozialistisch ausgerichteten Wirtschaftswissenschaft anhingen.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß der personelle Wechsel im InSoSta keineswegs alleine eine Folge des politischen Machtwechsels war: Der profilierteste Heidelberger Nationalökonom und Soziologe, Emil Lederer, verließ Heidelberg schon 1931 und auch der Senior des InSoSta Alfred Weber wäre spätestens 1936 regulär emeritiert worden. Somit wäre auch unter Vernachlässigung der politischen Ereignisse Carl Brinkmann ab 1936 der einzige der einst drei Direktoren gewesen, der die Kontinuität des InSoSta hätte wahren können. Mit Brinkmanns soziologischen Forschungen hat sich Klingemann ausführlich befaßt. Er kommt in einer – in manchem etwas einseitigen – Analyse[65] zu dem Ergebnis, daß die soziologische Tradition des InSoSta mit dem Jahre 1933 keineswegs abrupt unterbrochen wur-

[64] HStA EA 3/150-Schuster.

[65] So erweckt Klingemann (1990, 92) den Eindruck, Brinkmann hätte über die Mitgliedschaft in der Klasse IV der ›Akademie für deutsches Recht‹ eine engere Beziehung zu dem späteren Generalgouverneur Hans Frank unterhalten und verzichtet auf den Hinweis, daß sich in der »Klasse IV« zahlreiche Gegner des Nationalsozialismus versammelt hatten. Vgl. Blumenberg-Lampe 1973.

de, sondern vielmehr in einer dem nationalsozialistischen Staate zugänglichen Kontinuität instrumentalisiert wurde. Richtig ist dabei sicherlich, daß die später vor allem von Ernst Schuster betriebene Raumforschung zum Teil an bereits vor 1933 im InSoSta entwickelte Methoden empirischer Sozialforschung anknüpfen konnte. Die Frage nach der Kontinuität läßt sich jedoch alleine damit nicht beantworten. Typisch für das InSoSta der Zwischenkriegszeit war gerade die Verbindung von theoretischer Ökonomie, praktischer Wirtschaftspolitik und geisteswissenschaftlich fundierter Soziologie. Zumindest der erstere Aspekt – die Wirtschaftstheorie – wurde von der neuen Fakultät fast völlig vernachlässigt. Brinkmann hatte sich auch vor 1933 nie auf dem Gebiet der reinen Theorie betätigt. Durch die Streichung eines Lehrstuhles lag die Wirtschaftstheorie – wenn man vom außerplanmäßigen Professor Waffenschmidt absieht – ganz in den Händen Schusters und wurde von ihm eifersüchtig verteidigt. Schuster sah in der Wirtschaftstheorie eine Technik, die stets einer Zielvorgabe seitens der Politik bedürfe. So war Schuster durchaus bereit, seine Forschungsergebnisse dem nationalsozialistischen Staat zur Verfügung zu stellen. Eine Umformung der Wirtschaftstheorie in eine nationalsozialistische Wirtschaftslehre – wie sie von einigen nationalsozialistischen Wirtschaftswissenschaftlern gefordert wurde[66] – lehnte er ab.

5. Die Auflösung der Fakultät

Am 30. März 1945 endete für Heidelberg mit dem Einrücken der amerikanischen Truppen in die Stadt der Zweite Weltkrieg. Einen Tag später wurde die Universität auf Anordnung der amerikanischen Militärbefehlshaber geschlossen. Während die übrigen Fakultäten in den ersten Monaten des Jahres 1946 ihren Lehrbetrieb wieder aufnahmen, war die Situation an der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät schwieriger. Hier stellte sich nicht nur die Frage nach der personellen Säuberung – die Gründung der Fakultät selbst galt als Akt nationalsozialistischer Politik. Alfred Weber, der sich unmittelbar nach Kriegsende – im Alter von 77 Jahren – reaktivieren ließ, übernahm im August 1945 die Dekanatsgeschäfte[67] – allerdings mit

[66] Vgl. dazu z.B. Wiskemann 1936.

[67] Bis dahin hatte Ernst Schuster als stellvertretender Dekan die Geschäfte geführt.

dem festen Vorsatz, das Amt nur übergangsweise auszuüben, die Fakultät aufzulösen und die Nationalökonomie wieder in die Philosophische Fakultät zurückzuführen. Zunächst war jedoch an eine Wiederaufnahme der Lehre – in welcher organisatorischen Form auch immer – aus personellen Gründen nicht zu denken. Keine andere Fakultät war in solch starkem Maße ideologisch durchsetzt gewesen, wie dies im Falle der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu konstatieren ist. Demgemäß mußten 1945/46 fast alle hauptamtlichen Dozenten entlassen werden. Als die amerikanische Militärregierung im Januar 1946 mit der systematischen Überprüfung der akademischen Lehrer begann,[68] wurden – je nach Grad der Beteiligung am Nationalsozialismus – vier Kategorien festgelegt: »unconditionally accepted« und »conditionally accepted« für die weiterzubeschäftigenden sowie »conditionally rejected« und »unconditionally rejected« für die zu entlassenden Dozenten. Als »unconditionally accepted« galten lediglich die Professoren Weber, Waffenschmidt und Lysinski. Die planmäßigen Professoren Thoms, Jecht, Schuster und Sandig sowie der Honorarprofessor Malteur wurden als »unconditionally rejected« eingestuft und zum 31. Januar 1946 formell entlassen.[69]

Neben der personellen Erneuerung stand die Rückgliederung der ehemaligen Mannheimer Handelshochschule im Vordergrund von Webers Dekanat. Gemäß seinen Vorstellungen sollte das Fach Betriebswirtschaftslehre nicht mehr an der Universität gelehrt werden, sondern ausschließlich der wiederzuerrichtenden Mannheimer Hochschule vorbehalten bleiben. Heftige Proteste gegen diesen Plan kamen aus den Reihen der Studentenschaft, vor allem von kriegsversehrten Studenten, die ihr betriebswirtschaftliches Studium noch im Krieg begonnen hatten und nun um ihr Examen fürchteten, sowie von der Industrie- und Handelskammer. Weber konnte sich jedoch mit seiner Ansicht durchsetzen, daß die Eingliederung der Mannheimer Handelshochschule ein Akt nationalsozialistischer Willkürpolitik darstelle, der wieder rückgängig gemacht werden müsse. Die Volkswirtschaftslehre, die im Gegensatz zu der eher praxisorientierten Betriebswirtschafts-

[68] Zur amerikanischen Entnazifizierungspolitik vgl. auch Vollnhals 1991, 9ff.

[69] Liste vom 19. Januar 1946; GLA 235/29831-32. Sieber fehlt in dieser Liste, jedoch geht aus seiner Personalakte (UAH B-3099-Sieber) hervor, daß er bereits zum 19. Januar 1946 entlassen worden war.

Bei Kriegsende hatten der Fakultät zwei ordentliche Professoren der Volkswirtschaftslehre, ein ordentlicher Professor der Betriebswirtschaftslehre, zwei planmäßige außerordentliche Professoren der Betriebswirtschaftslehre und je ein außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre und für Werbelehre angehört. Damit wurden bis auf die letzteren beiden – Waffenschmidt und Lysinski – alle Professoren der Fakultät entlassen.

lehre eine humanistische Bildung erfordere, sei im Verbund der Philosophischen Fakultät zu lehren, die Zulassung zum Studium solle von der Kenntnis der alten Sprachen abhängig gemacht werden. Auf sein Votum hin wurde zum Ende des Wintersemesters 1945/46 die Volkswirtschaftslehre wieder der Philosophischen Fakultät zugeordnet und das Studium der Betriebswirtschaftslehre in Heidelberg eingestellt. Die 1934 geschlossene, ehemals städtische Handelshochschule in Mannheim wurde – nun in Trägerschaft des Landes Württemberg-Baden – am 12. Oktober 1946 als Staatliche Wirtschaftshochschule wieder eröffnet. Zum Staatskommissar für die Wiedereröffnung der Mannheimer Hochschule war schon zuvor Walter Waffenschmidt bestimmt worden.[70] Mit der Wiedererrichtung der ehemaligen Handelshochschule in Mannheim sollte auch in Heidelberg der Status quo ante wiederhergestellt werden. Schusters ehemaliges Institut für Volkswirtschaftslehre wurde ebenso wie die betriebswirtschaftlichen Institute mit allem noch vorhandenem Inventar nach Mannheim zurückgebracht, das Institut für Großraumforschung wurde endgültig aufgelöst, noch vorhandene Mittel flossen dem InSoSta zu.[71]

Sultan, der sich auch im englischen Exil immer als Deutscher gefühlt hatte, kehrte als einziger der ab 1933 entlassenen und vertriebenen Wirtschaftswissenschaftler nach Heidelberg zurück. Im Gegensatz zu anderen Heidelberger Emigranten war es ihm nicht gelungen, die akademische Karriere im Ausland fortzusetzen. Gleich nach der Wiedereröffnung der Philosophischen Fakultät meldete sich Sultan bei den Heidelberger Universitätsbehörden. Die Fakultät verlieh ihm am 16. Februar 1946 wieder seine alten akademischen Rechte, am 20. November 1946 wurde seine Venia legendi vom Präsidenten des Landesbezirks Baden förmlich erneuert. Dennoch verlief seine Integration nicht reibungslos: Die Fakultät sah es zwar als moralische Pflicht an, Sultan im März 1947 den Titel eines außerplanmäßigen Professors zu verleihen, regelmäßige Einkünfte waren damit jedoch nicht verbunden. Andererseits waren die Chancen des inzwischen 53jährigen, auf einen Lehrstuhl berufen zu werden, recht gering.[72] Um Sultan, dessen Lei-

[70] Beschluß der Landesverwaltung Baden vom 27. März 1946; HStA EA 3/1-Waffenschmidt. Bis zum Mai 1947 war Waffenschmidt gleichzeitig Vorsitzender der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fachgruppe in Heidelberg. Vgl. UAH 200/3. Er blieb als Honorarprofessor der Universität Heidelberg auch weiterhin verbunden.

[71] Niederschrift des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg vom 27. Juni 1947. UAH H-VI-200/3.

[72] Einen Ruf aus Halle, der 1948 an ihn erging, lehnte Sultan nach Verhandlungen mit der dortigen Universität ab, da ihm die geforderte Meinungs- und Forschungsfreiheit nicht zugesagt werden konnte.

stungen die Fakultät durchaus schätzte, wenigstens eine gewisse Wiedergutmachung zukommen zu lassen, wurde sein Lehrauftrag 1951 in eine Diätendozentur umgewandelt, zusätzlich erhielt er einen Lehrauftrag in Mannheim.[73]

Von den unter dem Nationalsozialismus entlassenen Professoren erhielt der nicht emigrierte Hans von Eckardt das bis 1932/33 bestehende Extraordinariat für Nationalökonomie als Wiedergutmachungsmaßnahme ohne Berufungsverfahren zugesprochen, sein Lehrauftrag war nach längeren Diskussionen mit »Kultur Osteuropas und Soziologie« beschrieben worden.[74] Bergstraesser hatte ebenfalls eine Rückkehr nach Heidelberg angestrebt, ging aber schließlich nach Freiburg.[75]

Die zwei bis 1933 bestehenden nationalökonomischen Ordinariate sollten nach dem Willen Alfred Webers und der Philosophischen Fakultät wiederhergestellt werden. Für die Besetzung der beiden freien Lehrstühle hatte Weber im Auftrag der Philosophischen Fakultät eine Berufungsliste aufgestellt. Im Gegensatz zur späteren Entwicklung an vielen deutschen Hochschulen war für Weber oberstes Kriterium, nur politisch unbelastete Kandidaten zu benennen. An erster Stelle und mit deutlicher Priorität wurden von Weber die beiden Freiburger Professoren Eucken und Dietze vorgeschlagen.[76] Eucken war dabei für den wirtschaftstheoretischen und Dietze für den wirtschaftspolitischen Lehrstuhl vorgesehen. Weber, aber auch der Leiter der (nord-)badischen Unterrichtsverwaltung, Franz Schnabel, wollten durch die Berufung der beiden Freiburger Wissenschaftler, die als absolut unbelastet galten, das unter der Nazi-Diktatur verlorengegangene Renommee der Heidelberger Nationalökonomie wiederherstellen.[77] An zweiter Stelle wurden für die beiden Lehrstühle Wilhelm Röpke und Edgar Salin vorgeschlagen sowie an dritter Stelle Erich Preiser und Alexander Rüstow.[78]

Dietze und Eucken verhandelten zwar in Karlsruhe, entschieden sich jedoch, in Freiburg zu bleiben, um die dortige Fakultät, die während des Nationalsozialismus den beiden Wissenschaftlern Schutz und Unterstützung

[73] Vgl. UAH B-3099-Sultan.

[74] Die Stiftungsprofessur, die von Eckardt bis 1933 eingenommen hatte, konnte aus finanziellen Gründen nicht mehr besetzt werden. Vgl. GLA 235/29855; Mußgnug 1988, 219ff.

[75] Vgl. dazu ausführlich Mussgnug 1988, 231ff.

[76] Vgl. GLA 235/29855.

[77] Vgl. GLA 235/29855; HStA EA 3/1-Waffenschmidt.

[78] Vgl. GLA 235/29855.

gewährt hatte, nicht zu schwächen.[79] Daraufhin erging der Ruf[80] an die beiden Nächstplazierten, Salin und Röpke, die beide nach langwierigen Verhandlungen ablehnten. Die Besetzung des einen Lehrstuhles mit Erich Preiser kam im Juni 1947 zustande. Die Besetzung des zweiten Lehrstuhles zog sich noch längere Zeit hin. Schließlich entschloß sich Rüstow zu Beginn des Jahres 1950, dem Heidelberger Ruf zu folgen, obwohl die Rückkehr nach Deutschland für ihn mit finanziellen Einbußen verbunden war.[81] Damit waren die nationalökonomischen Lehrstühle fünf Jahre nach Kriegsende wieder regulär besetzt. Durch das gut zehnjährige Zwischenspiel der ›Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät‹ war jedoch die alte Heidelberger Forschungstradition zerstört worden. Mit Ausnahme Herbert Sultans sowie Alfred Webers, der das reguläre Emeritierungsalter schon längst überschritten hatte, war keiner der ab 1933 Vertriebenen wieder an die Ruperto Carola zurückgekehrt.

Dagegen fanden fast alle der 1945/46 entlassenen Dozenten später wieder an einer deutschen Universität Beschäftigung. Horst Jecht, der Nachfolger Brinkmanns, wurde im März 1949 durch die Spruchkammer als »minderbelastet« eingestuft. Bereits zum Wintersemester 1948/49 wurde ihm eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Göttingen übertragen, ab dem Wintersemester 1950/51 lehrte er an der neu gegründeten Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven[82] und ab 1951 als Ordinarius in Münster. Sandig kam 1949 zunächst als Extraordinarius an die Wirtschaftshochschule Mannheim, drei Jahre später wurden ihm die Rechte eines Ordinarius verliehen.[83] Sieber wurde dagegen erst 1961 auf einen Lehrstuhl in Nürnberg berufen.

Schuster, den die Spruchkammer ebenfalls weitgehend entlastet hatte, verzichtete auf eine Rückkehr an die Universität und leitete statt dessen das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Beim Erreichen des 65. Lebensjahrs stellte er jedoch den Antrag, in Heidelberg emeritiert zu werden. Dort löste dieser Antrag großes Erstaunen aus, da Schuster nach dem Kriege niemals mehr die Verbindung mit der Universität Heidelberg gesucht habe. Die Philosophische Fakultät hegte überdies die Sorge, daß eine eventuelle

[79] Eucken lehnte den Ruf am 15. Juli 1946 ab, Dietze zwei Tage später. Vgl. GLA 235/29855.

[80] Am 21.9.1946. GLA 235/29855.

[81] Vgl. Wittebuhr 1991, 49f.

[82] Vgl. Universitätsarchiv Münster, Kurator/Personalakte Nr. 3254, Bd. 3.

[83] Ein Jahr später wurde er zum ordentlichen Professor für Betriebswirtschaftslehre ernannt. Vom Oktober 1961 bis zum September 1963 war Sandig Rektor der Wirtschaftshochschule Mannheim.

Emeritierung Schusters in Heidelberg von der »sowjetzonalen Propaganda« aufgegriffen werden könnte.[84] Dennoch mußte die Fakultät Schuster aufgrund der Rechtslage schließlich als Emeritus aufnehmen.[85] Walter Thoms galt 1945 als einer der Wissenschaftler, die sich bedingungslos in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hatten. Er wurde u.a. wegen seiner Verbindung zum SD von der amerikanischen Militärregierung interniert. Auch in der Internierung zeigte er kaum Reue, als »Bürgermeister« des Internierungslagers hob er in einem Brief an den württemberg-badischen Militärgouverneur seinen »Kampf gegen den Bolschewismus« hervor und erblickte daher in seiner Internierung eine »unbillige Härte«.[86] Thoms' Strategie blieb nicht ohne Erfolg, im September 1948 wurde er als Minderbelasteter eingestuft. Er erhielt zwar keinen Lehrstuhl mehr, ab 1957 jedoch einen Lehrauftrag für Betriebsorganisation in Mannheim.

Im Vergleich zu den nationalsozialistischen Vertreibungen ab 1933 stellten die von der amerikanischen Militärregierung angeordneten Entlassungen keine dauerhafte Zäsur dar. Von den belasteten Professoren der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät blieb keinem auf Dauer die Fortsetzung seiner akademischen Karriere verwehrt. Dagegen konnte nach 1945 kaum einer der emigrierten Wissenschaftler an seine Vorkriegskarriere anknüpfen. Für viele Opfer des Nationalsozialismus war eine Rückkehr nach Deutschland ohnehin undenkbar – doch hatten sich Wissenschaftsverwaltung und Universität auch nur sehr zögernd bemüht, die Vertriebenen wieder zurückzuholen. Auch die Wiedergutmachungsgesetze waren sehr restriktiv gefaßt worden und sahen für die entlassenen Privatdozenten und nicht-etatmäßigen Professoren zunächst keine Wiedergutmachungszahlungen vor.[87]

[84] Schreiben der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fachgruppe an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 27.1.1959. Auf den Vorwurf, er habe von sich aus keinen Kontakt zur Heidelberger Universität gesucht, antwortete Schuster, daß dies »solange Geheimrat Professor Dr. Alfred Weber lebte, unzweckmäßig gewesen wäre.« Schreiben Schusters vom 14.2.1959. HStA EA 3/150.

[85] Zum 20. Januar 1961; HSTA EA 3/150.

[86] Eingabe des »Bürgermeisters des Internierungslagers Kornwestheim an den amerikanischen Militärgouverneur für Württemberg-Baden vom 30. Dezember 1947«; abgedruckt in: Vollnhals 1991, 248ff.

[87] In der Fakultät traf dies insbesondere auf Sultan und Salz zu. Vgl. Mussgnug 1988, 187ff.

Literaturverzeichnis

Blumenberg-Lampe, C. (1973): Das wirtschaftspolitische Programm des Freiburger Kreises, Berlin.

Brintzinger, K.-R. (1996): Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918-1945. Eine institutionenhistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten. Frankfurt/M.

Brintzinger, K.-R. (1997): Berufspraxis vor und nach 1933 an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen, erscheint in: Hagemann, H. (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg.

Bollmus, R. (1973): Handelshochschule und Nationalsozialismus – Das Ende der Handelshochschule Mannheim und die Errichtung einer Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Heidelberg 1933/4, Meisenheim am Glan.

Demm, E. (1982): Zivilcourage im Jahre 1933. Alfred Weber und die Fahnenaktion der NSDAP, in: Heidelberger Jahrbücher, 26, S. 69-80.

Eßlinger, H.U. (1995): Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Sauerland, K./Treiber, H. (Hrsg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen.

Giovannini, N. (1990): Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918-1945, Weinheim.

Giovannini, N./Jansen, C. (1992): Judenemanzipation und Antisemitismus an der Universität Heidelberg; in: Giovannini, N. u.a. (Hrsg.), Jüdisches Leben in Heidelberg. Studien zu einer unterbrochenen Geschichte, Heidelberg.

Hagemann, H./Krohn, C.-D. (1992): Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht, 2. Aufl. (= Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim Nr. 72/1992), Stuttgart.

Heiber, H. (1992): Universität unterm Hakenkreuz. Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u.a.

Jansen, C. (1992): Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935, Göttingen.

Kahl, W. u.a. (1926): Die deutschen Universitäten und der heutige Staat. Referate erstattet auf der Weimarer Tagung der Hochschullehrer vom 23. und 24. April 1926, Tübingen.

Klingemann, C. (1990): Das »Institut für Sozial- und Staatswissenschaften« an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus; in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte, 1, S. 79-119.

Krohn, C.-D. (1986): Der Fall Bergstraesser in Amerika, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 4, S. 254-275.

Krohn, C.-D. (1997): Entlassungen und Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933, erscheint in: Hagemann, H. (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg.

Kruse, C. (1988): Die Volkswirtschaftslehre im Nationalsozialismus, Freiburg.

Lundgreen, P. (1985): Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: ders. (Hrsg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/M., S. 9-30.

Mommsen, H. (1966): Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 15), Stuttgart.

Mussgnug, D. (1988): Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, Heidelberg.

Nutzinger, H.G. (1997): Alfred Weber als Vertreter der »inneren Emigration«, erscheint in: Hagemann, H. (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg.

Reimann, B.W. (1984): Die »Selbstgleichschaltung« der Universitäten 1933, in: Tröger, J. (Hrsg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt, S. 38-52.

Six, F.A. (1936): Die politische Propaganda der NSDAP im Kampf um die Macht, Diss. Heidelberg.

Urban, R./Herpolsheimer, R. (1984): Franz Alfred Six (geb. 1909) in: Kutsch, A. (Hrsg.), Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Sieben biographische Studien, Köln, S. 215-243.

Vezina, B. (1982): Die »Gleichschaltung« der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg.

Vollnhals, C. (Hrsg.) (1991): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München.

Wiskemann, E. (1936): Die neue Wirtschaftswissenschaft, Berlin.

Wittebuhr, K. (1991): Die deutsche Soziologie im Exil 1933-1945. Eine biographische Kartographie, Münster u.a.

Dieser Beitrag beruht wesentlich auf Aktenbeständen des Universitätsarchivs Heidelberg (UAH), des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA), des Hauptstaatsarchivs Stuttgart (HStA) sowie des ehemaligen Berlin Document Center (BDC), die jeweils im Text zitiert sind.



Das InSoSta nach dem Zweiten Weltkrieg

Heinz Markmann

Hätte ich, als ich im Herbst des Jahres 1946 das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zum ersten Mal betrat, auch nur im entferntesten geahnt, daß ich gegen Ende dieses außergewöhnlichen Jahrhunderts als Zeitzeuge für einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte dieses Institutes aufgerufen werden könnte, so hätte ich damals sofort damit angefangen, sowohl ein minutiöses Tagebuch zu führen als auch die Personen, die ich damals dort antraf, nach allen Regeln der Kunst über ihre wissenschaftlichen und auch privaten Biographien zu befragen und die Ergebnisse dieser Recherchen genau zu dokumentieren. Da es mir aber nicht anders ging als den meisten meiner Kommilitoninnen und Kommilitonen, tat ich mich nur voll Ehrfurcht und mit einer gewissen Beklommenheit in den altersgedunkelten und an den Abenden nur spärlich beleuchteten Räumen des Palais Weimar um, wo die Regalwände, zum Schrecken der Bauaufsicht, bis zu den Decken mit Büchern voll beladen waren. Ein hilfsbereiter und, da ich ihn als Heidelberger im gemeinsamen Kurpfälzer Idiom ansprechen konnte, mir auch sogleich besonders gewogener Hausmeister wies mir die Wege durch das verwinkelte Haus und zum Bibliothekskatalog mit seinen handgeschriebenen Karteikarten und Bücherzetteln, aus denen allein schon sich eine mir bislang völlig unbekannte und deshalb besonders faszinierende Welt eröffnete.

Es bewegten sich in den Institutsräumen zwar noch eine Reihe von offensichtlich ortskundigen älteren Personen. Diese nahmen aber von dem unscheinbaren jungen Mitmenschen in den umgearbeiteten Kommißklamotten, der an den Bücherregalen entlangstrich und sich an einem der mit grünbeschirmten Leselämpchen bestückten schweren Arbeitstische ein Plätzchen reservierte, zunächst keine Notiz. So kam es, daß sich unsereiner in dem

großen Gebäude und in den Bücherbeständen selbst zurechtfinden mußte. Dieser dem Stillen eines großen Wissensdurstes und einer wenigstens rudimentären Studienplanung nicht gerade förderliche Zustand änderte sich aber in dem Maße zum Besseren, als man mit den Fachkollegen näher bekannt wurde, und der Lehrbetrieb sich nach der offiziellen Wiedereröffnung der Universität und ihrer Fakultäten normalisierte.

Die dominierende Persönlichkeit im InSoSta war in den ersten Jahren ohne Zweifel der schon fast achtzigjährige Alfred Weber. Mit ihm brachte mich schon in meinem zweiten Semester der Zeitungswissenschaftler und Soziologe Hans von Eckardt zusammen. Weber suchte einen Adlatus, der ihm in den Alltagsgeschäften zur Hand ging, ihm die Gänge in die Bibliotheken und die Dienststellen der Universität abnahm. Weber und sein Freund von Eckardt waren mit aller Intensität darauf bedacht, uns durch die Nazizeit und den Krieg geprägten jungen Leuten eine politische Orientierung auf die Grundwerte und die Praxis der Demokratie zu bieten. Unter anderem richteten sie in den Räumen des Zeitungswissenschaftlichen Instituts im alten Gebäude Grabengasse 14, das in den Untergeschossen die Quaestur und das Studentensekretariat samt AStA beherbergte, eine für Hörer aller Fakultäten offene politische Arbeitsgemeinschaft ein. Mir wurde die Aufgabe übertragen, Alfred Weber für die wöchentlich stattfindenden Veranstaltungen mit Ausschnitten aus den wenigen damals verfügbaren Zeitungen und Zeitschriften zur Vorbereitung der Diskussionen über aktuelle Probleme zu versorgen. Häufig wurden Journalisten und Politiker als Referenten und Diskussionspartner zu diesen Arbeitsgemeinschaften eingeladen. Bei dieser Gelegenheit lernte ich allerhand politische und publizistische Prominenz näher kennen, die zum Teil auch der von Weber und Sternberger initiierten und wesentlich inspirierten »Aktionsgruppe Heidelberg« angehörten. In der Arbeitsgemeinschaft fand sich rasch ein Kreis interessanter und origineller Köpfe beiderlei Geschlechts zusammen, ein Kreis, der einen Stil entwickelte, den man heute der Mode entsprechend eine »hochentwickelte Gesprächs- und Streitkultur« nennen würde. Weber besprach mit mir die Themen, die an den Nachmittagen diskutiert werden sollten, und daraus ergab es sich ganz ohne mein Zutun, daß ich immer wieder die einleitenden kurzen Referate zu halten hatte.

Auf dem Wege von der Universität zur elterlichen Wohnung in Handschuhsheim kam ich an Webers Wohnung in der Bachstraße 24 vorbei. Fast jeden Tag führten mich die Botengänge in seine mit Büchern und Zeitschriften vollgepackte Dachgeschoßwohnung. Alfred Weber lebte dort mit Else Jaffé zusammen. Daß sie nicht verheiratet waren, wußten wir natürlich. Es

kam aber immer wieder vor, daß Frau Jaffé von Uneingeweihten mit »Frau Professor Weber« angeredet wurde, meist zur Erheiterung der lebhaften und noch im hohen Alter sehr attraktiven Frau, und oft zum Unwillen ihres Lebenspartners. Wie allerdings diese Lebensgemeinschaft zustande kam und was ihr vorausging, wußten die wenigsten von uns. Ich selbst erfuhr seinerzeit davon auch nur bruchstückhaft aus Bemerkungen Hanno von Eckardts, der in zweiter Ehe mit Frau Jaffés Tochter Marianne verheiratet war, und von anderen älteren Personen wie etwa Leonore von Lichnowsky oder von Redakteuren der Rhein-Neckar-Zeitung, die die Verhältnisse kannten. Ich wäre niemals auf den Gedanken gekommen, Frau Jaffé, Alfred Weber oder die Eckardts direkt auf ihre private Vergangenheit anzusprechen. Es war damals aber eben auch noch eine Zeit, wo Diskretion hoch im Kurs stand, manchmal wohl auch etwas zu hoch, was etwa die braune Vergangenheit vieler Leute anging. Zu groß war auch der Respekt des Jungen aus kleinen Verhältnissen vor den Persönlichkeiten, die ja doch auch in der Heidelberger Bevölkerung eine gewisse Aura und ein gewisser Mythos umgab.

Diese Persönlichkeiten imponierten nicht nur mir durch ihre kompromißlose Gegnerschaft zu den Nazis und durch die Repressalien, die sie durch das Hitlerregime erlitten. Erst viel später las ich in Martin Greens Buch über die *Richthofen Sisters* nach, was sich während der »Roaring First Decades« unseres Jahrhunderts in bestimmten Kreisen der Münchener und Heidelberger gelehrten Welt so alles abgespielt hatte. Natürlich hatte ich schon bald nach Studienbeginn Marianne Webers große Biographie ihres früh verstorbenen Mannes gelesen, ohne allerdings die Absicht der Witwe zu erkennen, den ohnehin schon entstandenen Mythos von Max Weber eher zu befestigen, als ein genaues Bild von der Dramatik und auch der Tragik im Leben dieses komplizierten Charakters zu zeichnen.

Nur um den Jüngeren meine damalige Situation deutlich zu machen: Ich kam im Jahre 1936 als erster Sprößling einer weit verzweigten Heidelberger Familie auf die Oberschule für Jungen, die ehemalige Oberrealschule. Dort wurde ich wie alle anderen durch die meisten, aber glücklicherweise nicht durch alle Lehrer in den »politisch« relevanten Fächern ganz im nationalsozialistischen Geist erzogen. Auch diejenigen meiner Lehrer, die durchaus keine Nazis waren, mußten sich an die Lehrpläne und Lehrmittel halten, die im Sinne des Regimes strikt gleichgeschaltet waren. Die damals ohnehin für uns spärliche Freizeit wurde zu einem erheblichen Teil vom »Dienst« im Jungvolk beansprucht, zumal wenn man als »höherer Schüler« schon bald in die Führungshierarchie geholt wurde. Und so mußte denn auch der Dreizehnjährige seinen zehnjährigen Pimpfen aus den Schulungsbriefen der Hit-

lerjugend die Hymnen auf die Kampfzeit und die Heroen der Nazibewegung samt dem dazugehörenden Antisemitismus und Judenhaß vorlesen oder den Heldenmythos der Soldaten des Ersten Weltkriegs verbreiten. Geländedienst, Gewehrschießen und organisierte Rauferei gehörten mit in das Programm der vormilitärischen Ausbildung einer halben Generation.

Mein Elternhaus und die große Heidelberger Verwandtschaft boten keine Immunisierung oder auch nur Relativierung, geschweige denn eine Gegenposition zu der massiven Indoktrination, der wir ständig ausgesetzt waren. Zwar wurde in meiner Familie viel gelesen, und ein Onkel, der als Verfolgter des NS-Regimes sich und seine Frau nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau in Speyer zunächst mühsam mit einer kleinen Leihbücherei über Wasser hielt, versorgte uns reichlich mit Lesestoff auch aus seiner gut ausgestatteten, privaten Bibliothek. Aber was in Vaters Bücherschrank aus der Büchergilde Gutenberg in der Weimarer Republik von Thomas Mann, Franz Werfel, Lion Feuchtwanger, Kurt Tucholsky neben Hitlers *Mein Kampf* stand, interessierte mich damals schlichtweg überhaupt nicht. Da waren Karl May, Hans Dominik, Zane Grey, Rolf Torring und die Heldengeschichten aus den Schützengräben in Flandern, von den Fliegern in den roten Fokkers und von den U-Boot-Fahrern doch weit spannender. Erst als ich nach dem Zusammenbruch schwerverwundet als amerikanischer Kriegsgefangener im Lazarett in Bad Langensalza lag und meiner Lesewut ungehemmt über Monate hinweg frönen konnte, erschloß sich mir dank der hilfsbereiten ortsansässigen Krankenschwestern erst so richtig die Welt der klassischen und der zeitgenössischen Literatur.

Mit einer solchen intellektuellen Grund- und Minimalausstattung begann ich also mein Studium, und so begegnete ich meinen akademischen Lehrern innerhalb und außerhalb des InSoSta. So folgte ich auch den politischen Debatten innerhalb und außerhalb der Universität zunächst nur als passiver Zuhörer und Beobachter. Dabei blieb es aber nicht lange. Alfred Weber und Hanno von Eckardt bekannten sich nicht nur theoretisch zur Sozialdemokratie. Sie traten auch öffentlich und mit Verve für die SPD ein. Inzwischen hatten auch einige Verwandte ihre früheren Bindungen zur SPD und zu den Gewerkschaften wieder aufgenommen. So war es für mich nur folgerichtig, daß ich mit einer Handvoll Gleichgesinnter den Sozialistischen Deutschen Studentenbund in Heidelberg aus der Taufe hob, und daß ich vor der ersten Bundestagswahl in die SPD eintrat.

Doch nun zurück zur Universität und zum InSoSta. Alfred Weber verlangte von seinen Schülern, daß sie sich solide Kenntnisse der Geschichte aneigneten. Da er die Geschichte als Universalgeschichte der Menschheit

verstand, und da er zu der längst ausgestorbenen Spezies von Gelehrten gehörte, die über ein wahrhaft enzyklopädisches Wissen verfügten, waren seine Ansprüche an uns außerordentlich hoch. Es traf sich sehr glücklich, daß es in den ersten Nachkriegsjahren eine Reihe von hervorragenden Historikern an der Philosophischen Fakultät gab, die uns wenigstens die Umrisse der Geschichte von der Antike über das Mittelalter bis zur Neuzeit in faszinierenden Vorlesungen und gründlichen Seminaren vermittelten. Ich selbst war in meinem zweiten oder dritten Semester kühn (oder anmaßend) genug, mich um die Teilnahme am mediävistischen Seminar von Fritz Ernst zu bewerben. Er ließ eigentlich nur Hauptfach-Historiker zu, aber nachdem ich etwas von Lernfreiheit und großem Interesse gemurmelt hatte, gab Ernst widerwillig nach, allerdings nicht ohne meine Fähigkeit getestet zu haben, ein in einem für mich reichlich merkwürdigem Latein verfaßtes mittelalterliches Dokument zu verstehen und zu übersetzen. Ich hangelte mich mühsam durch den Text, drückte mich dann im Seminar aber um ein einschlägiges Referat. Ein solches hätte mich bei dem ohnehin schon randvollen Stundenplan zu viel Zeit gekostet, und es hätte mir gegebenenfalls bei Ernst und seinen fleißigen Studenten und noch fleißigeren Studentinnen mit Sicherheit keinen Ruhm eingebracht. Über die Geschichte im 17. und 18. Jahrhundert hielt Otto Voßler hervorragende Vorlesungen, und dann kam aus Leipzig Johannes Kühn, der uns mit seiner Darstellung der europäischen und deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert faszinierte. Allerdings hatten wir mit ihm und er mit uns seine Probleme, was die Kultur- und Geschichtssoziologie anging. Kühn hatte auch große Vorbehalte gegen die Politikwissenschaft, wie sie Dolf Sternberger gegen massive Widerstände in Heidelberg etablierte. Welche Konsequenzen dies für mich und einige meiner Freunde bei unseren Promotionen hatte, wäre Stoff ›for another story‹.

Da im Sozialprozeß, wie ihn Alfred Weber verstand, das wirtschaftliche Geschehen eine zentrale Rolle spielte, hielt er uns dazu an, uns auch zumindest mit den Grundzügen der Wirtschaftswissenschaft vertraut zu machen. Was die Nationalökonomie betrifft, die ja traditionsgemäß ihren Sitz im InSoSta hatte, so hatten wir das große Glück, daß im Jahre 1947 Erich Preiser aus Jena nach Heidelberg kam. Er verstand es meisterhaft, auch denjenigen, die mehr aus Pflichtgefühl denn aus Neigung in seine Lehrveranstaltungen kamen, den spröden Stoff der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik anschaulich und geradezu spannend zu vermitteln. Die Fakultät machte Preiser, nachdem seine schwer angeschlagene Gesundheit wieder hergestellt war, zum Vorsitzenden der Zulassungskommission, die im Rahmen der von der amerikanischen Militärregierung erlassenen Richtlinien aus

der Masse der Studienplatzbewerber die Geeignetsten, das hieß die politisch am wenigsten Belasteten auszuwählen hatte. Ich wurde vom AStA in diese Kommission delegiert und hatte so die einzigartige Gelegenheit, den verehrten Lehrer auch sozusagen von der menschlichen Seite her kennenzulernen. Aus diesem engen Kontakt in einem sehr schwierigen Geschäft erwuchs eine enge persönliche Freundschaft, die auch den von uns heftig beklagten Weggang Preisers nach München überdauerte.

Unter den wenigen anderen Ökonomieprofessoren – die Betriebswirte um Walter Waffenschmidt waren bald wieder nach Mannheim abgewandert – ist mir besonders Herbert Sultan im Gedächtnis geblieben. Er kam schon früh aus der Emigration in England zurück und wurde von uns wegen seiner Menschlichkeit und Warmherzigkeit, die er sich trotz des Holocaust und schwerer Emigrantenjahre bewahrt hatte, sehr verehrt. Unvergeßlich bleiben die Nachmittage und Abende, die wir bei seiner lieben Frau und ihm im Haus und im Garten am Mönchbergweg in Neuenheim diskutierend, plaudernd und auch lachend verbrachten. Sein Lehrauftrag war die Finanzwissenschaft, die für unsereinen in den Zeiten des Schwarzmarktes und der Zigarettenwährung und auch danach nun nicht gerade sehr attraktiv war. Um so mehr beeindruckte uns seine Einführung in den Marxismus und vor allem seine Interpretation des jungen Karl Marx. Da viele von uns sich nicht vorstellen konnten, daß es nach dem Bündnis der Unternehmer mit den Nazis je wieder eine kapitalistische Wirtschaftsordnung in Deutschland geben könne, stürzten wir uns in das Studium der kommunistischen und sozialistischen Kirchenväter, auch wenn uns nicht zuletzt Alfred Weber vor dem stalinistischen Totalitarismus nachdrücklich warnte. Wir redeten uns die Köpfe heiß und verfaßten manches Pamphlet über den berühmten Dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Als Modell diente uns das Jugoslawien Titos, der sich damals gerade Stalins Hegemonieanspruch entzogen hatte.

Schließlich zog auch Alexander Rüstow nach seiner Rückkehr aus der Türkei in das InSoSta ein. Dort im Exil hatte er seine monumentale *Ortsbestimmung der Gegenwart* geschrieben, die er bald in drei stattlichen Bänden veröffentlichte. Manche von uns »Weberianern« sahen in diesem Werk ein Konkurrenzunternehmen zu Webers Geschichtssoziologie, was es natürlich durchaus nicht sein wollte. Den Menschen und Lehrer Rüstow zeichnete eine große Noblesse und Toleranz auch und gerade gegen linke Leute wie mich aus. In diesem Sinne war er ein echter Liberaler. Wir fanden es nur schwer verständlich, daß sich ein so eingefleischter Nazigegner wie Rüstow so vehement für den Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard einsetzte, dem es

unter den Nazis jedenfalls nicht so schlecht gegangen war. Da mir und meinen Gesinnungsgenossen schon der »Freiheitliche Sozialismus« Webers und Mitscherlichs nicht ganz geheuer war, konnten wir mit dem marktwirtschaftlichen Credo Rüstows schon gar nicht viel anfangen. Ich muß gestehen, daß ich mich erst viel später mit Eucken, Böhm und Müller-Armack befaßte, also mit den wirklichen Vätern der sozialen Marktwirtschaft, und daß ich deren Grundkonzept bis zum heutigen Tage akzeptiere. Zu dieser Gruppe gehörte natürlich auch Alexander Rüstow, dem ich auch an dieser Stelle Abbitte leisten möchte für die manchmal unfaire frühere Kritik an seinen ordnungspolitischen und parteipolitischen Ansichten.

Alfred Weber las in den ersten Semestern nach Wiedereröffnung der Philosophischen Fakultät nachmittags einstündig eine Einführung in seine Kultursoziologie. Wir saßen im unwirtlichen Hörsaal 4 der Alten Universität auf unbequemen Schulbänken und hörten einem immer korrekt gekleideten alten Manne zu, der uns mit seiner preußisch-harten Stimme durch die Jahrtausende führte bis zum Höhepunkt der Menschheitsentwicklung, die für ihn mit der Renaissance einsetzte und in dem rationalistisch-freiheitlich-aufgeklärten Typus des Dritten Menschen gipfelte. Wir vernahmen seine apokalyptische Schreckensvision vom Vierten Menschen, dem technokratischen, gewissenlosen Funktionär, wie er den bolschewistischen und faschistischen »Sozialreligionen« zum Durchbruch verholfen hatte, und dessen Wirken wir in seiner schrecklichen deutschen Spielart gerade am eigenen Leibe verspürt hatten. Webers Vortrag war genauso schwer verständlich wie seine »Schreibe«. Ich erinnere mich noch sehr deutlich an die Stunden, die ich vor dem von Vierkandt im Jahre 1931 herausgegebenen »Handwörterbuch der Soziologie«, einem kiloschweren Wälzer, verbrachte. Darin gab es einen von Weber selbst verfaßten Abriß seiner geschichtssoziologischen Methode, ein wahrhaft schwerer Brocken für einen so unbedarften Anfänger wie mich. Sowohl die Terminologie als auch der Stil, in dem Weber schrieb, bildeten eine hohe Zugangsschwelle zu seinem Werk. Da gab es Begriffe wie das Chthonische und Verweise auf alte Autoren, deren Bedeutung ich mir mühsam aus dem altehrwürdigen Großen Brockhaus im düsteren Lesesaal der Universitätsbibliothek herausklaubte. Aber häufig waren die Definitionen im Brockhaus auch nicht kompatibel mit der Bedeutung, die Weber bestimmten Begriffen, Daten und Personen gab. Kurzum: nicht nur ich aß beim Eindringen in Webers Werk ein hartes Brot. So etwas wie eine Studienberatung oder eine für den Anfänger verständliche Einführung in die Soziologie gab es nicht. Weber zu fragen, getraute ich mich nicht, und

wenn man Ältere fragte, so zuckten diese entweder nur mit den Schultern oder sie verwiesen eben auf den wuchtigen Vierkandt.

Die von Max Weber etwa in *Wirtschaft und Gesellschaft* gebotene Terminologie und deren Definitionen waren auch nicht gerade sehr leichte Kost. Ich muß gestehen, daß ich erst in meinem dritten Semester glaubte zu wissen, was es mit der Soziologie als solcher und mit ihrer Heidelberger Variante überhaupt auf sich hatte.

Ganz anders ging es in Webers Colloquien zu, denen er bezeichnenderweise den Titel »Demokratie und Sozialismus« gab. Sie waren *privatissime et gratis* und fanden Mittwoch nachmittags statt, in den Sommersemestern in einem der dämmrig-kühlen Seminarräume im Erdgeschoß des InSoSta (wegen Einsturzgefahr hatte die Baupolizei Menschenansammlungen im Obergeschoß verboten!) mit dem Blick über den leicht verwilderten Garten oberhalb des Neckars auf den Heiligenberg, in den Wintersemestern in Webers Dachwohnung in der Bachstraße. Schon aus Platzgründen ließ er nur höchstens zwanzig Teilnehmer zu den Colloquien zu. Er wollte aber auch aus didaktischen Gründen keinen größeren Kreis um sich haben, denn es lag ihm viel an lebhafter Diskussion und am persönlichen Gespräch. Wer zugelassen werden wollte, mußte in seine Sprechstunde in das finstere Dozentenzimmer im Erdgeschoß der Alten Universität kommen und dort nach der Auskunft zur Person und zum bisherigen Studium genau und überzeugend begründen, warum sie oder er ausgerechnet an dieser Veranstaltung teilnehmen wollte. Hilfreich für die Zulassung war allemal die Empfehlung eines anderen Dozenten. Weber legte großen Wert darauf, daß nicht nur die soziologischen Profis zu ihm kamen, was denn auch dazu führte, daß sich tatsächlich eine interdisziplinäre und in den zeitbedingten Grenzen auch internationale Runde bei ihm zusammenfand. Ich will es mir versagen, alle Teilnehmer aus der Zeit zwischen 1947 und 1954 hier zu nennen. Das müßte, wenn auch ungewollt, so doch den Eindruck eines »name dropping« erwecken, denn tatsächlich haben sehr viele Leute aus Webers Runde große Karrieren innerhalb und außerhalb von ›Akademia‹ gemacht.

Obwohl ich »den alten Weber«, wie wir ihn respektvoll nannten, häufig sah und er mich offensichtlich schätzte, hatte ich erst nach meinem zweiten Semester den Mut, ihn um Aufnahme in sein Colloqium zu bitten. Er ließ mich auch ohne weiteres zu. Er bat mich sogar darüber hinaus, an seinen Sprechstunden teilzunehmen. Schon gegen Ende der jeweils laufenden Semester entwickelte er uns seine Vorstellungen über den Inhalt des nächsten Colloquiums und stellte sie zur Diskussion. Während der Semesterferien sprach er mit mir den »Fahrplan« des Seminars durch, legte die Themen der

Referate fest und faßte auch schon die Referentinnen und Referenten ins Auge. In den Sprechstunden vergab er schließlich die Themen und legte den Damen und Herren im einzelnen dar, wie er sich den Duktus der Referate vorstellte. Er drückte mir die Liste der Bücher zu den einzelnen Referaten in die Hand, und dies waren durchaus nicht nur Klassiker und Standardwerke, sondern auch Neuerscheinungen aus dem In- und Ausland, über die er sich genau unterrichtete. Wie man sieht: nichts blieb dem Zufall überlassen. Dies sollten alle Kritiker Webers wissen, die ihm vorhalten, daß es seiner Methode an wissenschaftlicher Strenge mangele, und daß er mehr ein Künstler oder gar Mystiker als ein richtiger deutscher Professor gewesen sei. Aus seinen Erläuterungen zu den einzelnen Werken, die er für seine Veranstaltungen heranzog, habe ich sehr viel gelernt. Und überhaupt lernte ich aus unseren Gesprächen über die Planung der Colloquien mehr über seine Methode als aus seinen Schriften und Vorlesungen.

Wer nun erwartet hatte, daß in Webers Colloquien der pure Weltgeist der Universalgeschichte wehte, der sah sich eines Besseren – oder Schlechteren? – belehrt. Es mußten vielmehr die Teilnehmer über die Semester hinweg im präzisen Detail den Verlauf des Wirtschafts- und Sozialprozesses, die Entwicklungen in der Zivilisationssphäre und schließlich die Kulturbewegungen von Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den USA über die historischen Epochen hinweg darstellen – genau nach dem Schema, nach welchem Weber seine Geschichts- und Kultursoziologie aufgebaut hatte. Auch wenn wir uns mehr oder weniger rasch und gründlich in seine analytische Methode hineingearbeitet hatten, so fiel es dennoch nicht leicht, aus der riesigen Fülle von historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, geistes- und naturwissenschaftlichen Daten wie auch aus dem gestaltenden Eingriff großer Persönlichkeiten als den Trägern der Spontaneität des menschlichen Geistes das Gewebe zu synthetisieren, aus dem sich die Welt, so wie sie sich uns *hic et nunc* präsentierte, zusammenfügte. Das leistete dann unser alter Mentor in seiner faszinierenden Weise.

Weber verlangte, daß ihm die Texte der Referate rechtzeitig vor den Sitzungen vorgelegt wurden. Entsprach ein Referat gar nicht oder nur unvollkommen seinen Vorstellungen, so wurden die Verfasserin oder der Verfasser erneut in die Sprechstunde gebeten, wo Weber noch einmal darlegte, worauf es ihm ankam und um Überarbeitung der Entwürfe bat. Während wir dann unsere Elaborate vortrugen, hörte er, leicht in sich zusammengekauert, aufmerksam zu. Ein untrügliches Barometer seiner jeweiligen Stimmungslage bildeten seine buschigen Augenbrauen. Bewegten sie sich deutlich und rasch auf und ab, so war Gefahr im Verzuge. Es kam dann vor, wenn auch nur in

seltenen, aber gravierenden Fällen, daß das vulkanische Temperament mit Weber durchging, und daß er mit großer Schärfe die bedauernswerten Autorinnen und Autoren kritisierte. In extremen Fällen flossen bei den Opfern die Tränen oder sie verließen fluchtartig den Raum. Danach herrschte Grabesstille in der Runde. Wie an seinen Augenbrauen abzulesen war, kämpfte Weber inzwischen heftig gegen seine Gefühlsausbrüche an. Diese gelegentlichen Gewitter in den Colloquien wirkten im Gegensatz zu dem Phänomen in der Natur durchaus nicht reinigend auf die Atmosphäre ein. Im Gegenteil: mit gesenkten Köpfen saßen wir schweigend in der Runde, bis unser Alter sich schließlich räusperte und versuchte, das Gespräch wieder in Gang zu bringen. Wie ich mich erinnere, hatte allerdings dann nur selten jemand den Mut, sich zu Wort zu melden. Nachdem ich in die Rolle des wissenschaftlichen Assistenten aufgerückt war, richteten sich häufig die Blicke auf mich, und ich versuchte, den Nothelfer zu spielen. Weber brachte aber die Veranstaltung in den meisten Fällen im Alleingang zu Ende. Wir waren dann froh, wenn alles vorüber war. Je nach Jahreszeit strebten wir über die Hauptstraße in die »Altdeutsche Weinstube«, um uns dort bei einem großen Stück warmen Zwiebelkuchens und einem Viertel Pfälzer zu erholen (das war damals für fünfzig Pfennige beim alten Witter zu haben).

Mit der Schilderung dieser seltenen Ereignisse wollte ich aber auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als habe Weber seine Schüler tyrannisiert. Bei allem Respekt vor dem ehrfurchtgebietenden großen Gelehrten hätten wir uns dies auch nicht gefallen lassen. Da ich ihn in der Regel in der Straßenbahn vom InSoSta nach Hause begleitete oder in der Bachstraße noch bei ihm blieb, nachdem die übrigen Teilnehmer gegangen waren, nutzte ich die Gelegenheit, um ihn vorsichtig und diplomatisch auf die demoralisierenden Wirkungen seiner Attacken hinzuweisen. Er reagierte darauf meist mit Betroffenheit. Wenn es mir gelang, ihm meinen positiven Eindruck von den »Opfern« zu vermitteln, dann stand er nicht an, sich bei mir quasi stellvertretend für seine Unmäßigkeit und Ungerechtigkeit zu entschuldigen. Ich fand diese Noblesse damals schon großartig. Ich mußte dann die Betreffenden in die nächste Sprechstunde bitten, was manchmal gar nicht so leicht war. In meinem Beisein entschuldigte er sich dann bei ihnen in aller Form, und es kam sogar vor, daß er sie zum Mittagessen zu sich nach Hause einlud. Seine Haushälterin, eine wahre Perle aus dem Schwarzwald mit Namen Frieda, war eine ausgezeichnete Köchin. Sie verstand es, auch in der mageren Zeit vor der Währungsreform, vorzügliche Gerichte auf den Tisch zu bringen. Gelegentlich trugen Care-Pakete aus den USA zur Bereicherung des Speisezettels bei. Wenn allerdings Weber nicht von seinem negativen

Urteil über einen Kommilitonen oder eine Kommilitonin abzubringen war, wurde der oder die Betreffende im nächsten Semester nicht mehr zum Colloquium zugelassen.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der hohen Ansprüche, die Weber an seine Schüler stellte, kam es in seinen Veranstaltungen normalerweise zu sehr lebhaften und häufig auch kontroversen Debatten, und zwar vor allem dann, wenn aktuelle Probleme zur Sprache kamen, die natürlich immer mit Politik zu tun hatten. Aus seiner tiefen Abneigung, die schon fast an Haß grenzte, zu dem »Separatisten« Adenauer und dem »Kapitalistenknecht« Erhard machte er keinen Hehl, was durchaus nicht allen in der Runde gefiel. Er zeigte viel Geduld und Verständnis, wenn wir ihm manchmal mit doch auch recht unausgegorenen Gedanken und Meinungen kamen. Es war unverkennbar sein Bestreben, uns als vom Totalitarismus und vom Krieg in seinen schlimmsten Formen geprägten jungen Menschen die Grundwerte der Demokratie und die Vorzüge des Parlamentarismus zu vermitteln, um uns für den Aufbau einer besseren Welt zu motivieren und uns gegen Rückfälle in die Barbarei zu immunisieren.

Soweit ich mich erinnere, kam Alfred Weber von sich aus auf sein Verhältnis zu seinem Bruder Max nicht zu sprechen. Als ich anfing, an meiner Dissertation zu arbeiten, sprach ich ihn einmal in allgemeinen Wendungen auf die Problematik der Werturteile in den Sozialwissenschaften an. Spontan brach es aus ihm heraus, daß er nie viel davon gehalten habe. Man habe ja schließlich gesehen, zu was politische und ideologische Abstinenz letzten Endes in Deutschland geführt habe. Bezeichnenderweise ließ er auch in seinen Seminaren, wenigstens zu meiner Zeit als sein Adlatus, über die Werke Max Webers nicht explizit referieren, wenn auch natürlich etwa dessen Religionssoziologie für ihn eine erhebliche Rolle spielte.

Als eine Art Ableger des InSoSta gab es das Institut für Zeitungswissenschaft. Schon vor dem Ersten Weltkriege hatte Max Weber eine Soziologie des Zeitungswesens angeregt. An der Gründung des Institutes in den zwanziger Jahren waren Alfred Weber und andere Nationalökonomen maßgeblich beteiligt.[1] Viele von uns, die sich gleich nach dem Krieg und nach der Wiedereröffnung der Universität in Heidelberg einfanden, wollten Journalisten werden, vor allem diejenigen, die schon während des Krieges auf die eine oder andere Weise in diesem Metier tätig waren. Im Sommer 1946 übernahm Hans von Eckardt die Leitung des Instituts, aus dem ihn die Nazis

[1] Wer sich über die Geschichte des Institutes genauer unterrichten will, sei auf den Aufsatz des allzu früh verstorbenen Horst Reimann in Heft 3-4/1986 der Zeitschrift *Publizistik – Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung* verwiesen.

gleich nach ihrer Machtübernahme vertrieben hatten. Seine Assistentin war Christine Schmidt-Rohr, die später den amerikanischen Dozenten Totten heiratete. Das Institut war zunächst in der Grabengasse 14 untergebracht. Es siedelte bald in das Eckhaus Universitätsplatz/Hauptstraße über, das ursprünglich für eine Bank gebaut worden war und in dessen Keller sich noch die Tresore befanden. Seine pompöse Buntsandsteinfassade kann noch heute bewundert werden. Ich erwähnte bereits, daß Alfred Weber und Hanno von Eckardt in diesem Institut ihre politische Arbeitsgemeinschaft veranstalteten, und welche Funktion mir dabei zufiel.

Von Eckardts Lehrgebiet war nicht die Zeitungswissenschaft oder Publizistik, sondern die Soziologie. Entsprechend konzipierte er seine Vorlesungen und Seminare. Die publizistischen Seminare und das Proseminar hielt Christine Schmidt-Rohr. Da also die Zeitungswissenschaft kein Prüfungsfach war, hielten wir uns an die Soziologie, aber auch, wie bereits dargestellt, unter dem Einfluß Alfred Webers an die anderen klassischen Fächer der Philosophischen Fakultät. Besonders faszinierte uns aber die Persönlichkeit Hanno von Eckardts, die so gar nicht dem Typus des deutschen Universitätslehrers entsprach. Alles andere als ein systematischer Lehrer und Forscher verfügte er doch über die Gabe, seine Schülerinnen und Schüler zu überdurchschnittlichen Leistungen zu motivieren. Da Alfred Weber kein Promotionsrecht mehr hatte, verteilten sich diejenigen, die in Soziologie als Hauptfach promoviert werden wollten, auf Rüstow und von Eckardt.

Empirische Sozialwissenschaft wurde seinerzeit in Heidelberg nicht getrieben. Im Gegenteil, wir schüttelten nur die Köpfe über das, was allmählich aus den USA zu uns herüberdrang und schauten voller Arroganz auf die mehr empirisch orientierten Kölner, Frankfurter und Berliner Kollegen herab. Viele der Themen, die wir in den Seminaren und in den Dissertationen behandelten, würde man später der Politikwissenschaft zugeordnet haben.

Schon vor meiner Promotion nahm ich nach dem Weggang von Christine Totten die Aufgaben des wissenschaftlichen Institutsassistenten wahr. Dies war nicht sehr einfach für mich, denn Hanno von Eckardt verfiel immer mehr dem Alkohol und war immer weniger in der Lage, seinen Amts- und Lehrverpflichtungen nachzukommen. Nach meiner zunächst unter dramatischen Umständen gescheiterten Promotion hatte er mir spontan das brüderliche Du angeboten. Als ich es dann im Herbst 1951 beim zweiten Anlauf geschafft hatte, wurde ich auch sogleich vom Rektor zum Beamten auf Widerruf ernannt und in knapper Zeremonie unter dessen prüfendem

Psychiaterblick vereidigt. Nebenbei hatte ich bereits eine Familie gegründet und verdiente mir nach der Währungsreform als Lokal- und Sportreporter (Spezialität Rugby) ein paar Mark hinzu. Schließlich verwaltete ich schon als Student die Pressestelle der Universität, was neben einem kleinen Taschengeld die höchst angenehme Folge hatte, daß ich keine Studiengebühren zu entrichten brauchte, die der Vater Staat damals noch von uns ›armen Schweinen‹ kassierte, was manch eine oder einen aus schlichtem Geldmangel zum Abbruch des Studiums zwang.

Neben dem ganzen Verwaltungskram und dem dienstlichen Umgang mit dem Dekanat und Rektorat hielt ich Seminare über die Geschichte des Zeitungswesens, über die Grundzüge der Publizistik, vor allem aber zur Einführung in die Soziologie, deren Grundbegriffe und dergleichen. Da es dies nur an unserem Institut gab, war der Zulauf entsprechend groß. Unter anderem zählten auch zwei junge Pfälzer namens Helmut Kohl und Bernhard Vogel zu meinen »Schülern«. Hanno ließ mir bei der Arbeit völlig freie Hand, was aber auch bedeutete, daß ich mich um etwa anderthalb Dutzend Dissertationen mit äußerst weit gefächerten Themen zu kümmern hatte. Inzwischen hatte Dolf Sternberger von einer der großen amerikanischen Stiftungen die Mittel zur Gründung einer politikwissenschaftlichen Arbeitsgruppe erhalten. Dort wurde nun über den Themenkreis Parteien-Fraktionen-Parlamente hart empirisch gearbeitet. Die Dissertationen und Bücher, die die Forschungsgruppe Sternberger erarbeitete, können wohl mit Fug und Recht zu den ersten gewichtigen Bausteinen einer selbständigen Politischen Wissenschaft in Westdeutschland gerechnet werden.

Am Institut für Publizistik fanden recht häufig fröhliche Feste statt, die wir mit wenig Geld, aber mit um so mehr Elan und Spaß aufzogen. Natürlich machten wir auch politisches Kabarett, dem aber wegen seiner Schärfe kein langes Leben beschieden war. Ein Höhepunkt des außerakademischen Treibens am Institut war die Aufführung des Zusammenschnitts von Komödien des Aristophanes unter dem Titel »Der Frauenfriede«, für den wir im klirrend kalten Winter 1947/48 in unsere Mäntel gehüllt in der Mensa probten, die damals noch im Marstallgebäude untergebracht war. Regie führte Frau von der Schulenburg, die mit den Eckardts befreundet war. Die Lieder des antiken Chores stammten von Wolfgang Moers-Messmer. Die Aufführung machte uns Laiendarstellern womöglich noch mehr Spaß als dem zahlreich erschienenen Publikum. Der antike Pazifismus aus der »Lysistrate« und der »Weibervolksversammlung« samt der aristophanischen Erotik paßten natürlich ganz in das politische Klima der ersten Nachkriegsjahre. Nicht ganz ohne Beteiligung der Soziologen und Publizisten öffnete dann auch das

»Cave« seine Kellerpforte zum ersten Jazzclub in Heidelberg, in dessen für die damalige Zeit einmaliger Atmosphäre wir manchen Abend verbrachten. Im Collegium Academicum in der Seminarstraße, das in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder das Modell einer selbstverwalteten studentischen Lebensgemeinschaft bildete und das zunächst von dem Germanisten, Kommunisten und Antifaschisten Boeckh geleitet wurde, nahmen wir an teilweise heftigen politische Debatten teil. Unvergeßlich bleibt mir eine dramatische Lesung von Büchners *Woyzek* im CA.

Nach der Emeritierung Alexander Rüstows und nach dem Tode Alfred Webers ging die Zeit der Soziologie im InSoSta zu Ende. Das Institut für Publizistik, dessen Name im Laufe der fünfziger Jahre immer weniger dem entsprach, was in seinen Räumen wissenschaftlich geschah, übernahm die Tradition. Mehr und mehr rückte dort aber die Soziologie an die Stelle der Publizistik oder Medienwissenschaft. So war es durchaus konsequent, daß das Institut im Jahre 1960 in Institut für Soziologie und Ethnologie umbenannt wurde. Das alte InSoSta heißt nun schon lange Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften. Webers Büste steht in einem Winkel der Bibliothek des häßlichen neuen Sichtbetonbaus in der Grabengasse. Wer von denen, die dort aus- und eingehen und arbeiten, weiß wohl noch, wer der alte Mann auf dem Sockel ist (Rainer M. Lepsius und seine Mitarbeiter natürlich ausgenommen)? Um diese Betrachtung jedoch nicht so elegisch ausklingen zu lassen, sei abschließend mit Freude vermerkt, daß es die Schüler Webers aus der ersten, der zweiten und nun bereits der dritten Generation mit der Hilfe eines großzügigen Mäzens zuwege gebracht haben, dessen längst nicht mehr auf dem Büchermarkt zugängliche Werke in den nächsten Jahre in einer Gesamtausgabe herauszubringen.

Alfred Weber als Wissenschaftsorganisator

Eberhard Demm

1. Einleitung

Alfred Weber war nicht nur ein äußerst fruchtbarer Wissenschaftler, er hat auch immer wieder Forschung und Wissenschaft organisiert und dies offenbar als einen wesentlichen Aspekt seiner Tätigkeit als Hochschullehrer angesehen. Die ersten und vielleicht entscheidenden Impulse für diese Arbeit erhielt er im Verein für Sozialpolitik. Dieser Verein, dem zahlreiche Nationalökonomen, aber auch hohe Beamte und selbst einige Industrielle angehörten, organisierte zahlreiche Untersuchungen über die soziale Lage der Arbeiterschaft im kaiserlichen Deutschland, in der Absicht, die Öffentlichkeit über etwaige Mißstände zu informieren und den Gesetzgeber zu einschlägigen Verbesserungen zu bewegen.[1]

Bereits im Jahre 1897 – Weber hatte gerade promoviert und arbeitete an seiner Habilitation – wurde er Mitglied einer Kommission des Vereins, die die Situation in der deutschen Hausindustrie untersuchen sollte. Er erstellte dafür einen Arbeitsplan sowie einen Fragebogen, koordinierte auch einen großen Teil der sich über ganz Deutschland erstreckenden Untersuchungen und veranstaltete Arbeitssitzungen mit den verschiedenen Mitarbeitern. Außerdem leitete er persönlich die Untersuchung über die Frauenarbeit in Berlin.[2] Im Jahre 1905 – Weber war inzwischen Ordinarius für Nationalökonomie an der Deutschen Universität Prag geworden – organisierte er gemeinsam mit seinem Doktor- und Habilitationsvater Gustav Schmoller und dem Wiener Kollegen Eugen von Philippovich den Kongreß des Vereins in Mannheim über das Verhältnis zwischen Staat und Kartellen, eine Frage, mit der er sich seit einigen Jahren intensiv beschäftigt hatte.[3]

[1] Winkel 1977, 159; Krüger 1983, 109ff.; Gorges 1980, 67ff., 155ff., 216ff. und 35ff.; Lindenlaub 1976, 2ff.

[2] Demm 1990, 34.

[3] Ebd., 104.

Von 1908 bis 1911 – inzwischen war er nach Heidelberg berufen worden – führte er zusammen mit seinem Bruder Max, Gustav Schmoller und Heinrich Herkner eine breit angelegte Untersuchung über die Situation der Arbeiter in der deutschen Großindustrie durch.[4] Er entwarf einen Untersuchungsplan sowie einen mehrfach umgearbeiteten Fragebogen, bestimmte zusammen mit Max Weber die Hauptthemen der Untersuchung und leitete die Mitarbeiter in ihrer Arbeit an. Diese Enquete des Vereins wurde richtungweisend für die moderne empirische Sozialforschung, da sie aus den Naturwissenschaften, insbesondere den experimentalpsychologischen Untersuchungen Emil Kraepelins, eine streng empirisch-mathematische Methode übernahm.[5] Zwei weitere organisatorische Aktivitäten Webers betrafen die Hochschulpolitik. Im Jahre 1903 schloß er sich einem Komitee an, das eine neue Universität in Salzburg gründen wollte.[6] Die Universität kam zwar nicht zustande, dafür ging von diesem Komitee die Initiative zur Gründung einer kollektiven Vertretung der deutschen Hochschullehrer aus, für die sich Weber besonders einsetzte.[7] Auch im Ersten Weltkrieg ließ Weber sein Organisationstalent spielen. Nur ging es jetzt naturgemäß nicht um wissenschaftliche, sondern um politische Projekte. Zum Beispiel war er Mitbegründer und Vizepräsident der Deutsch-Litauischen Gesellschaft, die den Anschluß Litauens an ein deutsch beherrschtes Mitteleuropa vorbereiten sollte.[8]

Kurz nach Kriegsende blieb Weber zunächst seiner politischen Orientierung treu und gründete gemeinsam mit dem Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff, die Deutsche Demokratische Partei und wurde ihr erster provisorischer Vorsitzender.[9] Auch in dieser Phase konnte er organisatorische Erfahrungen sammeln: Er leitete den Geschäftsführenden Ausschuß, das höchste Organ der Partei, ferner das Parteibüro sowie ein spezielles Aktionskomitee und versuchte, die politische Macht aus dem Ausschuß in unabhängige Aktionskomitees zu verlagern. Da er sich aber nicht regelmäßig um den Parteiapparat kümmerte, schoben sich die alten Parteipolitiker wieder in den Vordergrund, und Weber wurde schließlich auf Grund eines politischen Schnitzers Ende Dezember 1918 aus der Führung der Partei eliminiert.

[4] Demm 1987, 119ff.; Schluchter 1994, 1ff.; ders., 1995, 207ff.

[5] Dahrendorf 1967, 33.

[6] Demm 1990, 74.

[7] Ebd.

[8] Demm 1986, 87ff.

[9] Zum folgenden Demm 1990, 256ff.

Damit konzentrierte sich Weber wieder auf seine Tätigkeit an der Universität Heidelberg, und es begann eine neue Phase seiner Arbeit als Wissenschaftsorganisator, die folgende Schwerpunkte hatte:

1. Die Leitung des ›Instituts für Staats- und Sozialwissenschaften‹ (InSoSta), wie es seit dem 23.5.1924 hieß.[10] Dabei setzte er sich insbesondere für die Beschaffung von ›Drittmitteln‹ ein.
2. Die Gründung des Heidelberger ›Akademischen Austauschdienstes‹.
3. Die Gründung des ›Zeitungswissenschaftlichen Instituts‹.[11]

2. *Organisation, Finanzierung und inhaltliche Leitung des InSoSta*

Weber war von 1923 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1933 der Geschäftsführende Direktor des InSoSta, an dem im Jahre 1927/28 270 Studenten studierten.[12] Außerdem gab er gemeinsam mit seinem Kollegen Emil Lederer und dem Bonner Professor Joseph A. Schumpeter das *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* heraus, sowie die Publikationsserien *Probleme der Staats- und Kultursoziologie* und *Über den Standort der Industrien.* Er kümmerte sich auch tatkräftig um den Ausbau der Institutsbibliothek, die im Jahre 1928 einen Bestand von ca. 50.000 Bänden und einen jährlichen Bücherzugang von 3000 Bänden hatte. Der besondere Stolz des Instituts waren 300 Zeitschriften, davon 65 ausländische.[13]

Ende Juli 1927 wurde aus dem Kreis der Freunde und ehemaligen Schüler die ›Studien- und Förderergesellschaft‹ des InSoSta gegründet. Ihr Ziel war die Verbindung von Wissenschaft und Praxis, konkret die Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen allgemeinen Interesses durch Persönlichkeiten aus dem politischen und wissenschaftlichen Leben. Hinzu kam die wichtige

[10] UAH, B-6680/1, IV, 3d, Nr.22b.

[11] Folgendes nach dem Hauptnachlaß Alfred Webers, NL Weber im Bundesarchiv Koblenz (BARCH); nach dem erst seit kurzen zugänglichen Teilnachlaß Webers (NL Weber) in der Universitätsbibliothek Heidelberg (UBH) sowie nach Dokumenten aus dem Heidelberger Universitätsarchiv (UAH) und dem Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA).

[12] Bericht des Vorstandes und der Institutsdirektion über das Wintersemester 1927/28 und das Sommersemester 1928, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Verschiedenes, Broschüre des InSoSta 25.2.31, UAH, B 6680/2, IV, 3d.

[13] Denkschrift ohne Titel [für die Rockefeller-Stiftung], UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Robert-Schmidt-Stiftung.

»Aufgabe, die von dem Institut gepflegten Disziplinen durch eine enge Verbindung mit der Praxis zu fördern und dem Institut bei der Beschaffung der für die Erhaltung und den Ausbau seiner wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit erforderlichen Mittel behilflich zu sein«.[14] Es ging also vor allem um die Beschaffung von Drittmitteln. Die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Beträge waren nicht unbeträchtlich und betrugen im Haushaltsjahr 1928/29 mit 12.000 Reichsmark das doppelte der staatlichen Zuwendungen an das Institut. Unter Hinzurechnung der Gebühren und des Bibliotheksbeitrags des Instituts für Zeitungswissenschaften kam das InSoSta so auf insgesamt 22.500 RM im Semester. Davon wurden 4.800 RM für Gehälter ausgegeben, 3.000 RM für Vorträge, Reisen und besondere Veranstaltungen sowie 1.400 RM für Bürounkosten. Der Löwenanteil des Haushalts aber ging mit 16.500 RM an die Bibliothek, wobei insbesondere der hohe Anteil der Kosten für Zeitschriften auffällt: mit 4.600 RM betrug er etwas über die Hälfte der Ausgaben für Bücher, der Restbetrag ging an den Buchbinder.[15]

Da die finanzielle Seite eine so wichtige Rolle spielte, waren im Vorstand der Gesellschaft neben den drei Professoren des InSoSta (Weber als 2. Vorsitzender, Hans von Eckardt und Emil Lederer, ferner der Privatdozent Arnold Bergstraesser als Schriftführer) vor allem Persönlichkeiten aus der Hochfinanz vertreten: der Weinheimer Fabrikant Richard Freudenberg als 1. Vorsitzender, der Heidelberger Bankier Neubürger und der Generaldirektor der Bergin-Unternehmungen und spätere Nobelpreisträger für Chemie (1931), Friedrich Bergius.[16] Großzügige Spender wurden von Weber mit Ehrendoktorhüten belohnt, so etwa der Direktor der Darmstädter und Nationalbank Berlin, Jakob Goldschmidt, der insgesamt 100.000 Reichsmark überwies, der Stuttgarter Zeitungsverleger Carl Esser, der 1931 eine Stiftung für das InSoSta errichtete,[17] und der Ludwigshafener Verleger Wilhelm Waldkirch, der sich tatkräftig um die Finanzierung des Zeitungsinsti-

[14] Broschüre des InSoSta von 1927, UAH, 6680/4,IV,3d, Nr.64; vgl. ferner Broschüre des InSoSta vom 25.2.31, ebd., B 6680/2, IV, 3d.

[15] InSoSta, Haushaltsplan für 1928/29, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Robert-Schmidt-Stiftung; die Angaben betreffen generell das Haushaltsjahr vom 1. April 1928 bis 31. März 1929, für die Studien- und Förderungsgesellschaft das laufende Kalenderjahr, vgl. Finanzielle Angaben über das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften, 23. Juni 1928, ebd.

[16] Bergstraesser an Rektorat 11.1.1928; Weber, Bericht des Vorstands, ebd.; ferner Anlage 2 zu Denkschrift ohne Titel [für die Rockefeller Stiftung], ebd.

[17] Jakob Goldschmidt an Weber, 18.2.28, ebd., Kiste 2, Mappe Verschiedenes; Esser an Weber 23.7.31, ebd.

tuts kümmerte.[18] Für andere bemühte sich Weber um die Ernennung zum Honorarprofessor, wie im Fall des Schweizer Bankiers Felix Somary, der allerdings 1928 auch eine vollständige Gastvorlesung über »Grundlagen der Weltwirtschaft nach dem Kriege« hielt und der Weber auch privat unterstützte, und zwar durch die Bereitstellung eines Kraftwagens mit Chauffeur.[19] Allerdings kam es in letzterem Fall zu Vorbehalten des Badischen Kultusministeriums, das aus Angst vor den Rechtsradikalen die Ernennung eines Ausländers zum Honorarprofessor ablehnte.[20] Trotz eines positiven Gutachtens des Reichsbankpräsidenten a.D. Hjalmar Schacht vom 4. Mai 1931 hat das Ministerium die Entscheidung offenbar weiter verschleppt.[21]

Für die Vorträge konnte Weber dank seiner guten Beziehungen gewichtige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gewinnen: Reichsminister a.D. Peter Reinhold sprach über »Auslandsanleihen und Reparationen« (17.11.27), der Heidelberger Juraprofessor Gerhard Anschütz und Reichsminister Koch-Weser referierten über das »Problem der Vereinheitlichung des Reiches« (12.1.28), Staatssekretär Ernst Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium und Professor Werner F. Bruck, Münster, über das Studium und die Ausbildung von Nationalökonomen (12.5.28), und Reichskanzler a.D. Hans Luther und der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff über die »Umgestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern«. Auch die Landwirtschaft wurde nicht vernachlässigt: vom 11. bis 14.7.1928 diskutierten ostdeutsche Gutsbesitzer über die Wirtschaft im deutschen Osten. Gelegentlich kamen auch Referenten und Besucher aus dem Ausland: Im Februar 1928 sprach der französische Abgeordnete Champetier de Ribes über die »Politische Lage vor den französischen Wahlen«. Andere ausländische Besucher waren Paul Warburg und Professor Edwin R.A. Seligman aus New York sowie Emil Mayrisch, der Präsident der Internationalen Rohstahlgesellschaft, aus Luxemburg.[22]

Anfang der dreißiger Jahre wurde die finanzielle Situation des InSoSta wegen der Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise und der allgemeinen Sparpolitik offenbar immer schwieriger. Manche Kapitalgeber wollten einen Teil ihres Kapitals zurückhaben, versprochene Zuschüsse blieben aus oder

[18] Siehe unten.

[19] Lebenslauf Somarys, UAH, H-IV-102/154; Interview des Verf. mit Frau Marianne von Eckardt am 10.9.81; UAH, H-IV-102/153, Sitzung vom 15.2.1930.

[20] Ministerium an Engeren Senat der Universität Heidelberg, 14.4.31, ebd., H-IV-102/154.

[21] Söll an Ministerium, 6.6.31, ebd. H-IV-102/153.

[22] Weber, Bericht des Vorstands, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Verschiedenes; UAH, B 6680/4, IV, 3d, Nr.64.

wurden, wie im Fall des Reichsinnenministeriums, nicht mehr vollständig gezahlt.[23] Immerhin war bemerkenswert, daß es Weber überhaupt gelang, trotz der Brüningschen Sparmaßnahmen weiter Zuschüsse aus einem Ministerium zu erhalten, das eigentlich mit der Heidelberger Universität kaum etwas zu tun hatte, auch wenn diese staatlichen Zuwendungen 1930/31 von 10.000 Reichsmark auf 7.600 RM und 1931/32 schließlich auf 4.000 RM vermindert wurden.[24]

So wichtig alle diese Zuschüsse auch für den laufenden Wissenschaftsbetrieb waren, für die Durchführung eines großen Forschungsvorhaben reichten sie nicht aus. Daher richtete Weber schließlich seine Blicke nach Amerika, wo die Rockefeller-Stiftung über große Mittel verfügte. Ende 1928, Anfang 1929 beantragte er die Finanzierung eines mehrjährigen Forschungsprogramms über das Thema »Das Wirtschaftsschicksal Europas«.[25] In einem Memorandum für die Stiftung definierte Weber als Fragestellung das »europäische[n] Produktionsproblem«, d.h., »welche Chancen für die europäische Wirtschaft auf Grund der für Europa bestehenden industriellen Standortsgrundlagen zu erwarten sind«. Im besonderen sollten die Handelspolitik, die Konsequenz von Zollunionen sowie die Bedeutung der internationalen Kapitalwanderungen für die wirtschaftliche Zukunft Europas untersucht werden. Hinzu sollten Einzelstudien zur Struktur und Gesellschaft einzelner europäischer Länder sowie zum Verfassungs- und Verwaltungsproblem Deutschlands kommen, das für Weber von großer wirtschaftlicher Bedeutung war. Für die Realisierung dieses Programms sollten drei wissenschaftliche Mitarbeiterstellen, Schreibkräfte, Reisekosten sowie der Ankauf der erforderlichen Literatur finanziert werden.

Die Rockefeller-Stiftung gewährte Weber in der Tat für mehrere Jahre einen Zuschuß in Höhe von jährlich 50.000 Reichsmark, also ca. das doppelte des Institutshaushalts.[26] So konnte im Jahre 1929 ein groß angelegtes Forschungsprogramm unter Webers Leitung in Angriff genommen wer-

[23] Memorandum Webers vom 21.10.31 für Gespräch mit dem Innenminister am 23. Oktober 1931, UBH, NL Weber, Mappe Robert-Schmidt-Stiftung.

[24] Ebd.

[25] Das folgende nach Denkschrift ohne Titel mit Anlage 7: Forschungs-Programm des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften, ebd.

[26] Ebd., Mappe Verschiedenes; für die zweite Hälfte des Jahres 1933 ist eine Abrechnung erhalten, die die genaue Verteilung der Gelder auflistet. Danach waren 26.790 RM bereits gezahlt worden, und 23.210 RM standen noch aus. Davon wurden folgende Ausgaben finanziert: Gehälter: 6.430 RM, Verwaltung: 2.020 RM, Miete: 350 RM, Bibliothek: 3.500 RM, Bürokosten: 560 RM, Strom: 350 RM, Druckkostenzuschüsse: 4.000 RM, Dollarentwertung: 5.000 RM.

den.[27] Mehrere Übersichten aus den Jahren 1933 und 1934 geben einen Eindruck von der wissenschaftlichen Orientierung des Projekts:[28] Die erste Abteilung, »Zum produktionswirtschaftlichen Aufbau Europas«, umfaßte acht Arbeiten, von denen bereits zwei 1932 erschienen waren: Gert von Eynern und Herbert Gaedicke, *Europa als produktionswirtschaftliche Integration vor und nach dem Kriege* sowie Otto Schlier, *Der Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege.* Diese beiden Arbeiten, für die Weber jeweils ein Vorwort schrieb, zeigen deutlich, daß es ihm bei seinem Projekt um eine auf ganz Europa bezogene Anwendung seiner Standortlehre ging, wobei wie bereits im Ersten Weltkrieg die enge Verflechtung der europäischen Wirtschaft und die Notwendigkeit ihrer Integration im Vordergrund standen. Andere Arbeiten behandelten *Technologische Ursachen der industriellen Strukturwandlung* (Arthur Salz) oder *Die Wandlungen der europäischen Agrarstruktur und das deutsche Agrarproblem* (von Machui), *Öffentliche Arbeitsbeschaffung und Krise* (Walter Witzenmann), *Produktionsbeschränkung und Krisenbekämpfung* (Hedwig Neumann-Tönniessen) oder *Der Weltexport der alten Industrieländer* (Hummel). In der zweiten Abteilung mit dem Titel »Die äußere Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten« ging es stärker um die außenwirtschaftlichen Fragestellungen, etwa um die Folgen von Zollschranken und Protektionismus. Auch hier waren 1933 bereits sechs Arbeiten erschienen oder im Druck, u.a.: *Der Methodenwandel der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931* (Walter Greiff) sowie *Zollhöhen und Preisbildung* (Heinrich Liepmann), die anderen fünf Bücher und sieben noch nicht abgeschlossene Projekte betrafen die Außenhandelspolitik verschiedener europäischer Staaten. Die dritte (in manchen Plänen vierte) Abteilung umfaßte drei Arbeiten zur kapitalwirtschaftlichen Struktur Europas, z.B. *Goldstandard und Preispolitik im Rahmen der Krisenbekämpfung* (Otto Pfleiderer). Die folgende Abteilung »B« betraf die deutsche Situation, wurde aber nicht von Weber, sondern von Carl Brinkmann betreut, darunter *Kommunale Wirtschaftspolitik* (Ernst Falck) sowie zwei regionale Projekte.

Eine weitere Gruppe von Arbeiten, die nicht in allen Gesamtplänen erscheint, betraf das »Verhältnis der aussereuropäischen Entwicklung der Weltwirtschaft zu Europa«, d.h. also die Frage der überseeischen Beziehun-

[27] Denkschrift über den Stand und das fernere Programm der Forschungsarbeiten des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, 1932, ebd., Mappe Robert Schmidt-Stiftung.

[28] Gesamtplan. Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, ebd., mehrere Exemplare, offenbar überarbeitete Versionen mit dem gleichen Titel.

gen. Weber interessierte sich in diesem Bereich insbesondere für das Problem der Politisierung von Wanderungsbewegungen zwischen Europa und Außereuropa – ein heute ganz aktuelles Thema – und er schrieb apodiktisch dazu: »Diese Verhinderung des Ausgleichs zwischen den Arbeitsmärkten [durch Einwanderungs- und Zuzugsbeschränkungen; Anm. d. Verf.] ist eine wesentliche Störungsursache der weltwirtschaftlichen Beziehungen geworden«. Eine andere Frage betraf die Folgen einer Industrialisierung unterentwickelter Gebiete für die europäische Industrie. Auch dieser Themenbereich gehörte zur Standortproblematik. In dieser Abteilung kam die Arbeit offenbar weniger gut voran, kein einziges Thema war 1933 fertig oder gar druckreif, manche hatten noch nicht einmal einen Bearbeiter gefunden. Die meisten Themen behandelten das Verhältnis wichtiger außereuropäischer Staaten wie China, Japan, Australien oder Argentinien zu Europa.

Eine letzte Abteilung »C« war als Synthese vorgesehen, die aber erst nach Abschluß der anderen Projekte in Angriff genommen werden sollte. Die Themen waren: »Deutschlands Wirtschaft und Europa«, »Das wirtschaftliche Schicksal Europas« sowie »Die wirtschaftliche Europaidee und ihre Wirksamkeit in der europäischen Wirtschaftspolitik«. Als Ziel des Forschungsprogramms wurde angegeben, »nicht nur für die wissenschaftliche, sondern auch für die politische Diskussion wichtigster Gegenwartsprobleme nützliche Unterlagen zu geben«.[29] Webers Forschungsprojekt betraf in der Tat ein ganz zentrales Problem, das von den Mitteleuropaprojekten aus dem Anfang des Jahrhunderts über die deutschen Kriegsziele des Ersten Weltkriegs, die Europadiskussion der zwanziger Jahre und die NS-Großraumpolitik bis hin zur Europäischen Union unterschiedliche Antworten gefunden hat, die aber gleichwohl alle in eine Richtung gehen: die wirtschaftliche und evtl. politische Integration der europäischen Staaten.

Bei anderen wissenschaftlichen Großprojekten aus dem InSoSta ist der Anteil, den Weber daran genommen hat, sowie die Art und Weise ihrer Verwirklichung noch nicht ganz klar. Ein Projekt, das »Arbeiten auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Politik« umfaßte,[30] sollte politologische und juristische Probleme behandeln wie »Der Völkerbund als politische Institution«, »Minderheiten im Weichselkorridor« oder »Die Willensbildung der parlamentarischen Demokratie in ihrer Wirkung auf die auswärtige Politik«.

[29] Bemerkungen, ebd., S.10.

[30] Gesamtplan, ebd.; sowie: Bisher vorliegende Vorschläge für die Gemeinschaftsforschung auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Beziehungen, Mappe InSoSta 1932, ebd.

Nach Webers Emeritierung sollte die Rockefeller-Förderung zunächst eingestellt werden, doch nach eingehenden Diskussionen, zu denen Bergstraesser und Brinkmann zu Verhandlungen mit Tracy B. Kittredge, dem europäischen Beauftragten der Rockefeller-Stiftung, eigens nach Paris reisten, wurde die Förderung dann doch bis September 1937 fortgesetzt.[31] Weber betreute das Programm bis zu seinem Auslaufen weiter und trug die persönliche Verantwortung für die Verwendung der Gelder. Brinkmann übernahm die wissenschaftliche Leitung für die innerdeutschen Untersuchungen, Bergstraesser für die europäisch orientierten Arbeiten.[32]

3. Webers Engagement für den Studentenaustausch mit dem Ausland

Über die Gründung des Heidelberger ›Akademischen Austauschdienstes‹, des Vorläufers des ›Deutschen Akademischen Austauschdienstes‹ (DAAD), gab es bisher nur die auf persönliche Interviews mit Carl Joachim Friedrich gestützte Studie von Volkhard Laitenberger.[33] Danach sei die Initiative im wesentlichen von Friedrich ausgegangen, der nach einer Rundreise durch die USA auf Einladung einer amerikanischen Studentenorganisation das Projekt eines Studentenaustausches zwischen Deutschland und den USA entwickelt und Zusagen von amerikanischen Stipendien für deutsche Studenten erhalten habe. Daraufhin sei die Heidelberger Austauschstelle geschaffen worden, obwohl Arnold Bergstraesser und Edgar Salin wenig Interesse gezeigt hätten und auch Alfred Weber sich wenig konkret engagiert habe.[34] In den Heidelberger Akten steht es etwas anders: Danach wurde die ›Staatswissenschaftliche Austauschstelle‹ im Herbst 1923 unter »wesentlicher Beteiligung von Gothein«, dem Kollegen Webers am InSoSta, gegründet, der dafür erste

[31] Tracy B. Kittredge an Weber, Telegramm, 1.1.34, Weber an Tracy B. Kittredge, 6.1.34, Kittredge an Weber, Telegramm, 11.1.34 und Brief, 11.1.34, ebd., Mappe Verschiedenes.

[32] Notiz Oktober 1933, Weber an Junker und Dünnhaupt-Verlag, 15.4.1936; ders. an Rockefeller Foundation, 24.4.36, Tracy B. Kittredge an Weber, 26.1.37, Weber an Tracy B. Kittredge, 14.2.37, ebd.; Rockefeller Foundation an Weber, 26.1.37, Briefkonzept o.D., ebd., Mappe Robert-Schmidt- Stiftung.

[33] Laitenberger 1976.

[34] Ebd., 17.

Vorarbeiten geleistet hatte.[35] Aus der Austauschstelle entstand der ›Akademische Austauschdienst‹, Alfred Weber war sein erster Vorsitzender, und seine Beziehungen waren für die weitere Entwicklung offenbar hilfreich.[36] Im November übernahm Webers Schüler Werner Picht die Leitung, und im Januar 1924 wurde die Stelle unter dem Namen ›Akademischer Austauschdienst‹ als eingetragener Verein gegründet. In diesem Jahr wurden Studenten und jüngere Dozenten aus ganz Deutschland in die USA und nach Großbritannien gesandt und ausländische Studierende nach Deutschland vermittelt.[37] Gleichzeitig bemühte sich Weber, der zu der Zeit Dekan war, beim Kultusministerium um die Errichtung eines anglo-amerikanischen Instituts und einer Professur für Auslandskunde.[38] Wenn auch die Dienststelle schließlich im Jahre 1925 nach Berlin verlegt und ihre Beziehungen zum InSoSta gelöst wurden,[39] so war Weber noch Anfang der dreißiger Jahre Mitglied des Kuratoriums des DAAD und hielt auch in der Frage des internationalen Gelehrtenaustausches Kontakt mit dem Auswärtigen Amt.[40]

Der Studentenaustausch wurde am InSoSta spätestens im Jahre 1928 wieder aufgenommen, wenn auch in bescheidenerem Umfang und jetzt vor allem nach Frankreich hin orientiert. Die Mittel kamen aus dem ›Emil-Mayrisch-Fonds‹, der zum Gedächtnis an den verstorbenen Präsidenten der Internationalen Rohstahlgesellschaft und des ›Deutsch-Französischen Studienkomitees‹ errichtet wurde,[41] sowie aus der im gleichen Jahr gegründeten Robert-Schmidt-Stiftung.[42] Diese Stiftung wurde von dem Industriellen Robert E. Schmidt und seiner Frau errichtet, mit dem Zweck, »kulturelle Beziehungen Deutschlands zum Ausland, vorab dem Romanischen Ausland, zu pflegen« und ca. 20 jungen Studenten einen Aufenthalt im romanischen Ausland zu ermöglichen.[43] Weber hatte den Vorsitz im Verwaltungsrat der

[35] UAH, B 6680/11, IV, 3d, Nr.22b; Denkschrift: Die Tätigkeit des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Verschiedenes.

[36] Laitenberger 1976, 17; nach Laitenberger war zunächst Bergstraesser, dann erst Weber erster Vorsitzender.

[37] Broschüre des InSoSta 1927, UAH, B 6680/4, IV, 3d, Nr.64.

[38] Weber an Schwörer, 24.2.24, GLA 235/3140, Bl.301.

[39] Laitenberger 1976, 18, Denkschrift, wie Anm.35.

[40] Sitzung des Kuratoriums, 24.7.31, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Robert-Schmidt-Stiftung; Bericht Webers über seine Konferenz mit Direktor Terdenge vom Auswärtigen Amt, 1.12.1930, UAH, B-1266/2(1).

[41] Weber an Rektorat, 29.10.28, UAH, B 6680/4, IV, 3d, Nr.64, Denkschrift wie oben Anm. 35.

[42] Zum folgenden: UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Robert-Schmidt-Stiftung.

[43] Gesuch der Stiftung an den Reichsminister für Finanzen, 1931, Entwurf, ebd.

Stiftung.[44] Als sich im Jahre 1931 die finanzielle Situation Schmidts infolge der Wirtschaftskrise verschlechterte, bemühte er sich allerdings darum, einen Teil des eingesetzten Kapitals wieder auszulösen,[45] und es ist unklar, ob und wieweit der Studentenaustausch fortgesetzt werden konnte.

4. Die Errichtung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts

Die Initiative zur Gründung eines Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität ging nicht von Weber, sondern im Jahre 1924 vom Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger aus, wobei offenbar der Ludwigshafener Verleger Wilhelm Waldkirch die treibende Kraft war.[46] Bereits im Herbst 1924 war der Verein beim badischen Staatspräsidenten wegen dieses Projekts vorstellig geworden.[47] Wie die Verleger in einer Denkschrift ausführten, ging es ihnen vor allem darum, einen »tüchtigen, wissenschaftlich geschulten Nachwuchs an Verlegern und Redakteuren heran[zu]bilden«.[48] Das badische Kultusministerium hatte keine Einwände, sofern Senat und Fakultät der Universität einverstanden wären und die Verleger die Professur ausreichend dotieren würden.[49] Auch eine weitere Besprechung mit dem badischen Staatspräsidenten verlief offenbar positiv.[50] Nachdem auch der ›Verein Deutscher Zeitungsverleger‹ sowie weitere regionale Verlegervereine für das Projekt gewonnen waren und sowohl die bayerische als auch die württembergische Staatsregierung finanzielle Unterstützung zugesagt hatten,

[44] Dibelius an Weber, 15.12.30, ebd.

[45] Robert E. Schmidt an Gebting[?], 12.12.31, ebd.

[46] Hierzu und zum folgenden Bericht Webers auf der Fakultätssitzung vom 10.7.26, UAH, H-IV-102/149, Bl.40v sowie Denkschrift ohne Titel nebst getrennter Einleitung: Einem hohen Staatsministerium und einem hohen Senat der Universität Heidelberg, ebd. H-IV-102/148, bzw. UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927. Eine ähnliche »Denkschrift, die in ihren Ausführungen die Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Instituts für das deutsche Zeitungswesen an der Universität Heidelberg begründet« vom 23.7.25 in: GLA 235/3277; Reimann 1986, behandelt die Anfänge nur ganz summarisch, da ihm die dokumentarischen Unterlagen noch nicht zur Verfügung standen.

[47] Hinweis auf diese erste Zusammenkunft ohne genaues Datum im Brief des Vereins an den Staatspräsidenten vom 21.1.25, GLA 235/3277.

[48] Ebd.

[49] Notiz im Ministerium vom 9.2.25 sowie Schreiben an die Verleger vom 18.8.25, ebd.

[50] Hofmann an Staatspräsidenten, 13.2.15, ebd.

wandte sich der Verleger des *Karlsruher Tageblatts*, Albert Knittel, im Juli 1925 an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Ludwig Curtius, sowie an Alfred Weber. Beide erklärten sich mit dem Projekt einverstanden, und Weber legte bereits bei dieser Unterredung fest, wie er sich die praktische Organisation des Instituts vorstellte.[51] Dabei gelang es ihm offenbar auch, seinen Gesprächspartner von dem Projekt eines rein journalistischen Lehrstuhls abzubringen. Der wissenschaftliche Leiter des Instituts sollte vielmehr die Fächer vertreten, die für die Allgemeinbildung eines Journalisten wichtig wären. Die praktische journalistische Ausbildung sollte von professionellen Redakteuren und Verlegern durchgeführt werden.[52] Gleichzeitig bedang sich Weber beim zuständigen Ministerialrat Schwörer eine Mitwirkung bei der Besetzung des Lehrstuhls aus.[53]

Nachdem Weber so die Weichen in seinem Sinne gestellt hatte, ging das Projekt zügig voran. Die Verleger legten eine weitere Denkschrift vor,[54] in der sie die »ungenügende Qualifikation eines erheblichen Teiles von Verlegern und Redakteuren« beklagten und als Abhilfe »eine ausreichende wissenschaftliche Vorbildung zum Besten der zukünftigen Entwicklung des deutschen Zeitungswesens« verlangten: »Die Errichtung eines Lehrstuhles für das Zeitungswesen [sei dafür eine] grundlegende Voraussetzung«. Ziel des Vorhabens sei, »das gesamte deutsche Zeitungswesen auf eine höhere Stufe der Erkenntnis zu bringen« und eine »Reform des deutschen Zeitungswesens« durchzuführen, deren »Hauptziel die Erziehung unseres Volkes durch die Zeitungen zu den Begriffen einer politischen Kultur« sei. Wiewohl die Finanzierung eigentlich gesichert zu sein schien – bereits im Juli 1925 war angeblich ein Stiftungsfonds in Höhe von 250.000 Reichsmark gezeichnet[55] –, wurde auch in diesem Falle noch versucht, zusätzlich Geld aus Amerika zu beschaffen.[56]

Die Berufung eines Professors wurde zwei Monate später auf Webers Initiative in völlig überhasteter Weise durchgepeitscht. Auf der Fakultätssitzung vom 10. Juli 1925 erklärte er den verblüfften Kollegen, daß das Ministerium bis zum 17. Juli diese Frage zu regeln wünsche. An diesem Tag

[51] Albert Knittel an Curtius, 18.7.25, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

[52] Weber auf Fakultätssitzuung, wie oben Anm. 45, Bl.40v.

[53] Weber an Schwörer, 1.8.25, GLA 235/3277.

[54] Denkschrift : Einem hohen Staatsministerium ..., wie oben Anm. 46.

[55] Albert Knittel an Dekan Curtius, 18.7.1925, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

[56] Landauer an Ludwig Bendix, 12.6.26, bittet um eine Spende von 25.000 US$ für die Institutsgründung, ebd.

konnte die zuständige von Weber geleitete Berufungskommission nur einen einzigen Kandidaten präsentieren: Webers Schützling Hans von Eckardt. Obwohl auf der Fakultätssitzung Bedenken gegen einen so unüblichen »Einervorschlag« laut wurden, beugten sich die Kollegen den von Weber vorgebrachten Gründen und stimmten mit einer Gegenstimme dem Vorschlag zu.[57] Am 23. Juli bestätigte der Senat der Universität diesen Beschluß und schlug dem Ministerium die Berufung von Eckardts als wissenschaftlichen und des Verlegers Waldkirch als technischen Leiter des Instituts vor.[58]

Allerdings verzögerte sich nun das Projekt aus verschiedenen Gründen. Zunächst hatten die Verleger die Mittel nicht sofort flüssig und ersuchten den badischen Kultusminister Adam Remmele um eine finanzielle Überbrückung.[59] Als dieser ablehnte, schaltete sich Weber ein. Am 14. Mai 1926 organisierte er eine Besprechung mit den Verlegern, die schließlich zusagten, zur Beschaffung des fehlenden Betrags – es ging um 50.000 Reichsmark – eine Hypothek auf ihr Vereinsgebäude aufzunehmen. Dann bat Weber das Kultusministerium um eine Ausfallsgarantieerklärung[60] und wandte sich, als das offenbar nichts nützte, direkt an den Reichsinnenminister Wilhelm Külz, »nicht ganz ohne Erfolg«, wie er untertreibend an Else Jaffé schrieb.[61] Külz sicherte ihm einen einmaligen Zuschuß von 50.000 Reichsmark zu, und Weber ersuchte nun Remmele, 5.000 Reichsmark jährlich zuzuschießen, was dieser angesichts der Unterstützung durch das Reich auch postwendend tat. Zwar konnte Külz die voreilig versprochene Summe schließlich nicht aufbringen und gewährte statt dessen einen jährlichen Zuschuß von 3.500, was einer Verzinsung von 50.000 Reichsmark entsprach.[62] Da jedoch die Verleger insgesamt 200.000 RM zur Verfügung stellen konnten,

[57] Fakultätsssitzung vom 10.7.25, UAH, H-IV 102-149, Bl. 45v.

[58] Niederschrift, 1. Sitzung des Arbeitsausschusses mit Vertretern der Universität und der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, stattgefunden am Samstag, den 24. Juli 1926, vorm. 11 Uhr im »Europäischen Hof« zu Heidelberg, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

[59] Brief Hofmanns an Ministerium, 15.1.26, Notiz des badischen Kultusministers Adam Remmele über eine Unterredung mit den Verlegern vom 28.1.26, GLA 235/3277.

[60] Weber, Lederer und Brinkmann an Kultusministerium, 18.5.26, ebd.

[61] Weber an Else Jaffé, 8.6. und 12.6.26, BARCH, NL Weber,/95.

[62] Weber an Remmele, 17.6.26, Ministerium an Engeren Senat, 24.6.26, GLA 235/3277. Külz an Verleger Boetticher, 22.7.26, ders. an Badisches Kultusministerium, 22.7.26. In einem späteren Schreiben vom 25.8.26 an das badische Kultusministerium schränkte aber das Innenministerium Külz' Zusage mit dem Hinweis ein, daß eine dauernde Gewährung des Zuschusses von der Haushaltslage abhängig sei; ebd.

war damit die Finanzierung des Instituts gesichert.[63] Weber hatte sich voll einsetzen müssen und schrieb: »Für mich ist hier augenblicklich so viel Hetze, daß ich einigermaßen jenseits der Natur bin«.[64]

Nachdem die finanziellen Probleme durch Webers energisches Eingreifen aus dem Wege geräumt waren, schoß plötzlich der ›Reichsverband der deutschen Presse‹, die Standesvertretung der Redakteure, quer. Zwar hatte am 24. Juli unter der Leitung Webers in einem Heidelberger Hotel eine Konferenz stattgefunden, auf der neben den Verlegern Kurt Simon und Hertel die Redakteure Emil Dovifat und Englram als Vertreter des Reichsverbandes sowie ein aus neun Personen bestehender Arbeitsausschuß der ›Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse‹ mit den InSoSta-Professoren Lederer und Brinkmann sowie mit Hans von Eckardt anscheinend in schönster Einigkeit über das Institutsprojekt beraten hatten.[65] Weber und Lederer hoben dabei noch einmal hervor, daß die Professur von Eckardts im Unterschied zu anderen bestehenden Lehrstühlen keine journalistische Orientierung habe, sondern Fächer vertreten würde, die für die allgemeine Bildung der Journalisten nötig seien, d.h. also von der »Staatswissenschaft als fundamentaler Wissenschaft ausgehend«. In einem von Weber ausgearbeiteten Plan des InSoSta mit dem Titel »Institut für Zeitungswesen«[66] wurde diese »Allgemeine Ausbildung« folgendermaßen definiert: Auswärtige Politik, Auslandskunde, Verwaltungslehre, Wirtschaftsgeographie, Praktische Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik. Hinzu kamen: Ausbildung der Formulierfähigkeit und der Interview-Technik, Kenntnis der ausländischen Presse und Arbeit am Zeitungsarchiv. Die praktische Zeitungskunde sollte von Redakteuren und Verlegern unterrichtet werden. Als Beispiele nennt der InSoSta-Plan: Verlag, Finanzierung, Konzentration, Absatz, Nachrichtenbüro und Verkehrstechnik, Reklamewesen, Papier und Druckerei, Redaktion, Korrespondenz, Presse des Auslands. In einem fortgeschrittenen Stadium sollten Presse und Massenbeeinflussung soziologisch untersucht werden. Als Hörer sah Weber nicht nur normale Studenten vor, sondern auch für ein bis zwei Jahre beurlaubte Journalisten und andere Berufstätige. Auf der Sitzung legte er auch die Organisation und die Entscheidungsstrukturen fest: ein Kuratorium aus 25 Staatsmännern und Pressevertretern sowie ein Verwaltungsrat aus sieben Vertretern der Universität und ebensoviel Vertretern der Presse

[63] Kultusministerium an Weber, 4.8.26, ebd.

[64] Weber an Else Jaffé, 24.6.26, BARCH, NL Weber/95.

[65] Folgendes nach: Niederschrift, wie Anm. 57; Webers Gründungsplan auch in GLA 235/3277.

[66] Ebd.

sollte beratende Funktionen haben. Als entscheidende und rechtlich verantwortliche Körperschaft würde ein Arbeitsausschuß fungieren, dem außer Waldkirch und von Eckardt ein weiterer Universitätsprofessor sowie zwei von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Presse zu benennende Mitglieder mit beratender Stimme angehören würden.

Einen Monat später aber schickte der Reichsverband eine Stellungnahme an das Badische Kultusministerium, in der betont wurde, daß die Redakteure Dovifat und Englram ohne Entscheidungsbefugnis an Webers Konferenz teilgenommen hätten und daß der Verband schwerste Bedenken gegen die Institutsgründung habe. Im einem weiteren Brief vom 1. Oktober wurde noch schwereres Geschütz aufgefahren: Der Verband lehne eine Beteiligung an dem Projekt ab, weil der Leiter nicht die wissenschaftliche Gewähr biete, die der Verband für nötig halte. Auch der wahre Grund kam zur Sprache: »[...] weil die Reichsarbeitsgemeinschaft, zu deren Aufgabenkreis die Vor- und Fortbildung der Redakteure gehört, erst in einem Stadium mit der Sache befaßt wurde, in der eine Mitwirkung zur Gestaltung des Instituts nicht möglich war«.[67] Gleichzeitig suchte der badische Landtagsabgeordnete und Chefredakteur der *Neuen Badischen Landeszeitung*, Alfred Scheel, Minister Remmele auf, bezeichnete ebenfalls von Eckardt als ungeeignet und bedauerte, daß sich der Minister – er war immerhin Sozialdemokrat – mit den Verlegern, aber nicht mit den Redakteuren verständigt habe. Remmele meinte zwar, daß Weber und nicht die Verleger die Organisation des Instituts bestimmt habe und daß die Redakteure, wenn sie Gleichberechtigung verlangten, sich auch finanziell beteiligen sollten, schickte aber gleichzeitig an Weber ein Telegramm, in dem es hieß: »Wegen Bedenken des Reichsverbandes der deutschen Presse muß ich Förderung der Institutssache einstweilen zurückstellen«.[68]

Weber war sich darüber im klaren, daß die Verleger ungeschickt taktiert hatten und die Redakteure zu spät zu dem Projekt hinzugezogen worden waren. Er maß aber diesen Intrigen keine große Bedeutung bei und meinte: »Natürlich geht die Sache auch ohne diese Redakteurgeschichte«, bemühte sich aber trotzdem darum, die Redakteure zur Mitarbeit heranzuziehen, um »ihnen keinen Vorwand zum Stänkern zu geben«.[69] Eine von ihm bereits auf den 2. September anberaumte Konferenz wurde zunächst verschoben,

[67] Reichsverband der deutschen Presse an Minister Remmele, 20.8. und 1.10.26, ebd.

[68] Notiz Remmeles vom 6.10.26; Remmele an Scheel, 7.10.26, ders. an Weber, 6.10.26, ebd.

[69] Weber an Else Jaffé, 1.9. und 4.9.26, BARCH, NL Weber/95.

um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen,[70] aber diese Verhandlungen erwiesen sich als außerordentlich zeitraubend und schwierig. Zeitweise ging es dabei, wie Weber schrieb, »in meiner Wohnung zu wie in einem Taubenschlag«. Vor allem war ihm nicht klar, was die Redakteure eigentlich wollten. Störten sie sich nur an der Person Waldkirchs, befürchteten sie von dem Institut gefährliche Konsequenzen für ihre Situation oder wollten sie sich nur für die verkehrte Behandlung durch die Verleger rächen? Verzweifelt schrieb Weber an Else Jaffé: »Wie ich zwischen all diesen Klippen zu etwas Positivem durchkomme, weiß ich noch nicht«.[71]

Bald zeichnete sich ab, daß die Redakteure nicht mehr und nicht weniger als einen für sie reservierten Posten im Zeitungsinstitut anstrebten. Auf dieser Grundlage kam es am 11. Oktober zu der folgenden Entschließung: das Institut dürfe keine Hochschule für Journalistik werden, die Pressevertreter sollten im Verwaltungsrat und im Kuratorium den Vorsitz haben und Einblick in alle Vorgänge erhalten, insbesondere auch Rechenschaft über die Verwendung der Finanzmittel. Die fachwissenschaftlichen Kurse würden nicht nur von einem Verleger, sondern auch von einem Redakteur mit festem Lehrauftrag gegeben, diese zusätzliche Stelle würde der Reichsverband, also die Redakteure selbst finanzieren. Redakteure und Verleger würden als fachwissenschaftliche Leiter dem wissenschaftlichen Leiter gleichgestellt sein.[72] Am nächsten Tag berichtete Weber voller Stolz Minister Remmele über seine erfolgreichen Verhandlungen. Als Remmele auf die Peinlichkeit hinweis, daß Waldkirch, der in entscheidendem Maße das Institut propagiert habe, jetzt auch als Lehrkraft dorthin berufen wurde, reagierte Weber sehr »ungehalten« und verlangte in einer sich über mehrere Stunden hinziehenden Diskussion die sofortige Zustimmung des Ministers zu der Vereinbarung. Remmele lehnte zunächst ab, gab aber eine Woche später nach.[73]

Nun mußte noch entschieden werden, welcher Redakteur die Stelle im Heidelberger Zeitungsinstitut bekommen sollte. Zunächst wurde dafür Dovifat vorgeschlagen, und Weber holte einschlägige Gutachten über ihn ein.[74] Seine Kandidatur wurde nachdrücklich von G. Richter vom Reichs-

[70] Brief vom 1.9.26, ebd.

[71] Weber an Else Jaffé, 18.9.26, ebd.

[72] Entschließung, 11. Oktober 1926, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927 sowie GLA 235/3277; Aktennotiz Remmeles vom 19.10.26 über Gespräch mit Weber vom 12.10., Weber an Remmele, 13.10.26, ebd.

[73] Aktennotiz Remmeles, ebd.

[74] Wiedenfeld an Weber, 17.12.26 u.25.12.26, Bücher an Weber, 12.12.26, UBH, NL Weber, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

verband der deutschen Presse unterstützt, der in einem Schreiben an Weber erklärte: Dovifat wünsche die Umhabilitation und die sofortige Verleihung des Professorentitels, außerdem wolle er mit dem wissenschaftlichen Leiter des Instituts vollkommen gleichgestellt werden. Dieses Schreiben wirkte offenbar ungünstig auf die Fakultät, die sich unter Druck gesetzt fühlte, und Waldkirch schrieb an Simon: »Wir waren uns alle einig, daß die Universität eine solche Zumutung nicht annehmen kann«.[75] Ein weiterer scharfer Brief Richters an Weber, in dem er erklärte, daß der Vorstand des Reichsverbandes Dovifats Kandidatur billige und die Fakultät wohl die »Fähigkeit eines objektiven wissenschaftlichen Urteils verloren zu haben scheint«, machte Dovifats Chancen vollends zunichte.[76] Nach weiterem Hin und Her bekam den Lehrauftrag schließlich Alfred Scheel.[77] So gab es nun am Institut drei formell gleichberechtigte Direktoren: Waldkirch, Scheel und von Eckardt, die oberste Leitung aber lag in den Händen Alfred Webers.[78]

Am 14. Mai 1927 wurde das Institut für Zeitungswissenschaft mit einem Festakt in der Aula der Universität feierlich eröffnet. Neben Weber sprachen Prorektor Liebmann, der neue badische Kultusminister Otto Leers, Kommerzienrat Krumbhaar vom Verein Deutscher Zeitungsverleger, Emil Dovifat als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse sowie der amerikanische Botschafter Schurmann.[79]

5. Epilog

Im Frühjahr 1933 ließ sich Weber aus Protest gegen die nationalsozialistische Unrechtherrschaft zunächst beurlauben und anschließend emeritieren, leitete nur noch persönlich das Rockefeller-Programm bis zu seinem Aus-

[75] G. Richter an Weber, 24.11. und 8.12.26, Weber an Richter, 6.12.26, GLA 235/3277; Wilhelm Waldkirch an Kurt Simon, 3.12.26; vgl. Weber an Emil Dovifat, 25.1.27 [Original: 26], ders. an Kurt Simon, 6.12.26, vgl. auch den Brief Richters an Kurt Simon, 6.12.26, Protokoll der Verwaltungsratssitzung, 24.10.27, UBH, NL Weber, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

[76] Richter an Weber 30.12.26, Weber an Richter 2.1.27, ders. an Georg Bernhard, 2.1.27, GLA 235/3277.

[77] Phil. Fakultät an Kultusministerium, 8.11.27, Kultusministerium an Phil. Fak., 21.12.27, ebd.; vgl. auch Reimann 1986.

[78] Weber an Kurt Simon, 6.12.26, UBH, NL Weber, Kiste 2, Mappe Institut für Zeitungswesen 1927.

[79] *Das Institut für Zeitungswissenschaft*, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 357 vom 15.5.27; vgl. auch Reimann 1986.

laufen im Jahre 1937, und stellte ansonsten jegliches Engagement an der Universität ein.[80] Er hätte es wohl selber nicht für möglich gehalten, daß noch einmal seine große Stunde als Wissenschaftsorganisator kommen sollte. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes wurde er, der auf der ›Weißen Liste‹ der Amerikaner stand, Mitglied des ›Dreizehnerausschusses‹, der die Entnazifizierung des Lehrkörpers und die geistige und organisatorische Neuordnung der Universität vorbereitete.[81] Als stellvertretender Dekan der Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät erstellte er zahlreiche Gutachten zur Entnazifizierung und sorgte für eine intensive Säuberung der Universität von nationalsozialistischen Hochschullehrern. Mit 64 Prozent wurde in Heidelberg ein höherer Prozentsatz belasteter Personen entfernt als an den meisten anderen deutschen Universitäten. Allerdings nutzte Weber seine neugewonnene Machtstellung auch im eigenen Interesse aus. Gegen den verzweifelten Widerstand der betroffenen Studenten sowie verschiedener Handelskammern löste er die 1933 errichtete Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf, integrierte die volkswirtschaftlichen Studiengänge in die Philosophische Fakultät und die Betriebswirtschaftslehre in eine wieder zu errichtende Handelshochschule in Mannheim. Dabei wurde für ein Studium der Volkswirtschaftslehre das humanistische Abitur notwendig, ein Rückschritt in die Zeit vor 1900, als auf Initiative Kaiser Wilhelms II. die Abschlüsse von Realgymnasien und Oberrealschulen dem humanistischen Abitur gleichgesetzt worden waren.[82]

Bei den Berufungsverhandlungen für die Neubesetzung der volkswirtschaftlichen Lehrstühle achtete Weber peinlich darauf, daß keine belasteten Kollegen wiedereingestellt wurden, und überprüfte alle Personalangaben sehr sorgfältig.[83] Dabei setzte er auch für die künftige Organisation des volkswirtschaftlichen Instituts gewisse Akzente und bemühte sich mit Erfolg um die Errichtung eines Agrarinstituts.[84] Auch für den internationalen Austausch stellte Weber bereits im Jahre 1945 die Weichen. Auf seinen Vorschlag wurde ein ›Außenamt der Hochschulen der amerikanischen Zone‹ errichtet, das sich u.a. um Gelehrtenaustausch und ausländische Zeitungs-

80 Weber an Ministerium des Kultus und Unterrichts, 12.4.33, GLA 466/20780, Ministerium des Kultus und Unterrichts an Weber, 24.4.33, ebd. sowie GLA 235/29853.

81 Zum folgenden vgl. Demm 1995, 59ff.; ders. 1996, S. 340ff.

82 Ebd.

83 Demm 1995, S. 59; Weber an Alexander Rüstow, 18.1.46, ders. an Franz Böhm, 3.1.46, ders., Petition of Acceptance [Konzept], 26.10.45, BARCH, NL Weber/34.

84 Weber an Gräfin Leonore Lichnowsky, 5.11.46, ebd./33; ders. an Thoma, 1.8., 9.8. und 27.8.47, GLA 235/29911.

abonnements kümmern sollte.[85] Nach 1950 kam es jedoch an der Universität Heidelberg und anderswo zu einer Restauration und zu einer Rückkehr von ehemaligen Nationalsozialisten, und damit war auch Alfred Webers Rolle als Wissenschaftsorganisator ausgespielt.

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Universitätsbibliothek Heidelberg (UBH):
Nachlaß Alfred Weber (NL Weber), Kiste 2:
Mappe »Institut für Zeitungswesen 1927«.
Mappe »Verschiedenes«.
Mappe »Robert Schmidt-Stiftung«.
Mappe »InSoSta 1932«.

Universitätsarchiv Heidelberg (UAH):
B-6680/1,IV-3d. Institut für Sozial- und Staatswissenschaften 1920-1929.
B-6680/2,IV-3d. Institut für Sozial- und Staatswissenschaften 1930-1945.
B-6680/4,IV-3d. Die Studien- und Förderergesellschaft des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften.
H-IV-102-149. Akten der Philosophischen Fakultät 1925/26.
H-IV-102-153. Akten der Philosophischen Fakultät 1930/31.
B-1266/2(1). Engerer Senat, Sitzungsprotokolle 1927-1930.

Bundesarchiv Koblenz (BARCH):
Nachlaß Alfred Weber, Mappen 33, 34 und 95.

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA):
Ministerium des Kultus und Unterrichts. Universität Heidelberg:
235/3140. Dienste. Die Lehrkanzel der Staatswissenschaft, Finanzen und Polizei 1921-1930.
235/2991. Institut für Agrarwissenschaft.
235/29853. Lehrstühle für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft 1931-1950.
235/3277. Institut für Zeitungswesen 1902-1928.
466/20780. Diener. Dr. Alfred Weber.

Interview des Verf. mit Frau Marianne von Eckardt am 10.9.1981.

[85] Weber, Leitsätze für eine Vertretung der Hochschulen beim Generalsekretariat der drei Ministerpräsidenten in Stuttgart, BARCH, NL Weber/33.

B. Literatur

Dahrendorf, W. (1967): Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin.
Demm, E. (1986): Die Deutsch-Litauische Gesellschaft (1917-1918), in: Veröffentlichungen des Litauischen Kulturinstituts, Lampertheim, S. 87-107.
Demm, E. (1987): Max and Alfred Weber in the Verein für Sozialpolitik, in: Mommsen, W. J./Osterhammel, J. (Hrsg.), Max Weber and his Contemporaries, London, S. 88-98.
Demm, E. (1990): Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920. Schriften des Bundesarchivs, 38, Boppard.
Demm, E. (1995): Geist und Politik – Alfred Webers Beitrag zu Theorie und Praxis der deutschen Nachkriegspolitik, in: Nutzinger (1995), S. 57-112.
Demm, E. (1996): Alfred Webers »Freier Sozialismus«, in: Heß, J. C./Lehmann, H./Sellin V. (Hrsg.), Heidelberg 1945, Transatlantische Historische Studien, Stuttgart, S. 329-347.
Gorges, I. (1980): Sozialforschung in Deutschland 1872-1914, Königstein.
Krüger, D. (1983): Nationalökonomen im Wilhelminischen Deutschland, Göttingen.
Laitenberger, V. (1976): Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik 1923-1945, Göttingen.
Lindenlaub, D. (1976): Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Vierteljahrshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52-53, Wiesbaden.
Nutzinger, H. G. (Hrsg.) (1995): Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg.
Reimann, H. (1986): Publizistik und Soziologie – Anfänge in Heidelberg. Zur Begründung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto-Carola vor 60 Jahren, in: Publizistik, 31, S. 328-345.
Schluchter, W. (Hrsg.) (1994): Max Weber-Gesamtausgabe, Abt. l. I, Bd. 11, Tübingen.
Schluchter, W. (1995): Max und Alfred Weber. Zwei Wege von der Nationalökonomie zur Kultursoziologie, in: Nutzinger (1995), S. 199-222.
Winkel, H. (1977): Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt.

Interdisziplinarität

Zu Emil Lederers Wissenschaftsverständnis am InSoSta*

Hans Ulrich Eßlinger

»There is a dialectic in the development of scholarly endeavor as there is in many other human activities: the more we increase specialization, the more we are in need of synthesizing efforts« C. *Landauer.*

1. *Einleitung*

Mit der Gründung des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften (InSoSta) innerhalb der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg wurde 1924 ein intellektuelles Milieu geschaffen, das bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten eine in der Universitätslandschaft der Weimarer Republik außergewöhnlich fruchtbringende Wissenschaftskonzeption praktizieren konnte – eine Interaktion der sich gerade im Prozeß der Differenzierung befindenden Disziplinen Nationalökonomie,[1] Politologie und Soziologie, deren gemeinsame Wurzel die »alten« Staatswissenschaften gebildet hatten. In eben diesem Zusammenspiel der auseinanderstrebenden Fachgebiete soll im folgenden Interdisziplinarität begriffen werden. Die ursprüngliche Konzeption zur Schaffung eines so aufgebauten Instituts ging auf Max Weber zurück, der seine – auf einer Denkschrift aus dem Jahre

*Wertvolle Hinweise und Anmerkungen zum vorliegenden Beitrag verdanke ich Klaus-Rainer Brintzinger. Katrin Jaenke unterstütze mich bei der Zeitschriftenanalyse, die als Grundlage für den Anhang zu diesem Aufsatz diente.

[1] Die Bearbeitung privatwirtschaftlicher Fragestellungen blieb bis 1934 der Handelshochschule Mannheim vorbehalten. Zur Umwandlung des InSoSta in eine Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unter Einbindung der Betriebswirtschaftslehre vgl. den Beitrag von Klaus-Rainer Brintzinger in diesem Band und ders. 1996.

1909 basierenden – Pläne jedoch selbst nicht mehr verwirklichen konnte. Der Gedanke wurde erst von Alfred Weber mit der Umwandlung des Volkswirtschaftlichen Seminars umgesetzt.[2] Weber blieb als Institutsgründer und Wissenschaftsorganisator geschäftsführender Direktor des InSoSta bis zum »freiwilligen« Rücktritt und seiner vorzeitigen Emeritierung infolge der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹.

Wenn an dieser Stelle nicht der Institutsgründer als *der* Vertreter eines interdisziplinären Ansatzes in den Heidelberger Sozialwissenschaften identifiziert wird, sondern sein Kollege Emil Lederer, so vor allem, weil Weber sich nach seiner 1909 erschienen Arbeit zur Standorttheorie mehr und mehr der Soziologie und Kulturtheorie zuwandte. Nach der Gründung des InSoSta publizierte Weber – sein Lehrstuhl lautete ab 1926 zusätzlich auf Soziologie – nur noch sporadisch zu nationalökonomischen Themen.[3] Dagegen verkörperte Lederers breiter angelegter wissenschaftlicher Ansatz den Gedanken der Interdisziplinarität weitaus exemplarischer. Einerseits spiegelt sich darin das (gesellschafts-)politische Engagement des demokratischen Sozialisten Lederer für die Weimarer Republik, andererseits formte auf der wissenschaftlich-theoretischen Ebene der aufgeklärte (Austro-)Marxismus seine Themenwahl im Bereich der Forschung.

Der folgende zweite Abschnitt gibt einen Überblick über die ökonomischen und soziologischen Arbeitsfelder Lederers. Diese Darstellung dient als Grundlage für die im dritten Teil durchgeführte Analyse, wie und auf welchen Gebieten er sein Wissenschaftsverständnis am InSoSta umgesetzt hatte. Als ein erster Indikator wird hierfür das breitgefächerte Themenspektrum, das von seinen Schülern bearbeitet wurde und das auch in der zu seinem fünfzigsten Geburtstag zusammengestellten *Festschrift* einen Niederschlag fand, gewählt. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang seine langjährige Tätigkeit als geschäftsführender Herausgeber des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (AfSS) – von 1922 bis 1933 – zu berücksichtigen. Abschließend wird im vierten Abschnitt der Frage nachgegangen, ob die zwangsweise abgebrochene Tradition der interdisziplinären Ausrichtung des InSoSta mit der Gründung der *Graduate Faculty* an die *New School for Social Research* ›transferiert‹ wurde, deren erster Dekan Lederer nach der Emigration 1933 bis zu seinem Tode 1939 war. Hinweise darauf kann zum einen die strukturelle Zusammensetzung der Mitglieder der ›Universität im Exil‹,

[2] Zu einer ausführlicheren Diskussion der Vorgeschichte der Institutsgründung vgl. Blomert 1991, 9 und 1994, 167f.

[3] Gleichwohl haben seine Leistungen mit Blick auf Organisation und personelle Zusammensetzung des Instituts dessen thematische Ausrichtung entscheidend geprägt.

zum anderen die thematische Ausrichtung ihrer Institutszeitschrift *Social Research* geben.

2. *Ökonomie und Soziologie als Forschungsschwerpunkte*

Die Einteilung des Ledererschen Gesamtwerkes in Arbeiten auf dem Gebiet der Ökonomie einerseits und dem der Soziologie andererseits korrespondiert mit derjenigen, die von seinen Kollegen an der New School bei der Würdigung seines Werkes vorgenommen wurde.[4] Eine feinere Differenzierung zeigt vier thematische Gruppen: (1) die wirtschaftstheoretischen und -politischen Schriften, (2) die Angestelltenanalyse, (3) klassenstrukturanalytische Arbeiten und (4) Untersuchungen zum Nationalsozialismus. Dabei weisen die drei letztgenannten Bereiche sowohl soziologische als auch politologische Aspekte auf. Als Bindeglied zwischen den beiden großen Forschungsgebieten Soziologie und Ökonomie stehen (5) Lederers Länderstudien, die vornehmlich auf Japan konzentriert waren.

2.1 *Arbeitslosigkeit, technischer Fortschritt und die Sozialisierungsversuche*

In seinem bekanntesten Werk, *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*,[5] analysiert Lederer die quantitativen Freisetzungswirkungen des schnellen

[4] Heimann u.a. 1941; Lasker u.a. 1940. Jacob Marschak und Hans Staudinger sahen die Probleme, die ein Versuch, Lederers Werk als »monolithisches« Ganzes in einem Artikel zu erfassen, mit sich bringen würde; vgl. Marschak, undat. Kopie eines Briefes an Staudinger, SUNYA, SPE XMS Staudinger, 81.6-10-17. Innerhalb der beiden Forschungsblöcke untergliederten die New-Schooler daher nochmals in den Beitrag Lederers zur ökonomischen Theorie, seine Arbeiten zur wirtschaftlichen Dynamik und die Beiträge zur Sozialisierung. Eine Trennung zwischen »Economic Theory« und »Dynamics in Economic Theory« wird Lederers Werk jedoch insofern nicht gerecht, als gerade die durch Marx und Schumpeter beeinflußte *dynamische* Betrachtungsweise ein wesentliches Merkmal in der großen Mehrzahl seiner wirtschaftstheoretischen Schriften darstellt. Die Schriften zur Soziologie wurden den Gebieten »Sociology«, »Politics« und »The Far East« zugeordnet; vgl. ebd.; vgl. auch Heimann u.a. 1941; Lasker u.a. 1940.

[5] Lederer 1931. Der Plan zu einer zweiten, erweiterten Auflage des Buches entstand bereits 1933 aufgrund einer Anfrage des Internationalen Arbeitsamtes; vgl. Mohr/Siebeck,

arbeitsparenden technischen Fortschritts im dynamischen Kontext einer sektoral ungleichgewichtig wachsenden Wirtschaft. Ihr theoretisches Fundament erhält diese Arbeit durch die Marxsche Akkumulationstheorie und die klassische politische Ökonomie. Das Zusammenwirken von Kapitalakkumulation, technischem Fortschritt und ökonomischem Wachstum ergänzt Lederer durch die Schumpetersche Innovations- und Kredittheorie. Die Realkapitaldeviationen – ein Prozeß der Umlenkung von Realkapital weg von den ›statischen‹, hin zu den ›dynamischen‹ Unternehmen – ermöglichten es den dynamischen Unternehmen, zu einer höheren organischen Kapitalzusammensetzung überzugehen und arbeitsparende technische Fortschritte einzuführen. Die daraus resultierenden Disproportionalitäten im Wachstumsprozeß zwischen den Sektoren führen zum Auftreten ›struktureller‹ Arbeitslosigkeit.[6]

Lederers Analyse richtete sich jedoch nicht gegen den technischen Fortschritt schlechthin – bevor die Kapitalumschichtungen durchgeführt werden, wächst die Ökonomie mit ›langsamem‹ technischem Fortschritt auf einem gleichgewichtigen *steady state*-Pfad. Vielmehr bedingt der *schnelle*, arbeitsparende technische Fortschritt, der über die intersektoral ungleichgewichtigen Realkapitaltransfers eingeführt wird, die Arbeitslosigkeit. Lederer identifizierte damit nicht den Mangel, sondern die ›falsche‹ Verteilung des Realkapitals zwischen den einzelnen Industriezweigen als Krisenursache – ein Phänomen, das in der Weimarer Republik in Form starker Monopolisierung und Kapitalkonzentration real zu beobachten war.[7]

Die Chancen für eine dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Auflösung monopolistischer Unternehmensstrukturen im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems beurteilte Lederer negativ. Sowohl die klassischen Kompensationsansätze – Maschinenherstellungsargument und Kaufkraftkompensationstheorem – als auch die kompensatorische Wirkung von nach unten flexiblen Löhnen wurden von ihm scharf kritisiert. Lohnsenkungen, wie sie die Regierung Brüning und die Industrie während der Weltwirtschaftskrise gefordert hatten, seien zwar in ›normalen‹ Rezessionsphasen nicht prinzipiell abzulehnen, angesichts einer starken Kapazitätsunterauslastung würde jedoch kein Unternehmen in den Aufbau zusätzlicher Produktionskapazitäten investieren. Zu erwarten sei hingegen primärer und sekundärer Konsumnachfrageausfall, der sich krisenverschärfend auswirke.

A/1933/3, Box 472/17. Das Vorhaben konnte jedoch erst fünf Jahre später realisiert werden.

[6] Vgl. Lederer 1931. Zum sog. ›Lederer-Stagnationstheorem‹ vgl. Dickler 1981, 282.

[7] Vgl. Eßlinger 1994.

Daher sei es Aufgabe des Staates, durch Vergabe »öffentlicher Arbeiten« die Wirtschaft »anzukurbeln«. Eine inflatorische Wirkung sei infolge der Kapazitätsunterauslastung nicht zu erwarten.[8]

Allerdings konnten Arbeitsbeschaffungsprogramme, wie sie z.B. der WTB-Plan[9] der Gewerkschaften von 1931 vorsah, Lederer zufolge die Arbeitsnachfrage nur *kurzfristig* erhöhen; entsprechend seiner akkumulationstheoretisch fundierten Perspektive erforderte eine *langfristige* Erhöhung der Arbeitsnachfrage, daß »auch *nach Aufbrauch* der hierfür vorgesehenen Mittel eine größere Produktionsmenge auf den Markt kommen und abgesetzt werden würde. Ob das aber erwartet werden kann, ist doch höchst zweifelhaft [Herv. d. Verf.]«.[10] Er forderte daher weitergehende Maßnahmen in Form staatlicher Eingriffe in die Wirtschafts*ordnung*.

Bereits zu Beginn der Weimarer Republik hatte Lederer angesichts der – kriegsfolgebedingten – Arbeitslosigkeit für das »großzügige und starke Mittel« der Sozialisierung plädiert, um »die Arbeiter als ein aktives Element in den Produktionsapparat einzufügen«.[11] Als Sozialisierungsbefürworter trat er 1919 der Kommission zur Vorberatung der Sozialisierung von Industriezweigen und Betrieben bei. Der Kommission gehörte neben dem führenden deutschen sozialistischen Theoretiker Karl Kautsky und dem Austromarxisten Rudolf Hilferding unter anderem auch Lederers ehemaliger Wiener Kommilitone Joseph Schumpeter an. Die Leitung des Sekretariats hatte

[8] Vgl. Staudinger 1982, 89f. An der Frage der Vaterschaft dieses Gedankens des *deficit spending* entzündete sich zwischen Hans Speier und Hans Staudinger anläßlich eines von Speier (1979) geplanten Aufsatzes über Leben und Werk Emil Lederers eine – verspätete – Kontroverse. Auslöser war ein Brief Jacob Marschaks an Speier gewesen, in dem Marschak die *Entwicklung* dieses theoretischen Zusammenhangs Lederer zuschrieb, jedoch angemerkt hatte: »Others, including myself, are given ample credit for this by George Garvy [1975, 397f.] who does not pay enough attention to Lederer«; Marschak an Speier v. 14.4.1978 zit. nach Speier an Staudinger v. 4.11.1978, SUNYA, SPE XMS Staudinger, 81.6-3-69. Staudinger, der Lederers Position in der wirtschaftspolitischen Debatte während der Weltwirtschaftskrise aus persönlichen Gesprächen kannte, wollte Lederer die Vaterschaft für den »Hauptgedanken« jedoch *nicht* zusprechen. Unter wörtlicher Bezugnahme auf die in der deutschen Übersetzung von Garvys Aufsatz (1976, 27f.) genannten »Väter« – darunter neben Lederer Adolph Löwe, Werner Sombart, Fritz Baade, Gerhard Colm, Ludwig Erhard, Jacob Marschak und Hans Neisser – sei festzuhalten: »Bei so vielen Vätern darf man sich nicht eindeutig festlegen. (...) Ich glaube man darf Lederer nicht über das Übliche herausstellen«; Staudinger an Speier v. 10.4.1978, SUNYA, SPE XMS Staudinger 81.6-3-69.

[9] Benannt nach seinen ›Erfindern‹ W. Woytinski, Direktor der statistischen Abteilung des ADGB, F. Tarnow und F. Baade.

[10] Lederer 1932, 34.

[11] Lederer 1919, 166.

Eduard Heimann, ein ehemaliger Heidelberger Schüler Alfred Webers, inne.[12]

An der Arbeit der Sozialisierungskommission läßt sich deutlich die ›Handschrift‹ Lederers ablesen, der damit als ihr *geistiger* Leiter gelten kann. In seinem Vortrag über die *Probleme der Sozialisierung*[13] konkretisiert sich zum einen der Einsatz des Gelehrten für die positive Weiterentwicklung der Gesellschaft und zum anderen das theoretische Forschungsprogramm, das in die Richtung eines demokratischen Sozialismus weist.[14] Seine Vorschläge zur Umgestaltung der Wirtschaft beinhalteten die Schaffung weitgehender betrieblicher Mitbestimmungsrechte für die Arbeiterschaft, eine Vermögensabgabe und die ›Durchsozialisierung‹ einzelner Branchen wie den Bergbau. Alle diese Instrumente sollten die Transformation des ökonomischen Kriegssozialismus in eine Friedenswirtschaft ermöglichen, die vom kapitalistischen Wirtschaftssystem infolge institutioneller und eigentumsrechtlicher Hemmnisse nicht geleistet werden konnte.[15] Lederers Ziel war daher die partielle Änderung der Wirtschaftsordnung mittels Inkorporation sozialisierter Wirtschaftszweige in die kapitalistische Verkehrswirtschaft, um so die Wirtschaftskräfte zu höherer Effizienz anzuregen.[16]

Vom Bericht der Kommission über die Sozialisierung im Kohlebergbau und in weiteren Branchen hatte die Reichsregierung allerdings keinen Gebrauch gemacht – Sozialisierungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt. Trotz des Scheiterns der ersten Sozialisierungskommission[17] wurde nach dem Kapp-Putsch eine zweite Kommission eingesetzt. Neben Lederer war nun – als weiterer Vertreter aus Heidelberg – Alfred Weber[18] Mitglied. Da

[12] Auf Wunsch seines Wiener Freundes und Präsidenten der Staatskommission für Sozialisierung in Österreich, Otto Bauer, trat Lederer 1919 auch der österreichischen Sozialisierungskommission bei. Dort übernahm er die Leitung der wissenschaftlichen, insbesondere der volkswirtschaftlich organisatorischen Arbeiten; vgl. UAH, Personalakte Lederer, B 3099.

[13] Lederer 1919.

[14] Eine klare Trennung zwischen soziologischer und wirtschaftstheoretischer Perspektive kann hier nicht vorgenommen werden, doch ist gerade dies ein Beleg für den interdisziplinären Ansatz in Lederers Denken.

[15] Vgl. Lederer 1919, 161ff.

[16] Vgl. Lederer 1920, 76.

[17] »Man kann vielleicht sogar sagen, daß selbst das Wort ›vorsichtig‹ für die bisherige Politik ein zu kühner Ausdruck ist«; Lederer 1919, 168.

[18] Ursprünglich wollte die DDP im April 1920 Max Weber als ihren Vertreter in die zweite Sozialisierungskommission entsenden. Trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber den damaligen Sozialisierungsplänen hatte dieser sich niemals *grundsätzlich* gegen Sozialisierung ausgesprochen; den Sozialdemokraten hatte Max Weber 1918 sogar die Zusammenarbeit in Richtung planmäßiger Sozialisierung angeboten. Zwei Jahre später

auch dieser zweite Sozialisierungsversuch – und damit der gesamte Sozialisierungsgedanke – an bürokratischen Hemmnissen scheiterte, zog sich Lederer in den folgenden Jahren auf die Rolle des *politischen Lehrers* zurück.[19] Erst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise griff Lederer seine früheren Sozialisierungspläne wieder auf und plädierte abermals für die »gesellschaftliche Organisation der Produktivkräfte«.[20] Er forderte daher anknüpfend an seine früheren Veröffentlichungen zur Sozialisierung und seine praktische Tätigkeit in den Sozialisierungskommissionen, die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes.[21]

2.2 *Gesellschafts- und Totalitarismusanalyse*

Da dem Ökonomen Lederer »die soziale Dimension wirtschaftlicher Prozesse immer bewußt [war]«,[22] galt sein Interesse nicht nur den ökonomischen sondern auch den mit ihnen verbundenen soziologischen Problemen. Diese wissenschaftliche Orientierung ist begründet in dem auf seine Studentenzeit zurückzudatierenden Engagement als Sozialist, in der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit und in der Beeinflussung durch Marx. Wie im ökonomischen Bereich, so vertrat er auch in seinen soziologischen Arbeiten Marxsche Positionen nie dogmatisch, sondern überprüfte sie an einer sich ständig verändernden Realität und war letztlich bereit, seine Thesen stark zu modifizieren. Eine Befolgung des Max Weberschen Postulats der Werturteilsfreiheit in Forschung und Lehre lehnte Lederer ab.[23] Er

nahm er das Angebot aus *gesundheitlichen* Gründen – wie er in einem Schreiben an Emil Lederer mitteilte – nicht an; vgl. Mommsen 1974, 332. Kurz darauf erfolgte jedoch Max Webers Austritt aus der DDP. In einem Brief vom 14. April 1920 an Senator Carl Petersen schlug er seinen Bruder Alfred Weber, der »10 mal mehr von Sozialisierung und Finanzen versteht als ich, ... und der für Sozialisierung (maßvolle!) ist«, als DDP-Kommissionsmitglied vor; zit. nach Mommsen 1974, 334.

19 Vgl. Staudinger 1940, 345f.

20 Lederer 1931, VI.

21 Vgl. Lederer 1932, 12ff. Zu einer ausführlicheren Diskussion dieses Vorschlags vgl. Eßlinger 1997.

22 Kocka 1979, 9.

23 Zu seiner bewußt auf politische Verwertbarkeit ausgerichteten Forschungsarbeit vgl. Eßlinger 1995. In einer kritischen Auseinandersetzung mit der Soziologie Max Webers zeigten sich weitere fundamentale Unterschiede in den Positionen; vgl. Lederer 1925a und

nahm eine bewußt subjektive Haltung in der Beurteilung ökonomischer und gesellschaftlicher Situationen ein, die auf die für sein »Arbeitsziel günstigen Ereignisketten« gerichtet sein sollten, »ein Ziel, das [Lederer] zufolge besonders in den Sozialwissenschaften durch die subjektiven Werte und Interessen eigener gesellschaftlicher Art bestimmt ist«.[24]

Lederers gesellschaftswissenschaftliches Interesse ist gekennzeichnet durch Forschungen über Kapital, Sozialismus, Arbeiterbewegung und soziale Schichtung, die darauf ausgerichtet waren, die klassenspezifischen Diskrepanzen im modernen Kapitalismus aufzudecken. Ausgangspunkt für die Analyse sozialer Entwicklungen war bei Lederer die Erkenntnis der zunehmenden sozialen Bedeutung der Angestelltenschicht.[25] Er belegte anhand einer ausführlichen statistischen Dokumentation deren kontinuierliches Anwachsen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.[26] Dieser umfassendste unter Lederers Beiträgen zur Angestellten-Forschung beleuchtet die Stellung des »neuen Mittelstandes‹ in der Gesellschaft sowohl aus soziologischer als auch aus ökonomischer Sicht und untersucht dessen Wechselwirkungen mit den »alten‹ gesellschaftlichen Klassen der Arbeiter und der Kapitalisten, »deren soziale und ökonomische Funktion fixiert ist«.[27]

Hinsichtlich der zukünftigen Stellung der Zwischenschicht schwankte Lederer jedoch zwischen zwei gegensätzlichen Annahmen: Auf der einen Seite stand die orthodox-marxistisch geprägte Prognose einer *Vereinigung* der beiden gesellschaftlichen Klassen – auf der Basis der gemeinsamen Erfahrung ökonomischer Abhängigkeit und zunehmender Sinnentleerung der Arbeit – einhergehend mit der Tendenz zur grundlegenden Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung. Diese Sichtweise steht in seiner ursprünglichen Forschungstradition, die sich mit den Problemlagen der gesellschaftlichen Außenseiter und der Arbeiterklasse befaßte, denn Lederer war »fasziniert von den neuzeitlichen und zukünftigen sozialen Randproblemen,

1925b. Darin wird u.a. Lederers durch Marx fundiertes Gesellschaftsverständnis deutlich: Bei ihm ist Gesellschaft gefaßt als »eigenartiger Zusammenhang von Schichten, die durch gemeinsame Lage, gemeinsames Schicksal, gemeinsame Interessen gekennzeichnet sind« Lederer 1925b, 14f.

[24] Staudinger an Speier v. 1.4.1978, SUNYA, SPE XMS Staudinger, 81.6-3-70.

[25] Mit seinen umfangreichen Studien auf diesem Gebiet kann Lederer als »erster« und »wichtigster« Soziologe der frühen Angestellten gelten; Kocka 1979, 9.

[26] Vgl. Lederer 1912b, 28ff. Gleichzeitig hatte der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Bevölkerung stark abgenommen: »die ›Kerntruppen des Proletariats‹ sind also eine Minderheit der Bevölkerung« Lederer 1929, 173.

[27] Lederer/Marschak 1926, 122. Damit überwindet Lederer die Vorstellung einer strengen Klassendichotomie, mit der die marxistisch orientierten Sozialwissenschaftler aus Lederers Generation aufgewachsen waren; vgl. Speier 1979, 263.

der Vermassung, der Verstädterung mit den grauen Vorhängen der Arbeiterkolonien«[28] – eine Sichtweise des Kapitalismus, die ihn dazu geführt hatte, im damaligen Gesellschaftssystem den Übergang zum Sozialismus zu sehen.

Auf der anderen Seite hielt Lederer auch die deutliche *Abgrenzung* gegenüber der Klasse der Arbeiter für möglich, bedingt durch das absolute und relative Wachstum der ›Zwischenschicht‹. Zusammen mit dem Anwachsen der Gesamtzahl der Unselbständigen gegenüber den Selbständigen könne dies dazu beitragen, daß die Angestellten eine stärker hierarchisierte Gesellschaftsstruktur durchsetzten und eigene Normen und Werte entwickelten.[29] Aus einer Diskrepanz zwischen der tatsächlichen sozioökonomischen Situation und der Bewußtseinslage der Mittelschicht sah Lederer faschistische Tendenzen erwachsen. Die soziale Bedrohung des Kapitalismus könne zur Errichtung eines ständisch organisierten Herrschaftssystems führen, »in welchem die bewußt gewordene Massenexistenz der Zwischenschicht gerade dazu benützt wird, um die noch größere Masse des Proletariats zu beherrschen«.[30]

Nach Lederers Emigration in die USA bedingten die von Deutschland grundlegend verschiedenen, liberaleren ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Zufluchtsland weitere Modifikationen[31] in seinen soziologischen Publikationen. Den gesellschaftsanalytischen Ansatz verfolgte er nach 1933 weiter, baute ihn jedoch zur Analyse des totalitären »Massenstaates«[32] aus. In den USA, deren Gesellschaft eben nicht totalitaristisch pervertierte, gab er den klassenanalytischen Zugriff zur Erfassung des Phänomens des gesellschaftlichen Wandels endgültig auf. Im Zentrum seiner Untersuchungen stand nun die Frage nach den Voraussetzungen für den Fortbestand und für

[28] Staudinger an Speier v. 1.4.1978, SUNYA, SPE XMS Staudinger 81.6-3-70.

[29] Vgl. Wiggershaus 1987, 132.

[30] Lederer 1929, 184. Mit dieser Prognose zählt Lederer neben Erich Fromm, Theodor Geiger und Karl August Wittfogel zu den Sozialwissenschaftlern, die eine solche Entwicklung und die daraus resultierenden Konsequenzen prophezeit haben; vgl. Papcke 1991, 173. Jüngere Untersuchungen im Bereich der Wahlforschung konnten jedoch das Bild einer überproportionalen Unterstützung des Nationalsozialismus durch die Angestellten nicht bestätigen, vgl. Falter 1991, 232.

[31] Auf nationalökonomischem Gebiet bewirkte die Emigration z.B. eine (kompensations-)optimistischere Sichtweise der Ursachen und Folgen des technischen Fortschritts und eine zurückhaltendere Position gegenüber der Planwirtschaft; vgl. Lederer 1981, 31ff.; zu einer ausführlicheren Analyse der Wirkung der Emigrationserfahrung auf Lederers wirtschaftstheoretische Arbeiten vgl. Krohn 1987, 122f. und Eßlinger 1997.

[32] Lederer 1940. Eine deutsche Übersetzung von *State of the Masses* wurde jüngst von Claus-Dieter Krohn herausgegeben (Lederer 1995); zu einer ausführlichen Würdigung der Ledererschen Analyse des Massenstaates vgl. das Vorwort von Krohn 1995, insbes. 29-40.

die *Evolution* eines liberalen, demokratischen Systems, die er in der Existenz einer sozialen Schichtung (*stratification*) erkannte.[33] Auf die Zerstörung der sozialen Schichtung – einerseits durch die Bedrohung der individuellen Existenz infolge ökonomischer Krisen und andererseits durch die Entfunktionalisierung sozialer Gruppen und Parteien als intellektuelle Rationalisierungsmechanismen der Individuen – folgte eine Emotionalisierung der Masse, welche die Etablierung totalitärer Regime ermöglichte.

Den Bogen von den ökonomischen zu den soziologischen Arbeiten bei Lederer spannen seine Länderstudien zu Japan.[34] Sie umfassen all jene Themenkomplexe, die er bereits am ›Beispiel‹ Deutschland bearbeitet hatte.[35] Zunächst in Beiträgen für die *Frankfurter Zeitung* untersuchte er den inneren Aufbau einer noch stark vom Agrarsektor geprägten japanischen Volkswirtschaft, in der die beginnende Industrialisierung die traditionellen Familienbindungen zerschlagen und sich eine stärker industriekapitalistisch geprägte Klassengesellschaft entwickelt hatte. Nach Heidelberg zurückgekehrt, richtete sich der Fokus jedoch vornehmlich auf die internationalen Beziehungen und Verflechtungen Japans. In diesem Kontext steht das Buch *Japan – Europa. Wandlungen im Fernen Osten*, das Lederer zusammen mit seiner ersten Frau Emy verfaßt hat.[36] In ihm spiegelt sich die japanische Modernisierungskrise wider, »die sich aus dem Zusammentreffen der modernen Zivilisation europäisch-amerikanischen Zuschnitts mit einer über zwei Jahrhunderte abgeschlossenen, in sich homogenen Kulturgemeinschaft ergab«.[37] Nicht ganz widerspruchsfrei zu der einige Jahre zuvor formulierten Feststellung – der Auflösung familiärer Strukturen – sahen die Lederes nun eine »große Welt« von Zerstörung bedroht. Der durch westliche Technologieimporte ermöglichte Entwicklungsprozeß löste ein bäuerliches Sozial-

[33] Ein desintegrierter Mittelstand wirkte darin als gesellschaftlicher Sprengsatz: »For while the workers had found their place in society, and their trade unions and cultural organizations had found ways of co-operating with their ›class enemies‹, the white-collar workers were still undecided and constituted in a time of universal crisis a social dynamite which was the more dangerous because nobody knew how to handle it«; Lederer 1940, 53.

[34] Andere Beiträge Lederers, die sich mit außerdeutschen Fragestellungen befaßten, waren der Arbeitslosenversicherung in der Schweiz (1912a), der Wirtschaftspolitik in den USA (1921), dem amerikanischen »Paradies der Arbeit« (1927) und der russischen Sozialverfassung (1933) gewidmet.

[35] Vgl. Schwenkter 1991, 111. Seine vertieften Kenntnisse der ökonomischen und sozialen Strukturen Japans hatte Lederer während eines zweijährigen Aufenthalts an der Universität von Tokio zwischen 1923 und 1925 gewonnen.

[36] Lederer/Lederer-Seidler 1929.

[37] Schwenkter 1991, 119.

system auf, dessen Mitglieder für nationalistisch-faschistische Tendenzen anfällig wurden.

> »Im Prozeß der Industrialisierung wird Familie und Staat zu einer Ideologie der herrschenden Klassen. Es spaltet sich ein amorpher Haufe von revolutionärem Proletariat und innerlich zweifelnden Intellektuellen von der Gesellschaft ab. Ein solcher Spaltungsprozeß bedeutet an sich, bei der engen Verflechtung durch Religion, Mythos und Geschichte, ... eine geistige Revolution von unausdenklicher Weite«.[38]

Dennoch war der japanische Faschismus für Lederer nicht mit dem italienischen gleichzusetzen: Erstens sei dieser nicht von einer Massenpartei organisiert, zweitens präge ihn eine enge Koalition von Armee und bäuerlicher Bevölkerung und drittens fehle dem Regime der totalitäre Charakter. Eine ›Gleichschaltung‹ von Individuen, Gruppen und Institutionen, wie sie der Nationalsozialismus gewaltsam durchsetzte, und wie sie Lederer in *State of the Masses* später so eindringlich analysierte, war für ihn infolge des wenig ausgeprägten Individualitätsbewußtseins im japanischen Faschismus von untergeordneter Bedeutung.[39]

3. Konkretisierung der Ledererschen Konzeption am InSoSta

Erste Anhaltspunkte für die Umsetzung der disziplinübergreifenden Wissenschaftsauffassung gibt Lederers Vorlesungstätigkeit am Institut. Die Veranstaltungen waren, seinen Lehrverpflichtungen entsprechend,[40] nach 1912 auf Sozialpolitik und die *Geschichte der sozialen Bewegung* sowie ab 1922 auf praktische und theoretische Nationalökonomie ausgerichtet. Es zeigt sich jedoch, daß er seine Vorlesungen und Seminare oftmals an aktuellen Themen orientierte. Hatte bis 1918 die *Zukunft der Arbeiterbewegung* den the-

[38] Lederer, Lederer-Seidler 1929, 15.

[39] Vgl. Lederer 1934.

[40] Lederer war von 1912 bis 1918 Privatdozent, bis 1920 außerplanmäßiger Extraordinarius und danach bis 1922 planmäßiger Extraordinarius für Sozialpolitik in Heidelberg. Bis zu seiner Berufung nach Berlin im Wintersemester 1931/32 hatte er das Ordinariat für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft inne.

matischen Schwerpunkt gebildet, so kündigte Lederer in den Jahren der Konstituierung der Weimarer Republik und der Sozialisierungshoffnungen eine *Geschichte und Theorie des Sozialismus* (Sommersemester 1919)[41] sowie die *Theorie des Marxismus* und *Probleme der Sozialisierung* (Wintersemester 1919/20) an. Hinzu kamen seine *Sozialtheorie des Marxismus* (Sommersemester 1920) und die *Theorie der Sozialisierung* (Wintersemester 1920/21).[42] Zu einer Zeit, als sich die deutsche Sozialisierungsbewegung auf ihrem Höhepunkt befand, dokumentieren die Hörerzahlen das Interesse an diesen Themenstellungen in der Heidelberger Studentenschaft: Lederers Marxismus-Vorlesung war mit 180 und die Veranstaltung zur Sozialisierung mit 206 Studenten annähernd so gut besucht wie seine im darauffolgenden Sommersemester gehaltene Grundvorlesung *Einführung in die Nationalökonomie* mit 209 Hörern. Danach wird Lederers intellektueller »Rückzug« aus der Beschäftigung mit politischen Themen, der bereits unter dem Gesichtspunkt seiner Forschungsinteressen diskutiert wurde, auch in den Seminaren und Übungen deutlich: Sie wurden nun *ohne* Angabe eines spezifischen Themenbereichs angekündigt. Erst mit der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise griff er wieder aktuelle Themenstellungen zur *Wende der kapitalistischen Epoche* (1928/29) und zu *Neueren Fragen aus der Markt- und Konjunkturtheorie* (1930/31) auf.[43]

Während seiner Heidelberger Zeit hatte Lederer drei Rufe – 1920 an die neugegründete Handelshochschule Nürnberg, 1922 an die Universität Leipzig und 1929 nach Frankfurt – abgelehnt. Besonders der Frankfurter Ruf mußte für ihn unter dem Gesichtspunkt des fachlichen Zuschnitts des dortigen Ordinariats – für theoretische Nationalökonomie und Soziologie mit dem Hauptfach Soziologie[44] – reizvoll sein, denn in Heidelberg konnte er lediglich im Wintersemester 1929/30 *Soziologische Übungen – Wandlungen der Ideologien im Kapitalismus der Nachkriegszeit* lesen.[45] Der Frankfurter Lehrstuhl war infolge der Emeritierung Franz Oppenheimers neu zu beset-

[41] Diese Veranstaltung mußte jedoch wegen Lederers Arbeit für die Österreichische Sozialisierungskommission in Wien entfallen.

[42] Besonders die Vorlesung zur Sozialisierung scheint seine Studenten beeindruckt und überzeugt zu haben. So zog beispielsweise. der Lederer-Schüler Fritz Croner daraus den Schluß, daß Sozialisierungsmaßnahmen im damaligen Deutschland »unvermeidbar« seien; vgl. Croner 1968, 165.

[43] Vgl. UAH, Quästurakte Lederer F II. Eine Ausnahme bildeten die zusammen mit Karl Mannheim im Sommersemester 1927 gehaltenen *Übungen über die ökonomischen und geistigen Grundlagen des Imperialismus*.

[44] Vgl. Oppenheimer 1964, 253.

[45] Vgl. UAH, Quästurakte Lederer F II. Zu diesem Zeitpunkt hatte Lederer den Ruf nach Frankfurt bereits abgelehnt gehabt; vgl. SUNYA, SPE XMS Lederer, 82.1-1-4.

zen. Infolge seines interdisziplinären Forschungsansatzes und seiner politischen Ausrichtung war Lederer ein idealer Kandidat: Oppenheimers wissenschaftliche Orientierung – er bezeichnete sich selbst als »liberalen Sozialisten« und Vertreter eines »dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus«[46] – kommt derjenigen des demokratischen Sozialisten Emil Lederer in der Kombination der beiden Fachgebiete sehr nahe, so daß die Ablehnung des Rufs wohl hauptsächlich der günstigeren finanziellen Stellung Lederers in Heidelberg zuzuschreiben war.[47]

3.1 Die ›Festschrift‹ zu Lederers fünfzigstem Geburtstag

Das breite Spektrum der Themen, mit denen sich Lederer auseinandersetzte und zu dem er seine Schüler anregte, wird in der insgesamt 69 Beiträge umfassenden *Festschrift*[48] deutlich. Von den noch erhaltenen 55 Arbeiten[49] befaßten sich 49 mit nationalökonomischen, soziologischen oder juristischen Themen und wurden von Kollegen, Schülern und Freunden Lederers vorgelegt. Wenngleich Lederer 1932 bereits den Lehrstuhl an der Universität Berlin inne hatte, so ist doch bemerkenswert, daß von seinen ehemaligen Heidelberger Kollegen am InSoSta nur die Lehrbeauftragte Marie Baum, der Leiter des Zeitungswissenschaftlichen Instituts Hans v. Eckardt, Lederers Neffe und Marschak-Assistent Walther Lederer sowie die Privatdozenten Karl Mannheim, Jacob Marschak und Herbert Sultan vertreten sind. Somit fehlen in dieser Liste u.a. Arnold Bergstraesser, Carl Brinkmann, Johann Mitgau, Ernst Schuster, Arthur Salz, Heinrich Sommerfeld, Walter Waffenschmidt und Alfred Weber und damit der gesamte, eher liberal- und nationalkonservative Institutsflügel, der mit Lederers politischer Grundhaltung

[46] Zit. nach Lowe 1965, 141.

[47] Vgl. SUNYA, SPE XMS Lederer, 82.1-1-4. Die Nachfolge Oppenheimers trat nach Lederers Ablehnung Karl Mannheim an; vgl. Schefold 1989, 320.

[48] Vgl. Speier 1979, 267.

[49] Vgl. SUNYA, SPE XMS Lederer, 1,82.1. Über den Verbleib der 14 fehlenden Arbeiten ist dem Autor nichts bekannt. Zum Inhaltsverzeichnis der noch vorhandenen Beiträge in dieser unveröffentlichten Schriftensammlung vgl. Anhang 1; Hinweise auf den/die Bearbeiter/in der Festschrift konnten nicht ermittelt werden.

nicht konform ging.[50] Diese in der *Festschrift* zu beobachtende Trennlinie innerhalb des InSoSta verlief auch quer durch die Studentenschaft: »There was a group of students who admired Lederer and Mannheim and felt intellectually indebted to them. They had little in common with the students of other sociologists such as Carl Brinkmann or even Alfred Weber«.[51]

In der Aufsatzsammlung[52] stark vertreten war die österreichische ›Fraktion‹: Mit Alfred Amonn und Joseph A. Schumpeter hatten sich zwei Wiener Kommilitonen Lederers an der *Festschrift* beteiligt, die sich – als Mitglieder und/oder publizistisch – ausführlicher mit der deutschen und österreichischen Sozialisierungsbewegung auseinandergesetzt hatten.[53] Ludwig Mises, ein scharfer Kritiker jeglicher Sozialisierungsbemühungen, legte einen Sonderdruck über den Kathedersozialisten und gemeinsamen Lehrer Eugen von Philippovich bei.

Der Beitrag Schumpeters über das auch für die Arbeiten Lederers zum technischen Fortschritt zentrale Thema *Entwicklung* bedarf in unserem Zusammenhang einer näheren Betrachtung. Im Gegensatz zu seiner *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*[54] faßt Schumpeter den Entwicklungsbegriff in seinem Aufsatz in der *Festschrift* weiter, leitet ihn in einem breiteren wissenschaftshistorischen Kontext disziplinübergreifend her und berücksichtigt damit auch Entwicklungsprozesse in anderen Wissenschaftsdisziplinen sowie in der bildenden Kunst. Entwicklung wird so verstanden als »Tatsache ruckweiser Normveraenderung, die spontan aus dem System selbst [ausbricht]«. Auf die Nationalökonomie bezogen kann sie definiert werden als »Uebergang von einer Norm des Wirtschaftssystems zu einer anderen, der nicht in infinitesimale Schritte zerlegt werden kann. (...) Zwischen denen es keinen im strengen Sinne kontinuierlichen Weg gibt«.[55] Ebenso wie die Definition der Entwicklung ist die Begriffsfassung des *Wachstums* hier nicht allein auf ökonomische Kategorien begrenzt, sondern wird von Schumpeter

[50] Vgl. Anhang 1 und Anhang 3. Keines der InSoSta-Mitglieder aus der zweiten Gruppe wird bei Speier als Beitragender genannt; vgl. Speier 1979, 267. Sally Altmann war seit 1930 schwerkrank und der ›Linksaußen‹ des Instituts Emil Julius Gumbel bereits 1932 nach Frankreich geflohen. Aus dem engeren Kreis um Lederer hatte sich auch der mit ihm durch »lebenslange enge« Freundschaft verbundene Hans Staudinger, der »über nahezu 50 Jahre sein politischer Kampfgenosse« gewesen war, nicht beteiligt; SUNYA, SPE XMS 81.6-3-70.

[51] Speier 1989, 7.

[52] Da im Rahmen dieser Arbeit nicht alle Arbeiten in der Sammelmappe gewürdigt werden können, sei an dieser Stelle lediglich auf einige bedeutendere Beiträge hingewiesen.

[53] Amonn 1920; Schumpeter 1920/21.

[54] Schumpeter 1934, 95ff.

[55] Schumpeter 1932, 11.

universeller interpretiert als Prozeß des »in irgend einem Sinn ›gesetzmaessigen‹ und voraussehbaren, eventuell continuierlichen Anderswerdens, innerhalb dessen ein jeder Zustand aus dem vorhergehenden verstaendlich wird«.[56]

In der Schumpeterschen kredittheoretischen Tradition steht der *Festschrift*-Beitrag des Frankfurter Bankiers und Honorarprofessors an der dortigen Universität L. Albert Hahn, der *Die Ungleichheiten in der internationalen Verteilung des Kapitals als Grund der Arbeitslosigkeit*[57] diskutiert und damit ein Schlüsselthema Lederers während der Weltwirtschaftskrise aufgreift. Hahn sieht – anders als Lederer in *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit* – in der Erhöhung des Kapitalangebots durch Kreditschöpfung nicht die Gefahr des Auftretens von Arbeitslosigkeit. Die infolge des vermehrten Kapitalangebots ausgelösten Zinssenkungen führten zwar zu einer arbeitsparenden Verlängerung der Produktionsumwege in der vertikalen Richtung, gleichzeitig trete jedoch eine kompensatorische horizontale Verbreiterung des Produktionsapparats ein, da durch die Zinssenkung neue Produktionsstätten rentabel geworden seien. Daher könne »kein Beweis dahin geführt werden, dass eine Vermehrung des Kapitals in einem Lande Arbeitslosigkeit hervorrufe«.[58] Lederer hingegen analysierte die »Wirkung des zusätzlichen Kredits«[59] in seinem Buch *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit* in einem dynamischen Kontext. Er verwies auf die Notwendigkeit einer Konstruktionsperiode zum Bau der von Hahn unter dem Kompensationsaspekt diskutierten neuen Produktionsstätten und konnte so die Hahnsche Argumentation zurückweisen. Im Zeitraum, der für die Erstellung zusätzlicher Produktionsanlagen benötigt wird, entsteht zusätzliches Einkommen und damit zusätzliche Konsumnachfrage. Bei konstantem Konsumgüterangebot führt dies zu Preissteigerungen. Da parallel dazu die oben skizzierte beschleunigte, nunmehr kreditfinanzierte Realkapitalbildung in den dynamischen Betrieben Arbeitskräfte freisetzt, konnte Lederer der kompensationsoptimistischen Argumentation Hahns einen ersten Hinweis auf die

[56] Ebd., 11f. Schumpeter gibt zur Abgrenzung der beiden Begriffe ein illustratives Beispiel: »Kontinuierliche Bevoelkerungs- und Reichtumszunahme erklaert ohne weiteres ebenso kontinuierliche Verbesserung der Strassen und schrittweise anpassende Zunahme der verkehrenden Postkutschen. Aber man vermehre die Postkutschen soviel man will, nie erwaechst eine Eisenbahn daraus«; ebd., 11.

[57] Vgl. auch Hahn 1931.

[58] Hahn 1931, 142. Zu seiner frühen Kredittheorie vgl. Trautwein 1995, 10-13.

[59] Vgl. Lederer 1931, 74-94. Lederer bezieht sich dabei zwar im wesentlichen auf Schumpeters Kredittheorie, nennt jedoch auch Hahn als deren Vertreter.

Ursachen des auch heute noch nicht völlig gelösten *Stagflationsphänomens* entgegensetzen.[60]

Die für das InSoSta charakteristische soziologische Fundierung der Nationalökonomie wird im *Festschrift*-Aufsatz des Alfred-Weber-Schülers Eduard Heimann[61] deutlich. Er berührte mit seinen Anmerkungen *Über das soziologische Fundament der ökonomischen Theorie* einen Kernbereich der wissenschaftlichen Ausrichtung des InSoSta. Die Soziologie war zudem mit einem Beitrag über *Max Weber* von Albert Salomon, der 1922 am InSoSta promoviert hatte, vertreten.[62] Die Beiträge der InSoSta-Mitglieder Baum, W. Lederer und Sultan befaßten sich hingegen in einem weiteren oder engeren Kontext mit den ökonomischen und sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise, insbesondere mit der Massenarbeitslosigkeit, die auch Lederer in jenen Jahren in den Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit gestellt hatte.[63]

Die Arbeiten derjenigen *Festschrift*-Mitarbeiter, die Schüler Lederers oder Studenten seiner Kollegen am InSoSta gewesen waren,[64] spiegeln ebenfalls ein weites sozialwissenschaftliches Spektrum wider – eine ›Lederer-Schule‹ konnte daraus freilich nicht entstehen.[65] Den wohl stärksten inhaltlichen Einfluß hatte Lederer auf Fritz Croner ausgeübt, der frühzeitig das Thema der neuen Mittelschichten aufgriff und dieses im Laufe der Jahre zu einer Angestelltentheorie[66] ausbaute. Seine eng an die Arbeiten Lederers angelehnten Studien vermitteln den Eindruck, »daß er sich zeitlebens an den Vorarbeiten seines akademischen ›Übervaters‹ Lederer abgearbeitet hat«.[67] Sozialpolitik war in der *Festschrift* vertreten durch Paul Eppstein, nunmehr Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim; weitere Arbeiten befaßten sich mit Wirtschaftspolitik (Arthur Feiler) und außenwirtschaftlichen Fragestellungen (Cora Berliner), sowie mit der Wirtschafts-, insbesondere der Krisentheorie (Kurt Lachmann). Eine ähnlich breite thematische Aus-

[60] Zu einer umfassenderen Diskussion der Wirkung einer Geldmengenexpansion in Lederers Modell vgl. Dickler 1981, 285ff.

[61] Vgl. Anhang 2.

[62] Einen – allerdings nicht erhalten gebliebenen – Beitrag hatte auch Karl Mannheim beigesteuert; vgl. Speier 1979, 267.

[63] Eine Ausnahme bildete Marschak, der mit *Kerensky und Papen* und über die *Soziologie der Kuh* zwei Glossen zu Lederers Totalitarismusanalyse bzw. zu dessen Japan-Aufenthalt angelegt hatte.

[64] Vgl. Anhang 2.

[65] Ebensowenig existierte eine ›Oppenheimer-Schule‹ in Frankfurt. Jedoch gab es eine »Schulung des Denkens«, die das InSoSta neben Frankfurt und Kiel zu einem Zentrum sozialwissenschaftlicher Ausbildung werden ließ; vgl. Preiser 1964, 483.

[66] Croner 1954 und 1962.

[67] Trautwein 1997.

richtung wie die *Festschrift*-Aufsätze in der Querschnittanalyse zeigen die Dissertationsthemen der ehemaligen Studentinnen und Studenten Lederers[68] im Längsschnitt. Dabei wird nochmals die Verlagerung seines inhaltlichen Schwerpunktes von der Sozialpolitik (C. Berliner, 1916) über die Sozialisierungsfrage (F. Croner, 1921) hin zur Wirtschaftstheorie (S. Riemer, 1930) deutlich. Trotz dieser Interessenverlagerung ließ Lederer der Bearbeitung seiner früheren Forschungsgegenstände nach wie vor intellektuellen Freiraum, wie J. Höbers Dissertation über *Die Nachkriegsentwicklung der englischen Arbeiterbewegung* von 1930 exemplarisch veranschaulicht.

3.2 Die Herausgebertätigkeit beim ›Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik‹

Das AfSS war 1904 aus dem Braunschen *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* hervorgegangen. Mit der Übernahme der Herausgeberschaft durch Werner Sombart, Max Weber und Edgar Jaffé wurde der Grundstein sowohl für die enge Anbindung der Zeitschrift an die Sozialwissenschaften in Heidelberg als auch für die AfSS-typische interdisziplinäre Ausrichtung gelegt und somit eine »Heidelberger Zeitschrift« geschaffen.[69] Im Geleitwort sahen die neuen Herausgeber die Rolle des AfSS in der Kombination und Integration der Erkenntnisse unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen, um die kulturellen Phänomene und Entwicklungen jener Zeit erklären zu können.[70] Die für das Archiv kennzeichnende Offenheit gegenüber der ›Heterodoxie‹ läßt sich am Umgang mit den ›Österreichern‹ ablesen. Im Gegensatz zu den meisten deutschen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften, die stark an die Tradition der Historischen Schule gebunden waren, beschritt das AfSS mit der Veröffentlichung von Vertretern der Österreichischen Schule der Nationalökonomie bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen ›Sonderweg‹.[71]

[68] Vgl. Anhang 2.

[69] »The center of the Archiv would continue to focus around Heidelberg until Lederer's appointment in Berlin in 1931«; Factor 1988, 14.

[70] Vgl. Jaffé u.a. 1904, v.

[71] So z.B. die beiden Aufsätze des Menger-Schülers Richard Schüller zur Arbeitsnachfrage 1911a und 1911b.

Ein bedeutender Umbruch im Kreis der Herausgeber, der das AfSS faktisch zum ›Lederer-Archiv‹ werden ließ, vollzog sich 1922 mit dem Erscheinen des 49sten Bandes. Emil Lederer, Redaktionssekretär des AfSS seit 1911, Alfred Weber und Joseph A. Schumpeter[72] verschafften der Zeitschrift »eine Qualität und ein Ansehen, das von keinem anderen deutschsprachigen Journal nach 1933 mehr erreicht wurde«,[73] wobei Lederer als geschäftsführendem Herausgeber der wesentliche Anteil daran zukam. Weber schrieb am 20. Mai 1933 in einem Brief an Oscar Siebeck, den Verleger des AfSS:

> »Ich habe nur in den zwei Jahren, in welchen Lederer in Japan war den Versuch einer (...) Mitbeeinflussung gemacht und, wie ich mir selbst gestehen muss, quantitativ sehr begrenzt und qualitativ mit durchaus zweifelhaftem Erfolg. Seitdem ist das Archiv (...) in seiner Leistung, gleichzeitig selbstverständlich in Art und Haltung ein Produkt Lederers gewesen, der es mit grösstem Erfolg redigiert hat«.[74]

Die dominierende Stellung Lederers unter den drei Herausgebern wird auch mit Blick auf die jeweiligen Publikationszahlen deutlich: Schumpeter veröffentlichte während seiner Herausgeberschaft vier, Alfred Weber zwei Aufsätze im AfSS.[75] In den letzten sechs Jahren des Bestehens der Zeitschrift finden sich von beiden Mitherausgebern keine Beiträge mehr; Lederer hingegen publizierte mit Ausnahme der Zeit seines Japan-Aufenthalts und des Jahres 1928 jeweils mindestens einen Beitrag pro Jahr.[76]

Den Vertretern der liberalen Österreichischen Schule bot Lederer weiterhin Publikationsmöglichkeiten im AfSS. So hatte allein Ludwig Mises zwischen 1913 und 1929 zehn – zum Teil stark sozialismuskritische – Aufsätze und Rezensionsartikel im AfSS veröffentlicht; darunter auch seine bekannteste Schrift zu diesem Themengebiet *Wirtschaftsrechnung im soziali-*

[72] Schumpeter zählte bereits seit dem 1917/18 erschienen Band 44 zu den AfSS-Herausgebern.

[73] Hagemann 1991, 45.

[74] Mohr/Siebeck, A/1933/6, 475-33.

[75] Auch die zwei Jahre zwischen 1923 und 1925, in denen Weber die geschäftsführende Herausgeberschaft inne hatte, nutzte er nicht für verstärkte Publikationsaktivitäten im AfSS. Der weitaus größte Teil seiner Schriften in den Jahren 1922 bis 1933 bestand aus Zeitungsaufsätzen z.B. in der *Frankfurter Zeitung* und in der *Vossischen Zeitung*; vgl. Demm 1986, 211f. und Kepeszczuk 1956, 13ff. Weber hat auch gerne in anderen Journalen veröffentlicht, Kulturzeitschriften wie der *Europäischen Revue* oder im *Merkur*; vgl Kepeszczuk 1956.

[76] Vgl. Anhang 3.

stischen Gemeinwesen,[77] welche die Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Kalkulation in einer sozialistischen Wirtschaft postulierte und zum ›Kernstück‹ seiner späteren ökonomischen und soziologischen Sozialismuskritik wurde. Darüber hinaus hatten mit H. Marcuse, O. Kirchheimer, F. Weil und K.A. Wittfogel (spätere) Mitglieder des zum InSoSta in Konkurrenz stehenden Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS) vor, aber auch nach der 1932 erfolgten Gründung ihres eigenen Institutsperiodikums *Zeitschrift für Sozialforschung* mehrere Beiträge im *Archiv* veröffentlichen können.[78]

Dennoch war Lederer gelegentlich Angriffen ausgesetzt, die behaupteten, daß »der Herausgeber oder sein Redaktionssekretär [A.v. Schelting; d. Verf.] bei der Annahme von Beiträgen sehr stark durch ihre sozialistische Einstellung bestimmt werden u. schon seit Jahren bestimmt worden sind«[79] – ein Vorwurf, den Lederer mit dem Hinweis, daß »wir jederzeit Mises und seinen Schülern weiten Spielraum gegeben haben« zurückwies.[80] Unzweifelhaft ist allerdings, daß kapitalismuskritische Beiträge im AfSS u.a. durch E. Heimann, E. Lederer, K. Polanyi und J. Marschak, der mit seiner *Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft*[81] die Gegenthese zu Mises' Sozialismuskritik formulierte, stark vertreten waren.

Neben nationalökonomischen Themen nahmen im AfSS unter Lederers Herausgeberschaft Beiträge, die sich mit der Verteidigung der jungen Wei-

[77] Mises 1920/21. In Friedrich A. Hayek (1927) war ein weiterer Exponent der Österreichischen Schule mit einem Beitrag im AfSS vertreten, mit dem sich Lederer drei Jahre später allerdings eine heftige Polemik zur Krisentheorie lieferte; vgl. Hayek 1929 und 1930; Lederer 1930.

Zu weiteren herausragenden Arbeiten, die unter Lederers Herausgeberschaft im AfSS publiziert wurden vgl. Hagemann 1991, 45.

[78] In der AfSS-Nachfolgezeitschrift Social Research finden sich keine Publikationen von IfS-Mitgliedern mehr; vgl. Anhang 4. Ein Grund hierfür ist sicherlich in der sich verschärfenden *intellektuellen* Konfrontation des an die New Yorker *New School* emigrierten weiteren Lederer-Kreises mit dem Exil-IfS zu sehen; vgl. Wiggershaus 1987, insbes. 285ff. und, zurückhaltender in der Argumentation, Krohn 1987, 312ff.

[79] R. Liefmann an O. Siebeck v. 25.1.1932, Mohr/Siebeck, A/1932/4, 467-21.

[80] E. Lederer an O. Siebeck v. 3.2.1932, Mohr/Siebeck, A/1932/4, 467-21. Liefmann hatte zwischen 1912 und 1922 vier Beiträge im Archiv publiziert. Ein Grund für die Liefmannsche Attacke gegen Lederer dürfte auch in der Ablehnung eines Liefmann-Aufsatzes von Seiten des AfSS aus dem Jahre 1928 gelegen haben; vgl. ebd.; vgl. auch Abschrift R. Liefmann an O. Siebeck v. 25.1.1932 bei Siebeck an Lederer v. 30.1.1932, Mohr/Siebeck, A/1932/4, 467-21. Ferner neigte Liefmann, wie seine Kontroversen u.a. mit Alfred Amonn im AfSS zeigen, zu Polemiken gegen all jene Kollegen, die seine eigene Originalität anzweifelten. Zu einer ausführlicheren Darstellung vgl. Krohn 1986, 21ff.; Brintzinger 1997.

[81] Marschak 1923/24.

marer Demokratie befaßten, einen breiteren Raum ein. Mit Hans Kelsen, der eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der österreichischen Verfassung gespielt hatte, zählte einer der »bekanntesten Juristen dieses Jahrhunderts«[82] zu den AfSS-Autoren, der eine erste ausführlichere Verteidigung der Demokratie im AfSS publizierte.[83] Die in den folgenden Jahren geführte Auseinandersetzung im AfSS mit Demokratie-Gegnern wie Carl Schmitt trugen wesentlich dazu bei, die Politische Wissenschaft als Disziplin zu definieren.[84] Mit Siegfried Landshuts Aufsatz *Über einige Grundbegriffe der Politik*[85] wurde im AfSS »der eigentliche Neubeginn einer wissenschaftlichen Politik in Deutschland gemacht«.[86] Explizit pro-faschistische Arbeiten wurden in der Zeitschrift nicht veröffentlicht, sondern im »Literaturanzeiger« des AfSS regelmäßig der Kritik unterzogen. Darüber hinaus erschien in den Jahren 1924 und 1925 eine auf zwei Bände aufgeteilte, insgesamt 72 Seiten umfassende Studie Marschaks, die den Charakter der italienischen Faschisten als machthungrige Opportunisten darzulegen versuchte.[87] Allerdings wurde dem damit angesprochenen Robert Michels, zum italienischen Faschismus konvertierter früher Sozialist und regelmäßiger AfSS-Autor, weiterhin die Möglichkeit geboten, im AfSS zu publizieren. Michels letzter Aufsatz dort erschien 1932[88] – auch hier beweist sich wiederum die Offenheit der Ledererschen Konzeption des *Archivs*.

Die enge Verbindung zwischen InSoSta und dem AfSS läßt sich unter der Herausgeberschaft Lederers, Schumpeters und Webers auch quantitativ feststellen.[89] Mit Ausnahme der Bände 60 und 61 finden sich im AfSS jeweils Aufsätze und/oder längere Rezensions- und Überblicksartikel von Institutsmitgliedern.[90] Jedoch waren nicht alle Institutsmitglieder mit gleicher Intensität für die Zeitschrift engagiert. Während der linke Institutsflügel mit den beiden Lederers, Karl Mannheim und Jacob Marschak regelmäßig publizierte und zwischen 1922 und 1933 etwa siebzig Prozent der InSoSta-Bei-

[82] Factor 1988, 15.

[83] Kelsen 1920/21.

[84] Vgl. Factor 1988, 16.

[85] Landshut 1925.

[86] Hennis 1970, 4.

[87] *Der korporative und der hierarchische Gedanke im Faschismus*; Marschak 1924-1925.

[88] *Die Theorien des Kolonialismus*, Michels 1932.

[89] Vgl. Anhang 3.

[90] Im sechzigsten Band hatten mit Fritz Croner und Paul Eppstein allerdings zwei ehemalige Studenten von Lederer, Altmann und Salz die Möglichkeit zur Publikation erhalten.

träge zum *Archiv* ablieferte,[91] läßt sich im (national-)konservativen Milieu eine deutliche Zurückhaltung erkennen: Bergstraesser, Mitgau, Salin und Sommerfeld weisen keine Veröffentlichung zwischen 1922 und 1933 auf;[92] Brinkmann beschränkte sich auf kürzere Review-Artikel und Erwiderungen. Hingegen war der politisch nicht eindeutig einzuordnende Privatdozent Waffenschmidt mit zwei Aufsätzen und vier Reviews relativ stark vertreten.[93]

Auch Alfred Weber hat sich inhaltlich nicht besonders für das Archiv engagiert, wenn seine lediglich zwei Aufsätze in diesem Zeitraum als Indikator herangezogen werden. Hatte zumindest zwischen Max Weber und Werner Sombart vor 1922 noch ein publizistisches Gleichgewicht bestanden – Edgar Jaffé war 1910 einem Ruf nach München gefolgt –, so verschob sich das Kräfteverhältnis nach 1922 zugunsten des ehemaligen Redaktionssekretärs Lederer, der damit gegenüber seinen beiden Mitherausgebern eine überaus dominante Stellung im AfSS einnahm. In seinen Publikationsaktivitäten übertroffen wurde Lederer nur noch von Marschak, der bereits kurz nach der Promotion vier Aufsätze, darunter 1924 seine Dissertationsschrift *Die Verkehrsgleichung*, im Archiv veröffentlichen konnte. Während seiner knapp dreijährigen Tätigkeit als Assistent am InSoSta kamen sieben weitere Aufsätze hinzu, darunter einer, den er 1932 gemeinsam mit Walther Lederer verfaßt hatte.[94]

Die mit Abstand am weitesten gehende Verflechtung von Institut und AfSS läßt sich – unter dem Eindruck der sich zuspitzenden politischen und ökonomischen Verhältnisse – für den drittletzten Band feststellen, der noch 1932 erschien. Neben einem Beitrag von Emil Lederer über die *Lähmung der Weltwirtschaft*, der ganz im Zeichen des Höhepunkts der Großen Depression stand, enthält er Veröffentlichungen von Jacob Marschak, Walther Lederer und Walter Waffenschmidt. Hinzu kam eine Arbeit des Lederer-Schülers Svend Riemer, der das Totalitarismusthema seines akademischen

[91] Diesem Flügel ist auch E.J. Gumbel zuzurechnen, dessen Beitrag zum AfSS mit zwei Arbeiten allerdings eher gering blieb; vgl. Anhang 3.

[92] Schuster publizierte zwar 1922 einen Aufsatz im AfSS, doch fällt dieser in eine Zeit, als er noch nicht Honorarprofessor am InSoSta war. Ferner war Schuster damals noch SPD-Mitglied; vgl. dazu auch den Beitrag von *Klaus-Rainer Brintzinger* zu diesem Band.

[93] Arthur Salz, der 1919 bis 1927 an der Arbeiterakademie in Frankfurt lehrte, hatte nach seiner Wiederanstellung im InSoSta nur noch einen Aufsatz im AfSS vorgelegt; vgl. Anhang 3. Zu den parteipolitischen Zuordnungen der InSoSta-Mitglieder vgl. den Beitrag von *Christian Jansen* in diesem Band.

[94] Vgl. Anhang 3.

Lehrers aufgriff und vor den sozialen und politischen Folgen einer »Individualisierung der mittelständischen Massen« warnte.[95]

Zwar konnten Jacob Marschak und Emil Lederer in den beiden letzten AfSS-Bänden nochmals jeweils einen Aufsatz veröffentlichen, jedoch waren beide im April 1933 bereits aus Deutschland geflohen. Mit dem 69sten Band wurde das Erscheinen dieser »herausragendsten sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift im ersten Drittel dieses Jahrhunderts«[96] eingestellt. Zwar versuchte der Verleger Oscar Siebeck das *Archiv* durch eine Neubesetzung der Herausgeberschaft mit einem Kreis um Erwin von Beckerath – und dem Wiedereintritt Werner Sombarts – zu erhalten, jedoch erwiesen sich diese Pläne nach langwierigen Verhandlungen als undurchführbar. Beckerath, Nationalökonom an der Universität Köln, forderte das (freiwillige) Ausscheiden Alfred Webers, Joseph Schumpeters und Lederers als AfSS-Herausgeber, wenngleich er letzteren anfänglich noch als Mitherausgeber aus Gründen der Wahrung der *personellen* Kontinuität beibehalten wollte. *Inhaltliche* Bedingung für Beckeraths Herausgeberschaft war »im Einvernehmen mit Herrn v. Stackelberg« die intellektuelle Gleichschaltung des AfSS, die u.a. einen Ausschluß »orthodox-marxistischer« Auffassungen in der Wirtschaftstheorie »nicht nur aus politischen Gründen« und dafür eine Orientierung der AfSS-Inhalte am faschistischen Italien vorsah:[97]

> »Die Nation als primäre historisch-soziologische Realität muß zum Bezugsobjekt jeder Einzelforschung erhoben werden. Somit muß die überlebte liberalistische und lebensfeindliche marxistische Gesellschaftslehre abgelehnt werden. ... Eine besondere Aufmerksamkeit soll dem neuen ständischen Gesellschafts- und Wirtschaftsaufbau gewidmet werden. ... Als Spezialaufgabe sehen wir den Austausch mit Italien an, als einem Land, das eine ähnliche politische und geistige Struktur be-

[95] Riemer 1932, 559. Weitere Autoren in diesem Band, die, wie Emil und Walther Lederer, Marschak und Riemer, nach 1933 Deutschland oder Österreich verlassen mußten, waren die Sozialwissenschaftler Martha Stephanie Braun (Browne), Goetz Briefs, Ernst Döblin, Hans Neisser, Hans Staehle, Karl A. Wittfogel sowie der Philosoph Karl Löwith. Damit liest sich dieser Band wie ein *Who's Who* der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Emigration: Elf der 19 Mitarbeiter an diesem Band wurden nach 1933 von den Nationalsozialisten aus dem deutschen Sprachraum vertrieben.

[96] Hagemann 1991, 44.

[97] Eine derartig weitgehende Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber wäre jedoch keineswegs notwendig gewesen, wie sich z.B. mit Blick auf *Schmollers Jahrbuch* zeigen läßt; vgl. Hagemann 1991, 44 Fn.

sitzt und Erfahrungen vorzuweisen hat, die unserem im Neuaufbau befindlichen Volk wertvoll sein können«.[98]

Die Mitteilung des Verlags, das Erscheinen des Archivs werde »bis auf Weiteres« eingestellt, erreichte Lederer am 12. August 1933 in London. Damit war ein qualitativ herausragendes wissenschaftliches Forum geschlossen worden, dessen Autoren nach ihrer Vertreibung aus Deutschland und Österreich in der Folge das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Denken in den Exilländern, v.a. in den USA, maßgeblich beeinflußt haben.[99]

4. Parallelen in der Konzeption – das InSoSta und die ›New School for Social Research‹

Erste Hinweise auf eine Anknüpfung des Wissenschaftskonzepts der *Graduate Faculty* der New Yorker *New School* – der ›Universität im Exil‹ – an der wissenschaftlichen Ausrichtung des InSoSta können über einen Vergleich der Mitarbeiter des AfSS als quasi-Institutsperiodikum mit den Autoren der ab 1934 von der *New School* herausgegebenen Institutszeitschrift

[98] E. v. Beckerath an O. Siebeck v. 26. Juli 1933, Mohr/Siebeck, A/1933/1, 470-1. Eine direkte Stellungnahme Lederers zu diesem Schreiben Beckeraths liegt dem Verfasser nicht vor. Jedoch hatte Lederer hinsichtlich der Herausgeberschaft durch E. v. Beckerath bereits kurz zuvor massive Bedenken unter personellen *und* inhaltlichen Aspekten geäußert: »Bisher glaubte ich, dass Herr v. B., wie früher, noch eine gewisse Liberalität des Denkens [z]eige, allerdings eine Annahme, die heute für ihn beleidigend wäre. (...) War das ›Archiv‹ bisher denn Organ einer Sekte, oder hat es nicht vielmehr sehr verschiedenen Auffassungen Raum geboten? Haben wir nicht z.B. die Abhandlungen Mises veröffentlicht, und hat sich etwa Alfred Weber gescheut, Herausgeber des ›Archiv‹ zu sein und darin seine kultursoziologischen Abhandlungen zu publizieren (von Max Weber gar nicht zu reden), obzwar er gewiss mit so manchen ›materialistischen‹ Beiträgen gewiss nicht übereinstimmte? (...) ich muß ja jetzt befürchten, dass nicht nur das Herausgeberkomitee, sondern auch die Mitarbeiter ›gleichgeschaltet‹ werden sollen«; E. Lederer an O. Siebeck v. 12.6.1933, Mohr/Siebeck, A/1933/3, 472-17.

[99] Vgl. Factor 1988, 41ff. Neben den bereits genannten zählen zu den emigrierten *Archiv*-Autoren im Bereich der Wirtschaftswissenschaften Gerhard Colm, Gottfried Haberler, L. Albert Hahn und Wassily Leontief – er hatte Deutschland bereits 1931 in Richtung Harvard verlassen –, in der Politischen Philosophie und in den Politischen Wissenschaften Leo Strauss, Erich Voegelin, Herbert Marcuse und Arnold Wolfers. Sie alle hatten mit ihren Beiträgen einen maßgeblichen Anteil am ungewöhnlich hohen qualitativen Standard des Archivs gehabt.

Social Research gewonnen werden. Dabei findet sich eine auffallende *personelle* Kontinuität im Mitarbeiterkreis.[100] Darüber hinaus übernahm mit Emil Lederer der Mit-Direktor des InSoSta das Dekanat der *Graduate Faculty*.

Jenseits der rein personellen Ebene lassen sich auch *inhaltliche* Konvergenzen hinsichtlich der thematischen Orientierung von InSoSta und *Graduate Faculty* feststellen. In beiden Forschungsinstitutionen waren die eher dem linken politischen Spektrum nahestehenden ›Modernisten‹ stark vertreten. Der New-Dealer Alvin Johnson verfolgte mit der Gründung der Universität im Exil das Ziel, die pragmatische und empirische Ausrichtung in den amerikanischen (Sozial- und Wirtschafts-)Wissenschaften zu durchbrechen, indem eine größere *homogene* Gruppe von Wissenschaftlern den Charakter des deutschen Universitätssystems an eine amerikanische Hochschule transferierte. Hierfür schienen ihm die jüngeren deutschen Reformökonomen in ihrer theoretischen, politischen und methodischen Ausrichtung besonders qualifiziert zu sein.[101] Johnson definierte im Vorwort zur ersten Ausgabe der neu gegründeten Institutszeitschrift *Social Research* deren interdisziplinäre Zielsetzung, die als charakteristisch für das gesamte Institut gelten kann: »It [*Social Research*] will include theory, political, social and economic; problems of social and political organization that are world wide in their general character though national in specific characteristics, such as class differentiation, militarism, the social movement; problems involving the interdependence of nations, like phenomena of prosperity and depression, prices and currency, movements of international trade and investment«.[102]

Johnson beauftragte letztendlich Lederer, den er von seinen Europareisen vor 1933 kannte, mit der Zusammenstellung einer Berufungsliste, so daß die Zusammensetzung der *Graduate Faculty* unter Lederers maßgeblichem Einfluß zustande kam.[103] Mit G. Colm, A. Feiler, E. Heimann, A. Salomon, H. Speier und F. Wunderlich konnte Lederer Ökonomen und Soziologen gewinnen, die zumindest als Autoren des AfSS oder aber als ehemalige Studen-

[100] Vgl. Hagemann 1991, 46 und Factor 1988, 19. Alvin Johnson wies im Vorwort zu der neuen Zeitschrift darauf hin, daß die wissenschaftlichen Zeitschriften in den Herkunftsländern der Emigranten für sie formal oder faktisch geschlossen worden waren; vgl. Johnson 1934, 1. Dies traf zuerst und vor allem auf das AfSS zu.

[101] Vgl. Krohn 1987, 72f.

[102] Johnson 1934, 2.

[103] Vgl. Krohn 1987, 77. Dieser übernahm damit auch auf organisatorischem Gebiet faktisch die Rolle, die Alfred Weber als geschäftsführender Direktor des InSoSta innegehabt hatte.

ten in Heidelberg mit ihm verbunden waren. Somit entstammten – Lederer selbst mit eingerechnet – sieben der elf Berufungen des *Graduate Faculty*-Gründungsjahres dem (weiteren) Heidelberger intellektuellen Umfeld.[104]

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die neue Institutszeitschrift, zu deren erstem Band aus dem Heidelberger Kreis zwei Drittel der Beiträge kamen. In den letzten beiden AfSS-Bänden und in diesem ersten *Social Research*-Band veröffentlichten neben den prominenten Reformökonomen Colm, Lederer und Neisser die ehemaligen AfSS-Redaktionssekretäre Mark Mitnitzky und Hans Speier sowie der Soziologe Albert Salomon. Auch Walther Lederer, der im drittletzten AfSS-Band publiziert hatte, war hier mit einem Aufsatz beteiligt.[105] Darüber hinaus wird bei Heimann und Salomon eine Kontinuität zur *Festschrift* für Lederer deutlich. Salomon, der 1932 einen Aufsatz über Max Weber beigegeben hatte, startete 1934 in *Social Research* eine dreiteilige Beitragsreihe über den bedeutenden Heidelberger Soziologen, und Heimanns erste Publikation in der neuen Zeitschrift, *Social Preconceptions of Economic Theory*,[106] war die erweiterte Fassung der *Festschrift*-Arbeit *Über das soziologische Fundament der ökonomischen Theorie.*

Unter Berücksichtigung der vor 1922 bestehenden personellen wie intellektuellen Verknüpfungen zwischen InSoSta, AfSS und *Festschrift* läßt sich somit konstatieren, daß ein qualitativ wie quantitativ hoher Anteil der Heidelberger Forschungstradition, die sich in Lederers interdisziplinärem Wissenschaftsverständnis widerspiegelt, über 1933 hinaus gerettet und zumindest für einige Jahre an die *Graduate Faculty* transferiert werden konnte. Der frühe Tod Lederers, die Wissenschaftskonzeption Alvin Johnsons und nicht zuletzt die für eine erfolgreiche Akkulturation der emigrierten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler unabdingbare Anpassung an die geänderten wissenschaftlichen Rahmenbedingungen in den USA führten jedoch zu einer schnell fortschreitenden Erosion des Heidelberger Einflusses auf die Universität im Exil an der *New School* in New York.

[104] Vgl. Anhang 4. Auf Johnsons erster Wunschliste hatten außerdem Löwe, Mannheim, Marschak und Neisser gestanden, die jedoch bereits an anderen Universitäten untergekommen waren. Bis auf Mannheim kamen sie dann einige Jahre später an die *New School.*

[105] Vgl. Anhang 4. Bereits mit dem zweiten Band (1935) begann dieser Einfluß und damit jener der Institutsmitglieder leicht abzunehmen. Dies entsprach jedoch der Intention Alvin Johnsons, der die wissenschaftliche Basis von *Social Research* verbreitern wollte.

[106] Heimann 1934.

Anhang 1

Festschrift für Emil Lederer
Zu seinem fünfzigsten Geburtstag am 22. Juli 1932 (masch.)

*Verzeichnis der Beiträge**

Altschul, Eugen: Mathematische Modelle in der Wirtschaftstheorie (8 S.).
Amonn, Alfred: Kaufkraft und Krise. Versuch einer statischen Konjunkturtheorie (23 S.).
Bauer-Mengelberg, Käthe: Wirtschaftsgesinnung der Bauern – Kapitalismus und Landwirtschaft (24 S.).
Baum, Marie: Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung in den Vereinigten Staaten von Amerika (15 S.).
Berliner, Cora: Der Absatz deutscher Waren in Großbritannien (61 S.).
Bernstein, Grete: Fasciculum Vitae (3 S.).
Bloch, Ernst: In einem Land ohne Tee (2 S.).
Braunthal, Alfred: Die Wendung der jungen sozialistischen Generation zur modernen Wirtschaftstheorie (7 S.).
Croner, Fritz: Das Sozialbewußtsein des DHV; Der andere Weg des GdA. Zu Max Rössiger »Der Angestellte von 1930«; Der Begriff des Angestellten in der neueren Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes [Zeitungsausschnitte] (8 S.).
Deutsch, Georg: [ohne Titel; zur Standortfrage, Betriebskostenrechnung u.a.m. in der Filmindustrie] (9 S.).
Eppstein, Paul: Die Mannheimer Erwerbslosen-Notschule. Materialien zur kulturellen Erwerbslosenhilfe (10 S.); Einrichtung einer Notschule für erwerbslose Jugendliche, in: Blätter für die Wohlfahrtspflege der Stadt Mannheim, 30. Jg.,

*Als Miszellen sind der Sammelmappe beigefügt: *Lütkens, Wolfgang* [Sohn von Ch. Lütkens]: Bild »Lichtreklame am Domplatz«; *Marschak, Annenee* [Photographie der Tochter von Jacob Marschak Angela]; *Marschak, Marianne*: Weltfußgänger (2 S.); *Staudinger, Elise* [Else]: [Gedanken zu] A. Seghers »Der Aufstand der Fischer von St. Barbara« (3 S.); *Staudinger, Ruth*: [Nichte von E. Lederer]: Über das Buch von Pierre Viénot »Ungewisses Deutschland« [Schulaufsatz]; *Yoshisaka, S. und T.*: [Japanische Zeichnungen].

Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Länge der Beiträge in der Mappe.

Unter anderem fehlen die Arbeiten seiner akademischen Kollegen Hans v. Eckardt, Hans Kelsen und Karl Mannheim, die bei Speier noch als Beitragende genannt werden; vgl. Speier 1979, 267. Carl Freytag verdanke ich den Hinweis, daß auch der 1928 von Emil Lederer promovierte Alfred Sohn-Rethel ein Manuskript zu der Sammelmappe beigesteuert hatte.

H. 3, 1930; Kulturelle Erwerbslosenhilfe, in: Die lebendige Stadt, Stadtzeitschrift [der Stadt Mannheim; d. Verf.], 3. Jg., H. 6.

Falk, Werner: Vernunft und Freiheit beim jungen Marx (58 S.).

Feiler, Arthur: Bericht des Zentralausschusses (21er Ausschuß) über die Hebung der Produktion, insbes. durch Arbeitsbeschaffung (= Drucksache Nr. 38 des vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 12.3.1932).

Fischer, Julius: Die Finanznot der Gemeinden Niederösterreichs, in: Österreichische Gemeinde-Zeitung, 7. Jg. (8), 1930; Die Gemeinden in der Krise, in: ebd., 9. Jg. (8), 1932.

Geiler, Karl: Die Konkretisierung des Rechtsgebots der guten Sitten im modernen Wirtschaftsrecht (32 S.).

Gruhle, Hans W.: Vererbungsgesetze und Verbrechensbekämpfung (19 S.).

Hahn, L. Albert: Die Ungleichheiten in der internationalen Verteilung des Kapitals als Grund der Arbeitslosigkeit, in: ILO, Ausschuß für Arbeitslosigkeit, Genf, 26.-27. Januar 1931 [unkorrigierter Abzug].

Halasi, Adalbert: Der verärgerte Publizist (5 S.).

Haubach, Theodor: Positive Verfassungskritik. Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik, in: Die Justiz, Bd. 6 (11/12), S. 628-639.

Heimann, Eduard: Über das soziologische Fundament der ökonomischen Theorie (5 S.).

Heller, Hermann: Bürger und Bourgois (= Sonderdruck aus *Neue Rundschau*, Juni 1932, S. 721-736).

Höber, Johannes: Was lehrt uns die englische Krise, in: Volksstimme, Mannheim, 15.9.1931; Notverordnung und Krise, in: ebd., 15.12.1931; Das Spiel mit dem Verfassungsbruch. Regierungskrise und Reichsverfassung, in: ebd., 7.6.1932; Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, in: Die lebendige Stadt, H. 6, 1931/32.

Káldor, Georg: Glossen zur Weltwirtschaftskrise, in: Szazadunk [unser Jahrhundert], hrsg. von Stefan Varri und Rustem Vamberg, 1930.

L., G.: Die italienischen Staatsfinanzen unter dem Faschismus. Gleichzeitig ein Beitrag zu seiner Wirtschaftspolitik. Von Karl Nissen [Zeitschriftenbeitrag ohne Quellenangabe; der sich hinter den Initialen verbergende Verfasser konnte nicht ermittelt werden].

Lachmann, Kurt: Von der Dynamik zur Statik (6 S.).

Landauer, Carl: Krise des Kapitalismus [Zeitschriftenartikel].

Lederer, Max: Goethe und das Theater. Vortrag, gehalten im Goethe-Verein in Wien, am 17. Januar 1931 (40 S.).

Lederer, Walther: Der Weg zum Sozialismus (18 S.).

Löwe, Adolph: Über den Sinn und die Grenzen verstehender Nationalökonomie. Bemerkungen zu Sombarts »Drei Nationalökonomien«, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, S. 149*-162*.

Lütkens, Charlotte: Die Amerikalegende (= Sonderdruck aus: Sozialistische Monatshefte, 1. H. 1932).

Marschak, Jacob: Notizen: Kerensky und von Papen. Soziologie der Kuh (5 S.).

Mierendorff, Carlo: Nach 14 Jahren. Heidelberg 1918 und 1932. Wie wir es uns damals dachten und was daraus geworden ist. Rede gehalten vor den Mitgliedern der Sozialistischen Studentengruppe der Nachkriegsjahre, Pfingsten 1932 (14 S.).

Mises, Ludwig: Eugen von Philippovich (= Sonderdruck aus: Neue Österreichische Biographie, 1815-1918. Abt. 1. III, Wien 1926, S. 53-62).

Nathan, Otto: Aus einem Memorandum für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über »Arbeitslosenversicherung«, Juli 1931 (6 S.).

Petzet, Wolfgang: Zwei Szenen einer politischen Komödie (13 S.).

Plaut-Blumenfeld, Margret: Die Stellung des Verbrechers in der amerikanischen Gesellschaftsordnung (22 S.).

Polanyi, Michael: Eine Ansprache in einem kleinen Kreise junger Leute. Aus dem Jahre 1929 [anläßlich der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zum Erlernen der Statistik, die damals jedoch bereits wieder aufgelöst war] (7 S.).

Riemer, Svend: Zwiegespräch zwischen dem Berufsberater und einem Abiturienten über die Wahl eines akademischen Berufs [gehalten am 6. April 1932 im Norddeutschen Rundfunk] (7 S.).

Schelting, Alexander v.: Das rationale Handeln in der Wirtschaftstheorie (30 S.).

Schumpeter, Joseph A.: Entwicklung (17 S.).

Somary, Felix: Notizbuch. Zur Krise (3 S.).

Speier, Hans: Das Proletariat und seine Kritiker (26 S.).

Stark, Johann: Landarbeiterfrage und öffentliche Meinung in Ungarn (26 S.).

Salomon, Albert: Max Weber [Sonderdruck ohne Quellenangabe] (19 S.).

Sultan, Herbert: Öffentliche Wirtschaft und Volkswirtschaft. Grundsätzliche Thesen zur theoretischen Systematik (5 S.).

Taut, Heinrich: [Disposition einer Arbeit über] Triebkräfte der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts (11 S.).

Weiss, Franz Xaver: Wirtschaft, wirtschaftliches Prinzip und Wirtschaftstheorie (16 S.).

(Ranshofen-)Wertheimer, Egon: Das Völkerbundsekretariat. Einige vorläufige Bemerkungen zu seiner Entstehung, seinem soziologischen Aufbau, seinen Organisations- und Reorganisationsproblemen (46 S.).

Zuckmayer, Carl: Rede gegen die Zensur. Gehalten im Preußischen Herrenhaus Berlin, anläßlich des verbotenen Remarque-Films (6 S.).

Quelle: SUNYA, SPE XMS Lederer, 1,82.1.

Anhang 2

Promotionen[1] *der Festschriftmitarbeiter/innen in Heidelberg*

Doktorand/in, Dissertationsthema	Jahr	Referent(en)[2]
Bauer-Mengelberg, K.: Die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Partei als Ausfluß staatlicher Ideologien.	1918	E. Gothein
Berliner, C.: Die Organisation der jüdischen Jugend in Deutschland. Ein Beitrag zur Systematik der Jugendpflege und der Jugendbewegung.	1916	E. Lederer
Bernstein, G.: Die Argumentation der Unternehmer im Wirtschaftskampf.	1930	E. Lederer
Croner, F.: Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.	1921	E. Lederer
Deutsch, G.F.: Beiträge zur Soziologie der berufsständischen Vertretung.	1923	
Eppstein, P.: Der Durchschnitt als statistische Fiktion. Ein Beitrag zur statistischen Methodologie auf der Grundlage der Philosophie des Als-ob.	1923	S. P. Altmann, A. Salz
Falk, W.: Wirtschaft und Wirtschaftserfolg.	1930	E. Lederer
Feiler, A.: Die deutschen Finanzen vom Kriegsausbruch bis zum Londoner Diktat.	1923	E. Lederer
Haubach, T.: Versuch einer Phänomenologie des ästhetischen Bewußtseins im Grundriß.	1923	K. Jaspers
Heimann, E.: Zur Kritik der Sozial-Methode. Methodologisches zu Problemen des Wertes und des wirtschaftlichen Prinzips.	1912	A. Weber
Höber, J.: Die Nachkriegsentwicklung der englischen Arbeiterbewegung.	1930	E. Lederer
Káldor, G.: Paneuropa. Theoretische Grundlagen eines gesamteuropäischen Imperiums.	1925	A. Weber
Lachmann, K.: Der Zins als geldwirtschaftliches Phänomen. Ein Beitrag zur dynamischen Wirtschaftstheorie.	1921	E. Lederer

[1] Von den nicht in der *Festschrift*, jedoch im AfSS und/oder *Social Research* vertretenen Heidelbergern promovierten bei E. Lederer: Marcus Mitnitzky mit der *Arbeit Lohn und Konjunktur vor dem Kriege* (1930) und Johann Baracs über *Zins, Kredit und Konjunktur* (1928).

[2] Zum Teil konnten die Referenten aufgrund fehlender Promotionsakten nicht ermittelt werden.

Doktorand/in, Dissertationsthema	Jahr	Referent(en)[2]
Lederer, W.: Die Klassenschichtung, ihr soziologischer Ort und ihre Wandlungen.	1930	A. Salz
Lütkens, C.: Die Wandlungen des modernen England durch die Kapitalwirtschaft.	1921	A. Weber
Marschak, J.: Die Verkehrsgleichung.	1922	E. Lederer
Mierendorff, C.: Die Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands.	1923	E. Lederer
Petzet, W.: Versuch einer soziologischen Erklärung des Physiokratismus.	1922	A. Weber
Riemer, S.: Die Denkschemata der statischen Wirtschaftstheorie.	1930	E. Lederer
Salomon, A.: Der Freundschaftskult des 18. Jahrhunderts in Deutschland. Versuch zur Soziologie einer Lebensform.	1922	
Schelting, A. v.: Die logische Theorie der historischen Kulturwissenschaft von Max Weber und insbesondere sein Begriff vom Idealtypus.	1922	A. Weber
Sohn-Rethel, A.: Von der Analytik des Wirtschaftens zur Theorie der Volkswirtschaft.	1928	E. Lederer
Speier, H.: Die Geschichtsphilosophie Lassalles.	1929	S.P. Altmann[3]
Stark, J.: Der Kapitalexport und seine Rückwirkungen auf das kapitalausführende Land. An Hand der englischen Entwicklung.	1931	E. Lederer
Staudinger, E.: Der subjektive Wert und das Zurechnungsproblem.	1918	E. Gothein
Taut, H.:[4] Der Ursprung der puritanisch-revolutionären Idee im elisabethanischen England.	(1934)	(E. Salin)
(Ranshofen-) Wertheimer, E.F.: Die kooperativen sozialen Elemente im Ringen zwischen Kapital und Arbeit.	1922	E. Lederer

Quellen: Promotionsakten der UAH H-IV 757; Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums, 1911-1965.

[3] Altmann hatte das Gutachten zur Dissertation unterzeichnet; vgl. UAH. Speier selbst nennt jedoch K. Mannheim als Betreuer, »bei dem [er] der erste Doktorand war« (1988, 154).

[4] Als Doktorand von E. Lederer abgelehnt; Dissertationsversuch bei A. Weber wegen Relegation von der Universität 1933 abgebrochen. Promotion 1934 bei E. Salin in Basel; lt. mündl. Mitteilung von H. Taut an den Verfasser vom 15. Februar 1995.



Anhang 3

Publikationen der Mitglieder des InSoSta im AfSS*

Band-Nr. Jahr Name	19-48 1904-1921 ΣA[1]	 ΣR[1]	49 '22	50 '23	51 '23/ '24	52 '24	53 '25	54 '25	55 '26	56 '26	57 '27	58 '27
Altmann, S.[2]	–	2					R				R	R
Baum, M.												
Bergstraesser, A.												
Brinkmann, C.								R		R		
Gothein, E.	–	2		R								
Gumbel, E. J.												A
Jaffé, E.	–	4										
Lederer, E.[3]	5	16	R	R						A	A	
Lederer, W.												
Levy, H.	4	3										
Mannheim, K.				R		A	A				A	
Marschak, J.					A	2A	A					
Mitgau, J.												
Salin, E.	1	1										
Salz, A.	5	9		A		A					A,R	
Schuster, E.			A									
Sommerfeld, H.												
Sultan, H.									A			
Waffenschmidt, W.	–	–			R	A	R			R		
Weber, A.	1	5	A						A			
Weber, M.	11	13										
Schumpeter, J.A.[4]	–	6						A			A	A
Sombart, W.[4]	–	15										

* Vor 1924 Volkswirtschaftliches Seminar; nicht schattierte Felder: Zeitraum der Institutszugehörigkeit von Zugangs- bis Abgangsjahr (incl.).

1 A = Aufsatz; R = Rezension bzw. Überblicksartikel

2 Wurde bis 1933 als Hon. Prof. am InSoSta geführt, jedoch seit 1930 wegen Krankheit von Lehrverpflichtung befreit.

3 Von März 1923 bis Februar 1925 für Japan-Reise beurlaubt.

4 Hier als AfSS-Herausgeber geführt, nicht Mitglied des InSoSta..

5 Zusammen mit S. Riemer und K. Bauer-Mengelberg.

6 Zusammen mit J. Marschak bzw. einer der drei Aufsätze zusammen mit W. Lederer.

Publikationen der Mitglieder des InSoSta im AfSS (Fortsetzung)*

Band-Nr. / Jahr / Name	59 '28	60 '28	61 '29	62 '29	63 '30	64 '30	65 '31	66 '31	67 '32	68 '33	69 '33	ΣA[1]	ΣR[1]
Altmann, S.[2]												–	3
Baum, M.						A					R	1	1
Bergstraesser, A.												–	–
Brinkmann, C.	R				R							–	4
Gothein, E.												–	1
Gumbel, E. J.						A						2	–
Jaffé, E.												–	–
Lederer, E.[3]				A[5]	A			A	A	A	A	8	2
Lederer, W.							A		A[6]			2	–
Levy, H.		R										–	1
Mannheim, K.					A							4	1
Marschak, J.						A		A	3A[6]	A,R	A	11	2
Mitgau, J.												–	–
Salin, E.												–	–
Salz, A.												3	1
Schuster, E.												1	–
Sommerfeld, H.												–	–
Sultan, H.	R											1	1
Waffenschmidt, W.							R		A			2	4
Weber, A.												2	–
Weber, M.													
Schumpeter, J.A.[4]												3	–
Sombart, W.[4]						A						1	–

* Vor 1924 Volkswirtschaftliches Seminar; nicht schattierte Felder: Zeitraum der Institutszugehörigkeit von Zugangs- bis Abgangsjahr (incl.).

1 A = Aufsatz; R = Rezension bzw. Überblicksartikel

2 Wurde bis 1933 als Hon. Prof. am InSoSta geführt, jedoch seit 1930 wegen Krankheit von Lehrverpflichtung befreit.

3 Von März 1923 bis Februar 1925 für Japan-Reise beurlaubt.

4 Hier als AfSS-Herausgeber geführt, nicht Mitglied des InSoSta..

5 Zusammen mit S. Riemer und K. Bauer-Mengelberg.

6 Zusammen mit J. Marschak bzw. einer der drei Aufsätze zusammen mit W. Lederer.

Quelle: nach bibliographischen Angaben, Factor 1988, 57-174; eigene Erhebungen.

Anhang 4

Personelle Verknüpfungen zwischen InSoSta und der Graduate Faculty der New School for Social Research

Autor/in[1]	AfSS-Beitrag[2]	FS[3]	Social Research-Beitrag[4]	Iunstitutioneller Heidelberg-Bezug
Ascoli, M.			1 (2); 2 (2); 3 (1); 4 (2, 3); 5 (1); 6 (2)	
Borgese, G.A.			1 (4)	
Brandt, K.[5]			1 (1, 2); 2 (1); 3 (2, 4); 4 (2); 5 (1)	
Brecht, A.			1 (3); 2 (3); 3 (2); 4 (2, 3); 6 (1, 3); 7 (2)	
Colm, G.[5]	52; 69		1 (1, 2, 3); 2 (2, 4); 3 (2); 4 (2, 3); 5 (2, 3); 6 (2); 7 (4)	
Feiler, A.[5]		X	1 (1, 2, 3, 4); 2 (4); 3 (3); 4 (3); 5 (4); 6 (2); 7 (3)	1923 Prom., E. Lederer
Heimann, E.[5]	37; 39; 41; 45; 52; 55	X	1 (1, 3, 4); 2 (2); 4 (1, 3); 5 (2, 4); 6 (1, 2, 4); 7 (3)	1912 Prom., A. Weber
Johnson, A.			1 (1); 2 (2); 4 (3); 6 (2, 3)	
Kantorowicz, H.[5]			1 (3)	
Lederer, E.[5]	25 bis 69: 31 (Review-) Artikel		1 (1, 2); 2 (1, 2); 3 (1, 4); 4 (1, 3); 5 (1, 2); 6 (2)	1910-21 Red. Asst., 1922-33 Hrsg., AfSS; 1911-32 PD, a.o. Prof., o. Prof., HD
Lederer, W.	65; 67	X	1 (4); 2 (1); 4 (2); 5 (2)	1930 Prom., A. Salz; 1930-33 Asst. v. J. Marschak
Mitnitzky, M.	66; 68		1 (2); 6 (1)	1930 Prom., E. Lederer; 1932-33 Red. Asst., AfSS

[1] *Social Research*-Autor/innen, die über das AfSS, die Lederer-*Festschrift* und/oder Promotion an der Heidelberger Universität mit dem InSoSta verbunden waren, sind kursiv gedruckt.

[2] Aufsatz oder Rezension bzw. Überblicksartikel im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. Die Zahlen geben jeweils die Bandnummern an (von 25 = 1907 bis 69 = 1933; in Klammern = Zahl der Beiträge je Band).

[3] *Festschrift* für Emil Lederer zum 50. Geburtstag.

[4] Aufsätze in der *New School*-Zeitschrift *Social Research* zwischen 1934 und 1940; jeweils Angabe der Bandnummer und der Heftnummer in Klammern (von 1 = 1934 bis 7 = 1940).

[5] Gründungsmitglieder der *Graduate Faculty* der *New School for Social Research*.

Autor/in[1]	AfSS-Beitrag[2]	FS[3]	Social Research-Beitrag[4]	Iunstitutioneller Heidelberg-Bezug
Neisser, H.	49; 65; 67; 69		1 (4); 2 (1); 3 (1,4); 4 (4); 7 (1)	
Salomon, A.[5]	69	X	1 (2); 2 (1, 3, 4); 3 (3, 4); 4 (3); 5 (2)	1922 Prom. HD
Salvemini, G.			1 (3); 4 (1)	
Speier, H.[5]	61; 62; 64; 69	X	1 (1, 2, 3); 2 (1); 3 (3); 4 (3); 5 (2); 7 (3)	1929 Prom., K. Jaspers; 1932/33 Asst., E. Lederer, Berlin; 1933 Red. Asst., AfSS
Tillich, P.			1 (4); 3 (1); 4 (3)	
Wertheimer, M.[5]			1 (2); 2 (3)	
Wunderlich, F.[5]	58		1 (1); 2 (2, 3); 3 (1); 4 (3, 4); 5 (1)	
Braunthal, A.		X	2 (1); 4 (1); 6 (1, 2)	
Jászi, O.			2 (1); 4 (3); 5 (3)	
Kähler, A.			2 (4); 4 (1); 5 (1); 6 (2, 3)	
Kecskeméti, P.	61		2 (2)	
Landauer, C.	46; 48; 51; 61	X	2 (4); 7 (4)	
Lehmann, F.			2 (2, 3); 3 (1, 2); 5 (1, 4); 6 (2); 7 (2)	
Littauer, R.			2 (4)	
Simons, H.			2 (4); 3 (4); 5 (3); 6 (2)	
Staudinger, H.			2 (3); 3 (3); 4 (4); 5 (2); 6 (2); 7 (4)	1913 Prom., A. Weber
Fisher, I.			3 (2)	
Hermens, F.A.			3 (4); 4 (2); 5 (4); 6 (3)	
Holborn, H.			3 (1)	1926 Habil. HD
Levy, E.			3 (4)	
Mayer, C.			3 (3); 4 (4); 7 (2)	
Sturzo, L.			3 (2)	
Beard, Ch.A.			4 (3)	
Bekker, K.			4 (4)	
Bloch, K.	54		4 (4)	
Boas, F.			4 (3)	
Briefs, G.	49; 50; 67		4 (1)	
Garrison, L.K.			4 (3)	
Hook, S.			4 (3); 5 (4)	
Humphreys, J.H.			4 (2)	
Lasswell, H.D.			4 (3)	
Loewenstein, K.	51		4 (4)	
Lowe, A.		X	4 (3)	

Autor/in[1]	AfSS-Beitrag[2]	FS[3]	Social Research-Beitrag[4]	Iunstitutioneller Heidelberg-Bezug
Mann, Th.			4 (3)	
Ulich, R.			4 (3)	
Watson, G.			4 (3)	
Baracs, J.	59		5 (3)	1928 Prom., E. Lederer
Kaufmann, F.	54		5 (4); 6 (3, 4); 7 (2)	
Krautheimer, R.			5 (3)	
Leibholz, G.			5 (1)	1921 Prom., R. Thoma
d'Arms, E.F.			6 (4)	
Elliott, W.Y.			6 (2)	
Hallett Jr., G.H.			6 (3)	
Hula, E.			6 (1, 2); 7 (2)	
Kahler, E.			6 (4); 7 (3)	
Kallen, H.M.			6 (3)	
Rietzler, K.			6 (4)	
Strauss, L.	67		6 (4)	
Winter, E.K.			6 (3); 7 (4)	
Friedlander, E.			7 (1)	
Gaston, H.E.			7 (4)	
Gulick Jr., Ch.A.			7 (1)	
Herz, J.H., Florin, J.			7 (1)	
Lachmann, K.		X	7 (2, 4)	1921 Prom., E. Lederer
Marschak, J.	51; 52 (2); 53; 64; 66; 67 (3); 68 (2); 69	X	7 (3)	1922 Prom., E. Lederer; 1930-33 Asst., HD
Peltzer, E.			7 (3)	
de los Rios, F.			7 (4)	
White, H.B.			7 (2)	

Quellen: *Social Research*, Bde. 1-7 (1934-1940); Factor (1988), 57-174; *Festschrift*; Hagemann/Krohn 1992; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, 1980 und 1983.

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Festschrift für Emil Lederer. Zu seinem fünfzigsten Geburtstag am 22. Juli 1932 (masch.), in: State University of New York at Albany, Special Collections and Archives, SPE XMS Lederer, Box 1, 82.1 (Festschrift).

J.B.C. Mohr (Paul Siebeck) Verlag, Archiv Tübingen (Mohr/Siebeck).

State University of New York at Albany, Special Collections and Archives (SUNYA).

Universitätsarchiv Heidelberg (UAH).

Die Faszikelnummern werden in den Fußnoten angegeben.

B. Literatur

Amonn, A. (1920): Hauptprobleme der Sozialisierung, Leipzig.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. 2 Bde., hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München, und von der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München u.a., 1980 und 1983.

Blomert, R. (1991): Kulturwissenschaften in Heidelberg 1924-1948. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Ruperto Carola, mimeo.

Blomert, R. (1994): Sozialwissenschaften in Heidelberg, in: Zwischen Tradition und Moderne – Heidelberg in den 20er Jahren. Ausstellungskatalog, Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg, S. 167-177.

Brintzinger, K.-R. (1996): Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918-1945. Eine institutionenhistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten, Frankfurt a.M. u.a.

Brintzinger, K.-R. (1997): Liefmann, Robert, erscheint in: Hagemann, H./Krohn, C.-D. (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration, München u.a.

Croner, F. (1954): Die Angestellten in der modernen Gesellschaft. Eine sozialhistorische und soziologische Studie, Frankfurt a.M./Wien.

Croner, F. (1962): Soziologie der Angestellten, Köln/Berlin.

Croner, F. (1968): Ein Leben in unserer Zeit, Frankfurt a.M.

Demm, E. (1986): Alfred Weber als Politiker und Gelehrter, Stuttgart.

Dickler, R. A. (1981): Emil Lederer und die moderne Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Nachwort zur Neuausgabe von: E. Lederer: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Frankfurt a.M., S. 265-327.

Eßlinger, H. U. (1994): Neue Produkte gegen Arbeitslosigkeit. Emil Lederer untersuchte die Folgen des technischen Fortschritts, in: Piper, N.S. (Hrsg.), Die großen Ökonomen. Leben und Werk der wirtschaftswissenschaftlichen Vordenker, Stuttgart, S. 144-148.

Eßlinger, H. U. (1995): Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Treiber, H./Sauerland, K. (Hrsg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen, S. 422-444.

Eßlinger, H. U. (1997): Einflüsse der Emigrationserfahrung auf Emil Lederers wirtschaftstheoretische und soziologische Arbeiten, erscheint in: Hagemann, H. (Hrsg.), Die deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Emigration nach 1933, Marburg.

Factor, R. A. (1988): Guide to the *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* Group, 1904-1933. A History and Comprehensive Bibliography, New York u.a.

Falter, J. W. (1991): Hitlers Wähler, München.

Garvy, G. (1975): Keynes and the Economic Activists of Pre-Hitler Germany, in: Journal of Political Economy, 83, S. 391-405 (dt. Übers.: Keynesianer vor Keynes, in: Bombach, G. u.a.: Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland, Berlin 1976, S. 21-34).

Hagemann, H. (1991): Learned Journals and the Professionalization of Economics. The German Language Area, in: Economic Notes by Monte Dei Paschi di Siena, 20, S. 33-57.

Hagemann, H./Krohn, C.-D. (1992): Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht, 2. erw. Aufl., Stuttgart (= Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Hohenheim, Nr. 72/1992).

Hahn, L. A. (1931): Die Ungleichheiten in der internationalen Verteilung des Kapitals als Grund der Arbeitslosigkeit, in: Probleme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 (= Internationales Arbeitsamt, Studien und Berichte, Reihe C., Nr. 16), Genf, S. 136-150.

Hayek, F. A. (1927): Zur Problemstellung der Zinstheorie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpoltik, 58, S. 517-532.

Hayek, F. A. (1929): Gibt es einen Widersinn des Sparens?, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1, S. 387-429.

Hayek, F. A. (1930): Bemerkungen zur vorstehenden Erwiderung Prof. Emil Lederers, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1, S. 755-761.

Heimann, E. (1934): Sociological Preconceptions of Economic Theory, in: Social Research, 1, S. 22-44.

Heimann, E. u.a. (1941): Emil Lederer, 1882-1939. II. The Economist, in: Social Research, 8, S. 79-105.

Hennis, W. (1970): Zu Siegfried Landshuts wissenschaftlichem Werk *2.8.97 †8.12.68, in: Zeitschrift für Politik, 17, S. 1-14.

Jaffé, E. u.a. (1904): Geleitwort, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 19, S. i-v.

Johnson, A. (1934): Foreword, in: Social Research, 1, S. 1-2.

Kelsen, H. (1920/21): Vom Wesen und Wert der Demokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 50-85.

Kepeszczuk, J. (1956): Alfred Weber. Schriften und Aufsätze 1897-1955. Bibliographie zusammengestellt von Joseph Kepeszczuk, hrsg. vom Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, München.

Kocka, J. (1979): Einleitung des Herausgebers, in: E. Lederer: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940, hrsg. von J. Kocka, Göttingen, S. 7-13.

Krohn, C.-D. (1986): Geldtheorien in Deutschland während der Inflation 1914 bis 1924, (= Sonderdruck aus: Die Anpassung an die Inflation, hrsg. von G. D. Feldman u.a., Berlin/New York).

Krohn, C.-D. (1987): Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und an der New School for Social Research, Frankfurt a.M. u.a.

Krohn, C.-D. (1995): Zur intellektuellen Biographie Emil Lederers, in: E. Lederer: Der Massenstaat. Gefahren einer klassenlosen Gesellschaft, herausgegeben und eingeleitet von Claus-Dieter Krohn, Graz/Wien, S. 9-40.

Landauer, C. (1971): Toward a Unified Social Science, in: Political Science Quarterly, 86, S. 563-585.

Landshut, S. (1925): Über einige Grundbegriffe der Politik, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 54, S. 36-86.

Lasker, B. u.a. (1940): Emil Lederer, 1882-1939. I. The Sociologist, in: Social Research, 7, S. 337-358.

Lederer, E. (1912a): Die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung, 3, S. 43-55.

Lederer, (1912b):Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen.

Lederer, E. (1919): Probleme der Sozialisierung, Wiederabdruck in: E. Lederer: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940, hrsg. von J. Kocka, Göttingen 1979, S. 155-171.

Lederer, E. (1920): Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung, Tübingen.

Lederer, E. (1921): Die Liquidation der Krise in den Vereinigten Staaten und ihre Lehren, in: Die Freiheit, Nr. 66, S. 1-2.

Lederer, E. (1925a): Zum Methodenstreit in der Soziologie. Ein Beitrag zu einer ›verstehenden‹ Soziologie. (I), in: Shakaigaku Zasshi (Zeitschrift für Soziologie; Tokio), Nr. 15, S. 1-16.

Lederer, E. (1925b): Zum Methodenstreit in der Soziologie. Ein Beitrag zu einer ›verstehenden‹ Soziologie. (II), in: Shakaigaku Zasshi (Zeitschrift für Soziologie; Tokio), Nr. 16, S. 1-18.

Lederer, E. (1927): Das amerikanische »Paradies der Arbeit«, in: Weltwirtschaftliche Korrespondenz (Heidelberg), 8 (19), S. 1-2.

Lederer, E. (1929): Die Umschichtung des Proletariats und die kapitalistischen Zwischenschichten in der Krise, Wiederabdruck in: E. Lederer: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940, hrsg. von J. Kocka, Göttingen 1979, S. 172-186.

Lederer, E. (1930): Erwiderung auf den Aufsatz von Friedrich A. Hayek, Wien: ›Gibt es einen Widersinn des Sparens?‹, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1, S. 751-754.

Lederer, E. (1931): Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen; 2. Aufl. mit dem Untertitel »Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums«, Genf 1938; Neuausgabe der 2. Aufl. mit einem Nachwort von Robert A. Dickler, Frankfurt a.M. 1981.

Lederer, E. (1932): Planwirtschaft, Tübingen.

Lederer, E. (1933): Das Problem der russischen Wirtschafts- und Sozialverfassung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 68, S. 257-285.

Lederer, E. (1934): Fascist Tendencies in Japan, in: Pacific Affairs (Vancouver), 7, S. 373-385.

Lederer, E. (1940): State of the Masses. The Threat of the Classless Society, Reprint, New York 1967 (dt. Übers.: Der Massenstaat. Gefahren einer klassenlosen Gesellschaft, herausgegeben und eingeleitet von Claus-Dieter Krohn, Graz/Wien 1995).

Lederer, E./Marschak, J. (1926): Der neue Mittelstand, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX, 1, S. 120-141.

Lederer, E./Lederer-Seidler, E. (1929): Japan-Europa. Wandlungen im Fernen Osten, Frankfurt a.M.

Lowe, A. (1965): In Memoriam Franz Oppenheimer, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute, 10, S. 137-149.

Marschak, J. (1923/24): Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Mises'schen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51, S. 501-520.

Marschak, J. (1924): Die Verkehrsgleichung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 52, S. 344-384.

Marschak, J. (1924-1925): Der korporative und der hierarchische Gedanke im Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 52, S. 695-728 und 53, S. 81-140.

Michels, R. (1932): Die Theorien des Kolonialismus, in: Archiv für Sozialpolitik und Sozialwissenschaft, 67, S. 693-710.

Mises, L. (1920/21): Die Wirtschaftsrechnung im sozialstischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 86-121.

Mommsen, W. J. (1974): Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, 2. Aufl., Tübingen.
Oppenheimer, F. (1964): Erinnerungen, in: ders.: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen, hrsg. von L.Y. Oppenheimer, Düsseldorf, S. 201-254.
Papcke, S. (1991): Gesellschaftsdiagnosen. Klassische Texte zur deutschen Soziologie im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M./New York.
Preiser, E. (1964): Franz Oppenheimer. Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstags, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 176, S. 481-491.
Riemer, S. (1932): Sozialer Aufstieg und Klassenschichtung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 67, S. 531-560.
Schefold, B. (Hrsg.) (1989): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main. Erinnerungen an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät und an die Anfänge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Marburg.
Schüller, R. (1911a): Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 33, S. 715-743.
Schüller, R. (1911b): Die Nachfrage nach Arbeitskräften, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 33, S. 37-76.
Schumpeter, J. A. (1920/21): Sozialistische Möglichkeiten von heute, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 48, S. 305-360.
Schumpeter, J. A. (1932): Entwicklung, in: *Festschrift* für Emil Lederer, SUNYA, SPE XMS Lederer, 1, 82.1 (masch.).
Schumpeter, J. A. (1934): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 7. Aufl., unveränd. Nachdr. d. 4. Aufl., Berlin 1987.
Schwenkter, W. (1991): Die Japan-Studien Emil Lederers, in: Rikkyo Economic Review [Rikkyo Keizaigaku Kenkyu], 44, S. 107-127.
Speier, H. (1979): Emil Lederer. Leben und Werk, in: E. Lederer, Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940, hrsg. von J. Kocka, Göttingen, S. 253-272.
Speier, H. (1988): Nicht die Auswanderung, sondern der Triumph Hitlers war die wichtige Erfahrung. Autobiographische Notizen eines Soziologen, in: Vertreibung der Wissenschaften und andere Themen. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung von T. Koeber u.a. (= Exilforschung, Bd. 6), München, S.152-173.
Speier, H. (1989): Introduction. Autobiographical Notes, in: ders., The Truth in Hell and Other Essays on Politics and Culture, 1935-1987, New York/ London, S. 3-32.
Staudinger, H. (1940): Politics, in: Lasker, B. u.a.: Emil Lederer, 1882-1939. I. The Sociologist, in: Social Research, 7, S. 339-348.
Staudinger, H. (1982): Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889-1934. Hrsg. und bearb. von Hagen Schulze (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 10), Bonn.

Trautwein, H.-M. (1995): Pure Credit Economies in Monetary Theory (= Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Hohenheim, Nr. 106/1995), Stuttgart.

Trautwein, H.-M. (1997): Croner, Fritz, erscheint in: Hagemann, H./Krohn, C.-D. (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration, München u.a.

Wiggershaus, R. (1987): Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, 2. Aufl., München/Wien.

Carl Brinkmann

Eine wissenschaftsbiographische Skizze

Heiko Körner

1. Biographischer Abriß

Geboren am 19. März 1885 in Tilsit. Studierte Geschichte in Freiburg, Göttingen, Berlin und – als Rhodes-Stipendiat – in Oxford. Erhielt 1913 in Freiburg die Venia legendi für mittlere und neuere Geschichte aufgrund seiner Habilitationsschrift über *Freiheit und Staatlichkeit in der älteren deutschen Verfassung*.[1] Während des Ersten Weltkrieges als Spezialist für England im Auswärtigen Amt in Berlin beschäftigt; 1919 Umhabilitierung an die Berliner Universität, dort 1921 zum außerordentlichen Professor ernannt.

Im Jahr 1923 Berufung auf ein Extraordinariat für Nationalökonomie in Heidelberg; 1932 als Nachfolger von Emil Lederer eingewiesen in ein Ordinariat für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft. Mitdirektor (und seit 1933 alleiniger Direktor) des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften. Von 1942 bis zur Entlassung 1945 Professor in Berlin; 1947 Professor für Volkswirtschaftslehre in Tübingen. Dort entpflichtet 1953. Verstorben am 20. Mai 1954 in Oberstdorf im Allgäu.

2. Wissenschaftliche und (hochschul-)politische Ausrichtung

Brinkmanns wissenschaftliches Interesse galt der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und ganz besonders – wie viele seiner Publikationen[2] ausweisen –

[1] Brinkmann 1912. Darin, wie auch in seiner Berliner Dissertation *Die Entstehung des Märkischen Landbuches Kaiser Karls IV.* (1908), zeigt sich bereits die staatswissenschaftlich-historische Ausgangsposition seines Forschungsinteresses.

[2] So z.B. seine Monographien *Weltpolitik und Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert* (1921); *Englische Geschichte 1815-1914* (1924) und *Wirtschafts- und Sozialgeschichte* (1927).

der Weltwirtschaftsgeschichte. Seiner Ausbildung nach Historiker, berief er sich gern und immer wieder auf seine Lehrer Gustav Schmoller, Adolph Wagner und Paul Vinogradoff, deren Ansätze er in der ihm eigenen Interpretation als »soziologische Methode«[3] fortsetzen und ergänzen wollte: Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte müssen nach Ansicht Brinkmanns als sich ergänzende Disziplinen begriffen werden, die das Zusammenwirken der »geistigen Haltungen« und realen Faktoren beschreiben, welche vergangene und gegenwärtige Gesellschaftsformen geprägt haben und prägen.[4] Wirtschaft und Staat, der ökonomische Prozeß und seine politische Gestaltung erscheinen insoweit nicht als gegensätzliche, sondern als sich ergänzende Elemente gesellschaftlicher Lebensformen.[5] Wesentliches Erklärungsziel ist deshalb die menschliche und gesellschaftliche Bedingtheit aller wirtschaftlichen Verhältnisse und die Einsicht in deren »Werden und Vergehen«.[6]

Die »reine« Wirtschaftstheorie der Neoklassik erscheint Brinkmann deshalb ebenso uninteressant wie etwa die ordnungspolitischen Laisser-faire-Postulate Röpkes und Hayeks.[7] Anders als Böhm-Bawerk, der schon 1914 gezeigt hatte, daß Macht nicht jede ökonomische Gesetzmäßigkeit außer Kraft setzen kann, war Brinkmann vom Primat der Macht überzeugt, weil diese in seinen Augen keine wirtschaftsfremde Kategorie darstellt, sondern zu den »Fundamentaltatsachen aller Tausch- und Planwirtschaft« gehört.[8] Nicht »Macht oder ökonomisches Gesetz«[9] lautete seine Fragestellung; sein Problem war »Macht *und* ökonomisches Gesetz«, und er suchte zeitlebens die verwickelten Zusammenhänge zwischen beiden Kategorien zu beschreiben und zu analysieren. Er stützte sich dabei mit Vorzug auf die soziologischen Theoreme Paretos, die sein Denken stark beeinflußt hatten.[10] Auch seine – heute noch lesbare – große List-Biographie[11] ist deutlich von solchen Gedankengängen geprägt.

[3] Mit Blick auf die von ihm kritisierte »reine« Wirtschaftstheorie soll Brinkmann – nach einem Hinweis von K. Mannheim – Soziologie, wie er sie verstand, als »Oppositionswissenschaft« bezeichnet haben; vgl. Blomert 1995, 181, Fn. 5.

[4] Vgl. Brinkmann 1927, VI.

[5] Vgl. Brinkmann 1925, 49ff., insbes. 52ff.

[6] Brinkmann 1948a, 9.

[7] Vgl. Brinkmann 1948a, 16.

[8] Brinkmann 1948a, 18.

[9] Böhm-Bawerk 1914.

[10] Als spätes, posthumes Zeugnis dieser lebenslangen Beschäftigung mit Pareto vgl. die von Brinkmann ausgewählte, eingeleitete und übersetzte deutsche Ausgabe; Pareto 1955; vgl. auch Brinkmann 1950.

[11] Brinkmann 1949.

Wiewohl Brinkmann stets alle Bereiche der ökonomischen Theorie in der Lehre vertrat, blieb doch sein eigener literarischer Beitrag auf diesem Gebiet schwach: Das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erschienene ökonomische Lehrbuch[12] wirkt wenig akzentuiert und ohne Engagement geschrieben,[13] besonders, wenn man es mit einem der damals neu konzipierten und edierten Standardlehrbücher der Nachkriegszeit vergleicht, z.B. mit der *Einführung* Erich Schneiders, deren erster Teil schon 1946 in erster Auflage vorgelegt worden war.[14]

In seiner politischen Haltung ist der aus einer im deutschen Kaiserreich von 1871 etablierten großbürgerlichen Familie stammende Brinkmann zunächst der von Alfred Weber in Heidelberg geprägten – durchaus national eingefärbten – liberalen Sphäre[15] zuzurechnen. Brinkmann, der sich wohl zu Recht als »Vertreter heterodoxer Meinungen auch schon vor 1933« bezeichnete,[16] hatte sich aber bereits vor der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹ von der liberalen Fraktion der ›Modernisten‹ am InSoSta entfernt.[17] Im Gegensatz zu Weber zeigte sich bei dem Pareto-Leser Brinkmann eine Neigung zu völkischen Mystifikationen und zur Bewunderung autoritärer politischer Inszenierungen wie z.B. des italienischen Faschismus dieser Zeit.[18] So erscheint es auch konsequent, wenn Brinkmann, anders als Alfred Weber, der sich bekanntlich den Zumutungen des Nationalsozialismus durch Rückzug aus dem akademischen Leben entzog,[19] von Bücherverbrennung und Vertreibung von Kollegen aus politischen und rassistischen

[12] Brinkmann 1948b.

[13] Vgl. auch die nur 16 Zeilen umfassende – vernichtende – Rezension von Kauder 1949: »... he lacks the ability to clearly convey his message .... To determine the author's own viewpoint is almost impossible.«

[14] Schneider 1946.

[15] Vgl. Bräu 1995, 21ff., insbes. 39ff.

[16] Brinkmann 1935, 363.

[17] Die Gegensätze zwischen dem modernistisch-liberalen Flügel um Lederer und Weber und dem eher konservativen Brinkmann zeigten sich im Verlauf der ›Gumbel-Affäre‹ besonders deutlich. Während die beiden erstgenannten sich für die Verleihung des Professorentitels an den umstrittenen Privatdozenten einsetzten, vertrat Brinkmann eine passive bis feindselige Haltung gegenüber dem in konservativen Kreisen verfemten Pazifisten; vgl. Eßlinger 1995, 424f. Für eine ausführliche Darstellung der Vorgänge um Emil Julius Gumbel vgl. z.B. Jansen 1991.

[18] Dies wird besonders deutlich in seiner noch 1950 verfaßten Bewertung von Paretos Affinität zum Faschismus. »Was seinen [Paretos] (...) Beitritt zum vaterländischen Faschismus bestimmte, war ... der kämpferische Untergrund, das aktive und edelmütige Residuum seiner eigenen Menschlichkeit«; Brinkmann 1950, 10. Brinkmanns Hang zur »völkischen Überhöhung« wissenschaftlicher Aussagen zeigt sich z.B. deutlich in seiner Heidelberger Ansprache zur Reichsgründungsfeier 1932; vgl. Brinkmann 1932.

[19] Vgl. Bräu 1995, 30; Blomert 1994, 168.

Gründen offensichtlich unberührt, als einziger noch verbliebener Direktor im Jahre 1933 das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (als persönlichen Lehrstuhl) in die unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik neu gegründete Heidelberger Staats- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät überführte.

Brinkmann arbeitete während der Zeit des Nationalsozialismus in Heidelberg überwiegend sachlich orientiert an Themen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Raum- und Weltwirtschaftslehre, wobei er allerdings durch das Verfassen antienglischer Propagandaschriften[20] dem System durchaus deutlich Tribut zollte.[21] Die Spannweite und Ambivalenz der damaligen Aktivitäten Brinkmanns[22] wird auch durch die Namen seiner Mitarbeiter abgesteckt: Einerseits Giselher Wirsing, der 1933 aufgrund einer Dissertation *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft* in Heidelberg promoviert wurde; eine Arbeit, die ihn als einen wesentlichen Exponenten des konservativ-revolutionären *Tat*-Kreises auswies.[23] Andererseits aber Karl Schiller, der 1936 mit einer Dissertation *Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland* ebenfalls in Heidelberg promoviert wurde[24] und nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes als maßgebender sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker hervortreten sollte.

Nicht untypisch für Brinkmann erscheint es, daß er in seiner Tübinger Antrittsvorlesung von 1947 – der ersten Äußerung seit Kriegsende – der politisch-moralischen Dimension dieser »erneuten deutschen Katastrophe« verständnislos gegenübersteht: Die soziologische Methode, die er hier nochmals gegen die Dominanz der theoretischen Partialwissenschaften zu konsti-

[20] Vgl. Brinkmann 1940a und 1940b.

[21] Auch sein kurzer Aufsatz *Theoretische Bemerkungen zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm* enthielt einige tiefere Verneigungen vor den damaligen Machthabern, indem er z.B. »den Sieg unserer nationalen Erhebung« als »das gewaltige Ereignis persönlicher Tat« zu würdigen wußte; Brinkmann 1934, 1. Allerdings zeichnen sich die kaum vier Seiten umfassenden Ausführungen, ähnlich wie die zitierte Rede zur Reichsgründungsfeier, durch eine hochgradige Verworrenheit des Gedankengangs aus.

[22] Zu seiner Rolle bei den nach 1933 an der Staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät erfolgten – im wesentlichen politisch motivierten – Habilitationen vgl. den Beitrag von Brintzinger in diesem Band. Ferner hatte Brinkmann 1935 die – nach der ›Gleichschaltung‹ der Universitäten unüblich gewordene – Verleihung von Ehrenpromotionen an D.B. Copland und F.H. Knight angeregt, da er bei beiden »eine bestimmte Art des überseeischen Wirtschaftsmenschen und Wirtschaftsforschers, die subjektiv und objektiv dem deutschen Nationalsozialismus« nahe standen, zu erkennen glaubte; zit. nach Brintzinger 1996, 199.

[23] Vgl. Hoeges 1994, 147ff., insbes. 148f. Vgl. auch den Beitrag von Pöpping zu diesem Band.

[24] Vgl. die Bibliographie von Karl Schiller in Körner u.a. 1976, 561.

tuieren versucht, wird gerade nicht auf die Analyse der Ursachen bezogen, die das von ihm beklagte »schwere Schicksal Deutschlands« bedingten.[25] Denn ganz offensichtlich ist Brinkmann, der in seinen Arbeiten stets die politisch-gesellschaftliche Dimension der volkswirtschaftlichen Theorie behauptet und begründet hatte, aufgrund seiner elitär-apolitischen Grundhaltung gerade dem Ungeist des Nationalsozialismus gegenüber zeitlebens blind geblieben.

3. Ein exemplarischer deutscher Lebensweg?

Beim Rückblick auf unsere Lehrer, besonders auf die Lehrer unserer Lehrer, meinen wir heute klüger zu sein – und wir sind es auch faktisch, einfach durch die Vermehrung des empirischen Wissens über die globalen Ökonomien und Politiksysteme sowie durch den theoretischen Fortschritt, der in vielem erklärungsmächtigere Hypothesengerüste entstehen ließ. Solche Fortschritte in der wissenschaftlichen Ökonomik sind aber oft teuer bezahlt, da sie mit einem offensichtlichen Verlust an Geschichtlichkeit und damit an historischer und gesellschaftlicher Relevanz einhergehen.[26] Brinkmanns »soziologische Methode« kann in dieser Hinsicht noch immer als »Gegengift« empfohlen werden. Bei der Betrachtung seines Lebensweges treten allerdings auch die Grenzen eines Geschichtsbewußtseins hervor, das »Volk und Land« als vorwissenschaftliche Bedingung allen Wissens und Handelns, Lehrens und Lernens setzt,[27] und deshalb die moralischen Defizite der jeweiligen Gegenwart nicht kennt oder nicht kennen will.

Dem Nachlebenden allerdings ist die gerechte Bewertung dieser damaligen – uns im Rückblick unverständlichen – Defizite nicht mehr recht möglich. Deshalb sei das letzte Wort an einen Zeitgenossen Brinkmanns, Karl Barth, delegiert, der im Frühjahr 1945, noch vor Kriegsende, der deutschen Intelligenz »ins Stammbuch« schrieb:

[25] Vgl. Brinkmann 1948a, 23.

[26] Vgl. neuerdings wieder Bürgin 1993, 15ff.

[27] Brinkmann 1932, 27f.; wie schwer diese Einsicht noch zehn Jahre ›danach‹ vielen Fachkollegen fiel, zeigt der in dieser Hinsicht völlig unkritische Nachruf auf Brinkmann von Montaner 1954/55.

»Fragte man mich: wer hat mehr Verantwortung dafür, daß die Dinge in Deutschland so gelaufen sind, das halbe Prozent Gangster oder die 99% der Ordentlichen?, so würde ich ohne weiteres sagen: diese, die Ordentlichen. Sie hatten den Rechtsstaat ..., sie waren moralisch und verfassungsmäßig seine Träger und Garanten. Und eben sie haben ihn verraten. Ich denke bei den ›sie‹ z.B. an die deutschen (in der Hauptsache deutschnationalen aber auch liberalen und demokratischen) Professoren und Privatdozenten aller Fakultäten, deren Umfall und Gleichschaltung ich 1933 noch aus größter Nähe miterlebt habe. Sie sind die deutschen Richter, Beamten, Pfarrer, Schriftsteller, Künstler u.s.w., die man damals in Scharen den gleichen Weg des Fleisches gehen sah, ... die sollen nun ein Alibi bekommen und freigesprochen werden, sich selber freisprechen dürfen, nur weil sie nachher in Oradour nicht dabei waren und vielleicht tatsächlich von Oradour nie auch nur gehört haben?«[28]

Literaturverzeichnis

Barth, K. (1945): Zur Genesung des deutschen Wesens, Stuttgart.

Blomert, R. (1994): Sozialwissenschaften in Heidelberg, in: Zwischen Tradition und Moderne – Heidelberg in den 20er Jahren. Ausstellungskatalog, Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg, S. 167-177.

Blomert, R. (1995): Wandlungen im Wissenschaftsverständnis in der Weimarer Republik. Die Kultursoziologie von Alfred Weber und Karl Mannheim, in: Nutzinger, H.G. (Hrsg.), Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg, S. 161-195.

Böhm-Bawerk, E.v. (1914): Macht oder ökonomisches Gesetz?, in: Schmollers Jahrbuch, 23, S. 205-271.

Bräu, R. (1995): Alfred Weber: streitbares Leben – gelebtes soziologisches Denken, in: Nutzinger, H.G. (Hrsg.), Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg, S. 21-48.

Brinkmann, C. (1908): Die Entstehung des Märkischen Landbuches Kaiser Karls IV., Berlin (Diss.).

Brinkmann, C. (1912): Freiheit und Staatlichkeit in der älteren deutschen Verfassung, München (Habil.).

[28] Barth 1945, 88. Oradour-sur-Glane: am 10. Juni 1944 mitsamt seiner Bevölkerung durch Einheiten der SS-Division ›Das Reich‹ als Repressalie ausgelöschter Ort in Südwestfrankreich.

Brinkmann, C. (1921): Weltpolitik und Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert, Bielefeld/Leipzig.

Brinkmann, C. (1924): Englische Geschichte 1815-1914, Berlin.

Brinkmann, C. (1925): Die moderne Staatsordnung und der Kapitalismus, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt.: Spezifische Elemente der modernen kapitalistischen Wirtschaft, I. Teil, Tübingen 1925.

Brinkmann, C. (1927): Wirtschafts- und Sozialgeschichte, München/Berlin; 2. Aufl. 1953.

Brinkmann, C. (1932): Wirtschaftsform und Lebensform. Rede zur Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1932, Heidelberg.

Brinkmann, C. (1934): Theoretische Bemerkungen zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm, in: Schmollers Jahrbuch, 58, S. 1-4.

Brinkmann, C. (1935): Zum Methodenstreit unserer Zeitwende, in: Finanzarchiv, N.F., 3, S. 362-375.

Brinkmann, C. (1940a): Der englische Wirtschaftsimperialismus, Berlin.

Brinkmann, C. (1940b): Der wirtschaftliche Liberalismus als System der britischen Weltanschauung, Berlin

Brinkmann, C. (1948a): Nationalökonomie als Sozialwissenschaft, Tübingen.

Brinkmann, C. (1948b): Wirtschaftstheorie, Göttingen.

Brinkmann, C. (1949): Friedrich List, Berlin/München.

Brinkmann, C. (1950): Über Vilfredo Pareto, in: Jahrbücher für Sozialwissenschaft, 1, S. 1-11.

Brintzinger, K.-R. (1996): Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918-1945. Eine institutionenhistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten, Frankfurt a.M. u.a..

Bürgin, K. (1993): Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie, Marburg.

Eßlinger, H.U. (1995): Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Treiber, H./Sauerland, K. (Hrsg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen, S. 422-444.

Hoeges, D. (1994): Kontroverse am Abgrund: Ernst Robert Curtius und Karl Mannheim, Frankfurt a.M.

Jansen, C. (1991): Emil Julius Gumbel. Portrait eines Zivilisten, Heidelberg.

Kauder, E. (1949): [Rezension] Brinkmann, Carl, Wirtschaftstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 63, S. 68*.

Körner, H. u.a. (Hrsg) (1976): Wirtschaftspolitik – Wissenschaft und politische Aufgabe. Festschrift zum 65. Geburtstag von Karl Schiller, Bern/Stuttgart.

Montaner, A. (1954/55): Carl Brinkmann in memoriam, in: Finanzarchiv, N.F., 15, S. 205-211.

Pareto, V. (1955): Allgemeine Soziologie. Ausgewählt, eingeleitet und übersetzt von Carl Brinkmann, Tübingen.

Schneider, E. (1946): Einführung in die Wirtschaftstheorie. I. Teil, Tübingen.



Ein »typischer Heidelberger im Guten wie im Gefährlichen«

Arnold Bergstraesser und die Ruperto Carola 1923-1936

Horst Schmitt

Das im Titel angeführte Zitat Hermann Nohls[1] über Arnold Bergstraesser benennt pointiert ein Spannungsfeld, das Bergstraessers Denken und Handeln während seiner Heidelberger Jahre durchzog: Eine Ambivalenz – ab 1930 *zugleich* Einbruchstellen für nationalsozialistische Argumentationsfiguren und dezidierte Widerspruchspotentiale offenbarend –, die auch in den vielfältigen Facetten des sogenannten ›Heidelberger Geistes‹ lokalisiert werden könnte. Ich möchte diese Ambivalenz, im Anschluß an eine biographisch-politische Skizze, *exemplarisch* anhand der Themenstellung ›Geistesaristokratismus und Erziehungsaufgabe‹ illustrieren.[2]

1. Arnold Bergstraesser – eine biographisch-politische Skizze

Arnold Bergstraesser wurde am 14. Juli 1896 als Sohn eines protestantischen Verlegers und Landtagsabgeordneten in Darmstadt geboren. Seine Jugend verbrachte er in Stuttgart. Er besuchte dort das renommierte Eberhard-Lud-

[1] So Hermann Nohl über Arnold Bergstraesser, zitiert in einem Brief von Curt Bondy an Wilhelm Flitner vom 19.12.1950. Korrespondenz: Psychologisches Institut der Universität Hamburg.

[2] ›Exemplarisch‹ deshalb, weil sich auch für Bergstraessers Wissenschafts- und Methodenbegriff und für seine Reflexionen über Nation, Staat und Gesellschaft in der Weimarer Republik folgenreiche Ambivalenzen und ›Einbruchstellen‹ für nationalsozialistische Argumentationsfiguren zeigen lassen. Dazu ausführlich Schmitt 1989 und 1995, 46-73.

wigs-Gymnasium und gehörte als der »maßgebende Mann«[3] dem Stuttgarter Wandervogel e.V. an; eine Gruppe, die sich wie fast alle Wandervögel »als die Vertreter der eigentlich ›gebildeten‹, traditionsreichen Familien innerhalb des Mittelstandes«[4] sahen, überwiegend Repräsentanten des protestantischen Bildungsbürgertums.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges markierte, so Bergstraesser retrospektiv, das Ende der für ihn »scheinbar gesicherten Daseinsordnung«[5] des wilhelminischen Deutschland. Er zog als kriegsfreiwilliger Abiturient – voller nationalem und ›jugendbewegtem‹ Pathos – »zur großen Bewährung«;[6] eine ›Bewährung‹, die ihn nicht nur ein Augenlicht kostete, sondern auch jene »Kinderillusionen« zerstörte, »mit denen viele in den Krieg eingetreten waren«.[7]

Aus dem Kriege zurückgekehrt studierte er Nationalökonomie, Geschichte, Soziologie und öffentliches Recht, zuerst in Tübingen, danach in Berlin, München und schließlich – durch »Vermittlung von Marianne Weber«[8] – in Heidelberg. Er hörte unter anderem bei Friedrich Meinecke, Theodor Haering, Robert Wilbrandt, Ernst Troeltsch, Eberhard Gothein, Friedrich Gundolf und bei den Brüdern Weber und wurde 1924 – nach kurzer Zeit als wissenschaftliche Hilfskraft Edgar Salins – Assistent von Alfred Weber. Bei ihm hatte er ein Jahr zuvor mit einer Arbeit über *Die wirtschaftlichen Mächte und die Bildung des Staatswillens nach der deutschen Revolution* promoviert.

Schon während seines Studiums entwickelte Bergstraesser vielfältige hochschulpolitische Aktivitäten, die ihn zu einem der »bedeutendsten Köpfe in der Studentenschaft«[9] der Jahre 1919-1923 werden ließen. Hatte er noch im Januar 1919 unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse in einem »Aufruf an die Freideutsche Jugend« mit Rudolf Carnap, Eduard Heimann, Karl August Wittfogel u.a. einen emphatisch beschworenen »Sozialismus«[10] proklamiert, so wurde er in den folgenden Jahren zu einem der wichtigsten

[3] Vgl. Schmid 1973, 36. Zu den Funktionen Bergstraessers im Wandervogel und Feldwandervogel vgl. Jantzen 1975, 39ff.

[4] Linse 1976, 123. Zum Stuttgarter Wandervogel e.V. vgl. Carlo Schmid 1973, 36, der in seinen Erinnerungen den elitären Charakter dieser Gruppe besonders hervorhebt. Zu den »Herkunftskreisen« der Wandervogelbewegung generell Aufmuth 1979, 106ff.

[5] Bergstraesser 1954, 7f.

[6] So Hans Speidel 1964, 10, ein Klassenkamerad.

[7] Bergstraesser 1954, 12.

[8] Winters 1963 und Cron 1964.

[9] Diesem Urteil des Bergstraesser-Schülers Jürgen Schwarz (1968, 301) kann auch aus größerer Distanz nicht widersprochen werden; vgl. auch Eschenburg 1984, 221.

[10] Bergstraesser et al. 1919, 614-617.

Repräsentanten des der Weimarer Republik abwartend gegenüberstehenden Teils der Studentenschaft, dessen anfänglicher Einfluß jedoch schon ab 1923 ständig sank.[11] So gehörte Bergstraesser als Vertreter der ›Deutschen Akademischen Freischar‹ zeitweilig dem Vorstand und später dem Ältestenrat der 1919 gegründeten ›Deutschen Studentenschaft‹ an. Reformvorschläge zur studentischen Selbstverwaltung, die – wenn auch nur kurzfristig erfolgreiche – Verteidigung des Staatsbürgerprinzips gegen völkisch-rassische Aufnahmebedingungen[12] und sein großer Anteil an der Gründung der ›Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e.V.‹ markieren die wichtigsten hochschulpolitischen Aktivitäten Bergstraessers in den frühen Jahren der Weimarer Republik.

Anfang 1924 übernahm er die Geschäftsführung des in Heidelberg gegründeten ›Akademischen Austauschdienstes‹ (AAD), der zu einer Keimzelle des 1931 ins Leben gerufenen Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) wurde.[13] Nicht nur organisatorische Aufbau- und Mitarbeit innerhalb des AAD und DAAD bestimmten das Verhältnis Bergstraessers zu diesen Institutionen. Mit seiner 1930 erschienenen Studie *Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen* gewann er auch programmatischen Einfluß, der über die Machtergreifung der Nationalsozialisten hinaus »das Selbstverständnis des DAAD-Apparates und die Stipendiaten-Arbeit« prägte.[14] Denn in dieser Schrift boten seine Überlegungen zur ›kulturellen Begegnung‹ einen national und geistesaristokratisch konzipierten Orientierungsrahmen, der theoretische Grundlagen zur Gestaltung auswärtiger Kulturpolitik bereitstellte.[15]

Parteipolitisch engagierte sich Arnold Bergstraesser ab Mitte der 20er Jahre für die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP); eine Partei, in der Männer wie Friedrich Naumann, Hugo Preuß, Walther Rathenau, Theodor Heuss und seine akademischen Lehrer Ernst Troeltsch, Eberhard Gothein, Max und Alfred Weber maßgeblich wirkten oder ge-

[11] Vgl. zu diesem Zeitraum, den Entwicklungen und Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Studentenschaft, Schwarz 1970. Generell zum Problemkomplex ›Weimarer Republik und Studenten‹ Jarausch 1984, 117-151.

[12] Schon auf dem Studententag von 1922 in Würzburg setzte sich der ›völkisch-rassische‹ Standpunkt durch, Schwarz 1968, 310.

[13] Vgl. zu diesem Zeitraum und zum Heidelberger AAD, der weitgehend durch Aktivitäten Carl Joachim Friedrich initiiert wurde, Düwell 1976, 175 und die Studie von Laitenberger 1976, 9-35.

[14] So Laitenberger, der in dieser Arbeit die »offizielle DAAD-Ideologie« dieser Jahre formuliert sieht. Ibid., 73.

[15] Diese Konzeption gewann auch nach dem Zweiten Weltkrieg für die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik wieder Bedeutung; vgl. Düwell 1976, 252.

wirkt hatten. In ihr sammelten sich in den ersten Jahren der Republik – so Marianne Weber – »große Teile des früher ›nationalliberalen‹ Bürgertums und der ›Fortschrittlichen‹«, zwar »das Experimentieren am Wirtschaftssystem ablehnen[d] und die *nationale* Idee der internationalen überordnen[d]«,[16] jedoch bereit, die Weimarer Republik zu verteidigen und »Brükken zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu schlagen«.[17] Die DDP befand sich allerdings nach ihrem überraschenden Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung schon ab 1920 in einem kontinuierlichen Prozeß des Niedergangs.[18] Die 1930 gegründete, deutlich nach ›rechts‹ gerückte Nachfolgepartei der DDP, die Deutsche Staatspartei,[19] bot – so sein ›Schüler‹ Peter Jochen Winters – Bergstraesser 1932 die Kandidatur für ein Reichstagsmandat an, deren Annahme jedoch an der verweigerten Beurlaubung durch die Heidelberger Universität gescheitert sei.[20]

Am dortigen, von ihm maßgeblich[21] mitaufgebauten Institut für Sozial- und Staatswissenschaften habilitierte sich Bergstraesser 1928 mit einigen kleineren Arbeiten über Frankreich; Ergebnisse mehrerer Studienaufenthalte und Ausdruck seines besonderen Interesses an den deutsch-französischen Beziehungen.[22] Diese Arbeiten bildeten die Basis seines 1930 erschienenen Buches *Staat und Wirtschaft Frankreichs*.[23]

Die von Bergstraesser retrospektiv beschworene »Urbanität des Heidelberger geistigen Lebens« der 20er Jahre[24] beschränkte sich für ihn natürlich

[16] Marianne Weber 1926, 652f.

[17] Neumann 1970, 52.

[18] Dazu treffend Troeltsch 1924, 142. Vgl. auch einige Wahlergebnisse: Wahlen zur Nationalversammlung: 18,5%, Reichstagswahl 1920: 8,2%, 1930: 3,7%, Deutsche Staatspartei 1933: 0,8%, in: Michalka/Niedhart 1984, 394f.

[19] Zur Gründung der DStP, die als Sammlungsorgan – vom linksliberalen Flügel der DDP bis hin zum Jungdeutschen Orden und anderen ›bündischen‹ Gruppen – konzipiert wurde und scheiterte, vgl. Hornung 1958, 97ff. und Bracher 1984, 316ff.

[20] Winters 1963. Ich habe allerdings keine weiteren Belege für diesen Vorgang gefunden.

[21] Vgl. Alfred Weber 1946, wo er Bergstraessers »ungewöhnliche organisatorische und finanzielle Talente« hervorhebt. Ähnlich in Alfred Weber 1947. So auch Marianne Weber 1948, 200.

[22] Bergstraesser gehörte zu den Mitgliedern des deutsch-französischen Studienkomitees; vgl. Frommelt 1977, 101f. Vgl. auch Bergstraesser 1956/57, 312. René Schickele nennt Bergstraesser in einem Brief aus dem Jahre 1931 in einer Reihe mit »Heinrich und Thomas Mann, Albert Einstein, Alfred Kerr, Prof. Platz, Prof. Ernst Robert Curtius« als einen jener Männer, »die von französischer und deutscher Kultur ›gleichzeitig‹ durchdrungen« seien; Schickele 1961, 1154.

[23] Der erste Band dieser zweibändigen Länderkunde – über *Die Französische Kultur* – wurde von Ernst Robert Curtius verfaßt.

[24] Vgl. die retrospektive Skizze in Bergstraesser 1956/57, 311f.

nicht auf das InSoSta. Besuche von Marianne Webers »Geistertee«,[25] seine Bewunderung für Stefan George[26], seine Kontakte zu einzelnen ›George-Jüngern‹ – etwa Friedrich Wolters,[27] Edgar Salin und Robert Boehringer[28] – dokumentieren Bergstraessers intime Verbindung mit dem kulturellen Heidelberg[29] der Zwischenkriegszeit und illustrieren gleichzeitig seine weitgespannten intellektuellen Interessen. Neben seiner Lehrtätigkeit an der Ruperto Carola, die sich um nationalökonomische, ideen- und zeitgeschichtliche Themen zentrierte, übernahm Bergstraesser im WH 1932/33, inzwischen als Nachfolger Salins auf die Eberhard-Gothein-Gedächtnis-Professur berufen, gleichzeitig einen Lehrauftrag an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin.[30]

[25] Marianne Weber 1948, 193-233, über Bergstraesser 200.

[26] Erika Bergstraesser 1967, 7. Carl Joachim Friedrich hat den Bergstraesser dieser Jahre als »George-Jünger« bezeichnet; Laitenberger 1976, 79. Ähnlich Gadamer, der Bergstraesser unter den »Anhänger[n] und Freunde[n]« Georges anführt; Gadamer 1977, 13. Kurt Hildebrandt berichtet in seinen *Erinnerungen an Stefan George und seinen Kreis*, daß er Bergstraesser 1932 zum erstenmal getroffen habe. »Er war von Alfred Weber ausgegangen, hatte sich dann aber ganz an Wolters und George angeschlossen«; Hildebrandt 1965, 272. Doch trotz deutlicher Einflüsse – besonders von Wolters – gehörte Bergstraesser nicht zum George-Kreis, ja er hat George »nie gesehen, aber ihn vor allen Dingen wegen seiner unerhörten Kunst der historischen Verdichtung ... [und] wegen seiner Intensität, Forderungen an den Menschen zu stellen, bewundert«; Erika Bergstraesser 1967, 7. Stefan George – »combined an exquisite sense of form and a disciplined devotion to the creative spirit with a profound appreciation of human values and human destiny«, so Bergstraesser, in: Bergstraesser/Shuster 1944, 111 – wird zwar von ihm auch noch in einigen Schriften der Nachkriegszeit namentlich erwähnt, doch weder Zitate aus dessen Werk, noch Interpretationen finden sich in ihnen. So bemerkt denn auch Kurt Hildebrandt, gleichzeitig bezugnehmend auf Bergstraessers Vorkriegsverehrung für George und Bergstraessers Vortrag »Hofmannsthal und der europäische Gedanke« in Kiel 1950: »Damals von George zu reden, wäre vielleicht ein Schlag ins Wespennest gewesen«; Hildebrandt 1965, 272. Von Heinrich Meyer wurde nach Erscheinen von Bergstraessers *Goethe's Image of Man and Society* zu Recht angemerkt, daß der Titel den Inhalt des Werkes verkürze, und es wohl eher als »philosophy of Goethe« zu bezeichnen sei, dessen »result might be indeed be classed with such works as Gundolf's Goethe or Bertram's Nietzsche«; Meyer 1950, 142.

[27] In den 20er Jahren ging »er für ein halbes Jahr nach Kiel«, um bei Wolters zu studieren. Erika Bergstraesser 1967, 8. Dies war nichts ungewöhnliches, da aus dem Heidelberger Umfeld des George-Kreises nicht wenige für ein oder zwei Semester zu Wolters wechselten; vgl. Salin 1954, 148f. Es ist dabei zu erwähnen, daß die »Mitglieder des Innenrings« des George-Kreises – so auch Wolters – wiederum Kreise bildeten, deren Mitglieder in Einzelfällen in den ›Innenring‹ gelangten. Bergstraesser gehörte nicht dazu. Dazu ausführlicher Breuer 1995, 78ff.

[28] Boehringer 1967, Anhang. Vgl. auch Wolfskehl 1988, 88.

[29] Zum Heidelberg dieser Zeit und seiner ›geistigen Geselligkeit‹ vgl. Jansen 1992, 31ff. und die Beiträge in Treiber/Sauerland 1995.

[30] Eisfeld 1990, 45ff. und 1991, 121ff.

In diesen letzten »Krisenjahren der Republik« (Horst Möller) lassen sich nicht nur innerhalb der Schriften Bergstraessers deutliche Akzentverschiebungen und argumentative Neugewichtungen feststellen, auch sein Engagement im Falle des Heidelberger Statistik-Professors Emil Julius Gumbel im Jahre 1932 zeigt die im Vergleich mit den 20er Jahren gesunkene Toleranzschwelle. Gumbel, pazifistischer Sozialist, minutiöser Rechercheur rechtsextremistischer Fememorde und Attentate und schon seit Anfang der 20er Jahre Zielscheibe deutschnationaler und rechtsradikaler Anfeindungen, wurde nach kritischen Äußerungen über den Ersten Weltkrieg und dessen Angedenken 1932 vor einen universitären Untersuchungsausschuß geladen, dem Bergstraesser, Anschütz, Hoops und als Verteidiger Radbruch angehörten. Dieser Ausschuß schlug schließlich den Entzug der Venia legendi vor, da Gumbel »die gebotene Ehrfurcht vor den Gefallenen des Weltkrieges [verletzt] und das nationale Empfinden auf das tiefste [gekränkt habe]«.[31] Die Fakultät, der engere Senat und das badische Kultus- und Unterrichtsministerium stimmten dieser Empfehlung zu, und Gumbel wurde im gleichen Jahr aus dem Universitätsdienst entlassen.[32]

Bergstraesser, noch 1927 Referent auf einer Tagung des sogenannten ›Weimarer Kreises‹,[33] in dem sich gemäßigte, ›vernunftrepublikanische‹ Hochschullehrer sammelten, setzte spätestens ab 1930/31 auf eine autoritäre Umstrukturierung der Weimarer Republik, da er – so während einer Diskussion am 19. Oktober 1933 in London – »had felt for many years that nothing but dictatorship would restore order and confidence in Germany«.[34]

Nicht nur sein gescheiterter Versuch, Reichskanzler Brüning von der Notwendigkeit einer effektiveren Propaganda für den eingeschlagenen Kurs der Haushaltssanierung, Deflations- und Reparationspolitik zu überzeu-

[31] Zitat aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses vom 2.7.32 – von Bergstraesser verfaßt – auszugsweise abgedruckt in Jansen 1981, 96.

[32] Vgl. zur Person und zum Fall Gumbel, der die mangelnde Widerstandskraft der Heidelberger Universität gegenüber der NS-Studentenschaft schon vor 1933 deutlich werden läßt, Jansen 1981, 1992, 189ff. und 230ff. und Buselmeier 1984. Eine Protesterklärung gegen die Behandlung Gumbels unterzeichneten im Juli 1931 u.a. Einstein, Heller, Horkheimer, Sinzheimer, Tönnies und Theodor Wiesengrund. Giovannini (1985, 209) bezeichnet Bergstraesser als »Intimfeind« Gumbels innerhalb des Instituts.

[33] Bergstraesser hielt dort einen Vortrag über »Jugendbewegung und Universität«. Zum ›Weimarer Kreis‹, der 1926 gegründet wurde und 1932 seine letzte Tagung abhielt, vgl. Döring 1975.

[34] Diese Diskussion fand im Anschluß an ein Referat Bergstraessers über *Economic Policy of the German Government*« (1934a) statt. Ibid., 44.

gen,[35] in dem sich das »Programm einer autoritären anstelle einer parlamentarischen Krisenbewältigung«[36] ankündigte, auch sein bevorzugtes Publikationsorgan, die ›Europäische Revue‹, »Plattform der jungen, antiliberal gesinnten europäischen Generation«,[37] bilden Indizien einer sukzessiven Ablehnung von Verfassung und politischem Institutionengefüge der Weimarer Republik. Um die Jahreswende 1932/33 noch zu den Beratern des Reichskanzlers Kurt von Schleicher gehörend,[38] schien er denn auch nicht wenigen aus seiner Umgebung als ein Mann, auf den »nach dem Umbruch bedeutende politische Funktionen im neuen Staat«[39] warten würden.

Doch trotz großer Sympathien für die »deutsche nationale Revolution als *Neubegründung des Staats* [Herv. i. Orig.]«[40] sah sich Bergstraesser nach der

[35] Vgl. Treviranus 1968, 166., der berichtet, daß ein Gespräch Bergstraessers mit Brüning in dieser Frage ergebnislos blieb.

[36] Jasper 1986, 17ff.

[37] Sontheimer 1962, 116. Vgl. auch Mohler, der von der »mondänen, in den jungkonservativen Umkreis gehörenden ›Europäischen Revue‹« spricht, deren »Leser« »zu sein«, »schon ziemlich eindeutig fest[gelegt]« habe; Mohler 1972, 286 und 63. Der Herausgeber Rohan, einer der »markantesten Apologeten des italienischen Faschismus ... im Deutschland der Weimarer Republik« (Hoepke 1968, 52), seit 1937 Ehrenmitglied der SS, hat seine Haltung als »innen rechts, außen links« charakterisiert; Rohan 1932, 16. Vgl. auch Rohan 1926, wo er jenes ›tragische‹, vernunft- und fortschrittsskeptische »Lebensgefühl« und die mit ihm verknüpften politischen Optionen umschreibt, die der gesamten europäischen Frontkämpfer-Generation eigen seien: »Und da unsere Generation vom Kriege her gewöhnt ist, nicht wehleidig zu sein, so sieht sie in der Diktatur, wenn auch nicht ihr Ideal, so doch eine ganz natürliche Möglichkeit«; ibid., 8. Vgl. dazu auch den Beitrag von *Guido Müller* in diesem Band.

[38] Den Hinweis auf Bergstraessers Beratertätigkeit für Reichskanzler von Schleicher verdanke ich – mit Bezug auf ein Eschenburg-Interview – Reinhard Blomert. Dazu auch Jansen 1992, 268.

[39] »Ein Webfehler im Geflecht seiner Vorfahren verhinderte seinen Aufstieg und trieb ihn nach drüben«; Marianne Weber 1948, 200. Ähnlich, wenn auch in schärferer Form, Hannah Arendt 1949. Vgl. auch die in Krohn 1986 zitierten Stellungnahmen Riemers, Sultans und Golo Manns – »Edelnazi« – über Bergstraessers Rolle an der Heidelberger Universität während der frühen 30er Jahre oder die Äußerungen seines Vetters Ludwig Bergsträsser 1987, 139. Vgl. auch Mussgnug 1988, 83f. Ludwig Marcuse behauptete 1935: »Im März ließ er [Weber, H.S.] noch ... die Hakenkreuzfahne auf seinem Institut herunterholen; sein Assistent Bergsträsser sorgte dann dafür, daß die Flagge der Geistfeindschaft wieder hochging«; Marcuse 1935, 1074.

[40] Bergstraesser 1933, 31. Die anfänglichen Sympathien für die ›nationale Revolution‹ – vgl. Bergstraesser 1933b, 1934, 1934a und seine teilweise fragwürdige Promotionspraxis, dazu Klingemann 1990, 89f. und Seeliger 1966, 62ff. – belasteten besonders Bergstraessers Verhältnis zu Alfred Weber, der schon 1932 in einem Brief an den *Tat*-Herausgeber Hans Zehrer seine grundsätzliche Einschätzung des Nationalsozialismus formuliert hatte. Obwohl auch er »immer eine stärkere Einfügung autoritärer Elemente in die staatliche Struktur für notwendig gehalten habe«, sei »der reale Kern des Nationalsozialismus« dessen Funktion als »Schutztruppe des ›Restkapitalismus‹, der die Gewerkschaften *zertreten* [i.

Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit zunehmenden Anfeindungen aus der Heidelberger NS-Studentenschaft und Störungen seiner Lehrveranstaltungen konfrontiert.[41] Zweifel an seiner politischen Zuverlässigkeit seitens der Gestapo,[42] der Nachweis jüdischer Ahnen und der Entzug der Venia legendi zwangen ihn und seine Familie schließlich 1937 in die Emigration.[43]

Er emigrierte mit Unterstützung Speidels, Becks, Canaris' und Carl J. Friedrichs[44] in die Vereinigten Staaten. Nachdem er die ersten 7 Jahre Professuren am Scripps College – ›German Civilization‹ – und am College von Claremont – ›European History‹ – innehatte, erhielt er 1944 eine Einladung der Universität von Chicago, die ihn um die Teilnahme an einem »Army Specialized Training Program« bat. Nach dessen Abschluß blieb Bergstraesser am dortigen ›Department of Germanic Languages and Literatures‹ und lehrte an ihm bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland als Professor für ›German Cultural History‹.

Orig. unterstrichen]« wolle. Weber, der sich 1933 vorzeitig emeritieren ließ und über seine Schüler Mierendorff und Haubach Kontakte zum Kreisauer Kreis unterhielt (vgl. Demm 1984), zeigte noch nach dem Kriege seine Verbitterung über das Verhalten Bergstraessers. So lehnte Edgar Salin einen Beitrag Bergstraessers für die Weber-Festschrift im Jahre 1948 mit dem Hinweis auf Vorbehalte Webers ab, so daß Bergstraesser in einem Brief an Weber schließlich »diese indirekten Eindrücke« zum Anlaß einer Klärung nahm. »Ich habe Kränkungen, entstellende Presseartikel, Verhöre usw. genug erlebt, um irgendwelche äußere Rücksichten auf derlei Dinge gänzlich hinfällig zu machen.« ... »Diese innere Lage ist zu kompliziert, um dem simplifizierenden Verfahren der einen oder der anderen Seite, die sich zum Ankläger aufwirft, zugänglich zu sein«; Bergstraesser 1948.

[41] Diese Angriffe wurden besonders von dem Heidelberger Studentenführer Scheel, dem späteren Reichsstudentenführer, forciert; vgl. Laitenberger 1976, 129.

[42] Mohr 1988, 145. Versuche Morsbachs, Bergstraesser 1934 zum Leiter der DAAD-Zweigstelle Paris zu berufen, scheiterten »aus politischen Gründen«; Laitenberger 1976, 129.

[43] Bergstraesser wurde am 6. Mai 1933 beurlaubt – »jüdisch versippt«. Diese Beurlaubung wurde jedoch ausgesetzt, da Bergstraesser als Frontoffizier des Ersten Weltkrieges unter eine von Hindenburg geforderte Sonderregelung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums fiel. Am 27. August 1936 wurde ihm dann endgültig die Venia legendi entzogen; vgl. Mussgnug 1988, 60 und 82ff.

[44] »Ein Jahr später kommst Du nach Berlin in die Bendlerstraße ... und berichtest von Deinem schweren Heidelberger Erleben; Entziehung der venia legendi und der lebensnotwendigen Papiere«. »Mit dem Chef des Generalstabes Ludwig Beck und mit Admiral Canaris besprechen wir Lage und Möglichkeiten. Ehe der Vorhang fällt, kannst Du in die neue Welt reisen«; Speidel 1964, 11. Friedrich, Bergstraesser aus gemeinsamen Heidelberger Zeiten bekannt, seit 1926 in Harvard lehrend, verbürgte sich für Bergstraesser und verhalf ihm zu seiner ersten Anstellung am Scripps-College; vgl. Krohn 1986, 256.

Die Jahre der Emigration, von Bergstraesser später als »Jahre des Abseitsstehens und Ausgeschlossenseins«[45] charakterisiert, konnten für einen Gelehrten wie ihn, der sich auch während des Krieges primär als »Interpret der deutschen Kultur«[46] verstand, nicht problemlos sein. Vielmehr gehörte er zu jener Gruppe von Emigranten, die – wie sein Chicagoer Kollege Hans Rothfels – »were so basically and uncompromisingly German that they could not become Americanized.«[47]

Indes: jenseits der unermüdlichen Bemühungen Bergstraessers, die *Deutschen Beiträge zur geistigen Überlieferung*[48] dezidiert herauszustellen – ein Unterfangen, das natürlich während des Krieges zu Differenzen mit amerikanischen Kollegen führen mußte – geriet er auch aufgrund seiner Heidelberger Zeit, des ›Falls Gumbel‹ und seiner Publikationen aus den Jahren 1933/34 mehrfach in den Blickpunkt öffentlicher Verdächtigungen,[49] so daß er sich schließlich als Opfer von »Kränkungen [und] entstellende[n] Presseartikel[n]«[50] sah. Nicht nur die Verhaftungen durch das FBI als »enemy alien«, Internierungen in Terminal Island und Tuna Canyon[51] und die breite Diskussion des ›Falls Bergstraesser‹[52] in der größten jüdischen Emigranten-

45 Oberndörfer 1965, 12. Ausführlicher zur Emigrationszeit Bergstraessers und den dadurch beeinflußten Neuakzentuierungen seines politischen Denkens Schmitt 1995, 74ff.

46 Bergstraesser 1962, 130.

47 So Laura Fermi, die Bergstraesser als einen der »major figures« dieser Gruppe bezeichnet; Fermi 1968, 102f. und 387.

48 So der Titel einer von Bergstraesser mitinitiierten, in unregelmäßigen Abständen publizierten Zeitschrift. Sie wurde ab 1953 sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Bundesrepublik verlegt, 1972 stellte sie ihr Erscheinen ein.

49 Im Februar 1944 erschien ein Artikel von Steel in der Monatsschrift *Click* unter dem Titel *Germany's Plot to Steal the Peace*, in dem Bergstraesser als ›alldeutscher‹ Verschwörer – zusammen mit Friedrich, Brauer, Hanfstengel u.a. – im Umkreis von Brüning bezeichnet wurde; vgl. Brüning 1974, 409.

50 Bergstraesser 1948. Schon 1934 wurde Bergstraesser, damals noch Professor in Heidelberg, anläßlich eines Paris-Besuchs in der Emigranten-Zeitung *Pariser Tageblatt* als geistiger »commis voyageur« Hitlers bezeichnet; Pariser Tageblatt, 11.3.1934, 2.

51 Bergstraesser war von Ende Dezember 1941 bis Februar 1942 und vom September 1942 bis zum Januar 1943 interniert. Während dieser Zeit traf er unter anderem Karl Gustav Vollmoeller; vgl. hierzu Boehringer 1967, Anhang (Brief Bergstraessers), 245ff.

52 Nachdem der *Aufbau* die Verhaftung Bergstraessers gemeldet hatte – die »besonders in akademischen Kreisen Aufsehen erregt[e]« (Grossmann) –, schrieb K. R. Grossmann unter dem Titel *Wer ist Bergstraesser?* einen gegen diesen gerichteten Leserbrief, der sich auf die Heidelberger Jahre bezog. Diesem Angriff, abgedruckt im *Aufbau* vom 23. Januar 1942, folgte am 27. März eine weitere negative Stellungnahme von Maximilian Scheer. Ausgelöst von diesen beiden Beiträgen erschienen im *Aufbau* vom 3. Juli unter dem Titel *Der Fall Bergsträsser – Pro und Contra* eine Stellungnahme von Carl Joachim Friedrich, der die Angriffe gegen Bergstraesser als unbegründet und inhaltlich falsch bezeichnete. Ihm antworteten in dieser Ausgabe wiederum Scheer und Grossmann, die ihre Vorwürfe nicht

zeitschrift *Aufbau* belasteten seine Emigrationszeit, auch das vermeintlich späte Einreisejahr 1937 und Debatten über seine Teilnahme an dem schon vermerkten ›Training-Program‹ der amerikanischen Armee[53] sorgten für Spannungen. Bergstraesser resümierte angesichts dieser Vorgänge, daß man – so in einem Brief an Alfred Weber – »[w]eder aus der Liebe zu dem Volke, dem man seine geistige Existenz verdank[e], noch aus der Scham über die Ungeheuerlichkeiten, denen es, und man selbst mit ihm, Raum gab, noch aus dem Gram darüber, daß erfolglos blieb, was man dagegen tat, ... je entlassen« werde, ja, daß »jede Verteidigung ›es nur schlimmer mach[e]‹«.[54]

Nachdem die von Bergstraesser nach dem Kriege nicht ausgeschlossene Möglichkeit einer Rückberufung nach Heidelberg aus besatzungspolitischen, universitätsinternen und finanziellen Gründen scheiterte,[55] lehrte er im Rahmen eines Professoren-Austauschs in Frankfurt (1950) und in Erlangen (1952/53). Angebote des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und der Universitäten Köln und Frankfurt lehnte er ab. Bergstraesser entschied sich statt dessen 1954, endgültig nach Deutschland zurückkehrend, für die Annahme des in Freiburg eingerichteten Ordinariats für ›Wissenschaftliche Politik und Soziologie‹. Dort begründete er – neben vielfältigen politischen und hochschulpolitischen Aktivitäten[56] – die sogenannte ›Freiburger Schule‹ der Politikwissenschaft,[57] die bis Ende der 60er Jahre die einflußreichste Wissenschaftler-Gruppe in der westdeutschen Politikwissenschaft bildete. Bergstraesser, der mehrfach als Kultusminister für Baden-Württemberg[58] und sogar als möglicher Bundespräsident[59] im Gespräch war, starb am 24. Februar 1964.

entkräftet sahen und zur »Vorsicht gegenüber Erscheinungen wie Bergsträsser« (Grossmann) mahnten.

[53] Vgl. Fermi 1968, 103. Dies war auch der Anlaß für eine ausführliche briefliche Stellungnahme Louis Wirths, eines renommierten Mitglieds der ›Chicagoer Schule‹ der Soziologie, gegenüber dem FBI im Jahre 1944. In ihr wird Bergstraesser von Wirth, der ihn 1930 während eines Deutschland-Besuchs kennengelernt hatte, massiv angegriffen.

[54] Bergstraesser 1948. Vgl. generell zum ›Fall Bergstraesser‹ Krohn 1986.

[55] Vgl. zu diesen Vorgängen, in denen u.a. Bergstraessers ›Vergangenheit‹ eine wichtige Rolle spielte, und die schließlich zur Aufnahme Bergstraessers ins Personal- und Vorlesungsverzeichnis unter ›beurlaubt‹ führte, Mohr 1988, 146f. und Mussgnug 1988, 231ff. Ludwig Bergsträsser (1987, 139) sprach sich 1948 gegenüber amerikanischen Dienststellen strikt dagegen aus, daß seinem Vetter die Möglichkeit der Rückkehr auf eine Professur an einer deutschen Universität eröffnet werde.

[56] Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wenn auch nur ein Teil dieser Aktivitäten skizziert werden sollte. Dazu Schmitt 1995, 86ff.

[57] Ibid., 86-213.

[58] Kiesinger 1965, 18.

[59] SPIEGEL 9/1959, 18.

2. Geistesaristokratismus und Erziehungsaufgabe

Eine Analyse der Bergstraesserschen Schriften bis zu seiner Emigration 1937 auf selbstbeschreibende und rollenspezifische Denkfiguren, Attitüden und Metaphern hin, die kontinuierlich – ob nun in Aufrufen, Rezensionen, seiner tagespolitisch inspirierten Essayistik oder akademischen Qualifikationsarbeiten – Eingang in die thematisch unterschiedlichsten Argumentationsstränge fanden, offenbart ein durchgängig gebrauchtes Repertoire von Selbstdeutungen, Distanzierungen und gesellschaftlichen Funktionsdefinitionen, die ich unter die Kategorien ›Geistesaristokratismus‹[60] und ›Erziehungsaufgabe‹ subsumieren möchte.

Schon in dem 1919 mitunterzeichneten »Aufruf an die Freideutsche Jugend« werden Selbstbilder sichtbar, die Bergstraesser ohne Scheu gebrauchte: Selbststilisierungen nicht nur über den Besitz einer »Bildung, die frei mach[e]«,[61] sondern auch über eine nationalpädagogisch motivierte »Erziehungsaufgabe«.[62] Bergstraessers pädagogischer Impetus und seine indirekten Selbstbeschreibungen, sein Bekenntnis zur »aristokratischen Auslese« gemäß »höchster persönlicher und fachlicher Eignung«,[63] blieben an die – allerdings ambivalente[64] – Distanzierung von ›Masse‹ und an die Diagnose einer epochalen und nationalen ›Krise‹ gebunden.

Diese zeitgeschichtlich typisch zu nennenden Begriffskonstellationen dokumentieren seine Nähe zu jenen kultur- und modernitätskritischen Argumentationslinien, die in großen Teilen des deutschen Bildungsbürgertums und besonders in der Jugendbewegung schon seit der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts zunehmenden Einfluß gewonnen hatten. So artikulier-

[60] Dieser Begriff – ein von Fichte bis Alfred Weber häufig anzutreffender Terminus – wurde laut Brockhaus (1930) erstmals in einer Flugschrift Paul Alschers *Über den deutschen Geistesaristokratismus* (1819) verwandt und daraufhin von Ludwig Börne popularisiert. Corona Hepp hat darauf hingewiesen, daß der Begriff der ›Aristokratie‹ »um und nach 1900« als »ein Schlüsselwort der Epoche« bezeichnet werden kann, das in den vielfältigsten Verbindungen – Sozialaristokratie, Jugendaristokratie, Geldaristokratie u.a. – in den öffentlichen Sprachgebrauch eindrang, sei es als Mittel der Selbstbeschreibung, der Distanzierung vom Geburtsadel oder der Stigmatisierung; Hepp 1987, 69ff.

[61] Bergstraesser et al. 1919, 614.

[62] Ibid., 615.

[63] Bergstraesser/van Aubel 1921, 228.

[64] Ambivalent deshalb, weil für Bergstraesser nie die Hoffnung abhanden kam, daß »aus Massen Volk werden« könne; Bergstraesser 1933, 45. Die anfänglichen Sympathien Bergstraessers für den Nationalsozialismus resultierten unter anderem aus dem Glauben, die »deutsche Revolution« stünde für diesen ›Transformationsversuch‹; Bergstraesser 1933b, 6.

te August Julius Langbehn – er sei hier nur exemplarisch genannt – in seinem weitverbreiteten, 1890 erstmals erschienen Buch *Rembrandt als Erzieher*[65] eine Fülle jener kulturkritischen Topoi, die besonders in der Wandervogelbewegung[66] Aufnahme fanden: »Die Wissenschaft zerstiebt allseitig in Spezialismus; auf dem Gebiete des Denkens wie der schönen Literatur fehlt es an epochemachenden Individualitäten; die bildende Kunst, obwohl durch bedeutende Meister vertreten, entbehrt doch der Monumentalität und damit ihrer besten Wirkung; Musiker sind selten, Musikanten zahllos«.[67] Daß sich darin – so Langbehn – »der demokratisierende, nivellierende, atomisierende Geist« des 19. Jahrhunderts[68] spiegele, schien nicht nur diesem selbstverständlich.

Im weiten Spektrum kulturkritischer Argumentationen blieb er indes nur einer der Exponenten und doch in vielem repräsentativ für einen an Metaphern reichen, von sprachlicher Suggestion und einfachen Dichotomien geprägten Diskussionskontext, ohne den Bergstraessers Selbstverständnis und Krisenbewußtsein nicht zu verstehen ist;[69] ein facettenreicher Diskussionskontext, der sich – nach der deutschen Niederlage von 1918 radikalisierend – trotz differierender politischer Optionen und unterschiedlicher philosophisch-theoretischer Referenzen »gerade in der Kritik der Moderne« traf.[70]

Zwar befaßte sich Bergstraesser, im Gegensatz zu seinem Lehrer Alfred Weber,[71] in keiner seiner Publikationen der 20er und 30er Jahre systematisch und ausführlich mit den Problemstellungen ›Elite‹, ›Masse‹ und ›Krise‹, und doch sind die vielfältigen begrifflichen, argumentativen und diagnostischen Adaptionen auffällig, die er den zeitgenössischen Diskussionen entnahm. Die Annahme, daß in der Überwindung der »geistigen Gespaltenheit

[65] 39 Auflagen erreichte dieses anonym erschienene Buch in den ersten beiden Jahren nach seiner Erstauflage 1890; vgl. Stern 1986, 127-220 und Hepp 1987, 63ff.

[66] Stern sieht im »Rembrandtdeutsche[n]...gleichsam das Urbild des Wandervogels«; Stern 1986, 220.

[67] Langbehn 1890, 1.

[68] Ibid.

[69] Es ist charakteristisch, daß Bergstraesser in einem »Rückblick auf die Generation von 1914« besonders Walther Rathenaus Buch »*Von kommenden Dingen*« erwähnt, das »manchen« das »Verständnis der Gegenwart und ihrer Daseinsproblematik eröffnet« habe. Bergstraesser 1954, 12.

[70] Habermas 1971, 464f. Generell zu den Problemen des deutschen »Aufbruchs in die Moderne« um die Jahrhundertwende Nitschke et al. 1990.

[71] Während der Weimarer Republik schrieb Alfred Weber u.a. *Die Not der geistigen Arbeiter* (1923), *Deutschland und die europäische Kulturkrise* (1924), *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa* (1925) und *Das Ende der Demokratie?* (1931).

der gegenwärtigen Epoche«,[72] der »Lösung des Problems der ›Masse‹«[73] und der Frage der »Führerauslese«[74] zentrale wissenschaftliche Themen und gesellschafts- und staatspolitische Aufgaben zu sehen seien, zeigt ihn in den »identitätssichernden Sprachregelungen« (Helmuth Berking) der Mandarin-Kultur, die die wissenschaftlichen, literarischen und politischen Debatten der Weimarer Republik beeinflußten, vielfach dominierten.[75]

Die kulturkritisch inspirierte Diskussion der erwähnten Themen beschränkte sich zwar in den genannten Jahren keineswegs auf Deutschland,[76] doch ihre öffentliche Bedeutung und schließliche Brisanz ist nur vor dem Hintergrund ihrer intimen Verbindungen mit den ›Besonderheiten‹ der deutschen Sozial- und Geistesgeschichte und den spezifischen Hypotheken der Weimarer Republik verständlich, die für Bergstraessers Selbstverständnis mitbestimmend wurden. Denn bei ihm amalgamierte sich der geisteselitär-pädagogische Habitus eines deutschen Mandarins mit der krisendiagnostisch legitimierten, zwischen Skepsis und Hoffnung schwankenden Vorstellung einer »schöpferischen Restauration« (Rudolf Borchardt), die inhaltlich nur vage konkretisiert wurde.

So ist denn auch Bergstraessers »Sinn für natürliche, menschliche Rangunterschiede«[77] – beeinflußt von Elitismen im Umkreise Stefan Georges[78] und von seinen akademischen Lehrern, selbst den Heidelberger ›Modernisten‹ unter ihnen[79] – nur auf der Folie eines schon vor der Jahrhundertwende einsetzenden und in der Weimarer Republik dramatisch forcierten Pro-

[72] Bergstraesser 1923, 49.

[73] Bergstraesser 1927a, 73.

[74] Bergstraesser 1923, 117.

[75] Vgl. etwa zur Bedeutung der Themen ›Führung‹, ›Masse‹ und ›Krise‹ in der Weimarer Soziologie die Studien von Stölting 1986, 249-363, Berking 1984 und Möding 1984, für die Geschichtswissenschaft Faulenbach 1980, 94ff. und 289ff. Daß ein »negativer Massenbegriff« die »verbindende Klammer« zwischen den »verschiedenen literarischen Strömungen der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts« bildete, betont Mörchen 1973, 12.

[76] Erinnert sei nur an die Arbeiten Paretos und Moscas, die fortdauernde Resonanz eines Tarde und Le Bon, an Paul Valéry oder an die auch in der Weimarer Republik einflußreichen Schriften Ortega y Gassets.

[77] Bergstraesser 1923, 50.

[78] Doch trotz aller Elitismen finden sich bei Bergstraesser, selbst bei aller Bewunderung für George und der Nähe zu Wolters, keine Äußerungen, die deren Massenverachtung – »ausgeburten gnadenloser nächte« (Wolters), »Schon eure zahl ist frevel« (George) – entsprechen würden.

[79] Dieser Habitus ist auch für die ›Modernisten‹ – zu diesem Begriff Ringer 1987, 186ff. – Gothein und die Brüder Weber selbstverständlich; vgl. generell Döring 1975, 184ff. und für die Heidelberger Professorenschaft Jansen 1992, 69ff. So ging es besonders Alfred Weber um die Definition »einer inhaltlich erfüllten, charakterlich umrissenen geistesaristokratischen Norm«; Alfred Weber 1927, 141.

zesses der »kulturelle[n] und soziale[n] Entfremdung des Bildungsbürgertums«[80] verständlich.

Dieser Prozeß schuf den Nährboden für eine sich bereits im Kaiserreich formierende »Defensivideologie« (Jürgen Habermas), in der die veränderte Frontstellung geistesaristokratischer Selbstbeschreibung sichtbar wird. Diese, noch Ende des 18. Jahrhunderts primär zur »Substituierung höherer Geburt« und damit gegen den Adel angelegt,[81] fand im Laufe des 19. Jahrhunderts ein neues Gegenbild: das heraufziehende »Dröhnen der Städte, das ungeheure Toben nicht der Elemente, sondern der Industrien, die alles überziehende Macht der Verkehrswirtschaft, die Welt der Betriebe, der technisierten Arbeit und der Massen«.[82]

Das Lamento Bergstraessers über »die Veräußerlichung des modernen Lebens«,[83] seine »Zerspaltung« und »zunehmende Entleerung durch den Geist des 19. Jahrhunderts«,[84] seine Kritik an »dem vielfältigen Getriebe seiner fortschrittsgläubigen Wirtschaftswelt«[85] zeigen ihn in den vertrauten bildungsbürgerlichen Bahnen einer mit kulturkritischen und lebensphilosophischen Motiven gestützten Retrospektive: Kritik an einem »Bacchanale von Maschine und Mammon« (Edgar Salin), Symbol für »verbrechende an maass und grenze« (Stefan George).

Dieser rückschauend als »partielle Modernisierung« (Dietrich Rüschemeyer) beschreibbare, massiv in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzende Prozeß, der Deutschland in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum zu einer der führenden Industrienationen der Welt werden ließ,[86] warf natürlich für die bildungsbürgerlichen Schichten eine Fülle von Problemstellungen auf, die unterschiedliche Reaktionsmuster provozierten oder beeinflußten: von der Jugendbewegung bis zum Neoidealismus.

Doch nicht die mißlungene »Synchronisierung von sozioökonomischer und politischer Entwicklung«[87] bildete deren Problemhorizont. Vielmehr umschreiben die permanent anzutreffenden, modernitätskritisch aufgeladenen Begriffe ›Maschine‹ und ›Masse‹ eine in ihrer Rasanz beispiellose Hochindustrialisierungsphase, innerhalb derer sich im wilhelminischen Deutsch-

[80] Aufmuth 1979, 112.
[81] Dazu Berking 1984, 37ff.
[82] Sternberger 1956, 16.
[83] Bergstraesser 1927, 13.
[84] Bergstraesser 1934, 4.
[85] Bergstraesser 1934b, 99.
[86] Dazu die komparativen Tabellen bei Mitchell 1985, 501ff.
[87] Wehler 1983, 17.

land endgültig der Wandel von der »Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft«[88] – ablesbar an den Indikatoren Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, dem Ausbau des sekundären und tertiären Sektors und den überproportionalen Wachstumsraten der Industrieproduktion[89] – vollzog. Dieser Wandel markierte den strukturellen Bezugsrahmen einer sich graduell verstärkenden, bildungsbürgerlichen Identitätskrise, die einen von tragisch-melancholischen Elementen keineswegs freien, kompensatorischen Elitismus[90] förderte. In ihm fand die Frage nach dem Verhältnis von ›Geist‹ und ›Gesellschaft‹ ihre kulturkritische Dramatisierung.

Die geistesaristokratische Selbststilisierung unter den Menetekeln ›Maschine‹ und ›Masse‹, die Angst, ›Kultur‹ werde vielleicht zur »Lebensform der Entmachteten« (Arnold Gehlen), finden sich natürlich auch in den Bergstraesserschen Schriften. Seine Kritik am »vorherrschenden Typus des ›modernen‹ Menschen«, der »keinem Größeren anzugehören« vermöge,[91] oder sein Blick auf Frankreich, das unter den europäischen Nationen die größten kulturellen »Kräfte gegen das Eindringen jenes ›reinen‹ Typus des modernen Wirtschaftsmenschen« und gegen die »drohende Amerikanisierung«[92] zu aktivieren wisse, dokumentieren die Prägekräfte seiner maßgeblich durch die Jugendbewegung, durch Alfred Weber und Mitglieder des George-Kreises strukturierten Gedankenwelt. So sah er – hierin exemplarisch für kulturkonservative Zeitkritik – im Funktionsverlust des neuhumanistischen Bildungsbegriffes ein alarmierendes Signal.[93] Die vielfach beklagte

[88] Born 1985, 147.

[89] So wuchs etwa die deutsche Bevölkerung von 40,8 Millionen im Jahre 1870 auf 64,9 Millionen im Jahre 1910; vgl. Mitchell 1985, 489. Exemplarisch auch die Wachstumsraten zweier Großstädte – Berlin: 1880: 1,12 Millionen, 1910: 2,07 Millionen, Hamburg: 1880: 290.000, 1910: 932.000 – vgl. Born 1985, 14.

[90] Vgl. für die ›frühe‹ deutsche Soziologie, Kurt Lenk 1964, der von einer »gemeinsamen Grundstimmung«, vom »tragischen Bewußtsein«, spricht, das die Arbeiten von Max Weber, Simmel, Scheler, Mannheim u.a. durchziehe; ibid., 257f. Zur »Vorliebe für das Tragische« in der damaligen Lebensphilosophie Schnädelbach 1983, 176. Radikalisiert wurde diese – auch Vertretern der ›kritischen Theorie‹ nicht fremde – ›Stimmung‹ in der »Psychologie des verlorenen Postens« bei Spengler und Ernst Jünger, dazu Koebner 1982, 354ff.

[91] So Bergstraesser in seiner Kritik an Remarques Roman *Im Westen nicht Neues*, dessen Hauptfigur für Bergstraesser genau jenen Typus des ›modernen‹ Menschen repräsentierte; vgl. Bergstraesser 1929, 146f.

[92] Bergstraesser 1930b, 107 oder 307.

[93] Die Statusängste des Bildungsbürgertums, durch die generelle Differenzierung des Mittelstandes, durch das steigende Ansehen der Kaufmanns- und Unternehmerschaft und durch die Erfolge und den Reputationsgewinn der naturwissenschaftlichen und technischen Wissenschaften verursacht, drücken sich u.a. »in den zahllosen Auseinandersetzungen zwischen 1860 und 1900 aus«, in denen sich humanistische Gymnasien von Oberreal-

Verflachung und formale Standardisierung dieses Bildungsideals zum gesellschaftlichen Statussymbol des ›Akademikers‹ ließ für Bergstraesser insbesondere Nietzsches Kritik am deutschen »Bildungsphilister« und dessen »elegante[r] Barbarei«[94] nur als allzu berechtigt erscheinen.[95]

Die schon vor der Jahrhundertwende innerhalb der Mandarin-Kultur weitverbreitete »Entwertung der Moderne als ... Dekadenz«[96] angesichts der – wie Bergstraesser formulierte – »großen Fragwürdigkeiten des modernen Lebens«,[97] radikalisierte sich in der Weimarer Republik. So erschütterten die Niederlage von 1918, die »Psychose der Revolution«,[98] die »Vernichtung Deutschlands als Weltmacht«[99] und die »Peitsche von Versailles«[100] den weitaus größten Teil des national gesonnenen Bildungsbürgertums und mit ihm die Repräsentanten der ›Ideen von 1914‹.

Verschärft wurde das verletzte Nationalgefühl selbst derer, die dem wilhelminischen Deutschland eher kritisch gegenübergestanden hatten, durch die sich dramatisch verändernden sozialen Koordinaten nach Niederlage und Revolution. Denn die »verheerenden Folgen der Inflation« für die »ökonomische und gesellschaftliche Stellung der Bildungselite«[101] – Einkommensentwicklung, Arbeitslosigkeit, Proletarisierungsängste, die wachsende Zahl der Studenten und deren Pauperisierung – steigerten die schon im Kaiserreich vorhandenen Deprivations- und Marginalisierungsbefürchtungen.[102] Widerhall fand dieser Krisenzusammenhang in der Popularisierung einer traditionsreichen, dichotomisierenden Semantik, die durchsetzt

schulen und Realgymnasien und die Universitäten von Technischen Hochschulen abzusetzen und ihren höheren Status einzuklagen versuchten; vgl. Prahl 1978, 219ff.

94 Nietzsche 1973, 135ff.

95 Bergstraesser 1927, 3f.

96 Plessner 1974, 97ff.

97 Bergstraesser 1930, 83.

98 Bergstraesser 1923, 34.

99 Bergstraesser 1930b, VIII.

100 Bergstraesser 1928, 525.

101 Ringer 1987, 62ff. Alfred Weber beklagte schon in einem Gutachten für das Reichsfinanzministerium im Jahre 1920 die »Proletarisierung der bisherigen deutschen Bildungselite«, und er schlug daher Steuererleichterungen für das Bildungsbürgertum vor. Dazu Demm 1990, 285.

102 Vgl. zur »Berufskrise« der »Akademiker« in den Jahren 1918-1933 und ihren politischen Folgen: Jarausch 1987. Welche politische Brisanz diese Entwicklung besaß, zeigen u.a. zeitgenössische Artikel in der *Tat*, in der das »Elend« und der »Leidensweg der Akademiker« republikkritisch thematisiert wurden, etwa Müller 1931 und 1932. Ernst Troeltsch hat den Zusammenhang von verletztem Nationalgefühl und gesellschaftlichen Abstiegsängsten innerhalb der »akademischen Schicht« schon in seinem Spektatorbrief vom 19.12.1919 klar herausgearbeitet; vgl. Troeltsch 1924, 90f.

war mit geistesaristokratischen Elementen. So wurden besonders die Gegensatzpaare ›Kultur - Zivilisation‹ und ›Persönlichkeit - Masse‹ zu variablen Medien der Selbstverständigung, Distanzierung und Krisenanalyse innerhalb der Mandarin-Kultur.

Auch Bergstraessers Selbstbild blieb an eine »aristokratische Kulturtheorie« (Hans Speier) gekoppelt, für die fraglos galt, daß »[g]egenüber der Kultur der Gedanke der Gleichheit« versage. Vielmehr sei sie schon durch eines ihrer zentralen Medien gegen Egalisierung immun: die Sprache, »ein unabänderlich aristokratisches Gebilde«.[103]

Bergstraessers vermeintlich »tiefe[n] Ahnung von der ungleichen Zugänglichkeit allen lebendigen Wissens und ... der bildenden Gewalt stärkerer Persönlichkeiten«[104] ist nur vor den hier alleine andeutbaren sozial- und geistesgeschichtlichen Entwicklungslinien verständlich, deren Wurzeln weit vor 1918 lagen, und die doch in der Weimarer Republik ihre schärfsten Konturen gewannen. In diesem Habitus spiegelte sich jener Zusammenhang von »Krisenbewußtsein und Statusfurcht« (Fritz K. Ringer), der für die Mandarin-Kultur in der Weimarer Republik konstitutiv wurde.

Gekoppelt blieb dieser Geistesaristokratismus an die schon erwähnten nationalpädagogischen Ambitionen, die auch für Bergstraessers Selbstverständnis maßgeblich waren. Eingebettet in den allgemeinen »pädagogischen Enthusiasmus« (Albert Reble) seit der Jahrhundertwende und geprägt durch die Jugendbewegung als einer »Erziehungsgemeinschaft«,[105] beeinflußt auch von den erzieherisch-platonischen Ansprüchen des George-Kreises[106] und den in Heidelberg besonders ausgeprägten ›gelehrtenpolitischen‹ Traditionslinien, die in der sogenannten ›Frontkämpfer‹-Generation Bergstraessers neuen Auftrieb erhielten,[107] schien es ihm als Dozent selbstverständlich, »Voraussetzungen zu[r] politische[n] Stellungnahme«[108] vermitteln zu müssen.

[103] Bergstraesser 1930, 82ff.

[104] Bergstraesser 1927, 12f.

[105] Bergstraesser 1927, 9ff.

[106] So schreibt David, daß in den 20er Jahren der »Pädagoge« den »Dichter« George »zum Schweigen« gebracht habe; David 1967, 338. Hierzu aus dem ›Kreis‹ u.a. Wolters 1930, 515ff.

[107] Rohan bedauert mit Bezug auf die Heidelberger Universität in den Jahren der Weimarer Republik – »Ansammlung bedeutender Geister« –, daß dort »ein politisches Potential von erstrangigem nationalem Wert realpolitisch brach« gelegen habe; Rohan 1954, 160f. Vgl. auch Jansen 1992, 86ff.

[108] Bergstraesser 1930, Vorbemerkung. Vgl. auch das Vorwort zur Dissertation, in dem Bergstraesser die pädagogischen und aktuellen Motive für seine Themenwahl erläutert; Bergstraesser 1923.

Diese ›Erziehungsaufgabe‹ gewann für Bergstraesser ihre Dringlichkeit und Legitimation aus einer Krisendiagnostik, in der sich epochale und nationale Symptombeschreibungen überlagerten, ohne daß er jedoch dabei den ›nationalen Bezugspunkt‹[109] auch nur vorübergehend ausgeblendet hätte: die Lage der Weimarer Republik, ihre internen Strukturprobleme und ihre Stellung innerhalb der europäischen Mächtekonstellation. Die möglichst nüchterne, illusionslose Analyse dieser Lage schien Bergstraesser die notwendige Voraussetzung politischer Pädagogik; eine Pädagogik allerdings, die ihr Zentrum selbst im »besten Jahrfünft« (Horst Möller) der Weimarer Republik (1924-1929) nicht in den existierenden politischen Institutionen oder der Weimarer Verfassung fand. Vielmehr markierte die ›deutsche Nation‹ für Bergstraesser den übergeordneten Orientierungspunkt. Ihre innere Zerrissenheit und außenpolitische Handlungsschwäche nach Versailles wurden immer wieder zu Ausgangspunkten seiner Analysen und Reflexionen:[110] dezidiert ›national‹, wenn auch jeden »überhitzten Nationalismus« (Bergstraesser) ablehnend. Die nationale »geistige Lebenseinheit«[111] als Medium historischer Kontinuitätssicherung, nationaler Identitätsbildung und gesellschaftlich-politischer Integration zu stärken und einen Beitrag zur Deutung und Lösung aktueller politischer Problemlagen zu leisten, darin sah Bergstraesser die politisch-pädagogische Aufgabe ›selbständiger Geistigkeit‹.

Keine wertfreie Wissenschaft, sondern die auf historisch und empirisch informierten Analysen basierende, an begründeten Normen orientierte Stellungnahme zu gegenwartsrelevanten Fragen schien ihm unter nationalpädagogischen Gesichtspunkten unerläßlich.[112] In diesem Ansinnen wird die

[109] Dessen Bedeutung zeigt sich auch in den Lehrveranstaltungen Bergstraessers, etwa »Geschichte des deutschen politischen Nationalbewußtseins« (SH 1931)/(WH 1932/33), »Historisch-soziologisches Seminar über Staat und Tradition« (WH 1932/33) und »Historisch-soziologisches Seminar zur Geschichte des deutschen politischen Nationalbewußtseins« (SH 1933). Ausführlicher zum politischen Denken Bergstraessers in den 20er und 30er Jahren, Schmitt 1995, 64ff.

[110] Daß die »Einheit der Nation im Staat in Deutschland nicht besteh[e]« (Bergstraesser 1923, 6), war für ihn nicht nur 1923, einem der ›Krisenjahre‹ der Weimarer Republik, offensichtlich. Auch in den Schriften der folgenden Jahre werden immer wieder »Risse«, wird die »geistige Gespaltenheit«, das Leben in »kontradiktorischen Gegensätzen« und die »Dissoziation der deutschen Willensrichtung« kritisch angemerkt.

[111] Bergstraesser 1930, 83.

[112] Es ist an dieser Stelle nicht möglich, ausführlicher auf Bergstraessers Wissenschafts- und Methodenkonzept dieser Jahre einzugehen. Doch seine Kritik an einem »praxisfernen Akademismus«, an »spezialistischen Gehegen«, am »Postulat der ›Werturteilsfreiheit‹« und an der »Suggestion der ökonomischen Geschichtsauffassung« markiert einen Denkhorizont, der ohne Alfred Webers Begriff der »existenziellen Wissenschaft« und verschiedene Topoi aus der weitverbreiteten ›Wissenschaftskritik‹ seit der Jahrhundertwende – ›Lebens-

›gelehrtenpolitische‹ Dimension des Bergstraesserschen Selbstverständnisses sichtbar. Wie seine akademischen Lehrer – erinnert sei nur an das politische Engagement Gotheins und der Brüder Weber – stand er damit in der Tradition einer vermeintlich ›überparteilichen‹ und nationalintegrativen ›Gelehrtenpolitik‹,[113] die in den politisch-administrativen Funktionseliten und einer bildungsbürgerlich restringierten Öffentlichkeit[114] ihre zentralen Adressaten suchte. Diese ›Gelehrtenpolitik‹ ging – trotz grundlegend veränderter Rahmenbedingungen seit der Jahrhundertwende und den besonders im Verlaufe des Ersten Weltkrieges auftretenden inhaltlichen Divergenzen – davon aus, daß »Wissenschaft sich auch im politischen Tageskampf bewähren müsse«, und daß es legitim und sinnvoll sei, »Inhalte und Methoden einer Disziplin« und das professorale »Ansehen« nationalpädagogisch und politikberatend zu nutzen.[115]

So sind denn auch nicht nur die schon erwähnten hochschul- und kulturpolitischen Aktivitäten Bergstraessers – u.a. im AAD, DAAD und im Deutsch-Französischen Studienkomitee –, sein politisches Engagement in der DDP, dem Stahlhelm und der DStP oder seine aktualitätsorientierten Lehrveranstaltungen[116] und Publikationen Indizien dieses spezifischen Tra-

philosophie‹, ›Jugendbewegung‹, ›Expressionismus‹ und ›George-Kreis‹ seien hier nur als Stichworte genannt – nicht vorstellbar ist; vgl. dazu Schmitt 1989. Es scheint mir darüber hinaus offensichtlich, daß sich hinter Bergstraessers häufig anzutreffender Kritik an den ›relativistischen‹ Folgen des historischen Materialismus (Bergstraesser 1930, 82ff., 1933, 11f oder 1934, 3) – ohne daß dies expressis verbis geschieht – auch eine indirekte Kritik an der Wissenssoziologie Karl Mannheims verbirgt, die für das Umfeld Stefan Georges, für Ernst Robert Curtius und auch für Alfred Weber charakteristisch war. Vgl. dazu generell Lepenies 1985, 377ff.

113 Vgl zur Tradition der ›Gelehrtenpolitik‹, ihren zentralen Disziplinen, Wirkungsmedien, Einflußchancen und universitären Zentren – etwa Berlin und die Universitätsstädte des südwestdeutschen Raumes – im Zeitraum von 1830 bis 1930 Schmidt/Rüsen 1986, speziell für die Jahre 1890 bis 1914 die Studie vom Bruchs 1980, für Heidelberg Jansen 1992.

114 Zur »Einschränkung des Öffentlichkeitsbegriffs in ›bessere‹ öffentliche Meinung der Gebildeten und der schwankenden öffentlichen Meinung der Masse« seit der Jahrhundertwende, die »die Fiktion einer einheitlichen bürgerlichen Öffentlichkeit« durchbrach, vgl. Döring 1986, 154ff. und vom Bruch 1980, 396ff.

115 So eine allgemeine Definition von Fenske 1986, 39; vgl. auch vom Bruch 1980, 20.

116 Schon die Titel seiner Lehrveranstaltungen – u.a. »Die Reparationspolitik« (WH 1929/30), »Finanzwissenschaftliche Übungen über aktuelle Probleme der deutschen Finanzpolitik« (WH 1930/31), »Volkswirtschaftliche Übung über die Wirtschaft Europas in der internationalen Krise der Handelspolitik« (WH 1932/33) – und Publikationen – u.a. *Die wirtschaftlichen Mächte und die Bildung des Staatswillens nach der deutschen Revolution* (1923), *Staat und Wehrverbände* (1927), *Macht und Idee in Genf* (1928), *Erinnerung des deutschen Krieges* (1929), *Deutschland und die europäische Politik* (1930) – dokumentieren den engen zeithistorischen Bezug.

ditionskontextes. Auch Bergstraessers bevorzugtes Publikationsorgan dieser Jahre, die *Europäische Revue*, zeigt sein Bemühen, die Grenzen alleine wissenschaftsinterner Lese- und Diskursgemeinschaften zu überschreiten.[117]

Doch die bei Bergstraesser nationalpädagogisch motivierte, um nationale Integration und internationale Selbstbehauptung zentrierte ›Erziehungsaufgabe‹ offenbarte ihre ganze Ambivalenz sowohl in den letzten Krisenjahren der Weimarer Republik als auch während der Etablierungsphase der nationalsozialistischen Herrschaft ab Januar 1933. Die bei ihm seit Ende der 20er Jahre zu beobachtende Aufgabe der vormals distanzierten Haltung gegenüber den politischen Institutionen und Verfassungsnormen der Weimarer Republik hin zu ihrer dezidierten Ablehnung ließ ihn deren Ende und die Machtübernahme Hitlers – eingebunden in den »Mythos des nationalen Neuanfangs« (Gotthard Jasper) – als endlich greifbare Chance zur ›erziehungsdiktatorischen‹ Integration des als ›zerrissen‹ erlebten Deutschlands erscheinen: den »Dienst am Ganzen [werde] der Deutsche zu lernen haben«. Denn im »Erziehungswesen« müsse der »entscheidende Wurf gelingen«, solle verhindert werden, daß das »Gestrige« »morgen unversehens wieder zwischen uns« trete, »das Neue gefährdend«.[118]

Die ›nationale Revolution‹ wurde bei Bergstraesser von der Erwartung begleitet, daß nun die »Vorherrschaft rationaler Daseinsformen in der Gesellschaft durch die Erkenntnis und Neubelebung der Kräfte der Gemeinschaft«[119] überwunden werden könne. Dem aufklärungskritischen ›Geistesaristokraten‹ schienen daher die »inneren Ereignisse des Frühjahrs 1933« als »sinngebende[r] Akt« interpretierbar, der »dem bisher privaten gesellschaftlichen Leben eine neue staatliche Würde« verliehen habe.[120]

Diese hier nur exemplarisch genannten Argumentationsmuster durchzogen die Schriften Bergstraessers in den Jahren 1933/34.[121] Sie dokumentieren die liberalen Defizite und autoritären Anschlußmöglichkeiten, die die von ihm tradierten Denkfiguren in ihrer krisenbegünstigten Radikalisierung

[117] Daß die ›gebildete‹ Öffentlichkeit und nicht ein spezifisch disziplinäres Fachpublikum oder die ›ungebildete‹ Masse der Adressat des größten Teils der Bergstraesserschen Schriften war, zeigt sich auch an den geringen Anmerkungsapparaten und Zitationsgepflogenheiten. So wird einerseits die Kenntnis der angeführten Literatur und ein spezifischer Bildungskanon fast durchweg vorausgesetzt, andererseits fehlt jedes ›esoterische‹ Vokabular; vgl. dazu generell Stölting 1986, 32ff.

[118] Vgl. Bergstraessers Aufsatz *Erziehung und Staat* aus dem Jahre 1933, 6ff.

[119] Vgl. Bergstraesser 1934, 5. Bergstraesser sah darin einen »Grundgedanken des neuen Staates«.

[120] Bergstraesser 1933, 40.

[121] Vgl. Bergstraesser 1933, 1933b, 1934, 1934a und b. Dazu ausführlicher Schmitt 1995, 64ff.

eröffneten: »[T]he average German wants to hear the word of his chief and to obey him«.[122] Wenn Bergstraesser nun etwa »[d]ie ragende Höhe des Gemeinschaftserlebnisses von 1914«[123] beschwor und sein tiefes Mißtrauen gegen pluralistische Interessenartikulation in den letzten Jahren der Republik eindrucksvoll bestätigt sah,[124] dann artikulierte er damit weitere Teile jenes Ensembles von nationalautoritären Denkmustern, die den Nationalsozialismus als ›Krisenlösung‹ erscheinen ließen.[125]

Freilich: nicht nur der nationalpädagogische Impetus Bergstraessers zeigte in jenen Jahren die ihm inhärenten, autoritären Versuchungen, auch sein geistesaristokratischer Habitus dokumentierte nun seine Ambivalenz. Denn dieses Selbstverständnis, fundiert in modernitäts- und kulturkritischen, nationalintegrativen und demokratieskeptischen Argumentationsmustern, offenbarte einerseits Affinitäten mit nationalsozialistischen Ideologemen[126] und trug damit zu jener sympathisierenden, ja, teilweise euphorischen Haltung Bergstraessers bei, aus der heraus er die Machtübernahme im Jahre 1933 als »ebenso kühne[n] wie reichen Lohn versprechende[n] Weg« begrüßte.[127]

Und doch barg dieser Habitus andererseits auch Möglichkeiten der Resistenz und des ›Wissens‹ um letzte ›Grenzen‹. Denn das auf Distanzierung hin angelegte, bildungshumanistisch legitimierte Selbstverständnis *konnte* ebenso zum »Motivherd ... gegenläufige[n] Handelns«[128] werden. So scheint denn auch dem ›Geistesaristokraten‹ Bergstraesser spätestens 1935/36 bewußt geworden zu sein, daß er mit seinem Votum für die Nationalsozialisten auf den falschen ›Weg‹ gesetzt hatte; einen ›Weg‹, auf dem die nun von ihm mit Herder, Schiller und Goethe beschworenen »Grenzen« humaner

[122] Bergstraesser 1934a, 27.

[123] Bergstraesser 1929, 147. Vgl. auch Bergstraesser 1933a, 8. Der positiv besetzte Begriff der ›Gemeinschaft‹, eines der »magischen Worte der Weimarer Republik« (Sontheimer), wurde von Bergstraesser – bewußt anknüpfend an die Tönnies' Entgegensetzung ›Gemeinschaft-Gesellschaft‹ – immer wieder gebraucht. Die Resonanz, die diese Dichotomie in den 20er und 30er Jahren fand, dokumentiert sich unter anderem darin, daß die zweite Auflage des Tönnies' Werks *Gemeinschaft und Gesellschaft* – Erstauflage 1887 – erst 1912 erschien, daß jedoch von 1919 bis 1935 sechs neue Auflagen publiziert wurden; vgl. König 1971, 21f.

[124] Bergstraesser 1933, 32ff. und 1934a, 26f.

[125] Hierin war Bergstraesser letztlich typisch für den bei weitem größten Teil der Mandarin-Kultur; vgl. dazu allgemein Ringer 1987, 385ff. und Brunkhorst 1987, 80ff.

[126] Lundgreen 1985, 16ff, Ringer 1987, 389ff. und die prägnante Skizze von Jasper 1986, 210ff.

[127] Bergstraesser 1933, 44f.

[128] Narr 1982, 593.

Verfügungsgewalt, auf dem die »Achtung fremder Sprache und Kunst«, wie er sie bei den »Dichter[n] der deutschen Klassik« gefordert und realisiert sah, vernichtet wurden.[129]

Sein 1936 in der *Corona*[130] publizierter Essay *Mensch und Staat im Wirken Goethes – Pandora*, die letzte Publikation Bergstraessers neben einer Arbeit über Lorenzo de Medici[131] vor der Emigration, kann daher auch als »esoterische« Distanzierung[132] von der NS-Herrschaft gelesen werden. Denn Bergstraesser, der noch 1934 Hölderlin – wohl unter dem Einfluß Friedrich Wolters[133] – als jenen Dichter pries, der das »tragisch-heroische Griechenland« als »Urbild eines künftigen deutschen Lebens« ›gesehen‹ habe,[134] ließ nun in seiner Goethe-Interpretation jenen intimen Zusammenhang von »Enttäuschung und Zweideutigkeit«[135] erkennen, der nicht nur ihm eigen war. Wenn er schließlich betonte, daß »Sparta« »nicht das ganze Hellas«[136] gewesen sei, wenn er den »Friede[n]« als »Voraussetzung rechter Ordnung« und den »Dichter« als »Wisser« von der »Lust der Macht und der Zerstö-

[129] Bergstraesser 1936, 122f.

[130] Die *Corona* – erschienen von 1930 bis 1944, Auflage zwischen 800 und 1.300 Exemplaren – gehörte zu den renommierten Literaturzeitschriften dieser Jahre, der allerdings der Vorwurf gemacht wurde, sie lebe »exklusiv über der Zeit«; vgl. Schlawe 1962, 31. In ihr erschienen u.a. Arbeiten von Valery, Hesse, Thomas Mann und Hofmannsthal.

[131] Vgl. Bergstraesser 1936a. In dieser Schrift, vermutlich durch Goethes Beschreibung der »Florentinischen Zustände« inspiriert, finden sich in der Stilisierung Lorenzos und seines »herrschaftsbegabte[n] Wesens« und in der Schilderung des »Staats der Florentiner« mehrfach Argumentationsmuster, die als Kontrast und Distanzierung von der NS-Herrschaft gelesen werden können. So lobt Bergstraesser Lorenzos Einsicht in die notwendigen »Spannungen einer lebensoffenen und geistig wachen Gesellschaft«. »Wo aber die Kunst im Herzen des Staates lebt, naht mit dem Ende der Freiheit ... auch das Ende der künstlerischen Schöpferkraft«; ibid., 17 und 11.

[132] Die besondere Beachtung der »Diskrepanz zwischen exoterischer und esoterischer Botschaft« angesichts von Texten, die unter Diktaturbedingungen geschrieben wurden, hat Jerry Z. Muller – im Anschluß an Leo Strauss – zu Recht betont und an Schriften Hans Freyers illustriert; vgl. Muller 1986.

[133] Vgl. etwa Wolters Schrift *Hölderlin und das Vaterland* aus dem Jahre 1926, in der wie bei Bergstraesser der »heroische«, der »deutsche« und »vaterländische« Hölderlin beschworen wird.

[134] Vgl. Bergstraesser 1934b, 95. Während die *Pandora*-Schrift unverändert in den 1967 erschienen Band *Staat und Dichtung* aufgenommen wurde, blieb der Hölderlin-Aufsatz in diesem Buch ausgespart.

[135] Dazu generell Muller 1986.

[136] Cron berichtet in seinem Nekrolog, daß Bergstraesser »nach 1933« in seinem Seminar Schillers *Solon und Lykurg* lesen ließ, »jenes Bekenntnis zu Athen gegen Sparta, dessen politische Absicht ihm die Hakenkreuzler schwer verübelten«; Cron 1964. Im ersten Flugblatt der ›Weißen Rose‹ wurden ganze Passagen aus dieser Schrift Schillers gegen die Nazi-Herrschaft zitiert; vgl. Hanser 1980, 331.

rung« definierte,[137] dann wird darin seine Abkehr von einem Regime deutlich, dem er selbst »Raum« gegeben hatte;[138] ein Regime, das die nun von ihm beschworenen Bilder der »Inhaltung« und des Respekts vor »Grenzen, die von der Natur im menschlichen Geschlecht angelegt« seien,[139] verhöhnte. So wurde der Goethe-Bewunderer Bergstraesser Mitte der 30er Jahre selbst zum ›Zauberlehrling‹, der jene ›Geister‹ nicht mehr los werden konnte, die er noch wenige Jahre vorher unüberhörbar gerufen hatte.

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Korrespondenz W. Flitner/C. Bondy, Psychologisches Institut der Universität Hamburg; Einsicht gewährt von Prof. Dr. Käsler.

Nachlaß Alfred Weber, Bde. 8, 19 und 35, Bundesarchiv Koblenz.

Nachlaß Louis Wirth, University of Chicago; Einsicht gewährt von Prof. Dr. Käsler.

Bergstraesser, A. (1946): Brief an Alfred Weber vom 4.7.1946, in: NL Alfred Weber, Bd. 19.

Bergstraesser, A. (1947): Brief an Alfred Weber vom 31.7.1947, in: NL Alfred Weber, Bd. 19.

Bergstraesser, A. (1948): Brief an Alfred Weber vom 21.4.1948, in: NL Alfred Weber, Bd. 19.

Bergstraesser, A. (1948a): Brief an Alfred Weber vom 10.10.1948, in: NL Alfred Weber, Bd. 19.

Bondy, C. (1950): Brief an Wilhelm Flitner vom 19.12.1950; Korrespondenz W. Flitner/C. Bondy.

Weber, A. (1932): Brief an Hans Zehrer vom 6.8.1932 (Abschrift), in: NL Alfred Weber, Bd. 8.

Weber, A. (1946): Brief an A.W. Fehling vom 1.8.1946, in: NL Alfred Weber, Bd. 35.

Weber, A. (1947): Brief an Arnold Bergstraesser vom 22.12.1947, in: NL Alfred Weber, Bd. 19.

Wirth, L. (1944): Brief an Mr. Marlette (FBI) vom 19.1.1944. Nachlaß Louis Wirth.

[137] Vgl. Bergstraesser 1936, 102ff. und 123.

[138] Bergstraesser 1948.

[139] Bergstraesser 1936, 123 und 116.

B. Literatur

Arendt, H. (1949): Brief an Karl Jaspers vom 3.6.1949, in: Arendt, H./Jaspers, K., Briefwechsel 1926-1969, hrsg. von Lotte Köhler und Hans Saner, München/ Zürich 1985, S. 172-174.

Aufmuth, U. (1979): Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt, Göttingen.

Bergstraesser, A. (1923): Die wirtschaftlichen Mächte und die Bildung des Staatswillens nach der deutschen Revolution, Heidelberg, Diss.

Bergstraesser, A. (1927): Die Jugendbewegung und die Universitäten, in: Bergstraesser, A./Platz, H., Jugendbewegung und Universität, Karlsruhe, S. 1-27.

Bergstraesser, A. (1927a): Staat und Wehrverbände, in: Europäische Revue, Jg. 1927, S. 300-302.

Bergstraesser, A. (1928): Macht und Idee in Genf, in: Europäische Revue, Jg. 1928, S. 523-526.

Bergstraesser, A. (1929): Erinnerung des deutschen Krieges, in: Europäische Revue, Jg. 1929, S. 145-150.

Bergstraesser, A. (1930): Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen, München/Leipzig.

Bergstraesser, A. (1930a): Deutschland und die europäische Politik, in: Neue Blätter für den Sozialismus, Jg. 1930, S. 529-535.

Bergstraesser, A. (1930b): Staat und Wirtschaft Frankreichs, Berlin/Leipzig.

Bergstraesser, A. (1931): Frankreich und die deutschen Wahlen, in: Deutsch-Französische Rundschau, Jg. 1931, S. 30-54.

Bergstraesser, A. (1933): Nation und Wirtschaft, Hamburg.

Bergstraesser, A. (1933a): Die geistigen Grundlagen des Nationalbewußtsein in der gegenwärtigen Krise, Stuttgart/Berlin.

Bergstraesser, A. (1933b): Staat und Erziehung, in: Hochschule und Ausland, Jg. 1933, S. 6-10.

Bergstraesser, A. (1934): Volkskunde und Soziologie, in: Geistige Arbeit, Jg. 1934, S. 3-5.

Bergstraesser, A. (1934a): The Economic Policy of the German Government, in: International Affairs, Jg. 1934, S. 26-46.

Bergstraesser, A. (1934b): Das Vaterland in der Dichtung Hölderlins, in: Vom Schicksal des deutschen Geistes – Begegnung mit der Antike, Berlin.

Bergstraesser, A. (1936): Mensch und Staat im Wirken Goethes – Pandora, in: Corona, Jg. 1936, S. 99-123.

Bergstraesser, A. (1936a): Lorenzo Medici – Kunst und Staat im Florentiner Quattrocento, Frankfurt a.M.

Bergstraesser, A. (Hrsg.) (1947a): Deutsche Beiträge zur geistigen Überlieferung, Chicago.

Bergstraesser, A. (1947b): Vorwort, in: Bergstraesser (1947a), S. VII-IX.

Bergstraesser, A. (1949): Goethe's Image of Man and Society, Chicago.

Bergstraesser, A. (1954): Rückblick auf die Generation von 1914, in: Tillmanns, R. (Hrsg.), Ordnung als Ziel. Festschrift für Peter van Aubel, Stuttgart/Köln, S. 7-19.

Bergstraesser, A. (1962): Interview, gekürzt wiedergegeben in: Auszug des Geistes. Bericht über eine Sendereihe von Radio Bremen, Bremen, S. 128-130.

Bergstraesser, A. (1965): Weltpolitik als Wissenschaft, Köln/Opladen.

Bergstraesser, A. (1967): Staat und Dichtung, hrsg. von Erika Bergstraesser, Freiburg.

Bergstraesser, A. (1974): Zur Zukunft und Gestaltung der Deutschen Akademischen Freischar, in: Bericht der Deutschen Akademischen Freischar, H. 10, Februar 1921, abgedruckt in: Kindt (1974), S. 1343-1344.

Bergstraesser, A. (1975): Ruf der Gefallenen, in: Wandervogel (Gelbe Zeitung), 10. Kriegsheft, Nr. 8, August 1915, abgedruckt in: Jantzen (1975), S. 43-46.

Bergstraesser, A. et al. (1919): Aufruf an die Freideutsche Jugend, in: Beilage zum Januarheft der Freideutschen Jugend 1919, abgedruckt in: Kindt (1968), S. 614-617.

Bergstraesser, A./van Aubel, P. (1921): Denkschrift über den Aufbau der studentischen Selbstverwaltung, in: Frankfurter Universitätszeitung vom 18.1.1921, S. 228-229.

Bergstraesser, A./Shuster, G.N. (1944): Germany. A Short History, New York.

Bergstraesser, E. (1967): Vorwort, in: Bergstraesser (1967), S. 7-9.

Bergsträsser, L. (1987): Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945-1948, hrsg. von Walter Mühlhansen, München.

Berking, H. (1984): Masse und Geist. Studien zur Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin.

Boehringer, R. (1967): Mein Bild von Stefan George, 2. erg. Aufl., München.

Borchardt, K. (1985): Die Industrielle Revolution in Deutschland, München.

Born, K. E. (1985): Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914), Stuttgart.

Bracher, K. D. (1984): Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Nachdruck der 5. Aufl., Düsseldorf.

Breuer, S. (1995): Ästhetischer Fundamentalismus. Stefan George und der deutsche Antimodernismus, Darmstadt.

vom Bruch, R. (1980): Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914), Husum.

vom Bruch, R. (1986): Gelehrtenpolitik und politische Kultur im späten Kaiserreich, in: Schmidt/Rüsen (1986), S. 77-106.

Brüning, H. (1974): Briefe und Gespräche 1934-1945, hrsg. von Claire Nix, Stuttgart.

Brunkhorst, H. (1987): Der Intellektuelle im Land der Mandarine, Frankfurt a.M.

Buselmeier, K. (1984): Vorwort zur Neuausgabe von Gumbel (1924), Frankfurt a.M., S. 7-31.

Cron, H. (1964): Erinnerungen an Arnold Bergstraesser, in: Der Bürger im Staat, Jg. 1964, S. 37.

David, C. (1967): Stefan George. Sein dichterisches Werk, München; französische Erstausgabe 1952.

Demm, E. (1984): Alfred Weber, in: Bosch, M./Niess, W. (Hrsg.), Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933, Stuttgart et al., S. 255-260.

Demm, E. (1990): Ein Liberaler im Kaiserreich und Republik: Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard.

Döring, H. (1975): Der »Weimarer Kreis«. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim.

Döring, H. (1986): Thesen zum fortschreitenden Zerfall der sozialhistorischen Voraussetzungen von ›Gelehrtenpolitik‹ am Beispiel des sozialliberalen Flügels deutscher Hochschullehrer, in: Schmidt/Rüsen (1986), S. 147-166.

Düwell, K. (1976): Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932. Grundlinien und Dokumente, Köln.

Eisfeld, R. (1990): »Nationale« Politikwissenschaft von der Weimarer Republik zum Dritten Reich, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 1990, S. 238-264.

Eisfeld, R. (1991): Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, Baden-Baden.

Eschenburg, Th. (1984): Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie, München.

Faulenbach, B. (1980): Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München.

Fehling, A. W. (1946): Brief an Alfred Weber vom 22. Juli 1946, in: NL Alfred Weber, Bd. 35.

Fenske, H. (1986): Gelehrtenpolitik im liberalen Südwesten 1830-1880, in: Schmidt/Rüsen (1986), S. 39-58.

Fermi, L. (1968): Illustrious Immigrants. The Intellectual Migration From Europe 1930-41, Chicago/London.

Friedrich, C. J. (1942): Für Arnold Bergstraesser, in: Aufbau, vom 3.7.1942.

Frommelt, R. (1977): Paneuropa und Mitteleuropa: Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart.

Gadamer, H.-G. (1977): Der Dichter Stefan George, in: ders., Poetica, Frankfurt a.M., S. 7-38.

Giovannini, N. (1985): Die Kommilitonen von Ernst Toller, Carl Zuckmayer, Joseph Goebbels und Golo Mann, in: Buselmeier, K. et al. (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim, S. 195-210.

Grossmann, K. R. (1942): Wer ist Arnold Bergsträsser?, in: Aufbau, vom 23.1.1942.

Grossmann, K. R. (1942a): Antwort an Friedrich, in: Aufbau, vom 3.7.1942.

Gumbel, E. J. (1924): Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien, Reprint 1984.

Habermas, J. (1971): Die deutschen Mandarine, in: ders., Philosophisch-politische Profile, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1984, S. 458-468.

Hanser, R. (1980): Deutschland zu liebe. Leben und Sterben der Geschwister Scholl. Die Geschichte der Weißen Rose, München.

Hepp, C. (1987): Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegung nach der Jahrhundertwende, München.

Hildebrandt, K. (1965): Erinnerungen an Stefan George und seinen Kreis, Bonn.

Hoepke, K.-P. (1968): Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf.

Hornung, K. (1958): Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf.

Jansen, Ch. (1981): Der »Fall Gumbel« und die Heidelberger Universität. Privatdruck, Heidelberg.

Jansen, Ch. (1992): Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935, Göttingen.

Jantzen, H. (1975): Namen und Werke. Biographien und Beiträge zur Soziologie der Jugendbewegung. Bd. 3, Frankfurt a.M.

Jarausch, K. H. (1984): Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M.

Jarausch, K. H. (1987): Die Not der geistigen Arbeiter: Akademiker in der Berufskrise 1918-1933, in: Abelshauser, W. (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart, S. 280-299.

Jasper, G. (1986): Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt a.M.

Kiesinger, K. G. (1965): In memoriam Arnold Bergstraesser, in: Bergstraesser (1965), S. 17-19.

Kindt, W. (Hrsg.) (1968): Dokumentation der Jugendbewegung II. Die Wandervogelzeit, Düsseldorf.

Kindt, W. (Hrsg.) (1974): Dokumentation der Jugendbewegung III. Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Die bündische Zeit, Düsseldorf.

Klingemann, C. (1990): Das ›Institut für Sozial- und Staatswissenschaften‹ an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1990, S. 79-120.

Koeber, Th. (1982): Die Erwartung der Katastrophe. Zur Geschichtsphilosophie des »neuen Konservativismus« (O. Spengler, E. Jünger), in: ders., Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930-1933, Frankfurt a.M., S. 348-359.

König, R. (1971): Zur Soziologie der 20er Jahre, in: ders., Studien zur Soziologie, Frankfurt a.M./Hamburg, S. 9-37.

Krohn, K.-D. (1986): Der Fall Bergstraesser in Amerika, in: Exilforschung – Ein internationales Jahrbuch, Bd. 4, S. 254-275.

Laitenberger, V. (1976): Akademischer Austauschdienst und auswärtige Kulturpolitik. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1923-1945, Göttingen.

Langbehn, J. A. (1890): Rembrandt als Erzieher, 25. Aufl., Leipzig.

Lenk, K. (1964): Das tragische Bewußtsein in der deutschen Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 1964, S. 257-287.

Lepenies, W. (1985): Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft, München/Wien.

Linse, U. (1976): Die Jugendkulturbewegung, in: Vondung, K. (Hrsg.), Das wilhelminische Bürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen, S. 119-137.

Lundgreen, P. (Hrsg.) (1985): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M.

Lundgren, P. (1985a): Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: ders. (1985), S. 9-30.

Marcuse, L. (1935): Professor Alfred Weber, in: Das Neue Tage-Buch (Paris), vom 9.11.1935, S. 1073-1075.

Meyer, H. (1950): Rezension von Bergstraesser (1949), in: The Germanic Review, Jg. 1950, S. 142-144; Reprint 1964.

Michalka, W./Niedhardt, G. (Hrsg.) (1984): Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Aussenpolitik Weimars 1918-1933, 3. Aufl., München.

Mitchell B. R. (1985): Statistischer Anhang 1700-1914, in: Cipolla, C./Borchardt, K. (Hrsg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart/New York, S. 485-534.

Möding, N. (1984): Die Angst des Bürgers vor der Masse. Zur politischen Verführbarkeit des deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche, Berlin.

Mörchen, H. (1973): Schriftsteller in der Massengesellschaft. Zur politischen Essayistik und Publizistik Heinrich und Thomas Manns, Kurt Tucholskys und Ernst Jüngers während der Zwanziger Jahre, Stuttgart.

Mohler, A. (1972): Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 2. völlig neu bearb. und erw. Fassung, Darmstadt .

Mohr, A. (1988): Politikwissenschaft als Alternative – Stationen einer Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1965, Bochum.

Müller, G. (1931): Das Elend der Akademiker, in: Die Tat, Jg. 1931/32, S. 403-404.

Müller, G. (1932): Der Leidensweg der Akademiker, in: Die Tat, Jg. 1931/32, S. 925-928.

Muller, J. Z. (1986): Enttäuschung und Zweideutigkeit. Zur Geschichte rechter Sozialwissenschaftler im »Dritten Reich«, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 1986, S. 289-316.

Mussgnug, D. (1988): Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, Heidelberg.

Narr, W.-D. (1982): Unpolitischer »Geist«, geistlose »Politik«, in: Leviathan, Jg. 1982, S. 588-595.

Neumann, S. (1970): Die Parteien der Weimarer Republik, 2. Aufl., Stuttgart.

Nietzsche, F. (1973): Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten (1872), in: ders., Nachgelassene Schriften 1870-1873, Kritische Gesamtausgabe, Dritte Abteilung. Bd. 2, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Berlin/New York, S. 135-244.

Nitschke, A. et al. (Hrsg.) (1990): Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880-1930. 2. Bde., Reinbek.

Oberndörfer, D. (1965): Vorwort des Herausgebers, in: Bergstraesser (1965), S. 9-13.

Pariser Tageblatt (1934): »Nazi-Professor treibt sich in Paris herum.« Die Wandlungen des Arnold Bergsträsser, in: Pariser Tageblatt, vom 11.3.1934.

Peukert, D. J. K. (1987): Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M.

Plessner, H. (1974): Die verspätete Nation, Frankfurt a.M.; Erstausgabe 1935 unter dem Titel ›Das Schicksal des deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche‹.

Prahl, H.-W. (1978): Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München.

Ringer, F. K. (1987): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933, Stuttgart; amerikanische Erstausgabe 1969.

Rohan, K. A. (1925): Vorwort des Herausgebers, in: Europäische Revue, Jg. 1925, S. 1-2.

Rohan, K. A. (1926): Die Aufgabe unserer Generation, Köln.

Rohan, K. A. (1932): Bericht zur Lage, in: Europäische Revue, Jg. 1932, S. 3-16.

Rohan, K. A. (1954): Heimat Europa. Erinnerungen und Erfahrungen, Düsseldorf/Köln.

Salin, E. (1954): Um Stefan George. Erinnerung und Zeugnis, 2. Aufl., Düsseldorf.

Scheer, M. (1942): Bergsträsser, in: Aufbau, vom 27. März 1942.

Scheer, M. (1942a): Gegen Arnold Bergsträsser, in: Aufbau, vom 3. Juli 1942.

Schickele, R. (1961): Werke in drei Bänden. Bd. 3, Köln/Berlin.

Schlawe, F. (1962): Literarische Zeitschriften 1910-1933, Stuttgart.

Schmid, C. (1973): Erinnerungen, Bern et al.

Schmidt, G./Rüsen, J. (Hrsg.) (1986): Gelehrtenpolitik und politische Kultur in Deutschland 1830-1930, Bochum.

Schmitt, H. (1989): Existenzielle Wissenschaft und Synopse – Zum Wissenschafts- und Methodenbegriff des ›jungen‹ Arnold Bergstraesser, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 1989, S. 466-481.

Schmitt, H. (1995): Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum ›politischen Forschungsprogramm der Freiburger Schule‹ 1954-1970, Baden-Baden.

Schnädelbach, H. (1983): Philosophie in Deutschland 1831-1933, Frankfurt a.M..

Schwarz, J. (1968): Arnold Bergstraesser und die Studentenschaft der frühen zwanziger Jahre, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 1968, S. 300-311.

Schwarz, J. (1970): Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin.

Seeliger, R. (Hrsg.) (1966): Doktorarbeiten im Dritten Reich. Dokumentenreihe Braune Universität, H. 5, München, S. 62-67.

Sontheimer, K. (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München.

Speidel, H. (1964): Brief an Arnold Bergstraesser, in: Hodeige, F./Rothe, C. (Hrsg.), Atlantische Begegnungen. Eine Freundesgabe für Arnold Bergstraesser, Freiburg, S. 9-12.

Stern, F. (1986): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München; amerikanische Erstausgabe 1961.

Sternberger, D. (1956): Über den Jugendstil und andere Essays, Hamburg.

Stölting, E. (1986): Akademische Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin 1986.

Treiber, H./Sauerland, K. (Hrsg.) (1995): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen.

Treviranus, G. R. (1968): Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf/Wien.

Troeltsch, E. (1919): Spektatorbrief vom 19.12.1919, in: ders., Spektatorbriefe, hrsg. von Hans Barón, Tübingen 1924, S. 87-94.

Weber, A. (1923): Die Not der geistigen Arbeiter, München/Leipzig.

Weber, A. (1924): Deutschland und die europäische Kulturkrise, Berlin.

Weber, A. (1925): Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart et al.

Weber, A. (1927): Ideen zur Staats- und Kultursoziologie, Karlsruhe.

Weber, A. (1931): Das Ende der Demokratie?, Berlin.

Weber, M. (1926): Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen.

Weber, M. (1948): Lebenserinnerungen, Bremen.

Wehler, U. (1983): Das Deutsche Kaiserreich 1971-1918., 5., durchgesehene und bibliographisch ergänzte Aufl., Göttingen.

Winters, P. J. (1963): Der Gelehrte: Arnold Bergstraesser, in: Christ und Welt, vom 27.12.1963.

Wolfskehl, K. (1988): Briefwechsel aus Neuseeland 1938-1948. Bd. 1, Vorwort von Paul Hoffmann, hrsg. von Cornelia Blasberg, Darmstadt.

Wolters, F. (1926): Hölderlin und das Vaterland, abgedruckt in: ders., Vier Reden über das Vaterland, Breslau 1927, S. 59-98.

Wolters, F. (1930): Stefan George und die Blätter für die Kunst. Deutsche Geistesgeschichte seit 1890, Berlin.

Karl Mannheim als Pädagoge

Eva Karadi

1. Einleitung

Über Mannheim als Pädagogen im Zusammenhang der Geschichte des InSoSta einen Beitrag zu leisten, ist mehrfach berechtigt. Es steht in Einklang mit seinem Selbstverständnis. Pädagogik als Beruf war von den Budapester Anfängen an Mannheims gewählte Lebensform, mit welcher er sich identifizieren konnte im Unterschied zu den für ihn unadäquaten, unannehmbaren Lebensformen des Politikers oder des Heiligen.[1] In den Heidelberger Jahren hat er sich im Rahmen des InSoSta mit seiner Lehrtätigkeit einen Ruhm als Soziologe geschaffen, und hat damit gleichzeitig auch zur Institutionalisierung der neuen Disziplin der Soziologie beigetragen.[2] Es ist wohl bekannt, daß seine Vorlesungen und Seminare besonders beliebt und populär waren. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war er sozusagen ein »Star« der Heidelberger Universität.[3]

Was war der Grund seiner Popularität? Diese Frage möchte ich mit meinem Beitrag beantworten. Einerseits, und diese meine Hauptthese möchte ich vorausschicken, lag es an Mannheims Problemsensibilität. Die für Mannheim, als einem von der Philosophie, von der Weltanschauungsanalyse her kommenden Wissenssoziologen wichtigsten Fragen deckten sich mit den brennendsten Zeitfragen der Weimarer Intelligenz, darunter auch der Studenten der Heidelberger Universität, der Hörerschaft seiner Vorlesungen und Seminare. Soziologie war für ihn im gewissen Sinne Gegenwartskunde.

[1] Mannheims Vorlesungen über Kulturphilosophie im Jahr 1919 in Budapest Karadi/ Vezér 1985, 206-231.

[2] Vgl. Erhard Stölting über die Institutionsgeschichte der Soziologie in Deutschland.

[3] So haben sich seine ehemaligen Schüler bzw. Mitarbeiter wie Kurt H. Wolff und Hans Speier in den mit ihnen 1987 in Boston bzw. New York geführten Gesprächen geäußert.

Andererseits muß sein pädagogischer Erfolg auch in der von der üblichen akademischen Art abweichenden Vorlesungsweise, in seinem Unterrichtsstil gelegen haben. Wie war er als Lehrer? Wir haben einen indirekten Hinweis darauf aus der Budapester Zeit seines ersten pädagogischen Auftretens im Rahmen der Freien Akademie der Geisteswissenschaften 1917/18. Bei diesen Vorlesungen haben die jungen Philosophen und Ästheten des Lukács-Kreises die Werkstättenwärme des Denkens zu vermitteln versucht, ihre Theorien nicht einfach gelehrt, sondern vorgedacht.[4]

Wenn wir aber etwas Näheres über die Grundlagen des pädagogischen Erfolges von Mannheim erfahren wollen, kann dazu als die reichste und unmittelbarste Quelle ein spezielles Dokument dienen, welches ich im folgenden in dieser Hinsicht analysieren möchte.

2. Das geheimnisvolle Manuskript

Was ist dieses neu entdeckte Dokument? Es ist schwer zu sagen: ein Manuskript, 103 Seiten Maschinenschrift ohne Angabe zum Autor, ohne Titel; der erste Satz heißt: »Was ist Soziologie?« und das Ganze befindet sich im Konstanzer Sozialwissenschaftlichen Archiv im Hans Gerth-Nachlaß. Wie kann man da weiterkommen? Es gibt handgeschriebene Bemerkungen auf mehreren Seiten, die bestimmt nicht von Mannheim stammen. Frau Gerth hat an der InSoSta-Tagung in Bad Homburg während unseres Konsiliums über das geheimnisvolle Manuskript bestätigt, daß dies die Handschrift ihres Mannes sei.

Wieweit kommen wir mit einer Inhaltsanalyse? Es handelt sich offensichtlich um eine Vorlesungsreihe über Soziologie. Und zwar in der Ich-Form geschrieben. Das spricht dagegen, daß es sich um Hans Gerths Kollegmitschrift eines Mannheim-Kurses handelt, was ich ursprünglich vermutet habe. Aufgrund einiger Sätze, Schlüsselwörter und Namen ist mir klar geworden, daß der Text sich auf Mannheims erste, in Frankfurt gehaltene Vorlesungsreihe, im Sommersemester 1930 bezieht. Ich kenne nämlich eine kurze Kollegmitschrift von einem anderen Mannheim-Schüler, Kurt H. Wolff über diese Vorlesungen. Die vorliegende Version ist aber viel ausführ-

[4] Balazs 1985, 93.

licher, sie geht von Satz zu Satz, ohne Verkürzungen und ist, wie gesagt, in der Ich-Form verfaßt.

Ob der Text von Mannheim stammen kann? Vielleicht hat er als neuberufener Professor am Frankfurter Lehrstuhl für Soziologie den Text seiner geplanten Vorlesungen sicherheitshalber im voraus ausgearbeitet, formuliert und aufgeschrieben? Dagegen aber sprechen gewisse inhaltliche und formale Umstände. Zusammenfassungen der vorigen Stunden von Zeit zu Zeit, so etwas plant man kaum; ebenso, daß er sich plötzlich entscheidet, auf ein zuletzt schon abgeschlossenes Thema doch wieder ausführlicher zurückzukommen. Und ein unwiderlegbares Argument: daß er auf das Echo seines Kollegs, nicht als auf eine Möglichkeit, sondern als auf eine Tatsache – es sei pure Psychologie – reagiert. Er kann also den Text nicht vorher verfaßt haben, obwohl es sicherlich seine Gedanken, seine Sätze sind. Und ob der Text überhaupt von ihm geschrieben worden ist? Dagegen sprechen die schon erwähnten formellen Evidenzen: Zum Beispiel wußte er sicherlich, daß der von ihm mehrmals als bedeutender Theoretiker erwähnte Carl Schmitt seinen Vornamen nicht mit »K« schrieb.

Was ist das Ergebnis dieser Überlegungen? Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß wir einen Text vor uns haben, der so ist, als hätte eine Sekretärin die Vorlesungen Mannheims vom Tonband abgeschrieben. Es gab aber damals noch keine Tonbandaufnahmen! Was es aber gab und auch üblich war in solchen Fällen, obzwar heute schon fast vergessen, ist die Stenographie. Das ist die Lösung des Rätsels, das Ergebnis unseres Konsiliums in Bad Homburg: das Dokument, auf Grund dessen ich Mannheims erfolgreiche Lehrtätigkeit zu analysieren versuche, ist ein Typoskript seiner stenographierten Vorlesungen aus dem Sommersemester 1930. Hans Gerth, als Mannheims Assistent hat ein Exemplar dieses Typoskriptes vermutlich für die von ihm gehaltenen Seminare geborgt, und später mit anderen Papieren und Dokumenten aus der Heidelberger und Frankfurter Zeit aufbewahrt.

2.1 Soziologie als Einstellung

»Was ist Soziologie?« Das ist der erste Satz dieser Vorlesungen, die eine neuartige Einleitung in eine neue Disziplin bieten wollen. Die Soziologie entsteht vor unseren Augen, sagt Mannheim. Diese Disziplin wurde nicht vom Universitätsbetrieb, sondern vom Leben hervorgebracht. Eine Wissenschaft

kann von ihrem Gegenstand, von ihrer Methode und von ihrer Einstellung her charakterisiert werden.

Die Einführung in die Soziologie beginnt Mannheim mit einer Einführung in die besondere soziologische Einstellung. Er will damit den Grund für die angemessene Rezeption dieser neuen Wissenschaft bei seinen Hörern mit einer vorbereitenden Gedankenbewegung bearbeiten, die Schranken aus dem Wege räumen, womöglich eine Verständigungsbasis herzustellen, und auf die Versperrungen des Zugangs hinweisen, die man noch beseitigen könnte. Er spricht über Auflockerung und über die soziologische Tatsache der allgemeinen Beschränktheit, die aber mit bewußter Selbsterweiterung überwindbar ist.

Sein epistemologisches Argument für diese Annäherung an eine Disziplin von ihrer Einstellung her knüpft an die wissenschaftstheoretische Tradition der deutschen Geisteswissenschaften an. Er betont, daß die geisteswissenschaftliche Erkenntnis immer Selbsterkenntnis und nicht, wie die naturwissenschaftliche, eine Fremderkenntnis ist. Darum ist eine Annäherung von der subjektiven und nicht von der objektiven Seite her berechtigt. »In jenen Wissenschaften, wo der Mensch sich selbst als Gegenstand hat, wo der Gegenstand sich im menschlichen Leben konstituiert, vom Subjekt her bedingt ist, ist es legitim die Einführung in die Wissenschaft mit der besonderen Einstellung, Betrachtung der Welt, von der Subjektseite her zu beginnen«, sagt Mannheim. Die Wichtigkeit der Einstellung in diesen Wissenschaften begründet er mit dem Argument, daß die Erkenntnis hier immer im Kontext eines Sich-Verhaltens zur Welt zustande kommt und betont: »Eine Wissenschaft kann nur mit der ihr adäquaten – für sie konstitutiven – Einstellung zusammen wirklich verstanden werden«. Erkennen bedeutet nämlich »alle Dinge von einer Weltanschauungseinheit her zu erfassen, in dieser zu lokalisieren«. Darum ist die Einstellung einer Wissenschaft bedeutender als die darin enthaltenen Kenntnisse.

Jedoch benutzt Mannheim ein Argument aus dem Bereich der Naturwissenschaften, wenn er dafür plädiert, daß eine neue Disziplin zum Begreifen neuer Tatsachen, neuer Erscheinungen, neuer Prozesse nötig wird. Wenn die alte Axiomatik, die alte Begriffsapparatur sich zum Erkennen neuer Sachverhalte als unfähig erweist, verwirft man die alte Apparatur in den Naturwissenschaften, und greift nach der neuen. Diese Offenheit in der Berufung auf die Methoden der Naturwissenschaften zeigt den Übergang in Mannheims Soziologieauffassung im Verhältnis zum Methodenstreit. Mannheim stellt die Soziologie als eine Disziplin vor, die auf Grund ihrer besonderen Einstellung zur Artikulierung, zum kategorialen Begreifen,

Verstehen und Erklären eines neuen Lebensgefühls fähig ist. »Sie spricht nur aus, was jedermann spürt und fühlt«. »Die Soziologie ist Organ eines neuen Lebensgefühls«. Sie hat als Einstellung in den Mannheimschen Vorlesungen mehrfache Bedeutung, enthält mehrere Bedeutungsrichtungen: einmal die schon erwähnte wissenschaftstheoretische, die noch auszuführende pädagogische und hauptsächlich den »[der] ganze Mensch«-Komplex. Letzteres ist schon in sich selbst aufschlußreich, charakteristisch für Mannheims damalige Soziologieauffassung und dabei auch didaktisch fruchtbar.

Aus Mannheims damaliger kultursoziologischer Überzeugung ergibt sich nämlich, daß er die theoretischen Gehalte, die Kulturgebilde nicht mehr wie früher, der kantianischen Tradition gemäß, für unabhängig, autonom, unbedingt und irreduzierbar hält, sondern ihre Seinsbedingtheit betont. Das heißt im gegebenen Falle, daß die theoretischen Gehalte in einen breiteren, atheoretischen Kontext der Weltanschauung, der Lebensauffassung, einer allgemeinen Einstellung zum Leben zurückverankert werden. Die Ideen erscheinen durch die Vermittlung der Weltanschauung nicht nur als Dokumente einer historischen Epoche, sondern werden auch innerhalb einer Epoche differenziert nach der verschiedenen sozialen Lagerung einzelner Gruppen. Träger der unterschiedlichen Weltanschauungen sind »ganze Menschen«, Menschentypen in einzelnen Epochen.

Das Wesen der soziologischen Betrachtungsweise besteht für Mannheim im Gegensatz zur philosophischen – immanenten, »ideologischen« – gerade in dieser Zurückverankerung, Rekontextualisierung. Der theoretische Gehalt wird in den Seinszusammenhang, Lebenszusammenhang zurückgeführt. Diese der reinen Erkenntnis vorausgehende, begründende atheoretische Schicht der Weltanschauung, versucht Mannheim mit einer von der Phänomenologie herausgearbeiteten Methode zu begreifen, zu beschreiben und zu rekonstruieren. Die soziologische Betrachtung bedeutet hier, daß er die Lebenserfahrungsbedingtheit der Weltanschauung, der Ideen aufzeigt, und diese Lebenserfahrungen, diese Erlebnisprozesse mit Hilfe der phänomenologischen Methode darstellt.

Der pädagogische, didaktische Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, daß es die Lehre für die Hörerschaft auf dem Erlebnisniveau nachvollziehbar macht und fähig ist, auch ihre Erlebniswelt zu bewegen. Das ist die dritte Bedeutungsschicht des »[der] ganze Mensch«-Komplexes. Einem abstrakten, spekulativen, lehrbuchartigen Intellektualismus gegenüber wird hier die Relevanz der vortheoretischen, erlebnishaften Sphäre hervorgehoben. Das Intellektuelle wird »zurückverankert« in seine erlebnishaften, lebendigen Grundlagen. »Die Geisteswissenschaften entwickeln sich im Elemente des

ganzen Menschen«.[5] Das Leben, das Lebensgefühl ist der Ausgangspunkt. Die Hörer können von den eigenen Alltagserfahrungen, Erlebnissen ausgehen, von den eigenen Erfahrungszusammenhängen ausgehend den Gedankengang der Vorlesung »mitmachen«. Mannheim will seinen Studenten nicht so sehr fertige Kenntnisse, als vielmehr eine Denkweise beibringen. Das heißt, daß Mannheim als Pädagoge, als ganzer Mensch fähig ist, die eigenen Einsichten als geistig-seelische Erlebnisse auf seine Hörer zu übertragen, auf sie als ganze Menschen zu wirken. So kann er ihnen die Soziologie als besondere Betrachtungsweise, als eine neue, zeitgemäße Einstellung vermitteln.

Eine andere, entstehungsgeschichtlich wichtige Eigenheit der Mannheimschen Soziologieauffassung ist die Tatsache, daß er die Ideengeschichte soziologisiert, sie mit soziologischen Aspekten, genetisch-funktionalen Momenten ergänzt. Er zeigt, wie der Zeitgeist, die Weltanschauung einer Epoche sich in verschiedene kollektive Betrachtungsweisen differenziert, die verschiedenen Lagerungen einzelner sozialer Gruppen im gesellschaftlichen Raum zurechenbar sind. Diese Soziologisierung der Ideengeschichte hat Mannheim zuerst in seiner Konservativismus-Studie durchgeführt; solche historischen Exkurse findet man auch in seinen hier analysierten Vorlesungen.

Was ist diese in der Soziologie artikulierte, für sie konstitutive, in ihr sich manifestierende neue Einstellung? Wie ist sie als moderner Lebensstil entstanden? In welcher historischen und geistigen Konstellation? Mannheim fragt nach der Enstehung der modernen Einstellung, nach dem Ursprung ihrer Grundlage im »ganzen Menschen«, der Erscheinung des modernen Menschentyps, als dessen Beispiel er sich auf St. Simon, auf sein »vie experimentale« beruft. Die Enstehung der modernen Lebenshaltung befindet sich in definitivem Zusammenhang mit der Entstehung der Soziologie. Mannheim sieht in dieser Erscheinung etwas wesentlich Charakteristisches, Symbolisches für die moderne Lebenseinstellung. Er weist auf die Entstehung der modernen Lebenseinstellung in einem abstrakten kulturhistorischen, ideengeschichtlichen Kontext hin. Diese soziologisch ergänzte ideengeschichtliche Darstellung wird von dem phänomenologischen Rekonstruktionsversuch des Erlebnisprozesses, der seelisch-geistigen Phänomene gefolgt. Es folgt also eine Einstellungs-Phänomenologie, eine phänomenologische Darstellung, Ausführung und Exemplifizierung des modernen Men-

[5] Zitate aus dem analysierten Vorlesungstext Mannheims werden nur mit der Seitenzahl angegeben; 11.

schentyps. »Ich rekonstruiere den Erfahrungszusammenhang, in dem die Dinge aufgetaucht sein müßten«[6] sagt Mannheim. Er will den ursprünglichen Erfahrungszusammenhang rekonstruieren, zeigen, wie man das alles erlebt, »wie etwas im geistig-seelischen Leben sich abspielt«.[7] Er möchte die geistig-seelischen Phänomene beschreiben, »die seelische[n] Prozesse in denen sich Gesellschaft konstituiert«.[8] Die Aufgabe ist, darzustellen, aus welchen Prämissen die neue Lebenshaltung sich entwickelt, wie sich die Spaltung der Bedeutungsausrichtung von innen und von außen her gesehen darstellt.[9]

Mannheim versucht, die Veränderung der Beziehung zur Welt in der individuellen Lebenserfahrung, in der Mentalität mit der Hilfe der Phänomenologie zu beschreiben. Die Art und Weise des Erlebens der Welt ist ursprünglich unmittelbar, unreflektiert, behauptet er. Er stellt den Prozeß der Auflösung des homogenen, stabilen Weltbildes dar. Er zeigt, wie die Bedeutungseinheit verschwindet, »die Sinneinheit der Gruppe zerschellt«.[10] »Man fällt heraus, und im Herausfallen sucht man die neue Form, und kann es nur durch das Reflexivwerden dessen, was man direkt gehabt hat, erreichen«.[11]

Die neue, distanzierte Lebenshaltung ist eine mögliche Reaktion auf die Auflösung der urspünglich einheitlichen Weltauslegung. Es gibt keine eindeutige Bedeutungsausrichtung mehr. Es ist zugleich ein Ende der Selbstverständlichkeiten. Alles kann fraglich, zweifelhaft gemacht werden, das heißt, daß man sich mit keiner Sinngebung einwandfrei identifizieren kann. »Es gibt keinen Gehalt, wo nicht ein Zweifel auftauchen könnte, wo nicht die Reflexion hintreten könnte«.[12]

Worin besteht nach Mannheim das Wesen dieser, in ihrer historisch-kollektiven und individuell-psychologischen Entstehung rekonstruierten modernen Lebenseinstellung? Der Schlüsselbegriff ist hier: Distanz. Reflexion und Distanzierung als Lebensakt sind das Wesen des neuen Menschentyps. Das naiv-unmittelbare Verhältnis zur Welt ist unhaltbar geworden. Alles kann bezweifelt werden, nichts ist selbstverständlich, nichts kann man für notwendig halten. Der Glaube an die Notwendigkeit der Dinge ist verloren gegangen. Das Gefühl der Kontingenz wird übermächtig – alles könn-

[6] Ebd., 37.
[7] Ebd., 24.
[8] Ebd., 43.
[9] Ebd., 25.
[10] Ebd., 23.
[11] Ebd., 46.
[12] Ebd., 28.

te auch anders sein. Die Lebensdistanzierung als moderne Verhaltensweise ist die Grundlage – und auch ein Gegenstand – der soziologischen Betrachtungsweise.

2.2 *Lebensdistanzierung, utopische und romantische Haltung*

Mannheim wollte in seinen Vorlesungen zuerst phänomenologisch die Charakteristik des neuen, modernen Denkens herausarbeiten, dann die gesamte Konstellation aufweisen, in der diese nur eine Möglichkeit ist, und die übrigen charakterisieren, mit denen sie zu kämpfen hat, die ständig in einem polemischen Verhältnis zueinander stehen.[13] Die Reflexivität bedeutet, daß die Distanzierung auch von sich selbst, auch von dem eigenen Standpunkt aus durchgeführt werden muß. Man muß die Kontingenz der eigenen Weltbetrachtung akzeptieren können, auch daß sie anders sein könnte, daß es tatsächlich andere berechtigte Weltbetrachtungen gibt. Ideengeschichtlich wiederum hieß das zur Zeit der Entstehung der modernen, »soziologischen« Einstellung, daß dies wirklich nur eine der möglichen und tatsächlichen Reaktionen auf dieselbe Situation war. Andere typische Reaktionen auf dieselbe Situation waren die utopisch-revolutionäre und die romantisch-konservative Haltung. Mit dem Verschwinden der Bedeutungseinheit werden mehrere Möglichkeiten der Bedeutungsausrichtung vorstellbar. Die lebensdistanzierende Haltung, die moderne Lebenshaltung der »vie experimentale« betrachtet sich selbst auch nur als eine mögliche Antwort auf die neue Gesamtkonstellation. »Man erlebt sich selbst als etwas, was auch anders sein könnte«. »Man ist nur eine Möglichkeit seines Selbst«.[14]

Das Infragestellen der Notwendigkeit des Bestehenden, das Aufweisen seiner Kontingenz, daß es eben auch anders sein könnte, kann als Grundlage einer anderen, rivalisierenden Lebenseinstellung, der utopischen Haltung dienen. Das ist eine andere mögliche Reaktion auf die Erschütterung des einheitlichen Weltbildes, der eindeutigen Weltauslegung. Die utopische Haltung relativiert das Bestehende von der revolutionären Utopie als Gegenbild her. Sie ist eine der ersten Formen der Lebensdistanzierung. Die Utopie ist eine als Zukunftsmöglichkeit erachtete Sinngebung der Welt. »Die Utopie,

[13] Ebd., 72.
[14] Ebd., 30.

die in der Welt etwas will, und nach Verwirklichung strebt«.[15] Sie stellt der vorhandenen Welt eine andere Sinngebung als utopische gegenüber.

Mannheim behauptet, daß die Intelligenz leicht von einer revolutionären Utopie mitgerissen wird. Er findet es aber wichtig, zu betonen, daß, sobald es zur Verwirklichung, Konkretisierung der Utopie kommt, meistens eine Enttäuschung folgt. Und das kann wieder zum Entstehen einer distanzierenden Haltung führen. Es ist seine ganze Gedankenführung, für seine grundlegende, umfassende pädagogische und denkerische, wissenschaftliche Intentionen maßgebend, bedeutend und charakteristisch, wie er die utopische Haltung kritisiert. Er sieht den angreifbaren, schwachen Punkt der utopischen Haltung darin, daß sie sich selbst nicht für kontingent hält, nicht fraglich macht. Es fehlt die Selbstreflexion, der Zweifel in sich selbst. Sie wendet den Gedanken, daß alles auch anders sein könnte, auf die eigenen Ideen nicht an. Ihr Sich-Distanzieren von allem in der Wirklichkeit Vorhandenen relativiert, relationiert die eigene Utopie nicht. Charakteristisch für die utopische Haltung ist ein unkritisches, unreflektiertes Verhältnis zu den eigenen Ideen und die Ignoranz anderer möglicher Betrachtungsweisen, wie wenn »... die übrigen Parteien gar nicht da wären«.[16]

Als eine andere Möglichkeit der Lebenseinstellung in der selben Gesamtkonstellation stellt Mannheim die romantisch-konservative Haltung dar. Diese projiziert sein – der auch anders sein könnenden Wirklichkeit entgegengehaltenes – Gegenbild nicht in die Zukunft, wie die utopische Haltung, sondern in die Vergangenheit; »alles Vergangene bekommt eine besondere Weihe«.[17] Mannheim gibt damit in seinen ersten Vorlesungen eine Analyse der Grundkonstellation, in der die Soziologie als Einstellung, Weltbetrachtung entsteht, »in der die philosophische und politische Grundhaltung der allerneuesten Epoche zur Sprache kommen muß«.[18]

In der Soziologie manifestiert sich das Wesen der neuen, modernen Lebenseinstellung: die Distanz. »Das ist die primäre Aufgabe der Soziologie, die uns entgegentretenden Erlebnisgehalte zu entfremden«,[19] d.h. zu distanzieren, und damit auch zu neutralisieren. Dafür benützt Mannheim den Ausdruck »in die Es-Position rücken«. Es ist nicht schwer, darin eine für Max Weber charakteristische Art der Soziologie zu erkennen, die er in seiner Religionssoziologie verwirklicht hat. Religiöse Glaubensinhalte, mit

[15] Ebd., 31.
[16] Ebd., 35.
[17] Ebd., 36.
[18] Ebd., 32.
[19] Ebd., 24.

welchen er »religiös unmusikalisch« seiend in kein »Ansprechverhältnis« wie die Gläubigen gelangen konnte, hat er wissenschaftlich thematisiert, zum Gegenstand gemacht. »Die Soziologie, wenn sie eine Norm zum Problem hat, setzt die Geltung dieser Sache in Klammern. Sie wird zur Tatsache«,[20] heißt es bei Mannheim. Die soziologische Methode versucht also die geistigen Gehalte in einer bestimmten Weise zu sehen – die Geltung in Klammern setzend.

3. Auseinandersetzung mit den rivalisierenden zeitgenössischen Einstellungen (um die Symptome der denkerischen Abwehrbewegungen, Verdeckapparaturen zu analysieren)

3.1 Die Unerträglichkeit der Labilität und der Faschismus

Ausgangspunkt und Hintergrund für die soziologische Einstellung, mit welcher Mannheim seine Studenten bekanntmacht, in welche er sie einführen wollte, war »die Labilität als Grundatmosphäre in der heutigen Intelligenzwelt«.[21] Er versucht zu beschreiben, wie diese Distanzierung zuerst etwas Unerträgliches ist. Dieses Leben, das man immer wieder fraglich machen kann, stiftet eine ungeheure Beunruhigung. Solange eine Gemeinschaft aproblematisch funktioniert, weiß man, woran man ist. Aber in der modernen Situation, wo mehrere Möglichkeiten vorhanden sind, ist die Grundlage, an der man messen könnte, auch problematisch geworden. Das ist eine ganz radikale Beunruhigung, eine Unsicherheit moderner Existenz, die sich zu orientieren sucht.[22]

Die Soziologie bietet in dieser Situation ein Orientierungswissen – das will Mannheim in seiner Vorlesungsreihe demonstrieren. Er zeigt, wie das Entstehen neuer Dinge soziologisch im Gesamtzusammenhang lokalisiert werden könnte, wie die Soziologie, indem sie das, was zerstreut, zufällig, auftaucht, die Lebensdistanzierung als moderne Form des Suchens neuen Lebens, zum systematischen Problem macht. Sinn seines Kollegs war, den Ort der Soziologie in der gegenwärtigen Lebenskrise zu bezeichnen. Die Soziologie mit ihrem Fraglichmachen, Distanzieren, Relativieren ist selbst

[20] Ebd., 103.
[21] Ebd., 51.
[22] Ebd., 47.

ein Akteur in dieser Krise. Keineswegs aber ihre Ursache, vielmehr versucht sie damit klarzukommen, ihr Organ zu werden, ihr in die Augen zu sehen, sie auszusprechen, zu artikulieren.[23] Es ist die Zeit gekommen für ein Radikalwerden der Desillusionierung, der Skepsis des vielseitigen Sehens, die zu keiner Eindeutigkeit kommt.[24] Man muß die Risiken, die Nachteile der Unsicherheit als Begleiterscheinungen der Moderne, als Preis der Mündigkeit akzeptieren und auf sich nehmen. Mannheim will die positive Seite der modernen geistigen Situation hervorheben, die Vorteile der Lage zeigen, daß es keine vorherbestimmten, selbstverständlichen, unzweifelhaften Normen mehr gibt. Alles kann vor den Gerichtstuhl der Vernunft, oder wie Mannheim sich ausdrückt, ins Medium der Reflexion gestellt werden.

»Nachdem wir die Einstellung der lebensdistanzierenden Haltung besprochen haben, müssen wir diese in Gegensatz stellen zu den übrigen möglichen Einstellungen«.[25] Mit dieser Geste führt Mannheim seine Hörer zum nächsten großen Problemkomplex seiner Vorlesungen. »Kann der sehend und erkennend gewordene Mensch plötzlich wieder primitiv werden?« So stellt sich für Mannheim die Frage über die Möglichkeit des Faschismus, »der Reprimitivisierung«, wie dieser in seinem denksoziologischen, pädagogischen Kontext bei ihm genannt wird. Den Faschismus behandelt er hier als eine seelische Haltung im Denkerischen und Erlebnismäßigen. Psychologisch-phänomenologisch beschreibt er es aus der Paniksituation, die mit dem Allgemeinwerden der Labilität auftritt. »Es entsteht eine neue Haltung in dieser kollektiven Seelensituation« wo verschiedene Weltwollungen die Weltauslegung komplizieren. »Man erschreckt vor der Möglichkeit, daß die Welt völlig labil geworden ist«.[26] Es folgt eine Überschätzung der Taten, der Handlung, zur Zeit der Entwertung der Wörter infolge der Mehrdeutigkeit. Mannheim sieht einen gewissen Selbstbetrug darin und erklärt es für eine hysterische Geste der sich in Paniksituation befindenden Intelligenz; ein alternativer Lösungsversuch in der gegebenen Situation, ein Lösungsversuch, aber kein Ausweg, behauptet er.

Es ist bemerkenswert, daß Mannheim im Gegensatz zu den meisten Zeitgenossen die Tendenz des Faschismus nicht ignoriert, sondern seinem künftigen Gewicht entsprechend ernst nimmt – wobei er sich hier politisch vor allem auf seine persönliche ungarische Erfahrungen und auf das italienische Beispiel berufen kann. Einerseits brauchte er diese Richtung zu seiner

[23] Ebd., 50.
[24] Ebd., 53.
[25] Ebd., 31f.
[26] Ebd., 36.

»Briefmarkensammlung«,[27] andererseits hat er darin auch theoretisch eine wichtige Herausforderung konstatiert. Es ist wieder ein wichtiger Bestandteil seines pädagogischen Programms, wie er die gegnerischen Positionen zuerst zu rezipieren, verstehen und erklären versucht, und nur danach zu widerlegen. Er will den Gegner so weit wie möglich an sich herantreten lassen,[28] er läßt Raum für seine Argumente und setzt sich mit der gegnerischen Position auf ihrem höchsten Niveau, mit ihren besten Vertretern auseinander. Wenn Mannheim diese Richtung in theoretischer Hinsicht analysieren will, bezieht er sich auf die Ansichten und Argumente von Nietzsche und Carl Schmitt. Theoretisch sieht er in diesen Tendenzen einen Verzicht auf die Reflexion, eine Bevorzugung der Unmittelbarkeit, der Irrationalität. Es handelt sich um einen Dezisionismus, um ein Übertreten von der Reflektiertheit in die Unreflektiertheit, was für Mannheim, von seinem pädagogisch-denkerischen Gesichtspunkt aus gesehen als eine Regression, eine Reprimitivisierung erscheint.

3.2 Stabilisieren des Weltbildes: die Orthodoxie

Bei der Auseinandersetzung mit einer anderen dominanten Tendenz im zeitgenössischen Denken, die Mannheim hier als »Orthodoxie« bezeichnet, behandelt er hauptsächlich die Unterschiede des geschlossenen und offenen Denkens. Das ist wieder etwas von großer pädagogisch-didaktischer Bedeutung. Die Orthodoxie entsteht oft in den utopischen revolutionären Bewegungen. Das unsichere, mit seinem Leben frei experimentierende, ungebundene, ohne Richtlinien, Grundlagen und Maßstäbe gebliebene Individuum kann in einem Kollektiv eine unendliche Sicherheit finden. »Sein Ich-Bewußtsein und seine Selbstsicherheit wird in die gemeinsame Utopie, *in die Bewegung* verankert. Sie wollen sich dem Unsicheren nicht ausliefern, sie neigen dazu, ihr Ich-Zentrum in einem kollektiven zu verankern«.[29] Es besteht die Tendenz, vielgestaltig zu sehen, gleichzeitig aber auch die Unsicherheit.[30] Die Orthodoxie versucht seine Denkbasis zu fixieren, stabili-

[27] Um Ernst Blochs despektierliche Äußerung über Mannheims Pluralismus zu benutzen.

[28] Mannheim, Vorlesungstyposkript, 89.

[29] Ebd., 33.

[30] Ebd., 70.

siert sein Weltbild, dogmatisiert, nagelt bestimmte Dinge fest, um seine Willensentscheidung stabilisieren zu können.[31] Damit gelangt man zu einer gewissen Überlegenheit, Sicherheit, die aus der Geschlossenheit kommt.

Mannheim ist überzeugt davon, das wissenschaftliche System elastisch zu machen, sei eine wichtige Aufgabe.[32] Er findet es »entsetzlich wichtig«, daß man das, was er das »ständige Durchbrechen« nennt, das Überholen der statischen Tendenz der einzelnen Aspekte immer von neuen sucht.[33] Der soziologische Mensch denkt nicht scholastisch systematisch, sondern in Verflechtungen der wirklichen Situation nachtastend. Bei beiden analysierten Formen der Regression geht es nach Mannheim grundsätzlich um dasselbe Problem: »Selbsteinschränkung oder Selbsterweiterung, das ist die Frage«.[34]

4. Die Mannheim-Debatte vom Katheder

Es ist spürbar, daß Mannheim in seinen Vorlesungen nicht einfach von wissenschaftlichen und didaktischen Intentionen geleitet ist. Er behandelt dabei die für ihn, für sein Werk wichtigsten, zentralsten Fragen. Es ist fast unmerkbar, wie er plötzlich auf die Diskussion seines Buches *Ideologie und Utopie*, oder genauer der Rezepzion, des kritischen Echos dieses Buches – auf die Explikation und Kommentierung der »Mannheim-Debatte« – übergeht. Er ist schon mitten in den Argumenten und Gegenargumenten, als er bemerkt, daß er während seines einleitenden Kurses zur allgemeinen Soziologie vor seinen Hörern plötzlich mit seinen Kritikern polemisiert. Aber er kann dies wieder einmal prinzipiell und didaktisch begründen: »Mein Kolleg soll nicht irgendetwas mitteilen, sondern sich mit *den* Dingen auseinandersetzen, die mich wirklich beschäftigen«.[35] Auch auf dem Katheder will er nicht so tun, als würde er die absolute Wahrheit in einem absoluten Raum verkünden.[36] Er ist auch ein konkreter »ganzer« Mensch, hier und jetzt. Und da wird deutlich, wie die wissenschaftlichen, pädagogischen und persönlichen Aspekte bei Mannheim sich in der Darstellung seiner Wissens-

[31] Ebd., 92.
[32] Ebd., 77.
[33] Ebd., 78.
[34] Ebd., 72.
[35] Ebd., 80.
[36] Ebd., 83.

soziologie treffen. »Ich glaube, was ich getan habe, ist nichts anderes, als mit der Methode des Marxismus die fortlaufend sichtbar werdenden Partikularitäten in Evidenz zu halten«.[37]

Die große Herausforderung für die Mannheimsche Wissenssoziologie war die Tatsache, daß mehrere Weltanschauungen im gleichen Lebensraum vorhanden sind. Er möchte diese Erscheinung theoretisch bewältigen: »Wo die antinomische Situation vorhanden ist, und in das Geistige eindringt ... stehen zwei Welten gegeneinander ... koexistieren polemische Weltbilder, und jeder hat recht. Jede Weltanschauung trachtet alles lückenlos auszulegen«.[38] Mannheim faßt seine Bestrebungen wie folgt zusammen: »Mein Programm ist, die Dinge zusammenzubringen und in der nötigen Distanzierung zu vollziehen«.[39] Er führt vor seinen Studenten seine »Silhouetten-Theorie der Partikularität« aus und sagt: »Ich kann den partikularen Sinn der verschiedenen Silhouetten nicht begründen, indem ich sie aufzeige, sondern muß den Punkt suchen, von dem aus ich sie fasse«.[40] Er versucht, »durch die eine Sicht die andere fraglich zu machen«,[41] die andere zu durchkreuzen und zu bezweifeln. Mannheim betont, daß man an der heutigen Stufe in der Lage sein kann, das Gegenargument auch zu verstehen.[42]

Was ihn interessiert ist, wie man verschiedene Entwicklungen konfrontieren kann.[43] Er sieht eine Herausforderung im Zusammenströmen verschiedener Tendenzen: »Es ist jetzt eine Situation entstanden, wo getrennt marschierende Denksysteme« – polemische, gegeneinander denkende Weltwollungen also – »in ihrer Erfahrungstendenz durchsichtig wurden, aber auch neu analysiert werden konnten«.[44] Es ist eine Grundvoraussetzung der Mannheimschen Wissenssoziologie, daß absolute Punkte für den Menschen nicht gegeben sind. Es gibt jedoch Aspekte, von denen man die Auflockerung vollziehen kann. In der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern hält es Mannheim für wichtig, zu betonen, daß es sich nicht darum handelt, »daß der Soziologe legitime Begriffe destruiert, sondern, daß er jene Schicht abbaut, die nichts anderes ist, als der Wille zur Abwehr«.[45]

[37] Ebd., 76.
[38] Ebd., 26.
[39] Ebd., 23.
[40] Ebd., 77.
[41] Ebd., 79.
[42] Ebd., 82.
[43] Ebd., 89.
[44] Ebd., 78.
[45] Ebd., 81.

Er geht davon aus, daß der Denkansatz immer Partikularansatz ist. Dabei gehört es zur »Grundstruktur des Menschen, die eigene Partikularität als absolut zu sehen«.[46] Mannheim versuchte in seinem Buch die Wollungen hinter den Ideen aufzuzeigen, denn alle Ideen seien »gebunden mit einem Wollen, das sonstwo verankert ist«. Er spricht in seinen Vorlesungen wichtige Thesen zur Erläuterung seines Standpunktes in der Mannheim-Debatte aus. Von entscheidender Bedeutung ist für den Relationismus-Relativismus-Problemkomplex die Aussage, er habe nicht behauptet, daß jeder Aspekt, jede Silhouette gleichwertig wäre.[47] Ein fundamentales Argument Mannheims gegen die Anklage der aus dem allgemeinen Ideologieverdacht folgenden Destruktion ist es, wenn er betont: Es ist in seinem Buch nicht gesagt, daß Interessenbindungen unbedingt blind machen. Seinsmäßige Bindungen können ja auch hellsichtig machen. Man kann sagen, »daß jeder von irgendwo etwas erfaßt hatte«.[48]

Mannheim formuliert die Absichten seiner Wissenssoziologie für seine Studenten. Er möchte zeigen, wie das Konkrete der einzelnen Weltanschauungen aussieht, »der geheime Wille, der die Denkapparatur beherrscht«.[49] Danach muß man sehen, »wie die Partikularsichten in den erweiterten Plan des Gesamtgefüges zu arrangieren sind«.[50] Wenn etwas Aufgabe ist, so doch diese Plattform einer möglichen Auseinandersetzung, einer Realdiskussion so weit es möglich ist, zu schaffen.[51] Sonst hört das Denken vollständig auf. Es transformiert sich von einem Suchen der Welt in eine »Abwehrbewegung, wo jeder seine Marschroute hat«.[52] Dieses Problem sei das Problem der Stunde.

4.1 Einwände aus dem akademischen Bereich

»Was ist das?« ist nach Mannheim die erste Reaktion auf die Wissenssoziologie von akademischer Seite: das Verlangen der Etikettierung, Einordnung in die bestehenden Rahmen. Falls sie sich nicht etikettieren läßt, ist sie auch

[46] Ebd., 86.
[47] Ebd., 77.
[48] Ebd., 78.
[49] Ebd., 84.
[50] Ebd., 89.
[51] Ebd., 88.
[52] Ebd., 77.

erledigt – hauptsächlich bei Fachkollegen, die die ganze Problemlage ablehnen, bagatellisieren, die neue Disziplin nicht akzeptieren wollen. Es sei »pure Psychologie«, hat Mannheim als Echo dieser Vorlesungen gehört. »Viel zu philosophisch« – diese Charakterisierung seiner Heidelberger Lehrtätigkeit kam als Argument gegen seine Berufung nach Frankfurt ein Jahr früher vor.

Was ist das für eine Soziologie? Wie läßt sich diese Frage auf Grund dieser Selbstdarstellung beantworten? Jedenfalls Soziologie als Geisteswissenschaft, die die Gesellschaft in ihrer Wirkung auf das Geistige und Seelische untersuchen will und nur in diesem Medium begreifbar hält – nach dem alten Prinzip, daß Geist nur Geistiges erkennen kann. Ihr Gegenstand ist das Soziale wie es in das Geistig-Seelische hineinragt. Mannheim gibt eine Beschreibung, eine Phänomenologie der seelisch-geistigen Prozesse, in denen sich Gesellschaft konstituiert.[53] Er lokalisiert seine Wissensoziologie zwischen Ideengeschichte und Wirtschaftsgeschichte. Er will mit ihr zeigen, wie kompliziert das Hineinspielen des Unterbaus in das Geistige ist. Die Wissenssozologie ist eigentlich eine Soziologie des Geistes. Eine besondere Betrachtungsweise der geistigen Gehalte. Eine Kultursoziologie im weitesten Sinne, hauptsächlich als Methode, eine besondere Art der Interpretation der geistigen Gebilde – Kulturgebilde, Weltanschauungen, politische Ideen – vom sozial-historischen Unterbau her.

4.2 Einwände von politischer Seite

Einer der häufigsten Einwände gegen Mannheims Wissenssoziologie von politischer Seite war, es handle sich hier um einen Fall des »bürgerlichen« Denkens. Gegenüber dieser Etikette versuchte Mannheim lieber defensiv zu argumentieren, etwa von einer gemeinsamen Grundlage seine Diskussionspartner zu überzeugen, daß man doch nicht alles wegwerfen sollte, was aus der »bürgerlichen Periode« stammt (wie die Industrie zum Beispiel). Man sollte selektiv vorgehen, und was gut, brauchbar zu sein scheint, für das Proletariat aufbewahren. Er riskiert die Behauptung, daß diese Kategorisierung in »bürgerlich« und »proletarisch« eigentlich etwas überholt sei und reagiert auf die Gegenüberstellung des bürgerlichen Individualismus mit dem proletarischen Kollektivismus – mit der Bemerkung, daß die Schätzung der Per-

[53] Ebd., 43.

sönlichkeit nicht für das Bürgertum, sondern für die Aristokratie charakteristisch ist.

Nachträglich sollte doch behauptet werden, daß die Aneignung des soziologischen Standpunktes bei Mannheim auf seinem Wege von der Philosophie zur Soziologie eigentlich gerade mit der Entdeckung, mit dem Bewußtwerden des Verankertseins der Individuen in Gruppen, in kollektiven Seelenlagen geschah. Die Soziologie kommt in diesem Kontext als Entdeckung der Bedeutung des Miteinanderlebens, der Unterbau der kollektiven Gruppen, vor.[54] »Das ist die wirkliche Entdeckung der Soziologie, daß mein eigenes Leben mit anderen Leben verflochten ist«,[55] »daß man Situationen, auch die eigene soziologisch zu durchdenken imstande ist«,[56] daß man also fähig ist, die eigene Situation von der kollektiven Lage her zu erklären.

4.3 Auseinandersetzung mit dem »orthodoxen Marxismus«

Mannheim benützt aber sein Kolleg auch dazu, vor seiner Hörerschaft etwas tiefergehende Gegenargumente gegen seine Kritiker zu entwickeln. Hier geht es nunmehr um die Auseinandersetzung mit »orthodox marxistischen« Lehren. Ein Gedankengang richtet sich gegen die Lehre von der Auserwähltheit des Proletariats, die für Mannheim für seine wissenssoziologische Position als eine Lehre »von der größten Erkenntnischance« relevant ist. Er zeigt die denkerischen Gefahren, die in der inbegriffenen deterministischen Konzeption stecken, daß die Ansichten, die Kenntnisse des Proletariats, sich automatisch mit der Wirklichkeit decken. Er charakterisiert sehr plastisch dieses chiliastische Gefühl des Auserwähltseins, das Gefühl, sich mit der Welt in Deckung zu befinden, den Schlüssel zur Wahrheit in der Hand zu haben.[57] Er analysiert die Verdeckapparaturen in dieser Auffassung und kommt mit seinem Gegenargument hervor, daß dieser Determinismus, diese Überzeugung von der größten Erkenntnischance leicht zu einer Denkbequemlichkeit führt. Weil, wie er es frappant formuliert, die Menschen nicht denken, sondern recht haben wollen,[58] und dadurch können sogar die

[54] Ebd., 42.
[55] Ebd., 48.
[56] Ebd., 100.
[57] Ebd., 87.
[58] Ebd., 89.

größten Erkenntnischancen verlorengehen. Diese Argumentationsführung mußte für Mannheims Hörerschaft politisch und pädagogisch gleich spannend, aktuell und lehrreich sein; ebenso für weitere Diskussionen inspirierend, wie die darauffolgene Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Lehre über den notwendigen Zusammenhang von Theorie und Praxis.

4.4 Theorie und Praxis oder das Dilemma des unparteischen Denkens

Das Problem des Zusammenhanges von Theorie und Praxis und der Möglichkeit des unparteischen Denkens analysiert Mannheim im Kontext der Einwände gegen seine Wissenssoziologie. Er nimmt es seinen Kritikern übel, daß sie sich nicht darauf konzentrieren, ob er recht habe oder nicht, sondern die Gefährlichkeit seiner Lehren betonen und Mannheim findet es bei seinen Kritikern symptomatisch, daß sie seine ideologiekritische, wissenssoziologische Argumentation auf ihre Gegner gerne anwenden, auf sich selbst aber keineswegs. Das wäre jedoch auch pädagogisch, denkpädagogisch das Wesentliche, das Aneignen und auf sich selbst Anwenden der nur aus verschiedenen Perspektiven sichtbaren Einsichten, so daß wir fähig werden, uns selbst auch mit den Augen der anderen zu betrachten – es ginge doch um die Fähigkeit der Selbstreflexion.

Das ist der Kern der Mannheimschen theoretischen Leistung, und das spricht er in diesen seinen Vorlesungen auch explizit aus: die Ausbreitung der Marxschen Ideologiekritik, ihre Anwendung, ihr Rückbezug auf den Marxismus selbst. Es war dieses theoretische Verfahren, womit er den Zorn seiner marxistischen, oder wie er sie hier nennt »orthodoxen« Gegner auf sich gezogen hat, womit er eine Skandalfigur, ein Stein des Anstoßes – sowohl in den akademischen als auch in den marxistischen Kreisen – geworden und in den Mittelpunkt der intellektuellen Diskussionen der Weimarer Epoche geraten ist.

Es muß hinzugefügt werden, daß es Mannheim nicht gelungen ist, die geforderte Selbstreflexion im eigenen Falle mit restloser Konsequenz durchzuführen, seine funktionalisierenden Kriterien auf sich selbst anzuwenden – was seine Gegner in der Debatte ständig mit Recht oder eben grundlos bestätigten. Das zeigt sich auch im hier analysierten Dokument und ist von entscheidender Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis-Lehre. Mannheims Standpunkt ist hier als eine der in der gegebenen Zeit, Situation, Konstellation möglichen, moralisch wählbaren Lebensfor-

men sicherlich berechtigt und verfechtbar: Er versucht, die Priorität, die Wichtigkeit, Werthaftigkeit des freien Denkens zu verteidigen, zu sichern gegenüber den »Forderungen des Tages«. Doch ist er theoretisch seinen eigenen Prinzipien und Methoden nicht treu, wenn er seinen Gegnern übelnimmt, daß sie seine Ansichten funktionalisieren, und auf dieser Grundlage, auf der Grundlage ihrer Gefährlichkeit, ablehnen. Sie überlegen also nicht die Wahrheit, die Richtigkeit seiner Behauptungen, sondern nur ihre eventuelle Wirkung. Wenn es also um die Funktionalisierung seiner eigenen Lehren geht, hebt Mannheim den Aspekt der Gültigkeit hervor.

Vermutlich spürt er die Inkonsequenz dieser Argumentation, darum versucht er in dieser Hinsicht von Theorie und Praxis zu einem Kompromiß zu gelangen. Er zeigt lediglich eine gewiße Neigung, die Gesichtspunkte, die zeitweilige Priorität der politischen Praxis zu akzeptieren. Er erklärt sich bereit, die eigenen Kriterien in einzelnen Perioden zu beschränken, zu suspendieren, wenn das unparteische Denken, der unabhängige Intellektuelle mindestens gelegentlich, von Zeit zu Zeit, in den politischen Atempausen zu Wort kommen kann. Mannheim betrachtet seinen eigenen Standpunkt auch nicht als absolut, abstrakt richtig, sondern ist bereit, ihn in der jeweiligen Situation zu konkretisieren – und sogar für eine gewisse Zeit zu suspendieren. Er möchte jedoch das Recht zum unparteischen, kritischen Denken bewahren, zumindest an der Peripherie der politischen Bewegungen, der großen Organisationen, mindestens für die Atempausen des politischen Kampfes.

Er kann verstehen, wenn man ihm gegenüber die Frage der politischen Gefährlichkeit aufwirft. »Man kann heutzutage kaum einen Gedanken aussprechen, worin keine politische Relevanz, Gefahr für eine Sache stecken könnte«.[59] Er sieht selbst die Gefahren, Risiken der soziologischen Reflexivität, des kritischen Fraglichmachens auf die politische Haltung, auf die aktive Politik. Die Distanzierung neutralisiert, macht im gewissen Sinne auch indifferent. Die Kollektivhandlung braucht die eindeutig vorgeschriebene Handlungsrichtung. »Die Willensrichtung soll in ihrer Entscheidung nicht unsicher gemacht werden durch Fraglichmachen von Dingen die nicht gefragt werden sollten«.[60] Die Dezision kann ja dabei verlorengehen, die Treffsicherheit, Eindeutigkeit der Ausrichtung politischer Entscheidung. Er sieht in dem Einwand der politischen Gefährlichkeit einen legitimen Gesichtspunkt, will aber nicht, daß dies der einzige Gesichtspunkt, mit dem letzten

[59] Ebd., 85.
[60] Ebd., 89.

Wort bleibt. »Wenn dieser Maßstab allein vorhanden ist, wird das Denken auch gestoppt in seiner eigenen produktiven Bewegung.« Man kann sich selbst nicht aufgeben, seine Würde als Denker nicht preisgeben: »Wir dürfen auf unsere urtümliche Fähigkeit Dinge fraglich zu machen, nicht verzichten. Auf unsere Fähigkeit, daß man als Intellektuelle die Dinge nicht nur eindeutig sehen kann, sondern von vielen Seiten her«.[61]

4.5 Unparteiisches Denken und Pädagogik als Beruf

Mannheim formuliert in seinen Vorlesungen sein denkerisches und pädagogisches Credo, ein theoretisches und praktisches Programm des unparteiischen Denkens. Theoretisch in erkenntnistheoretischer, wissenssoziologischer, funktionalistischer – und praktisch in moralisch-politischer und pädagogischer Hinsicht. Er findet es unerträglich, daß nunmehr keine Diskussion, keine Kommunikation möglich ist, jedermann, jede Partei sagt das Eigene und ist unfähig, den anderen zuzuhören, zu verstehen. Hier wollte er eingreifen, mit dem Verstehen der verschiedenen Standpunkte, mit dem Aufeinanderbeziehen, Aufeinanderstoßen und der Vermittlung der verschiedenen Perspektiven; damit sie fähig werden, die Welt und einander aus dem Gesichtspunkt des Gegners, des Anderen zu betrachten und die mit dem Anspruch eines umfangreichen, totalen, absoluten Weltbildes auftretenden verschiedenen partikularen Tendenzen polemischen Weltwollens in einen größeren Gesamtzusammenhang zu plazieren.

Das war Mannheims Absicht mit seinem Buch *Ideologie und Utopie*, mit seiner Wissenssoziologie, das war seine Absicht mit seiner pädagogischen Tätigkeit: die Vorbereitung einer neuen, zeitgemäßen, adäquaten, offenen Denkweise, die fähig ist zur Selbsterweiterung, zum Begreifen von neuen Erscheinungen, zum Verstehen von Andersdenkenden und zum Diskutieren mit ihnen. Er wollte den Weg zur Selbstreflexion ebnen, die schlechten Fixierungen auflösen, die voreiligen Abwehrmechanismen abschaffen. Er wollte seine Studenten und seine Leser zur Mündigkeit des modernen Menschen erziehen.

»Es ist wichtig, alles was aufkommt irgendwie offen entgegenzunehmen, damit nicht eingebaute Hemmungen die Weltorientierung stören«.[62] Darum

[61] Ebd., 96.
[62] Ebd., 83.

hat man in diesen Vorlesungen versucht, die Symptome der denkerischen Abwehrbewegungen zu analysieren, eine Charakteristik des gebundenen Denkens aufgezeichnet, die ortodoxe Denkweise systematisiert und dargestellt, um sich von den Verdeckapparaturen befreien zu können. »Ich will die ursprüngliche Gedankenbewegung zur Geltung kommen lassen. Ich will zeigen, wie man von einem Problem aus immer weiter greifen kann«, legte Mannheim seine didaktischen Absichten seinen Hörern dar. »Ich will Ihnen zeigen, daß das lebendige Denken ein ständiges Sicherweitern ist, wo man einen Leitfaden pädagogisch einführen kann, wo die Selbstkontrolle, methodische Selbstbeobachtung notwendig dazu gehört, das ist der direkte Gedankenvollzug«.[63]

Mannheims pädagogisches Ziel sind Menschen, die genuin denken können, es ist dasselbe wie sein denkerisches Ideal: ein Denkenwollen, eine Denkintention, die restlos denken will,[64] die die Denkbasis ständig erweitert. Das ungehemmte, sich selbst nicht verbauende Denken hat seine Einstellungen zu revidieren, nicht nur eine Möglichkeit ins Auge zu fassen.[65] Es geht in beider Zusammenhang darum, was Mannheim in seinen hier untersuchten Vorlesungen als das unparteische Denken zu nennen pflegt.[66] Man könnte Mannheims denkerisches und pädagogisches Grundprinzip mit seinen von Anna Lesznai zitierten Worten zusammenfassen, daß Zweifel nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht des Intellektuellen sei, er habe kein Anrecht auf das billige Glück des blinden Glaubens.[67]

Literaturverzeichnis

Balazs, B. (1985): Erinnerungen, in: Karadi/Vezér (1985), S. 93-94.

Karadi, E. /Vezér, E. (Hrsg.) (1985): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis. Übers. aus dem Ungarischen von Albrecht Friedrich, Frankfurt/M.

Lesznai, A. (1965): Spätherbst in Eden (ung.), Budapest.

Mannheim, K. (1919): Die Grundprobleme der Kulturphilosophie, in: Karadi/Vezér (1985), S. 206-231.

[63] Ebd., 66f.

[64] Ebd., 79.

[65] Ebd., 93.

[66] Ebd., 88.

[67] Lesznai 1965, 505.

Mannheim, K. (1929): Ideologie und Utopie, Bonn.
Stölting, E. (1986): Akademische Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin.

Das zitierte Vorlesungsmanuskript Mannheims aus dem Jahr 1930 befindet sich als Typoskript im Nachlaß Hans Gerth, Sozialwissenschaftliches Archiv, Konstanz.

Jacob Marschak (1898-1977)*

Harald Hagemann

»Jacob Marschak was a warm and tireless member of the working parties seeking scientific truth. At age 79, as at age 30, Marschak worshipped the pursuit of science. Jane Austen spoke of spinsters who lost the bloom of youth at 25 and of admirals who were old crocks at 39. In science it is not the legs that are the first to go. It is enthusiasm that oozes away as cynicism seeps in. Not so with Jacob Marschak. To the end he pursued the Holy Grail and knew it to be worth pursuing. For my money Marschak's axioms on expected utility are the definitive ones, preferable to those of von Neumann and of Ramsey – no mean accomplishment«.[1]

1. Einleitung

Jacob Marschaks plötzlicher Tod am 27. Juli 1977 in Los Angeles beendete eines der reichsten und ungewöhnlichsten Forscherleben eines Wirtschaftswissenschaftlers in diesem Jahrhundert. Als President Elect der American Economic Association hatte er mit seinem üblichen außergewöhnlichen Einsatz gerade das Programm der bevorstehenden Jahrestagung organisiert, als er einen Herzinfarkt erlitt. Obwohl Marschak von 1943 bis 1960 Mitglied und in der entscheidenden Phase von 1943 bis 1948 sogar Direktor der Cowles Commission for Research in Economics gewesen war, deren Arbeiten bahnbrechend für die Mathematisierung der modernen Wirtschaftstheorie und damit richtungsweisender als alle anderen Forschungsarbeiten gewesen waren, hatte es ungewöhnlich lange gedauert, bis Marschaks eigene mathematische Analysen der Entscheidungs- und Informationsprozesse

*Für wertvolle Unterstützung bei der Einsichtnahme in die *Jacob Marschak Papers* (University of California in Los Angeles) danke ich Earlene Craver, Axel Leijonhufvud und Christof Rühl ebenso wie Wilhelm Krelle für die Klärung einiger Details in Marschaks später Verbindung mit der Bonner Universität.

[1] Samuelson 1988, S. 323.

sowie der ökonomischen Theorie von Teams und Organisationen, die einen stärker interdisziplinären Charakter aufweisen, von einem Großteil der »mainstream«-Ökonomen anerkannt wurden und ihre verdiente Ehrung erfuhren.[2]

Marschaks ungewöhnliches Forscherleben umfaßt knapp sechs Jahrzehnte und ist durch eine gewaltige, wohl nur in diesem Jahrhundert mögliche Odyssee gekennzeichnet, die ihn unterschiedlichen politischen wie wissenschaftlichen Einflüssen aussetzte, die seinen akademischen Werdegang prägten. Als ukrainischer Jude in Kiew aufgewachsen, engagierte er sich politisch so stark im revolutionären Rußland, daß er als Menschewist im Alter von nur 19 Jahren bereits Arbeitsminister einer Regionalregierung im Kaukasus wurde. Im darauffolgenden Jahr erfolgte aber bereits die erste Emigration aus der Sowjetunion in das Deutschland der Weimarer Republik, wo die Universitäten Heidelberg und Kiel ihn als Wirtschaftswissenschaftler prägten. 1933 emigrierte Marschak aus Nazi-Deutschland zunächst in das von der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre geschüttelte England, von wo er zu Kriegsbeginn 1939 in die USA übersiedelte. Dort absolvierte Marschak an der New School for Social Research in New York (1939-42) sowie an den Universitäten Chicago (1943-55), Yale (1955-60) und der University of California at Los Angeles (1960-77) eine glanzvolle akademische Karriere.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die zweite Emigration für Marschak einen Schock darstellte, der zu einer zunehmenden Abstinenz von politischen Tätigkeiten und selbst vom wirtschaftspolitischen Ratgeberdasein führte. Jedoch ist trotz aller unterschiedlicher wissenschaftlicher Einflüsse und der Evolution des Marschakschen Forschungsprogramms vor dem Hintergrund (seinerzeit noch stark) divergierender nationaler Denktraditionen auch eine bemerkenswerte Kontinuität erkennbar. So durchzieht die hervorragende russische Mathematikausbildung Marschaks Werk ebenso wie ein roter Faden, wie die frühen reichhaltigen empirisch-praktischen Erfahrungen. Seine späteren, vom Gesichtspunkt der modernen Wirtschaftstheorie bedeutendsten Arbeiten, die durch Komplexität und die Anwendung formal-mathematischer Methoden gekennzeichnet sind, geraten ihm daher niemals zu realitätsfernen Abstraktionen. Marschaks außergewöhnliche Fähig-

[2] »In 1976, I served as chairman of the nominating committee of the American Economic Association. I felt Marschak should have been President, but that his age and the remoteness of his interests from those of the general membership would surely serve as a barrier. When the committee met, it turned out that everyone there had been either an associate or a student of Marschak's and all felt the same way. His election as President-Elect was a remarkable tribute«; Arrow 1978a, 71.

keit zur umfassenden Problemsicht und Synthese charakterisiert sie ebenso eindrucksvoll wie die Offenheit für neue Ideen und Methoden sowie die Klarheit seiner Sprache. Schließlich ist anzuführen, daß der spätere ökonomische Analytiker von Teams und Organisationen zuvor seine eigene Fähigkeit zur Teamarbeit ebenso eindrucksvoll demonstriert hatte wie seine Talente als Organisator von Forschungsgruppen, so z.B. als erster Direktor des neugegründeten Oxford Institute of Statistics in den Jahren von 1935-39. »Jaschas« Fähigkeiten zur sozialen Kommunikation waren dabei ebenso maßgebend wie die umfassende, enge ökonomische Horizonte transzendierende Problemsicht Heidelberger Sozialwissenschaft, die Marschak geprägt hatte und an die er sich zeitlebens gern zurückerinnerte.

2. *Eine Jugend in Kiew und die revolutionären Umbrüche in Rußland 1917-18*

Jakob (nach 1933 Jacob) Marschak wurde am 23. Juli 1898 als Sohn des Juwelenhändlers Israel Marschak und seiner Ehefrau Sophie Khailowsky in Kiew geboren. Seine Eltern sympathisierten mit der ersten russischen Revolution von 1905. So konnte sich Marschak später gut daran erinnern, daß seine Mutter vor Freude tanzte, als der Zar am 17. Oktober[3] eine neue Verfassung mit konstitutionellen Elementen, die Zusammenrufung einer gesetzgebenden Reichsduma und bürgerliche Freiheiten ankündigte.[4] Allerdings hielt die Freude nicht lange an. Noch am selben Abend bekamen die Marschaks, die als wohlhabende Juden außerhalb des jüdischen Wohnviertels in unmittelbarer Nähe des Versammlungsortes der Kiewer Stadtduma wohnten, mit, wie Kosaken in den Straßen aufzogen und ein Pogrom begann.

Antisemitismus war in der Ukraine mit ihrem vergleichsweise hohen jüdischen Bevölkerungsanteil noch stärker verbreitet als im übrigen zaristischen Rußland. Jakob Marschak feierte als Kind die Bar Mitzvah und lernte fließend Hebräisch. Seine Familie gehörte jedoch nicht der jüdischen Ortho-

[3] Die Datierung folgt dem in Rußland bis Ende Januar 1918 üblichen alten Julianischen Kalender, der im 20. Jahrhundert um dreizehn Tage hinter der Datierung nach dem heute geltenden Gregorianischen Kalender zurückblieb.

[4] Vgl. zum Nachfolgenden das ausführliche Interview mit Marschak (1971), das im Rahmen des Oral History-Programms der University of California im Frühjahr 1968 durchgeführt wurde.

doxie an, sondern fühlte sich als assimilierte Juden vielmehr den Traditionen der Aufklärung verpflichtet. Von Jugend an teilte Jakob Marschak die kosmopolitischen und liberalen Ansichten seiner Eltern. Das Bewußtsein einer benachteiligten Minorität anzugehören, wurde ihm immer wieder von außen aufoktroyiert, so als ihm als Neunjährigen die Aufnahme in das klassische Gymnasium von Kiew wegen der äußerst niedrigen Aufnahmequote für Juden und restriktiv-unfairer Prüfungsmethoden verweigert wurde. Statt dessen absolvierte er die erste Handelsoberschule in Kiew. Sie unterstand ebenso wie die Handelshochschule und die Hochschule für Technik, die Marschak nach seinem Abitur 1915 besuchte, dem Ministerium für Handel und Industrie, das sehr viel liberaler orientiert war als das Erziehungsministerium. Zu Marschaks Erziehung gehörte auch, daß ihm deutsche und französische Gouvernanten fließend Deutsch und Französisch beibrachten, sowie, zusammen mit einem Jugendfreund, ein autodidaktisches Studium der höheren Mathematik.

Im Sommer 1915 bestand Marschak mit einem glanzvollen Essay über das Thema *Was wir wissen, ist beschränkt; was wir nicht wissen, kennt keine Grenzen*, in dem sich bereits spätere Forschungsschwerpunkte ankündigten, die Aufnahmeprüfung für die Technische Hochschule in Kiew. Dort war u.a. Eugen Slutsky (1880-1948) sein Lehrer in Statistik, dessen späterer Ruhm als Ökonom vor allem auf einem einzigen kurz zuvor erschienenen Aufsatz[5] basierte, mit dem er die moderne, zwei Jahrzehnte später von Hicks und Allen entwickelte Theorie des Konsumentenverhaltens in entscheidenden Punkten vorwegnahm. Marschak ließ keinen Zweifel daran, daß ihm diese international lange unbeachtet gebliebene Analyse eines der Begründer der mathematischen Wirtschaftstheorie wesentlich stärker beeindruckte als dessen »revolutionäre« Aktivitäten, wegen derer Slutsky 1903 von der Universität Kiew entlassen worden war. Slutsky ging 1903 zum Studium der Ingenieurwissenschaften nach München und kehrte 1905 nach Rußland zurück. Diese Phase des späteren langjährigen und exponierten Mitglieds des Mathematischen Instituts der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion sei in den Nachrufen zumeist stark übertrieben worden.[6]

In diesen Bewertungen kommt auch zum Ausdruck, daß der junge 18jährige Student von Slutsky unter dem Einfluß des Ersten Weltkriegs und der

[5] Slutsky 1915.

[6] »Slutsky himself was not a revolutionary and in fact under the Soviet regime abandoned economics just because he was not a Marxist and did not want to get mixed up in such things, and applied statistics to other things, like meteorology, or did purely, mathematical work«; Marschak 1971, 11.

revolutionären Umbruchsituation in Rußland 1915 zum Marxisten geworden war. Charakteristisch für Marschak, der zeitlebens seinen sozialdemokratischen Überzeugungen treu blieb, war dabei seine tiefe humanistische Prägung, die ihm selbst in jungen Jahren und in einer derartig chaotischen Situation sowohl gegenüber bolschewistischem Radikalismus als auch gegenüber jeglichen nationalistischen Exzessen immunisierte. Konsequenterweise wurde er auch kein Mitglied des Bundes, der marxistischen, nicht-zionistischen Organisation der Juden, sondern *menschewistischer Internationalist* (Mensheviki Internatsionalisty im Gegensatz zu den Mensheviki oborontsy), der auch schnell Zugang zu den Arbeitern in der in Kiew hochkonzentrierten Rüstungsindustrie gewann. Als Aktivist in dieser von Martov (Julij Osipovic Cederbaum) geführten linken, Anti-Kriegsfraktion der Menschewisten wurde Marschak am 6. Dezember 1916 inhaftiert und erst knapp drei Monate später durch die vom neuen Justizminister Kerensky im Zuge der »Februarrevolution« erlassene Amnestie aus dem Gefängnis entlassen. Die anschließenden Wochen und Monate mit ihrer großen Hoffnung und Erleichterung in der Bevölkerung, den friedlichen Demonstrationen und dem großen Maiumzug empfand Marschak, der schnell zum Sekretär des sozialdemokratischen Stadtkomitees von Kiew avancierte, im nachhinein als ausgesprochen »idyllisch«. Am meisten beeindruckten ihn in dieser Zeit Journalisten, die obwohl Sozialisten, für die *Kievskaia Mysl'* schrieben, eine liberale Zeitung, die offiziell der Partei der konstitutionellen Demokraten (Kadetten) gehörte.[7] Marschak sieht die Rolle der Zeitung im damaligen Rußland als analog an zu der des *Manchester Guardian* sowie der *Frankfurter Zeitung* in der Weimarer Republik, zu deren Mitarbeiterstab er später selbst gehören sollte, und führt die Unabhängigkeit sowie Entschiedenheit des Standpunktes auch auf die Distanz zur jeweiligen Hauptstadt zurück.[8] Allerdings erwies sich die Ruhe schnell als trügerisch und die Zusammenarbeit zwischen Menschewisten, Sozialrevolutionären, Bolschewisten und Liberalen als äußerst brüchig. Darüber hinaus sollte Kiew bald zum Schlachtfeld zwischen ukrainischen Nationalisten und Bolschewisten werden. Marschak, der als Vertreter der Menschewisten in die ukrainische Rada gewählt worden war, mußte dies spätestens bei den Auseinandersetzungen, die auch in Kiew unmittelbar nach der gescheiterten, bewaffneten bolschewistischen Massendemonstration in Petrograd vom 3. Juli stattfanden, erkennen. Nach kurzem Sommerurlaub auf der Krim ging er ab August auf

[7] Unter dem Pseudonym »Antide Otto« steuerte selbst Trotzki Artikel bei, u.a. über seine Beobachtungen am Roulettetisch im Spielcasino von Monte Carlo.

[8] Marschak 1971, 23.

die Offiziersschule. Einige Tage nach der bolschewistischen Revolution vom 25. Oktober (7. November) wurde diese aufgelöst. Der Versuch eines bolschewistischen Aufstandes in Kiew am 30. Oktober schlug jedoch fehl, und die ukrainische Zentralrada verkündete eine Woche später die Konstituierung einer Ukrainischen Republik.

In dieser unruhigen Situation entschieden Marschaks Eltern, ihren lungenkranken Sohn zur Erholung nach Kislowodsk im Kaukasus zu schicken. Diese Region, in der der Kongreß der Bergvölker Nordkaukasiens bereits am 7. September die Verfassung einer »Nordkaukasischen Föderalistischen Republik« verabschiedet hatte, sollte sich jedoch als besonders turbulent erweisen, und der junge Marschak geriet mitten hinein in das komplizierte Geschehen mit seinen vielfältigen Fronten.[9] Wegen der Kosaken wurde diese Region zu einer Art russischer Vendée. Dort hatten die Kosaken nach der Besetzung durch das zaristische Rußland die heimischen muslimischen Völker der Tschetschenen und Inguschen durch Landnahme aus den Tälern in die Berge vertrieben. Als Folge der Agrarrevolution nach der Oktoberrevolution wollten die muslimischen Bergvölker nun ihr geraubtes Land zurück und begannen die Städte und kosakischen Landgüter zu attackieren. Die im Zuge des einsetzenden Bürgerkrieges im Dezember 1917 aus der Verbindung der Terek-Kosaken mit nationalen Gruppierungen gebildete »Bergrepublik« Terek-Dagistan wurde jedoch bald aus Vladikavkas verdrängt. Auf dem II. Kongreß der Terek-Völker in Pjatigorsk wurde am 3. März 1918 als Teil der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) eine *Terek-Sowjetrepublik* gebildet, die nicht zuletzt durch von der türkischen Front zurückkehrende, größtenteils desertierte russische Soldaten gestützt würde. Jakob Marschak, der »zur Erholung« in den nördlichen Kaukasus gereist war, hatte bereits Ende Januar als Delegierter am vorhergehenden Kongreß von Mosdok teilgenommen, bei dem sich Vertreter der russischen Menschewisten, Sozialrevolutionäre, Bolschewisten sowie Vertreter einiger radikaler Parteien der christlichen Osseten trafen. Im Alter von 19 Jahren wurde er zum Arbeitsminister der kurzlebigen Terek-Republik, die er später als »Pädokratie«, eine Regierung von Kindern,[10] bezeichnen sollte. Als Mitglied des Koalitionskabinetts konnte er trotz entschiedenen Widerstandes die von den Bolschewisten am 4. März herbeigeführte Entscheidung des Kongresses

[9] Angesichts des russischen Krieges gegen Tschetschenien erweist sich im Januar 1995 die Lektüre von Marschaks Erinnerungen an seine Zeit im nördlichen Kaukasus 1917-18 von einer erstaunlichen Aktualität und einer Variante zum Thema »The times they are (*not*) changing.«

[10] Vgl. Koopmans 1978, X.

der Terek-Völker zur Anerkennung der RSFSR und ihrer Regierung, des Rats der Volkskommissare, nicht verhindern. Gleichwohl blieb Marschak bis zum Sommer in seinem Amt als Arbeitsminister in dieser Region, die in diesen Monaten vom übrigen Rußland nahezu vollständig isoliert war. In der Zeit, in der die Bolschewisten versuchten, vollständige Kontrolle zu gewinnen[11] und einige Ölquellen um Grosny monatelang brannten, war es nun Marschaks Hauptaufgabe, eine am deutschen Vorbild orientierte Sozialgesetzgebung vorzubereiten, die weitgehend nur die Industriearbeiter in einigen wenigen Städten dieser Region betraf. Überhaupt war Marschaks Tätigkeit nicht frei von Skurrilitäten. Hiervon zeugen u.a. Marschaks »Cadillac-Mission« (mit zwei Chauffeuren) über die hohen Berge des Kaukasus, ein Staatsbesuch im benachbarten Georgien, das in dieser Zeit sozialistisch regiert wurde, zur Unterbindung des grenzüberschreitenden Schafdiebstahls sowie die Begegnungen mit einem sozialrevolutionären armenischen Rechtsanwalt und anderen an Verfassungsentwürfen beteiligten Revolutionären, deren gemeinsame Basis lautete: *Schlag nach bei Jellinek*, dem Handbuch des deutschen Verfassungsrechtlers, dessen Witwe Marschak später in Heidelberg kennenlernen sollte.[12]

Zu den reichhaltigen Erfahrungen, die Marschak im nördlichen Kaukasus sammeln konnte, gehören auch bestimmte Leitthemen, die ihn später als Wirtschaftswissenschaftler nachhaltig beschäftigen sollte: so das *Geld*. Zu den unsicheren Zeiten im Kaukasus gehörte damals wie heute eine stark inflationäre Entwicklung. Marschak berichtet in seinen Erinnerungen[13] anschaulich über Dutzende lokaler Währungen und die erzwungene Bezahlung der Ölarbeiter durch die Noch-Besitzer der Ölquellen, deren Sozialisierung offiziell bereits proklamiert worden war, während seiner Ministerzeit mit sogenannten »weißem Geld«. Da nicht genügend gesetzliche Zahlungsmittel wie der in Petrograd gedruckte »Kerenki« bzw. das noch für wertvoller erachtete Geld aus der Zarenzeit vorhanden war, zirkulierten mehr und mehr weiße Papierstücke als »Bankschecks«.[14]

Politisch wurde die Lage im nördlichen Kaukasus zunehmend instabiler und gefährlicher. Nach der Ermordung des Regierungschefs der Terek-

[11] Aus der Vereinigung der Terek-Republik mit der Kuban-Schwarzmeer- und der Stavropoler Sowjetrepublik kam es am 7. Juli 1918 zur Bildung einer »Nordkaukasischen Sowjetrepublik«, die nach der Eroberung des Nordkaukasus durch die Weißgardisten im Dezember desselben Jahres wieder aufgelöst wurde.

[12] Vgl. zu diesen Episoden Marschak 1971, 43-51.

[13] Vgl. ebd., 31f. und 48f.

[14] Marschaks spätere Versuche, das Konzept der Liquidität zu klären, zeigten die Bedeutung der Antizipation neuer Informationen für das wirtschaftliche Verhalten.

Republik, des georgischen Bolschewisten Buachidze, durch die Kosaken am 20. Juni kam es zum offenen Bürgerkrieg, der zunehmend eskalierte. An eine einigermaßen geregelte Ministertätigkeit war nun überhaupt nicht mehr zu denken. Jakob Marschak und seine ebenfalls für die Regierung der Terek-Republik tätige Schwester Franya (Francis) gerieten mehrfach in lebensbedrohliche Situationen. Angesichts des Konflikts zwischen den erstarkenden konterrevolutionären Weißen und Kosaken, die von den Osseten unterstützt wurden, auf der einen Seite und den ebenfalls erstarkenden Bolschewisten, die von den Tschetschenen und Inguschen wegen deren Kampfes gegen die kosakischen Grundbesitzer unterstützt wurden, andererseits, gerieten ausgleichende Positionen dazwischen immer mehr in die Enge. Eine Zeitlang kämpfte Marschak noch für eine in Mosdok neu gebildete Regierung aus Menschewisten und Sozialrevolutionären, die sich an das noch menschewistisch regierte Georgien anlehnte und sich vor allem gegen die Bolschewisten engagierte.

Dieser Kampf wurde jedoch immer aussichtsloser, da gleichzeitig in Moskau und Petrograd die Menschewisten und die große Mehrheit der Sozialrevolutionäre bereits völlig kaltgestellt waren. Ein zunehmend depressiver Marschak resignierte und kehrte im Herbst 1918 unter dramatischen Umständen fluchtartig über Tiflis und per Schiff von Poti nach Sewastopol in das zu dieser Zeit nicht weniger unruhige Kiew zurück. Dort wurde der seit Ende April mit deutscher Unterstützung amtierende Hetman Skoropadsky nach dem beginnenden Abmarsch der deutschen Truppen[15] am 14. November gestürzt und durch eine nationalukrainische bürgerliche Regierung unter Petljura ersetzt. Die Menschewisten waren mittlerweile völlig abgemeldet und die bolschewistische Gefahr[16] bestand weiterhin. Da Marschak die ukrainischen Nationalisten verständlicherweise ebenfalls nicht zusagten, beschloß er, das sinkende Schiff zu verlassen und ging Anfang des Jahres 1919 mit seinem älteren Bruder nach Deutschland. Weitere Familienmitglieder folgten Ende 1919, nachdem sie zuvor ein von den Truppen Denikins angezetteltes Pogrom miterleben mußten. Als letzte folgte Marschaks

[15] Diese hatten in der Besatzungszeit auf die Bewohner Kiews bleibende Eindrücke hinterlassen: »The Germans were patrolling the streets, in groups of four. They had no business there, but somehow they felt they had to maintain law and order in this strange country. They had cleaned up Kiev, put signs, VERBOTEN, and things like that, cleaned out the railroad station. The station was full of shells of sunflower seeds (sémiachki), which people ate nervously while discussing politics all those months. Nobody had cleaned it for two years. The Germans cleaned it absolutely«; Marschak 1971, 75f.

[16] Die Rote Armee eroberte Kiew erstmals am 5. Februar 1919 und nach der erfolgreichen weißgardistischen Offensive unter Denikin im September erneut Mitte Dezember.

Schwester Lydia, deren Ehemann Dimitri Cizevsky, der spätere Professor für Slawistik an der Universität Heidelberg, zeitweilig in einem bolschewistischen Konzentrationslager inhaftiert war.

3. *Als junger Ökonom in der Weimarer Republik 1919-1933*

»When I got to Berlin there were the Spartacus fights. I was still interested and later sat through the three or four days of the Second Räte congress, which met about February«.[17]

Jakob Marschak kam als erster einer größeren Gruppe junger russischer Ökonomen nach Deutschland, die als engagierte Menschewisten nach der Oktoberrevolution aus der Sowjetunion emigrierten. Ihm folgten u.a. Paul Baran, Georges Garvy, Nathan Leites, Wassily Leontief, Mark Mitnitzky und Wladimir Woytinsky.[18] Fast alle von ihnen waren im Bereich der Mathematik und Statistik sehr gut geschult. In Deutschland setzten sie ihre Studien in der Regel bei dem an der Berliner Universität tätigen Statistiker Ladislaus von Bortkiewicz (der selbst 1868 in St. Petersburg geboren war, aber bereits seit 1890 an deutschen Universitäten lehrte und forschte) und/oder Emil Lederer (der 1931 als Nachfolger von Sombart von Heidelberg nach Berlin wechselte) fort. Der mathematisch-statistische Bereich hatte in Rußland eine lange Tradition und bildete für politisch engagierte Ökonomen im vorrevolutionären Rußland (und, wie das Beispiel von Slutsky zeigt, ebenso in der späteren Sowjetunion) eine relativ unverdächtige Form wissenschaftlicher Betätigung.

[17] Marschak 1971, 77.

[18] *Paul Baran* (1910-1964) promovierte 1932 bei Emil Lederer in Berlin.

Georges Garvy (1913-1987) studierte von 1931 bis 1933 bei Emil Lederer in Berlin.

Nathan Leites (1911-1987) hatte bei Emil Lederer und Jakob Marschak in Heidelberg studiert und ging 1931 mit Emil Lederer nach Berlin, von wo er wenige Wochen vor der Promotion 1934 fliehen mußte. Die Promotion erfolgte 1935 in Lausanne.

Wassily Leontief (1905-) promovierte 1928 bei Werner Sombart und Bortkiewicz in Berlin, war 1927-28 und 1930-31 in der von Adolf Löwe geleiteten Konjunkturforschungsabteilung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts tätig, von wo er an die Harvard University ging. Leontief erhielt 1973 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Mark Mitnitzky (geb. 1908 in Kiew) promovierte 1930 bei Emil Lederer in Heidelberg und war 1932-33 Redaktionssekretär des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Mit dem dreizehn Jahre älteren Wladimir Woytinsky, den er bewunderte, verband Marschak eine intensive lebenslange Freundschaft.[19] Woytinsky kam 1922 nach Berlin, wo er u.a. von 1929 bis 1933 das wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut das Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes leitete. Anfang 1932 verfaßte Woytinsky zusammen mit dem Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow sowie dem Ökonomen und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Fritz Baade ein vieldiskutiertes Arbeitsbeschaffungsprogramm, den *WTB-Plan*, der am 13. April 1932 vom Kongreß der freien Gewerkschaften angenommen wurde.[20] Bereits als 17jähriger hatte er mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit zur Konsum-, Markt- und Preistheorie brilliert, die der als Gutachter tätige Nestor der russischen Wirtschaftswissenschaft Michail Tugan-Baranowsky nachhaltig zur Publikation empfahl, ohne den Verfasser und dessen jugendliches Alter zu kennen. Woytinsky war ebenfalls im vorrevolutionären Rußland politisch engagiert gewesen. Als Bolschewist verschwand er nach der Revolution von 1905 in sibirischer Verbannung, aus der er erst 1917 zurückkehrte. Als Lenin ihn nach seiner Rückkehr aus der Schweiz aufforderte mitzumachen, lehnte Woytinsky jedoch ab. Er wurde statt dessen politischer Armeekommissar in der Kerensky-Regierung und während der Oktoberrevolution kurzzeitig inhaftiert. Danach gab er für die georgischen Menschewisten die russischsprachige Zeitschrift *Bor'ba* heraus. Als Jakob Marschak im Herbst 1918 aus dem nördlichen Kaukasus nach Kiew zurückkehrte, war die Wohnung der Woytinskis in Tiflis die erste Zufluchtsstätte, wo er auch seine Schwester wiedertraf, von der er aufgrund der turbulenten Ereignisse zwischenzeitlich getrennt gewesen war.

Marschak begann im Frühjahr 1919 sein wirtschaftswissenschaftliches Studium bei Bortkiewicz. Obwohl Marschak bereits nach einem Semester von der Berliner Universität nach Heidelberg wechselte, war dies für ihn eine prägende Phase gewesen, da Bortkiewicz ihm die Bedeutung mathematischer und statistischer Methoden für die wirtschaftswissenschaftliche Analyse vermittelte. In Heidelberg erfuhr Marschak eine breitere sozialwissenschaftliche Ausbildung. Prägend waren hier für ihn vor allem die ökonomischen und soziologischen Veranstaltungen bei Emil Lederer und Alfred

[19] Vgl. das nach dem Tode verfaßte liebevolle Porträt *Wladimir Woytinsky and Economic Theory* in Marschak 1974.

[20] Woytinsky (geb. 1885 in St. Petersburg, gest. 1960 in Washington) emigrierte 1933 in die Schweiz, wo er bis 1935 beim Internationalen Arbeitsamt in Genf tätig war. 1935 übersiedelte er in die USA, wo er bedeutende Beiträge zur Entwicklung des sozialen Sicherheitssystems leistete.

Weber, aber auch die Philosophie-Veranstaltungen von Karl Jaspers. Bei Lederer und Weber promovierte Marschak am 10. November 1922 summa cum laude zum Dr. phil.[21] Die Dissertationsschrift *Die Verkehrsgleichung*, obwohl bereits 1921 verfaßt, wurde erst 1924 im von Lederer herausgegebenen *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* publiziert.

Von 1924 bis 1926 arbeitete Marschak als Wirtschaftsredakteur bei der liberalen *Frankfurter Zeitung*, ehe er Referent bei der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB in Berlin wurde. 1928 wechselte er in die von Adolf Löwe aufgebaute Konjunkturforschungsabteilung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, wo er vor allem Industriestudien für die Wirtschaftsenquete erstellte, die unter Leitung von Bernhard Harms im Auftrag des Reichstags angefertigt wurde. In dieser Zeit entstand auch seine Habilitationsschrift *Elastizität der Nachfrage*, die 1931 publiziert wurde. Ausgehend von der Auswertung haushaltsstatistischer Daten zur Ermittlung der Marktnachfragekurven für einzelne Konsumgüter diskutiert der Verfasser nicht nur bestimmte statistische Verfahren, sondern gibt zugleich eine innovative, systematische theoretische Darstellung der mit der empirischen Marktanalyse verbundenen Probleme. Obwohl Marschak 1929 deutscher Staatsbürger geworden war[22] und sich in der mit Heidelberg eng kooperierenden Kieler Forschungsgruppe, zu der auch Gerhard Colm, Hans Neisser (beide später ebenfalls an der New School for Social Research in New York tätig), Fritz Burchardt (ein enger Mitarbeiter in der Gründungsphase des Oxford Institute of Statistics) und Wassily Leontief gehörten, sehr wohl fühlte, scheiterte jedoch der Plan in Kiel zu habilitieren, da viele Mitglieder der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Marschak als Juden und Sozialdemokraten ablehnten. Marschak ging daher zurück nach Heidelberg, wo er am 22. Februar 1930 für das Fach »Nationalökonomie« habilitierte und bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung als Privatdozent und Lehrbeauftragter tätig war.

Marschaks erste wissenschaftliche Veröffentlichung war der Aufsatz *Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft*,[23] in dem er sich mit der von

[21] Alfred Weber und Lederer waren maßgeblich für die liberale Atmosphäre, den vielfach attackierten »progressiven Geist«, verantwortlich, der am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften herrschte. So überrascht es nicht, daß von den ab 1933 aus Deutschland emigrierten Ökonomen insgesamt 18 in der Zeit der Weimarer Republik an der Heidelberger Universität promoviert hatten, mehr als an jeder anderen deutschen Universität; vgl. hierzu Eßlinger 1995 und Krohn 1997.

[22] Marschak wurde 1935 die deutsche Staatsbürgerschaft wieder aberkannt; vgl. Reichsgesetzblatt vom 12. Juni 1935.

[23] Marschak 1924a.

Ludwig von Mises kurz zuvor aufgestellten These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung auseinandersetzte. Die Stärke der sozialistischen Bewegung in Europa hatte zu einer Debatte über die Problematik der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus geführt, die sich nach der russischen Oktoberrevolution intensivierte. Es wird weithin übersehen,[24] daß Marschak in dieser sozialistischen Kalkulationsdebatte, die viele der klügsten ökonomischen Köpfe attrahierte, so u.a. Pareto, Barone, Schumpeter, Hayek, Lange, Lerner und Bergson, einen frühen bedeutsamen Beitrag leistete, nachdem Mises für eine Belebung und Akzentverschiebung dieser Debatte gesorgt hatte. Hatte diese Diskussion sich vor 1920 vor allem auf die Frage der Anreizkompatibilität eines sozialistischen Gemeinwesens beschränkt, so lautete Mises' Hauptthese, an der Marschak anknüpfte: »Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung«.[25] Marschak, der in der Weimarer Zeit an seinen sozialistischen Überzeugungen festhielt, fühlte sich durch Mises' Schlußfolgerung, daß das Problem der Wirtschaftsrechnung »Beweis« dafür sei, daß der Sozialismus undurchführbar ist, herausgefordert. Marschak hielt Mises zunächst das empirische Argument entgegen, daß die Voraussetzungen der freien Konkurrenz immer weniger erfüllt seien und eine an die freie Konkurrenz anknüpfende Wirtschaftlichkeitsrechnung daher zunehmend in Frage gestellt sei. Vielmehr zeige die zunehmende Bildung von Kartellen und Konzernen, daß die Vorteile der monopolistischen Wirtschaftsrechnung gerade auf den beiden Gebieten liegen, »die durch Mises' Skepsis besonders betroffen werden: auf dem Gebiete der Wirtschaftsrechnung für *Güter höherer Ordnung* und auf dem Gebiete der *Dynamik*«.[26] Der von Mises gepriesene Vorzug »exakter« Preisbildung auf dem freien Markt verliere gerade mit Blick auf diese beide Ebenen an Relevanz. An die Stelle einer Vielzahl handelnder Akteure »mit engem Gesichtsfeld« in der Praxis (statt der in der Theorie mit absolutem Überblick über die gesamten Tauschmöglichkeiten versehenen Individuen), »treten nun ... die wenigen mit Ueberblick und Potenz Ausgestatteten«,[27] was die Anpassungsfähigkeiten der Ökonomie an exogene Veränderungen erhöhe. Darüber hinaus könnten erst die mächtigeren Wirtschaftssubjekte bestimmte ökonomische Zukunftspläne verwirklichen.

[24] So in Vaughns vielzitiertem Referenzartikel von 1980 über den Beitrag von Ökonomen der Österreichischen Schule zu dieser Debatte.

[25] Mises 1920, 120.

[26] Marschak 1924a, 514.

[27] Ebd., 516.

> »Die Eisenbahngesellschaft, die durch niedrige Tarife neue Gebiete ›erschließt‹, die Einkaufsgenossenschaft, die ihre Preispolitik auf die Förderung neuer Produktionsmethoden bei den Erzeugern einstellt, der Staat, welcher durch landwirtschaftliche Meliorationsmaßnahmen das Kaufkraftniveau und den Eingang der indirekten Steuern steigert, betätigen sich durchaus nicht ›unwirtschaftlich‹; und doch hat ihr Rentabilitätskalkül keine ›exakten‹, sich auf einem Markt mit elementarer Objektivität bildenden Preise zur Grundlage«.[28]

Unter expliziter Berufung auf die von Schumpeter hervorgehobene »weiterblickende, fähigere Leitung vieler Monopole«[29] betonte Marschak die Vorteile *dynamischen* Gestaltens (auch in der Preispolitik) gegenüber den viel stärker externen Zwängen unterworfenen Akteuren in der Konkurrenzwirtschaft.

In einer jüngst vorgenommenen Bewertung des Beitrags von Mises zur Wirtschaftsrechnungsdebatte sieht Streissler die wesentliche Leistung von Mises in der Skizzierung des Arguments »that the economy is in constant flux and the economic data necessary for efficient planning are not available. ... What Mises says is that in the face of an uncertain future a socialist system will fail much worse than markets would fail.«[30] Das Argument, das erst in der zweiten Auflage der *Gemeinwirtschaft* erwähnt[31] und später von Hayek im Misesschen Sinne theoretisch elaboriert wurde, betont die Problematik der Entscheidungsfindung unter Unsicherheit und unvollkommenen Informationen. Gerade diese genuin dynamischen Probleme spielten jedoch eine entscheidende Rolle für Marschaks frühe Kritik von Mises' Ausführungen mit ihrer primären Betonung statischer Argumente.[32] Insofern überrascht Streisslers Negierung von Marschaks frühem Beitrag (zumal dieser in derselben Zeitschrift publiziert wurde wie zahlreiche Aufsätze von Mises zur Wirtschaftsrechnungsdebatte), den andererseits Arrow aus guten Gründen zu den »papers with the greatest permanent interest« rechnet.[33]

[28] Ebd.

[29] Vgl. Schumpeter 1908, 268.

[30] Streissler 1994, 63.

[31] Vgl. Mises 1932, 182-184.

[32] Insofern ist auch Streisslers unter Bezug auf die späteren Beiträge von Lange und Lerner verfaßtes apodiktisches Pauschalurteil zu relativieren: »In contrast to his [Mises's] continental sparring partners, who hardly knew any economics, were completely blinded by Marxism, and had the naivest ideas, his English critics were mainly fully trained academic economists who could spot his errors«; Streissler 1994, 64. Vielmehr war Marschak seinen späteren Kollegen an der New School (wo Abba Lerner 1943 sein direkter Stellennachfolger wurde!) und Chicago (Lange und Lerner) zumindest ebenbürtig.

[33] Arrow 1978b, 502.

Zusammen mit Emil Lederer veröffentlichte Marschak 1926 eine umfassende Studie über die Klassen und Organisationen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine pointierte Analyse des *neuen Mittelstandes*, der Angestellten und Beamten, deren starke Zunahme durch den Ersten Weltkrieg beschleunigt worden war. Marschak und Lederer hoben vor allem das gemeinsame Moment der unselbständigen Beschäftigung diese »neuen Mittelstandes« mit den Arbeitern und damit die Herausbildung einer einheitlichen Arbeitnehmerschaft hervor. Durch den Zusammenbruch am Ende des Ersten Weltkrieges sowie die anschließende Inflationsperiode seien die noch vorhandenen ökonomischen Differenzen weitgehend eingeebnet und dadurch auch Hemmungen bei den Angestellten zur gewerkschaftlichen Organisierung abgebaut worden. Die Entwicklung laufe daher auf den zentralen Gegensatz Arbeitnehmer-Arbeitgeber hinaus.

Mit Emils Neffen Walther Lederer, der nach seiner Promotion bei Arthur Salz in Heidelberg 1930 sein Assistent wurde, begann Marschak eine umfassende, von der Rockefeller Foundation geförderte Untersuchung zur Kapitalbildung, die erst 1936 in Großbritannien auf deutsch publiziert werden konnte.[34]

Ein zentrales Thema für Marschak während der Zeit der Weimarer Republik bildeten Verteilungsfragen[35] und ihr Zusammenhang mit der Beschäftigungsentwicklung. In der Mitte der zwanziger Jahre einsetzenden Lohndiskussion, die sich mit Amtsantritt Brünings als Reichskanzler dramatisch zuspitzte, standen die Beschäftigungswirkungen von (Nominal-) Lohn*senkungen* im Zentrum der Auseinandersetzung. Jakob Marschak leistete zu dieser Debatte ebenso wie andere Mitglieder der Kiel-Heidelberger-Gruppe, namentlich Gerhard Colm, Emil Lederer, Adolf Löwe und Hans Neisser, entscheidende Beiträge. Sie alle einte dabei – bei allen Unterschieden in der Argumentation – die gemeinsame Ablehnung einer Lohn-Deflationspolitik als zentrale Krisenbekämpfungsstrategie. Obwohl sie den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nahestanden, hinderte sie dies nicht daran, z.B. vor den »Übertreibungen der Kaufkrafttheorie« zu warnen.[36] Ihre Publikationsaktivitäten in den Jahren 1930-32 sind entscheidend durch diesen Kampf gegen die Befürwortung von Lohnsenkungen als Mittel der Krisen-

[34] Während Marschak den theoretischen Teil *Hauptgrößen der Kapitalwirtschaft* verfaßte, zeichnete W. Lederer für den statistischen Teil *Umfang und Formen der Kapitalbildung in den wichtigsten Ländern* verantwortlich.

[35] Auch Marschaks Antrittsvorlesung an der Universität Heidelberg am 22. Februar 1930 ging über das Thema ›Zur Politik und Theorie der Verteilung‹; vgl. Marschak 1930c.

[36] Löwe 1930, 293.

politik geprägt, wobei es eine Rolle spielt, daß »die volkswirtschaftlichen Vorteile einer erheblichen allgemeinen Lohnsenkung gerade auch unter dem Gesichtswinkel zusätzlicher Arbeitsbeschaffung in einem sehr zweifelhaften Licht erscheinen«.[37] Die Härte der damaligen Diskussion kommt auch in der Wortwahl zum Ausdruck, wie Lederers Fazit der Wirkungen des Lohnabbaus zeigt: »die primitive Vorstellung aber, man könne *immer*, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wiederherstellen, gehört in die Rumpelkammer der Theorie«.[38]

Mit der entschiedenen Ablehnung von Lohnsenkungen standen diese Autoren nicht nur im Gegensatz zu einem Großteil zeitgenössischer Lehrmeinungen und Politiker, sondern auch im Gegensatz zu Legitimierungsversuchen der Brüningschen Deflationspolitik, die nach Jahrzehnten überwiegender Kritik in den achtziger Jahren eine Renaissance erfuhren. Bei den Befürwortern der Brüningschen Politik hat die Forderung nach Nominallohnsenkungen zur Kostenentlastung der Industrie seit jeher eine wichtige Rolle gespielt. Auch in Borchardts Interpretationsversuch der wirtschaftlichen Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik treten die altvertrauten »Schurken« des neoklassisch-liberalen Schauspiels wieder auf die Bühne: der Staat und die Gewerkschaften. Bereits die deutsche Wirtschaft der Jahre 1925 bis 1929 wird als eine »kranke« Wirtschaft diagnostiziert,[39] als Krankheitserreger vor allem der Tatbestand ausgemacht, daß »die Revolution in eine große Lohnbewegung überführt worden« ist.[40] Die Arbeitslosigkeit wird als »klassische«[41] diagnostiziert, wobei der Lohnkostendruck für den zunehmenden Kapitalmangel verantwortlich gemacht wird. Zu dieser Ende der zwanziger Jahre herrschenden Kapitalmangelarbeitslosigkeit sei mit Einsetzen der Weltwirtschaftskrise eine keynesianische, auf Nachfragemangel beruhende Komponente dazugekommen. Teilte man diese Diagnose, so wären Reallohnsenkungen als therapeutisches Instrument zwingend geboten, was in der Zeit einer Deflation überproportionale Lohnsenkungen implizierte. Das Borchardtsche Krisenszenario bei Amtsantritt Brünings steht in direktem Widerspruch zu demjenigen der Kiel-Heidelberger Autoren, die vehement gegen Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung eintraten und dabei den statischen Charakter der neoklassischen Wirt-

[37] Neisser 1930, 1306.
[38] Lederer 1931, 32.
[39] Borchardt 1982, 179.
[40] Ebd., 204.
[41] Im Sinne von Malinvaud 1980.

schaftstheorie kritisierten.[42] Im folgenden soll versucht werden, das Argumentationsmosaik zur Begründung dieser ablehnenden Position zu rekonstruieren.

Keiner der genannten Autoren war Anhänger einer primitiven Kaufkrafttheorie, es gab jedoch Schattierungsunterschiede. So verdeutlicht der Disput zwischen Marschak und Neisser im *Magazin der Wirtschaft* 1930, daß Neisser dem Kaufkraftargument größere Skepsis entgegenbringt, während sich bei Marschak eher ein differenziertes Pro findet, zumindest jedoch eine apriorische Ablehnung des Kaufkraftarguments als unbegründet verworfen wird.[43] Wichtigstes Argument war dabei eine als Folge von Lohnerhöhungen in der Produktion von Massenkonsumgütern sich realisierende *Kostendegression*, wobei diese Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion zugleich den sektoralen Vorlieferanten zugute kommen. »Die Erzeugung der Massenkonsumgüter und pro rata der diese Erzeugung mit Rohstoffen, Maschinen, Energie, Frachtleistungen usw. versorgenden Wirtschaftszweige braucht aber eine Rentabilitätsminderung nicht zu erfahren, wenn die Ersparnisse aus dem Mehrabsatz größer sind als die zu zahlenden Mehrlöhne«.[44] Dieses »Gesetz stark sinkender Kosten bei Ausweitung der Produktion«[45] hat zwei Komponenten, die es auseinanderzuhalten gilt: eine *kurzfristige* Kostendegression, die auf eine verbesserte Auslastung bestehender Produktionskapazitäten zurückzuführen ist, und eine *langfristige* Kostendegression, die daraus resultiert, daß bestimmte technische und organisatorische Verbesserungen – gerade in Industrien mit einem hohen Fixkostenanteil – erst bei Überschreitung bestimmter Absatzschwellen rentabel und realisiert werden. Das Verständnis unausgeschöpfter Reserven und Ersparnismöglichkeiten ist also dynamischer Natur, es zählen nicht nur die brachliegenden Kapazitäten, sondern auch die infolge Absatzmangels brachliegenden neuen Produktionsmethoden, wobei m.E. in Marschaks Ausführungen *Skalen*komponente und *Fortschritts*komponente untrennbar miteinander verknüpft sind.

Die langfristige Kostendegression sieht Marschak als die entscheidende an, denn die aus der erhöhten Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten resultierende Kostenersparnis beschränke sich auf die fixen Kosten, d.h. verringere den Fixkostenanteil pro Outputeinheit. Sie reicht wegen der Existenz von mit der Produktionsausdehnung verbundenen zusätzlichen

[42] Zu einer ausführlicheren Diskussion vgl. Hagemann 1984.

[43] Vgl. Marschak 1930a, 1447.

[44] Ebd., 1444.

[45] Marschak 1930b, 26.

Kosten aber nicht aus, um die höheren Löhne zu kompensieren. »Der Einwand ist wichtig, denn es folgt aus ihm, daß eine ›spekulative Lohnerhöhung‹, wenn sie lediglich zur besseren Kapazitätsausnutzung führt, zwar eine Steigerung des Gesamtertrags der Massenkonsumgüterindustrien, aber dabei doch eine Belastung der Unternehmerklasse als Ganzes bedeutet und damit unter Umständen die Akkumulation gefährden kann«.[46] Offensichtlich unterstellt Marschak, daß die aus den Lohnerhöhungen resultierende zusätzliche Nachfrage maximal (bei Abstraktion von »Versickerungseffekten« wie Importgütern und nicht sofort wieder kreislaufwirksamer Verwendung der Steuermehreinnahmen des Staates aufgrund der Lohnsteigerung) dem Lohnsummenzuwachs entspricht. Da die Grenzkosten sicher stets positiv sind, erfolgt unter diesen Annahmen zwingend das Resultat einer verringerten Gewinnsumme mit der möglichen negativen Rückwirkung auf die Akkumulationstätigkeit.

Marschak abstrahiert also von Multiplikatorwirkungen, im Gegensatz zu manchen aktuellen Vertretern einer »Kaufkrafttheorie des Lohns«, wonach die Berücksichtigung von Multiplikator- (und eventuellen Akzelerator-) Effekten, d.h. der Tatsache, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrageerhöhung die sie bewirkende anfängliche Lohnerhöhung um ein Mehrfaches übersteigen kann, die Möglichkeit einer Überkompensation der Lohnerhöhungen, d.h. einer Gewinnerhöhung, eröffnet. Bei einer derartigen Argumentation wird in der Regel jedoch übersehen, daß der Multiplikator auf der Annahme einer *exogenen* bzw. autonomen (Konsum- wie Investitions-) Ausgabenänderung beruht, während eine Erhöhung der Nominallöhne für sich genommen keine Erhöhung, sondern nur eine Umverteilung des Volkseinkommens bedeutet. Es erfolgt keine Vermehrung der Kaufkraft, sondern eine Übertragung der Kaufkraft von Unternehmern auf Arbeiter. »Lohnsteigerung bedeutet dann zunächst nicht eine Kaufkraft*vermehrung*, sondern nur eine Kaufkraft*verschiebung* – von der Kapitalistenklasse zur Klasse der Lohnempfänger«.[47] Dieses Argument gilt jedoch ebenso in entgegengesetzer Richtung: Lohnsenkungen zwecks Steigerung der Rentabilität erhöhen nicht automatisch den Absatz, sondern verschieben zunächst nur die Kaufkraft von Arbeitern auf Unternehmer.

Eine derartige Kaufkraftverschiebung ist zweifellos mit einer Veränderung in der strukturellen Zusammensetzung der Produktion verbunden. Nun ist es ein bedeutsamer Grundgedanke der Kaufkrafttheorie, daß eine

[46] Ebd., 1930b, 29.

[47] Neisser 1930, 1306.

mit hohen Löhnen verbundene Kaufkraftverschiebung zugunsten der Arbeiter produktionssteigernd wirkt, da die von den Arbeitern konsumierten Güter in größerem Umfang dem Gesetz der Massenproduktion unterliegen als die von Kapitalisten konsumierten Güter. »Das Kaufkraftargument besagt, daß der Konsum von Massengütern eine bessere Ausnutzung der volkswirtschaftlichen Reserven gewährleistet als der Konsum von Luxusgütern; eine Kaufkraftübertragung von der einen Form der Konsumverwendung zu der anderen sei daher kostensenkend und steigere den volkswirtschaftlichen Ertrag; sie sei daher nicht nur nicht schädlich, sondern nützlich«.[48] Auch an anderer Stelle betont Marschak,[49] daß eine Erhöhung des Reallohns angesichts der vorhandenen *Struktur* des Konsums weitgehend jenen Industrien zugute komme, die bei Massenproduktion erhebliche Ersparnisse erzielen können. Dieses »qualitative« Kaufkraftargument der Gewerkschaften stellt in gewisser Weise das – auf den Kopf gestellte – Analogon zum quantitativen malthusianischen Argument dar, wonach der Luxuskonsum der Reichen im Interesse der Volkswirtschaft zu wecken sei. Neisser hält dieser auch von Marschak vertretenen Position wohl zu Recht entgegen, daß dieses Argument bei Einstellung bisher Arbeitsloser gegenüber einer Lohnerhöhung schon beschäftigter Arbeiter an Gewicht verliere, da dies eine Mehrnachfrage nach Lebensmitteln impliziere, die kaum dem Gesetz der Massenproduktion unterliegen. Entscheidender aber noch sei, daß sich das Gesetz der Massenproduktion bei der Produktion von Kapitalgütern mindestens ebenso auswirke wie bei der Produktion von Massenkonsumgütern, und es gerade diese Ersparnis sei, die als Folge der Lohnerhöhungen in der Regel zurückgehe, da die Mehrbelastung der Unternehmer diese zur Einschränkung der Akkumulation veranlasse.

> »Man kann also die in Frage stehende Theorie nur aufrecht erhalten, wenn man stärkere Kostendegression in der Produktion der Verbrauchsgüter der Arbeiterklasse als in der Produktion der Kapitalgüter annimmt; ... Beim Fehlen *spezifischer* Kostenersparnisse in der Produktion der Güter des Massenkonsums läßt sie sich nicht aufrechterhalten; sonst könnte man auch folgern: Lohn*senkung* und Erhöhung des Kapitalisteneinkommens und der Akkumulation wirkt produktionsfördernd, da in der Sphäre der Kapitalgütererzeugung degressive Kosten herrschen«.[50]

[48] Marschak, 1930b, 35f.
[49] Vgl. Marschak 1930a, 1443.
[50] Neisser 1930, 1448.

Meines Erachtens hat sich an der Gültigkeit dieses Neisserschen Arguments bis heute wenig geändert; der Struktureffekt einer Kaufkraftverschiebung wirkt nicht generell eindeutig in einer Richtung, so daß sich weder Forderungen nach Lohnerhöhungen noch nach Lohnsenkungen daraus ableiten lassen.

Nun ist der Lohn nicht nur kaufkraftbestimmend, sondern zugleich Kostenelement. Aber auch als Kostenelement weist er doppelten Charakter auf: er ist Preisfaktor wie Rentabilitätsfaktor, d.h. »daß Lohnsenkung immer nur nach einer Seite ihre wirtschaftliche Wirkung ausüben kann. Soweit sie die Rentabilität erhöht, kann sie nicht die Preise senken; und wenn und soweit sie die Preise senkt, erhöht sie nicht die Rentabilität«.[51] Anders ausgedrückt: Existiert bei Lohnsenkungen ein *trade-off* zwischen Preissenkungen und Rentabilitätsverbesserungen, so gibt es bei Lohnerhöhungen einen *trade-off* zwischen Preiserhöhungen und Gewinnschmälerungen.

Die neoklassische Kausalkette, daß Lohnsenkungen die Gewinne erhöhen und damit die Voraussetzung für höhere Investitionen und einen höheren Beschäftigungsgrad schaffen, ist gerade in der Depression an entscheidender Stelle brüchig. Gewinnsteigerungen als Folge der Lohnsenkungen setzen voraus, daß Nominallohnsenkungen nicht *uno actu* und in vollem Umfang in Preissenkungen weitergegeben werden, so daß es zu einer Verringerung des Reallohns kommt. Dies *kann* zu einer Erhöhung der Beschäftigung führen – wenn die Gewinne auch tatsächlich investiert werden. Daß dies geschieht, ist aber höchst zweifelhaft in einer Situation, in der die Existenz beträchtlicher überschüssiger Produktionskapazitäten als entscheidendes Investitionshemmnis fungiert. In einer Zeit, in der nicht nur viele Maschinen ungenutzt in den Fabriken stehen, sondern die Unternehmer im allgemeinen bei den Banken hoch verschuldet sind, werden die Unternehmer Gewinnerhöhungen als Folge von Lohnsenkungen weniger zur Schaffung zusätzlichen Realkapitals, sondern vielmehr als willkommene Gelegenheit verwenden, einen Teil der Schulden zu tilgen. »D.h. aber dann, daß die Lohnsenkung dazu dienen würde, die Liquidität zu erhöhen, oder: den Prozeß der Deflation und damit die Krise zu verschärfen«.[52]

Nach Lederers Weggang an die Berliner Universität hielt Marschak im Wintersemester 1931/32 an der Ruperto Carola ein Seminar über die kurz zuvor erschienene *Treatise on Money* von Keynes, an dem auch der junge

[51] Ebd., 1302.
[52] Lederer 1931, 23.

Richard Musgrave teilnahm.[53] Am 18. Dezember 1931 erschienen seine 16 *Thesen zur Krisenpolitik* in der bekannten in Hamburg herausgegebenen Wochenzeitung *Wirtschaftsdienst*.[54] Marschaks Thesen, die international koordinierte Arbeitsbeschaffungsprogramme befürworteten, die mittels Kreditausweitung finanziert werden sollten, hatten zuvor als eine Art Memorandum unter Gegnern der Brüningschen Deflationspolitik zirkuliert. Marschaks Überlegungen waren in enger Zusammenarbeit mit seinem Freund Woytinsky entwickelt worden, der in dieser Zeit den WTB-Plan konzipierte.

Bei aller Kritik Marschaks am übertriebenen »Deckungswahn« und den daraus resultierenden negativen Konsequenzen für Konjunktur und Beschäftigung sollte jedoch nicht übersehen werden, daß Marschak die Grenzen der Kreditausweitung von vornherein betonte und durchgängig präzisierte, um Fehlentwicklungen zu verhindern. So dürfe eine deutsche Kreditausweitung nur ohne Preissteigerung erfolgen, um die Zahlungsbilanz nicht zu gefährden (These 2), was am ehesten durch eine schnelle Verbesserung des Auslastungsgrades vorhandener Produktionskapazitäten ermöglicht würde. Die erhöhte öffentliche Kreditaufnahme müsse jedoch nach eingetretener Steigerung des privaten Vertrauens unmittelbar eingestellt bzw. zurückgeführt werden. Bekanntermaßen fielen diese und andere Empfehlungen für eine »produktive Kreditschöpfung« nicht rechtzeitig auf einen fruchtbaren Boden.

4. Oxford als erste Station im zweiten Exil 1933-1939

»We have a sort of minor Tinbergen here in the form of Marschak«.[55]

Nachdem der Lehrauftrag für den Privatdozenten Dr. Jakob Marschak an der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg zuletzt durch Schreiben des badischen Ministers des Kultus und Unterrichts vom 15. Juli 1932 für weitere zwei Semester verlängert worden war,[56] erfolgte am 20.

[53] Vgl. Musgrave 1997, 64.

[54] Vgl. Marschak 1931a und Garvy 1975.

[55] Harrod an Keynes, 6. Juli 1938. The Collected Writings of J. M Keynes, Bd. XIV, Londin 1973, S. 298.

[56] Die Vergütung betrug jährlich 1.620 Reichsmark und wurde aus dem Eberhard Gothein-Gedächtnisfonds bezahlt.

April 1933 aufgrund des am 7. April verabschiedeten ›Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ dessen Kündigung. Marschak wurde wegen seiner »nicht-arischen Abstammung« als Assistent des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften entlassen. Marschak war bereits im März mit seinem noch gültigen Paß zu einer seiner Schwestern nach Wien gereist, wohin ihm seine Familie[57] im April folgte. Nach kurzen akademischen Zwischenaufenthalten in Spanien und Holland nahm Marschak im Herbst 1933 die auf Initative von Redvers Opie zustandegekommene Einladung auf die *Chichele Lectureship in Economics* am All Souls College der Universität Oxford an, wo er 1935 zum Reader in Statistik ernannt wurde. Noch im selben Jahr wurde er erster Direktor des neugegründeten *Oxford Institute of Statistics*, das im wesentlichen mit Geldern der Rockefeller Foundation aufgebaut wurde, die auf Marschaks leitender Rolle bestand. Das Institut erlangte schnell internationale Reputation im Bereich theoriegeleiteter empirischer Forschung in der Wirtschaftswissenschaft.

Marschak selbst hatte sich erstmals 1927 mit einem Reisestipendium der Rockefeller Foundation für einige Monate in England aufgehalten und das britische Universitätssystem näher kennengelernt. Ebenso wie Adolf Löwe, der im Sommer 1933 an die Universität Manchester ging, wurde er schnell zu einem der wichtigsten Informanten für den im selben Jahr gegründeten *Academic Assistance Council*, die spätere *Society for the Protection of Science and Learning*, bei der Beurteilung der wissenschaftlichen Qualifikation emigrierter bzw. hilfesuchender deutscher Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler.[58]

Mit Fritz (später Frank) Burchardt (1902-1958), dem früheren engsten Mitarbeiter von Löwe, dessen bereits eingeleitetes Habilitationsverfahren an der Goethe-Universität in Frankfurt an der nationalsozialistischen Machtergreifung scheiterte, wurde ein weiterer emigrierter deutscher Ökonom im Dezember 1948 Direktor des Oxford Institute of Statistics, an dem u.a. auch Kurt Martin (Mandelbaum), Ernst F. Schumacher und Josef Steindl sowie

[57] Marschak heiratete 1927 in Heidelberg die 1901 in Berlin geborene promovierte Journalistin Marianne Berta Kamnitzer, die auch literarisch tätig war. Aus der Ehe gingen die Tochter Ann Jernberg (Angela geb. 1928 in Heidelberg; Psychotherapeutin, Ph. D. Chicago) und der Sohn Thomas (geb. 1930 in Heidelberg) hervor, der seit 1960 Professor der School for Business der University of California in Berkeley ist.

[58] Eine ähnliche Rolle spielte Emil Lederer, der 1933 als erster Dean an die von Alvin Johnson gegründete ›Universität im Exil‹ an der New School for Social Research in New York berufen wurde, für das ebenfalls im Sommer 1933 neu konstitutierte *Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars* in den USA.

die aus Polen bzw. Ungarn stammenden Michal Kalecki und Thomas Balogh führende Forschungspositionen einnehmen sollten.[59]

Marschak selbst setzte in den Jahren in Oxford seine Studien zu theoretischen und statistischen Aspekten der Nachfrageanalyse fort, ein Gebiet, auf dem er zusammen mit Wassily Leontief[60] und Ragnar Frisch entscheidende Pionierarbeit leistete. Darüber hinaus publizierte er zusammen mit Helen Makower und H.W. Robinson eine Reihe von Artikeln über die Ursachen der regionalen Mobilität der Arbeit, die in ihrem empirischen Teil für Großbritannien Unterschiede in den Arbeitslosenquoten als entscheidende Determinante regionaler Mobilität auswiesen.[61] Sein 1938 erschienener Aufsatz über die Geldnachfrage als ein Element der Vermögenshaltung von Individuen ist der erste einer Reihe herausragender theoretischer Beiträge zur Geldhaltung als Reaktion auf Unsicherheit, dem nach Kriegsende in den USA weitere[62] folgen sollten. Charakteristisch für Marschak ist auch die zugrundeliegende Idee, daß die Geldnachfrage besser verstanden werden kann, wenn man sie in eine allgemeine Theorie der verbundenen Nachfrage nach verschiedenen Aktiva einbettet.

Zusammen mit Roy Harrod, James Meade, E.H. Phelps Brown u.a. trug Marschak in der von Edgeworth geprägten, international offenen Atmosphäre Oxfords entscheidend dazu bei, daß die Ökonomie in Oxford in den »Years of High Theory« einen großen Entwicklungssprung machte.[63] Marschak selbst spielte auch eine wichtige Rolle als Geburtshelfer bei der Ausgestaltung von Harrods grundlegendem Aufsatz zur postkeynesianischen Wachstumstheorie.[64]

[59] Mit Burchardt, Kalecki, Schumacher, Balogh und Mandelbaum stammten nicht weniger als fünf der sechs Autoren der international Furore machenden Studie *The Economics of Full Employment* (1944) vom europäischen Festland, die Beveridges Studie *Full Employment in a Free Society* (1940) ergänzte.

[60] Leontief (1931) seinerseits hatte Marschaks Heidelberger Habilitationsschrift *Elastizität der Nachfrage* in dem von Lederer herausgegebenen *Archiv* ausführlich rezensiert.

[61] Marschak 1938-40.

[62] Marschak 1949; 1950a.

[63] Vgl. näher Young/Lee 1993, insbes. Kap. 4 und 5.

[64] Vgl. hierzu Young 1989, Kap. 5 und Besomi 1996 a und b.

5. Die Entwicklung zu einem der führenden Wirtschaftswissenschaftler in den USA

»Es war die zweite Emigration, nicht die erste (russisch-deutsche), die bei Marschak zum Rückzug ins Radikal-Wissenschaftliche geführt hat«.[65]

5.1 Die Universität im Exil: An der New School for Social Research in New York 1939-1942

»I had the fortune to meet Jacob Marschak. He took me in his hands. There were other good people there, but he was very instrumental in giving me a style ... He was a wonderful teacher«.[66]

Bereits seit Dezember 1938 besuchte Marschak mit einem einjährigen Reisestipendium der Rockefeller Foundation die USA. Naturgemäß waren die Kontakte zur 1933 gegründeten ›Universität im Exil‹ an der New School for Social Research in New York besonders eng, wo viele der früheren Freunde und Kollegen aus Heidelberg und Kiel Zuflucht gefunden hatten.[67] Unmittelbar nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs akzeptierte Marschak das Angebot der New School Lehrstuhl-Nachfolger von Gerhard Colm zu werden, der sich endgültig entschlossen hatte, seine berufliche Karriere in der Washingtoner Administration fortzusetzen. Emil Lederer, Marschaks Heidelberger Doktorvater und Habilitationsbetreuer und langjähriger Gründungsdekan der Universität im Exil und späteren Graduate Faculty der New School, war kurz zuvor am 29. Mai 1939 verstorben. Adolph Lowe, mit dem ihn eine lebenslange enge Freundschaft verband, nahm wenig später ein neuerliches Angebot einer Professur an der New School an und wechselte im Spätsommer 1940 von Manchester ebenfalls nach New York über, nachdem die von Marschak nach Kriegsausbruch befürchteten Schwierigkeiten für Emigranten aus Deutschland, Österreich und Italien in England Realität geworden und auch viele bekannte Wirtschaftswissenschaftler

[65] Adolph Lowe im Gespräch mit dem Verfasser, 19. September 1987.

[66] Modigliani 1984, 115.

[67] Zur detailreichen Darstellung der Geschichte der Universität im Exil und des Wirkens emigrierter deutscher Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler an der New School for Social Research vgl. Krohn 1987.

wie z.B. Piero Sraffa als »enemy aliens« in vorübergehende Internierungshaft genommen worden waren.

Obwohl Marschak zeitlebens menschlich wie fachlich intensiven Kontakt zu seinen aus Nazi-Deutschland emigrierten Kollegen hielt, wurde für sein weiteres wissenschaftliches Wirken in den USA eine andere Aktivität entscheidend, die er zusätzlich zu seiner Professur an der New School in New York ausübte. In Verbindung mit dem National Bureau of Economic Research leitete Marschak von 1940 bis Ende 1942 ein regelmäßiges Seminar zur Ökonometrie und mathematischen Ökonomie, das nicht nur die führenden Vertreter unter den jungen amerikanischen Ökonomen wie Paul Samuelson und Kenneth Arrow anzog, sondern entscheidend von den reichen intellektuellen Ressourcen lebte, die aus Europa über den Atlantik gekommen waren. So gehörten Trygve Haavelmo, Tjalling Koopmans und Abraham Wald ebenso zum harten Kern der Teilnehmer wie Wassily Leontief, Hans Neisser oder der junge Franco Modigliani. Selbst Schumpeter, der Walras als größten Ökonomen bewunderte, in dessen Werk die Mathematik oder die aufkommenden neuen ökonometrischen Methoden jedoch keinen Niederschlag fanden, kam am Wochenende öfter von Harvard nach New York, um an Marschaks Seminar teilzunehmen, »treating the whole matter with the benevolent condescension of a lord among well-meaning and deserving but necessarily limited peasants«.[68]

Mit den Aufsätzen von Haavelmo (1943), Mann/Wald (1943) und Marschak/Andrews (1944) gingen drei bahnbrechende Arbeiten zur statistischen Schätzung simultaner Gleichungssysteme aus Marschaks New Yorker Ökonometrie-Seminar hervor, die später in den Studien der Cowles-Commission ihre Fortsetzung finden sollten. Im Nachhinein erwies sich daher das zeitgenössische Empfinden vieler Teilnehmer, an einem Wendepunkt der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung angelangt zu sein, als richtig. So überraschte es dann nicht, daß die New School für Marschak im Gegensatz zu den meisten anderen emigrierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, die in New York blieben, lediglich eine Zwischenstation darstellte, und er bereits im Januar 1943 einen Ruf auf einen Lehrstuhl an der Universität Chicago in Verbindung mit dem Direktorat der Cowles Commission annehmen sollte.

[68] Arrow 1978a, 71

5.2 Pionier der Ökonometrie: Bei der Cowles Commission in Chicago und Yale 1943-1960

»The Chicago period in Marschak's life was one that brought out his leadership qualities in full strength«.[69]

Zur Förderung der ökonometrischen Forschung in den USA hatte der Geschäftsmann Alfred Cowles aus Colorado Springs bereits 1932 auf Anregung von Irving Fisher, dem ersten Präsidenten der 1930 gegründeten Econometric Society, deren zeitweiliger Schatzmeister Cowles war, eine später nach ihm benannte Kommission ins Leben gerufen und finanziert. In enger Zusammenarbeit mit der Econometric Society wurde auch die neue Zeitschrift *Econometrica,* deren erste Ausgabe mit einem Editorial von Frisch und einem Einführungsartikel von Schumpeter im Januar 1933 erschien, von der Kommission herausgegeben, die ihren Sitz bereits im September 1939 von Colorado Springs nach Chicago verlagert hatte. Beide Entscheidungen sind maßgeblich von dem seinerzeit an der Universität Chicago tätigen polnischen Ökonomen Oskar Lange initiiert worden, der in den beiden letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges auch geschäftsführender Herausgeber von *Econometrica* war.[70] Langes Hauptwerk *Price Flexibility and Full Employment*[71] erschien kurz darauf in der Monographie-Reihe der Cowles Commission. Bereits 1940 hatten Marschak und Lange einen gemeinsamen Aufsatz zur Keynes-Tinbergen-Kontroverse über die Rolle der Ökonometrie in der Konjunkturtheorie verfaßt. Dieser Artikel, der Tinbergens Grundsatzposition mit kraftvollen Argumenten verteidigt, wurde beim *Economic Journal* eingereicht, jedoch vom seinerzeitigen Herausgeber Keynes abgelehnt und erst Ende 1995 veröffentlicht.

Zweifellos führten erst die Reorientierungen im Forschungsprogramm sowie starke Veränderungen in der Zusammensetzung des Forschungsteams, die mit der Übernahme der Leitung von Theodore Yntema durch Jacob Marschak verbunden waren, zur »ökonometrischen Revolution«, die das

[69] Koopmans 1978, IX.

[70] Für eine detaillierte Darstellung der Geschichte der Cowles Commission sowie eine kritische Würdigung ihrer wissenschaftlichen Leistungen ist hier weder Platz noch der angemessene Ort. Vgl. zur Cowles Commission näher Christ 1952 und 1994; Hildreth 1986, sowie die dort angegebene Literatur. Für eine Einordnung der Arbeiten der Cowles Commission in die gesamte Entwicklung der ökonometrischen Forschung vgl. u.a. Epstein 1987 und Morgan 1990.

[71] Lange 1944.

internationale Renommee der Cowles Commission for Research in Economics begründeten. Eine wichtige Rolle spielten dabei neben Marschak, der entscheidende Visionen und Impulse setzte, vor allem Tinbergens früherer Mitarbeiter Koopmans, der im Juli 1948 (bis 1954) auch das Direktorat von Marschak übernahm, sowie in der Anfangsphase der Frisch-Schüler Haavelmo, dessen Arbeiten zur Modellierung eines simultanen Gleichungssystems und zum wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansatz in der Ökonometrie (1944) die beiden Säulen konstruierte, die zum Markenzeichen der Cowles Commission werden sollten.[72]

Marschak, der 1945 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt, war als Forschungsdirektor der Cowles Commission weitgehend als Wissenschaftsmanager absorbiert, so daß er in diesen Jahren nur wenig Zeit für eigene Forschung fand, zumal er auch noch im Council der Econometric Society (1944-49), im Exekutivkomitee der Conference on Research on Income and Wealth (1943-48) und im Committee on Social Aspects of Atomic Energy of the Social Science Research Council (1946-49) jeweils in führenden Positionen tätig war. Aufgrund seiner persönlichen Bekanntschaften mit vielen aus Europa stammenden Wissenschaftlern, die am ›Manhattan Project‹ beteiligt waren, sah Marschak frühzeitig eine Herausforderung für die Ökonomen, sich zur Zukunft der Atomenergie zu äußern.[73] Er initiierte daher eine Studie der Cowles Commission zu den wirtschaftlichen Aspekten der Atomenergie, an deren Durchführung er leitend beteiligt war.[74] Ansonsten schrieb er zumeist grundlegende Einführungen zu den Studien seiner Mitarbeiter, »in which the statistical methodology presented was penetrated remarkably deeply, clearly, and tersely to the essentials of the issues«.[75] Nach der Übergabe der Leitung der Cowles Commission an Koopmans kehrte Marschak schnell vom akademischen Unternehmer zum reinen Wissenschaftler zurück, dessen Arbeiten nun zunehmend abstrakter und theoretischer wurden. Als James Tobin 1955 neuer Direktor wurde, sich jedoch weigerte nach Chicago überzusiedeln, ging Marschak mit anderen Wissenschaftlern der Cowles Commission, die nun zur Cowles *Foundation* wurde, von Chicago an die Yale University in New Haven, Connecticut, von wo er 1960 einen Ruf an die UCLA annahm, womit er sich endgültig von der Cowles-Gruppe trennte. Hierin kam auch eine deutliche Verschiebung seiner thematischen Interessen zum Ausdruck.

[72] Vgl. hierzu ausführlich Malinvaud 1988.
[73] Marschak 1946b.
[74] Vgl. Schurr/Marschak 1950.
[75] Arrow 1979, 504.

5.3 *Mathematische Analysen der Informations-, Wahl- und Entscheidungsprozesse: An der University of California in Los Angeles 1960-1977*

> *»[T]he immigrants who had lived through the interwar period in Europe – and some, like Marschak, had fled first Lenin and then Hitler – this hope of building a wertfrei social science, immune to propaganda of every kind, gave motivating force to the econometric movement.*
> *One of us (A.L.) remembers standing with Jacob Marschak on the fringes of a UCLA anti-Vietnam demonstration, watching as the police tried none-too-gently to break it up. ›I, too, feel like them that this war is terrible‹, said Jascha, ›but, you know, I still think it is important that we strive always to keep value judgments separate from our work.‹ We might not be able fully to achieve it, he added, but Wertfreiheit remains an ideal«.*[76]

In Los Angeles blieb Marschak auch über seine Emeritierung 1965 hinaus bis 1969 Direktor des Western Management Science Institute und Leiter eines interdisziplinären Colloquiums über Mathematik in den Verhaltenswissenschaften an der UCLA. Hierin kam die experimentelle Offenheit seines grenzüberschreitenden Denkens ebenso zum Ausdruck wie in dem Tatbestand, daß die Bedeutung seiner interdisziplinär angelegten Arbeiten vielfach zunächst eher von Psychologen und anderen Sozialwissenschaftlern als von Ökonomen erkannt wurde.

Marschaks Werk konzentrierte sich in den letzten drei Lebenjahrzehnten weitgehend auf die mathematische Analyse der Informations-, Wahl- und Entscheidungsprozesse. Stimuliert durch neuere Entwicklungen wie die Spieltheorie von Neumanns und Morgensterns, deren Werk er selbst ausführlich besprochen hatte,[77] wandte sich Marschak bei der Analyse von Entscheidungsprozessen unter Unsicherheit nach Abgabe seines Cowles-Direktorats zunächst wieder dem Thema der Geldnachfrage zu, bevor er eine systematische Theorie über den ökonomischen Wert von Informationen und das Verhalten unter Unsicherheit entwickelte, die wichtige Entwicklungen der Lerntheorie und Psychologie aufgriff und den Themenbereich traditioneller Wirtschaftswissenschaft transzendierte. Im wesentlichen lassen sich drei Themenbereiche in Marschaks Spätwerk unterscheiden:[78]

[76] Craver/Leijonhufvud 1987, 181f.

[77] Marschak 1946a.

[78] Vgl. Radner (1984) zu einer genaueren Einschätzung von Marschaks nach 1950 verfaßtem wissenschaftlichen Werk.

- Aufbauend auf der Theorie rationaler ökonomischer Wahlhandlungen bzw. der Nutzentheorie und bestimmter psychologischer Meßtheorien entwickelte Marschak einen theoretischen Rahmen zur Analyse *annähernd rationaler* Entscheidungen wirtschaftlicher Akteure, deren Verhaltenskonsistenz nicht durch empirische Beobachtungen verifiziert werden kann, da der wissenschaftliche Beobachter nicht in der Lage ist, alle relevanten Entscheidungsfaktoren zu identifizieren. Marschaks in einer Vielzahl von Aufsätzen entwickelte stochastische Entscheidungstheorie[79] lieferte ein theoretisches Modell für ökonometrische Studien individueller Wahlhandlungen.
- Relevante Elemente im Entscheidungsprozeß sind Informationen und die Kommunikation zwischen den individuellen Akteuren. Marschaks theoretische Analysen[80] zum Wert und den Kosten von Informationen wiesen auf die Bedeutung größeren empirischen Wissens bezüglich des Sammelns und der Vermittlung von Informationen hin und haben wegen ihrer synthetischen Zielsetzung die (von ihm selbst nicht durchgeführte) empirische Arbeit in einer Reihe von Fachdisziplinen bis heute befruchtet.
- Der relative Wert alternativer Informationsstrukturen und die Frage nach den optimalen Entscheidungsfunktionen bei gegebener Informationsstruktur sind zugleich entscheidende Elemente in der von Marschak später in enger Zusammenarbeit mit Radner entwickelten ökonomischen Theorie von Teams und Organisationen.[81] Ein »Team« ist eine Organisation, deren Mitglieder dieselben Präferenzen und Überzeugungen, aber unterschiedliche Informationen haben und verschiedene Maßnahmen treffen. Das Problem besteht in der Wahl optimaler Entscheidungsregeln, die für jedes Teammitglied seinen Aktionsbereich als Funktion des Informationsstandes bestimmen. Marschak knüpfte mit diesem Ansatz, der die Bedeutung und Problematik dezentralisierter Informationen – und von Anreizsystemen für die Teammitglieder – hervorhob, in seinem Spätwerk wieder an die bereits in seinem ersten wissenschaftlichen Artikel zur sozialistischen Wirtschaftsrechnungsdebatte behandelte Thematik an. Seine Teamtheorie kann als grandiose Interpretation des wirtschaftlichen Koordinationsproblems angesehen werden, das nicht nur für die Funktionsfähigkeit sozialistischer, sondern auch kapitalistischer Systeme rele-

[79] Vgl. Marschak 1974: Bd. I.
[80] Vgl. Marschak 1974: Bd. II.
[81] Marschak 1972.

vant ist und zugleich der von Hayek betonten Dispersion des Wissens voll Rechnung trägt.

6. Epilog

> *»Ich habe Ihnen nicht nur für die tätige Hilfe zu danken, die Ihr Gutachten darstellt und die sicherlich zum Erfolg führen wird, sondern außerdem und vielleicht noch mehr für die tiefe Freude, die Ihre Worte mir boten: Ja, eine ganz kindliche Schülerfreude, derer ich mich doch wohl nicht zu schämen brauche! Vor allem erschütterte es mich, daß das längstvergangene Heidelberg, die Jugend selbst, plötzlich so real wurde, so sehr ein Stück Gegenwart – wie ein eben gesprochenes freundliches Wort, eine eben gehörte Stimme: so real wie die menschliche Liebe selbst«.*[82]

Jacob Marschak war einer der herausragenden Ökonomen und Ökonometriker seiner Zeit. Gleichwohl bewirkten sein ungewöhnlicher Lebensweg, der ihn immer wieder zum Neuankömmling und Außenseiter machte, sowie seine weit ausgreifenden, interdisziplinären Interessen, daß er vielen Mainstream-Ökonomen lange Zeit als »Exot« erschien. Anerkennung und Reputation nahmen aber insbesondere in der zweiten Lebenshälfte in den USA in dem Maße zu, wie seine früheren Studenten und Mitarbeiter selbst wissenschaftliche Karriere machten und als Informationsverbreiter die Botschaft von Marschaks Wirken weitertrugen. Marschaks Leistungen in der Leitung wissenschaftlicher Teams und der Stimulierung jüngerer Studenten und Mitarbeiter zu großen Forschungsleistungen müssen als außergewöhnlich gelten.

Mit seinem ersten Stellvertreter und Nachfolger als Leiter der Cowles Commission Tjalling Koopmans sowie den dort für längere Zeit tätigen Kenneth Arrow, Gerard Debreu, Trygve Haavelmo, Lawrence Klein, Harry Markowitz, Franco Modigliani und Herbert Simon haben nicht weniger als acht Ökonomen aus diesem Kreis bisher den Nobelpreis erhalten. Dies verdeutlicht Marschaks Rolle bei der Institutionalisierung eines neuen Forschungsgebietes und den Einfluß dieser Gruppe auf die Entwicklung der modernen Wirtschaftswissenschaft. Aus der langen Liste von Marschaks Doktoranden und Studenten seien nur drei genannt. Franco Modig-

[82] Jacob Marschak an Alfred Weber 13. November 1956.

liani, der aus dem faschistischen Italien fliehend im selben Jahr wie Marschak in die USA kam, begann seine Dissertation an der New School bei Marschak (und beendete sie 1944 kurz nach Marschaks Weggang nach Chicago bei Adolph Lowe). Don Patinkin verfaßte seine Dissertationsschrift *On the Inconsistency of Economic Models: A Theory of Involuntary Unemployment* unter der Betreuung von Jacob Marschak, der 1947 zugleich Vorsitzender von Patinkins Dissertationskomitee an der Universität Chicago war.[83] Marschak war es auch, der Patinkin an die Hebräische Universität in Jerusalem vermittelte, wo dieser als langjähriger Vorsitzender eine herausragende Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät aufbaute. Roy Radner war ebenfalls in Chicago Student von Marschak und war in dessen zwei letzten Lebensjahrzehnten wohl der engste wissenschaftliche Kooperationspartner.

Marschaks wissenschaftlicher Rang kam in zahlreichen internationalen Ehrungen zum Ausdruck. Die Econometric Society, in die er auf Vorschlag eines ihrer Gründungsväter, des Norwegers Ragnar Frisch[84] aufgenommen worden war, wählte ihn 1944-45 zum Vizepräsidenten, 1946 zum Präsidenten und 1965-70 zum Council Member. Die American Economic Association kürte ihn 1967 zum Distinguished Fellow und 1976 zum President Elect. Marschak wurde 1962 Fellow der American Academy of Arts and Sciences, im Jahr darauf Honorary Fellow der Royal Statistical Society und 1972 Mitglied der National Academy of Sciences. Er erhielt zahlreiche Gastprofessuren und Ehrendoktorate in den USA, Europa und Israel.

Nachdem Marschak im Anschluß an den Holocaust für viele Jahre nicht nach Deutschland zurückgekehrt war, akzeptierte er 1968 die Ehrenpromotion, die ihm die Universität Bonn zu ihrem hundertfünfzigsten Geburtstag auf Initiative von Wilhelm Krelle verlieh. Danach vertiefte sich auch die Aussöhnung mit seinem geliebten Heidelberg, von wo er im Frühjahr 1933 so schmählich vertrieben worden war. Bereits 1956-57 hatte die Heidelberger Universität den Antrag auf Wiedergutmachung ihres ehemaligen Privatdozenten und wissenschaftlichen Assistenten Dr. Jacob Marschak nachhaltig unterstützt. So schrieb z.B. der damalige Dekan der Philosophischen Fakultät Pöschl in seiner Stellungnahme vom 24. Januar 1957 an das Kultusministerium von Baden-Württemberg:

> »Aus den Akten geht hervor, daß eine andere Begründung als die seiner nichtarischen Abstammung für die Beurlaubung des Priv. Doz. Dr.

[83] Vgl. Patinkin 1981, 263 und 1995, 375ff.

[84] Ragnar Frisch erhielt zusammen mit dem Niederländer Jan Tinbergen 1969 den ersten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft.

Marschak und für seine Entlassung als Assistent sowie für den Fortfall seiner Besoldung aus dem Gothein-Gedächtnisfonds nicht vorlag.
Die in dem Wiedergutmachungsantrag aufgestellte Behauptung, daß Herr Marschak etwa im Jahre 1935 außerordentlicher Professor und 1939 ordentlicher Professor geworden wäre, wenn eine ordnungsgemäße Laufbahn möglich gewesen wäre, ist eher zu vorsichtig als zu übertrieben. Bei der internationalen Geltung, die sich Herr Kollege Marschak erworben hat, und bei der hier bekannten Qualität seiner Arbeiten kann die Angemessenheit dieser Daten nicht bezweifelt werden«.[85]

Marschak war auf das in Deutschland im Dezember 1955 verabschiedete Wiedergutmachungsgesetz durch seinen Freund, den in Ungarn geborenen Physiker Leo Szilard aufmerksam gemacht worden.[86] Der von Marschak gestellte Antrag wurde durch Gutachten von Alexander Rüstow, Alfred Weber und dem holländischen Nobelpreisträger Jan Tinbergen nachhaltig unterstützt. Weber sah in Marschak den »wissenschaftlich unzweifelhaft begabteste[n] meiner Schüler in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen«, und Tinbergen wies u.a. darauf hin, daß eine »ganze Reihe erstklassiger Untersuchungen in englischer Sprache beweis[e], daß Marschak einer der führenden Männer der Ökonometrie ist und schon 1933 war«.[87]

Im Jahr des 50jährigen Jubiläums seiner Doktorprüfung promovierte die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg Jacob Marschak am 6. Juli 1972 zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften honoris causa.[88] In seiner Laudatio hob Günter Menges u.a. hervor, daß Marschak[89] »der bahnbrechenden Axiomatik von J. v. Neumann und Oskar Morgenstern eine in vielen Punkten plausiblere und anwendungsfähigere Nutzenaxiomatik zur Seite gestellt und die Konsequenzen der modernen axiomatischen Begründung des Nutzens für zahlreiche Wissenschaften aufgezeigt«[90] habe. Die späte Anerkennung von Marschaks Verdiensten

[85] UAH 3099/Marschak; vgl. auch Mussgnug 1988, 271f.

[86] Vgl. den Brief von Szilard an Marschak vom 17. Juli 1956, UCLA, Jacob Marschak Papers, Box 154.

[87] Gutachten vom 22. Oktober bzw. 30. Oktober 1956, UCLA, Jacob Marschak Papers, Box 154.

[88] Richard Musgrave, der im Mai 1933 sein Studium der Nationalökonomie unmittelbar vor der Emigration mit der Diplomprüfung abgeschlossen hatte, erhielt 1983 das Ehrendoktorat zum Anlaß des 50jährigen Diplomjubiläums.

[89] Marschak 1950b.

[90] Vgl. Menges 1973, 12. Marschaks Festvortrag zum Thema *Intersubjektive Wahrscheinlichkeit* endete mit einigen Erinnerungen an die von den Studenten in den zwanziger Jahren unter aktiver Beteiligung von Alfred Weber, Eberhard Gothein und Emil Lederer im Hotel Schrieder veranstalteten ›Soziologischen Abende‹: »Zur Frage, ob und in wel-

war ehrlich und uneingeschränkt. Zu dem von den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Kollegen beabsichtigten »Marschak-Jahr«,[91] das auch einen Vorlesungszyklus oder ein Gastsemester an der Universität Heidelberg vorsah, ist es nicht in vollem Umfang gekommen. Hierfür waren nicht zuletzt gesundheitliche Gründe entscheidend, die auch bewirkten, daß Marschak die ihm als Preisträger der Alexander von Humboldt-Stiftung für ein Jahr zugesprochene Gastprofessur an der Universität Bonn (wo er in dem von Krelle geleiteten Sonderforschungsbereich 21 der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf dem Gebiet der Ökonometrie und der mathematischen Ökonomie die besseren Kooperationsmöglichkeiten fand) 1973-74 auf zwei Jahre verteilte, um dem feucht-kühlen deutschen Winter zu entgehen und diese Jahreszeit im angenehmeren Klima Südkaliforniens zu verbringen. An der endgültigen Aussöhnung mit der Universität Heidelberg und der deutschen Wirtschaftswissenschaft, die beide 1933 mit Marschaks zweiter Emigration einen unersetzbaren Verlust erlitten hatten, kann jedoch kein Zweifel bestehen.

Literaturverzeichnis

A. Schriften von Jacob Marschak

(1924a): Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Mises'schen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51, S. 501-520.

(1924b): Die Verkehrsgleichung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 52, S. 344-384.

(1927): Hohe Löhne und die Volkswirtschaft, in: Die Arbeit, H. 11, S. 725-750.

(1930a): Das Kaufkraft-Argument in der Lohnpolitik, in: Magazin der Wirtschaft, S. 1443-1447.

(1930b): Die Lohndiskussion, Tübingen.

(1930c): Zur Politik und Theorie der Verteilung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 64, S. 1-15.

chem Sinne es sozialwissenschaftliche Gesetze gäbe, erhob sich der alte Gothein nach dem Vortrag: ›... über eines können wir uns einigen – wenn man mir den Kopf abschlägt, bin ich tot!‹ Also: Intersubjektive Einigung über Empirisches«; Marschak 1973, 25.

[91] Vgl. Seite 2 des Briefes von Günter Menges an den Rektor der Universität Heidelberg vom 27. September 1971, UAH 3099/Marschak.

(1931a): Einige Thesen zur Krisenpolitik, in: Wirtschaftsdienst, 16, H. 51, S. 2041-2042.

(1931b): Elastizität der Nachfrage, Tübingen.

(1935): Wages: Theory and Policy, in: Encyclopedia of the Social Sciences, 15, New York, S. 291-302.

(1936): Kapitalbildung, London (zus. mit W. Lederer).

(1938): Money and the Theory of Assets, in: Econometrica, 6, S. 311-325.

(1938-40): Studies in Mobility of Labour, in: Oxford Economic Papers, 1, 2, und 4 (zus. mit H. Makower und H. W. Robinson).

(1940): Mr. Keynes on the Statistical Verification of Business Cycle Theories, in: Hendry, D.F./Morgan, M.S. (Hrsg.), The Foundations of Econometric Analysis, Cambridge 1995, S. 390-398 (zus. mit O. Lange).

(1944): Random simultaneous equations and the theory of production, in: Econometrica, 12, S. 143-205 (zus. mit W.H. Andrews).

(1946a): Neumann's and Morgenstern's New Approach to Static Economics, in: American Economic Review, 54, S. 97-115.

(1946b): The Economic Aspects of Atomic Power, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 2, S. 8-9.

(1949): Role of Liquidity under Complete and Incomplete Information, in: American Economic Review, 39, S. 182-195.

(1950a): The Rationale of the Demand for Money and of »Money Illusion«, in: Metroeconomica, 2, S. 71-100.

(1950b): Rational Behavior, Uncertain Prospects, Measurable Utility, in: Econometrica, 18, S. 111-141.

(1951): Income, Employment, and the Price Level, New York.

(1971): Recollections of Kiew and the Northern Caucasus, 1917-18. An Interview conducted by Richard A. Pierce, University of California, Regional Oral History Office, Bancroft Library, Berkeley, CA.

(1972): Economic Theory of Teams, New Haven (zus. mit R. Radner).

(1973): Intersubjektive Wahrscheinlichkeit, in: Heidelberger Jahrbücher, 17, S. 14-26.

(1974): Economic Information, Decision, and Prediction. Selected Essays, 3 Bde., Dordrecht/Boston.

Lederer, E./Marschak, J. (1926a): Der Neue Mittelstand, in: Grundriss der Sozialökonomik, IX, T. 1, Tübingen, S. 120-141.

Lederer, E./Marschak, J. (1926b): Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisationen, in: Grundriss der Sozialökonomik, Bd. IX, T. 2, Tübingen, S. 106-258.

Schurr, S.H./Marschak, J. (1950), Economic Aspects of Atomic Power, Princeton, N.J.

B. Sonstige Schriften

Arrow, K.J. (1978a): Jacob Marschak: Portrait, in: Challenge, March-April, S. 69-71.
Arrow, K.J. (1978b): Jacob Marschak's Contributions to the Economics of Decision and Information, in: American Economic Review, 68 (2), Papers and Proceedings, S. XII-XIV.
Arrow, K.J. (1979): Jacob Marschak, in: Sills, D. L. (Hrsg.), International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 18: Biographical Supplement, New York/London, S. 500-507.
Besomi, D. (1996a): Roy F. Harrod. An Essay in Dynamic Theory (1938 Draft), in: History of Political Economy, 28, S. 253-280.
Besomi, D. (1996b): Harrod's Dynamics in 1938. An Additional Note on the Harrod-Keynes-Correspondence, in: History of Political Economy, 28, S. 281-294.
Borchardt, K. (1982): Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen.
Christ, C.F. (1952): History of the Cowles Commission 1932-1952, in: Cowles Commission for Research in Economics (Hrsg.), Economic Theory and Measurement, Chicago, S. 3-65.
Christ, C.F. (1994): The Cowles Commission's Contributions to Econometrics at Chicago, 1939-1955, in: Journal of Economic Literature, 32, S. 30-59.
Colm, G. (1931): Wege aus der Weltwirtschaftskrise, in: Die Arbeit, S. 815-841.
Coser, L. (1984): Refugee Scholars in America. Their Impact and Their Experiences, New Haven/London.
Craver, E./Leijonhufvud, A. (1987): Economics in America: the Continental influence, History of Political Economy, 19, S. 173-182.
Epstein, R.J. (1987): A History of Econometrics, Amsterdam.
Eßlinger, H. U. (1995): Emil Lederer: Ein Plädoyer für die Politische Verwertung der Wissenschaftlichen Erkenntnis, in: H. Treiber/K. Sauerland (Hrsg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen, S. 422-443.
Garvy, G. (1975): Keynes and the Economic Activists of Pre-Hitler Germany, in: Journal of Political Economy, 83, S. 391-405.
Haavelmo, T. (1943): The statistical implications of a system of simultaneous equations, Econometrica, 11, S. 1-12.
Haavelmo, T. (1944): The Probability Approach in Econometrics, in: Econometrica, Bd. 12 (Supplement), S. 1-115.
Hagemann, H. (1984): Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung? Überlegungen zum Beitrag der ›Kieler Schule‹ in der beschäftigungspolitischen Diskussion am Ende der Weimarer Republik, in: Hagemann, H./Kurz, H.D. (Hrsg.), Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Zur Politischen Ökono-

mik der modernen Gesellschaft. Festschrift für Adolph Lowe, Bremen, S. 97-129.
Hagemann, H. (Hrsg.) (1997): Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg.
Hildreth, C. (1986): The Cowles Commission in Chicago, 1939-1955, Berlin u.a.
Koopmans, T. (1978): Jacob Marschak, 1898-1977, in: American Economic Review, 68 (2), Papers and Proceedings, S. IX-XI.
Krohn, C. D. (1987): Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt/New York.
Krohn, C. D. (1993): Jacob Marschak, in: Neue Deutsche Biographie, 16, Berlin, S. 251-252.
Krohn, C. D. (1997): Entlassung und Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933, in: Hagemann (1997), S. 37-62.
Lange, O. (1944), Price Flexibility and Employment, Cowles Commission Monograph Nr. 8, Evanston, Illinois.
Lederer, E. (1931): Wirkungen des Lohnabbaus, Tübingen.
Leontief, W. (1931), Rezension zu ›Marschak, Jakob: Elastizität der Nachfrage‹, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 66, S. 420-423.
Löwe, A. (1930): Lohnabbau als Mittel der Krisenbekämpfung?, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 1, S. 289-295.
Malinvaud, E. (1980): Profitability and Unemployment, Cambridge.
Malinvaud, E. (1988): Econometric Methodology at the Cowles Commission: Rise and Maturity, in: Econometric Theory, 4, S. 187-209.
Mann, H.B./Wald, A. (1943): On the statistical treatment of linear stochastic difference equations, in: Econometrica, 11, S. 173-220.
McGuire, C.B./Radner, R. (Hrsg.) (1972): Decision and Organization. A Volume in Honour of Jacob Marschak, Amsterdam/London.
Menges, G. (1973): Laudatio auf Jacob Marschak, in: Heidelberger Jahrbücher, 17, S. 12-13.
Mises, L. v. (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 119 ff.
Mises, L. v. (1922): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena, 2. Aufl. 1932.
Modigliani, F. (1984): in: Klamer, A., The New Classical Macroeconomics. Conversations with New Classical Economists and Their Opponents, Brighton, S. 114-126.
Morgan, M.S. (1990): The History of Econometric Ideas, Cambridge.
Musgrave, R. (1996): Crossing Traditions, in: Hagemann (1997), S. 63-79.
Mussgnug, D. (1988): Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg.
Neisser, H. (1930): Lohnsenkung als Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit? in: Magazin der Wirtschaft, S. 1301-1306 und 1447-1448.
Patinkin, D. (1981): Essays On and In the Chicago Tradition, Durham.

Patinkin, D. (1995): The Training of an Economist, in: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, Nr. 195, Dez., S. 359-395.
Radner, R. (1984): On Marschak, in: Spiegel, H. W./Samuels, W. J. (Hrsg.), Contemporary Economists in Perspective, Greenwich, CT/London, S. 443-460.
Samuelson, P. A. (1988): The Passing of the Guard in Economics, in: Eastern Economic Journal, 14, S. 319-329.
Schumpeter, J. A. (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, München/Leipzig.
Slutsky, E. (1915): Sulla teoria del bilancio del consumatore, in: Giornale degli Economisti e Rivista di Statistica, 51, S. 1-26.
Streissler, E. W. (1994): Hayek on information and socialism, in: Colonna, M./ Hagemann, H./Hamouda, O. F. (Hrsg.), Capitalism, Socialism and Knowledge. The Economics of Hayek, Bd. II, Aldershot, S. 47-75.
Vaughn, K. J. (1980): Economic Calculation under Socialism: The Austrian Contribution, in: Economic Inquiry, 18, S. 535-554.
Young, W. (1989): Harrod and his Trade Cycle Group, London.
Young, W./Lee, F.S. (1993): Oxford Economics and Oxford Economists, London.

Archivalien des Special Collections Departments der University Research Library der University of California in Los Angeles (UCLA), Collection 1275 (Jacob Marschak Papers) und des Universitätsarchivs Heidelberg (UAH), Personalakte 3099/ Marschak.

Außenseiterin am »Institut der Außenseiter«

Die Lehrbeauftragte Marie Baum

Heide Marie Lauterer

Am »Institut der Außenseiter«[1] war Marie Baum in mehrfacher Hinsicht eine Außenseiterin: Erstens unterschied sich die promovierte Chemikerin von den Sozialwissenschaftlern und Ökonomen durch ein naturwissenschaftliches Studium. Zweitens war sie innerhalb des Kollegiums, das sich aus Männern zusammensetzte, die einzige Frau. Drittens nahm sie unter den habilitierten Professoren und Lehrstuhlinhabern des Kollegiums als Nichthabilitierte einen Lehrauftrag wahr, und viertens hatte Marie Baum im Gegensatz zu den theoretisch arbeitenden Wissenschaftlern einen praktischen Auftrag; sie sollte die Studierenden mit einem neuen Berufszweig, der *Sozialen Arbeit*, bekanntmachen. Da sich Marie Baum seit der Jahrhundertwende aber auch als *Sozialwissenschaftlerin* ausgewiesen hatte – nach unserem heutigen Verständnis arbeitete sie u.a. auf dem Gebiet der *Frauen- und Geschlechterforschung* –, will ich nach den Gründen fragen, die für ihre Stellung am InSoSta verantwortlich waren.

Marie Baum war nicht auf direktem und nicht auf schnellstem Wege an das Heidelberger Institut gekommen. Die 1874 geborene Danzigerin[2] hatte nach dem Besuch von Realkursen für Mädchen, die ihre Mutter in Danzig eingerichtet hatte, in Zürich die externe Reifeprüfung abgelegt und anschließend Naturwissenschaften mit Hauptfach Chemie am Eidgenössischen Polytechnikum studiert. Sie erhielt eine Anstellung als Laborassistentin und Doktorandin, promovierte und arbeitete von 1899 bis 1892 in der Patentabteilung der *AGFA* in Berlin. Nach drei Jahren entschied sie sich für eine

[1] Vgl. dazu den Beitrag von *Christian Jansen* in diesem Band.

[2] Ausführlicher zu Marie Baums Biographie: vgl. Lauterer 1995.

soziale Berufstätigkeit. Sie ging zunächst als *Fabrikinspektorin* zum Arbeitsministerium des badischen Großherzogtums in Karlsruhe; von 1907 bis 1916 arbeitete sie als Geschäftsführerin beim »Verein für Säuglingsfürsorge des Regierungsbezirks Düsseldorf« in Düsseldorf und wechselte dann nach Hamburg, wo sie zusammen mit Gertrud Bäumer die Soziale Frauenschule leitete. Schließlich trat Baum 1920 ein zweites Mal in den badischen Staatsdienst ein. Im Rang eines Oberregierungsrates war sie seit Herbst 1919 im damals neu eingerichteten Wohlfahrtsreferat des Arbeitsministeriums für die Hilfsmaßnahmen für die Sozial- und Kleinrentner zuständig. Mit dieser Anstellung in der Verwaltung war die Auflage verbunden, das parlamentarische Mandat aufzugeben, das Baum als DDP-Mitglied seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 für ihren Wahlkreis in Schleswig-Holstein bis März 1921 innehatte. Marie Baum blieb jedoch Vorstandsmitglied des »Bundes Deutscher Frauenvereine« (BDF), des Dachverbandes der liberalen Frauenbewegung.

Im Jahr 1927 kündigte sie ihre sichere Beamtenstellung. Fortan war sie sozialwissenschaftlich-freiberuflich tätig. Im Sommer desselben Jahres erteilte ihr die Philosophisch-historische Fakultät der Universität Heidelberg einen Lehrauftrag am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften »unter besonderer Berücksichtigung der Jugendfürsorge«.[3] Für Marie Baum, die mit ihrer Kündigung sämtliche Pensionsansprüche aufgegeben hatte, jedoch ein kleines ›Unterstützungsgehalt‹ bezog, bedeutete der Lehrauftrag ein zusätzliches Einkommen neben ihren geringen Einkünften aus schriftstellerischer Tätigkeit. Am InSoSta erteilte sie fünf und ab 1931 sechs Wochenstunden und erhielt dafür 1600 RM im Jahr.

Die Fakultät begründete die Notwendigkeit des Lehrauftrages mit der Entstehung der modernen sozialen Fürsorge aus der Armenpflege und dem damit verbundenen Anwachsen einer »umfangreichen Verwaltungstätigkeit, deren Funktionäre sich zum großen Teil aus Nationalökonomen rekrutierten«.[4] Marie Baum war in erster Linie wegen ihrer »reichen praktischen Erfahrung« sowie ihrer »wissenschaftlichen Beherrschung des großen und heute rasch wachsenden Fachgebietes« ausgewählt worden.[5] Man erwartete von ihr, daß sie den Studierenden Einblick in ein zukünftiges Berufsfeld

[3] UAH H-IV-102/153 (Akten der Phil. Fakultät) der Engere Senat an das Unterrichtsministerium in Karlsruhe, 29.7.1927.

[4] UAH, PA 743 (Diefenbach). Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 18.1.1928, Nr. 17815.

[5] Ebd. Phil. Fakultät an das Ministerium für Kultus und Unterricht Karlsruhe, 23.5.1927.

geben werde, und daß sie ihre HörerInnenschaft auf »weite Kreise« interessierter Studierender anderer Fächer auszudehnen vermochte.[6] Dieser Einschätzung als Praktikerin schienen Baums Berufspraxis, ihre Mitarbeit im Verein für Sozialpolitik und im BDF, ihre sozialpolitische Arbeit als DDP-Abgeordnete in Nationalversammlung und Reichstag[7] sowie ihre sozialwissenschaftlichen Publikationen in jeder Hinsicht zu entsprechen.

Das Interesse der Fakultät galt der praktischen Qualifikation Marie Baums, in erster Linie also der Lehrerin und nur in zweiter Linie der Wissenschaftlerin. Es entsprach dem Bild wissenschaftlich tätiger Frauen, das Marianne Weber 1904 entworfen hatte. Weber, die mit Baum seit 1907 eng befreundet war, wollte die Frauen nämlich nicht als eigenständige, kreativ arbeitende Wissenschaftlerinnen sehen, sondern als Botinnen, die »das vom schöpferischen Genius entzündete Feuer von einsamer Höhe hinab in das verschleierte Tal des Lebens zu tragen (hätten), um den im Halbdämmer handelnden Menschen Erleuchtung und Einsicht zu bringen«.[8] Frauen sollten, so Marianne Weber, in der unübersichtlichen modernen Wissensproduktion durch wertbezogene Maßstäbe Orientierungsmöglichkeiten schaffen und zu der Verringerung der Kluft zwischen sachlicher und persönlicher Kultur beitragen.[9]

Marie Baum hätte ihren Auftrag als Sozialwissenschaftlerin wahrscheinlich weniger pathetisch formuliert, aber wie die Zielsetzung ihre eigenen Arbeit zeigt, war sie in der Sache mit Marianne Weber einig. So hatte sie ihre Tätigkeit in der badischen Regierung nicht nur als Verwaltungshandeln aufgefaßt, sondern sich beharrlich gegen die zunehmende Bürokratisierung eingesetzt, die den einzelnen Menschen mit seinen Bedürfnissen mißachtete. In ihren Arbeiten zur Familienforschung,[10] die sie zusammen mit Alice Salomon herausgab, verfolgte sie später ebenfalls einen praktisch-politischen Zweck: Sie sollten als Grundlage einer »planvollen Kulturpolitik und Sozialpolitik« dienen, die auf der Familieneinheit aufbauen und der Familie Erziehungs- sowie Pflegeaufgaben für Alte und Kranke übertragen sollte.[11] Daß sich Marie Baum dennoch nicht nur praktische Erfahrungen, sondern auch eine Qualifikation als Sozialwissenschaftlerin erworben und diese seit ihrer Karlsruher Studie über die *Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Indu-*

[6] Ebd.
[7] Vgl. Lauterer 1995, 74ff.
[8] Weber 1919, 8.
[9] Ebd., 22. Vgl. Wobbe 1994, 17.
[10] Salomon/Baum 1930.
[11] Ebd., 8.

strie und Handel der Stadt Karlsruhe (1906) in zahlreichen Publikationen systematisch ausgebildet hatte, zeigt ein Blick auf die Methode dieser Arbeiten.

Die Veröffentlichungen enthielten auch innovative Elemente, die sich von einer rein theoretischen oder quantitativ arbeitenden Soziologie abhoben. Für die Studie *Das Familienleben der Gegenwart* erstellten ehrenamtlich arbeitende »Beobachter« – mit den beiden Wissenschaftlerinnen persönlich bekannte Sozialbeamtinnen, Lehrerinnen, Schülerinnen eines Kindergärtnerinnenseminars sowie ein Student – das Material für insgesamt 182 Familienmonographien.[12] Es stand ihnen ein Gesprächsleitfaden zur Verfügung, der die Ergebnisse vergleichbar machte. Gefragt wurde, wie die »wichtigsten Funktionen« einer Familie – die wirtschaftliche, die pflegerisch-erzieherische und die gemeinschaftsbildende Funktion – erfüllt wurden. Aber Salomon und Baum wollten nicht bei den »objektiven Tatsachen« stehen bleiben. Von hier aus sollte nämlich »auf die im Innern wirkenden Kräfte« der Familien geschlossen werden. Dazu waren nicht nur Besuche und Gespräche über einen längeren Zeitraum notwendig, sondern auch ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen. Die Projektleiterinnen betonten deshalb, daß »die Beziehung des Bearbeiters zu den von ihm darzustellenden Familien von erheblicher Bedeutung für das Gelingen der Arbeit« sei.[13] Nur so könne man »soziale und menschliche Beziehungen« zeigen, »die bisher noch an keiner Stelle erfaßt oder dargestellt waren«.[14] Zwei Tabellen über die Wohnverhältnisse und den Bekleidungsstand der Familien ergänzten das durch teilnehmende Beobachtung erhobene Material.[15]

Die Fakultät dagegen schätzte Baums praktische Erfahrungen so hoch ein, daß sie sogar bereit war, ausnahmsweise über ihre fehlende Habilitation hinwegzusehen. Aber der Dekan der Philosophisch-historischen Fakultät hielt es doch für notwendig zu betonen, daß die Fakultät auch künftig »prinzipiell die Habilitation für die Vorbedingung der Erteilung eines Lehrauftrages«[16] ansehen werde.

[12] Ausgewählt wurden solche Familien, die eine willkürliche Auswahl oder Tendenz nach der gefestigten oder aufgelösten Familie ausschlossen und die »einen typischen Ausschnitt aus dem sozialen Leben, aus dem Gesamtzustand einer Bevölkerungsgruppe vermittelten«; ebd., 12.

[13] Ebd., 219.

[14] Ebd.

[15] Ebd., 79f.

[16] UAH PA 743 (Diefenbach). Der Dekan der Philosophischen Fakultät an das Ministerium für Kultus und Unterricht, 23.5.1927. Zur Vergabepraxis der Lehraufträge an der Universität vgl. Jansen 1992, 61f.

Daß die Vergabe von Lehraufträgen an akademische Außenseiter eine durchaus übliche Praxis war, zeigt das Beispiel der juristischen Fakultät. Dort war ein Jahr zuvor der Geheime Justizrat Diefenbach, Bürgermeister a.D. der Stadt Colmar, mit einem solchen bedacht worden. Wie Marie Baum kam er aus der Praxis und war nicht habilitiert, ja – im Gegensatz zu ihr – nicht einmal promoviert. Wie Marie Baum beabsichtigte er, Ergänzungsvorlesungen auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens zu halten. In seinem Antrag an das Kultusministerium erwähnte der Dekan der Juristischen Fakultät jedoch vor allem Diefenbachs wissenschaftliche Publikationen und sparte dessen praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege völlig aus. Auch in Diefenbachs Fall wurde die fehlende Habilitation nicht als Hindernis für die Vergabe des Lehrauftrages angesehen. Aber anders als bei Marie Baum hatte man von ihm eine ausdrückliche Verzichtserklärung verlangt.[17]

Der Vergleich dieser beiden Verfahren ist interessant, weil er zeigt, daß Universität und Kultusminsterium bei Vergabe der Lehraufträge nicht frei von geschlechterpolitischen Vorstellungen waren. Bei dem männlichen akademischen Außenseiter Diefenbach wollte man den Seiteneinstieg in die Universität über eine eventuelle spätere Habilitation verhindern. Dabei ging man davon aus, daß der Kandidat grundsätzlich über die Voraussetzungen für eine Habilitation verfügte – aus diesem Grund war sein ausdrücklicher Verzicht willkommen. Bei Marie Baum, der weiblichen Seiteneinsteigerin, nahm man gar nicht an, daß sie die Habilitation überhaupt anstrebte.

Daß Marie Baum über alle formalen Voraussetzungen für eine Habilitation verfügte, interessierte deshalb keines der Fakultätsmitglieder. Ihr Studium der Naturwissenschaften und ihre Promotion konnten kein entscheidendes Hindernis sein,[18] denn sie hatte sich nicht nur im Sommersemester 1907 in Heidelberg an der Philosophischen Fakultät immatrikuliert und historische Vorlesungen und Seminare besucht, sondern konnte darüber hinaus auch eine lange sozialwissenschaftliche Publikationsliste mit mehreren Monographien vorweisen. Aber Marie Baum selbst scheint weder eine Habilitation noch eine damit verbundene Verbesserung ihres akademisch-beruflichen Status angestrebt zu haben. Auch hier stand sie im Gegensatz zu

[17] UAH PA 743 (Diefenbach). Der Dekan der Juristischen Fakultät an das Unterrichtsministerium 16.11.1925. »Herr Diefenbach hat erklärt, daß er weder eine Renumeration, noch einen Titel, noch eine Habilitation erstrebe«.

[18] Die Soziologin Hanna Meuter z.B. hatte ebenfalls Naturwissenschaften studiert, dann aber in Köln bei Leopold von Wiese über ein soziologisches Thema promoviert; vgl. Honegger 1994, 71.

ihrem Kollegen Diefenbach. Dieser wollte nämlich, entgegen seiner ihm abverlangten Bescheidenheit, später doch noch seinen akademischen Status erhöhen und ließ um die Verleihung des Titels eines »ordentlichen Honorarprofessors« nachsuchen.[19]

Warum zeigte gerade Marie Baum, die in anderen Situationen über ein starkes Selbstbewußtsein verfügte, im Bereich der Alma Mater eine solche Zurückhaltung? In dieser Frage sind Marie Baums Ausführungen *Über das wissenschaftliche Fundament der Wohlfahrtspflege*[20] aufschlußreich. In diesem Vortrag, den sie 1930 am »Sozialen Institut des Vereins Jugendheim e.V. Charlottenburg« hielt, stellte sie u.a. die kurze Geschichte der Verankerung ihres Faches an den Universitäten dar: Obwohl sich heute die meisten der akademisch gebildeten Berufsanfänger, seien es Verwaltungsbeamte, Ärzte, Richter, Geistliche, Lehrer und Volkswirte, mit sozialen Fragen zu beschäftigen hätten, sei das Fach zunächst nur an Sozialen Frauenschulen unterrichtet worden. Keine einzige Hochschule habe bis vor wenigen Jahren das Bedürfnis nach sozialer Schulung anerkannt. Inzwischen aber gäbe es »wenigstens eine kleine Anzahl deutscher Universitäten«, in denen das Fach »Theorie und Praxis der Wohlfahrtspflege« an unterschiedlichen Fakultäten angegliedert worden sei und unterrichtet werde. Dem in diesem Zusammenhang diskutierten Problem, ob »man eine neue besondere Hochschul-Abteilung für Wohlfahrtspflege« schaffen solle, erteilte sie eine Absage. Jede Fakultät sollte ihrer Ansicht nach solche Fragen behandeln, um allen Studierenden Gelegenheit zu geben, sich in das Gebiet einzuarbeiten. Baum wandte sich also gegen die Weiterentwicklung der ›Wohlfahrtspflege‹ zu einem akademischen Studienfach, weil sie eine zu starke Einengung auf einen kleinen Kreis von Spezialisten befürchtete. Sie sah in ihrem Fach vielmehr eine wichtige Ergänzung des Lehrplans unterschiedlicher Studienfächer, mit der der »oft beklagten Weltfremdheit verschiedener Berufsstände durch geeignete Führung während der Studienzeit mit Erfolg entgegengearbeitet werden« könne.[21]

Auf den ersten Blick schien Marie Baum mit diesem Argument ihren eigenen jahrzehntelangen Bemühungen um die wissenschaftliche Fundie-

[19] UAH, PA 743 (Diefenbach). Der Amtsleiter des Versorgungsamtes Heidelberg an die Juristische Fakultät 2.1.1927. »Erwünscht wäre es Geheimrat Diefenbach auch, wenn ihm bei Gelegenheit der Titel eines Honorar Professors verliehen würde, nicht etwa weil ihm persönlich etwas an diesem Titel gelegen wäre, sondern nur deshalb, weil die Studenten dann die Vorlesung eher besuchen.«

[20] Baum 1929.

[21] Ebd., 12.

rung, die gesellschaftliche Anerkennung und Professionalisierung der Wohlfahrtspflege zu widersprechen. Aber da sie am Schluß ihrer Ausführungen darauf hinwies, daß die »Anerkennung eines wissenschaftlichen Fundamentes in der sozialen Fürsorge die Forderung nach Facharbeit auf der ganzen Linie« nach sich zöge,[22] liegt die Vermutung nahe, daß sie die von Frauen entwickelte »Wohlfahrtspflege«, die der »Vertiefung und Verinnerlichung« dienen sollte, die »über allgemeine Regelungen hinaus Einzelschicksale in ihre Hand und auf ihr Herz zu nehmen«[23] hätte, einfach nicht als ordentliches Studienfach an einer von Männern geprägten Universität sehen wollte. Einmal an einer Universität etabliert, wäre das Fach wie alle anderen akademischen Fächer von Professoren unterrichtet worden, bei denen ein anderes als das von den Frauen entwickelte Verständnis der ›Wohlfahrtspflege‹ vorausgesetzt werden mußte. Daß diesem Verständnis vor allem die Bewältigung der Verwaltungstätigkeit am Herzen lag, zeigte die Begründung ihres Lehrauftrages beim Ministerium.[24] An einer solchen Universität konnte oder wollte sich Marie Baum nicht vorstellen, als ordentliche Professorin zu arbeiten.

Dieser Vision stand aber nicht zuletzt die besondere Situation der Wissenschaftlerinnen an der Universität Heidelberg in den zwanziger Jahren entgegen. So war Marie Baum am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften die einzige Dozentin. An der gesamten Universität unterrichteten zur gleichen Zeit nur drei weitere Dozentinnen: die Romanistin Sophie Söllner, an deren Stelle 1931 die spätere Proustübersetzerin Eva Mertens trat, die Rhetorikerin Marie Freifrau von Campenhausen[25] und die Naturwissenschaftlerin Gerta v. Ubisch.[26] Diese war von ihrem Lehrer, dem Botaniker Ludwig Jost, 1923 habilitiert worden. Zwischen 1920 und 1945 konnte diese Hürde nur noch eine weitere Frau überwinden, die Zahnmedizinerin Elsbeth von Schnizer (1932).[27] Keine der Frauen wurde auf einen ordentlichen Lehrstuhl berufen. Daß sich Marie Baum sehr wohl über die strukturellen Behinderungen, die Frauen eine akademische Karriere verstellten, im klaren war, zeigt eine frühe Auseinandersetzung mit ihrer Freundin Marianne Weber. Während diese zwischen den »verschiedenen Formen des Tuns« von Män-

[22] Ebd., 14.

[23] Ebd.

[24] Vgl. Anm. 4.

[25] Vgl. Schuchard 1994, 210.

[26] Gerta (Gertrud) v. Ubisch (1882-1965) war Inhaberin einer Assistentenstelle; vgl. Bader 1993.

[27] Schuchard 1994, 209.

nern und Frauen unterschied und »Dienst«, »Leistung« und »Werk« nannte, bestand Marie Baum darauf, daß es »äußere Hemmungen, d.h. rechtliche und traditionelle Hemmungen seien,« die Frauen am Eintritt in die akademische Welt hinderten.[28]

Von ihrer Freundin Marianne Weber wußte Baum darüber hinaus, daß diese die Beurteilungskriterien der männlich geprägten akademischen Soziologie gerade dann, wenn es um Frauen ging, die sich wissenschaftlich qualifizieren wollten, besonders rigoros vertrat. So z.B. hatte sie Marie Bernays, die 1910 eine Untersuchung über *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie* publiziert hatte und die Habilitation anstrebte, das Recht dazu abgesprochen. Unter ihren männlichen Kollegen, so begründete Marianne Weber ihr Urteil, würde Bernays »unbedingt überall nur zu dem unteren, allerhöchstens mittleren Durchschnitt gehören«. Marianne Weber lehnte Bernays Habilitation, mit der sie Deutschlands erste habilitierte Frau geworden wäre, aus angeblichen Qualitätsgründen ab, die sie jedoch nicht näher spezifizierte. Deren Habilitation sah sie »als für uns Frauen und unsere Sache außerordentlich nachteilig« an. Die Antwort auf ihre rhetorische Frage, »haben wir sonst hervorragende, wissenschaftlich originale, schöpferische Frauen, deren Habilitation durchzusetzen wirklich im Fraueninteresse lohnen würde?« war ebenso lapidar wie vernichtend ausgefallen: »Ich weiß keine«. Marie Baum dagegen sah in Bernays vergeblichem Versuch, an der Universität Fuß zu fassen, ihre eigene Kritik an der Auffassung der Freundin bestätigt, daß die Frauen sich nämlich nicht habilitieren können – »also als eine Folge der gegen die Frauen errichteten Schranken.«[29]

Neben ihrem Selbstverständnis als gesellschaftsverändernde Sozialpolitikerin, das nicht zuletzt durch Marianne Webers »Botinnenmodell« bestätigt wurde, mögen in der fehlenden Ermutigung durch die Freundinnen sowie in dem Mangel an Vorbildern weitere Gründe zu suchen sein, warum Baum nicht an eine Habilitation dachte. Als im Jahre 1920 nach einem Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die rechtlichen *äußeren* Schranken gegen die Habilitation von Frauen im Deutschen

[28] Brief Marianne Weber an Marie Baum, 26.1.(1913?) »Du hast meine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen des Tuns (›Dienst‹, ›Leistung‹, ›Werk‹) nicht ganz in Dich aufgenommen, sonst könntest Du mir nämlich nicht den Einwand machen, daß es äußere Hemmungen, d.h. rechtliche und traditionelle Hemmungen seien, welche die Quantität und Qualität der Frauenleistungen in der Berufssphäre hemmen«. Heid. HS.3675, EE2.

[29] Ebd.

Reich gefallen waren, blieben die von Marie Baum angesprochen *inneren*, traditionellen Schranken gleichwohl noch lange Zeit bestehen. Marie Baum, die bereits mehrmals in einem Kampf gegen *innere* Schranken unterlegen war,[30] sah dies wohl. Das Risiko eines erneuten kräftezehrenden Ringens auf verlorenem Posten wird sie nicht gelockt haben.

Die Themen ihrer Vorlesungen und Übungen, die bei den Studierenden großen Anklang fanden, schöpfte die Lehrbeauftragte aus dem Erfahrungsschatz ihrer sozialen Berufs- und Forschungstätigkeit. Im Sommersemester 1928 hielt sie zwei einstündige Vorlesungen über das Wohlfahrtswesen der Nachkriegszeit sowie über die Lebensbedingungen städtischer Arbeiterfamilien mit jeweils 13 und 15 Hörern und Hörerinnen. Das größte Auditorium – 45 Studierende – erzielte sie mit ihrer Vorlesung über »Zeit und Lebensbilder aus der Geschichte der Armenpflege.«[31] Im Sommersemester 1931 widmete sie sich dem Thema *Familie* und brachte damit die Ergebnisse ihrer Familienforschungen ein. Sie hielt sich an die ihr zugewiesene Aufgabe und las über die Geschichte, Praxis und Theorie eines neuen Berufszweiges. Von den männlichen Kollegen und den Studierenden wurde sie ausschließlich als praxiserfahrene Lehrerin wahrgenommen. Ihre wissenschaftlichen Interessen verfolgte sie dagegen zusammen mit Alice Salomon und anderen Frauen, die nicht am Institut studierten, im autonomen Bereich der liberalen Frauenbewegung. Daß ihre Arbeiten zur Familiensoziologie außerhalb dieses Kreises weder am Institut noch in der Heidelberger intellektuellen Öffentlichkeit rezipiert wurden, deutet einmal mehr auf ihre, aber auch des Instituts, Trennung zwischen männlich geprägter, akademischer Wissenschaft und Frauen- und Geschlechterforschung im Raum der Frauenbewegung hin.

Entsprechend ihrem Verständnis ihres Faches als Ergänzung des Lehrplans anderer geisteswissenschaftlicher Fächer hielt Marie Baum auch Lehrveranstaltungen mit Kollegen anderer Fakultäten ab – so im Wintersemester 1931 eine Übung mit dem Radbruchschüler und Privatdozenten Dr. Dahm;[32] für das Sommersemester 1933 kündigte sie ein gemeinsames Seminar mit dem Juristen Ernst Fraenkel an.

Am 28. Juli 1933 entzog das Ministerium für Kultus und Unterricht Marie Baum den Lehrauftrag. Zum ersten Mal in ihrer beruflichen Laufbahn war es nicht sie, die aus eigenem Entschluß ein Dienstverhältnis beendet hatte. Das Kultusministerium berief sich auf das sog. Gesetz zur Wieder-

[30] Vgl. Lauterer 1995.
[31] GLA 235/3111.
[32] UAH, H IV-102/153. (Übung Dahm).

herstellung des Berufsbeamtentums und dessen dritter Durchführungsverordnung. Danach reichte es als Begründung für eine Entlassung aus, daß ein Großelternteil jüdischer Herkunft war. Marie Baums Großmutter war eine Mendelssohn-Bartholdy. [33]

Nach dem Kriege erteilte der Engere Senat Marie Baum den Lehrauftrag aufs neue. Daß der Senat die 71jährige wieder mit einer Anstellung bedachte, deutet auf einen akuten Mangel an Lehrkräften hin. Tatsächlich waren siebzig Prozent des Lehrkörpers von der Militärregierung wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft entlassen worden.[34] Da sich die Neubesetzungen nur schleppend vollzogen und der Unterricht gleichwohl wieder beginnen mußte, waren in dieser Übergangszeit Lehrkräfte willkommen, die wie Marie Baum politisch unbelastet, aber auf Grund ihres hohen Alters nur für eine kurze Zeitspanne eingestellt zu werden brauchten.

Mit den Themen ihrer Kurse[35] knüpfte Marie Baum direkt an ihre Lehrtätigkeit vor 1933 an. Im Sommersemester 1946 hielt sie eine Vorlesung zum Thema »Soziale Frage – Sozialpolitik«, die sie nach der doppelten Seitennumerierung ihres Manuskriptes zu schließen, schon einmal in anderem Zusammenhang gehalten hatte. Im Sommersemester 1947 erweiterte sie den Kurs um das Thema »Sozialismus« und stellte dem sozialistischen System Rußlands die christliche Idee des Sozialismus gegenüber. Im Wintersemester 1950/51 sprach sie über soziologische Grundbegriffe und behandelte damit wieder eines ihrer Lieblingsthemen: *Arbeit und Familie.* In ihren Vorlesungen scheint es, zumindest im ersten Jahr, wenig Raum für Diskussion gegeben zu haben. Die Studierenden hatten jedoch die Möglichkeit, ihre Fragen zum Stoff schriftlich zu formulieren und einzureichen. Marie Baum antwortete darauf in der folgenden Stunde.[36]

Nach dem Krieg verzichtete Marie Baum mehr und mehr auf die eigene wissenschaftliche Tätigkeit. Wichtig war ihr jetzt der praktische Unterricht und das Gespräch mit jungen Menschen außerhalb der Universität. Dieses suchte sie in der von ihr mitgegründeten studentischen Verbindung des »Friesenberg«.[37] Nach 1951 beendete sie ihre akademische Lehrtätigkeit und wandte sich schriftstellerischen Aufgaben zu, so der Biographie ihrer 1947 verstorbenen lebenslangen Freundin Ricarda Huch.

[33] Zu Marie Baums Lebens- und Arbeitssituation in der NS-Zeit vgl. Lauterer 1995, 95-100.

[34] Vgl. Wolgast 1986, 174.

[35] Vgl. Heid. Hs 3675. F1-F4. (Nachschriften eigener Vorlesungen 1930-1951).

[36] Heid. HS 3675 F2. (Nachschriften eigener Vorlesungen, Sommersemester 1946).

[37] Vgl. Lauterer 1995.

Da sich Marie Baum vor 1933 um Lehre und Forschung verdient gemacht und sich, obwohl sie 1933 entschädigungslos entlassen worden war, für den Wiederaufbau der Lehre nach 1945 eingesetzt hatte, regte der Senat der Universität am 14. März 1949 an, ihr eine akademische Ehrung in Form der Ehrenpromotion zuteil werden zu lassen.[38] Doch dazu sollte es nicht kommen. Am 23. März 1949, ihrem 75. Geburtstag, wurde die Jubilarin lediglich zur »Ehrenbürgerin der Universität« ernannt, eine Auszeichnung, die 1922 eigens für Gönner und Stifter eingeführt worden war.[39] Zu der Verleihung der Ehrendoktorwürde, die eine späte Anerkennung ihrer *sozialwissenschaftlichen* Leistungen bedeutet hätte, hatte sich die Fakultät nicht entscheiden können. Als Begründung teilte der Rektor dem Senat mit, eine Ehrenpromotion habe sich auf Grund der zu kurzen Zeit nicht mehr durchführen lassen.[40]

Literaturverzeichnis

Bader, M. (1993): Gerta von Ubisch. Das uneingelöste Versprechen auf Gleichberechtigung, in: Knorr, B./Wehling, R. (Hrsg.), Frauen im deutschen Südwesten, Stuttgart, S. 256-262.

Baum, M. (1929): Über das wissenschaftliche Fundament der Wohlfahrtspflege. Veröffentlichung Nr. 1 des Sozialen Instituts des Vereins Jugendheim e.V., Berlin.

Honegger, C. (1994): Die bittersüße Freiheit der Halbdistanz, in: Wobbe, Th./Lindemann, G. (Hrsg) (1994), S. 69-85.

Jansen, Ch. (1992): Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1933, Heidelberg.

Lauterer, H.-M. (1995): »Weil ich von dem Einsatz meiner Kräfte die Überwindung der Schwierigkeiten erhoffte«. Marie Baum (1874-1964) Frauenbewegung, Politik und Beruf, in: Frauen Gestalten. Soziales Engagement in Heidelberg (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Heft 6), Heidelberg, S. 53-115.

Salomon, A./Baum, M. (Hrsg.) (1930): Das Familienleben in der Gegenwart. Bd. 1 (= Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit. Forschungen über »Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart«), Berlin.

[38] Senatssitzung 14.3.1949. UAH H-IV-102/153 (Akten der Philosophischen Fakultät).

[39] Wolgast 1986, 126.

[40] Ebd. Der Rektor der Universität an die Senatsmitglieder, 15.3.1949.

Schuchard, M. (1994): Frauen an der Universität, in: Zwischen Tradition und Moderne. Heidelberg in den 1920er Jahren, Heidelberg, S. 205-214.
Weber, M. (1919): Die Beteiligung der Frau an der Wissenschaft [1904], in: dies.: Frauenfragen und Frauengedanken, Tübingen.
Wobbe, Th. (1994): Von Marianne Weber zu Edith Stein: Historische Koordination des Zugangs zur Wissenschaft, in: Wobbe, Th./Lindemann, G. (Hrsg.) (1994), S. 15-68.
Wobbe, Th./Lindemann, G. (Hrsg.) (1994): Denksachen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht, Frankfurt a.M.
Wolgast, E. (1986): Die Universität Heidelberg. 1386-1986, Heidelberg.

Akten des Universitätsarchivs Heidelberg (UAH) und des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA); die Faszikelnummern sind in den Fußnoten angegeben.

Carl Joachim Friedrich

Ein amerikanischer Politikwissenschaftler aus Heidelberg

Hans J. Lietzmann

1. Einleitung

Wenn man einer der führenden Übersichten zur Entstehung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Glauben schenken soll, so läßt sich zumindest für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an einem Fortwirken der Politikwissenschaft aus der Tradition des älteren Heidelberger Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften (InSoSta) nicht reden. Zwar mag es eine gewisse inhaltliche Kontinuität geben,[1] doch scheint eine von Personen getragene Fortentwicklung aus der alten Wurzel nicht zu bestehen. Ja, selbst von Personen, die für die Neukonstituierung der Politikwissenschaft 1945 so wichtig waren wie Alfred Weber oder Alexander Rüstow, wird festgestellt, sie hätten »gleichsam nur Hebammendienste« für die Wissenschaftsorganisation geleistet und »in der sich entwickelten Politologie entweder keine Aufnahme [gesucht] oder [gefunden]«.[2] Und eine wichtige Koryphäe der Politikwissenschaft wie Arnold Bergstraesser scheint aufgrund seiner wechselvollen und schillernden Biographie kaum mehr in Verbindung mit dem traditionellen Heidelberger Institut gebracht zu werden.[3] Sei es, daß weder Bergstraesser selbst sich explizit in der Tradition des Instituts zu verstehen scheint, noch daß das Institut selber großen Wert auf eine Erinnerung an die umstrittene Tätigkeit Bergstraessers am Institut in den zwanziger und dreißiger Jahren zu legen schien.[4] Immerhin verzichtete das InSoSta auf die Wiederberufung Bergstraessers nach Heidelberg; zugleich freilich

[1] Vgl. Lietzmann 1995.
[2] Arndt 1978, 253.
[3] Vgl. Klingemann 1990; Eisfeld 1991; Mohr 1988.
[4] Mohr 1988, 146.

und im Gegensatz dazu wird ihm gegenüber der Vorwurf formuliert, er habe in wenig orgineller Weise nach 1945 »die theoretisch-begrifflichen Fundamente der Kultursoziologie seines Lehrers Alfred Weber [nachgebildet] und für seine Zwecke [schematisiert]«.[5]

Im Vergleich mit Personen wie Alexander Rüstow und Arnold Bergstraesser oder natürlich Alfred Weber selbst erscheint der von mir gewählte Bezug auf Carl Joachim Friedrich eher als Umweg, um eine kontinuierliche Fortschreibung der Heidelberger Staats- oder Politikwissenschaft zu behaupten; nur wenigen steht ja vor Augen, daß der in der Bundesrepublik vor allem als amerikanischer Gelehrter der Politikwissenschaft bekannte Friedrich als expliziter Schüler Alfred Webers und von den Arbeitsweisen des InSoSta geprägter Absolvent der Heidelberger Sozialwissenschaften zu betrachten ist. Auch die Themengebiete, mit denen Friedrich in der Politikwissenschaft verbunden wird: die Verfassungspolitik, die Verfassungstheorie und die Totalitarismus-Theorie scheinen inhaltlich und methodisch auf dem ersten Blick kaum einen Bezug zum Heidelberger Institut zu besitzen.

Im folgenden soll nun gezeigt werden, daß diese Schwierigkeit, eine Gemeinsamkeit zwischen der Arbeit und Person Friedrichs und dem Heidelberger Institut aufzuspüren, zwar nicht ganz zufällig ist; daß sich aber doch äußerst prägnante Gemeinsamkeiten zwischen dem Forschungsinteresse Carl Joachim Friedrichs und den Schwerpunkten des Heidelberger Institutes finden lassen. Und zwar Gemeinsamkeiten, die auf jene Arbeitsschwerpunkte verweisen, mit denen Friedrich in der Zeit seines Studiums in Heidelberg unmittelbar konfrontiert wurde. Arbeitsschwerpunkte, die in ihrer Vielfältigkeit von den unterschiedlichen Forscherpersönlichkeiten Alfred Weber oder Carl Joachim Friedrich aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenspraxis und aufgrund der unterschiedlichen wissenschaftlichen Herausforderung, der sie sich stellten, in je spezifischer Weise ausgearbeitet wurden.

Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß Friedrich selbst die inhaltliche Anknüpfung an Alfred Weber oder an Arnold Bergstraesser und Edgar Salin in seinen späteren Arbeiten, wie wohl sie zu erkennen wären, nie hervorgehoben, sogar nicht einmal benannt hat. Vielmehr hat er versucht, diejenigen seiner Arbeiten, die ihm weniger vertretbar und politisch wie wissenschaftlich problematisch erschienen, aus der Rezeption seines späteren Oeuvres herauszuhalten. Auch diesen Strategien nachträglicher Korrektur des eigenen Forschungsprozesses ist an dieser Stelle nachzugehen.

[5] Ebd., 252.

2. *Zur biographischen Einordnung Carl Joachim Friedrichs*

Um die Zuordnung der Analyse der Texte von Carl Joachim Friedrich und seinem Lehrer Alfred Weber zu erleichtern, soll zunächst – in eher kursorischer Weise – der Lebenslauf Friedrichs vorgestellt werden. Carl Joachim Friedrich wurde 1901 in Leipzig als Sohn eines Medizinalrats und Professors für Chirurgie und dessen Frau, der früheren Baronin von Bülow, in Leipzig geboren. Mit diesem großbürgerlichen Elternhaus im Hintergrund schloß er sich schon früh der reformerischen Jugendbewegung, der bündischen Jugend und der akademischen Freischar an. Er studierte – nach einem abgebrochenen Medizinstudium – ab 1921 Nationalökonomie am Heidelberger Institut für Staats- und Sozialwissenschaften und promovierte 1930 (und nicht 1925 wie er es in allen biographischen Selbstauskünften anzugeben pflegte) bei Alfred Weber mit einer volkswirtschaftlichen Arbeit über die staatliche Lenkung des amerikanischen Eisenbahnsystems. Bereits 1922 bereiste er auf Anregung Alexander Rüstows und aufgrund der Kontaktaufnahme mit einer amerikanischen Studentengruppe die USA als Abgesandter der deutschen Jugendbewegung; dort sollte er als geistiger »Botschafter« neue Anhänger gewinnen. Nicht nur, aber doch auch in dieser Rolle als Aktivist der bündischen Jugend gründete er zu gleicher Zeit mit dem fünf Jahre älteren Arnold Bergstraesser den ›Staatswissenschaftlichen Austauschdienst‹, den heutigen Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dessen Außenstelle in den USA er bis 1926 leitete.[6, 7]

[6] Vgl. Laitenberger 1976, 216. Daß es sich bei dem Ausstieg aus dem DAAD um einen Akt antifaschistischen Engagements handelte, wie es Laitenberger anhand von späteren Gesprächen mit C. J. Friedrich darstellt, darf man wohl nicht allzu ernst nehmen. Friedrich war zu jener Zeit alles andere als kritisch gegenüber aufkommenden national-chauvinistischen Zwischentönen; als Hintergrund muß wohl eher die karrierepolitische Sackgasse beachtet werden, in die er – unter kräftiger Nachhilfe Bergstraessers – in Heidelberg geraten war.

[7] Hier nur ein Hinweis auf einen Vorschlag, den Bergstraesser Friedrich gemacht hatte: Durchaus im Wissen um dessen akademische Ambitionen hatte er angeregt, Friedrich solle den Posten als Vertreter des deutsch-amerikanischen Studentenaustausches in New York beibehalten, da er in Heidelberg zur Zeit nicht mehr integrierbar sei. Der genannte Vertreterposten könne dann Grundlage für eine größere und sehr »bedeutungsvolle kulturpolitische Tätigkeit« werden. Es ist offensichtlich, wie rücksichtslos Bergstraesser hier mit Friedrichs Plänen umgeht; ebenso offensichtlich wird auch, daß er ihn aus dem akademischen Reigen Heidelbergs aussperren wollte. Als Hintergrund muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß Bergstraesser Friedrich mit seinem Wunsch nach einer dotierten Stelle in Heidelberg auf die Zeit nach dem Abschluß seiner Promotion lange vertröstet hatte. Friedrich beantwortet Bergstraessers »nur als Zeichen meiner Freundschaft« geäu-

Im Jahre 1926 übernahm er einen Lehrauftrag an der Harvard University und macht dort schnell Karriere: 1936 wurde er Full Professor für Regierungslehre und Verwaltung, 1938 erfolgte schließlich seine Naturalisierung.[8] In der ganzen Zeit blieb er jedoch Deutschland sehr verbunden und konnte auch in Hitler keine eigentliche Gefahr erblicken. Erst gegen Ende des Jahres 1939 – also nach dem Hitler-Stalin-Pakt und dem Kriegsbeginn – trat er aktiv gegen den deutschen und italienischen Faschismus in die amerikanische Regierungspropaganda ein, engagierte sich in zahlreichen Kommitees und Regierungskommissionen und übernahm schließlich ab 1943 die von ihm und dem Soziologen Talcott Parsons[9] an der Harvard Universität eingerichtete ›School for Overseas Administration‹, eine politisch orientierte Verwaltungsfachhochschule zur Ausbildung amerikanischen Besatzungspersonals für Europa, die Sowjetunion und Japan. Nach 1945 beteiligte er sich an der Ausarbeitung des Marshallplans und war vor allem im Stab des Leiters der amerikanischen Besatzungsmacht, General Clay, für Fragen der neu zu schaffenden Regierungsstruktur zuständig; somit überwachte er den gesamten Prozeß der Verfassungsentwicklung in den Westzonen.

Darüber hinaus beteiligte er sich in Westdeutschland an der Gründung der ›Deutschen Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik‹, der Vorläuferin der ›Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft‹ (DVPW)

ßerte Vorschläge – ausweislich des Nachlasses – damit, daß er den bis dato regen Briefwechsel für annähernd fünf Jahre unterbricht; Brief von Bergstraesser an C. J. Friedrich vom 20.1.1925, HUG-FP-17.8. Nur spekulieren läßt sich darüber, ob es eine Befriedigung für Friedrich bedeutete (und wenn ja: welcher Art?), als Bergstraesser sich später, nach vergeblichen Assimilationsversuchen an die nationalsozialistischen Machthaber, in den USA auf Integrationshilfe und massive politische Protektion Friedrichs angewiesen fand! Auch Bergstraessers Empfinden dürfte heikel gewesen sein; vgl. Krohn 1986, 256, 263f. und 266; Klingemann 1990, 88ff; Eisfeld 1991, 125ff.

Ein weiterer Aspekt ist die Mühe, die Friedrich hatte, seine Einladung als Gastprofessor nach Heidelberg durchzusetzen. Daß er zu einem Zeitpunkt, als er bereits »Assoc. Professor« in Harvard war, noch der nachhaltigen Intervention Carl Schmitts (sic!) an der Heidelberger Juristischen (sic!) Fakultät (wohl bei Jellinek) und nicht am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften bedurfte, scheint mehr Fragen zu stellen, als es klärt; vgl. den Brief an A. Bergstraesser vom 16.6.1932 und den Briefwechsel mit Prof. Geiler von der Heidelberger Juristischen Fakultät aus dem Juli 1932, HUG-FP-17.8, Box 8; zum Heidelberger Institut: C. Klingemann 1990, 79ff; zu C. J. Friedrichs Verbindung zu Carl Schmitt s.u. sowie Lietzmann 1997.

[8] Daß C. J. Friedrich den Naturalisierungsantrag bereits 1933 gestellt habe, wie Berghahn/Friedrich 1993, 66 suggerieren, kann nicht widerlegt werden, ist aber eher unwahrscheinlich; zumindest lagen einem solchen Antrag nach menschlichem (und historisch-politischem) Ermessen weniger weltpolitische, sondern eher karrierepolitische Gründe zugrunde; vgl. oben FN 6 und 7.

[9] Vgl. Gerhardt 1991.

im Jahre 1951 mit einem wegweisenden Einleitungsreferat und übernahm schließlich Mitte der fünfziger Jahre, nach langwierigen Querelen um die Ausgestaltung seines Vertrages und dessen Finanzierung, zusätzlich zu seiner Harvard-Professur eine Professur für Staatslehre und Politik in Heidelberg; diese freilich wird von vornherein nicht am InSoSta verankert, sondern an der juristischen Fakultät – ein für jene Zeit und für die Anfänge der Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland nicht außergewöhnliches Verfahren.

In die fünfziger Jahre fällt auch die Veröffentlichung seines (in der amerikanischen Ausgabe – und nur in dieser [sic!] – mit Zbigniew Brzezinski verfaßten) Buches über *Totalitäre Diktatur*,[10] das seinen Ruf als Vater der ›Klassischen Totalitarismustheorie‹ begründete. Nach seiner Emeritierung kehrte Friedrich allerdings endgültig in die USA zurück, blieb schriftstellerisch aktiv und wurde Präsident erst der amerikanischen, dann der internationalen Politologenvereinigung. 1984 starb er auf seiner Farm in Vermont an der amerikanischen Ostküste.

3. Friedrich als Nationalökonom »Heidelberger Schule«

Carl Joachim Friedrich stößt bei seinen Heidelberger Studien als Student der Nationalökonomie auf einen Alfred Weber, der in allen Projekten, die er vorantreibt, zwischen den ökonomischen Studien seiner Standortlehre (1909; 1914), dem Interesse an einer Kultursoziologie (1920/21; 1927) und schließlich dem Versuch der Begründung einer Staats- oder Politiksoziologie (1918; 1925; 1931) hin und her wechselt.

3.1 Alfred Webers Grundlegung einer ökonomisch-politischen Standortlehre

Die Untersuchungen Alfred Webers zu einer sogenannten *Reinen Theorie des Standorts*[11] sind in origineller Weise als ein Produkt der Sozialwissenschaften des beginnenden 20. Jahrhunderts zu begreifen; und sie lassen sich

[10] Friedrich/Brzezinski 1956; Friedrich 1957.
[11] Weber 1909; die zweite Auflage erschien 1922.

wissenschaftsstrategisch zugleich als spezifische Vorstufen für jene beiden anderen Arbeitsfelder begreifen, denen seine spätere Aufmerksamkeit galt: die Kultursoziologie und die Staatslehre in einem fast traditionellen Sinn. Denn mit der Arbeit an einer *Reinen Theorie des Standorts*, die Weber bereits 1899 in Angriff nahm,[12] setzte er sich zum Ziel, eine »[g]enerelle Analyse der Wirtschaft als reiner Wirtschaft« zu erstellen; diese sollte nicht weniger darstellen als eine empirisch gültige und objektivistische, »aprioristische« Grundlage aller weiteren Überlegungen. In ihr sollte die absolute »*[a]llgemeine* Basis« formuliert sein, auf der sich die relative historische Entwicklung, jede neue Stufe einer sich in immer schnelleren Intervallen umstürzenden Ordnung erhebt; an der sich jeder »neue Körper, der sich an den historisch alten ansetzt, *seinerseits* ausrichtet«.[13] Diese Theorie der absoluten Grundlagen einer historisch geprägten, kapitalistischen Entwicklung sollte deshalb »für *alle* Wirtschaftsformen gültig«[14] sein, um Ausgangspunkt weiterer Studien einer »empirischen« bzw. »kapitalistischen«, jedenfalls einer induktiven Theorie des Standorts zu werden. Daß es zu einer Ausformulierung dieser zweiten, historisch orientierten Theorie nur in Ansätzen, d.h. in Form von acht Einzelstudien, kam, ist den Kriegswirren und dem wechselvollen Arbeiten Alfred Webers sowie schließlich den neu sich stellenden politischen Herausforderungen seiner Zeit geschuldet.[15]

Die erfolgte Ausarbeitung der *Reinen Theorie des Standorts*, dieser objektiven »Gesetze für die Bewegungen« des Wirtschafts- und Gesellschafts-»Körpers«,[16] sollte Gewißheiten schaffen, aber nicht allein für die Lösung ökonomischer Fragestellungen; sondern sie sollte zugleich als Grundlage allgemeiner soziologischer und politikwissenschaftlicher Überlegungen dienen. Sie sollte der »Schlüssel [sein] zu den allgemeinen soziologischen Phänomenen der heutigen Bevölkerungsaggregierung, ebenso wie zu einer ganzen Anzahl anderer sozialer und kultureller Kräfteverschiebungen unserer Zeit«, wie Weber im Vorwort zur ersten Auflage von 1909 bereits schreibt.[17]

Ohne an dieser Stelle auf die Versuche Alfred Webers zu einer solchen Theorie weiter eingehen zu können, läßt sich zusammenfassend konstatieren, daß es ihm bereits seit der Jahrhundertwende, aber kulminierend in den beginnenden zwanziger Jahren, darum ging, mittels nationalökonomischer

[12] Weber 1922, IV; anders Salin 1963; vgl. auch Spiethoff 1948 und Lichnowsky 1986.
[13] Weber 1909², 201; Herv. i. Orig.
[14] Weber 1922, V.
[15] Vgl. ebd.
[16] Weber 1909², 9.
[17] Weber 1922, III.

Studien einen objektiven, fundierten, aprioristischen und über den Zufälligkeiten der rasanten historisch-politischen Umwälzung erhabenen Fixpunkt ›reiner Theorie‹ zu entwickeln, von dem aus sich alle weiterführenden Überlegungen anstellen ließen. In dem Bemühen, »die eine, die wirtschaftliche Seite der Vorgänge ganz zu kennen«, drückt sich vordringlich das Forschungsinteresse aus, die Determinante und die Voraussetzungen jener »Kräfte in der anderen[, der] allgemein kulturellen Seite«[18] benennen zu können. Sowohl im positiven, wie auch im negativen geht es dabei zentral um die Frage gesellschaftlich-historischer Handlungsautonomie: wie weit stehen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zur Disposition der ihnen ausgesetzten und in ihnen handelnden Menschen. Das heißt zum einen: mit welchen Prozessen haben sich die Zeitgenossen im Sinne eines »ehernen Gehäuses der Hörigkeit« abzufinden, wie es die bekannte Formulierung Max Webers ausdrückt und wie es im Werk des Alfred Weber-Schülers Franz Kafka literarisch vielfältig Gestalt gewinnt, – welche Prozesse also müssen als »unentrinnbar [gelten], weil technisch rational bedingt«.[19] Es heißt zum anderen aber auch: welche Prozesse erweisen sich als gestaltbar und zielvariabel, da sie durch eine »Änderung der gesellschaftlichen Behandlung des technisch-rationalen Apparates verschoben werden« können.[20] Schon hier leuchtet, wie man sieht, die Perspektive der Weberschen Kultursoziologie auf.

3.2 *Carl Joachim Friedrich und Alfred Webers Nationalökonomie*

Im Umfeld dieses um festen Halt in der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis und der umstürzenden gesellschaftlichen Ordnung ringenden Alfred Weber begann Karl (sic!) Joachim Friedrich in Heidelberg sein Studium der Nationalökonomie. Seit 1922 jedoch immer wieder in den USA und seit 1923 offizieller Vertreter der Heidelberger ›Staatswissenschaftlichen Austauschstelle‹, kann man davon ausgehen, daß Friedrich spätestens seit 1924, im Jahr seiner Heirat, fest in den USA verankert war; dies, obwohl er zu diesem Zeitpunkt nicht sicher damit rechnete, auf Dauer dort zu bleiben.[21] Faktisch beendete

[18] Weber 1909², 3f.

[19] Weber 1914, 56.

[20] Ebd.

[21] Eine Konsequenz, zu der ihn erst die politische Entwicklung in Deutschland und Heidelberg endgültig zwang; zu der er freilich durch das sich Raum verschaffende und

Friedrich seine Heidelberger Studien deshalb mit seiner Übersiedlung in die USA, wenngleich er den offiziellen Abschluß seiner Dissertation erst im Jahre 1930 zustande bringen konnte. Diese Dissertation folgt ganz und gar der *Reinen Theorie des Standorts* und weist Weber als seinen akademischen Lehrer aus: insofern, »als ich ja gerade die standorttheoretischen Ergebnisse als Ausgangspunkt für die Neufassung der tariftheoretischen Problematik benutzt habe«.[22]

Für seine nationalökonomische Analyse der Möglichkeiten einer Verstaatlichung des amerikanischen Eisenbahnverkehrs bedeutet dies vor allem die Aufgabe jedweder historischen Perspektive und eine vorwiegend »analytisch-theoretische« Orientierung. Diese »repräsentiert in gewissem Sinne die Methode, die mir [in] diese[n] wirtschaftspolitischen Fragen die Fruchtbarste zu sein scheint: eine möglichst prägnante Herausarbeitung der theoretischen Problematik als Ausgangspunkt und als Endziel der Wirklichkeitsanalyse«.[23]

In der Korrespondenz über den endgültigen Abschluß und die letzte Fassung seiner Dissertation, das heißt den Verzicht auf eine Drucklegung und die Beschränkung auf die Aufsatzform, klingt allerdings auch Resignation mit; hatte Friedrich doch die Dissertation bereits 1925 vorgelegt und zwischenzeitlich – im Jahre 1928 – auf eine Drucklegung schon ganz verzichten wollen. Über die Gründe kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Einer von ihnen mag sein, daß sich sein Arbeitsgebiet durch die Tätigkeit in Harvard nachdrücklich verschoben hatte – ganz entgegen seiner ursprünglichen Planung: Nach früheren Bekundungen hatte er seine Dissertation – so wie Alfred Weber seine *Reine Theorie* – nur als »Vorarbeit« verstanden: »Diese Arbeit ist Vorarbeit ... Erst auf der Grundlage des Verständnisses der hierin herrschenden Verhältnisse wird es möglich sein an die viel größere Aufgabe heranzukommen: die Durchdringung der nordamerikanischen Industrieentwicklung nach standorttheoretischen Gesichtspunkten«.[24]

Andererseits deuten sich in den wenigen erhaltenen Briefwechseln elementare Auffassungsunterschiede in bezug auf die Doktorarbeit an. Die Beschränkung »auf die im engeren Sinne *wirtschaftlichen* Seiten« der staatlichen Eisenbahnpolitik, die sich der schließlich im *Archiv für Sozialwissen-*

konkurrenzhafte Verhalten seines »Kollegen« Bergstraesser nicht minder gezwungen wurde; vgl. HUG-FP-17.8; vgl. oben FN 7.

[22] HUG-FP-17.8 Brief an Arnold Bergstraesser v. 31.1.1929.

[23] Ebd.

[24] Friedrich 1925.

schaft und Sozialpolitik veröffentlichte Aufsatz auferlegt[25] und die im direkten Gegensatz zu einer auch historischen und rechtlichen Orientierung der ehemaligen Dissertation von 1925 steht, hat hier ihren Ausgangspunkt.

Immerhin schien sich Friedrich mit der Veröffentlichung einer amerikanischen Übersetzung der »Standorttheorie«[26] auf einen gemeinsamen Boden mit dem Heidelberger Institut zu stellen und stellen zu wollen. Auch pflichtete er der Motivation und dem Gehalt der *Reinen Theorie des Standortes* nachhaltig bei und stellte sie als einen »fruchtbaren Zugang zur Annäherung an bestimmte verborgene Aspekte einer Theorie der Grundrente, des Preises und der Verteilung« vor.[27] Gerade im Gegensatz zu der seit 1922 erfolgten Diskussion um die Standortlehre wies Friedrich noch einmal zustimmend auf Webers vorwiegend nationalökonomisches Interesse und auf den theoretischen Gewinn durch die Aufstellung endgültiger Entwicklungsgesetze (»definite rules«)[28] hin. Er scheute sich 1929 allerdings auch nicht, sowohl auf forschungsstrategische Defizite der *Reinen Theorie des Standorts* und die Notwendigkeit ihrer Erweiterung um die Aspekte der »Monopolbildung, der Frachtkosten, der Grundrenten und des internationalen Handelns hinzuweisen«.[29] In seiner mittlerweile erreichten Position als Associate Professor in Harvard schienen ihm solche Anmerkungen wohl vertretbar und zur Eigenprofilierung, auf die Friedrich immer achtete, nützlich, wenngleich ihm nicht entgangen sein sollte, daß durch die Hereinnahme solcher Aspekte in die ›Theorie des Standorts‹ der ›reine‹, überhistorische und aprioristische Charakter der Theorie – wenn es ihn denn je gab – verloren ging.

4. Politikwissenschaft in der Tradition Heidelberger Staatswissenschaft

Aber nicht nur aufgrund seiner neuen Tätigkeit an der Harvard University hätte sich Friedrich in seinem weniger auf die reine ökonomische Theorie gerichteten Interesse bestätigt fühlen müssen. Seine Orientierung auf praktische Eingriffe in Ökonomie, Verwaltung und Politik verlief mit den Überlegungen seines Lehrers Alfred Webers durchaus parallel. So zeigt sich der

[25] Friedrich 1929a, 300; Herv.i.Orig.
[26] Friedrich 1929b.
[27] Ebd., XV; eigene Übersetzung.
[28] Ebd., XXIV.
[29] Ebd., XXIX.

Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich ausdrücklich wie auch implizit beeindruckt von Webers Diagnose einer »Krise des modernen Staatsgedankens« und den Konsequenzen, die daraus praktisch und politikwissenschaftlich zu ziehen seien.

4.1 Die politische Soziologie der deutschen Zwischenkriegszeit bei Alfred Weber

Der von Alfred Weber in seiner nationalökonomischen Theorie vorgestellte Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Handeln und »unentrinnbaren« vorgegebenen Strukturen setzt sich auch in seiner politischen Theorie fort.[30] Schicksalshaft auferlegte Konstellationen und unumgehbar vorgegebene Eigenheiten von Mensch und Materie bestimmen sein Denken. Um aber im Rahmen seiner von festgefügten Determinanten umstellten Welt dennoch eine optimistische, ja romantisierende Handlungsperspektive zu bewahren, differenziert er in seiner Kultursoziologie den gesamtgesellschaftlichen Prozeß bekanntermaßen in die drei Teilbereiche von »Zivilisation«, »Gesellschaft« und »Kultur«.[31] Und auch der Umstand, daß er seine Kultursoziologie eigentlich als eine Erörterung der »Kulturprobleme im Zeitalter des Kapitalismus« geplant hatte,[32] verdeutlicht noch einmal die bereits ganz ursprüngliche, eingreifend wirklichkeitswissenschaftliche Intention des Vorhabens: die Bewahrung des Kulturellen trotz der dem Kulturellen feindlichen Umweltfaktoren; der Versuch, den »nur biologischen Zustand der Gesellschaft« trotz entgegenlaufender Strukturen und Mentalitäten auf eine höhere, »eine kulturelle Ebene«[33] zu heben. Seine Gedanken zu der »Krise des modernen Staatsgedankens« und zu einer »Kultursoziologie« kreisen somit um das gleiche Thema.

Während also in der Zivilisationssphäre der fortschreitende Prozeß der Technik und der wissenschaftlichen Erkenntnis gebannt sein soll, gliedert er den kapitalistischen und den institutionellen politischen Prozeß[34] als »Gesellschaftsprozeß« aus dem allgemeinen Gang der Zivilisation aus. Beide sind

[30] Vgl. dazu ausführlich Lietzmann 1995.

[31] vgl. hierzu Demm 1990; Eckert 1986; Risterer 1986.

[32] Salin 1963, 63.

[33] Weber 1925, 172.

[34] Unter – wie er schrieb – dem Eindruck von Spenglers Buch über den *Untergang des Abendlandes*; vgl. Demm 1990, 142.

jedoch nur verschiedene Facetten des gleichen »Rationalisierungsprozesses des Daseins«, worin der Gesellschaftsprozeß das eher »Körperhafte« der Entwicklung,[35] das »Gehäuse«,[36] darstellt.

Dem gegenüber steht nun das »Kulturelle« als der humanistische Hoffnungsträger. Werden Zivilisation und Gesellschaft als »Prozeß«, als fortlaufendes, vom Handeln der Menschen abgelöstes und quasi-mechanisches Ereignis beschrieben, so tritt die Kultur als »Bewegung« auf, die von Menschen getragen, eingreifend die Depravierung der Welt aufhält und modifiziert. Sie ist ein »bewegtes Meer«,[37] eine »selbständige Welt von Symbolen, die ihren eigenen im letzten unübertragbaren Gehalt« besitzt.[38] Sie ist ein »seelischer Ausdruck«, der keiner Zweckmäßigkeits- oder konkreten Zielvorstellung folgt, sondern als »seelisches Wollen nur nach der Durchdringung des Lebensstoffes« fragt. Kultur ist kurz: die »jeweilige Ausdrucks- und Erlösungsform des Seelischen«.[39] In ihr drückt sich ein politisch kulturelles Hoffen aus, und sie soll zugleich der Erlösung aus dem schlechten Gegenwärtigen dienen; eine Erlösungshoffnung, die darauf spekuliert, daß in der Welt der Notwendigkeit auch jene »Urtatsachen des Lebens«, die »ursprünglichen Anschauungen des Lebens«,[40] wieder Eingang finden.

Die Verbindung solcher lebensphilosophischer Metaphern des »Kulturwollens«[41] mit der Krisenstimmung jener Zeit, ihre Fetischisierung der »Kultur« als eines ahistorischen und von den gesellschaftlichen Prozessen abgekoppelten Bereichs hat Kurt Lenk 1964 beispielhaft analysiert und in den ihr angemessenen theoretischen Bezugsrahmen gesetzt. Insbesondere hat er auch die enge innere Beziehung herausgearbeitet, die zwischen der Dämonisierung des gesellschaftlichen Handlungsfeldes als »Schicksal« oder »stahlhartem Gehäuse« und der Glorifizierung der Dynamik eines »élan vital« (Bergson) bzw. eines »Willens zum Leben« (Schopenhauer), bestand.[42]

Auch Alfred Weber setzt auf die »intuitive und unmittelbare Naturkraft des Volkes als solche«, auf das Volk als einem »stromhaften, aus wechselnden Individuen zusammengesetzten Ganzen«, als »letztes Naturhaftes«.[43] In gewisser Weise stehen also auch bei ihm der Mensch und seine – auch politi-

[35] Weber 1920/21, 12.
[36] Weber 1925, 12.
[37] Weber 1920/21, 26.
[38] Ebd., 22.
[39] Ebd., 30.
[40] Weber 1918, 113.
[41] Weber 1925, 46.
[42] Lenk 1964, 276ff.
[43] Weber 1925, 35.

sche – Schaffenskraft im Zentrum des Denkens.[44] Wenn er aber andererseits die modernen Gesellschaftsmitglieder in ihrer umfassenden zivilisatorischen Verhärtung und Mechanisierung beschreibt (»stumpfsinnige Halbmenschen«), sieht er in ihnen gerade nicht mehr das ursprüngliche Potential eingreifender Politik. Und er setzt deshalb bei der Suche nach Trägern seiner »Kulturbewegung« nicht mehr auf die sich für ihre eigenen und die allgemeinen Interessen engagierenden Bürger, sondern auf das abgehobene »kreative Genie«, den »geistigen Führer«, den »große Künstler«, die »geistige Schicht«.[45]

So sehr ihm also die »Massen« dem Leben zugewandt und von ursprünglicher Kraft beseelt zu sein scheinen, so sehr scheinen sie ihm – wohl auch gerade deshalb – zu überlegtem politischen Handeln nicht imstande. In der Verfolgung ihrer kurzfristigen und bornierten Interessen befangen, von »schwer bestimmbaren Wallungen stark bewegt« und »nur von einem durch schlagwortartige Einsichten geprägten Instinkt geleitet«, sind sie zu abwägendem, überlegtem Handeln nicht befähigt.[46] Als Objekte der Verapparatung sind die Durchschnittsmenschen in einer Demokratie gerade *keine* geeigneten Subjekte der Politik mehr.

Zu den Bedingungen der Möglichkeit erfolgreicher Politik gehört für Alfred Weber daher die Konstituierung eines vom Mehrheitswillen der Menschen getragenen Führers. Dieser soll durch die Kompensation und die Gestaltung der »unentrinnbar weitgehenden Inkompetenz der abstimmenden Massen«[47] den schicksalhaften politischen Prozeß zu einem »relativen ... Gemeinbesten« wenden.[48] Diesem Gedanken bleibt Alfred Weber dann bis in die dreißiger Jahre treu, indem er fortgesetzt das Erfordernis »qualitativer Führung« einfordert und sich entschieden gegen das Verständnis einer »schematisch egalitären Demokratie« wendet.[49]

[44] Vgl. neben früheren Texten besonders Weber 1953, passim; dazu Eckert 1970, 7 und 24ff.

[45] Zum Beispiel Weber 1918 passim; Weber 1953, 96; vgl. Demm 1990, 294ff.; Eckert 1986, 74.

[46] Weber 1925, 50.

[47] Ebd., 51.

[48] Ebd., 52.

[49] Weber 1931, 8; zu der Frage einer prägnanten und in der Politikwissenschaft bisher unbeachteten Vorwegnahme Schumpeterscher Elitevorstellungen in der Demokratie vgl. Lietzmann 1995. Verzeichnet wurde diese Vorreiterrolle in der Demokratietheorie allerdings in der historischen Studie von Döring 1975, 224, auf die sich auch Demm 1990, 304 bezieht.

Der ›qualitative Führer‹ – Alfred Weber beruft sich auf die Ausführung seines Bruders Max zum ›charismatischen Anführer‹ – untersteht freilich noch der Gemeinwohlinstanz einer verselbständigten Bürokratie. Denn so sehr er als »Moderator« der Massendemokratie zu wirken bestimmt ist, so wenig funktionale Kompetenz billigt Weber ihm zu. Mit seiner herausgehobenen Position geht vielmehr eine »Freisetzung der Exekutive«[50] einher, die unbeeinflußt von den irrationalen demokratischen Prozessen die Staatsgeschäfte angemessen wahrnehmen soll. »Der Beamtenkörper« gilt als der »eigentliche Körper des Staates und der öffentlichen Gewalten«.[51] Er soll als »objektivierte Staatsgewalt« »über der notwendig wechselnden Regierung« stehen. Während das instinktgeleitete Machtpotential der demokratischen Massen gebändigt wird, soll er über das funktionale und entpolitisierte Handlungs- und Herrschaftspotential verfügen. Auch die im Sog ihrer Wähler strudelnde und daher unzuverlässige Regierung wird gegenüber den Büros der Verwaltung, gegenüber der exekutiven Herrschaftsausübung, entmachtet.

Zwar steht Weber den »Massenformationen« alles andere als zynisch gegenüber; auf ihre spontane humane Intuition setzt er sogar große Hoffnungen und hebt wie später Friedrich »die große staatliche Tat des Puritanismus« »drüben in Amerika«[52] hervor, denn die dort entwickelten Programme scheinen ihm – neben kommunitaristischen Modellen zum Beispiel des Althusius – den neuen »sich herabbeugenden, wahrhaft kameradschaftlichen« Politikstil zu illustrieren. Bei alledem vermag er es freilich nicht, den demokratisierten Massen Gestaltungsaufgaben in der Politik unmittelbar anzuvertrauen.[53] Zu Recht ist deshalb hervorgehoben worden, daß Alfred Webers Theorie auf die Errichtung einer konstitutionellen Diktatur zielen könnte[54] – und sei es zur Vermeidung einer absoluten Diktatur, die er befürchtete: »Es ist überlebt, in der Politik die entscheidende Spannung noch zwischen Demokratie und konservativ-legitimistischer Formierung [Webers Begriff für die monarchistische Tradition; Anm. d. Verf.] zu suchen. Der Legitimismus ist tot. ... Die latente Kontradiction ist Demokratie oder Diktatur/Cäsarismus«.[55]

[50] Weber 1931, 17.
[51] Ebd., 15.
[52] Weber 1925, 33 und 149.
[53] Zur Rolle der sozialen Bewegungen in Alfred Webers Theorie vgl. Lietzmann 1993b.
[54] Zum Beispiel Demm 1990, 299.
[55] Weber 1926, 138; vgl. auch Weber 1931.

Daß Weber die Demokratie will, sie für unentrinnbar hält, ist gewiß; daß er sie nur als autoritär-funktionale Machtgestaltung sich vorstellen kann, ist freilich ebenso gewiß; daß sein Modell eine autoritäre Demokratie sein könnte, läßt sich erkennen; und daß er die drohende Gestalt am Horizont als »Diktatur/Cäsarismus« bezeichnet, wirft ein erstes, noch ungewisses Licht auf die politikwissenschaftliche »Kontradiction« von »konstitutioneller und totalitärer Diktatur«.

4.2 Politikwissenschaft und Politik bei Carl Joachim Friedrich

4.2.1 Politische Führung

Die von Alfred Weber in der ›Standortlehre‹ verfolgte Fragestellung, inwiefern die volkswirtschaftliche und politische Entwicklung einer Gesellschaft von der Verfügung der Rohstoffressourcen abhänge, bedeutete für Carl J. Friedrich eine wichtige Weichenstellung. Denn insbesondere die damit eng verbundene forschungsstrategische Konsequenz, objektive, dem menschlichen Handeln vorgelagerte Entwicklungsdeterminanten anzuerkennen, war entscheidend: für die Abkehr von rein organologischen, lebensphilosophischen, metaphysischen Gesellschaftsentwürfen, die sich um die realen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung, um die Bedingungen ihrer Möglichkeit nicht bekümmern. In der Tradition dieser volkswirtschaftlichen Studien, wie sie ja bekanntlich sowohl von Alfred Weber als auch von seinem Bruder Max vorliegen, wie sie vor allem aber kennzeichnend waren für die Sicht des damaligen Vereins für Socialpolitik, in dem beide sich engagierten – in dieser Tradition also und ihrer wirklichkeitswissenschaftlichen Sicht, um einen Terminus der Zeit aufzugreifen, steht daher auch Friedrichs Versuch einer kritischen und realistischen Bestandsaufnahme der tatsächlichen politischen Entscheidungsprozesse, d.h. weniger der gesellschaftlichen Dynamiken, zu Anfang des 20. Jahrhunderts. In der immer noch idealistischen, kulturkritischen Wortwahl jener Zeit: Maschinisierung der Ökonomie, Urbanisierung der Bevölkerung, Rationalisierung der Bürokratie, Verapparatung und Rechenhaftigkeit der menschlichen Umgangsformen. Dazu gehört sowohl bei Alfred Weber wie bei Friedrich ein rationalisiertes Einverständnis mit dem Prozeß der Demokratisierung. »Demokratie« wird als angemessener Ausdruck, aber auch als notwendige Folge der rationalen Modernisierungspro-

zesse beschrieben. Durchaus ungeklärt bleibt in dieser »vernunftrepublikanischen« Attitüde freilich, was unter »Demokratie« im einzelnen zu verstehen sei.

Sowohl Alfred Weber als auch Friedrich – wie manch andere in jener Zeit – eruieren Modelle einer Verbindung von Demokratie und Diktatur, einer hierarchischen, diktatorischen, aristokratischen Leitung der Regierungsgeschäfte bei einer gleichzeitigen, einer mäßigen und mäßigenden Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. Den damaligen Autoren schien dies als die unumgängliche und *zeit*gemäße Organisation öffentlicher Meinungsbildung, bei einer ebenso unumgänglichen, aber *sach*gemäßen Organisation der politischen Führung.[56]

Friedrich machte sich als Lehrer an der Harvard School of Public Administration insbesondere zu rationaler, d.h. sachgerechter Verwaltungsführung Gedanken – er nennt das »Responsible Bureaucracy«, wobei »Responsibility« die Verantwortlichkeit der Verwaltung »vor der Sache« meint, nicht vor dem Gesetz, dem Parlament oder dem Kabinettsbeschluß, d.h.: von Gewaltenteilung keine Spur! Friedrich also entwickelte schon früh eine Theorie der sachgerechten Politik, die, wenn es denn die Sachlage erfordert, auch vor der Errichtung einer Diktatur nicht zurückschreckt. Seine Theorie einer konstitutionellen Diktatur, die wie selbstverständlich Teil einer modernen Regierungslehre sein will,[57] steht deshalb nicht nur Pate, wenn Friedrich autoritäre Regime für die Weimarer Republik fordert und rechtfertigt, sondern sie ist auch die Basis einer umfassenden freundschaftlichen Verbindung zu Carl Schmitt.[58]

[56] Nachweise und detaillierte Begründungen dieser Sichtweise finden sich bei Lietzmann 1993a, 296ff.; dort auch Hinweise auf diejenigen von C. J. Friedrichs Texten, die er – aus offensichtlich sachlichen Gründen – später dem (gnädigen) Vergessen überschrieb.

[57] Friedrich 1937; er ordnet diesen Abschnitt über »Constitutional Dictatorship and Emergency Powers« in sein Kapitel über »Constitutionalizing Modern Government« ein. Erst später (1953), als sich auch der Titel geändert hat, ordnet er die »Konstitutionelle Diktatur« der neugeschaffenen Rubrik über »Spannungen, Katastrophen und Ordnungsversuche« zu.

[58] Vgl. auch die moralisch vorwurfsvollen, sachlich korrekten Anmerkungen G. Schwabs (1980) über Friedrichs sich sukzessiv verstärkende Leugnung seiner inhaltlichen – und persönlichen – Beziehungen zu Carl Schmitt; dieser war ihm eine Zeit lang als geradezu leuchtendes Vorbild erschienen. In einem Brief an Hans Th. Fröhlich v. 27.11.1929 (HUG-FP-17.8, Box 2) etwa schreibt er: »Sie lieben wahrscheinlich Kant und Kelsen; ich dagegen bevorzuge Schmitt und Plato«. Auf Grund der Annäherung Schmitts an die Nazis ging der weniger auf die faschistische Bewegung als auf autoritäre Konzepte setzende Friedrich auf Distanz. Die Distanzierung von Carl Schmitt setzt freilich, anders als Georg Schwab (1980, 150) suggeriert, nicht erst mit der Ausbreitung der »everybody-loves-the-winner«-Mentalität nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein. Bereits in der ersten Auflage

Mit ihm, der seine Theorie unter dem Nationalsozialismus richtig angewandt glaubte, korrespondierte er und hielt wissenschaftlichen wie persönlichen Kontakt. Anders als – vielleicht, aber zu jener Zeit wohl auch nicht mehr – dieser sah er freilich ab 1937 in den Nationalsozialisten nicht mehr die Erfüllungsgehilfen einer Übergangsdiktatur zu besseren, zu »sachgerechten« Ufern. Und er sah anders als Carl Schmitt, wie auch anders als sein Lehrer Alfred Weber,[59] der ebenso ein autokratisches Regime theoretisch wie praktisch verlangte, nicht das Erfordernis einer personalen Diktatur, also einer individuellen Führerfigur. Im Gegensatz zu Carl Schmitt gehörte Friedrich nicht zu jenen in Panik geratenen bürgerlichen Schichten, die sich in eine romantisierende Vorstellung eigener Allmacht flüchteten. Friedrich ging es bei seinen Entwürfen lediglich um die Bewältigung von sachlich bestimmten Übergangsproblemen durch eine diktatorisch ermächtigte, unabhängige und autokratische Gruppe von Fachleuten. Sollten die Probleme gelöst sein – Probleme, die ebensogut im Bewußtsein der Menschen liegen können, ihrem nicht hinreichend modernen Bewußtsein, mangelndem »industrial spirit«, wie auch in der mangelnden Industrialisierung eines Landes, seiner strukturellen Rückständigkeit –, dann wäre die Demokratie unverzüglich einzuführen. Bis zu einem solchen Moment freilich waren Propaganda und autoritäre Herrschaft auch für ihn anerkannte Mittel zur Stabilisierung der Rahmenbedingungen einer insgesamt auf Demokratie zielenden Politik.

Eine solche politische Theorie, die die Zulässigkeit bestimmter Regierungsformen von den mit ihnen angestrebten politischen Zielen abhängig macht, birgt ein hohes Risiko. Sie ist riskant, weil sie ihre Basis in den doch eher apokryphen Absichten der Führungseliten hat. Die politische Klasse

von *Government and Politics* (1937) rückt Friedrich von Carl Schmitts Schrift über die Diktatur (1921) wegen dessen tagespolitischer Parteinahme für die Nationalsozialisten deutlich ab. Schon dort kündigt sich seine – später anhaltende – Präferenz für Frederic M. Watkins *The Failure of Constitutional Emergency Powers in the German Republic* (1939) bzw. dessen *The Problem of Constitutional Dictatorship* (1940) an. Bei beiden Büchern handelt es sich um Texte, die aus dem von Friedrich angeregten ursprünglichen Vorhaben entstanden, Carl Schmitts ›Diktatur‹-Buch ins Amerikanische zu übersetzen. Der von dem in Stilfragen sehr bewußten Friedrich verfaßte Anmerkungstext zu Watkins Buch kommt gleichwohl einer Ohrfeige für Carl Schmitt gleich: »Originally conceived as a translation of Schmitt's work, the inadequancies of the later's essay made an independent and scientific treatment seem highly desirable« (Friedrich 1937, 535); vgl. den Brief an A. Bergstraesser vom 16.6.1932 und den Briefwechsel mit Prof. Geiler/Heidelberg aus dem Juli 1932 HUG-FP-17.8, Box 2.

[59] Weber 1925, 50ff. und 137ff.; zu Friedrichs Einschätzung charismatischer Führerschaft in der Demokratie vgl. Lietzmann 1993a, 301ff.

freilich trägt ihre Absichten nur selten offen auf dem Markt der Meinungen; auch sind ihre Versuche, diese Absichten zu realisieren, immer wieder von unerwarteten Zwischenfolgen unterbrochen oder werden ausgesetzt. Bei der vorherrschenden Kontingenz politischer Entwicklungen bleibt daher die Frage eher offen: Führt eine politische Elite ein Land nun mit diktatorischen Mitteln zur Demokratie? Oder herrscht sie diktatorisch ohne irgendein ernstzunehmendes, weiterführendes Ziel? Oder ist ihre Diktatur schlicht das falsche Mittel zur Erreichung des Ziels?[60]

Die Legitimität eines politischen Regimes hängt bei Friedrich deshalb in der Substanz weniger an den Formen, in denen es seine Politik organisiert, als vielmehr an den Ansichten und Zielen, die es verfolgt. Der normativen Bewertung der politischen Ziele folgt die Rechtfertigung der Instrumentarien. Wie hoch das Risiko einer solch »freihändigen« Bewertung politischer Regimes nach Absichten ihrer Protagonisten – und den objektiven Entwicklungserfordernissen ihrer Gesellschaften – ist, dafür gibt Friedrich selbst ein gutes Beispiel. Er hat sich nämlich auf dieses Bewertungsrisiko in mannigfacher Weise eingelassen und ist dabei ebenso oft gescheitert: Nicht nur hat er nacheinander dem Präsidialregime Hindenburg[61] in der Weimarer Republik, der faschistischen Diktatur Mussolinis[62] sowie schließlich der Politik Stalins[63] die Legitimität zur Errichtung solcher Erziehungs- und Übergangsdiktaturen, solcher »im echten Sinne wohlwollenden Despotien« (»truly benevolent despotism«) zugestanden.[64] Sondern er hat in der Folge eine umfas-

60 Wenngleich diese Fragestellung für das Verständnis des Großteils der Friedrichschen Schriften von zentraler Bedeutung ist, kann sie hier nicht weiterverfolgt werden. Nur soviel sei hier angemerkt: Entlang der Schwierigkeiten eben dieser Fragestellung verläuft die Entstehung der von Friedrich formulierten Theorie »totalitärer Diktaturen«. Diese sind in seiner Vorstellung und nach der Genese seiner Forschungen jene Entartungen »konstitutioneller Diktaturen«, die deren Versprechen auf Aufrechterhaltung oder Schaffung demokratischer Verhältnisse nicht mehr einhalten. So wenig, wie aus Friedrichs Blickwinkel gegen Entwicklungsdiktaturen zu sagen ist, so sehr bekämpft er unter dem Etikett der »totalitären Diktatur« jene autoritären Regime, die nach seiner Meinung den Entwicklungsauftrag verraten haben. Der Gegenbegriff zu »totalitärer Diktatur« ist in Friedrichs Verständnis deshalb nicht »Demokratie«, sondern »konstitutionelle Diktatur«. Vgl. Lietzmann 1997.

61 Friedrich 1930, 129.

62 Friedrich 1935/36, 132.

63 Friedrich 1935/36 und passim.

64 Friedrich 1930, 132. Das Resümee des hier zentralen Artikels (1935/36), der auch bemerkenswert spät, nämlich erst Mitte der dreißiger Jahre, erschien, lautet: »If a popular government is incapable of maintaining the bureaucratic hierarchy required for government control of the industrial system, it is bound to give way to a form of government, which will accomplish that, whether it be a dictatorship of an individual, or of a small group in the name of the nation, or of the proletariat«; 1935/36, Schlußsatz. Der Gestus

sende Theorie entwickelt, wie und warum Militärregimes wie das der USA in Deutschland oder in den fünfziger Jahren in Puerto Rico – und wohl auch die Politik der Israelis in Palästina – notwendig, unumgänglich und richtig seien. Diese politische Theorie hat er als Militärberater in Deutschland und Puerto Rico selber exekutiert; immer in der Absicht, die Demokratie zu errichten; missionarisch zwar, aber mit der Demokratie als technokratischem Ziel.

In diesen Überlegungen verbindet sich bei Friedrich eine deutliche, nachweisbare Linie von den Weimarer Überlegungen einer konstitutionellen Diktatur, wie sie in der Tradition der autoritären deutschen Staatswissenschaft, vorwiegend der Kameralistik des 18. Jahrhunderts, stehen, mit dem so lebensphilosophisch-idealistischen wie wirklichkeitswissenschaftlichen Impetus des Heidelberger InSoSta sowie mit der ganz pragmatisch auf Herrschaftserfordernisse gerichteten Perspektive der amerikanischen ›Political Science‹. Versucht diese doch viel ausgeprägter – jeder deutschen Wesensschau und jeder ontologischen Lebensphilosophie abhold – die Dinge zu nehmen, wie sie scheinbar wirklich sind, und schreckt dabei auch vor Widersprüchen gegenüber eigenen ethischen Imperativen nicht zurück.

4.2.2 Gemeinschaftsbildung

Findet sich hier also noch viel hausbacken-deutsches Vertrauen auf die Kraft von Entwicklungsdiktaturen in Massengesellschaften, das sich mit einem amerikanisch geschulten Alltagspragmatismus verbindet,[65] so tritt Friedrichs Verbindung auch mit der politisch-philosophischen Schule des amerikanischen Pragmatisten eher noch unter einem anderen Gesichtspunkt hervor.[66] Aus der Tradition der Jugendbewegung kommend, der auch Alfred Weber seine Unterstützung gab,[67] und auf der Suche nach einer neuen biographischen wie wissenschaftlichen Identität versuchte sich Friedrich in einer Verbindung der calvinistischen Alltagsmoral, wie er sie an der amerikani-

einer pragmatischen Kalkulation der Herrschaftserfordernisse – in volkswirtschaftlicher Tradition: Zähmung des »industrial system« – läßt alle Vorstellungen von partizipatorischer demokratischer Vergesellschaftung naiv erscheinen. Der genannte Aufsatz dient im übrigen als Ankündigung der ersten Auflage seines politikwissenschaftlichen opus magnum (1937), hat also vergleichsweise programmatischen Charakter; vgl. 1935/36, FN 64.

[65] Zu Rezeption des amerikanischen Pragmatismus als Medium einer aktivistischen »Ideologie der Tat« vgl. Joas 1992, 129ff.

[66] Als Überblick über die Ideen der amerikanischen Pragmatisten vgl. Joas 1992 und 1987; vgl. auch Russett 1981.

[67] Vgl. jetzt Hübinger 1995.

schen Ostküste vielfältig vorfand und unter der seine jugendbewegt-lebensphilosophische Ader spürbar litt,[68] mit der korporatistischen Theorie ständestaatlicher Gemeinschaften, wie er sie in der europäischen Staatstheorie des 17. Jahrhunderts ausgeprägt sah. In den Theorien von Johannes Althusius, die Friedrich auf die Bildung funktionierender Gemeinschaften unterhalb der Regierungsapparate bezieht, findet er seine Antwort. Und mittels seiner Interpretation dieser Theorien, die er rekonstruiert und ins Amerikanische übersetzt,[69] als einer Begründung organischer Gemeinschaften, die sich jenseits von Fragen der Diktatur oder der Demokratie zusammenfinden und elementare Fragen des alltäglichen Lebens in pragmatischer Verständigung lösen, verband Friedrich einen verloren geglaubten Strang deutscher Staatswissenschaft[70] mit aktuellen Diskussionen des amerikanischen Pragmatismus.

Er entwickelte – so absurd das klingen mag – Anfang der vierziger Jahre jenseits des Atlantiks eine Theorie der bündischen »Gemeinschaft«[71] und (!): er ist damit außerordentlich erfolgreich als amerikanischer Politikwissenschaftler. Der Erfolg seiner Theorie bündischer Gemeinschaften basierte freilich weniger auf dem organisch-bündischen Kern seines Gemeinschaftsdenkens (das wohl auch), als vielmehr auf der politischen Ausformulierung einer Theorie politischer Gemeinschaft aus dem amerikanischen Geist des »common sense«. Nicht mittels nationaler, mitteleuropäischer, rassischer oder völkischer Angebote, sondern mittels des radikalen Vertrauens auf die Vernünftigkeit der »kleinen Leute«, des »gemeinen Mannes«, des »common man« scheint er Hoffnung zu geben, die Orientierungslosigkeit der Moderne zu überwinden.[72] Die Charakterstärke des »common man«, auf die sich auch amerikanische Autoren wie John Dewey, William James oder Frank Lester Ward beziehen,[73] verbindet Friedrich mit einem ganz deutschen Begriff der »community«, der »bündischen Gemeinschaft« – ja, der »Volks-

[68] Die Ernüchterung, die Friedrichs jugendbewegter Impuls in den USA der zwanziger Jahre erfuhr, läßt sich aus den Beschwerden über die »zugefrorenen Neuengländer« und ihr Leben als »undurchsichtige, triebhafte Tatmenschen« ersehen, die er brieflich nach Deutschland sendet; vgl. HUG-FP-17.8.

[69] Friedrich 1932, 1975.

[70] Ein Verlust, auf den hinzuweisen im übrigen der ehemalige bayerische Kultusminister und Politikwissenschaftler Hans Maier nicht müde wird; vgl. z.B. Maier 1966.

[71] Zur »Gemeinschafts«-Orientierung als Kompensation moderner »Gesellschafts«-Erfahrung bei Dewey: vgl. Quandt 1970, 15ff.

[72] Friedrich 1940; 1942; 1959; vgl. hierzu Lietzmann 1993a, 308ff.

[73] Russett 1981, 364 m.w.N.

gemeinschaft« wie er in Übersetzungen bisweilen sagt.[74] An die Stelle von Intellektualität tritt der gute Charakter der einfachen Leute, an die Stelle der Verstandesschärfe die Prinzipienfestigkeit: Assoziationen mit dem »gesunden Volksempfindens« liegen auf der Hand.

Für die politische Theorie Friedrichs und seine geschilderten Modelle politischer Struktur folgt hieraus dreierlei. Zunächst einmal schafft er – und das ist für die deutsche Politik- und Staatswissenschaft völlig neu – den Zugang zu einer Einbeziehung dessen, was unterhalb der Kommandoebene der Politik geschieht. Die in der deutschen Tradition des 19. Jahrhunderts getrennten Bereiche von Staat und Gesellschaft, von denen sich die Politikwissenschaft nur mit dem ersteren und vorwiegend aus dem Blickwinkel der politischen Klasse befaßte, diese getrennten Bereiche von Staat und Gesellschaft werden in Friedrichs Theorie wieder zusammengeführt. Die amerikanische Begriffsschule des »government«, die – anders als der deutsche Begriff vom »Staat« – ja auch gesellschaftliche Bereiche der Politik in sich aufnimmt, tritt auf diesem Weg wieder in den deutschen Horizont. Auch die Menschen in einer Gesellschaft gehören in diesen Bezugsrahmen politischer Systeme – ohne sie sind die Regierungen, auch die Opposition, sind die Parteien nicht zu verstehen.

Friedrich schafft – zweitens – diese Synthese auf dem Boden einer Theorie der Charakterstärke der einfachen Leute, der »common folks«, die neben ihren Anleihen an amerikanische Autoren wie Frank Lester Ward in ihrer Spannbreite bis an die Vorstellungen eines »gesunden Volksempfindens« und einer Ausrichtung der Politik an ihm heranreicht.[75]

Drittens zuckt Friedrichs Theorie der politischen Gemeinschaftsbildung vor der entscheidenden Konsequenz zurück: so sehr er auch in Form eines marktwirtschaftlichen Modells, der ›invisible hand‹, der mittelfristigen Richtigkeit von des Volkes Stimme vertraut,[76] die politische Entscheidungsmacht, die Sach- und Fachkompetenz zur Konzeptionierung einer angemessenen Politik mag er ihr nicht zubilligen. Zwar gesteht er den Bürgern die Kompetenz zu, zu beurteilen, ob die Ergebnisse einer Politik gut gelungen sind, indem sie die Politik wie reparierte Schuhe auf ihre praktische Tauglichkeit überprüfen. Da sie aber auch nicht imstande seien, dem Schuster Ratschläge zu geben, welche Handgriffe er vorzunehmen habe, um die Schuhe zu reparieren, so könnten von ihnen auch keine Ratschläge für eine

[74] Friedrich 1959, 81.

[75] Zugleich wird allerdings auch die Nähe des amerikanischen Strangs der Diskussion zu den deutschen Debatten der Zwischenkriegszeit deutlich.

[76] Hier zeigen sich klare Parallelen zur amerikanischen Debatte.

richtige Politik erwartet werden.[77] Ja, weil sie praktischen Verstand besitzen, wollen sie sie auch gar nicht geben, sondern vertrauen sich kompetenter Führung bereitwillig an.[78]

Die Rolle der Gemeinschaft ist also rein rezeptiv, die staatliche Führerschaft in politischen Sachfragen bleibt weitgehend unangetastet, plebiszitäre Überlegungen sind tabuisiert, und auch der volkserzieherische Aspekt eines Teils des amerikanischen Pragmatisten weicht einer eher deutschen Orientierung auf die Führerschaft in der Politik.

Literaturverzeichnis

Arndt, H.-J. (1978): Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Berghahn, V. R./Friedrich, P. A. (1993): Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit 1902-1975, Frankfurt a.M./New York.

Demm, E. (Hrsg.) (1986): Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Referate des 1. Alfred-Weber-Kongresses in Heidelberg (28./29. Oktober 1984), Wiesbaden.

Demm, E. (1990): Ein Liberaler im Kaiserreich. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard.

Döring, H. (1975): Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim.

Eckert, R. (1970): Kultur, Zivilisation und Gesellschaft. Die Geschichtstheorie Alfred Webers. Eine Studie zur Geschichte der deutschen Soziologie, Tübingen.

Eckert, R. (1986): Die Kulturtheorie Alfred Webers. Überlegungen zur Wissenssoziologie des Bildungsbürgertums, in: Demm (1986), S. 69-81.

Eisfeld, R. (1991): Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, Baden-Baden.

Friedrich, C. J. (1925): [Karl Joachim Friedrich] Aus der staatlichen Regelung des Eisenbahnwesens in den Vereinigten Staaten. Geschichtliche, rechtliche und wirtschaftliche Grundzüge der Regelung der Finanzen der amerikanischen Eisenbahngesellschaften unter dem Esh-Cummings-Act 1920. Dissertation Heidelberg, Manuskript, 111 S.

[77] Friedrich 1959, 210.

[78] »The common man is apt to have little patience with an administrator who attemps to excuse himself on the ground that ›the majority decided that this action should be taken‹. He respects the responsible official to resist such majority decisions as seem to him foolish, even to the point of resign his post«; Friedrich 1942, 208.

Friedrich, C. J. (1929a): [Karl Joachim Friedrich] Der Grundsatz des angemessenen Ertrages in der staatlichen Regelung der amerikanischen Eisenbahnen und seine Beziehung zur Kostentheorie der Beförderungstarife, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 62, S. 299-343.

Friedrich, C. J. (Hrsg.) (1929b): Alfred Weber, Theory of the Location of Industries, English Edition with Introduction and Notes by C. J. Friedrich, Chicago.

Friedrich, C. J. (1930): The German and the Prussian Civil Service, in: White, L.D. (Hrsg.), Civil Service in the Modern State, Chicago/Ill.

Friedrich, C. J. (1932): Politica Methodice Digesta of Johannes Althusius (Althaus). Reprinted from the Third Edition of 1614. Augmented by the Preface to the First Edition of 1603 and by Hitherto Unpublished Letters of the Author. With an Introduction of C. J. Friedrich, Cambridge/MA.

Friedrich, C. J. (1935/36): Responsible Government. Service under the American Constitution, in: ders. u.a., Problems of American Public Service. Five Monographs on Specific Aspects of Personnel Administration, New York/ London.

Friedrich, C. J. (1937): Constitutional Government and Politics, New York/London; 2. veränd. Aufl. unter dem Titel: Constitutional Government and Democracy, 1951.

Friedrich, C. J. (1940): Die öffentliche Politik und das Wesen der administrativen Verantwortlichkeit, in: ders., Zur Theorie und Politik der Verfassungsordnung. Ausgewählte Aufsätze, Heidelberg 1963, S. 121-142.

Friedrich, C. J. (1942): The New Belief in the Common Man, Brattleboro/Vermont.

Friedrich, C. J. (1953): Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin u.a.; als Übers. von 1937[2].

Friedrich, C. J. (1957): Totalitäre Diktatur, Stuttgart.

Friedrich, C. J. (1959): Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, Heidelberg; stark revidierte Übers. von ders. (1942).

Friedrich, C. J. (1975): Johannes Althusius und sein Werk im Rahmen der Entwicklung der Theorie von der Politik, Berlin.

Friedrich, C. J./Brzezinski, Z. K. (1956): Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge/ MA.

Gerhardt, U. (1991): Talcott Parsons als Deutschlandexperte während des zweiten Weltkrieges, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43, S. 211-234.

Hübinger, G. (1995): Kulturbünde und lebensphilosophische Wissenschaftskritik der deutschen Jugendbewegung im ersten Weltkrieg, in: Nutzinger, H.G. (1995), S. 293-308.

Joas, H. (1987): Die politischen Ideen des amerikanischen Pragmatismus, in: Fetscher, I./Münkler, H. (Hrsg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, 5, München, S. 611-620.

Joas, H. (1992): Amerikanischer Pragmatismus und deutsches Denken, in: ders., Pragmatismus und Gesellschaftstheorie, Frankfurt, S. 114-145.

Klingemann, C. (1990): Das »Institut für Sozial- und Staatswissenschaften« an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte, 1.1990, S. 79-120.

Krohn, K.-D. (1986): Der Fall Bergstraesser in Amerika, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch. Bd. 4., München, S. 254-273.

Laitenberger, V. (1976): Akademischer Austauschdienst und auswärtige Kulturpolitik. Der DAAD 1923-1945, Göttingen u.a..

Lenk, K. (1964): Das tragische Bewußtsein in der deutschen Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16, S. 257-287.

Lichnowsky, L. Gräfin (1986): Alfred Webers Standortlehre in ihrer politischen Bedeutung, in: Demm (1986), S. 11-21.

Lietzmann, H. J. (1993a): Bündische Gemeinschaft und »Responsible Bureaucracy«. Macht in der Demokratie bei Carl Joachim Friedrich, in: Gebhardt, J./Münkler, H. (Hrsg.), Bürgerschaft und Herrschaft, Baden-Baden, S. 289-313.

Lietzmann, H. J. (1993b): Alfred Webers politische Soziologie, in: Forschungsjournal NSB 3-4, S. 159-167.

Lietzmann, H. J. (1995): Kontinuität und Schweigen. Zum Fortwirken der politischen Theorie Alfred Webers, in: Nutzinger, H. G. (1995), S. 137-159.

Lietzmann, H. J. (1997): C. J. Friedrichs Begriff »Totalitärer Diktatur«, in: Söllner, A. u.a. (Hrsg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin.

Maier, H. (1966): Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition, in: ders., Politische Wissenschaft in Deutschland, München 1969, S. 133-151.

Mohr, A. (1988): Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit 1945-1965, Bochum.

Nutzinger, H. G. (1995): Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft aus heutiger Sicht, Marburg.

Quandt, J. B. (1970): From the Small Town to the Great Community, New Brunswick, N. J.

Risterer, B. (1986): Alfred Webers Position in German Intellectual History, in: Demm (1986), S. 82-112.

Russett, C. E. (1981): Die Zähmung des Tigers: Der Darwinismus in der amerikanischen Gesellschaft und Gesellschaftslehre, in: Lepenies, W. (Hrsg.), Geschichte der Soziologie. Bd. 3., Frankfurt, S. 329-380.

Salin, E. (1963): Alfred Weber, in: Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Politik, Tübingen, S. 58-74.

Schmitt, C. (1921): Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München.

Schwab, G. (1980): Schmitt Scholarship, in: Canadian Journal of Political and Social Theory, 4, S. 149-155.

Spengler, O. (1923): Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, München.

Spiethoff, A. (1948): Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg.

Watkins, F. M. (1939): The Failure of Constitutional Emergency Powers in the German Republic, Cambridge, MA.

Watkins, F. M. (1940): The Problem of Constitutional Dictatorship, in: Public Policy, 1, S. 324-379.

Weber, A. (1909): Über den Standort der Industrien. 1. Teil: Reine Theorie des Standorts, Tübingen; 2. Aufl. 1922.

Weber, A. (1914): Industrielle Standortlehre. Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standorts, in: Gothein, E. u.a.(Hrsg.), Grundriss der Sozialökonomik. Abt. VI: Industrie, Bergwesen, Bauwesen, Tübingen, S. 54-82.

Weber, A. (1918): Die Bedeutung der geistigen Führer in Deutschland, abgedr. in: ders. (1927), S. 102-121.

Weber, A. (1920/21): Prinzipielles zur Kultursoziologie (Gesellschaftsprozeß, Zivilisationsprozeß und Kulturbewegung), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 1-49.

Weber, A. (1922): Vorwort, in: Schlier, O.: Der deutsche Industriekörper seit 1860 (zugleich: Alfred Weber, Über den Standort der Industrien, II. Teil, Der deutsche Industriekörper seit 1860), Tübingen, S. III-VIII.

Weber, A. (1923): Kultursoziologie und Sinndeutung in der Geschichte, abgedr. in: ders. (1927), S. 48-54.

Weber, A. (1925): Die Krise des modernen Staatsgedankens, Berlin/Leipzig.

Weber, A. (1926): Der Deutsche im geistigen Europa, abgedr. in: ders. (1927), S. 133-142.

Weber, A. (1927): Ideen zur Staats- und Kultursoziologie, Karlsruhe.

Weber, A. (1931): Das Ende der Demokratie?, Berlin.

Weber, A. (1953): Der Dritte oder der Vierte Mensch. Vom Sinn des geschichtlichen Daseins, München.

Nachlaß Carl Joachim Friedrich HUG-FP-17.8, Pusey-Archives, Harvard University, Cambridge, MA.

Norbert Elias' Konstruktion der »satisfaktionsfähigen Gesellschaft«

Die Wandlungen des »verbürgerlichten Kriegerethos« und das Ideal des Lebens in der Distanz

Helmut Lethen

I

In seinen *Studien über die Deutschen* konstatiert Norbert Elias eine eigentümlich »paradoxe« soziale und psychische Struktur der guten Gesellschaft des wilhelminischen Beamten- und Akademikertums: trotz überwiegend friedfertiger Berufe hätten sich diese Kreise den kriegerischen und oft macchiavellistischen Werthaltungen des militärischen Adels assimiliert. Die »satisfaktionsfähige Gesellschaft« wird von Männern gebildet, die sich tendenziell ebenso berechtigt wie verpflichtet fühlen, Gleichgestellten in Form des Duells Satisfaktion, d.h. Genugtuung für eine Verletzung ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Ehre zu leisten.[1]

Prägestätten des gemeinsamen Verhaltens- und Empfindungskanons waren Elias zufolge das Heer und die schlagenden Verbindungen. In diesen Institutionen sei ein Habitus des »verbürgerlichten Kriegerethos« geformt worden, der in dem vorgeschriebenen Ritual des Mensur-Schlagens (als einer Schwundform des Duells) seinen sichtbarsten Ausdruck gefunden habe. Allerdings zeichne sich das Duell – als relativ hochformalisierter Akt der physischen Auseinandersetzung – durch einen gewissen Grad der Zivilisiertheit aus:

[1] Elias 1989.

> »Hier stürzen sich nicht die Gegner unter dem Druck ihres Ärgers und Hasses spontan aufeinander. Hier verlangt das vorgeschriebene Ritual zunächst einmal eine strenge Beherrschung aller feindseligen Gefühle, eine Absperrung aggressiver Impulse von den Exekutivorganen, den Muskeln, und so dem Handlungsvollzug«.[2]

Der Fremdzwang des gesellschaftlichen Verhaltenskanons, der im Duell zu einem intensiven Selbstzwang verpflichte, erweise sich freilich als eine zweischneidige Disziplinierung. Denn die Versagungen spontaner Aggressionen könnten im Kriegsfall ausgeglichen werden. Dann zeige die bürgerliche Kriegerkaste ihre Grausamkeit. Der Satisfaktions-Typ der Moderne sei nicht durch adelige Contenance, sondern durch das hektische »Hin und Her der Entfesselung und rituellen Fesselung« der Gewaltbereitschaft gekennzeichnet.[3] In seiner Assimilation an den militärischen Adel hätte der Satisfaktions-Charakter die bürgerlichen Werthaltungen von allen moralischen Beimischungen gereinigt.[4] So habe sich ein »verbürgerlichtes Kriegerethos« herausgebildet, das durch folgende Merkmale charakterisiert werde:

- die Anerkennung der »Härte« des Lebens, der die »Härte« der Haltung zu entsprechen hat;
- die polemische Abwertung moralischer Einwände; Erziehung zur Fähigkeit, krasse Zustände ohne Mitleid wahrzunehmen; die Hinnahme der »notwendigen Grausamkeiten« des »Lebens«;
- die Verächtlichmachung »femininer« Haltungen;
- grundsätzliche Ungeduld gegenüber »langen Debatten«, Bereitschaft zu raschem, entschlossenem Handeln, auch wenn dieses zu unhaltbaren Positionen führt;
- die Erwartung, daß im privaten Bereich die in der Öffentlichkeit »depotenzierte Frau« als Gnadeninstanz winkt.

Die Merkmale des von Elias konstruierten Satisfaktionstyps weisen verblüffende Ähnlichkeiten mit dem Duell-Habitus auf, den man bei verschiedenen Intellektuellen während der Weimarer Republik beobachten kann. Es leuchtet darum ein, daß neuerdings die ungebrochene Kontinuität eines mentalen Typus im Kaiserreich und der Republik betont wird. Der »Dezisionismus« der zwanziger Jahre kann von der Duell-Mentalität des Kaiserreiches her

[2] Elias 1989, 99.
[3] Elias 1989, 100.
[4] Elias 1989. 130.

verstanden werden. Nicolaus Sombarts Psychogramm des wilhelminischen Mannes leitet Carl Schmitts »Dezionismus« aus psychischen Strukturen der satisfaktionsfähigen Gesellschaft ab.[5] Hans J. Lietzmann hat jüngst nicht nur in Schmitts, sondern auch in Karl Mannheims Schriften »verbürgerlichtes Kriegerethos« und Einverständnis mit der »gewaltorientierten Doppelmoral deutscher Herrschaftseliten« aufgespürt.[6] Selbst in den frühen Entwürfen zur politischen Anthropologie, die Helmuth Plessner in den zwanziger Jahren entwarf, finden sich Spuren des von Elias konstruierten Satisfaktionstyps.

So wichtig die Wiederentdeckung der unter den politischen Brüchen verborgenen Kontinuität dieses Verhaltensmodells ist, so notwendig ist die Herausarbeitung seines Funktionswandels. Es ist leicht festzustellen, daß ein gewisses Kriegerethos Teile der radikalen Intelligenz der Weimarer Republik in seinem Bann hielt, wenn es sich auch z.T. aus moderneren Quellen speiste, wie aus Sorels Theorie des Generalstreiks, Elementen des Leninismus oder esoterischen Schriften, die durch ihre heimliche Entfernung zur mittleren Kultur demokratischen Austauschs eine heimliche Nähe zur Gewaltmoral gewinnen. Walter Benjamins frühe Schrift »Zur Kritik der Gewalt« kann dieses Risiko vor Augen führen. Nicht ohne Erschrecken stellt die jüngste Forschung bei brillanten Theoretikern der Weimarer Zeit eine »heimliche Verliebtheit in die geordnete Welt der autoritären Kriegerkasten und das in sie eingebundene Bewußtsein einer Freisetzung der Gewaltmoral«[7] fest – auch der Karl Mannheim der dreißiger Jahre soll sich nicht aus dem Schatten des Kriegerethos gelöst haben. Bis in den Habitus des kalten Blicks, den Artisten wie Ernst Jünger, Bertolt Brecht oder Gottfried Benn kultivierten, kann man Züge des Duell-Typs verfolgen.[8] Die stoische Haltung, die man bei schmerzlichen Wertzersetzungen zur Schau trägt; die Neigung, bei der Beschreibung gesellschaftlicher Zustände moralische durch physikalische Kategorien zu ersetzen – hierin mag man den macchiavellisten Zug erkennen, der für Elias zum Verhaltensmodell der wilhelminischen Elite gehört hatte. Sein Kommentar zu Ernst Jünger entdeckt ausschließlich Kontinuität.

Im folgenden soll in einem ersten Schritt darauf hingewiesen werden, daß die Formen des von Elias entworfenen kriegerischen Habitus in anderen Kontexten nach dem Sturz des Kaiserreichs anders gewertet werden kön-

[5] Sombart 1991.
[6] Lietzmann 1995.
[7] Lietzmann 1995.
[8] Lethen 1994.

nen. In einem zweiten Schritt soll untersucht werden, inwiefern Elias' Konzept der Zivilisation sich an dem höfischen Ethos des 17. Jahrhunderts orientiert und in welchem Ausmaß sich seine Aufwertung des vorbürgerlichen Rationalitätstyps auf Entwürfe der philosophischen Anthropologie der Weimarer Republik stützen kann. Der Ausgangspunkt meines Unternehmens ist dabei ungewöhnlich: ich beobachte die Wirkungsgeschichte einer Verhaltenslehre aus der höfischen Gesellschaft Spaniens im 17. Jahrhundert, nämlich Balthasar Graciáns »Handorakel«[9] von 1647 unter Intellektuellen der Zwischenkriegszeit in Deutschland.

II

Die Niederlage von 1918 hatte einen neuralgischen Punkt im nationalen Habitus getroffen.[10] Mit der Abdankung des Kaisers fehlte plötzlich die Zentralfigur, auf die die Persönlichkeitsstruktur der satisfaktionsfähigen Gesellschaft eingespielt war.[11] Der Duell-Typus kreist jetzt um eine leere Mitte, die im Laufe der Republik provisorisch von Personen besetzt wird, die die auf sie gerichteten Bedürfnisse des Vater-Charismas nicht befriedigen. Das fördert die Vorstellung vom kriegerischen Mann, der alle gesellschaftlichen Normierungen abwirft, um sich dem Risiko seiner je eigenen Entscheidung zu stellen; der sich nach Abwurf aller autoritativen Bindungen »in ein Nichts gestellt« sieht. Insofern ist der Typus des »Dezisionisten« eine Duell-Person nach Wegfall der traditionalen Strukturen, in die die satisfaktionsfähige Gesellschaft des Kaiserreichs noch eingebettet war. In den zwanziger Jahren begegnet man so zuweilen einem Habitus, der bis in physiognomische Züge dem wilhelminischen Satisfaktionstyp verwandt ist, obwohl dessen moralische Außenhalte weitgehend entfallen sind. In den Romanen Ernst von Salomons z.B. trifft man auf Figuren mit der Maske des alten Satisfaktionstyps, unter der sich Desperados verbergen.[12]

Seltener wird wahrgenommen, daß die Schrecksekunde der »Vaterlosigkeit«,[13] als die der Wegfall der kaiserlichen Autorität empfunden wird, auch

[9] Gracián 1954.
[10] Elias 1989, 14.
[11] Elias 1989, 379.
[12] Salomon 1930.
[13] Federn 1919.

für den Versuch genutzt wird, im Habitus der »Sachlichkeit«, der dem der Duell-Person zuweilen verteufelt ähnlich sieht, neuen Bewegungsspielraum zu erschließen. Max Webers Rede *Wissenschaft als Beruf* aus dem Jahre 1919 steht auf der Schwelle zwischen autoritativer Bindung und »Sach«-Orientierung in der Massendemokratie.[14] Im Kult seiner »Sachlichkeit« lassen sich noch Spuren des Satisfaktionshabitus erkennen. Die Haltung der Abwehr fundamentalistischer Tendenzen, die er vom Berufswissenschaftler fordert, bezeugt eine denkwürdige Affinität mit Elias' Konstruktion der Duell-Haltung. Die nachhaltige Wirkung von Webers Rede rührt, so scheint mir, vor allem von dieser unheimlichen Nachbarschaft. Die Zeitgenossen zeigten sich weniger von dem Widerspruch zwischen Webers aufklärerischem Projekt der Entzauberung der Welt und seinem Einbekenntnis, daß die entzauberten Götter unser Leben in Gestalt anonymer Mächte weiter beherrschen, beunruhigt. Webers Ratschläge verpflichteten die jungen Wissenschaftler zur Entzauberung mit dem Pathos des verlorenen Postens, in der Gewißheit, daß die wissenschaftlichen Disziplinen die dämonische Macht des Schicksals nicht endgültig brechen können. Das Element des Trotzes und der damit verbundene Habitus, schmerzliche Wertzersetzungen in stoischer Haltung zu ertragen, erbte sich fort. Weber plädiert für die *Haltung* eines Mannes, der »rein der Sache« dienen will – auch wenn die »Sache« vergänglich, die Kette des Fortschritts, in die sie eingereiht werden soll, »sinnlos« und ihre Verwertung dem Schicksal überlassen werden muß. Siegfried Kracauer erkannte den heimlichen Heroismus dieser »selbstgewählten Unseligkeit«,[15] der auch in Karl Mannheims Forderung, »Wächter in einer allzu finsteren Nacht« zu sein, mitschwingt. Man mag in dieser Haltung das Pathos des verlorenen Postens entdecken; überwiegen in ihr jedoch nicht die Elemente der Trennung von der »satisfaktionsfähigen Gesellschaft«? Ist es nicht ein Mut anderer Art, sich ohne soziale Auffangnetze und metaphysische Überwölbungen als einzelner behaupten zu wollen?

Freilich zeigten die zwanziger Jahre dann, daß es sich auf Webers »Plattform der Negativität« – in großer Ferne von massendemokratischen Prozessen – nicht lange verweilen ließ. Der Schatten der »satisfaktionsfähigen Gesellschaft« lag mit bleierner Schwere auf der Republik. Die Idee der »Führerdemokratie« bildet den Kompromiß.

[14] Weber 1922, 594.
[15] Kracauer 1990, 166.

III

Im November 1920 – er war gerade in der Militärturnanstalt Wünstorf mit der Abfassung einer neuen Heeresdienstvorschrift für die Infanterie beschäftigt – berichtet Ernst Jünger seinem Bruder in einem Brief von seinem Tagesanfang. Wir haben Gelegenheit, den Träger des Pour le mérite bei einem merkwürdigen Ritual zu beobachten: »Ich stehe früh auf in meiner Zelle und lese mein Kapitel, wie es dem Mönch gebührt. Die geistlichen Übungen des Ignatius von Loyola, Grazians Handorakel, Kants Träume eines Geistersehers«.[16] Die Lektüre dieser Schriften bildet gleichsam sein morgendliches Attitüdentraining. Daneben liest er die Biographien von Tacitus und Sueton, an denen er die Sachlichkeit eines Stils einüben will, der noch nicht vom Transport bürgerlicher Gefühle, der »Stickluft der inneren Wohn- und Schlafzimmer« der psychologischen Literatur verdorben ist.[17] Die Lektüre soll einen *Habitus* stärken, der es ihm zu erleichtern scheint, den, wie er schreibt, »Kampf gegen Menschen, das Zusammenwirken der Waffen und die Flutstürme von Feuer und Bewegung« theoretisch zu durchdringen, um daraus die *Maximen* einer Verhaltenslehre des Soldaten in der neuen Heeresdienstvorschrift (HDv, Nr.130, Berlin 1922) zu formulieren, deren Neufassung nach den Erfahrungen des modernen Krieges anstand.

Das »Handorakel«, in dem 1647 der Jesuit Gracián seine Lehre vom richtigen Verhalten in den Konkurrenzkämpfen am spanischen Hof zusammenfaßt, taucht in der Militäranstalt Wünstorf in einer verdächtig gebrochenen Figuration auf. In ihr mischen sich der Ehrenkodex des preußischen Offizierskorps, die Erfahrungen der Materialschlacht und die Haltung eines Dandys. Allerdings hat der »Tigersprung ins 17. Jahrhundert« Intellektuelle der zwanziger Jahre aus verschiedenen politischen Lagern in seinen Bann gezogen.[18] Die »Aura der Künstlichkeit« im Hofleben absolutistischer Staaten und das »Bühnen- und Schauplatzgefühl« derer, die in ihnen politisch handelten, faszinierte so unterschiedliche Geister wie Walter Benjamin, Ernst Jünger, Norbert Elias, Carl Schmitt und Bertolt Brecht.[19] Die Faszination, die die höfische Verhaltenslehre des Gracián auf Intellektuelle der Zwischenkriegszeit ausgeübt hat, will ich anhand einer Forschungsarbeit erklären, die der Romanist Werner Krauss in den Jahren 1943 und 1944 im

[16] Zitiert nach Schwilk 1990.

[17] Jünger 1995.

[18] Taubes 1985, 12.

[19] Bolz 1990, 90.

Zuchthaus Plötzensee verfaßt und unter dem Titel *Graciáns Lebenslehre* 1947 publiziert hat. In extremer Lage, als Mitglied der Widerstandsgruppe ›Rote Kapelle‹ zum Tode verurteilt, versuchte Krauss, die höfische Lebenslehre vor dem finsteren Hintergrund der völkischen Ursprungsmythen und fundamentalistischen Lehren aller Art aufzuwerten und von dem amoralischen Verhaltenskanon des Satisfaktionstyps zu unterscheiden, in der er das Ergebnis einer verfehlten Nietzsche-Rezeption erkennt. Krauss rekonstruiert den humanistischen Horizont des »Handorakels« und preist in seiner Schrift die Vorzüge des Lebens in der Distanz, die provisorischen Haltepunke des Zivilisiertseins, und den Spielraum eines vorbürgerlichen Rationalitätstyps auf eine Art, die wir nur noch aus Norbert Elias' Schriften der dreißiger Jahre kennen.[20]

IV

Der Entwurf von Graciáns Lebenslehre, den wir bei Krauss finden, ist von der Erfahrungen der Diktatur und der ersten Jahre des Zweiten Weltkriegs geprägt.[21] Gracián erscheint als Ratgeber für ein Verhalten auf vermintem Gelände, auf dem man keinen Schritt tun darf, ohne vorher zu sehen, wo man den Fuß hinsetzt. Moral gibt keinen Kompaß an die Hand. Den inneren Regulator des »Gewissens« hat der Jesuit aus seiner persona entfernt. Aufmerksamkeit für das Verhalten der anderen avanciert zur zentralen Tugend. Inmitten allgemeiner Bedrohtheit, lernt Krauss bei Gracián, »reduziert sich die ganze Moral auf taktische Regeln«. Graciáns »Handorakel« verspricht Anleitungen für Situationen, in denen das Dasein »bodenlos« ist.

Unter den 300 Regeln von Graciáns »Handorakel« fallen Maximen auf, die sowohl zum Verhaltenskanon der satisfaktionsfähigen Gesellschaft gehört als den Kult der Sachlichkeit in der Weimarer Republik begleitet hatten:

> Nr. 52 »*Nie aus der Fassung geraten.* Ein großer Punkt der Klugheit, nie sich zu entrüsten. Es zeigt einen Mann von großem Herzen an: denn alles Große ist schwer zu bewegen. (...)«.

[20] Lethen 1994, 53-75.
[21] Krauss 1947.

> Nr. 129 »*Nie sich beklagen*. Das Klagen schadet stets unserm Ansehn (...)«.
> Nr. 155 »*Die Kunst, in Zorn zu geraten*. Wenn es möglich ist, trete vernünftige Überlegung dem gemeinen Aufbrausen in den Weg: und dem Vernünftigen wird dies nicht schwer sein. Gerät man aber in Zorn, so sei der erste Schritt, zu bemerken, daß man sich erzürnt: dadurch tritt man gleich mit Herrschaft über den Affekt an, jetzt messe man die Notwendigkeit ab, bis zu welchem Punkt des Zorns man zu gehn hat (...)«.
> Nr. 289 »*Nichts setzt den Menschen mehr herab, als wenn er sehn läßt, daß er ein Mensch sei* (...)«.[22]

Das Verbot des Rituals der Klage, die Disziplinierung der Affekte, die List der Anpassung, die Panzerung des Ich, die Reflexion des Verhaltens in einem Parallelogramm von Kräften, in diesen Verhaltensgeboten konnte sich ein Mann wie Werner Krauss – Kind der satisfaktionsfähigen Gesellschaft, dessen Studienzeit in das neusachliche Jahrzehnt fiel – wiedererkennen.

Im »Handorakel« entdeckt er eine Art der »Person«, deren Modernität ihn fesselt. Denn diese ist außengeleitet, weitgehend von Fremdzwängen bestimmt – und kennt doch ihren Freiheitsspielraum. Sie verfügt über keinen *inneren* Regulator des Verhaltens. Es ist ein Wesen, das der Orientierung durch äußere Signale bedarf. Die »persona« Graciáns kennt weder die »weltlose Innerlichkeit« des bürgerlichen Individuums noch die protestantische des Gewissens. Introspektion ist ihr Fall so wenig wie Gewissenserforschung. Die »persona« findet ihre Identität in der Verschränkung der Perspektiven zwischen dem Ich und dem alter ego. Sie entwirft ein zweckmäßiges Bild von ihrer Identität in der Fremdwahrnehmung der mit ihr Wetteifernden. Da ihre Mitwelt immer unversöhnlich ist, wirft ihr Spiegel der Person ein Bild realitätstüchtiger Selbsterkenntnis zu; denn es geht ums Überleben. Nur gespannte Wachsamkeit und die Bereitschaft, sich jederzeit aus Bindungen zu lösen, gewährleisten Mobilität. Darum soll sich die »persona« auf keine Eigenschaft festnageln lassen; Eigenschaftslosigkeit erhöht den Aktionsradius.

Graciáns »persona« ist ein Trennungskünstler männlichen Geschlechts. Alle »Idyllen«, wozu die Leidenschaft verführen könnte, sind, so heißt es, als »Fallen« zu meiden; zu viel Besitz ist »ein lästiges Gepäck«, sagt Gracián – nach Krauss. Denn: »Der Mensch hat eine Bestimmung: leben, d.h. sich bewegen.«

[22] Gracián 1954.

Diese Skizze der höfischen »persona« aus den Jahren 1943/44 steht im Bann der Menschenbilder, die die europäischen Avantgarden 1910 bis 1930 entworfen hatten. Eines ihrer reizvollsten Spiele hatte darin bestanden, die Stufenleiter der Herausbildung des Individuums bis in die Zeit der »Masken-Zivilisation« (Marcel Mauss) hinabzusteigen, in der sich der Mensch in Ritualen seine Person erstellt. Im Rückgriff auf den alten »persona«-Begriff des spanischen Jesuiten will Krauss die Idee einer wehrhaften Person gewinnen, die nicht in die lähmenden Ambivalenzen einer psychologisierenden Anthropologie verwickelt ist, aber gleichzeitig auch nicht dem »heroischen Amoralismus« Nietzsches zu frönen braucht.

Krauss übernimmt den Begriff der Person, den sein Lehrer Karl Vossler 1925 entworfen hatte:

> »Von der Maske oder Larve, vom Leib oder Gesicht, kurz vom Äußerlichen des Menschen ausgehend, zielt [der Begriff der »persona«; HL] auf unser innerstes, unveräußerliches Selbst. Man ist eine Person in dem Maße, wie man von der Rolle aus und durch Verwirklichung gerade dieser Rolle hindurch zu sich selbst kommt«.[23]

Es ist erstaunlich, daß sich drei Jahre später ein Entwurf der Sozialphilosophie auf diesen Ausgangspunkt des Romanisten beruft. Karl Löwith definiert in seinem Buch *Das Individuum in der Rolle des Mitmenschen* den Menschen »in der Seinsart der persona« als den einzelnen, der sich nur in der Mitwelt realisiert.[24] Diesen Gang des Gedankens setzt Krauss fort. Nur die Mitwelt ist das Medium, in dem sich die Affekte angemessen entwickeln können. Da diese Mitwelt immer unversöhnlich ist, muß sich die Aufmerksamkeit der Person auf ihre Repräsentation konzentrieren. Sie muß sich nach Wertgesetzen richten, von denen ihre Geltung abhängt. Die Folgen sind gravierend. Für die »persona« treten Sein und Schein nicht feindlich auseinander. Das führt zu einer Devise, der wir bei Norbert Elias wiederbegegnen werden: *Schein zivilisiert!*

Bei Krauss heißt es: »Das Sein bedarf des Scheins. Was nicht erscheint, bleibt außerhalb der Geltung. Dem Sein geschieht kein Abtrag durch den Zuwachs des Scheins, der im Gegenteil seinen Gehalt verdoppelt«.[25] Das Verhalten nach den Gesetzen der »Wahrscheinlichkeit« ausrichten heißt jetzt, der Wahrheit durch den Schein Geltung verschaffen.

[23] Vossler 1960, 16.
[24] Löwith 1928.
[25] Krauss 1947, 111.

Vier Merkmale dieser Gracián-Lektüre möchte ich hervorheben, bevor ich die Aufmerksamkeit wieder auf Elias lenke:

- Krauss nimmt mit Hilfe von Gracián eine Umwertung des Politikbegriffs vor. Er betont, daß das »Handorakel« keineswegs als Brevier höfischer Spielregeln auf das Territorium des spanischen Hofes beschränkt bleibt. Der Hof ist nur Modell, »Sammelplatz des gefährlichen Lebens« und »reizvolles Versuchsfeld« zugleich. Das Höfische ist das umfassende Lebensgesetz, die Form der Verbindlichkeit »zwischen allem Kreatürlichen«, das sich in Freund und Feind aufzuspalten droht und in Balance gehalten werden muß. Das Politische löst sich aus der Exklusivität der Staatskunst und wird zur Kunst der Unterscheidung, Grenzziehung und Verstellung, der jeder einzelne bedarf. Es gehört zur Kunst der »Verhaltenheit«, in der die Dämpfung der Affekte und die Respektierung der Distanz des anderen mit der Reflexion des Bewegungsraums einhergeht.
- Man findet bei Krauss (wie gleichzeitig bei Elias) den Widerhall der Skepsis, die die nachexpressionistische Generation mit ihren satisfaktionsfähigen Vätern teilte: Ungehemmte »Expression« sowie alle Diskursrituale der Entblößung, des Geständnisses und der »Aufrichtigkeit« sind verpönt. In solchen Torheiten konnte Krauss mit Gracián nur Formen der freiwilligen Selbstentwaffnung erkennen, die die Bosheit der Feinde provozieren.
- Auffällig ist die Aufwertung der Verstellung und Maskierung. Die lutherische Authentizitätsformel war an die Zerknirschung des Herzens, den freien Ausdruck des Schmerzes und den Anruf des Gewissens geheftet. In Graciáns Handorakel herrscht die Kunst der Weltklugheit und Diplomatie. Das Herz verlangt nach Distanz. Auch die Seele atmet, wie Plessner in der Nachfolge von Nietzsche wußte, »nicht ohne die kalte Luft der Diplomatie, ohne die Logik der Öffentlichkeit«.[26]
- Gracián verzichtet – Krauss zufolge – auf die Klage über den Verlust einer »authentischeren« Gemeinschaft. Nicht die Spur eines Kummers über die Entfremdung von einem »Ursprung«. Der Bewegungsspielraum jedes Menschen, der als Person agieren will, ist ohnehin »restlos entfremdet«; jenseits dieser Sphäre gibt es keinen Spielraum zivilisierter Existenz.

[26] Plessner 1981, 112.

V

Norbert Elias hätte die Vermutung, daß seine Erforschung langfristiger Prozesse von einem Verhaltensideal, das z.B. auch dem Gracián-Leser Krauss vor Augen stand, gesteuert werde, entschieden abgewehrt. Denn war seine Darstellung des Prozesses der Zivilisation nicht ein »Akt der Selbstdistanzierung«, weil in ihrem Rahmen jedes Handlungskonzept – somit auch das des Forschers – nur eine abhängige Variable der sozialen Figuration war? Mußte folglich seine Geltung nicht relativ sein? Läßt also der Relativismus des Verhaltens, das er den Etiketten- und Manierenbüchern vom 13. bis zum 18. Jahrhundert entnimmt, keine Idealisierung einer bestimmten Norm zu?

Elias' Arbeiten bedeuten in der Tat einen Akt der Distanzierung von der Annahme, daß das bürgerliche Selbst Endziel des Zivilisationsprozesses sein könnte. Seine Darstellung der höfischen Kultur entspricht einer Technik der Verfremdung: er will »das irreführende Menschenbild der Periode, die wir Neuzeit nennen, aus seiner Selbstverständlichkeit erlösen«.[27] Wenn der Prozeß weder einen Ursprung noch ein Telos, sondern nur eine »Verschiebung der Balance von Fremd- und Selbstzwängen« (Artur Bogner) kennt, so schließt das die Annahme nicht aus, daß er um das Ideal einer höfischen Kultur *kreist*. Elias' Zentralmetapher der »Figuration«, deren rituelle Beweglichkeit er mit dem Bild des »Gesellschaftstanzes« erläutert, ist schwer von der höfischen Kultur zu lösen. Mit dieser Metapher bewahrt Elias Distanz zu den »Massenornamenten« seiner Gegenwart. Er weiß, daß er eine gläserne Struktur vor Augen hat; deren Zerbrechlichkeit erhöht freilich ihre Attraktivität. An welchem Ort ließe sich Plessners Wahlspruch neusachlicher Anthropologie der zwanziger Jahre »Der Mensch ist von Natur aus künstlich« reizvoller vorführen als in der Exklusivität des Hofes im 17. Jahrhundert? »Kalte Kulturen«, in denen der Fortschritt einen historischen Moment lang in rituellen Wiederholungen eingefroren zu sein schien, haben die radikale Intelligenz des Interbellums fasziniert. In der höfischen Kultur schien ein Modell von »Gesellschaft« gefunden, das Plessner 1924 mit idealen Zügen ausgestattet hatte: als ein »System von Verkehrsformen«, das zwar durch Wertferne gezeichnet und von Feindseligkeit grundiert, aber mit wachsenden Spielmöglichkeiten für den einzelnen versehen war. In diesem System tritt der Mensch niemals in Rohform, sondern immer schon in einer Rolle auf, in der er sich in der Interaktion mit dem Fremden definiert.

[27] Elias 1977, LXIV.

Um die Reibungfläche mit den anderen zu verkleinern, muß der einzelne ein funktionierendes Gleichgewicht zwischen Vertrauens- und Mißtrauenssphären schaffen. Bei diesem Unternehmen entlasten ihn Zeremoniell und Prestige, Takt und Diplomatie. Es bedarf der virtuosen Handhabung von »Spielformen, mit denen sich die Menschen nahe kommen, ohne sich zu treffen, mit denen sie sich von einander entfernen, ohne sich durch Gleichgültigkeit zu verletzen«.[28] Stark ist laut Plessner, wer die Spielregeln (das einzige Sittengesetz der Gesellschaft) beherrscht.

Das ist wohlgemerkt keine Beschreibung des Verhaltenskodexes einer höfischen Gesellschaft, sondern das Wunschbild einer politischen Anthropologie, das 1924 in der Schrift *Grenzen der Gemeinschaft* entworfen wurde. Norbert Elias hat dieses Wunschbild wieder an seinen historischen Ort zurückgeführt. Damit konnte er den anthropologischen Anspruch des Wunschbilds von Gesellschaft relativieren, seine Geschichtlichkeit betonen und seinen Untergang angesichts des Dritten Reiches erläutern. Indem ich den zeitgenössischen Impuls, der Elias zu seinem liebevollen Bild eines vorbürgerlichen Rationalitätstyps angeregt hat, betone, historisiere ich sein Modell, um seine Aktualität in den zwanziger und dreißiger Jahren hervorzuheben.

Die Zeitgebundenheit seines Zivilisationsmodells entdecke ich in drei programmatischen Momenten seiner Schriften aus den dreißiger Jahren:

- Erstens in seiner *Abwehr der Gefühlskultur* der expressionistisch gestimmten Jugendbewegung, die er nicht nur mit der neusachlichen, sondern auch mit der Generation der Väter aus der »satisfaktionsfähigen Gesellschaft« teilt;
- zweitens in seiner *Aufwertung der »Zivilisation«*, die er gegen den traditionellen Kulturbegriff des deutschen Bürgertums wendet und mit der er den Satisfaktionstyp um seine Kompensationsmedien bringt;
- drittens in seinen *anthropologischen Prämissen*, die zur Relativierung des Menschenbilds vom »homo clausus« führen.

V.1

Elias beschreibt die Welt des 17. Jahrhunderts als eine Welt, in der fragile Inseln der Sekurität von Religionskriegen umbrandet werden. Der höfische

[28] Plessner 1981, 80.

Mensch muß sich an Verhaltensregeln halten, die ihn Nähe und Distanz einschätzen, Vertrautheits- von Feindeszonen trennen lehren. Er muß sich auf einem Terrain bewegen, auf dem jeglicher Freilauf des Gefühls mit sozialem Untergang bestraft werden kann. Diese Vorsicht gegenüber der Haltung der »eruptiven Echtheit« war freilich nicht nur Kennzeichen einer neusachlichen Generation gewesen, sie hatte schon den Habitus der Väter geprägt. Jetzt wird dieser Habitus allerdings ohne seine kulturellen Verbrämungen, gleichsam »nackt« vorgeführt. Die von Elias nicht ohne Sympathie geschilderte Haltung höfischer Personen verbündet sich mit der Skepsis einer Generation, für die – nach dem Scheitern des Revolutions-Expressionismus – Entblößung nur freiwillige Selbstentwaffnung heißen konnte. Sie vermied die Attitüde des schrankenlosen Alles-Heraus-Sagens und schloß sich Plessners Diktum an: »Aufrichtigkeit ist keine Richtschnur einander fremder Personen (...). Nach kurzem Zusammenprall müßte sich Weltraumkälte zwischen sie legen«.[29]

In höfischen Verhaltenslehren begegnete Elias einer verwandten Abwehr des ungehemmten Ausdrucks:

> »Eine Affektentladung ist in ihrer Dosierung schwer kalkulierbar. Sie deckt das wahre Empfinden des Betreffenden in einem Maße auf, das, weil nicht recht berechnet, schädlich sein kann; sie spielt den Gunst- und Prestigekonkurrenten vielleicht Trümpfe in die Hand. Sie ist schließlich und vor allem ein Zeichen von Unterlegenheit; und das ist gerade jene Lage, die der höfische Mensch am meisten von allen fürchtet. Der Konkurrenzkampf des höfischen Lebens zwingt so zu einer Bändigung der Affekte zu Gunsten einer genau berechneten und durchnuancierten Haltung im Verkehr mit Menschen«.[30]

V.2

Gegen die Hauptströmung des soziologischen Denkens, in dem die Bourgeoisie als Schöpfer der modernen Welt begriffen wurde, lenkt Elias das Augenmerk auf die »eigentümliche höfische Rationalität«,[31] in deren Medium sich zivilisiertes Verhalten entwickelt habe.

[29] Plessner 1981, 107.
[30] Elias 1969, 171.
[31] Elias 1977, Bd.2, 7.

In der höfischen Kultur findet er einen »Rationalitätstyp«, der in Vergessenheit geriet, weil er einerseits von der berufsbürgerlichen Ratio und andererseits vom Typus des innengeleiteten Subjekts der protestantischen Ethik überrollt wurde. Der Ort des frühen Zivilisationsschubs befindet sich allerdings außerhalb der deutschen Kulturgeschichte. Wie Plessner führt Elias das Unglück der dreißiger Jahre auf den historischen Mangel der deutschen Geschichte zurück, daß der entscheidende adelige Zivilisationsschub der Frühen Neuzeit in Deutschland in eine Epoche konfessioneller Kriege und des wirtschaftlichen Niedergangs gefallen sei. Erschließen Elias' Schriften der dreißiger Jahre einen Text-Raum, in dem das in Deutschland versäumte 17. Jahrhundert nachgeholt werden soll?

In Frankreich beobachtet Elias den Zivilisierungsschub, der an Deutschland vorbeigegangen zu sein scheint: »Man sieht, wie die aufsteigende mittelständische Intelligenz Frankreichs (...) im Zuge der höfisch-aristokratischen Tradition steht.« Das Verhalten und die Affekte des französischen Bürgertums werden »mit bestimmten Modifikationen im Sinne dieser Tradition modelliert«.[32] Selbst in revolutionären Zeiten sei, so Elias, die Intelligenzschicht des Bürgertums in Frankreich in ihrem ganzen Habitus an die höfische Tradition gebunden gewesen. Darin bestehe die große Differenz zum Kulturbürgertum der Deutschen.

Elias liefert Mitte der dreißiger Jahre die Psychogenese zu Plessners gleichzeitig entstehendem Konzept der »verspäteten Nation«. In seiner Aufwertung der »Zivilisation« verdunkelt Elias keineswegs die Brüchigkeit eines Begriffs, der die Gesamtheit menschlicher Tätigkeiten umfassen soll. Er benutzt ihn in der »Hellsicht der Oppositionellen« der französischen Aufklärung als Mittel der Gesellschaftskritik[33] und entdeckt aber schon in dieser Blütezeit des Begriffs sein Dilemma. Denn einerseits erführen die Menschen erst unter den Einwirkungen der unaufhaltsamen Industrialisierung, die nicht mehr als Ergebnis einer planvollen Lenkung begriffen werden könne, ihr gesellschaftliches *Dasein als Prozeß*, gleichzeitig solle aber der *Zustand des Zivilisiert-Seins* aufrechterhalten werden.

In dieser Situation habe der Landedelmann Mirabeau darauf aufmerksam gemacht, daß sich die »echte« Zivilisation in einem Kreislauf zwischen Barbarei und Dekadenz befinde. Es sei Sache einer aufgeklärten Regierung, diesen Automatismus so zu steuern, daß die Gesellschaft »*auf einer mittleren Linie*« bleibe. In den Schriften Mirabeaus entdeckt Elias die Problematik des

[32] Elias 1977, 61.
[33] Elias 1977, 55.

Zivilisationsbegriffs. Alles kommt auf die Balance an, die von einer imaginären Instanz, der reformfähigen Regierung, verbürgt werden soll. Denn im Selbstlauf der Zivilisation sind die Momente des Absturzes in die »Barbarei« enthalten, die »im Rhythmus der Krisenzyklen« immer von neuem auftauchen.[34] Das Pathos der »Zivilisation« meint also zwangsläufig immer »die halbe Bejahung und die halbe Verneinung des Bestehenden«, es zielt auf Reform.

Der Vorzug des Begriffs hatte darin gelegen, daß er im Gegensatz zum Kulturbegriff des deutschen Bürgertums nicht nur das Verhalten, sondern auch noch die Standards von Handel, Technik und Industrie umfassen sollte. Diese Aufwertung der Zivilisation wird in dem Maß problematisch, in dem der Selbstlauf der Industrialisierung als blinde Naturgewalt erkennbar wird. Will man den Begriff der Zivilisation in Ehren halten, liegt es folglich nahe, den Prozeß der Industrialisierung von dem Phänomen abzuspalten, den der Begriff meinen soll. Die Regeln des Zivilisiert-Seins können damit zwar normative Geltung beanspruchen, regulieren jetzt aber höchstens einen separaten Innenraum, in dem sie künstlich am Leben gehalten werden müssen, denn auf die Schubkraft der »Geschichte«, die der unreglementierten Industrialisierung überlassen scheint, können sie sich nicht mehr verlassen. Das Wissen um diesen Verlust nährt jetzt das Pathos derer, die Zivilisiertheit einklagen.

V.3

Menschen kommen »nur in Figurationen vor«! Mit diesem Grundsatz schließt Elias Werk der dreißiger Jahre an die in den zwanziger Jahren von Max Scheler und Helmuth Plessner begründete Strömung der philosophischen Anthropologie an, die mit der Betonung des prozessualen Wesens des Menschens erweitert werden: »Der Mensch ist ein Prozeß«.[35] Der Mensch ist nach Elias weder ein rationales noch ein triebbestimmtes Wesen, er kommt ohne genetisch angelegte Verhaltensregulative auf die Welt. »Weltoffen« muß sich sein Verhalten erst in den sozialen Beziehungsgeflechten, in die er hineingeboren wird, entwickeln. Auch die Struktur seiner Psyche, z.B. ihre

[34] Elias 1977, 57.
[35] Elias 1970, 127.

Aufgliederung in ein »Ich« des bewußten, ein »Es« des triebbestimmten und das »Über-Ich« des gewissenhaften Verhaltens verdankt sich relativ dauerhaften gesellschaftlichen Konstellationen der Neuzeit.[36] Mit diesen Überlegungen variiert Elias Grundsätze der philosophischen Anthropologie der Weimarer Republik, die Substanz- gegen Funktionsbegriffe ausgetauscht hatte, und in Helmuth Plessners Behauptung, der Mensch sei ein »Ensemble von Funktionen«, gipfelten.

Eine Skizze der Plessnerschen Anthropologie soll ein weiteres Mal unterstreichen, in welchem Ausmaß die historische Rekonstruktion der höfischen Gesellschaft von einem Menschenbild geprägt ist, das von der philosophischen Anthropologie der zwanziger Jahre in polemischem Widerspruch zu den kursierenden Ursprungsmythen und Dekadenztheorien entworfen worden war. Der Mensch wird, nach Plessner, in einer exzentrischen Position zu seiner Umwelt geboren. »Existenziell bedürftig, hälftenhaft und nackt« bedarf er der »Künstlichkeit« einer zweiten Natur, einer kulturellen Umwelt, um überleben zu können. Weil er sich nur in dieser Künstlichkeit verwirklichen kann, wird die Geschichte als ein Prozeß, in dem der Mensch fortwährend neue Sachstrukturen entwickelt, zum Medium seiner Existenz. Was in der Lebensphilosophie im Schreckbild der Entfremdungs-Kälte der Gesellschaft negativ besetzt war, erscheint bei Plessner in völlig neuem Licht. Ausschließlich im Medium des gesellschaftlichen Rollenspiels können sich die Triebregungen des Menschen auf menschliche Weise entfalten, nur die sozialen Konventionen verbürgen einen Ausdruck, der diskret genug ist, die Person zu schützen. Alle Äußerungen der Psyche unterliegen den Gesetzmäßigkeiten der symbolischen Ordnung der Sprache, der Öffentlichkeit und Institutionen.

Auch Elias' Polemik gegen den »homo clausus«, die die Einleitung seines Zivilisationsbuchs in der Fassung von 1968 beherrscht, kann sich auf die Entwürfe der philosophischen Anthroplogie der zwanziger Jahre stützen. Wenn der Mensch ein »Ensemble von Funktionen« ist, wird jede Vorstellung von einem »eigentlichen Kernselbst«, das sich in der »uneigentlichen« Sphäre der Gesellschaft behaupten soll, obsolet. Straßen, Sprachen, Plätze, elektrische Medien, Institutionen und Relationen aller Art dringen in das Haus der Psyche ein: die Kunst der Moderne erforscht diesen Prozeß. Für Elias begründet diese Wende erst die Möglichkeit der Soziologie. So lange sich der Begriff des Individuums mit der Selbsterfahrung des »Ich im geschlossenen Gehäuse« verbinde, könnten weder Strukturen der Gesellschaft

[36] Baumgart/Eichner 1991, 101-121.

noch soziale Prozesse verstanden werden, stellt Norbert Elias apodiktisch fest. Während in diesem Diktum noch das Echo der Polemik nachhallt, mit der sich eine neusachliche Generation gegen die »Innenkehrung« des Kulturbürgertums gewandt hatte, geht Elias einen entscheidenden – wissenssoziologischen – Schritt weiter. Er nimmt das Phantom des »Ich im verschlossenen Gehäuse« als Erfahrungstatsache ernst und untersucht seine Psychogenese. Elias führt das Empfinden einer »Wand«, die einen psychischen Innenraum von einer Außenwelt trennt, auf den Prozeß der Zivilisation selbst zurück. In dessen Verlauf wurden gewalttätige Fremdzwänge zunehmend durch Selbstzwänge ersetzt. Das Dazwischentreten der Selbstkontrollapparaturen, die spontane Impulse daran hinderten, sich direkt motorisch in Handlungen auszuleben, wird als Einkapselung eines Kern-Selbsts empfunden.

Da die Verwandtschaft der Konstruktion des Menschenbilds der »höfischen Gesellschaft« mit der der philosophischen Anthropologie der zwanziger Jahre ins Auge springt, ist es nützlich, die Differenzen zu betonen. Während Plessner in den Schriften *Grenzen der Gemeinschaft* (1924) und *Macht und menschliche Natur* (1931) den Mythos des einzelnen eher stärkt als schwächt, bleibt der einzelne im Konzept von Norbert Elias eine bewegliche Größe im »Geflecht« einer umfassenden »Figuration«. Während Plessner als Anthropologe den Anspruch erhebt, Aussagen über die »Natur des Menschen« zu machen (diese aber auffälligerweise in Bildern des »Duellsubjekts«, des, wie Elias sagen würde, »verhöflichten Kriegers«, bindet), betont Elias die historische Relativität dieses Menschenbildes. Er läßt als Konstanten nur die Merkmale gelten, die die Veränderbarkeit des Menschen ermöglichen. Es gelingt ihm so, auch die Geltung von Freuds Topographie der Psyche zu historisieren, indem er sie einer spezifischen Konstellation der Neuzeit zuordnet.

Erstaunlich nahe kommen sich der Anthropologe und der Kultursoziologe indessen in der Annahme, daß *Macht*, als in jeder Gesellschaft allgegenwärtiges Phänomen, zu den »Struktureigentümlichkeiten menschlicher Beziehungen« zu rechnen ist.[37] Den Wunsch nach einem *wehrhaften* »Rationalitätstyp« scheinen beide Denker mit dem Gracián-Forscher Krauss ebenso geteilt zu haben wie die Aversion gegen die Konstruktion eines »eigentlichen Menschseins«. Plessner will den Menschen als ein »Zurechnungssubjekt« der gewalttätigen Welt begreifen.

[37] Elias 1970, 77.

Man mag in der »Härte«, die beide Denker ihrem wehrhaften Typus abverlangen, Berührungspunkte mit dem Satisfaktionstyp erkennen. Diese Beobachtung kann aber doch nur darauf hinauslaufen, festzustellen, daß beide ihre Verhaltenslehren nicht für machtfreie Räume konzipiert haben. In der zivilen Gestalt des Wehrhaften tauchen notwendig Züge seines Gegenspielers auf. Es scheint nur um Schattierungen zu gehen, dabei geht es um einen Unterschied, der so wichtig ist wie die Luft zum Atmen.

Die Stärke der Zivilisationstheorie von Norbert Elias besteht paradoxerweise in einem *normativen Element*, das durch neue Faktensammlungen konkurrierender Kulturgeschichten wie die von Duerr nicht leicht entkräftet werden kann. Ich begreife sie als Verhaltenslehre, die im Zivilisationsprozeß einen offenen Möglichkeitshorizont entdeckt. Damit entfernte sich Elias von der Tradition der Kulturkritik – er bietet keine Ursprungsphilosophie, kein Dekadenz-Schema und keine Dialektik der Aufklärung, die von einem strukturellen Zusammenhang von Zivilisation und Barbarei ausgeht. Seine Theorie der Zivilisation kommt ohne den Begriff »Entfremdung« aus, den er höchstens als Pendant zum Phantasma des »homo clausus« gelten läßt. Sein Begriff der Zivilisation bietet heute noch ein Mittel sowohl gegen Gemeinschaftsdenken als auch gegen die Flucht in Innenräume einer »Kultur«, der es aufs äußerliche Verhalten nicht anzukommen scheint.

Die Person, die Elias vor Augen hat, kann sich nur in der Künstlichkeit der sozialen Figurationen verwirklichen. Denn diese fördern Möglichkeiten des Verhaltens zu Tage, die nicht im Innern der Person verbürgt sind, sondern in äußeren Formen an sie herangetragen werden. Ihre Freiheitsspielräume entfaltet sie im »entfremdeten« Raum der sozialen Distinktionen, die von Macht geprägt sind.

Literaturverzeichnis

Baumgart, R./Eichner, V. (1991): Norbert Elias. Eine Einführung, Hamburg.

Bolz, N. (1990): Auszug aus der entzauberten Welt. Philosophischer Extremismus zwischen den Weltkriegen, München.

Elias, N. (1970): Was ist Soziologie?, München.

Elias, N. (1977): Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt a.M.

Elias, N. (1989): Studien über die Deutschen, Frankfurt a.M.

Federn, P. (1919): Die vaterlose Gesellschaft, Wien.

Gracián, B. (1954): Handorakel und die Kunst der Weltklugheit, Stuttgart.

Jünger, E. (1995): Das abenteuerliche Herz (1. Fassung), Stuttgart.
Kracauer, S. (1990): Die Wartenden, in: ders., Schriften. Bd. 5.1, hrsg. von I. Mülder-Bach, Frankfurt a.M., S. 160-170.
Krauss, W. (1947): Graciáns Lebenslehre, Frankfurt a.M.
Lethen, H. (1994): Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen, Frankfurt a.M.
Lietzmann, H. J. (1995): Kriegerethos und Verfassungslehre. Karl Mannheims und Carl Schmitts Platz in Norbert Elias' »satisfaktionsfähiger Gesellschaft«, in: Rehberg, J. (Hrsg.), Norbert Elias und die Menschenwissenschaften, Frankfurt a.M.
Löwith, K. (1928): Das Individuum in der Rolle des Mitmenschen, München.
Plessner, H. (1921): Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht, Berlin.
Plessner, H. (1924): Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Bonn.
Plessner, H. (1981): Gesammelte Schriften Bd. V, Frankfurt a.M.
Salomon, E. von (1930): Die Geächteten, Hamburg.
Schwilk, H. (1990): Ernst Jünger. Leben und Werk in Bildern und Texten, Stuttgart.
Taubes, J. (1985): Der Fürst dieser Welt. Carl Schmitt und die Folgen, München u.a.
Vossler, K. (1960): Geist und Kultur in der Sprache, München.
Weber, M. (1922): Wissenschaftlichkeit als Beruf (Vortrag 1919), in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft, Tübingen 1968, S. 582-613.
Weber, M. (1985): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen.



Die Vermittlung von Denken und gesellschaftlichem Sein

Das gemeinsame Thema von Karl Mannheim und Norbert Elias in ihrer Heidelberger Zeit

Peter-Ulrich Merz-Benz

I

Der Sachverhalt erscheint gänzlich unspektakulär: Norbert Elias, ein siebenundzwanzigjähriger Doktor der Philosophie, trifft im Spätherbst 1924 aus Breslau kommend in Heidelberg ein, macht dort die Bekanntschaft des vier Jahre älteren Karl Mannheim und tritt mit diesem – nachdem die Aussicht auf eine Habilitation bei Alfred Weber sich zerschlagen hat und Mannheim 1926 Privatdozent geworden ist – in einen engen Arbeitskontakt, anfangs bloß im Rahmen von Mannheims Seminaren, später als dessen inoffizieller Assistent. Als Mannheim 1929 nach Frankfurt berufen wird, folgt ihm Elias, wobei er fortan offiziell als Mannheims Assistent tätig ist und – als Bestandteil seiner Anstellungsverpflichtung – auch über eine Habilitationszusage verfügt.[1] Beide beschäftigen sich in ihrer Heidelberger Zeit mit derselben Thematik: der gesellschaftlichen ebenso wie der geschichtlichen Gebundenheit, ja, Bedingtheit geistiger Gebilde; beide erweisen sich in der Behandlung dieser Thematik als wesentlich geprägt durch das erkenntnistheoretische Denken nach Maßgabe der Südwestdeutschen Neukantianer; und beide verfolgen in ihrem Bemühen, Seinsverbundenheiten und Seinsbedingtheiten auch dort noch freizulegen, wo bisher niemand sie vermutete, dasselbe auf das ureigenste Gebiet des Geistigen gerichtete aufklärerische Ethos. Der Kri-

[1] Zu den Mannheim und Elias betreffenden historischen und biographischen Angaben vgl. gesamthaft Wolff 1978, 286-289; Korte 1988, 91-132; Heerma van Voss/van Stolk 1990, 45-84; Elias 1990, 121-158.

stallisationspunkt all dieser Bemühungen ist Mannheims und Elias' Konzeption des Ideologiebegriffs, und in der Bestimmung dieses Begriffs nimmt Elias denn auch – das einzige Mal in seinem Werk – direkt auf Mannheim Bezug.

»Was ich wirklich wollte« – so hat Elias später seine bereits in der Heidelberger Zeit gefaßte Forschungsabsicht beschrieben –, »war den Schleier der Mythologien durchbrechen, der unser Gesellschaftsbild verhängt, damit die Menschen vernünftiger und besser handeln können; denn es war mir klar, daß [gerade das] Parteidenken den Blick auf die Dinge verstellt [gemeint ist das Parteidenken, wie es ihm damals im Heidelberger Universitäts-Milieu sowie den Diskussionen in der Stadt, an denen er intensiv teilhatte, zunehmend begegnete; M.-B]. Und so kam mir Mannheims zentrale These, daß alles Denken Ideologie sei, sehr entgegen. Er gab einem Gefühl, von dem ich ganz durchdrungen war, eine systematischere Form – dem Gefühl, daß alles, was ich las und in den Diskussionen hörte, voll war von Wunschträumen, Heilserwartungen und Stigmatisierungen. Daß wir [aber; M.-B.] ein Wissen von der Menschenwelt brauchen, das so realistisch wie möglich ist«[2] – ein Wissen, das – wie es hier sinngemäß zu ergänzen gilt – bezüglich seiner Seinsbedingtheit den höchstmöglichen Grad an Klärung aufweist. Der Zusatz Elias' läßt indes aufhorchen. Denn Elias hält gleichfalls fest: »An einem Punkt freilich bin ich schon früh über Mannheim hinausgegangen: während er bei der Ansicht steckenblieb, alles sei ideologisch, wollte ich zu einem Bild der Gesellschaft gelangen, das nicht ideologisch ist; und das habe ich auch erreicht«.[3]

In dieser Äußerung tritt nicht nur hervor, daß – und in welch prinzipieller Weise – Elias sich in seinem Verständnis der Seinsgebundenheit und Seinsbedingtheit menschlichen Denkens von der auf den gleichen Gegenstand bezogenen Auffassung Mannheims unterscheidet; sondern in dieser Äußerung scheint darüber hinaus auch die Problematik auf, welche für das Auseinanderklaffen der Ansichten Mannheims und Elias' selbst erst verantwortlich zeichnet und angesichts deren der anfängliche Eindruck eines akademischen Lehrer-Schüler-Verhältnisses sich auflöst. Mithin sind Mannheim und Elias derselben Thematik zugewandt und gehen bei deren Behandlung von denselben Denkvoraussetzungen aus – doch während Mannheim die wissenssoziologische Forschung als Ideologiekritik betreibt, richtet sich Elias' Forschungsabsicht auf eine rein empirische Feststellung und Klärung

[2] Heerma van Voss/van Stolk 1990, 49.
[3] Heerma van Voss/van Stolk 1990, 49f.

des den Ideologien zukommenden Wirklichkeitsgehalts. Mannheim strebt nach einer Freilegung dessen, was in jeder Ansicht der gesellschaftlichen und geschichtlichen Realität, in jedem geistigen Gebilde, in dessen Inhalten ebenso wie in der Aspektstruktur des Gedachten selbst, an Seinsbedingtheiten implizit mitgesetzt ist, als apriorische, die Autonomie der Sphäre der geistigen Gebilde aber nicht tangierende Bedingung der Wirklichkeitsauffassung. Elias dagegen versteht die Seinsbedingtheiten geistiger Gebilde explizit als reale Kausalverhältnisse zwischen dem Gedachten, darunter zuhöchst den Bedingungen von Wirklichkeitsauffassungen schlechthin, und der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit selbst; und sein Interesse geht gerade daraufhin, die vermeintlich autonom, für sich bestehenden geistigen Gebilde durch solche Kausalverhältnisse und damit ein – in seinem Sinne – »realistisches« Bild unseres »Wissens von der Menschenwelt« zu ersetzen. Mit einem Wort gesagt: Beschäftigt sich Mannheim mit der den geistigen Gebilden, den Ideologien, eigenen Strukturmerkmalen sowie den in ihnen ausgedrückten Seinsbedingtheiten, so sucht Elias die Ideologien als solche in ihrem Bestehen ursächlich zurückzuführen auf gesellschaftliche und geschichtliche Seinslagen und insofern auf ihren Realitätsgehalt zu reduzieren.

Ideologiekritik oder Ideologieklärung mittels empirischer Kausalforschung – in dieser Gegenüberstellung von Möglichkeiten der Thematisierung der Seinsbedingtheit geistiger Gebilde ist allerdings auch eine Problematik angelegt, welche über den Kontext der Auffassungen von Mannheim und Elias hinausweist. Denn tatsächlich begegnen wir in dem, worin sich die Auffassungen von Mannheim und Elias unterscheiden, nichts Geringerem als dem prinzipiellen Differenzpunkt bezüglich der Fortführung und Applikation neukantianischen Denkens in der Soziologie. Daß wir in unserer erkennenden Zuwendung zur gesellschaftlichen und geschichtlichen Realität in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen von den ebenfalls durch diese Realität vermittelten Kulturwerten und jedes Erkennen daher – nach der Art sowie nach den Inhalten der verwendeten Begrifflichkeiten – die logische Gestalt einer theoretischen Wertbeziehung besitzt und seinerseits zurückweist auf individuelle Wirklichkeitskontexte, ist ein Gedanke, den Max Weber aus der Geschichtslogik Heinrich Rickerts in die Soziologie eingebracht hat. Karl Mannheim und Norbert Elias sind in ihrer Thematisierung der Seinsbedingtheiten geistiger Gebilde diesem Gedanken unmittelbar verpflichtet, doch in je besonderer Weise. Beide denken ihn unter den von ihnen gesetzten Gesichtspunkten weiter, und was schlußendlich resultiert, ist die angezeigte Gegenüberstellung der Intentionen der Ideologiekritik und der »Entideologisierung«. Und folgerichtig heißt das Verstehen dieser Ge-

genüberstellung mitsamt der in ihr aufgehobenen allgemeinen Problematik die systematische Rekonstruktion der den Auffassungen von Mannheim und Elias je voranstehenden Denkwege. Richten wir unsere Aufmerksamkeit zunächst auf Elias, dann auf Mannheim und schließlich auf ihr gemeinsames Verhältnis zu Max Weber.

II

Der für Elias charakteristische Drang nach Aufdeckung realer Zusammenhänge hat seine Wurzel in dem von ihm 1922 in seiner Dissertation entwikkelten Begriff von Geschichtserkenntnis, genauer: dem Verfahren zur Konstitution der »spezifischen Bedingtheit des geschichtlichen Faktums«[4]. Unter Verwendung einer Vielzahl von Elementen aus der Philosophie seines Breslauer Lehrers und Doktorvaters Richard Hönigswald, insbesondere dessen in Abwehr von Einwänden Ernst Cassirers vorgenommenen Reflexionen zur Geschichtslogik Heinrich Rickerts, begreift Elias die Geschichtserkenntnis näherhin als einen dialektischen Prozeß, bestimmt durch die unendliche Aufgabe, der Mannigfaltigkeit des dahinfließenden Geschehens nach und nach immer mehr an Ordnung abzugewinnen.[5]

Allein »der Sinn, den ein Geschehen unter bestimmten Bedingungen in jemandes Erleben erhält«, macht dieses Geschehen zu einem »geschichtlichen«,[6] und so gewiß damit auch »das Subjekt des Erlebens, das Ich«, zum Stoff der Geschichte gehört,[7] so gewiß »bedingen« nur »diejenigen Erlebnisse [...] geschichtliche Fakten, die durch ihre Beziehung zu bestimmten Prinzipien vor allen übrigen ausgezeichnet sind«.[8] Behauptet Elias damit eine erlebnismäßige und mithin psychologische Konstitution geschichtlicher Fakten, so beruht seine gesamte diesbezügliche Argumentation doch auf der Hönigswaldschen Denkpsychologie und geht es ihm folglich nicht um psychologische Sachverhalte als solche, sondern um die sich in ihnen entäußernden Prinzipien. Erst als Erlebnis, das »bestimmten Prinzipien ge-

[4] Vgl. Elias 1924a, 3.

[5] Zur detaillierten Darstellung des Eliasschen Begriffs der Geschichtserkenntnis vgl. gesamthaft Merz-Benz 1996.

[6] Elias 1924a, 1.

[7] Elias 1924a, 1.

[8] Elias 1924a, 2.

horcht, hat das geschichtliche Ereignis ein Recht«, intersubjektive »Geltung zu beanspruchen«,[9] und ganz im Sinne Hönigswalds – und mittelbar auch Rickerts – werden dadurch die psychologisch motivierten Sinnbezüge über das »Niveau ›individueller Wünsche und Meinungen‹« hinausgehoben.[10] »Von allen Sinngebilden« gehören schließlich »nur diejenigen [...] dem System der Geschichte« an, »deren Geltungsanspruch sich bewährt«,[11] diejenigen, welche – nach dem Ausdruck Hönigswalds – verankert sind in einem »überpsychologischen und zeitlosen Faktor«;[12] allein von ihm aus kann bestimmt werden, ob ein Sinngebilde, entsprechend dem darin angestellten Geltungsbezug, tatsächlich auch inhaltlich, in seiner Konkretheit, als Bestandteil des Geschichtsgeschehens Bestand hat. In diesem überpsychologischen und zeitlosen Faktor oder, beziehungsreicher gesagt, dem Rickertschen Wertbegriff in seiner von Hönigswald aufgewiesenen Funktion, ruhen die Einheit ebenso wie die Gestaltung des Geschichtsbegriffs. Das Geschehen der Geschichte ist sein »Repräsentant«.[13]

Die zu bestimmende »spezifische Bedingtheit des geschichtlichen Faktums« besteht nunmehr darin, daß »jedes geschichtliche Faktum [...] als Sinngebilde, das Träger eines Geltungsanspruchs ist, gemäß einer Idee aus ›Gründen‹« – oder sachadäquater: Einzelursachen[14] – »hergeleitet sein muß«.[15] Unter Idee versteht Elias den Inhalt des vorausgesetzten Wertes, wogegen die Normativität die vom Wert aus an den Urteilenden ergehende Forderung bezeichnen soll. Die zentrale Schwierigkeit der so gegebenen Erkenntnissituation liegt im Umstand, daß die einmal bestimmten Gründe oder Einzelursachen, »ebenfalls Träger eines Geltungsanspruchs«, ihrerseits »hinter sich« zurückweisen »auf ein System relativ bestimmter Sinngebilde, aus denen wiederum sie selbst als Folgen hergeleitet worden sind«[16] – was mithin nichts anderes bedeutet, als daß die Bestimmung von Bedingtheiten des Einzelnen durch Einzelnes keinerlei Grenzen unterliegt, sondern so unerschöpflich ist wie die Mannigfaltigkeit des geschichtlichen Geschehens selbst. Um der Mannigfaltigkeit dieser Bedingtheiten dennoch eine Struktur – oder eben »Ordnung« – abzugewinnen, bleibt dem Erkennenden einzig

[9] Elias 1924a, 2.
[10] Vgl. Hönigswald 1912, 80f.
[11] Elias 1924a, 2.
[12] Vgl. Hönigswald 1912, 81.
[13] Vgl. Hönigswald 1912, 81; Elias 1924a, 1.
[14] Vgl. Elias 1924b, 16.
[15] Elias 1924a, 2.
[16] Elias 1924a, 2.

das Verfahren der fortdauernden Reflexion der zu den Grund-Folge-Verhältnissen ausgesprochenen Begründungsurteile, die fortdauernde dialektische Vermittlung von Bedingtheiten und dem durch sie Bedingten: jedes auf eine bestimmte Idee hin konstituierte Grund-Folge-Verhältnis weist über sich hinaus auf neuerliche Grund-Folge-Verhältnisse, was eine Revision der Geltungsgründe notwendig macht, auf die hin wiederum ein noch differenzierter geordnetes Grund-Folge-Verhältnis konstituiert zu werden vermag, u.s.f. Und gerade diesen Prozeß – einen Prozeß, dessen dialektische Gestalt allerdings nicht der Hegelschen Dialektik, sondern deren zeitgenössischen, von Siegfried Marck und Julius Stenzel unter methodischen Gesichtspunkten vorgenommenen Reformulierungen verpflichtet ist – bezeichnet Elias als den Konstitutionsprozeß des »Zusammenhangs geschichtlicher Tatsachen«; und die gesuchte »spezifische Bedingtheit des geschichtlichen Faktums« schließlich besteht in der »Funktion« der »Stellung« dieses Faktums »innerhalb des dialektisch bewegten Systems von Sinngebilden«,[17] kurz: in der Funktion des geschichtlichen Faktums als in seiner Herleitung bedingt durch Gründe, und in seiner Funktion als bedingt durch aus ihm sich ergebende Folgen.

Auf diese Bestimmung hin hat sich Elias allerdings in einem entscheidenden Begründungssachverhalt von der Philosophie Hönigswalds und damit einhergehend der Philosophie des Neukantianismus, ja sogar der Tradition der kantianischen Philosophie überhaupt, abgesetzt. Daß »die bestimmte einzelne Idee« als eine materiale »Bedingung der Anschauung« und mithin der Konstitution von Grund-Folge-Verhältnissen ebenso in die Erfahrung eingebunden ist wie jede gegenständliche Bestimmtheit und ihr folglich auch selbst der Status eines »geschichtlichen Begriffs« zukommt,[18] also auch sie zurückführt auf reale Ursachen, darin besteht zwischen Hönigswald und Elias noch durchaus Übereinstimmung. (Und auch Mannheim hätte dem Gedanken, wonach die Feststellung eines realen Grund-Folge-Verhältnisses als eine Feststellung von Tatsachen bedingt ist durch einen gleichfalls geschichtlich vermittelten Wert – einen Wert, der sich ausprägt in der Sichtweise des Betrachtenden –, wohl durchaus zugestimmt.) Indes geht Elias insofern noch sehr viel weiter als Hönigswald, als er auch die kategorialen Voraussetzungen der Erkenntnis, ja selbst noch – in den Worten Hönigswalds – »die Urteile, die für (die gegenständliche) Bestimmtheit verantwort-

[17] Elias 1924a, 3.
[18] Vgl. Elias 1924a, 3.

lich sind«,[19] und sogar den »Rechtsgrund« dieser Urteile: »das gegenständliche Geltung setzende Prinzip des Urteils«,[20] bloß als Teil des – von ihm so genannten – »gelernten Wissensgutes«[21] und folgerichtig als geschichtlich begreift – die transzendentallogische Erkenntnisbegründung so gleichsam in empirischer Forschungsarbeit, der Feststellung von realen Kausalbeziehungen zwischen den Erkenntnisvoraussetzungen und den vorfindlichen gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeitssachverhalten, aufgehen lassend. Verständlicherweise, weil in der Sache sich klar im Recht wissend, fand Hönigswald an dieser Leistung seines Schülers wenig Freude. Was folgte, war ein rund anderthalb Jahre währender Disput, im Zuge dessen Hönigswald Elias sogar zwang, in seine Dissertation einen entsprechenden Vorbehalt betreffend die übergeschichtliche Stellung der Idee des Geltungsprinzips einzufügen;[22] wäre dies nicht geschehen, hätte Hönigswald die Dissertation erklärtermaßen nicht akzeptiert.[23] Elias gehorchte zwar, wenn auch, wie er im nachhinein stets betonte, äußerst widerwillig und entgegen seiner Einsicht.[24] Immerhin aber deutete er die Situation insoweit richtig, als es ihm daraufhin als »aussichtslos« erschien, sich »bei Hönigswald wieder als Habilitationskandidat zu melden«.[25]

Am solcherart umstrittenen Verhältnis von Erkenntnistheorie und empirischer Forschung zeigt sich indes im folgenden auch eine erste entscheidende Differenz zwischen den wissenschaftlichen Standpunkten von Elias und Mannheim.

III

Mannheim nämlich betont einzig die erkenntnistheoretische Relevanz der wissenssoziologischen Forschung;[26] die starre Trennung von Erkenntnistheorie und Einzelwissenschaft, wie Mannheim sie für die Erkenntnistheorie überhaupt diagnostiziert, gilt es demnach zwar zu durchbrechen, indem die Seinsverbundenheit des Denkens aufrücken muß zum Mitkonstituens

[19] Hönigswald 1976, 152; die in Klammern stehende Einfügung stammt von mir; M.B.
[20] Hönigswald 1976, 152.
[21] Elias 1990, 120.
[22] Elias 1924a, 3.
[23] Vgl. Elias 1990, 120.
[24] Vgl. Heerma van Voss/van Stolk 1990, 45f.; Elias 1990, 120.
[25] Elias 1990, 120.
[26] Vgl. Mannheim 1929, 367; Mannheim 1931, 668ff.

auch der erkenntnistheoretischen Reflexionen, aber keineswegs soll wissenssoziologische Forschung die Erkenntnistheorie ersetzen. »Fundierende Überlegungen«, d.h. Überlegungen, welche sich im Rahmen der unbestreitbaren Strukturvoraussetzungen des erkenntnistheoretischen Argumentierens halten,[27] sind vielmehr auch für die Wissenssoziologie unentbehrlich.

Umgekehrt ist indes die wissenssoziologische Forschung selbst – wie eine systematische Analyse deutlich werden läßt – noch in ihrer ureigensten Argumentation der von Mannheim zuallererst im Bereiche der Erkenntnistheorie angewandten Strukturanalyse und damit zwangsläufig auch der Logik der Erkenntnistheorie unmittelbar verpflichtet.

Unter die Strukturanalyse der Erkenntnistheorie fällt für Mannheim – gemäß der von ihm in seiner entsprechend betitelten Dissertation von 1922 getroffenen Festlegung – prinzipiell die Erschließung der in jeder erkenntnistheoretischen Argumentation, ja, der erkenntnistheoretischen Argumentation überhaupt, stets implizit mitgesetzten Grundvoraussetzungen. Bei diesen Grundvoraussetzungen handelt es sich erklärtermaßen »nicht um vorangehende Gedanken, die das einzelne Subjekt zu Ende gedacht haben muß, sofern es einen Begriff versteht oder gar selbst bildet; sondern um Setzungen, die man sozusagen in Kauf nimmt, anerkennt, bejaht und mitmacht, indem man einen theoretischen Begriff überhaupt mit Sinn ausspricht oder irgendwie intendiert«.[28] Unverkennbar nimmt Mannheim hier Bezug auf den Strukturbegriff von Béla Zalai, vor allem aber die Erkenntniskritik der Südwestdeutschen Neukantianer, den von Rickert entwickelten und von Lask weiter verwendeten Begriff der apriorischen Erkenntnisvoraussetzung als dem in jeder unter Wahrheitsanspruch vorgebrachten Feststellung »immer schon« Mitgedachten.[29]

Bereits in seiner daraufhin vorgenommenen Analyse der Struktur der Denkweisen im Bereich der Erkenntnistheorie gelangt Mannheim zum Schluß, daß noch die Erkenntnistheorie selbst, mitsamt den ihr eigenen Systematisierungen,[30] im Grunde eine »Theorie der Erreichbarkeit, Realisierbarkeit«[31] von außer ihr selbst liegenden, wesentlich werthaften Voraussetzungen darstellt – Voraussetzungen, deren »Gegebenheitsweise« erst noch erschlossen werden muß.[32] Die zuletzt gestellte Aufgabe hat Mannheim

[27] Vgl. Mannheim 1922, 46ff.
[28] Mannheim 1922, 11.
[29] Vgl. Rickert 1904, 103ff.; Merz 1990, 120ff.; Lask 1923, 80ff.
[30] Vgl. Mannheim 1922, 76.
[31] Vgl. Mannheim 1922, 73.
[32] Vgl. Mannheim 1922, 78.

indes nicht mehr in Angriff genommen, doch die Prinzipien der Strukturanalyse wußte er dennoch weiter zu nutzen, indem er sie nunmehr – wie von ihm schon immer vorgesehen – nach ihren »historischen Verwendbarkeiten« einsetzte.[33] »Für das Verständnis eines einzelnen historischen Gebildes [wohlgemerkt eines geistigen Gebildes; M.-B.] ergibt sich« – so heißt es bereits in der *Strukturanalyse der Erkenntnistheorie* – »daß man zu seiner allseitigen Erklärung jeweils einen zeitlich bestimmten *Entstehungsgrund*, d.h. seinen Ort im jeweils aktuellen Lebenssystem, und einen zeitlos systematischen *Ursprung* in der überzeitlichen Systematisierung seiner Sphaere annehmen muß; man hat ein Gebilde nur dann erfaßt, wenn man auf beide dieser Voraussetzungen zurückgegangen ist«[34] – wenn man, beziehungsreicher gesagt, die hier vorgezeichnete Intention im Sinne der Wissenssoziologie weiterdenkend, ein Gebilde sowohl soziologisch als auch ideologisch interpretiert hat.[35] Und gerade auf die Frage nach dem zeitlich bestimmten Entstehungsgrund geistiger Gebilde hat Mannheim die Strukturanalyse fortan angewandt, indem er aufzuweisen suchte, was auch in einzelnen vorfindlichen Theorien und Denkweisen und näherhin deren »Aspektstruktur« – ja explizit der Qualität des in und mit dieser Struktur geleisteten Wissensaufbaus – an Seinsgebundenheiten, an letzten Vorgegebenheiten des Realen, stets implizit mitgesetzt ist.

Erst indem sichtbar gemacht wird, was in den geistigen Gebilden jenseits der bewußten Wahrnehmung ihrer Träger als Voraussetzung der Formierung von Wissen an Wertbedingtheiten, kollektiven Willenszusammenhängen mitsamt den dahinter stehenden Standortgebundenheiten ausgeprägt ist, zeigen sich die geistigen Gebilde als Ideologien. Und auf diese Weise betreibt Mannheim das Geschäft der kritischen Reflexion noch im Gewande der wissenssoziologischen Forschung. Es läßt sich zeigen, daß Mannheim bis 1933, also auch in denjenigen Entwicklungsphasen seines Werks, in welchen er sich von der Behandlung fachphilosophischer Fragen längst entfernt hat, in seiner wissenschaftlichen Argumentation noch immer in einem verpflichtenden Bezug zum Vorbild der Rickertschen und insbesondere der Laskschen Erkenntniskritik steht, wie überhaupt – auch was das Verständnis des Mannheimschen Denkens in seinen Einzelheiten angeht – sehr viel mehr Spuren auf die Erkenntnislogik der Südwestdeutschen Neukantianer zurückführen, als dies bisher bekannt geworden ist.

33 Vgl. Mannheim 1922, 35.

34 Mannheim 1922, 35.

35 Vgl. Mannheim 1926, passim; Mannheim 1931, 660f.

Vom Gesichtspunkt der Erkenntniskritik aus tritt überdies deutlich hervor, daß – entgegen einem oft geäußerten Vorwurf – Mannheim tatsächlich über die logischen Mittel verfügt, um zwischen einer relationistischen und einer relativistischen Betrachtung der Seinsgebundenheit von Theorien und Denkweisen zu trennen, während für Elias die Erschließung der Zusammenhänge von Ideen und durch sie bedingten geschichtlichen Sinngebilden samt und sonders aufgeht in soziologischer Forschungsarbeit. Denn auch die Ideen werden von Elias ja begriffen als »gelerntes Wissensgut«, als selbst in ihrer Entstehung ausschließlich bedingt durch die Wirkungszusammenhänge innerhalb der im Zeitstrom dahinfließenden Ereignisse; und mithin gerät Elias auch die Seinsrelativität als solche zu einer schlichten Regulationsform des geschichtlichen Geschehens selbst. Elias vertritt so – obgleich uneingestandenermaßen – tatsächlich einen geschichtslogischen Relativismus,[36] wobei er es allerdings vermocht hat, auf die von ihm zur Erfassung der Ordnung der Geschichte entwickelte dialektische Denkfigur seine gesamte Zivilisationstheorie zu begründen. Und damit wird auch deutlich, daß das Arbeitsergebnis der von Elias bereits 1922 verfaßten – und 1924 auszugsweise veröffentlichten – Dissertation, ein Ergebnis, das er – allen Streitigkeiten zum Trotz – wesentlich seinem Breslauer Lehrer Richard Hönigswald verdankt, nicht in die Vorgeschichte seines Werkes gehört, sondern vielmehr, zumindest in logischer Hinsicht, dessen Voraussetzung bildet. Mannheim seinerseits begründet die von ihm angestrebte Analyse der Geltung von Theorien und Denkweisen zwar ebenfalls auf dem Konstituens der Seinsrelativität, doch hält er sich – anders als Elias – die Möglichkeit einer rein logischen – und eben gerade nicht relativistischen – Reflexion der aufgewiesenen Zusammenhänge, die Möglichkeit der Ermittlung ihres beschränkten, weil lediglich durch die Hypostasierung von Faktizitäten gestifteten Objektivitätscharakters stets offen. Zusammenhänge von Denkweisen und gesellschaftlichen Seinslagen als solche in ihrer Seinsrelativität bestimmen zu können, bedingt die Bezugnahme auf eine Instanz, welche selbst nicht mehr relativiert zu werden vermag; und diese Instanz ist für Mannheim nichts anderes als die allein dem unbezweifelbaren Richtmaß der Vernunft verpflichtete erkenntniskritische Reflexion.[37] Und insofern erinnert Mannheim

[36] Vgl. hierzu gesamthaft Merz-Benz 1996, Kap. III.

[37] Dem steht auch keineswegs entgegen, daß nach der von der Wissenssoziologie gemachten »eigentümlichen Tatsachenbeobachtung« die Erkenntnistheorie keine »Fundamentalwissenschaft« darstellt, sondern »de facto stets nur als Rechtfertigung einer bereits daseienden oder gleichzeitig mit ihr aufkommenden Denkweise vorhanden [ist]«. Denn findet die Erkenntnistheorie auch »das Paradigma vorgegeben«, um sich in »ihre[r] gan-

in seinem wissenschaftlichen Denken – sicherlich vermittelt durch die gemeinsame Bezugnahme auf die Geschichtslogik Heinrich Rickerts – denn auch unmittelbar an Max Weber: insofern nämlich, als es Weber um die begriffliche Erfassung von Wertbedingtheiten zuhanden ihrer logischen Kontrollierbarkeit zu tun ist[38] – um einen Sachverhalt, welcher bei Mannheim unter dem Titel der »methodischen Beherrschbarkeit« wissenssoziologischer Zurechnungen steht.[39]

ze[n] Sicht an diesem Partialparadigma [zu orientieren]«, womit selbst »ihr Wahrheitsbegriff [sich als] Ausfluß dieser ex-post-Situation« erweist, so bleibt doch die erkenntniskritische Reflexion als solche, d.h. das, was den Aufweis einer einzelnen Erkenntnistheorie als »Substruktion, Rechtfertigungswissen« erst möglich macht, von jeglicher Relationierung unberührt (vgl. zu der Kritik Mannheims an der Erkenntnistheorie Mannheim 1929, 367). Tatsächlich sind – wie Mannheim an anderer Stelle festhält – die »fundierenden Überlegungen [von Erkenntnistheorie und Philosophie; M.-B.] unentbehrlich: denn wollte man auch prinzipiell gegen Erkenntnistheorie und Philosophie sein, so bliebe einem doch nichts anderes übrig, als sie eben in prinzipieller Weise anzugreifen; der prinzipielle Angriff selbst wäre aber, gerade indem er in die Fundamentalschicht einbräche, eo ipso von philosophischer Relevanz« (Mannheim 1931, 669). Mit einem Wort gesagt: wer gegen die Erkenntnistheorie als solche argumentieren wollte, verwickelte sich in einen performativen Selbstwiderspruch, um auf diese Weise – entgegen seiner Intention – das Kritisierte zu bestätigen. Mannheims Kritik an der Erkenntnistheorie oder, besser, die von ihm gegen die Erkenntnistheorie vorgebrachten Bedenken richten sich vielmehr auf etwas anderes. »Zu jedem faktischen Wissen gehört« – wiederum nach Mannheims eigenen Worten – »eben eine es begründende prinzipielle Schicht, die auch die fundierende Dignität in sich enthält, aber diese im *strukturellen Sinne zu verstehende Fundierungsposition* [fundierend im Sinne des Aufweises des in jedem faktischen Wissen implizit Mitgesetzten; M.-B] *darf nie in dem Sinne mißbraucht werden, daß man das in der Fundierungsintention liegende Primat als eine apriorische Sicherung für die in ihnen jeweils vorliegenden inhaltlichen Feststellungen verwendet*, als eine Hemmung im Wissensfortschritt, als ein Ausspielen apriorischer Gewißheiten gegen Einsichten, die aus faktischen Erfahrungen auftauchen« (Mannheim 1931, 669; zum Strukturaspekt in der Erkenntnistheorie vgl. erneut Mannheim 1922, 6ff., bes. 11 u. 13). Was Mannheim mit seiner Betonung der Relationalität erkenntnistheoretischen Wissens, des Wissens, dem in bezug auf das faktische Wissen »fundierende Dignität« zukommt, im Blick hat, ist demnach zum einen die Unterscheidung zwischen dem strukturellen und dem inhaltlichen Aspekt dieses Wissens sowie zum anderen – und wichtiger noch – die Rückgebundenheit respektive Relationiertheit der im erkenntnistheoretischen Wissen enthaltenen inhaltlichen Feststellungen an einen respektive mit einem bestimmten begrenzten Bereich faktischer Erfahrungen. Und nur gegen die Identifikation des inhaltlichen Aspekts mit dem strukturellen Aspekt des erkenntnistheoretischen Wissens, beziehungsreicher gesagt, gegen die Identifikation des inhaltlichen Aspekts mit der im strukturellen Aspekt begründeten apriorischen Sicherung, ist Mannheims Kritik an der Erkenntnistheorie letztlich gerichtet. Nur die Verabsolutierung einer einzelnen Erkenntnistheorie, eines an ein Partialparadigma gebundenen Rechtfertigungswissens zur Erkenntnistheorie schlechthin ist es, was er zurückweist – und dementsprechend nur die Verabsolutierung einer einzelnen (inhaltlichen) Wahrheit zur Wahrheit schlechthin.

[38] Vgl. Weber 1973, 507 u. 608f.; Merz 1990, § 14a.

[39] Vgl. Mannheim 1931, 659.

Exemplarisch und mithin am deutlichsten zeigt sich der zwischen den Denkansätzen von Mannheim und Elias bestehende Unterschied indes in Elias' Diskussionsbeitrag zu Mannheims Vortrag über »Die Konkurrenz auf dem Gebiete des Geistigen« vom Zürcher Soziologentag von 1928: Für Elias ist bekanntlich alles Denken Ideologie – und folgerichtig gilt es nach seiner Auffassung, wie es nunmehr beziehungsreicher heißen muß, alles Denken, sofern dieses nicht bestimmt ist in seiner zwingenden Bedingtheit durch den dialektischen Bewegungsablauf der Geschichte, als ein erklärtermaßen falsches Bewußtsein durch ein realistisches Bild, sprich: die es bedingenden Kausalverhältnisse zu ersetzen; in dieser von ihm so vehement verfolgten Intention gipfelt Elias' gesamtes aufklärerisches Ethos. Und so hielt Elias denn auch Mannheim – und mittelbar auch Alfred Weber – entgegen, daß »jeder von uns, ob er nun ›schöpferisch‹ ist oder nicht, *gezwungen* [ist], das Geschehen in Zeit und Raum in einer bestimmten Weise zu erleben, die nur der abendländischen Gesellschaft der neueren Zeit eigentümlich ist«[40] – das für ihn maßgebliche Verständnis der Seinsverbundenheit des Denkens schon damals deutlich herausstellend. Mannheim, für den mit der Akzeptanz der Seinsverbundenheit des Denkens keineswegs auch gleich die »im Geiste verankerte Möglichkeit zur ›Freiheit‹« hinfällig wird, sieht seine aufklärerische Intention, die von ihm angestrebte Zurückweisung »falscher Mystik«, demgegenüber einzig im Vorantreiben der »Rationalisierung« noch im Gebiete des Geistigen selbst[41] – im Aufweis von Seinsrelativitäten geistiger Gebilde als dem – im kantischen Sinne des Wortes zu verstehenden – Geschäft der Ideologiekritik. Mannheim anerkennt ausdrücklich – wie hervorgeht aus seiner Bejahung einer gleichfalls im Rahmen der Diskussion auf dem Zürcher Soziologentag an ihn gerichteten Frage Werner Sombarts –, »daß es eine Objektivität des Seins gibt« und »daß es eine Realität des Geistes gibt«,[42] und mithin wird der Begriff des »geistigen Lebens« von Mannheim – anders als Alfred Weber ihm dies vorhält – auch keineswegs auf »intellektuelle Kategorien« reduziert, ja, kommt in diesem Begriff das »geistig Schöpferische als Unterlage des Handelns«[43] vielmehr unverkürzt zur Geltung. Worauf Mannheim abzielt, ist vielmehr der Nachweis, daß noch in der Realität des Geistigen Seinsverbundenheiten sich ausprägen, als Bedingungen – nicht als Konstituentien mit Vollständigkeitsanspruch – selbst der für sich schöpferischen geistigen Akte. Und immer geht es Mannheim dabei

[40] Vgl. Elias 1929, 390.
[41] Vgl. Mannheim 1929, 369.
[42] Vgl. Sombart 1929, 377.
[43] Vgl. Weber 1929, 376.

um das Aufweisen des im Denken implizit Mitgesetzten, dessen, was bei jeder Zuwendung zur empirischen Wirklichkeit, jeder Tatsachenkonstitution immer schon mitgedacht ist. Darin findet seine aufklärerische Intention aber auch ihre Grenze. Denn was Mannheim nicht behauptet, und aufgrund seiner letztlich rein kritizistischen Argumentation auch gar nicht in den Blick zu nehmen vermag, ist ein zwischen den Denkweisen und den in ihnen, ihrer Aspektstruktur, sich ausprägenden Seinslagen bestehendes kausales Abhängigkeitsverhältnis. Gerade solchen kausalen Abhängigkeitsverhältnissen aber gilt das Interesse von Elias, Ideologie- und mithin Erkenntniskritik auf diese Weise ersetzend durch empirische Forschungsarbeit. Für Elias gerät jedes Erkennen, einschließlich des Aufweises seiner transzendentallogischen Voraussetzungen, zur Feststellung realer Kausalbeziehungen, Mannheim dagegen verfolgt eine erkenntniskritische Einstellung noch im Gewande der empirischen Forschungsarbeit.

IV

Inwiefern sind nun aber die Denkansätze der Mannheimschen Wissenssoziologie und der von Elias entwickelten dialektischen Konstitution von Geschichte Weiterführungen des sozial- und kulturwissenschaftlichen Erkenntniskonzepts von Max Weber? Bei Max Weber gehorcht die sozialwissenschaftliche Erkenntnis ihrer Logik nach der teleologischen Begriffsbildung, wie sie Heinrich Rickert methodologisch aufgewiesen hat als die Grundlage allen individualistischen und mithin geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisstrebens; und die logische Grundgestalt der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis ist daher diejenige der theoretischen Wertbeziehung. In materialer Hinsicht werden die erkenntnisleitenden Werte verkörpert durch die Kulturwerte, diejenigen Werte, auf welche die Konstitution der von uns allen geteilten Wirklichkeit letztlich zurückgeht. Die Konstitution dieser Wirklichkeit geschieht im sozialen Handeln, in ihm werden die Kulturwerte gleichsam realiter zur Anwesenheit gebracht. Und was die Handelnden dazu bringt, die Wirklichkeit auszuzeichnen als einen sinn- und werthaften Zusammenhang, sind die von ihnen verfolgten »Motive«; die Motive bilden die »sinnhaften Gründe« all ihres Tuns, wobei die Motive selbst nichts anderes darstellen als Entäußerungen der Kulturwerte. Diese Beziehung von Kulturwert, Motiv sowie sinn- und werthafter Wirklichkeit macht der Kultur- und

Sozialwissenschaftler zur Grundlage seines Erkenntnisverfahrens, und was sich ihm zeigt, ist die gesellschaftliche und geschichtliche Wirklichkeit nach ihrem eigenen Konstituiertsein.[44]

Dieser Gedanke einer sinn- und vor allem werthaften Wirklichkeitskonstitution wird auch von Mannheim aufgenommen, wobei er allerdings die bei Max Weber klar unterbestimmte Verbindung von Motiv und Kulturwert nunmehr zum eigentlichen Gegenstand der Forschung erhebt. Ist bei Weber, der bekanntlich in erster Linie an logischen Fragen interessiert war und daher über keine eigentliche Bewußtseinstheorie verfügt, noch pauschal die Rede von Werten, die in Motiven – in je wechselnden Reinheitsgraden[45] – gedacht werden, so erhält bei Mannheim der bewußtseinsmäßige Ausdruck dessen, was die Menschen in ihrem Handeln leitet, im Begriff der »Aspektstruktur« seine klare Fassung. »*Aspektstruktur* bezeichnet [...] die Art, wie einer eine Sache sieht, was er an ihr erfaßt und wie er sich einen Sachverhalt im Denken konstruiert. Aspekt ist also mehr als eine bloß formale Bestimmung des Denkens, bezieht sich auch auf qualitative Momente im Erkenntnisaufbau [...]«.[46] Und anders als Max Weber unterscheidet Mannheim dabei explizit zwischen inhaltlicher *und* formaler Ausprägung von Wertorientierungen im Bewußtsein, um dessen »kategoriale Apparatur« gleichfalls der Frage nach der Seinsbedingtheit zu unterwerfen.[47] In welcher Weise die Kulturwerte als ihrerseits ja erklärtermaßen gesellschaftlich und geschichtlich vermittelte realiter ausgeprägt sind und als in jeder Aussage über Wirklichkeitssachverhalte implizit mitgesetzte eine Voraussetzung der Bewußtseinstätigkeit darstellen, ist bei Mannheim Gegenstand der »ideologischen Interpretation«, des Aufweises der zeitlich bestimmten Entstehungsgründe geistiger Gebilde.[48] Mit diesem Forschungsansatz entgeht Mannheim zudem einer in der Rickertschen Geschichtslogik ebenso wie der Weberschen Sozialwissenschaft angelegten Gefahr: denn müssen die Kulturwerte, und das muß heißen: die Kulturwerte als konstitutive Grundlage der zu erfassenden gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeit, um der Forschung als erkenntnisleitende Werte dienen zu können, selbst erst aus der Wirklichkeit entziffert werden – mittels des von Weber benannten

[44] Vgl. gesamthaft Merz 1990, Teil II., bes. §§ 13 u. 14.

[45] Vgl. Weber 1973, 197; sowie Merz 1990, 394.

[46] Mannheim 1931, 662; zum Begriff der »Aspektstruktur« vgl. zudem Mannheim 1931, 662f.

[47] Vgl. Mannheim 1929, 358.

[48] Vgl. Mannheim 1922, 35; Mannheim 1926, passim; Mannheim 1931, 660f.

Verfahrens der »Wertinterpretation« oder »Wertanalyse«[49] –, so droht das gesamte Erkenntnisstreben zur Erkenntnis seiner eigenen Voraussetzungen zu werden. Für Mannheim besteht eine solche Gefahr indessen nicht, da der Aufweis und die Reflexion von Seinsrelativitäten geistiger Gebilde und mithin das Bedingtsein von Theorien und Denkweisen durch erklärtermaßen reale Sachverhalte – Sachverhalte, die in den »aktuellen Lebenssystemen« der Menschen ihren Grund haben – gerade die *primäre* Erkenntnisabsicht der wissenssoziologischen Forschung darstellt. Diese Absicht vermag von Mannheim fraglos erfüllt zu werden, und zwar in einer Form, welche als solche dem Vorwurf der Seinsrelativität entzogen ist; denn bekanntlich betont Mannheim lediglich die erkenntnistheoretische Relevanz der wissenssoziologischen Forschung, um sich die Möglichkeit einer rein logischen, selbst nicht relativistischen Reflexion der aufgewiesenen Zusammenhänge nach wie vor offen zu halten.

Führt Mannheim dergestalt den Weberschen Gedanken einer kulturwissenschaftlichen Erkenntnis in einem bedeutenden Punkte weiter, so steht er in anderer Hinsicht doch entscheidend hinter Weber zurück: insofern nämlich, als die Konzentration auf die Seinsrelativität geistiger Gebilde für ihn die Konsequenz hat, gemessen an Weber und dem von diesem mit dem Zusammenhang von Kulturwert, Motiv sowie sinn- und werthaft konstituierter Wirklichkeit bezeichneten Problemhorizont nurmehr mit einer Teilfragestellung befaßt zu sein. Die Verantwortung für diese Einschränkung liegt wesentlich im Umstand, daß Mannheim gegen Rickert – aber auch gegen Weber –, doch mit Lask in seiner wissenschaftlichen Argumentation den Begriff der praktischen Vernunft und damit einhergehend die Unterteilung der Welt in eine Sphäre des Seins und eine Sphäre des Geltens aufgibt zugunsten der reinen Erkenntniskritik. Selbstverständlich führt auch Lask – als Schüler Rickerts – den »Wert« als einen Grundbegriff seiner Erkenntnistheorie, um im »Wert« aber nicht mehr zu sehen als die in jedem Erkennen mitgesetzte implizite Voraussetzung, ohne die die am jeweiligen realen Gegenstand haftende und diesen mitkonstituierende Form in ihrer Ganzheit nicht denkbar ist. Der Wertbegriff und die von ihm bezeichnete Sphäre des Geltens gehen für Lask gleichsam auf in der Immanenz des Erkennens selbst; und mitnichten sind sie mehr ein dem Erkennen als etwas Eigenständiges vorgeordnet.[50] Und in derselben Weise erscheint bei Mannheim die Seinsrelativität, verstanden als Ausdruck wertbedingten Wollens

[49] Vgl. Weber 1973, 122ff. u. 252ff.; sowie Merz 1990, § 16.
[50] Vgl. Lask 1923, 45ff. u. 97ff.

im Geistesleben,[51] lediglich als ein Konstituens der je einzelnen Denkweisen und bewußtseinsmäßig ausgeprägten Aspektstrukturen.

In einem gänzlich anderen Verhältnis zum Weberschen Konzept einer kulturwissenschaftlichen Erkenntnis steht der Forschungsansatz von Norbert Elias. Wie Karl Mannheim – und anders als Max Weber – verfügt auch Elias über keine ausgearbeitete Handlungstheorie – zumindest nicht in seiner Breslauer und Heidelberger Zeit; indes ist – nunmehr im Unterschied zu Mannheim – der Gedanke einer sinnhaft konstituierten Wirklichkeit – vermittelt durch Hönigswalds denkpsychologische Fassung der Konstitutionstheorie von Rickert – in seinem Denken doch nachweisbar vorhanden. Einzig »der Sinn, den ein Geschehen unter bestimmten Bedingungen in jemandes Erleben erhält«, macht bekanntlich Elias zufolge dieses Geschehen zu einem »geschichtlichen«.[52] Und mithin wird bei Elias der bei Weber vorgezeichnete Problemhorizont denn auch keineswegs eingeschränkt – wenngleich, wie hinzuzufügen ist, die einzelnen Elemente dieses Problemhorizonts: der (Kultur-)Wert, das Motiv sowie die sinn- und werthaft konstituierte Wirklichkeit, verglichen mit ihren Weberschen ›Vorbildern‹ doch einen geringeren Grad der Ausarbeitung besitzen. Was bei Elias aber zu verzeichnen ist, ist die Übertragung dieses gesamten Problemhorizonts: seiner Elemente, der zwischen den Elementen bestehenden Beziehungen, ja, selbst noch der dazugehörigen werttheoretischen und erkenntnislogischen Voraussetzungen, in einen realwissenschaftlichen Kontext – einen Kontext, wie er ausschließlich das Objekt der Kausalforschung bildet. Dadurch erhält die Konzeption einer wert- und ideengeleiteten Erkenntnis zwar ihre bei den Neukantianern weitgehend verlorene empirische, konkrete, geschichtliche und faktische Seite vollumfänglich zurück, doch um den Preis eines geschichtslogischen Relativismus. Was bei Elias als Begründung seines Erkenntniskonzepts übrigbleibt, ist das selber nicht mehr logisch begründbare Ethos des schlichten ›Es-einfach-tun-Müssens‹, des schlichten Beharrens auf der dialektischen Methode der Konstitution von Grund-Folge-Verhältnissen als der einzigen Möglichkeit, dem gesellschaftlichen und geschichtlichen Geschehen eine für den Menschen durchschaubare Ordnung abzugewinnen.

Beiden, Mannheim und Elias, geht es um die wissenschaftliche Bewältigung des »Hineinragens« der gesellschaftlichen und geschichtlichen Realität in das Denken der Menschen, die wissenschaftliche Erfassung der Bedingtheit der Denkweisen und der Kategorialapparatur des Bewußtseins durch

[51] Vgl. Mannheim 1929, 350ff.

[52] Elias 1924a, 1.

gesellschaftliche Seinslagen; und beide sind in ihren diesbezüglich entwickelten Erkenntniskonzepten noch unmittelbar dem Geist der Heidelberger Sozialwissenschaft und Philosophie aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verpflichtet. Doch obschon demselben Problemsachverhalt zugewandt, sind sie in ihrem Denken durch Welten getrennt.

Literaturverzeichnis

Elias, N. (1924a): Idee und Individuum – Ein Beitrag zur Philosophie der Geschichte. Auszug aus einer Schrift zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Philosophischen Fakultät der Schles. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau.

Elias, N. (1924b): Idee und Individuum. Eine kritische Untersuchung zum Begriff der Geschichte, Breslau (Phil. Diss).

Elias, N. (1929): Beitrag zur Diskussion über Leopold von Wieses Vortrag »Die Konkurrenz, vorwiegend in soziologisch-systematischer Betrachtung« sowie Karl Mannheims Vortrag »Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen«, in: Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen, S. 110-111; zit. nach dem Wiederabdruck in: Meja, V./Stehr, N. (1982), S. 388-390.

Elias, N. (1990): Notizen zum Lebenslauf, in: ders., Norbert Elias über sich selbst. Frankfurt/M., S. 107-197.

Heerma van Voss, A.J./van Stolk, A. (1990): Biographisches Interview mit Norbert Elias, in: Elias, N., Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt/M., S. 7-105.

Hönigswald, R. (1912): Zur Wissenschaftstheorie und -systematik. Mit besonderer Rücksicht auf Heinrich Rickerts »Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft«, in: Kant-Studien, 17, S. 28-84.

Hönigswald, R. (1976): Geschichte der Erkenntnistheorie (Unveränderter reprografischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1933), Darmstadt.

Korte, H. (1988): Über Norbert Elias. Das Werden eines Menschenwissenschaftlers, Frankfurt/M.

Lask, E. (1923): Die Logik der Philosophie und die Kategorienlehre, in: Lask, E., Gesammelte Schriften. Hrsg. von Eugen Herrigel. II. Band, Tübingen, S. 1-282.

Mannheim, K. (1922): Die Strukturanalyse der Erkenntnistheorie. Kant-Studien, Ergänzungsheft Nr. 57, Berlin.

Mannheim, K. (1926): Ideologische und soziologische Interpretation der geistigen Gebilde, in: Jahrbuch für Soziologie, 2, S. 424-440; zit. nach dem Wiederabdruck in: Meja, V./Stehr, N. (1982), S. 213-231.

Mannheim, K. (1929): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen, in: Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen, S. 35-83; zit. nach dem Wiederabdruck in: Meja, V./Stehr, N. (1982), S.325-370.

Mannheim, K. (1931): [Artikel] Wissenssoziologie, in: Handwörterbuch der Soziologie, hrsg. von Alfred Vierkandt, Stuttgart, S. 659-680.

Meja, V./Stehr., N. (Hrsg.) (1982): Der Streit um die Wissenssoziologie. Erster Band: Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie, Frankfurt/M.

Merz, P.-U. (1990): Max Weber und Heinrich Rickert. Die erkenntniskritischen Grundlagen der verstehenden Soziologie, Würzburg.

Merz-Benz, P.-U. (1996): Richard Hönigswald und Norbert Elias – Von der Geschichtsphilosophie zur Soziologie, in: Orth, E.W./Aleksandrowicz, D. (Hrsg.), Studien zur Philosophie Richard Hönigswalds. Studien und Materialien zum Neukantianismus, Band 7, Würzburg, S. 180-204.

Rickert, H. (1904): Der Gegenstand der Erkenntnis. Einführung in die Transzendentalphilosophie. 2., verb. und erw. Aufl., Tübingen/Leipzig.

Sombart, W. (1929): Beitrag zur Diskussion über Leopold von Wieses Vortrag »Die Konkurrenz, vorwiegend in soziologisch-systematischer Betrachtung« sowie Karl Mannheims Vortrag »Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen«, in: Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen, S. 92-96; zit. nach dem Wiederabdruck in: Meja, V./Stehr, N. (1982), S. 376-380.

Weber, A. (1929): Beitrag zur Diskussion über Leopold von Wieses Vortrag »Die Konkurrenz, vorwiegend in soziologisch-systematischer Betrachtung« sowie Karl Mannheims Vortrag »Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen«, in: Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich, Tübingen, S. 88-92; zit. nach dem Wiederabdruck in: Meja, V./Stehr, N. (1982), S. 371-376.

Weber, M. (1973): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 4., erneut durchgesehene Aufl., hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen.

Wolff, K.H. (1978): Karl Mannheim, in: Klassiker des soziologischen Denkens. Zweiter Band: Von Weber bis Mannheim. Hrsg. von Dirk Käsler, München, S. 286-387 (Haupttext), 489-497 (Bibliographie) u. 545-565 (Anmerkungen).

»Kann man leben von seinem Genie?«*

Alfred Sohn-Rethel in Heidelberg

Carl Freytag

1. Von der Chemie zur Nationalökonomie

»Es ist schwer, verstanden zu werden: besonders wenn man gangasrotogati denkt und lebt, unter lauter Menschen, welche anders denken und leben ...«[1]

1.1 Darmstadt – Heidelberg – München – Berlin

Alfred Sohn-Rethel, geboren 1899, einer weitverzweigten Künstlerfamilie entstammend, schrieb sich nach der Schule zum Sommersemester 1917 in Darmstadt als Chemiestudent ein. Man hatte beschlossen, er solle später in die »Agfa« eintreten, die unter der Leitung des entfernten Cousins Franz Oppenheim stand. Die Mutter war dort eigens mit dem Sohn vorstellig geworden, um die Zukunft zu sichern, wollte man doch alles, nur keinen weiteren brotlosen Maler in der Familie – und natürlich schon gar keinen Philosophen. Es kam anders: »In Darmstadt erfuhr ich, daß es in Heidelberg einen Ökonomieprofessor aus Wien gäbe: Emil Lederer, ein Austromarxist. Das war für mich das Entscheidende, weil ich ja damals angefangen hatte mit Marx. Darauf habe ich mich in Darmstadt exmatrikuliert und mich für

*Benjamin 1972b, 685. Die Antwort bei Walter Benjamin lautet: »Nie!«

[1] Nietzsche 1980a, 45; vgl. auch 1980b, 175; »gangasrotogati« (Sanskrit) = wie der Strom des Ganges dahinfließend.

das noch laufende Sommersemester in Heidelberg für Nationalökonomie und Philosophie eingeschrieben.«[2]

»Das Studium war innerhalb einer Art Krüppelgarde von Studenten, alles andere war doch eingezogen.«[3] Sohn-Rethel selbst war aufgrund eines Gutachtens vom Militärdienst zurückgestellt und verkehrte, pazifistisch gesinnt, in Ernst Tollers *Kulturpolitischem Bund der Jugend Deutschlands*, wo man von den »Alten« Rettung und Weisung erhoffte und nach Taten drängte: »Die Jugend klammert sich an Max Weber, seine Persönlichkeit, seine intellektuelle Rechtschaffenheit zieht sie an. ... Tagelang wird geredet, diskutiert, draußen auf den Schlachtfeldern Europas trommelt der Krieg, wir warten, warten, warum sprechen diese Männer nicht das erlösende Wort ... ?«[4] Die Gruppe flog im Winter 1917/18 auf – Toller ging nach München, Sohn-Rethel ebenfalls.

Das Studium in München blieb eine kurze Episode, denn im Juni 1918 wurde Sohn-Rethel dann doch noch zum Heer eingezogen. Nach sechs Monaten als Schreiber in einem Reservelazarett wurde er wieder Zivilist: ohne Orden und Ehrenzeichen, versehen mit einem »Entlassungsanzug« und 50 Mark Entlassungsgeld.[5]

Eine andere Unterbrechung des Heidelbergaufenthalts führte ihn 1919 nach Berlin,[6] Ernst Cassirer las dort Philosophie: »Bei Cassirer ist mir, wie bei Kant, die Frage nach der Synthesis aufgetaucht, aus der die vorgegebenen Kategorien für die naturwissenschaftliche Erkenntnis sich bilden. Und hier handelt es sich um eine Synthesis, die aus dem Tauschverkehr entsteht, ... die dann das Fundament und den Formalismus des gesellschaftlichen Fundaments ausmacht. Für mich hat sich das ziemlich bald verquickt: diese Vorstellung Kants von der transzendentalen Synthesis der Erkenntnis und meine Vorstellung einer gesellschaftlichen oder ökonomischen Synthesis für die

[2] Sohn-Rethel 1/B (die so nachgewiesenen Zitate entstammen Gesprächen, die Sohn-Rethel 1989 und 1990 mit dem Verfasser geführt hat).

Sohn-Rethel meldete sich am 7.6.1917 in Heidelberg an und am 21.3.1929 (zum letzten Mal) ab. Er lebte etwa die Hälfte der elfeinhalb Jahre in Heidelberg, eingeschrieben war er im Sommersemester 1917, Wintersemester 1917/18, Wintersemester 1919/20, Sommersemester 1920 und vom Sommersemester 1922 bis zum Sommersemester 1924.

[3] Greffrath 1979, 252.

[4] Toller 1990, 67.

[5] Kriegsarchiv München, KrStR 20203. Nicht weit entfernt von Sohn-Rethels »Arbeitsplatz« lag der Soldat Max Horkheimer im Spital und kurierte (u.a.) den Blinddarm. Es kam zu keiner Begegnung.

[6] Sohn-Rethel war in Berlin im »Zwischensemester« 1919, Sommersemester 1919 und vom Wintersemester 1920/21 bis zum Wintersemester 1921/22 eingeschrieben.

Vergesellschaftung.«[7] Nach Berlin zu gehen hatte auch ökonomische Gründe: Es war dort leichter, Geld zu verdienen. Als Propagandist und Steuerberater erklärte Sohn-Rethel kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden die Finanzgesetze Erzbergers, den »geheimen Zusammenhang zwischen dem Maß der Güter und dem Maß des Lebens« und »ein wolkenloses Reich der vollkommenen Güter, auf die kein Geld fällt.«[8]

1.2 Heidelberg: Suche nach dem Transzendentalsubjekt

Das »Reich der vollkommenen Güter« blieb verdeckt durch das Reich der Waren. Zu dessen Studium war Sohn-Rethel im Sommer 1922 wieder nach Heidelberg zurückgegangen. Die Heidelberger Universität war auch nach dem Krieg von Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links geprägt, die »johlenden Korpsstudenten« wurden zahlreicher, »auch vor der Universität, auf dem Platz, da massierten die sich und machten diesen wahnsinnigen Tumult, all diese Deutschnationalen, Deutschvölkischen, und Nationalsozialistische waren auch schon dabei. Das war wirklich wie eine faschistische Hammelherde.«[9]

An Versuchen der »Linken« gegen diese »faschistische Hammelherde« fehlte es nicht. So war Leo Löwenthal 1920 Generalsekretär einer Gruppe, die sich *Deutscher Sozialistischer Studentenbund* nannte. Ein kurzlebiges Projekt: »Es dauerte nicht lange – das Geld ging bald aus!«[10] Löwenthal schildert die Lage der Linken als »so eine Art freischwebende Intelligenz, nicht im Mannheimschen Sinne, sondern in dem einer verallgemeinerten revolutionären Haltung. ... Wir waren radikale Nonkonformisten.«[11] Sohn-Rethel wirkte 1922 an der Gründung eines *Sozialistischen Bunds* parteiloser, sozialdemokratischer und kommunistischer Studenten mit, der »seine Färbung nicht durch Titel und Programm, sondern durch seine tagtägliche Arbeit bekommen« wollte. Mitbegründer waren (u.a.) Henry Goverts, Theo Haubach, Carlo Mierendorff und Carl Zuckmayer.[12] In heftigster Konkurrenz

[7] Binder 1979.
[8] Benjamin 1972a, 139.
[9] Greffrath 1979, 255.
[10] Löwenthal 1980, 41.
[11] Ebd., 46f.
[12] Universitätsarchiv Heidelberg, B-8412/12. Die Namen Haubach und Mierendorff finden sich später in den »Sistiertenkladden« von Polizei und Gestapo wieder. Haubach

zum *Bund* stand eine *Sozialistische Studentengruppe*, die Kämpfe wurde am Schwarzen Brett ausgetragen und gekämpft wurde natürlich auch in den nächtlichen Gassen Heidelbergs: mit Korpsstudenten, die von ihren Saufgelagen kamen und um ihre Kopfbedeckung, die »Tönnchen« bangen mußten.

In der Welt der Heidelberger Salons verkehrte Sohn-Rethel nicht, nur im »Soziologen-Klub«, der sich unter Alfred Weber im Hotel Schrieder traf, tauchte er gelegentlich auf. Zuckmayer berichtet: »Die intelligentesten Persönlichkeiten der studentischen Jugend gehörten zu diesem Kreis, ich erinnere mich ... an den unheimlich gescheiten Alfred Sohn-Rethel, der mit kaum zwanzig an einem Werk über die Gnosis arbeitete.«[13] In einer Gegenwelt zu den Philosophen, Soziologen und Nationalökonomen wartete man »auf Propheten, die Luft ist voll von kleinen und großen Propheten. Der eine schwört auf Steiner, der andere auf Spengler. Es gibt Blüher, Kayserling, Zentren, die ganze Kulturen reformieren, es gibt die Apostel Wynekens und Georges.«[14] Damit hatte Sohn-Rethel noch weniger zu tun und auch vielen der Vorlesungen, die seine Belegbögen dokumentieren, blieb er fern.[15]

Wichtig wurden für Sohn-Rethel in Heidelberg eine Reihe von Begegnungen: Ernst Bloch, der schon von 1911 bis 1914 dort gelebt hatte, war auch in den zwanziger Jahren häufiger Gast und traf sich mit Sohn-Rethel zu Kirschwasserproben und Odenwaldwanderungen. Er schenkte ihm sein neues Buch *Geist der Utopie* mit der Widmung »Herrn Sohn-Rethel mit aufrichtig guten Wünschen, Heidelberg 21.7.20«.

Eng war die Beziehung zu Alfred Seidel:[16] »Es gab eigentlich nur einen, mit dem ich wirklich im Gespräch war, das war Alfred Seidel. Obwohl er mir an und für sich in der Theorie nicht geholfen hat, war er doch ein außerordentlich guter Freund und sehr lebendiger geistiger Mensch, der selbst eine eigentümliche Position einnahm, ebenfalls vollkommen isoliert.

(1896-1945, ermordet in Plötzensee): am 19.5.36 verhaftet wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Mierendorff (1897-1943): am 16.12.37 zum wiederholten Mal verhaftet wegen »Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat« (Bundesarchiv Koblenz, R 58/742, Sistiertenkladden 52 und 53). Von der Arbeit des *Bunds* sind keine Spuren vorhanden.

[13] Zuckmayer 1966, 302. An einem »Werk über die Gnosis« hat Sohn-Rethel allerdings nie gearbeitet.

[14] Mannheim 1985b, 81.

[15] Er hatte u.a. Veranstaltungen bei Emil Lederer (*Probleme der Sozialisierung*, *Theorie des Marxismus*), Alfred Weber (*Praktische Volkswirtschaftslehre*, *Soziologische Übungen*) und Eberhard Gothein (*Allgemeine Wirtschaftsgeschichte*) belegt.

[16] Alfred Seidel (1895-1924), Verfasser von *Bewußtsein als Verhängnis* (posthum 1927).

... Er sagte: ›Leben kann man nicht mit Bewußtsein, sondern das Bewußtsein zerstört das Leben‹«.[17]

Walter Benjamin hatte im Sommer 1921 in Heidelberg wegen einer Habilitation vorgefühlt, Sohn-Rethel lernte ihn durch Seidel kennen. Ein erstes Gespräch über Hegel erregte Benjamins Interesse, aber das Verhältnis blieb distanziert: »Ich habe mich vor ihm gefürchtet, habe nicht zugegriffen und mich ihm gegenüber ausgedrückt in einer Weise, die meine Stellung zwar kenntlich machte, aber nicht erklärte.«[18]

1.3 »Die Warenform begreift das Transzendentalsubjekt in sich«

In den Gruppen und Vereinen fühlte sich Sohn-Rethel sowenig zu Hause wie in den Salons und im Universitätsbetrieb. Er zog sich auf exterritoriales Gebiet weit oberhalb von Heidelberg zurück: nach Gaiberg – heute ein geraniengeschmückter Hort der Sauberkeit, damals ein weit abgelegenes Bauerndorf. »Da wohnte ich sehr billig in einem Bauernhaus mit meiner Frau, wir hatten auch ein Kind, und ich kam nur gelegentlich herunter in die Universität.«[19] Dialektik im Stillstand: In seiner Hütte ruhig bei der Lampe sitzt der Denker; dem Genügsamen reicht das Marxsche *Kapital*, das er Satz für Satz sorgfältig analysiert. Er galt bald als »Unikum und Exotikum«.[20] Leo Löwenthal erinnert sich an seine (einzige) Begegnung mit Sohn-Rethel, »einen Besuch bei ihm mit einer Gruppe sozialistischer Studenten«: Er hatte »schon in den Heidelberger Tagen die Aura eines bedeutenden und in jedem Sinne des Worts schwer zugänglichen Denkers. ... Er lebte in einer Art auratischer Weihe, und man unternahm Pilgerfahrten zu seinem Platz.«[21] Sohn-Rethel entwickelte den Plan für eine marxistische Erkenntnistheorie und wollte den Apriorismus zu Fall bringen: »Ich war ein Bürgerkind und verlangte eine Revolution vor allem im Bewußtsein, in der Ideologie, in der Denkweise.«[22] »Ich war mir des einen sicher, daß, wenn ich wirk-

[17] Sohn-Rethel im Gespräch mit H.D. Müller (unveröffentlicht).

[18] Sohn-Rethel 1/B.

[19] Greffrath 1979, 254. Sohn-Rethel hatte in Heidelberg am 28.2.1920 Tilla Henninger geheiratet (er war gerade volljährig geworden), am 9.11.1921 wurde in Berlin die Tochter Brigit geboren.

[20] Haselberg 1991, 16.

[21] Löwenthal an den Verfasser am 28.11.1989 und 19.12.1991.

[22] Sohn-Rethel 1978b, 14.

lich feststellen konnte, daß sich ganz präzise die logischen Formen des Denkens bis in die Warenform nachweisen ließen, daß dann natürlich der Ursprung des reinen Denkens in der Warenform liegt und nicht umgekehrt.«[23] »Die Warenform begreift das Transzendentalsubjekt in sich«[24] – diese Entdeckung, später griffig mit »Warenform und Denkform« umschrieben, konnte damals (1921) nur Verwunderung auslösen: »Die geheime Identität von Warenform und Denkform, deren ich ansichtig geworden war, war so unenthüllbar, ... daß meine ersten naiven Versuche, sie auch anderen zu Gesicht zu bringen, eher dazu führten, daß man mich als einen hoffnungslosen Fall aufgab. ... Und die Folge war, daß ich mit meiner idée fixe zeitlebens Außenseiter geblieben bin.«[25] Alfred Weber faßte der Legende nach zusammen: »Sohn-Rethel spinnt!« Der reagierte denn auch mit Vorsicht (»Meine Ideen habe ich noch wahnsinnig geheimgehalten und gegen Luftzug geschützt«[26]) und begann, sich in einer Außenseiterrolle einzurichten, die eine Verständigung in der akademischen Welt mehr und mehr erschwerte: »So'n-Rätsel« nannten ihn später Adorno und Benjamin untereinander.[27]

1.4 Der akademische Betrieb: Innen- und Außenseite

Gaiberg war nur auf den ersten Blick ein idyllischer Ort des Rückzugs: Die Familie war zu versorgen und Kindergeschrei brachte die stillgestellte Dialektik allzuschnell wieder in Bewegung. Zudem sieht sich der Außenseiter, wie das Wort schon sagt, relativ. Ihn bestimmt der dringende Wunsch, einen exklusiven Platz im Inneren zu finden – und auch Sohn-Rethel suchte, bei aller Vorsicht, nach Anerkennung in der wissenschaftlichen Welt. Auf Capri und in Positano, wo er 1924 bis 1927 der niedrigeren Kosten und der wärmeren Sonne wegen als Außenseiter unter Außenseitern lebte, hatte er Benjamin und Bloch wiedergetroffen und, von größter Bedeutung für ihn, 1925 Theodor W. Adorno und Siegfried Kracauer kennengelernt, die ihm erste Berichte von dem in Frankfurt neu gegründeten Institut für Sozialfor-

[23] Greffrath 1979, 256.
[24] Sohn-Rethel 1/B.
[25] Sohn-Rethel 1970, 9f.
[26] Greffrath 1979, 255.
[27] Vgl. Adorno an Benjamin am 1.2.1938 und Benjamin an Adorno am 11.2.1938; Adorno/Benjamin 1994, 307 und 309.

schung überbrachten – mehr und mehr *der* »Innere Kreis«, dem er sich zugehörig fühlte.

Aus der Idée fixe war 1926 in Positano ein Entwurf geworden. Unter dem Titel *Exposé zum theoretischen Kommentar der Marxschen Gesellschaftslehre* kündigte Sohn-Rethel nichts weniger als eine dreibändige »Parallelaktion« zu den drei Bänden des *Kapital* an, ohne die das Marxsche Werk ein »unentwirrbares Knäuel« bleiben müsse. Diesen Entwurf hat er auch dem »Luftzug« ausgesetzt: Adorno und Kracauer wollten beim Institut für Sozialforschung für ein Gutachten sorgen, das zu einem Stipendium bei der *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft* verhelfen sollte. Der »Luftzug« erwies sich als Wirbelsturm. Adorno schrieb über das Exposé am 17.9.1926 an Kracauer: »Der Rahmen wie der Grund sind völlig untauglich, es ist ein messianischer Oppenheimer; ... Und welche trübe Blochische Konfusion richtet er mit dem Begriff des Transzendentalen an! Und wie falsch, zumindest benjaminisch, wie ungebrochen sitzt die Metaphysik auf! Alle Gehalte des Marxismus sind heidelbergisch verfehlt, dilettantisch vertieft. ... Die Rationalität der Arbeit ist in ihrem Bezug auf schlechte logisch-abstrakte Einheiten bürgerlich ganz und gar und das Widerspiel aller echten Aufklärung.« Größten Anstoß erregte Sohn-Rethels Vorhaben, auf dem Umweg über logische Strukturen und ideelle Formationen zum Realprozeß der Geschichte kommen zu wollen: »Die brüske Ablehnung durch jeden Kommunisten träfe den Sohn, der ja nicht umsonst den Marx revidieren will, mit größerem Recht noch als den Lukács, dessen gojisch-pastorale Enthüllung er ist.«[28]

Adornos Brief mag auch dazu gedient haben, die brüchig gewordene Freundschaft mit Kracauer wenigstens in der gemeinsamen Erhebung über andere große Geister (die eher als Gespenster herbeizitiert werden) und ganz besonders über alles »Heidelbergische« zu retten. Dennoch bleibt jenseits aller Polemik die Kritik an der »akademisch abstrakten, nicht real abstrakten« Sprache, an Gestus und Konstruktion der Sohn-Rethelschen Arbeit stichhaltig. Mit seinem Schlußsatz »So wollen wir uns vorerst die Philosophie zur Burg unserer letzten Hoffnung bauen!« hatte Sohn-Rethel allzu deutlich gemacht, daß dies keine Philosophie für den Marktplatz war – den sie ja eigentlich zum Thema hatte. Das Gutachten selbst, von Kracauer auf der Grundlage des Adornoschen Briefes formuliert und von Carl Grünberg unterschrieben, ist nicht erhalten. Sicher ist, daß es negativ war.

[28] Dt. Literaturarchiv Marbach, 72.1964/8.

Philosophische Burgen bieten keinen Platz zum Wohnen und Sohn-Rethel mußte sich auch nach dem Desaster mit dem ersten Exposé weiter um die akademische Welt bemühen. Kracauer riet ihm am 10.12.1926: »Könnten Sie nicht aus dem Kreis Ihrer Marxstudien ein konkretes und spezielles nationalökonomisches Thema herausschneiden ... ? Natürlich müßte dabei auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Notgemeinschaft nicht gerade dazu geneigt sein wird, radikale Marxisten zu unterstützen. Aber es ist ja auch durchaus nicht nötig, daß Sie bei einem neutraleren Thema Ihre Weltanschauung eröffnen.«[29] Sohn-Rethel folgte diesem Rat. Sein zweiter Entwurf – mit dem umfänglichen Titel *Grundlegung der theoretischen Ökonomie als strenger Wissenschaft durch die Beantwortung der Frage, wie überhaupt Gesellschaft möglich sei* – hatte Erfolg: ein Forschungsstipendium wurde in Aussicht gestellt, Voraussetzung war nur noch der Studienabschluß, d.h. die Promotion.

Nach einem knappen Jahr legte er unter dem Titel *Von der Analytik des Wirtschaftens zur Theorie der Volkswirtschaft. Methodologische Untersuchung mit besonderem Bezug auf die Theorie Schumpeters* seine Dissertation vor, eine Kritik der Grenznutzenlehre, in der er nachweist, daß diese nicht als »reine ökonomische Theorie« gelten könne. Er promovierte am 19.7.1928 bei Lederer, der ihm in seinem Gutachten »eine wissenschaftliche Leistung hohen Ranges« bestätigte und den »außerordentlich großen, durchaus nicht unfruchtbaren Scharfsinn«[30] rühmte. Mit der Arbeit am konkreten aktuellen Gegenstand war die Burg der Philosophie verlassen und die materielle Zukunft Sohn-Rethels für einige Zeit abgesichert. Es galt nun, die Habilitation in die Wege zu leiten und dazu Kontakte zu knüpfen: in Heidelberg *und* Frankfurt. Der Entwurf zu einem Seminarvortrag über eine »neue« Ontologie,[31] ein Seminarprotokoll, von dem im folgenden die Rede sein wird, der Bericht über seine Teilnahme an Adorno-Seminaren[32] und seine Diskussionsbeiträge zu einem Vortrag Max Horkheimers[33] sind die (zufällig erhaltenen) Spuren solcher Bemühungen.

[29] Nachlaß Simon (Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp-Verlags, Frankfurt/M.).

[30] Universitätsarchiv Heidelberg, H IV 757/23.

[31] Nachlaß Sohn-Rethel, Typoskript von 1928, 6 S.

[32] Haselberg 1991, 16.

[33] Vortrag *Geschichte und Psychologie* am 15.7.1931; vgl. Horkheimer 1988, 48-69. Zur Diskussion vgl. Max-Horkheimer-Archiv, IX-210.

2. *Der Materialismus und das Irrationale*

»Wenn Professoren verschiedene und subjektiv gefärbte Ansichten nebeneinander vortragen in verschiedenen Universitäten und Hörsälen und dafür Geld einnehmen, dann ist das friedlicher Wettbewerb, aber keine Geistesgeschichte.«[34]

Auf dem 6. Deutschen Soziologentag in Zürich (17. bis 19.9.28) hielt Karl Mannheim einen Vortrag über die *Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen.* In der darauf folgenden Diskussion wurde, wie Norbert Elias berichtet, erstmals Kontroverses zwischen Alfred Weber und Karl Mannheim öffentlich: »Eine sehr unangenehme Sache!«[35] merkte Weber über Mannheims Referat an, »irgendwie feindlich«[36] beurteilte dies Elias. Im darauffolgenden Winter wurden in Heidelberg »vereinigte Seminare« von Weber und Mannheim über Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein* mit zwei Sitzungen (am 21.2. und 27.2.1929) veranstaltet, in denen man an die Diskussion von Zürich anknüpfte. Sohn-Rethel hat die zweite Sitzung protokolliert: eine Art »Momentaufnahme« der Positionen Webers und Mannheims in der direkten Konfrontation mit Sohn-Rethels eigener kritischen Gegenposition.[37]

2.1 *Das »Schicksal des Irrationalen in der Gegenwart«*

Mannheim thematisiert in der zweiten Seminarsitzung den Gegensatz rational – irrational und beklagt das »fortschreitende Schicksal des Irrationalen in der Gegenwart«, das »immer mehr der Rationalisierungstendenz unterworfen werde.« Dem *Rationalen* gehe es um Kampf, dem rationalen *Denken*

[34] Wilbrandt in Meja/Stehr 1982, 381; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.

[35] Meja/Stehr 1982, 372; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.

[36] Ebd., 388.

[37] Die im folgenden nicht eigens nachgewiesenen Äußerungen Webers, Mannheims und Sohn-Rethels sind diesem Protokoll vom 27.2.1929 entnommen (Typoskript von 1929, 10 S., im Nachlaß Sohn-Rethel). Das Protokoll vom 21.2.1929 hat mir freundlicherweise Frau Éva Karádi, Budapest, zur Verfügung gestellt, Mannheims Äußerungen bei dieser Sitzung sind in Mannheim 1985a veröffentlicht.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer war Paul Eppstein (1902-1944), später Dozent an der Handelshochschule Mannheim. Er wurde 1933 entlassen und übernahm dann eine führende Stelle in der Berliner *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.*

um das Machbare. Ihm nahe sei das marxistische Denken, das »das Sein selber in bloße Funktion auflöse und also nichts Substanzhaftes mehr von ihm stehen lasse.« Das *Irrationale* dagegen sei substantiell seiend, es sei, wie Mannheim später sagt, »vielleicht das Wertvollste im Vermögen des Menschen, wenn es etwa als mächtiger Antrieb zur Erreichung rationaler objektiver Ziele wirkt ... oder aber auch als pure Vitalität die Lebensfreude steigert, ohne das Gesellschaftsleben planlos zu zerstören.«[38] Dem irrationalen *Denken* gehe es um Wachsen lassen, um Gestalt. Bedauernd stellt Mannheim fest, daß das rational »Machbare« vordringe – in Pädagogik, Psychologie und Soziologie. Wie ist gegen diese Entwicklung das Irrationale zu retten? Mannheim will durchaus die »Funktionalisierung« weitertreiben: »Wer das Irrationale schon dort haben möchte, wo de jure noch die Klarheit und Herbheit des Verstandes walten muß, der hat Angst, dem Geheimnis an seinem wahren Orte ins Auge zu sehen«.[39] Mannheims Begriff des Denkens übergreift Naturales, Geist, Seele und Mensch und enthält »unablösbar, in die Textur verwoben«[40] das Irrationale. In einer Vermittlung zwischen den »auf morphologische Schau fundierten Darstellungen«[41] einerseits, und einer Analyse ohne zu zerstückeln und zu zersetzen andererseits, könne die bürgerliche Antithese von Sein und Denken (bzw. von Sein und Bewußtsein) aufgehoben werden. Dieses erweiterte Denken ist »seinsrelativ« oder »seinsverbunden«, ganze Denksysteme werden auf die konstitutiven gesellschaftlichen Prozesse hin relativiert, die Wahrheit ist somit »standortgebunden.« Mannheim prägt dazu »als Mittel der Entgiftung des rein destruktiven Relativismus den Begriff des Relationismus«,[42] »wonach bestimmte (qualitative) Wahrheiten gar nicht anders als seinsrelativ erfaßbar und formulierbar sind.«[43] Subjekt des erweiterten Begriffs des Denkens ist die »freischwebende Intelligenz« als Daseinsform der Intellektuellen, eine »Schichtung von Ständen, die für außerwirtschaftliche, *für geistige Interessen frei werden*.«[44]

Weber, dem Mannheim in Zürich »die Geste dessen, der das Daseiende im Grunde gut findet und segnet«[45] zuschrieb, gehe es mit seiner »morphologischen Geschichtssoziologie« um eine Rettung des Irrationalen »nicht im

[38] Mannheim 1935, 40.
[39] Mannheim 1982, 369; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.
[40] Ebd., 356.
[41] Ebd., 358.
[42] Elias 1984, 35.
[43] Mannheim 1982, 331; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.
[44] Weber 1935, 259 (Herv.i.Orig.).
[45] Mannheim 1982, 359; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.

Leben«, sondern »nur im Denken«. Das morphologische Denken beziehe »Substantielles« funktional aufeinander. Es »stoppe« die Funktionalisierung, wobei es »sich dann die Dinge seinsmäßig begegnen läßt und sozusagen ›schmeckt‹.« Weber entgegnet darauf, er wolle gar nicht »das Irrationale retten«, das sei eine romantische Haltung. »Bei dem, was man retten will, frage man nicht nach der Qualität, nicht, ob es rational oder irrational sei.« Es gehe ihm um »letzte Gegebenheiten« (sowohl im rationalen als auch im irrationalen Bereich), ja um »letzte seelische Einstellungen, letzte seelische Positionen dem Dasein gegenüber«,[46] um »Gestaltwollen« und »ideelle Wollungen«, worin das Subjekt sich mit dem Objekt »schöpferisch vereinigt«. Das alles sei keine Art des Denkens, es sei »wesensmäßig davon verschieden«. Den Bereichen des »bewußtseinsfremden Seins und des seinsfremden Bewußtseins«[47] setzt Weber die eigenständigen Sphären der Kultur und der Zivilisation entgegen und kritisiert Mannheims Vorhaben, das »Gebiet des Geistes ... in die Sphäre der Interessengegensätze« zu ziehen.[48]

Bei Webers Analyse bleiben die Triebe, Leidenschaften, Wollungen, Bewußtseinshaltungen und schöpferischen Akte substanzhaft erhalten und werden wieder synthetisch zusammengefaßt. Es gehe um die »große durchlaufende Linie«. Dabei werden »ganze Komplexe kausaler Zusammenhänge unanalysiert« genommen – eine klassifikatorische Aufteilung der Phänomene, die Adorno später (mit Blick auf Mannheim) als »eine *Nivellierung* der gesellschaftlichen Vorgänge auf ... statische und geschlossene Begriffe hin« entlarvt, »die Widersprüche und Spannungen der Klassengesellschaft weithin verschwinden macht.«[49]

2.2 *Der »Realprozeß der geschichtlichen Seinstotalität«*

Bei allen Kontroversen um Intellektualismus und Relationierungen besteht doch in einem Einigkeit: Mannheim unterstreicht in gleichem Maße, »uns allen gemeinsam sei der Wille, sich nicht vom Kapitalismus verschlingen zu lassen«, wie Weber betont, »auch er wolle den Kapitalismus nicht«. Gemeinsam ist ihnen auch, daß sie nicht im dialektischen Materialismus die Rettung

[46] Protokoll vom 21.2.1929, 6.
[47] Elias 1984, 34.
[48] Blomert 1995, 186.
[49] Adorno 1986, 18 (Herv. i. Orig.); vgl. auch 37f.

aus der Gefahr suchen, wobei Weber dem Materialismus immerhin nicht gänzlich absagt und einschränkt, »wenn er nicht mehr marxistisch denke, so sei es nur aus Resignation« – und z.B. so den Begriff des Kapitalismus, der ihm ein »ganz bestimmtes, einmaliges, klares Objekt«[50] ist, gegen die Relationierung Mannheims rettet. Über Mannheims Stellung zum Materialismus konnte man sich in Zürich nicht so recht einigen: Weber sieht »sublimierten Intellektualismus« der »alten materialistischen Geschichtsauffassung«[51] und Elias unterstellt, Mannheim folge weiterhin der Marxschen »Fiktion« eines »ontologischen Dualismus, eines gesellschaftlichen Daseins der Menschen ohne Bewußtsein auf der einen Seite und auf der anderen Seite eines Bewußtseins, das von diesem bewußtseinslosen gesellschaftlichen ›Sein‹ passiv hin und her geworfen wird«.[52] Robert Wilbrandt vermutet hingegen den »Einfluß Marxens ... mit Diltheyschem Geiste verknüpft«[53] und Werner Sombart stellt erfreut fest, Mannheim sei von jener Fiktion »losgekommen« und erkenne die »Objektivität des Seins« und die »Realität des Geistes«[54] an – eine Ansicht, der Mannheim laut Protokoll gern zustimmt! *Er* zumindest ist sich sicher: »Ich bin weder Materialist noch Spiritualist.«[55]

Daß er kein Materialist ist, wird deutlich, wenn er von »konkurrierenden Partnern« redet, die »um die öffentliche Auslegung des Seins«[56] ringen und dabei weder Klassen noch Ausbeutung kennen: »Das letzte Ziel muß sein, allmählich auch das spezifisch Ökonomische in der Kategorialapparatur abzustreifen.«[57] Gerungen wird aus einer »Multipolarität der Denkstandorte« heraus und auf »zu Plattformen zusammengeballten Standorten.«[58] Da verwundert es nicht, daß die Dialektik als bloßes Formprinzip »schroffe Polarisationen« in einer Synthese nicht etwa aufhebt, sondern sie »aufgehen«[59] läßt – eine Dialektik, die Mannheim so sehr verstörte, daß er »zornrot« ihre Abschaffung forderte.[60] In *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*[61] erweist sich noch deutlicher, daß die »Seinsbezogenheit« des Den-

[50] Meja/Stehr 1982, 375; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.
[51] Ebd., 376.
[52] Elias 1984, 33.
[53] Meja/Stehr 1982, 381; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.
[54] Ebd., 377.
[55] Ebd., 397.
[56] Mannheim 1982, 334; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.
[57] Ebd., 332.
[58] Ebd., 353.
[59] Ebd., 363.
[60] Haselberg 1991, 13.
[61] Mannheim 1935.

kens einer bürgerlichen Position bloß aufgesetzt ist. Adorno hat sich dieses Buch so liebevoll vorgenommen, wie ein Kannibale sich einen Säugling zurüstet[62] und die Folgen solchen Denkens mit aller Schärfe herausgearbeitet: »Es ist ein Schmarren: nichts als ein Versuch die entscheidenden gesellschaftlichen Konsequenzen, die aus dem Monopolkapitalismus entspringen, unter Aussparung der marxistischen Kategorien, vor allem der der Klasse zu erklären.«[63] So kann es nicht verwundern, daß ein solches Denken gerade »unter der theoretisch obdachlosen Intelligenz«[64] Wirkung zeigte.

Die durch und durch bürgerlichen Positionen der Disputanten werden deutlich, wenn das (im Seminar wieder einmal nicht anwesende) Proletariat zu Wort kommt: Weber fragt sich, »was aus dem Proletariat im Kapitalismus wird« und Mannheim trägt bei, daß das Proletariat für das morphologische Denken »nicht die adäquate Denkstruktur und die nötigen Denkmittel habe«, geschweige denn die nötige Muße.[65]

Sohn-Rethel, von Adorno 1926 noch »bürgerlich ganz und gar« gescholten, führt nun in der Diskussion von 1929 gegen alles Heidelbergische an Weber und Mannheim die »reine Lehre« ins Feld. Ihm sind Webers nebulöse »Wollungen« ebenso ein Ärgernis wie Mannheims »irrationale Denkarten«. Als bloße »Bewußtseins-Standpunkte« (seien sie nun rational oder irrational, geltend oder nicht oder auch Ergebnis von falschem Bewußtsein) sind sie Produkte des »Realprozesses der geschichtlichen Seinstotalität«. *Alle* Menschen stehen »unter dem funktionalen Vollzug des sie übergreifenden Seinsprozesses der Geschichte«, *alle* Bewußtseinshaltungen sind Material dieses Prozesses, *alles* geht in diese »Mühle« ein. Dieser Prozeß ist weder blindwütig (»erster Natur«) noch wie bei Weber bloße »Formung der natürlichen Trieb- und Willenskräfte«, er ist auch nicht a priori vorhanden, sondern entwickelt sich gemäß den gesellschaftlichen Verhältnissen – ganz wie es Sohn-Rethel in seiner »Intuition« von 1921 und den inzwischen entstandenen Exposés formuliert hatte: Es gilt *nicht* (wie es Mannheim propagierte), »das spezifisch Ökonomische in der Kategorialapparatur abzustreifen«,[66] sondern es gilt ganz im Gegenteil, es herauszuarbeiten. Konkret ist jener Seinsprozeß der Vergesellschaftungsprozeß in der kapitalistischen Tauschgesellschaft, auf den Sohn-Rethel schon lange sein Augenmerk gerichtet hatte.

[62] Benjamin 1972a, 108.

[63] Adorno an Horkheimer am 13.5.1935; Horkheimer 1995, 350. Zur Stellung der ›Frankfurter Schule‹ gegenüber Mannheim vgl. Jay 1974.

[64] Adorno 1986, 45.

[65] Mannheim 1985a, 302.

[66] Mannheim 1982, 332; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.

Der Marxismus sucht das Gesetz dieser Prozesse mit dem Ziel, sie »wirksam und also gemäß ihrem eigenen Gesetz« zu verändern. Sohn-Rethels Liebe für die Hard-Working-People bleibt daher auch eng verbunden mit der Hoffnung auf den Klassenkampf, er wäre »bis zum restlosen Siege also der Weg und der *einzige Weg*, der die Welt aus dem Werkzeug unsres Todes in das Werkzeug unsres Lebens verwandeln kann!«[67]

Sohn-Rethel erinnert sich: »Wir haben uns gestritten, bis wir blau im Gesicht waren. ... Für Mannheim stellte die gesellschaftliche Bedingtheit des Bewußtseins, der Ideologien und Denkweisen, wissenssoziologisch dar, also auf der historisch-empirischen Ebene. Daß die Frage auf der transzendentalen Ebene zu stellen war, war ihm nicht in den Kopf zu bringen. Nur auf der transzendentalen Ebene war die Frage marxistisch und als Frage des Klassenkampfes zu lösen.« Mannheims Wissenssoziologie stellte sich »als die ideale Theorie der großen Koalition dar, heute würde man sagen, des politischen Pluralismus. ... Und oben drüber schwebend ... das Transzendentalsubjekt in unversehrter Idealität als die ›freischwebende Intelligenz‹.«[68] Sohn-Rethel waren die apriorischen Grundlagen des Denkens wichtig und nicht nur seine psychologischen Grenzen: »Das war für Mannheim Metaphysik und für mich fing damit erst die eigentliche Kritik an«.[69]

Es wird Sohn-Rethel daher weniger gefallen haben, daß Lederer in das Dissertationsgutachten geschrieben hatte, es sei gerade der »pädagogischen Hilfe des Kollegen Mannheim zu danken«, daß er Sohn-Rethels »unstreitig große und immer wieder in sich kreisende Denkkraft aus ihrem Zauberkreise, in welchen sie gebannt war, befreit, und derart fruchtbar und lebendig gemacht« habe.[70]

2.3 *Epilog*

Im Frühjahr 1929 nahm Sohn-Rethel an den Zweiten Hochschultagen in Davos teil. Davos schärft das Ohr für Rasselgeräusche aus der Lunge: Die

[67] Sohn-Rethel 1926 (Herv. i. Orig.).

[68] Sohn-Rethel 1978b, 16.

[69] Sohn-Rethel 12/A.

[70] Universitätsarchiv Heidelberg, H IV 757/23.

Ärzte stellten fest, daß eine Tuberkulose aus der Militärzeit wieder aufgebrochen war. Eine Kur war unumgänglich, die theoretische Arbeit für zwei Jahre unterbrochen. 1931 versuchte Sohn-Rethel wieder in Heidelberg und Frankfurt Fuß zu fassen. Er hatte bei Lederer und Mannheim nachgefragt und vor allem beim Institut für Sozialforschung: »Sohn-Rethel ist hier und will, daß man ihm hilft. Ich sehe aber keine rechte Möglichkeit, zumal ich beim Institut nicht einmal für Benjamin etwas Positives erreichen konnte. Dort ist Leo Wüstenkönig, wenn er sein Gebiet durchstreifet.«[71] Eine Weiterführung der Dissertation mit dem Titel *Zur Kritik der subjektivistischen Ökonomie* lag Weber vor – er hat sie mit Randbemerkungen versehen – und ging an Adolph Löwe, der sich zwar anerkennend äußerte, aber auch nichts »Konkretes« anbieten konnte.

Alle Bemühungen blieben erfolglos, 1931 war nicht gerade das Jahr, um akademische Karrieren zu beginnen und Sohn-Rethel mußte endgültig aufgeben. Er fand in Berlin eine Anstellung als wissenschaftliche Hilfskraft beim *Mitteleuropäischen Wirtschaftstag*, einer Lobby-Organisation der rheinischen Schwerindustrie. Aus dem Außenseiter im Bereich der Theorie war ein Insider im Bereich der Praxis geworden. Von einem Platz »so etwa zweiter Rang Mitte«[72] hatte er Einblick in die Strategien des Kapitals in der Weimarer Republik und im NS-Staat.[73]

Weber hatte schon in der Diskussion von 1929 ganz richtig festgestellt, wenn »alles in den Funktionalisierungsprozeß des gesellschaftlichen Seins einbezogen« sei, würde dies »von ihm aus bedeuten, daß der ›Gesellschaftsprozeß‹ allesverschlingend geworden sei.« Die Geschichte hatte es schnell gezeigt: Der Gesellschaftsprozeß der kapitalistischen Tauschgesellschaft *war* allesverschlingend geworden. Er hatte nicht das »Brauchbarste an Erfahrungsgehalten«[74] ausgesiebt, wie es Mannheim hoffte – und er hatte nicht zu einer Re-Biologisierung oder Re-Barbarisierung geführt, wie es Weber befürchtete, sondern zu einer ganz neuen Barbarei, herangereift unter den »eisigen Strahlen« der »Sonne der kalkulierenden Vernunft«,[75] vollstreckt von Menschen, die gerade *nicht* zu ihrer Natur gekommen waren, und, ihr

[71] Adorno an Kracauer am 8.6.1931; Dt. Literaturarchiv Marbach, 72.1965/19. »Leo« ist Leo Löwenthal.

[72] Sohn-Rethel an Benjamin am 12.8.1936; Nachlaß Benjamin 22/1-2.

[73] Darüber mehr in seinen Aufzeichnungen über diese Zeit, die 1992 unter dem Titel *Industrie und Nationalsozialismus* neu herausgegeben wurden. Die Gedanken über Warenform und Denkform sind (u.a.) in *Geistige und körperliche Arbeit* (1970, 1989) und in *Das Geld, die bare Münze des Apriori* (1976, 1990) weiter ausgearbeitet.

[74] Mannheim 1982, 366; vgl. auch *Verhandlungen* 1929.

[75] Horkheimer/Adorno 1987, 55.

völlig entfremdet, das Morden ganz funktional betrieben. Frühes Opfer dieser Barbarei war einer der Beteiligten an der Seminardiskussion: Paul Eppstein wurde 1944 in Theresienstadt umgebracht.

Sohn-Rethel mußte 1936 Deutschland verlassen. Im Exil griff er noch einmal auf seine Heidelberger Beziehungen zurück und erbat für ein Stipendium der Society for the Protection of Science and Learning (SPSL) Referenzen: Mannheim beschreibt ihn als »extremely sophisticated and cultured person with whom to discuss questions was always *most stimulating*«,[76] und auch Jacob Marschak, der Assistent Lederers, unterstreicht, »Sohn-Rethel was regarded ... at Heidelberg as a most brillant and promising man«. Darüber hinaus hat er die endgültige Erklärung für alles Mißlingen gefunden: »He married much too early.«[77]

Anhang

»Heidelbergisch« beeinflußte Arbeiten Sohn-Rethels

1926: Exposé zum theoretischen Kommentar der Marxschen Gesellschaftslehre (unveröffentlicht).

1927: Grundlegung der theoretischen Ökonomie als strenger Wissenschaft durch die Beantwortung der Frage, wie überhaupt Gesellschaft möglich sei (unveröffentlicht).

1928: Von der Analytik des Wirtschaftens zur Theorie der Volkswirtschaft. Methodologische Untersuchung mit besonderem Bezug auf die Theorie Schumpeters (Dissertation, veröffentlicht 1936, Emsdetten; Wiederabdruck in: Warenform und Denkform, Frankfurt a.M., 1978).

1928: Wozu suchen wir nach einer Ontologie? und: Was soll die Ontologie leisten? (Entwurf eines Seminarvortrags; unveröffentlicht).

1929: Protokoll der 2. Sitzung der vereinigten Seminare von Prof. Weber und Dr. Mannheim, den 27. Febr. 1929 (Seminarprotokoll; unveröffentlicht).

1930/31: Zur Kritik der subjektivistischen Ökonomie (Weiterführung der Dissertation; unveröffentlicht).

1936: Soziologische Theorie der Erkenntnis (»Luzerner Exposé«, veröffentlicht 1985, Frankfurt a.M. »Soziologisch« war 1936 für den Gebrauch in Deutschland zur Tarnung gewählt worden. Eigentlich, so Sohn-Rethel, hätte es »marxistisch« oder »geschichtsmaterialistisch« heißen müssen).

[76] Mannheim an Adams (SPSL) am 6.12.1936; Bodleian Lib. (Herv.i.Orig.).

[77] Marschak an Adams (SPSL) am 2.12.36; Bodleian Lib.

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Bodleian Library, Oxford.
Bundesarchiv Koblenz.
Deutsches Literaturarchiv Marbach.
Kriegsarchiv München.
Max-Horkheimer-Archiv, Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a.M.
Nachlaß Benjamin, Archiv der Akademie der Künste, Berlin.
Nachlaß Simon, Archiv der Frankfurter Socitäts-Druckerei, Frankfurt a.M.
Nachlaß Sohn-Rethel (bei Bettina Wassmann-Sohn-Rethel, Bremen).
Universitätsarchiv Heidelberg.

B. Literatur

Adorno, Th.W. (1986): Neue wertfreie Soziologie. Aus Anlaß von Karl Mannheims »Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus«, in: ders., Gesammelte Schriften. Bd. 20.1. Vermischte Schriften, hrsg. von R. Tiedemann, Frankfurt a.M., S.13-45.

Adorno, Th.W./Benjamin, W. (1994): Briefwechsel 1928-1940, hrsg. von H. Lonitz, Frankfurt a.M.

Benjamin, W. (1972a): Einbahnstraße, in: ders., Gesammelte Schriften. Bd. IV.1, hrsg. von T. Rexroth, Frankfurt a.M., S. 83-148.

Benjamin, W. (1972b): Radau um Kasperl. Hörspiel, in: ders., Gesammelte Schriften. Bd. IV.2, hrsg. von T. Rexroth, Frankfurt a.M., S. 674-695.

Binder, K. (1979): »Ich war immer ein Jahr älter als mein Jahrhundert«. Alfred Sohn-Rethel im Gespräch, Hess. Rundfunk.

Blomert, R. (1995): Wandlungen im Wissenschaftsverständnis in der Weimarer Republik. Die Kultursoziologie von Alfred Weber und Karl Mannheim, in: Nutzinger, H.G. (Hrsg.), Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg, S. 161-195.

Elias, N. (1984): Notizen zum Lebenslauf, in: Gleichmann, P./Goudsblom, J./ Korte, H. (Hrsg.), Materialien zu Norbert Elias' Zivilsationstheorie. Bd. 2. Macht und Zivilisation, Frankfurt a.M., S. 9-82.

Greffrath, M. (1979): »Einige Unterbrechungen waren wirklich unnötig.« Gespräch mit Alfred Sohn-Rethel, in: ders. (Hrsg.), Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek, S.249-298.

Haselberg, P.v. (1991): Geist und Aristokratie, in: Früchtl, J./Calloni, M. (Hrsg.), Geist gegen den Zeitgeist. Erinnern an Adorno, Frankfurt a.M., S.11-22.

Horkheimer, M. (1988): Geschichte und Psychologie, in: ders., Gesammelte Schriften. Bd. 3. Schriften 1931-1936, hrsg. von A. Schmidt und G. Schmid Noerr, Frankfurt a.M., S. 48-69.

Horkheimer, M. (1995): Briefwechsel 1913-1936 (= Gesammelte Schriften. Bd. 15), hrsg. von A. Schmidt und G. Schmid Noerr, Frankfurt a.M.

Horkheimer, M./Adorno, Th.W. (1987): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Horkheimer, M., Gesammelte Schriften. Bd. 5. »Dialektik der Aufklärung« und Schriften 1940-1950, hrsg. von A. Schmidt und G. Schmid Noerr, Frankfurt a.M., S.11-290.

Jay, M. (1974): The Frankfurt School's Critique of Karl Mannheim and the Sociology of Knowledge, in: Telos, 20, S.72-89.

Karádi, É./Vezér, E. (Hrsg.) (1985): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis, Frankfurt a.M.

Löwenthal, L. (1980): Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel, Frankfurt a.M.

Mannheim, K. (1935): Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Leiden.

Mannheim, K. (1982): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen, in: Meja, V./Stehr, N. (Hrsg.), Der Streit um die Wissenssoziologie. Bd.1. Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie, S.325-369 (vgl. auch Verhandlungen 1929, S. 35-83).

Mannheim, K. (1985a): Über Geschichte und Klassenbewußtsein, in: Karádi, É./Vezér, E. (1985), S. 298-303.

Mannheim, K. (1985b): Heidelberger Briefe, in: Karádi, É./Vezér, E. (1985), S. 73-91.

Mattick, P./Sohn-Rethel, A./Haasis, H.G. (1976): Beiträge zur Kritik des Geldes, Frankfurt a.M.

Meja, V./Stehr, N. (Hrsg.) (1982): Diskussion über »Die Konkurrenz«, in: dies., Der Streit um die Wissenssoziologie. Bd.1. Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie, Frankfurt a.M., S. 371-401 (vgl. auch Verhandlungen 1929, S. 84-124).

Nietzsche, F. (1980a): Jenseits von Gut und Böse, in: ders., Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Einzelbänden. Bd. 5. Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral, hrsg. von G. Colli und M. Montinari, München u.a., S. 9-243.

Nietzsche, F. (1980b): Nachgelassene Fragmente 1885-1887 (= Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Einzelbänden. Bd.12.), hrsg. von G. Colli und M. Montinari, München u.a.

Seidel, A. (1927): Bewußtsein als Verhängnis. Aus dem Nachlasse hrsg. von H. Prinzhorn, Bonn.

Sohn-Rethel, A. (1936): Von der Analytik des Wirtschaftens zur Theorie der Volkswirtschaft. Methodologische Untersuchung mit besonderem Bezug auf die Theorie Schumpeters, Emsdetten; Wiederabdruck in: ders. (1978a).

Sohn-Rethel, A. (1970): Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis, Frankfurt a.M. (revidiert 1989, Weinheim).
Sohn-Rethel, A. (1973): Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, Frankfurt a.M. (revidiert 1992 unter dem Titel »Industrie und Nationalsozialismus«, Berlin).
Sohn-Rethel, A. (1976): Das Geld, die bare Münze des Apriori, in: Mattick, P. u.a. (1976), S.35-117 (revidiert 1990, Berlin).
Sohn-Rethel, A. (1978a): Warenform und Denkform. Mit zwei Anhängen, Frankfurt a.M.
Sohn-Rethel, A. (1978b): Gespräch über »die Genese der Ideen von Warenform und Denkform«, in: Dombrowski, H.D./Krause, U./Roos, P. (Hrsg.), Symposium Warenform-Denkform. Zur Erkenntnistheorie Sohn-Rethels, Frankfurt a.M./New York, S.13-37.
Sohn-Rethel, A. (1985): Soziologische Theorie der Erkenntnis, Frankfurt a.M.
Sohn-Rethel, A. (1989): Geistige und körperliche Arbeit. Zur Epistemologie der abendländischen Geschichte, Weinheim.
Sohn-Rethel, A. (1990): Das Geld, die bare Münze des Apriori, Berlin.
Sohn-Rethel, A. (1992): Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem »Mitteleuropäischen Wirtschaftstag«, hrsg. von C. Freytag, Berlin.
Toller, E. (1990): Eine Jugend in Deutschland, Leipzig.
Verhandlungen (1929): Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich. Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen, Tübingen.
Weber, A. (1935): Kulturgeschichte als Kultursoziologie, Leiden.
Zuckmayer, C. (1966): Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt a.M.



Giselher Wirsings »Zwischeneuropa«

Ein deutsches Föderationsmodell zwischen Ost und West

Dagmar Pöpping

1. Einleitung

Die Karriere des konservativen politischen Schriftstellers Giselher Wirsing begann in der Endphase der Weimarer Republik, erreichte in der Zeit des Nationalsozialismus ihren Höhepunkt und setzte sich ungebrochen bis in die siebziger Jahre der Bundesrepublik fort. Die erstaunliche Kontinuität seines Erfolges wirft zugleich die Frage nach dem politischen Selbstverständnis führender Kreise der deutschen Publizistik innerhalb dieses Zeitraumes auf.[1] Wirsing besaß die Fähigkeit, eine im Kern gleichbleibende konservative Argumentation mit den unterschiedlichen politischen Optionen der jeweiligen Machthaber in Übereinstimmung zu bringen. Sein Beispiel ist daher auch eine Gelegenheit, über die Obsessionen konservativer Theorie im zwanzigsten Jahrhundert nachzudenken.

Ein Merkmal Wirsings blieb über alle Zeitbrüche hinweg bis zu seinem letzten Buch *Der abwendbare Untergang* 1975 der Habitus eines politischen Visionärs. Die Versatzstücke seiner politischen Visionen bezog Wirsing aus einer kulturphilosophischen, soziologischen und ökonomischen Ausbildung, die er zuletzt am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften in Heidelberg erhalten hatte. Sie verlieh ihm das Ansehen eines seriösen Analytikers seiner Zeit.

Bereits während seiner Studienjahre in München, Königsberg, Riga, Berlin und Wien galt sein Interesse den osteuropäischen Ländern. Dorthin unternahm er ausgedehnte Reisen, als deren Ergebnis er seine Heidelberger Dissertation *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft* vorlegte, die er 1931

[1] Vgl. Schildt 1987, 344.

mit 24 Jahren bei Carl Brinkmann, dessen Assistent er seit 1929 war, eingereicht hatte.[2] Die Publikation der Dissertation in der Reihe der *Tat*-Schriften bei Eugen Diederichs im Jahr 1932 machte Wirsing schlagartig zu einem der bekannten Autoren der autoritär-antirepublikanischen jungkonservativen Generation[3] und bedeutete zugleich den Beginn seiner journalistischen Karriere. Im September 1933 übernahm er die Schriftleitung der *Tat* und im Oktober 1933 wurde er auf Vorschlag des Reichsführers der SS, Himmler, zum »Chefpolitiker« an die *Münchner Neuesten Nachrichten* berufen, mit deren Aufbau er in den folgenden Jahren befaßt war.[4]

Die *Tat* erlangte ihren Ruf als eine der führenden rechtskonservativ-antirepublikanischen Zeitschriften mit der Übernahme der Redaktion durch Hans Zehrer und seine drei Mitarbeiter, Ferdinand Fried (Friedrich Zimmermann), Leopold Dinggräve (Ernst Wilhelm Eschmann) und Giselher Wirsing.[5] Ihr Erfolgsrezept lag in der radikalen Verneinung der Weimarer Republik, die man vom »grundsätzlichen« her zu bekämpfen suchte.[6] Die Infragestellung der Weimarer Republik gab sich als komplexe ideologische Gegenposition zum »Geist von Versailles«, der als Ergebnis einer historischen Entwicklung, die mit den »Ideen von 1789« ihren verhängnisvollen Lauf begann und in der damaligen desolaten Lage Deutschlands und Europas ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, aufgefaßt wurde.[7] Die wirtschaftspolitische Selbstverortung der *Tat* in der »Dritten Front« zwischen Kapitalismus und Kommunismus und ihre Propagierung eines »nationalen Sozialismus«, wie Moeller van den Bruck ihn verkündet hatte, erklärt die

[2] Vgl. den handgeschriebenen Lebenslauf Wirsings vom 16. Juli 1938, SS-Offiziersakte Giselher Wirsing, Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf.

[3] Vgl. zur näheren Charakterisierung dieses Typus den Beitrag von *Guido Müller* zu diesem Band.

[4] Vgl. Lebenslauf Wirsing vom 16. Juli 1938, SS-Offiziersakte Giselher Wirsing, Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf; dies war zugleich der Beginn einer Kette von Leitungspositionen Wirsings bei führenden konservativen Zeitschriften Deutschlands, die bis 1970 nicht mehr abriß.

[5] Ihre Auflagenziffern stiegen von 1.000 vor 1929 auf 30.000 im Jahr 1932.

[6] So stellte beispielsweise Kracauer fest, der ›Tatkreis‹ bemühe sich nicht um die Lösung taktischer Probleme, sondern versuche aufgrund einer Gesamthaltung die Situation gleichsam strategisch aufzurollen; vgl. Kracauer 1977, 81.

[7] Mit Arthur Moeller van den Bruck und den politischen Ideen des durch ihn in Deutschland vermittelten Dostojewski suchte man der Weltanschauung des Westens, deren Zukunftlosigkeit man in Spenglers Untergangsvision des Abendlandes (1923) erwiesen glaubte, die Idee vom »Recht der jungen Völker« – das sind die Völker östlich des Rheins, Deutschland, Osteuropa und die Sowjetunion – entgegenzusetzen. Die jungen Völker des Ostens sollten der kapitalistisch erstarrten westlichen Zivilisation das Programm eines nationalen Sozialismus entgegensetzen.

anfängliche Nähe der *Tat* Hans Zehrers zum Nationalbolschewismus Ernst Niekischs.

Doch blieb die *Tat* zunächst ohne konkrete politische Option, was ihr den Vorwurf einhandelte, nicht über wirklichkeitsferne Begriffskonstruktionen hinausgekommen zu sein.[8] Erst als man begann, sich mit der Schleicherschen Querfrontkonzeption – eine Verbindung von Militär und Gewerkschaften in einem autoritären Staat – zu identifizieren und auf die Strasser-Gruppe innerhalb der NSDAP zu setzen, konkretisierte sich die politische Option der *Tat*.[9] Besonders Zehrer mußte sich durch sein Engagement für Schleicher nach der Machtergreifung Hitlers kompromittiert sehen und zog sich bis 1940 in das »innere Asyl« auf die Insel Sylt zurück.

Dies war die Stunde Giselher Wirsings, der 1933 die Nachfolge Zehrers übernahm und die Zeitschrift bis 1939 (ungewollt) wieder in die Bedeutungslosigkeit zurückführte. Ihre Auflagenziffern gingen bis 1937 auf vier- bis fünftausend Exemplare zurück. Sein »neues Konzept« der Zeitschrift bestand in der Abfassung »umfassender Frontberichte über das nationalsozialistische Aufbauwerk«.[10] Mit diesem Konzept unterschied sich die *Tat* nicht mehr von anderen gleichgeschalteten Zeitschriften des Dritten Reiches und büßte deshalb ihre Rolle als Sprachrohr eines kritischen und revolutionären Konservatismus schnell ein. Die Weiterführung der *Tat* unter dem neuen Namen *Das XX. Jahrhundert* von 1939 bis 1944 durch Wirsing und Eschmann setzte dem Anspruch, aktiv auf das Zeitgeschehen Einfluß nehmen zu wollen, endgültig ein Ende.[11] Da man die Revolution durch Hitler

[8] »Die Männer der ›Tat‹ sind – in ironischem Gegensatz zu diesem Namen – reine Intellektuelle. Das Grundmerkmal ihres Denken ist Dialektik, Begriffskonstruktion, abstrakte Deutungen der Zeitereignisse. Ein solches Denken ist seiner Natur nach willkürlich. Was Wunder, wenn es sich widerspricht, nicht nur im Laufe der Zeit, sondern oft, wie wir häufig genug sehen werden, in ein und derselben Betrachtung?«; Muralt 1932/33, 52.

[9] Zur Identifikation der *Tat* mit Schleicher vgl. von Klemperer 1962, 144; zur Verbindung des Tatkreises mit der »Schwarzen Front« Otto Strassers vgl. Schüddekopf 1973, 333.

[10] Fritzsche 1976, 311.

[11] Es ist anzunehmen, daß Wirsing seit 1939 für das Volksbildungswerk tätig war, denn seit Januar 1939 erfolgten Anfragen des kulturpolitischen Archivs der Reichsleitung der NSDAP an die Gauleitung München Oberbayern über Wirsings politische Zuverlässigkeit, um seinen offiziellen Einsatz für das Deutsche Volksbildungswerk zu ermöglichen. Die Beurteilungen seitens der Gauleitung waren durchweg vorzüglich. So schreibt die »Hauptstelle Politische Beurteilung« des zuständigen Gaupersonalamtes am 10. Mai 1939 an das kulturpolitische Archiv der Reichsleitung der NSDAP, daß der Angefragte Angehöriger des NSV und des Reichsverbandes der Deutschen Presse sowie aktiv in der SS im Range eines Hauptsturmführers sei (am 9.11.1939 wurde Wirsing zum Sturmbannführer

in vollem Gange sah, brauchte man sie auch nicht mehr selbst in Gang zu bringen.[12]

1936 übernahm Wirsing die stellvertretende Hauptschriftleitung, später die Chefredaktion der von Ferdinand Fried gleichgeschalteten *Münchener Neuesten Nachrichten*. Zudem wurde er Herausgeber der 1943 ins Leben gerufenen Propagandaillustrierten des OKW *Signal*. Letztere entsprach nach der Niederlage von Stalingrad der Absicht der nationalsozialistischen Führung, die eroberten Völker für eine positive, gegen den Bolschewismus gerichtete Europakonzeption zu gewinnen und dort für die Verteidigung der »neuen deutschen Ordnung« auf dem Kontinent in der Waffen-SS zu werben.

1945/46 nahm Wirsing zusammen mit dem deutschen Diplomaten Otto von Hentig[13] ein Angebot des amerikanischen Geheimdienstes an, einen Bericht über Stimmung und Lage der deutschen Bevölkerung zu erstellen. In diesem Zusammenhang schlug Wirsing den Amerikanern vor, Deutschland zu einer US-Kolonie, einem »USA-Kondominion«, zu machen. Nach solchermaßen unglaubwürdigen und erfolglosen Anbiederungsversuchen an die amerikanische Besatzungsmacht wurde Wirsing bis 1948 in einem englischen Internierungslager festgehalten, in dem die Konzeption seines Buches *Schritt aus dem Nichts*[14] entstand. Unmittelbar danach konnte er bereits zum im Impressum ungenannten Mitbegründer der konservativen Wochenschrift *Christ und Welt* werden.[15] 1954 übernahm er offiziell deren Herausgeberschaft von Klaus Mehnert und führte sie bis 1970 fort.

Wirsing veröffentlichte seit dem Erscheinen seiner Dissertation und neben seiner publizistischen Tätigkeit zahlreiche Bücher, so die auflagenstarke und in fast alle Sprachen übersetzte antiamerikanische Kriegsschrift von 1942 *Der maßlose Kontinent*, das 1944 noch kurz vor dem Zusammenbruch gedruckte *Das Zeitalter des Ikaros* und die Nachkriegsbesinnungsschrift *Schritt aus dem Nichts* von 1951. In einem Münchener Spruchkammerverfahren wurde der einstige SS-Sturmbannführer, der seit 1932 freiwillig bei der SS und später beim SD mitarbeitete, jedoch als Mitläufer eingestuft und

befördert). Sein soziales Verhalten sei ebenfalls vorzüglich; vgl. SS-Offiziersakte Giselher Wirsing, Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf.

[12] Vgl. Fritzsche 1976, 398.

[13] Werner-Otto von Hentig (1886-1984) war 1911-14 deutscher Gesandter in Peking und im Nahen Osten, 1924-1944 Gesandtschaftsrat und Generalkonsul in diversen Ländern, so z.B. in Bulgarien, den USA und den Niederlanden, 1947-49 im Außenamt der evangelischen Kirche sowie 1952-54 Botschafter in Djakarta.

[14] Wirsing 1951.

[15] Der Spiegel 1952, H. 18, 31-33.

zu einer Geldstrafe von 500 DM verurteilt; seine vermeintliche Distanz zur NS-Rassenlehre war ihm entlastend zugute gehalten worden.[16]

2. Zur Grundkonzeption von Wirsings ›Zwischeneuropa‹

Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft ist entgegen Wirsings eigenem Bekunden der Versuch einer revolutionären Utopie unter Berufung auf die Wirklichkeit. Die Auflösung dieses scheinbaren Paradoxons läßt die Konturen eines bislang kaum wahrgenommenen konservativen Utopiebegriffs sichtbar werden. Das Dilemma des jungen Konservatismus seit der Mitte der zwanziger Jahre war, daß man einerseits die bestehende politische Ordnung nicht mehr verteidigen wollte und sich mit revolutionärem Pathos der Zukunft zuwandte.[17] Andererseits wurde die politische Utopie, mit der man die großen gesellschaftlichen Zukunftsutopien des 19. Jahrhunderts in der Tradition der Aufklärung, Liberalismus und Marxismus, identifizierte, als realitätsfern und intellektuell abgehoben zurückgewiesen.[18]

Da es aber darum ging, mit der Weimarer Republik die gesamte politische Entwicklung der Moderne zu überwinden, kam man nicht ohne eine Gegenutopie aus.[19] Deshalb suchte man, um sich vor konkurrierenden linken

[16] Vgl. dagegen Wirsing 1977, 919; dort heißt es: »Der Rassegedanke z.B. wird, abgesehen von unserer konsequenten Bekämpfung und Ausrottung des Judentums, jetzt nicht mehr besonders hervorzuheben sein. Er wird vielmehr den Charakter einer Geheimlehre erhalten müssen, die in der Partei und dem Heer als der Kern des Reiches lebendig erhalten wird.« Noch 1951 sah Wirsing in den Vertretern des »liberalen Massenzeitalters«, den »angelsächsischen Imperialisten« und den »Panslawisten«, seine Hauptgegener, deren universale Ideologien er auf das Erbe des »Stammes Israel« zurückführte, Wirsing 1951, 23.

[17] Mohler 1978, 68.

[18] Noch 1951 behauptete Wirsing in einer Reflexion über das utopische Denken: »Der konservative Mensch war von jeher gegen die Träume der Utopisten gefeit,« stellte jedoch fest, daß die konservative Antwort auf die Fragen der Zeit, d.h. den industriellen Massenstaat, ausgeblieben sei. Daher wäre es es notwendig gewesen, einen neuen Mythos der Integration der verschiedenen Schichten der Gesellschaft zu schaffen. Die Tragik aller konservativen Kräfte in Europa sei es gewesen, keine mythenbildende Kraft für eine solche Reintegration besessen zu haben; Wirsing 1951, 173f.

[19] Bei Kondylis heißt es in seiner Konservatismusstudie: »Mit der koketten, d.h. im Grunde intellektuelle Überlegenheit für sich beanspruchenden Theoriefeindlichkeit der Konservativen hängt ihre erklärte Vorliebe für das ›empirisch Gegebene‹ und ›Konkrete‹ zusammen.« Kondylis macht deutlich, daß auch der »Option für die Realität« eine zuvor getroffene abstrakte erkenntnistheoretische Unterscheidung zugrunde liegen muß und macht auf den »logischen Fehler« der Konservativen aufmerksam, die eigenen Zweckvor-

Utopiemodellen zu legitimieren, die eigene Utopie auf zweifache Weise in der historischen Wirklichkeit zu verankern. Zum einen erfolgte ihre Verlagerung in das Mittelalter, d.h. in den Zusammenhang einer vermeintlich realen Geschichte. Zum anderen bediente man sich, wie schon Mannheim gezeigt hat, einer Argumentationsfigur Hegels, der die eigentlich utopischen und ideellen Momente seiner Geschichtsphilosophie in der geschichtlichen Welt bereits angelegt sah.[20] So galten beispielsweise ständestaatliche Organisationsformen deshalb nicht als weltfremde Utopien, weil ihr Ursprung in eine historisch verortbare Zeit zurückverfolgt werden konnte und sie in manchen Entwicklungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre in Rudimenten auffindbar schienen.

Giselher Wirsing stand 1931 exemplarisch für die junge, von Moeller van den Bruck inspirierte Generation, die sich nicht mehr mit Kritik begnügte, sondern aktiv an der Wende zu einem neuen Zeitalter teilnehmen wollte, ohne dabei die konservative Bindung an »vorhandene« Realitäten aufgeben zu müssen.

›Zwischeneuropa‹ versteht sich selbst als ein föderalistischer Europaentwurf, der nur auf dem historischen Hintergrund der nach dem Ersten Weltkrieg von verschiedenen Seiten forcierten Einigungsbestrebungen in Europa zu begreifen ist. Dem lag ein mit dem Ende des Ersten Weltkrieges einsetzendes Krisenbewußtsein zugrunde, das den sichtbaren wirtschaftlichen und politischen Bedeutungsverlust Europas widerspiegelte: Der Ausfall europäischer Lieferanten im Exportgeschäft hatte die USA, Kanada und Japan zu wirtschaftlichen »Nutznießern« dieses Krieges gemacht. Hinzu kam die einsetzende Industrialisierung großer außereuropäischer Märkte während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, die somit unabhängig von Europa wurden.[21] Darüber hinaus hatte sich mit der russischen Revolution im Bewußtsein der Zeitgenossen das politische Weltgeschehen auf eine »außereuropäische Macht« verlagert, so daß europäische Politik nicht mehr mit Weltpolitik gleichzusetzen war.[22]

Die wichtigsten Institutionen der europäischen Einigungsbestrebungen innerhalb Deutschlands waren die vom »Habsburger Mythos« inspirierte Paneuropabewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi und der mit dieser konkurrierende, versteckt revisionistisch operierende ›Verband für europäi-

stellungen mit dem Realismus überhaupt zu verwechseln; Kondylis 1986, 19f.; vgl. auch den zeitgenössischen Aufsatz von Muralt 1932/33.

[20] Mannheim 1929, 202.

[21] Predöhl/Jürgensen 1963, 371.

[22] Vgl. Rosenstock-Huessy 1931, 521; vgl. auch Bracher 1982, 131.

sche Verständigung‹ (VEV), vertreten durch Wilhelm Heile und Alfred Nossig, hinter dem das Auswärtige Amt und die Politik Stresemanns stand. Die Politik des VEV gründete auf der Annahme, daß eine Verständigung mit Frankreich die unabdingbare Voraussetzung für eine Revision deutscher Interessen in Osteuropa war. Ende der zwanziger Jahre setzte sich gegen diese eher gesamteuropäisch orientierten Einigungsbestrebungen eine an der deutschen Beherrschung Mitteleuropas orientierte Mitteleuropabewegung durch, deren Hintergrund die deutsch-französische Konkurrenz bei der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung dieses Raumes war.[23]

Es ist anzunehmen, daß Wirsings *Zwischeneuropa* eines der wirkungsvollsten Plädoyers dieser deutschen Mitteleuropabestrebungen war. Das Buch richtete sich politisch in erster Linie gegen das Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionplanes vom 21. März 1931, der zu einem regional begrenzten Wirtschaftsprotektionismus – mit dem Ziel einer deutschen industriellen Beherrschung Osteuropas – führen sollte. Dahinter standen die Interessen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.[24] Das Scheitern dieses Zollunionsplanes hatte in der deutschen Publizistik vermehrt zu der Forderung nach einer ›Großraumwirtschaft‹ in Südosteuropa geführt, einer Konzeption, die später von den Nationalsozialisten aufgenommen wurde.[25]

Die Vision eines ›Zwischeneuropa‹ wurde von Wirsing in einen globalen geschichtlichen Prozeß der Herauslösung Deutschlands und der anderen »jungen Völker«, das sind die ost- und südosteuropäischen Staaten, aus dem Abendland gestellt:

> »Es ist noch keineswegs entschieden, in welchen Formen sich der Ablösungsprozeß Deutschlands vom Abendlande vollziehen wird. Dies gilt aber ebenso für die östlichen und südöstlichen Staaten zwischen Deutschland und Rußland. Der Begriff ›Zwischeneuropa‹ scheint uns für dieses Gebiet besonders treffend, weil der gesamte Lebensprozeß

[23] Vgl. Frommelt 1977.

[24] Dem Langnam-Verein der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gelang es am 13.2.1931, den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag durch eine Umgründung zu dominieren; vgl. ebd., 86.

[25] Frommelt 1977, 84 und 99; ähnlich auch die Einschätzung Heckers: »So scheint es insgesamt berechtigt, in der ›Zwischeneuropa‹-Idee und der ›Mitteleuropa‹-Konzeption des ›Tatkreises‹ einen Ansatz zu einem kontinental gerichteten Imperialismus zu sehen, der sich bei aller Verschiedenheit einzelner Erscheinungen an die von der *Tat* so heftig abgelehnten Vorbilder anschließt und auf den späteren nationalsozialistischen Realisierungsversuch hinweist, auch wenn er nichts von dessen systematischer Unmenschlichkeit erkennen läßt«; Hecker 1974, 177.

dieser Völker durch die Zwischenstellung zwischen Ost und West fundamental geformt worden ist.«[26]

Wirsing beanspruchte für den von dem Geographen Albrecht Penck[27] übernommenen Begriff ›Zwischeneuropa‹ einen geschichtlichen, soziologischen und politischen Geltungsbereich, der sich grundsätzlich von der sogenannten abendländischen Tradition unterscheiden sollte. Er grenzte sich selbst von dem sachlich weitgehend mit ›Zwischeneuropa‹ identischen, von Friedrich Naumann geprägten Mitteleuropabegriff ab. Da der Begriff ›Mitteleuropa‹ im Zeithorizont des Ersten Weltkrieges entwickelt wurde, sei er der abendländischen Tradition zuzuordnen. Der Erste Weltkrieg aber galt Wirsing als End- und Höhepunkt der imperialistischen Epoche der europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts, die auch begrifflich zu überwinden war. ›Zwischeneuropa‹ bezeichnete daher für ihn den Beginn einer neuen Zeit, die das ›Zeitalter des Imperialismus‹ ablösen sollte.[28]

Es handelte sich also weder begrifflich noch inhaltlich um originäre politische Ideen Wirsings, der eine von Moeller van den Bruck in der Auseinandersetzung mit Oswald Spengler entwickelte Argumentation aufgriff: Wirsings Imperialismusbegriff stützte sich zunächst auf den von Spengler postulierten Zusammenhang von Abendland, westlicher Zivilisation und Imperialismus.[29] Spengler hatte seine These vom Untergang des Abendlandes mit der »kulturmorphologischen« Feststellung begründet, daß sich das Abendland im 19. Jahrhundert von einer »Kulturgemeinschaft« in eine »Zivilisation« hinein entwickelt habe und damit in die Endphase seiner Geschichte eingetreten sei. Sein Zivilisationsbegriff beinhaltete alle seit Fichte bekannten Topoi konservativer Kulturkritik und bezeichnete das durch die Grundsätze der Aufklärung und der französischen Revolution geprägte 19. Jahrhundert als traditionsloses, versteinertes, rein mechanischen Gesetzen folgendes Massenzeitalter. Dieser Imperialismus als »extensive« politische Form des »demokratischen Massenzeitalters«, die einzig auf quantitative territoria-

[26] Wirsing 1932, 7; ›Zwischeneuropa‹ meint das Baltikum, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien. Deutschland und Österreich sind in der Darstellung Wirsings immer bereits als ein Staat behandelt; vgl. die Karte im Anhang zu ebd.

[27] Albrecht Penck (1858-1945), Professor der Geographie in Wien und Berlin, bildete die Methode der praktischen Anwendung der Geographie auf völkische und politische Fragen aus und prägte 1916 den Begriff ›Zwischeneuropa‹ als »Zwischenzone der großen Kampfmächte«; vgl. dazu Penck 1915.

[28] Wirsing 1932, 8.

[29] Spengler 1923.

le und finanzielle Ausdehnung ausgelegt war, stellte nach Spengler das »natürliche« Endstadium einer jeden Zivilisationsepoche dar, mit der die Geschichte einer Kultur unweigerlich zu enden hatte.

In dem Bemühen, Deutschland vor dem Spenglerschen Verdikt des Unterganges zu retten, hatte Moeller van den Bruck Europa in eine westliche und eine östliche Hälfte geteilt, deren Grenze nicht zufällig zwischen Deutschland und Frankreich verlief. Zum Untergang fand er nunmehr nur noch den Westen Europas verurteilt, der alle Zeichen westlich dekadenter Zivilisation trug, während die »jungen Völker des Ostens« ihrer geschichtlichen Stunde erst noch entgegensehen konnten.[30]

Der Begriff ›Zwischeneuropa‹ umfaßte für Wirsing neben der Herauslösung aus den westeuropäischen Traditionen auch die Abgrenzung gegen den östlichen Bolschewismus, dessen Grundlagen er ebenfalls in den materialistischen und liberalen Utopien des 19. Jahrhunderts verankert sah. Sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus galten ihm als eine Erscheinung des verhaßten, die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen nivellierenden Massenzeitalters. Die Elitetheorien Ortega y Gassets und Vilfredo Paretos, die bereits sein Lehrer Brinkmann vertrat, standen bei der Entwicklung eines Europakonzeptes, das Gesellschaftsmodell und Föderationskonzept zugleich sein sollte, Pate. Dagegen verwarf er die Paneuropaidee des Grafen Coudenhove-Kalergi, weil sie Frankreich, das für Wirsing das imperialistische und liberale 19. Jahrundert verkörperte, miteinbezog.[31]

Die politische Hauptstoßrichtung der Wirsingschen Zwischeneuropakonzeption richtete sich gegen Frankreich. Dies ist nur vor dem Hinter-

[30] Nur die bislang noch nicht geschichtlich wirkungsmächtig gewordenen »jungen Völker« des Ostens, die schon deshalb von dem von Spengler prophezeiten Untergangsschicksal verschont würden, weil sie als Verlierer des Ersten Weltkrieges von der allgemeinen Weltgeschichte vorläufig ausgeschlossen seien, könnten die Träger einer neuen und zukunftsträchtigen Weltkultur sein, da sie sich anders als die dekadente Zivilisation Frankreichs auf einen lebendigen und unverbrauchten Kulturorganismus stützen könnten; vgl. Moeller van den Bruck 1932, 32. Hecker hebt jedoch hervor, daß es sich hier um einen Etikettenschwindel des ›Tatkreises‹ handelt. Um dem Imperialismusverdacht zu entgehen, wurde die intendierte deutsche Außenpolitik gegenüber Ost- und Südosteuropa als »Raum«-Innenpolitik bezeichnet, die von einer »natürlich« gegebenen geologischen, soziologischen und ökonomischen Raumeinheit ausging und daher den Verdacht eines deutschen Imperialismus, dessen klassische Definition an die Außenpolitik einer Nation gebunden war, ausschloß; vgl. Hecker 1974, 168; vgl. auch von Klemperer, der wie Hecker zu dem Schluß kommt, daß Wirsings Zwischeneuropa letztlich nur eine agressive Version von Naumannns Mitteleuropagedanken ist, die der nachträglichen Erlangung eines wesentlichen deutschen Kriegsziels, der Hegemonie Deutschlands in Mittel- und Osteuropa, dienen sollte; vgl. von Klemperer 1962, 142; Hecker 1974, 178.

[31] Vgl. Wirsing 1932, 10.

grund der üblichen zeitgenössischen deutschen Kritik am Europa der Versailler Nachkriegsordnung zu verstehen: Deutschland hatte mit der Kriegsniederlage seine traditionellen Einflußsphären in Ost- und Mitteleuropa an Frankreich verloren, das mit den neugegründeten Staaten der zerfallenen Mittelmächte Militärbündnisse einging und auch seinen wirtschaftlichen Einfluß in diesen Gebieten geltend machte. Von dieser Situation der ohnmächtigen Konkurrenz mit Frankreich um die Dominanzstellung in Mitteleuropa ausgehend entwickelte Wirsing ein deutsches Europamodell, das in seiner Argumentation an Alfred Webers *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa* von 1925 erinnert,[32] denn auch Weber teilte unter dem Eindruck der Versailler Nachkriegsordnung Europa in Frankreich und die geschlagenen Mittelmächte auf.[33] Er wies Deutschland dabei die Aufgabe zu, solange Frankreich an seiner historischen »Verknechtung« Europas festhalte, das »Vorvolk« zu sein, das eine neue Form des europäischen Staatsgedankens zu vertreten habe.[34] Dies sollte der Anfang eines vollkommen neuen Zeitabschnittes sein, dem aber bereits die Realität eines unzerbrochenen europäischen Wirtschaftskörpers entsprach.[35]

Nach Webers Auffassung existierte Europa trotz seiner »Zertrümmerung« als geistiger und materieller Geschichtskörper »untergründig« weiter.[36] Dieser wurde für ihn als wirtschaftliches Kraftfeld sichtbar, das als »materieller Zukunftskörper Europas« nur noch um seinen politischen Ausdruck ringe.[37] Das Modell ist aus der nationalen Konkurrenzsituation um den Einfluß in Mitteleuropa entstanden und als Alternativmodell einer übernationalen Organisation Europas entwickelt worden. Die nationale Aufgabe Deutschlands wurde darin gesehen, diese übernationale Ordnung zu stiften. In diesem Zusammenhang schien es notwendig, zu beweisen, daß es sich dabei nicht um einen Akt deutscher Willkür handelte, sondern daß der europäischen Idee bereits eine historische Realität zugrunde lag.

[32] Hier sollen nur inhaltliche Berührungspunkte zwischen Alfred Weber und der Zwischeneuropakonzeption Wirsings hervorgehoben werden.

[33] Vgl. Weber 1925. Danach fielen die kleinen Nationen Osteuropas, die Nachfolgestaaten der geschlagenen Mittelmächte, die kaum zu politisch und wirtschaftlich eigenständigem Leben fähig waren, automatisch unter den Einfluß des imperialen, nur »halbeuropäischen« Frankreich, wie es sich schon in der »kleinen Entente« andeutete. Frankreich galt Weber als halbeuropäische Macht, da es seinen Kolonialbesitz außerhalb Europas in Afrika hatte; vgl. ebd., 156.

[34] Damit war in erster Linie die Aufhebung der Aufsplitterung Mitteleuropas in kleine lebensunfähige Nationalstaaten gemeint.

[35] Vgl. Weber 1925, 172.

[36] Vgl. ebd., 159.

[37] Vgl. ebd., 161 und 172.

Um den Nachweis eines in der Realität bereits vorhandenen Geschichtskörpers ›Zwischeneuropa‹ ging es Wirsing in seiner Dissertation. In Anlehnung an Rudolf Smends Integrationslehre suchte er die »raumintegrierenden« Kräfte einer gleichläufigen soziologischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der Staaten Zwischeneuropas nachzuweisen. Auf dieser Grundlage entwarf er seinen »Zukunftskörper Europa« in Form einer deutsch-österreichisch zwischeneuropäischen Föderation. Die gemeinsame Soziologie des zwischeneuropäischen Raumes meinte Wirsing in der parallelen historischen Ablösung der jeweiligen Herrschaftseliten zu erkennen. Danach war in allen Regionen Zwischeneuropas der Adel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der neuen Herrschaftselite, dem Bürgertum, verdrängt worden; und das Bürgertum wurde wiederum vom revolutionären Bauerntum abgelöst. Das »erstarrende Denksystem« der Intelligenz, in dem Wirsing das »mechanische Zeitalter« des 19. Jahrhunderts und die »Ideen von 1789« verkörpert sah, stand für ihn gerade im Begriff, durch ein neues Lebenssystem der ländlichen Völker ersetzt zu werden.[38]

Die Gleichläufigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Staaten Zwischeneuropas barg für Wirsing bereits den Ansatzpunkt einer revolutionären Umwälzung der Region in sich. Die Wirtschaftskrise und die Schwäche des kapitalistischen Bürgertums in Zwischeneuropa habe die Wirtschaft mehr und mehr in die Hände der erst nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Nationalstaaten gelangen lassen. Diese nationalstaatliche »Gegenintegration« war für ihn daher das Ergebnis einer Fehlentwicklung im mitteleuropäischen Raum nach dem Ersten Weltkrieg, die den »natürlich« zusammenhängenden Gesamtraum Zwischeneuropas auseinandergerissen hatte.[39]

Doch selbst in den neuen Nationalstaaten Mitteleuropas vermochte Wirsing die Rudimente einer Entwicklung in die richtige Richtung zu entdekken: Das zukunftsweisende Moment der nationalstaatlichen Struktur lag für ihn in der Entwicklung zur Wirtschaftsdiktatur, die die Möglichkeit gewähren sollte, den zwischeneuropäischen Raum aus der freien Weltwirtschaft herauszulösen. Nur ein wirtschaftsprotektionistischer Staat könne mittels Privilegienvergabe an seine Handelspartner eine raumwirtschaftliche Zusammenarbeit erwirken. Mit den bestehenden Diktaturen Ost-Südosteuropas sei die Entwicklung zum Föderalismus quasi automatisch eingeleitet,[40]

[38] Vgl. Wirsing 1932, 135. »Das Grundelement Zwischeneuropas«, hieß es in dem frühen *Tat*-Aufsatz Wirsings *Richtung Ost-Südost. Das Raumbild des neuen Deutschland*, »aber bleibt: der Bauer«; Wirsing 1929/30.

[39] Vgl. Wirsing 1932, 174 und 209.

[40] Vgl. ebd., 230f.; Wirsing nennt das »nationalen Föderalismus«.

der zunächst nicht mehr bedeutete als die »raumwirtschaftliche« Zusammenarbeit einzelner Nationalstaaten.[41] Wirtschaftsprotektionistische Maßnahmen der neuen Nationalstaaten Zwischeneuropas sollten die Region in eine rein landwirtschaftliche Zone zurückentwickeln, die ihren Absatzmarkt in Deutschland finden würde; Deutschland dagegen sollte in Zwischeneuropa einen sicheren Absatzmarkt für seine Industriegüter finden.[42]

Im Verhältnis Deutschland-Zwischeneuropa definierte sich Föderalismus für Wirsing allerdings als ein weit über die wirtschaftliche Kooperation hinausgehendes Modell. Schon in *Richtung Ost-Südost* hatte er behauptet, das Problem einer deutsch-zwischeneuropäischen Föderation sei nur mit der Entscheidung über die künftige »deutsche Volksordnung« zu lösen. Eine soziale Umwälzung in Deutschland könne ihren letzten Sinn erst dann finden, wenn ihr der Anschluß über die Grenzen gelinge.[43] Damit machte Wirsing ein innenpolitisches Programm, das sich aus der Kritik an der Weimarer Republik herleitete, zum politischen Zukunftsprogramm für den gesamten zwischeneuropäischen Raum.[44]

Der postulierte »Schicksalszusammenhang« des antikapitalistischen Deutschland mit den antikapitalistischen »Bauernländern« des Ostens sollte in der gemeinsamen Opferrolle der deutschen Mittelschichten sowie der deutschen Arbeiterschaft und des antikapitalistischen osteuropäischen Bauerntums gegenüber der kapitalistischen Großindustrie liegen. Das antikapitalistische Deutschland würde seine Ergänzung nur in den antikapitalistischen Bauernländern des Ostens finden. Solche Aussagen nahmen bewußt populäre nationalbolschewistische Schlagworte auf, wie sie der ›Bund Oberland‹, dem Wirsing seit 1923 angehörte, in Annäherung an Ernst Niekischs

[41] Vgl. Rupnik 1990, 65; dort unterscheidet Rupnik zwischen einem ›Mitteleuropa der Nationalstaaten‹, die ihre Identität nach dem deutschen nationalstaatlichen Modell von Ethnie und Sprache definieren und einem ›Zentraleuropa‹ mit regionalen und übernationalen Beziehungen, für das der »habsburgische Mythos« Modell steht.

[42] Wirsing 1932, 23; für Wirsing hat auch die Standortlehre Alfred Webers Pate gestanden. Wirsings Modell bedeutet jedoch nichts anderes als die Forderung an die zwischeneuropäischen Staaten, ihre Industrialisierungsbemühungen aufzugeben; vgl. Hecker 1974, 169. Die Reduktion Zwischeneuropas auf ein reines Agrargebiet diente dem Interesse deutscher Revisionspolitiker, einen Ersatz für den durch den Weltkrieg bedingten Verlust der deutschen Exportmärkte in Übersee durch das Ausweichen nach Mitteleuropa zu finden, um die wirtschaftliche Autonomie Deutschlands zu sichern; vgl. ebd., 164.

[43] Vgl. Wirsing 1929/30, 629f.

[44] Hier wird deutlich, inwiefern man von Föderalismus als einer Weltanschauung sprechen kann, deren Kennzeichen es ist, aus einem Prinzip eine universale Geltungsordnung für innenpolitische und innergesellschaftliche Probleme sowie für die außenpolitische Integration zu beanspruchen; vgl. dazu Heil 1995.

Widerstandsbewegung und in der Nachfolge Moeller van den Brucks vertreten hatte.[45]

Wirsings Argumentation lag ein »raumgebundenes« Denken zugrunde, welches jeder Region eine spezifische, nur ihr angemessene sozial-ökonomische Existenzform zuordnete. Die soziale und wirtschaftspolitische Situation der Staaten Zwischeneuropas wurde dabei ganz nach den Bedürfnissen deutscher Interessenpolitik ausgelegt. Seine ökonomischen Ordnungsvorstellungen über den ost-südosteuropäischen Raum beschränkten sich auf die Definition Zwischeneuropas als rein agrarischen Wirtschaftsraum. Darüber hinausgehende Ideen entwickelte er nicht: Zunächst wollte er die Agonie der Demokratie abwarten, bevor er bereit war, über ein konkretes Bild der Föderation nachzudenken.[46] Mit jedem Jahr der Krise sah er jedoch den Boden für einen neuen politischen Aufbau »lockerer« werden. Dergestalt im Unverbindlichen verharrend erfahren wir nichts weiter, als daß Föderalismus die Synthese zwischen Staatsspitze und natürlichen Selbstverwaltungskörpern sei, eine Definition, die kaum mehr als eine schemenhafte Umschreibung eines beispielsweise schon von Adam Müller oder dessen Interpreten in den zwanziger Jahren, dem Wiener Ständestaatsphilosophen Othmar Spann, geforderten autoritären Ständestaatsmodells war.

Der bei der *Tat* für das Ressort Außenpolitik zuständige Wirsing fand schließlich kein anderes Konzept für die übernationale Integration Europas als die wirtschaftliche Revolution innerhalb Deutschlands, deren Antikapitalismus und Antikommunismus sich im autoritären Ständestaat manifestieren sollten. Der autoritäre Staat sollte die Priorität vor den unkontrollierbaren Kräften der Wirtschaft haben; die hierarchische Ständegliederung sollte die Aufhebung der nivellierten Massengesellschaft, wie er sie im Kommunismus verkörpert sah, garantieren. Das außenpolitische Programm eines deutsch-europäischen Wirtschaftsgroßraumes erschöpfte sich in dem Programm eines Bundes gleichstrukturierter merkantiler Nationalstaaten, die von Deutschland wirtschaftlich und politisch angeführt werden sollten.[47]

[45] SS-Offiziersakte Giselher Wirsing, Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Zehlendorf. Der ›Bund Oberland‹ sowie der ›Tatkreis‹ galten Otto Strasser, der sich am 4.7.1930 mit dem Aufruf »Die Sozialisten verlassen die NSDAP« von der NSDAP trennte und die »Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten« gründete (ab 1932 »Schwarze Front«), als »gleichgesinnte Organisation von rechts«. Der ›Tatkreis‹ unterhielt seit 1931 enge Beziehungen zur Strasser-Bewegung; vgl. Schüddekopf 1973, 330ff.

[46] Vgl. Wirsing 1932, 305 und 313f.

[47] Insofern kann Wirsing nicht als »guter Föderalist« (Nurdin 1992) bezeichnet werden, der gar nicht bemerkt hätte, daß für den Nationalsozialismus das Nationalstaatsprinzip von überragender Bedeutung war. Denn der Föderalismus bei Wirsing richtete sich einzig

3. *Wirsings Europakonzept im Zweiten Weltkrieg*

Wirsing feierte den Zweiten Weltkrieg als die kathartische Reinigung von der Krise des bürgerlichen Zeitalters. Besonders die Deutschen seien durch den Krieg, da sie nun einmal im Zentrum des Weltgeschehens stünden, zu einer höheren Bewußtheit für die Probleme des Zeitalters gelangt.[48] Als 1940 Frankreich und die osteuropäischen Staaten unter deutscher Herrschaft standen, brauchte Wirsing seine undeutlich gehaltenen Föderationspläne nicht zu ändern. Das Schlagwort von der »schicksalhaften Aufgabe« Deutschlands gegenüber den an »schöpferischen Ideen armen Völker[n] Osteuropas« wurde in allen Variationen wiederholt und stilisiert. Dieses Mal richtete sich seine politische Stoßrichtung jedoch gegen den Kriegsgegner England. Wirsing bediente sich dabei des von Carl Schmitt in die Diskussion geworfenen Schlagwortes von der ›Monroedoktrin für Europa‹, welche dieser als ein Interventionsverbot raumfremder Mächte zu dem augenscheinlichen Zweck, England aus dem Krieg herauszuhalten, formuliert hatte.[49]

Seine seit 1939/40 regelmäßig erscheinenden Leitartikel in *Das XX. Jahrhundert* zeigen, wie bedingungslos er sich in seinen Proklamationen der »deutschen Schicksalsaufgabe« im »Nahen Osten Europas« mit der Außenpolitik des ›Dritten Reiches‹ identifizierte.[50] Das neue Ordnungsprinzip, aus der innenpolitischen Idee der Verbindung von Nationalismus und sozialistischer Gemeinschaft erwachsen, hatte Wirsing schon 1930 als übernationale Ordnungsidee für den deutsch-südosteuropäischen Großraum proklamiert. Nun sah er es vor seine Verwirklichung gestellt. Der Nationalsozialismus,

auf die Abschaffung der Souveränität der (süd-) osteuropäischen Nationalstaaten zugunsten einer deutschen Hegemonie. Eine solche Art der »Arbeitsteilung« föderalistisch zu nennen, ist m.E. nicht haltbar; vgl. dazu auch die Europaauffassung Moeller van den Brucks: »Der Weltkrieg hat darüber entschieden, daß Europa, sofern es überhaupt sein wird, in Nationen sein wird«; Moeller van den Bruck 1932, 205; nur vor diesem Hintergrund ist auch das von Moeller van den Bruck geprägte Schlagwort vom »Völkersozialismus« zu verstehen, das einzig auf die Wiederherstellung einer gleichberechtigten Rolle der deutschen Nation in Europa zielte; vgl. ebd., 37.

[48] Vgl. Wirsing 1944, 50; Wirsing sieht seit 1914 Europa in einer historischen Krise, in der nur die mitten im Krieg stehenden Nationen zu einer »mit der Zeit wirklich verbundenen Meditation« fähig seien. »Von allen kriegführenden Völkern aber kommt den Deutschen in dieser Weltkrise eine besondere und wirklich einzigartige Rolle zu ..., weil es [Deutschland] in der Tat am weitesten in das neue Zeitalter vorgestoßen ist und dadurch alle Kräfte, die allein auf die Bewährung des Bestehenden bedacht waren, gegen sich wachrufen mußte.«

[49] Vgl. Schmitt 1977.

[50] Vgl. Wirsing 1939/40, 1f.

als Überwinder des Nationenbegriffs gefeiert, wurde zum Vollender einer globalen, sich von Ost nach West vollziehenden Revolutionsepoche, die nun die Ideen von 1789 in Europa endgültig verdrängt habe.[51]

Doch seit 1942 war auch die deutsch-südosteuropäische Föderation kein Thema mehr. Als Kriegsberichterstatter an der Ostfront dachte Wirsing ganz konform zum Kriegsverlauf bereits über die »Eingliederung der Russen nach Europa« nach. Darunter verstand er eine »sozialistische Großraumwirtschaft« mit ständestaatlich gegliedertem Gesellschaftssystem, die auf der freiwilligen Unterordnung aller eroberten Ostvölker unter die deutsche Ordnung beruhen sollte. Auch hier bekundete Wirsing wenig Interesse an einer Konkretisierung dieses Programms. Dies blieb weiterhin dem »nüchternen Realismus des 20. Jahrhunderts« vorbehalten, dem er sich als intellektueller Zeitgenosse bequem unterwerfen konnte, nachdem die »utopische Geschichtsepoche weltfremder Systeme des 19. Jahrhunderts« aus den Köpfen lebensferner Intellektueller durch die Nationalsozialisten endgültig überwunden war. Letztere wurden damit zu Garanten für die politische Gegenwartsorientierung von Journalisten wie Wirsing, die ihre ursprüngliche Zielsetzung, als Vordenker einer neuen Zeit gelten zu wollen, vergaßen, um sich als Interpreten einer von ihnen nunmehr unbeeinflußten politischen Realität zu betätigen.[52] Mit dem Topos des nüchternen Realismus gelang es Wirsing, sich jeder Realität des ›Dritten Reiches‹ zu unterwerfen. Sein »vertraulicher Rat« an die für die eroberten Ostgebiete zuständigen SS-Stellen beschränkte sich dann auch ganz auf die Reflexion der jeweils besten Herrschaftstechniken.[53]

Infolge der sich abzeichnenden Kriegsniederlage Deutschlands vollzog Wirsing eine erneute Wendung. Deutschland stand nun nicht mehr für die

[51] Vgl. Wirsing 1940/41, 135; auch hier handelt es sich um eine Übernahme der Ideen Moeller van den Brucks.

[52] Vgl. Wirsing 1939/40, 2. Für Wirsing hatte das 20. Jahrhundert zwei Hauptmerkmale: erstens das Ende der freien Räume, d.i. die Aufteilung der Welt in globale Kraftzentren (Japan, Amerika, China, Sowjetunion ect.). Dieser Gedanke verweist auf Alfred Weber, der 1925 in seiner *Krise des modernen Staatsgedankens in Europa* bereits bemerkte, daß es nicht mehr um die Ausbalancierung des europäischen Gleichgewichts gehe, sondern um die »Eingliederung oder Nichteingliederung der europäischen Mitte in eine imperialistische Erdaufteilung«; Weber 1925, 155. Die ganze Erde, so Weber, sei von eigenen uneuropäischen Geschichtskörpern übersäht, weshalb Europa gezwungen sei, die Verschiedenheit seiner Körper wieder in Bezug zu seiner Einheit zu setzen; vgl. ebd., 161. Zweitens sah Wirsing das Ende der optimistischen Menschheitsutopien – das sind für ihn die liberale und die marxistische Utopie – gekommen, denen er den »nüchternen Realismus« des 20. Jahrhunderts, d.i. die nationalsozialistische Idee, entgegensetzte; vgl. Wirsing 1939/40, 2.

[53] Vgl. Wirsing 1977.

der neue Ordnung im Osten gegen das westliche Europa, sondern als Verteidiger des gesamten »humanistischen« Europa gegen den Angriff des asiatischen Bolschewismus und gegen die andere »raumfremde« Macht USA. Dies war auch die Linie seiner Propagandaillustrierten für die eroberten europäischen Völker *Signal* und die Rede seines noch 1944 erschienen Buches *Das Zeitalter des Ikaros*.

Kurzerhand hatte er für die Zeit nach dem Sieg die Vorstellung eines europäischen Kontinents, »einig in seinen souveränen Völkern, als Machtfaktor zwischen dem Sowjetismus und Amerikanismus« entwickelt.[54] Das von ihm skizzierte Bild lebte dabei von der Schreckvision eines geschlagenen Nachkriegseuropas, das nur noch »Luftprovinz« der beiden auf Weltherrschaft ausgerichteten Universalismen und »ungeheuren Giganto-Moloche«, Amerika und Sowjetunion, sein würde:[55]

> »Wenn wir heute von »europäischer« Politik sprechen ..., so kann es sich nur darum handeln, daß wir zunächst gegen die Giganto-Moloche der antieuropäischen Gewalten diese Kultureinheit, aus der wir alle sind, leben und werden, erhalten, darüber hinaus aber sie kraftvoll fortentwickeln. Daß diese Kraft in Europa vorhanden ist, ... hat mehr als alles andere der gemeinschaftliche Kampf der europäischen Nationen im Osten bewiesen.« [56]

4. *›Schritt aus dem Nichts‹ nach 1945*

Mit dem Buch *Schritt aus dem Nichts*, dessen Untertitel »Perspektiven am Ende der Revolutionen« auf Carl Brinkmanns 1948 erschienene *Soziologische Theorie der Revolution* inhaltlich verweist, meldete sich Wirsing nach dem

[54] Wirsing 1943.

[55] Der propagandistische Effekt solcher Sätze im deutsch-europäischen Ausland spielte für den nationalsozialistischen Endkampf keine unerheblich Rolle. Daß das Propagandaministerium für *Das Zeitalter des Ikaros* zu einem so späten Zeitpunkt angesichts der Papierknappheit überhaupt noch die notwendige Papierzuteilung bewilligt hatte, ist ein Hinweis auf die Einstufung der Schrift als »kriegswichtig«; vgl. Neulen 1987, 55; Neulen lobt Wirsings *Signal* jedoch unkritisch als »exzellente Propagandaillustrierte mit europäischem Touch, ohne nebulösen Rassismus und mythische Reichsbeschwörung«.

[56] Wirsing 1944a, 78 und 98. So wurde aus dem ›Zwischeneuropa‹ zwischen Ost und West ›Ganzeuropa‹ als ›Dritte Kraft‹ zwischen Ost und West.

Krieg erstmalig wieder in der Öffentlichkeit zurück.[57] Der Wirsingschen Schrift lag der Gedanke des »Gestaltwandel[s] der Zeiten« zugrunde. Dies ist die Auffassung von der Geschichte als eine Abfolge von »Sprüngen und Mutationsprozessen«, welche die Wandlung zum »Urprinzip« einer jeden menschlichen Geschichte erklärt. Es klingt hier wohl unbeabsichtigt die untergründige Selbstrechtfertigung des »neuen« Bundesbürgers Wirsing durch, der mit dem *Schritt aus dem Nichts* gerade nicht aus dem Nichts kam, sondern sich beeilte, die Grundbegriffe seiner Weltanschauung, die einst das Ende Weimars beförderten und dann den eroberten Völkern die »Neue Ordnung« des Nationalsozialismus oktroyieren wollten, den neuen Realitäten anzupassen. In seiner erneuten »Flucht in die Realität« ging es jedoch vor allem um die Herauslösung und Rettung alter Begrifflichkeiten aus den verfänglich gewordenen nationalsozialistischen Zusammenhängen.

Nach dem Versagen der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie versuchte Wirsing die »Weltstellung Europas« als geistiges Strahlungszentrum zu retten. Die geistige Weltaufgabe sei nur durch die Ausbildung und Erziehung neuer Führungsschichten zu gewährleisten, deren Dignität durch eine Ausbildung in universaler europäischer Bildung gewährleistet sein würde.[58] Dies entsprach der allgemeinen Tendenz in der Nachkriegszeit, den übersteigerten Nationalismus als Ergebnis einer zu fachspezifischen, da arbeitsteiligen, Ausbildung zu deuten.[59]

Vor diesem Hintergrund wurde die erneute Kriegsniederlage Deutschlands in eine generelle europäische Krankheit und Krise eingebettet, die vom Ersten Weltkrieg ausgehend, unter Einbezug des Nationalsozialismus, auf die ganze erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgedehnt wurde. Der Nationalsozialismus war für Wirsing nun jedoch nicht mehr der Erretter aus der Krise, sondern ihr Höhepunkt und sinnfälligster Ausdruck. Er wurde Teil eines globalen Gesamtprozesses der Anpassung des Menschen an das technische Zeitalter: »Sie [die Menschheit] schafft sich immer neue Entwürfe in diesem Anpassungsprozeß. Das kostet Opfer, Menschenopfer, Völkeropfer – unerhört. Wer aber sagt uns, diese Irrwege seien umsonst gegangen?«[60] Was der Nationalsozialismus zuvor positiv erreichen sollte, die Überwin-

57 Brinkmann empfahl dann auch 1952 seinen Schüler Wirsing in einem Brief an Carl Schmitt. *Schritt aus dem Nichts* sei eine bemerkenswerte Etappe einer deutschen »Political Science«; Brinkmann an Schmitt, 1.1.1952, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 265-2066.

58 Vgl. Wirsing 1951, 328ff.

59 So sah sich z.B. auch Meinecke (1946, 59) vor den Verlust allgemein verbindlicher transzendentaler Werte in der Gesellschaft gestellt, den er für die verbrecherischen Konsequenzen des Nationalsozialismus verantwortlich machte.

60 Wirsing 1951, 201.

dung des Nationalismus und die Zerstörung des universellen Internationalismus des technischen Massenzeitalters, habe er wenigstens auf negativem Wege durch die Zerstörung des alten Europa erreicht.[61] Insofern konnte Wirsing dem Nationalsozialismus sogar noch einen Sinn und Platz in der Geschichte einräumen.

Wirsing bedauerte, daß die konservative Antwort auf die Probleme des technischen Zeitalters ausgeblieben sei, um sogleich zu seinem früheren Thema, der spezifisch europäischen Lösung mit Hilfe des Föderalismus, zurückzukehren, für den er nun jedoch, wie auch sein Lehrer Brinkmann, die amerikanische Kleinstadt zum Vorbild erklärte. Der hierarchisch gegliederte autoritäre Staat stand jetzt für »Humanisierung der menschlichen Beziehungen«.[62] Auf die Seite der Versachlichung der menschlichen Beziehungen stellte er die Repräsentanten des technischen Zeitalters, USA und Sowjetunion – dieses Mal aber im Verbund mit dem Nationalsozialismus Hitlers.[63] So konnte Wirsing eine frühe Totalitarismustheorie entwickeln, die die USA mit Hitler und Stalin auf eine Ebene setzte: »Hitler imitierte Stalin«, die westliche Welt aber – so Wirsing – imitierte nach 1945 Hitler durch ihre kollektiven Verurteilungen und Internierungen der Deutschen.[64] Auch Hitler gehörte damit für ihn zu den Utopisten auf dem Schutthaufen der Geschichte.

Am Beispiel Giselher Wirsing läßt sich zeigen, wie variabel anwendbar die Grundelemente eines konservativen Theorietableaus sind, deren einziges bleibendes Fundament die Kritik am liberalen Zeitalter und die Klage über den Niedergang qualifizierter Herrschaftsschichten ist. Zurück bleibt das Bild eines Publizisten, der sich permanent in eine krisenhafte Situation an die Schwelle zu einer neuen Epoche gestellt sah, die er je nach politischer Situation umzudatieren wußte. Erst die unbekannte Zukunft nach der vermeintlichen Zeitwende gab ihm die ideelle Rechtfertigung für seine Rolle als »Zeitdiagnostiker« und politischer Visionär. Seine bei weitem deutlichsten Visionen aber erschöpften sich in der Bejahung der jeweiligen »historischen Realitäten«.

[61] Vgl. ebd., 310.

[62] Ebd., 256.

[63] »›Ein Volk, ein Reich, ein Führer‹, war insofern der Endpunkt einer Entwicklung, die mit dem allgemeinen Wahlrecht begann«; ebd.

[64] Ebd., 19.

Literaturverzeichnis

Bracher, K. D. (1982): Zeit der Ideologien, Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart.

Brinkmann, C. (1948): Soziologische Theorie der Revolution, Göttingen.

Fritzsche, K. (1976): Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.

Frommelt, R. (1977): Paneuropa oder Mitteleuropa, Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart.

Hecker, H. (1974): Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln.

Heil, P. (1995): Föderalismus als Weltanschauung. Zur Geschichte eines gesellschaftlichen Ordnungsmodells zwischen Weimar und Bonn, in: Geschichte im Westen, 9, S. 165-182.

Klemperer, K. von (1962): Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien.

Kondylis, P. (1986): Konservativismus, Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart.

Kracauer, S. (1977): Aufbruch der Mittelschichten. Eine Auseinandersetzung mit dem Tat-Kreis, in: ders., Das Ornament der Masse. Essays, Frankfurt a.M., S. 81-106.

Mannheim, K. (1929/1952): Ideologie und Utopie, 3. verm. Aufl., Frankfurt a.M. 1952.

Meinecke, F. (1946): Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden.

Moeller van den Bruck, A. (1932): Die Auseinandersetzung mit Spengler, in: Schwarz, H. (Hrsg.), Arthur Moeller van den Bruck: Das Recht der jungen Völker, Sammlung politischer Aufsätze, Berlin.

Mohler, A. (1978): Tendenzwende für Fortgeschrittene, München.

Muralt, F. (1932/33) [Pseudonym: Elias Hurwicz]: Der Tat-Kreis der Dichter und Denker, in: Hochland, 30, S. 50-64.

Neulen, H. W. (1987): Europa und das 3. Reich, Einigungsbestrebungen im deutschen Machtbereich 1939-45, München.

Nurdin, J. (1992): De la »Zwischeneuropa« à l'europe hitlerienne: L'itinéraire de G. Wirsing, in: La révolution conservatrice allemande sous la république de Weimar, Paris, 315-325.

Penck, A. (1915): Politisch-geographische Lehren des Krieges, Berlin.

Predöhl, A./Jürgensen, H. (1963): Europäische Integration, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 3, Stuttgart u.a., S. 371-386.

Rosenstock-Huessy, E. (1931): Die europäischen Revolutionen, Volkscharaktere und Staatenbildung, Jena.

Rupnik, J. (1990): L'Autre Europe. Crise et fin au communisme, Paris.

Schildt, A. (1987): Deutschlands Platz in einem »christlichen Abendland«. Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis der Kriegs- und Nachkriegszeit, in:

Koebner, T. u.a. (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939, Darmstadt, S. 344-370.

Schmitt, C. (1977): Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, 1. April 1939, in: Opitz, R. O. (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln, S. 641-648.

Schüddekopf, O. E. (1973): Nationalbolschewismus 1918-1933, Frankfurt a.M. u.a.

Spengler, O. (1923): Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, München.

Weber, A. (1925): Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Berlin/ Leipzig.

Wirsing, G. (1929/1930): Richtung Ost-Südost. Das Raumbild des neuen Deutschland, in: Die Tat, Jg. 21, S. 328-345.

Wirsing, G. (1932): Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena.

Wirsing, G. (1939/40): Unser Jahrhundert in: Das XX. Jahrhundert, Jg. 1, S. 1-4.

Wirsing, G. (1940/41): Die große europäische Revolution, in: Das XX. Jahrhundert, Jg. 2, S.133-137.

Wirsing, G. (1942): Der maßlose Kontinent. Roosevelts Kampf um die Weltherrschaft, Jena.

Wirsing, G. (1943): Die Saat für den Dritten Weltkrieg, in: Signal, 1.

Wirsing, G. (1944a): Das Zeitalter des Ikaros, Jena.

Wirsing, G. (1944b): Der Dreißigjährige Krieg, in: Das XX. Jahrhundert, 6, 49-52.

Wirsing, G. (1951): Schritt aus dem Nichts. Perspektiven am Ende der Revolutionen, Köln/Düsseldorf.

Wirsing, G. (1975): Der abwendbare Untergang, Die Herausforderung an Menschen und Mächte, Düsseldorf/Wien.

Wirsing, G. (1977): Die Zukunft der deutschen Herrschaft in Rußland (Vertrauliche Denkschrift), in: Opitz, R. O. (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln, S. 909-920.

Archivalien des Bundesarchivs, Außenstelle Berlin-Zehlendorf sowie des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf.

Der Publizist Max Clauss

Die Heidelberger Sozialwissenschaften und der »Europäische Kulturbund« (1924/5-1933)

Guido Müller

1. Ein »wohlinformierter Herr« in Europa: Probleme einer Biographie

Im Frühjahr 1925 ging Max Clauss, Schüler des Heidelberger Kultursoziologen Alfred Weber, des Politikwissenschaftlers Arnold Bergstraesser und des Romanisten Ernst Robert Curtius, als einer der ersten deutschen Austauschstudenten nach dem Weltkrieg nach Frankreich. Dieser Schritt von Heidelberg nach Paris bedeutete für Max Clauss die entscheidende Richtungsweisung für seinen weiteren Lebensweg in ein »neues Europa«. Seine Biographie soll hier in ihrer Verbindung zu den Heidelberger Sozialwissenschaftlern und vor dem Hintergrund ihres Engagements im »Europäischen Kulturbund« und in der *Europäischen Revue* behandelt werden. Die Entwicklung einer intellektuellen und politischen Persönlichkeit steht damit im Vordergrund dieser Studie. Sie stellt einen für ein elitär-jungkonservatives Europäertum exemplarischen Fall dar, der in enger Beziehung zu den Biographien Alfred Webers, des österreichischen Publizisten Karl Anton Rohan, Hugo von Hofmannsthals und Emil Mayrischs, des Luxemburger Stahlindustriellen und Begründers des »Deutsch-Französischen Studienkomitees«, steht.

Max Clauss wurde 1901 im badischen Offenburg als Sohn eines Leinenwebereibesitzers und der Tochter eines nach 1871 in Straßburg tätigen Stadtbauarchitekten geboren. Nach abgebrochenen Germanistik- und Theater-Studien in München und Berlin war er im Krisenjahr 1923 in die badische Heimat zurückgekehrt, um sich an der Universität Heidelberg einzuschreiben. 1924 ging er zur Verbesserung seiner französischen Sprachkenntnisse nach Lausanne und Genf. Dort wurde der Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser auf ihn aufmerksam, der damals gerade als Assistent

Alfred Webers an der Universität Heidelberg über ein wirtschaftspolitisches Thema promovierte. Er holte Clauss für eine Arbeit über das zeitgenössische Frankreich an das Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften.

Der Aphoristiker und Philosoph Alain Cartier, Professor am elitären Lycée Henri Quatre in Paris, fragte den jungen Clauss 1925, was er eigentlich werden wolle. Als Clauss daraufhin vom Journalismus sprach, bemerkte Alain: »Ah, Sie wollen das schreckliche Metier des wohlinformierten Herrn ergreifen«.[1] In dieser spitzen Beobachtung ist einiges von dem erfaßt, was Max Clauss als politische Person bezeichnet. Offenbar hat sich ihm dieser fremde Blick auf die eigene Person tief eingeprägt, so daß man ihn als verborgene Maxime seines Handelns betrachten könnte.

1926 schloß Clauss seine Studien in Heidelberg mit der Promotion ab. Anschließend übernahm er zunächst zentrale journalistisch-publizistische Aufgaben in der konservativen Europabewegung und bei der Organisation deutsch-französischer Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen. Von 1926 bis 1932 leitete er die Redaktion der *Europäischen Revue*, die der österreichische Prinz Karl Anton Rohan 1925 gegründet hatte.[2] Mit dieser Aufgabe verband Clauss die Tätigkeit als Generalsekretär des »Europäischen Kulturbundes«. In den Jahren 1930 bis 1932 führte er außerdem das Berliner Büro des »Deutsch-Französischen Studienkomitees«, das eine 1926 durch den Luxemburger Stahlindustriellen Emil Mayrisch gegründete Begegnungsstätte von Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kultureliten aus beiden Ländern war, von der aktive Politiker ausgeschlossen waren. Zugleich wirkte Clauss bei einer Vielzahl privater und offiziöser deutsch-französischer Initiativen der Wirtschaft, in Jugendbegegnungen (Sohlbergkreis) und in Kultur und Politik mit.

Er verkörpert damit eine wichtige Verbindung zwischen den Heidelberger Sozialwissenschaften und der konservativen Europabewegung der Zwischenkriegszeit. Er zeigt aber auch ein Stück der geistigen und gesellschaftlichen Vor- und Frühgeschichte der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.[3] Bereits Mitte der zwanziger Jahre zog es Clauss, wie er rückblickend schreibt, von der »akademischen Stille fort dorthin, wo er

[1] Clauss 1981a.

[2] Rohan war seit 1923 einer der führenden katholischen Propagandisten der »konservativen Revolution«. Vgl. Müller 1996c.

[3] In seinen unpublizierten Erinnerungen, die eine wesentliche Quelle dieser Untersuchung sind, bezeichnet er sich als »leidenschaftlichen Beobachter«. Vgl. Clauss 1987a.

Bewegung spürte«.[4] Er wollte über das rein wissenschaftliche oder publizistisch-journalistische Handwerk hinaus in den neuen europäischen Bewegungen der Locarno-Ära auf großbürgerlich-nationaler Seite eine aktive Rolle spielen. Allerdings sah Clauss sich nicht unter den »Bewegern«. Er wollte seinem Naturell gemäß aus der Kulisse wirken.[5] Damit verkörpert Clauss den Typus des für alle politischen und gesellschaftlichen Systeme unentbehrlichen Vermittlers, Dolmetschers und Organisators im Hintergrund, der deutlicher als etwa ein herausragend-origineller Theoretiker wie der Dichter Hofmannsthal oder der gestaltend-originäre Praktiker wie der Industrielle Emil Mayrisch wichtige Kontinuitätsstrukturen und tieferliegende Strömungen repräsentiert.

Ins Zwielicht rückt Max Clauss mit dieser funktional gesehen positiven Haltung unter den politisch radikalisierten Verhältnissen des ›Dritten Reichs‹, denen er in vergleichbarer Weise diente wie den europäischen Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der Weimarer Zeit. Daher muß hier zunächst kurz auf den weiteren Lebensweg nach 1933 eingegangen werden, der später in seinen Kontinuitäten als Problemhorizont für das Engagement der zwanziger und frühen dreißiger Jahre dient, das in dieser Studie im Mittelpunkt steht.[6]

Dank seiner vielfältigen Beziehungen und Arbeiten aus der Heidelberger Studienzeit, seiner Tätigkeit als Redakteur der *Europäischen Revue* und als Sekretär des »Deutsch-Französischen Studienkomitees«, führte Clauss im ›Dritten Reich‹ seine publizistisch-journalistische und wirtschaftsdiplomatische Karriere fast ungebrochen fort. Von 1934 bis 1940 arbeitete er als Auslandskorrespondent für die *Vossische Zeitung* und das *Berliner Tageblatt*.[7] Er wurde zudem Mitarbeiter der Presseagentur für die deutschsprachige Auslandspresse, bei dem von Friedrich Heissmann vom amtlichen »Deutschen Nachrichtenbüro« gegründeten *Dienst aus Deutschland* (DAD). Dafür verfaßte Clauss außenpolitische Korrespondenzen. Nach der Auffassung von Clauss sollte der DAD »in geeigneter Form das Ausland über das nationalsozialistische Deutschland aufklären und für das Reich werben«.[8]

Zur Jahreswende 1934/5 war Clauss überzeugt, »daß es aufwärts ging mit Deutschland«, da er von Heissmann das Angebot erhalten hatte, die Chefre-

[4] Clauss 1987a, 511.

[5] Ebd.

[6] Vgl. für die Jahre nach 1932 ausführlicher Müller 1996a.

[7] Hierzu weiterführend Müller 1996b.

[8] Clauss 1987a, 218f., 240.

daktion beim *Dienst aus Deutschland* zu übernehmen.[9] Besonders engen Kontakt pflegte Clauss damals zum Auswärtigen Amt. Er war seinerzeit einer von drei Korrespondenten für ausländische Blätter.[10] Mit den Olympischen Spielen, den deutsch-französischen Frontkämpferbegegnungen und der Pariser Weltausstellung sah Clauss im Rückblick auf die Jahre 1936/37 das Ansehen des nationalsozialistischen Staates im eigenen Land und bei zahllosen Ausländern damals »im Zenith«. Die »glänzende Regie der Feste und das von den sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Nöten zu beiden Seiten des Atlantik ebenso wie von der finsteren Sowjetwelt so sichtbar abstechende Bild einer geordneten, allem Anschein nach geeinten und optimistischen großen Nation«, so glorifiziert er noch fünfzig Jahre später, habe »internationale Achtung, ja unverhohlene Sympathie« eingeflößt. Hier klingt in seinen Erinnerungen noch einige Bewunderung für die »Leistungen« des NS-Systems nach, mit der er im Nachhinein auch seinen journalistisch-publizistischen Einsatz für das ›Dritte Reich‹ zu rechtfertigen suchte. Die Konzentrationslager, von denen Clauss nach eigenem Bekunden gewußt hat, über die er aber »bis auf schwache Polemiken mit der Emigrantenpresse« nicht schrieb, lagen für ihn »tief im Schatten« dieser glänzenden »Leistungen«.[11]

Nach der Rückkehr von einer sechsmonatigen Propagandatournee durch die USA und Ostkanada wurde er Mitte 1938 vom Propagandaministerium gebeten, das außenpolitische Ressort des *Berliner Tageblatts* zu übernehmen.[12] Nachdem diese Zeitung Ende Januar 1939 ihr Erscheinen einstellen mußte, ging er zur *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, die nach Kriegsausbruch das meistgelesene Organ der Reichswehr wurde. Clauss erhielt als diplomatischer Sonderberichterstatter freien Zugang zu allen militärischen Stäben.[13] Ribbentrop hielt ihn im Sommer 1939 für eine der »besten Federn des Reiches«.[14]

Direkt nach Kriegsausbruch unternahm Clauss längere Informationsreisen nach Italien und Belgien, die damals noch nicht von deutschen Truppen okkupiert waren. Zur gleichen Zeit erschien sein Buch über das zeitgenössische Frankreich und ein Bericht seiner Reise durch die USA.[15] Mit dem

[9] Ebd., 228ff.
[10] Ebd., 233.
[11] Ebd, 237.
[12] Ebd., 248ff.
[13] Ebd., 276.
[14] Zitiert nach ebd., 273.
[15] Clauss 1939a; Clauss 1939b.

Frankreich-Buch wollte er in erster Linie den Nachbarn als Bündnispartner im nationalsozialistischen »Raumkrieg« gewinnen und die deutsche Öffentlichkeit von dieser Notwendigkeit überzeugen. 1940 bis 1943 hielt sich Clauss oft monatelang in den Zentren des europäischen Faschismus auf. 1940/41 berichtete er als einer der Ersten aus dem eroberten Paris. Auch war er als erster deutscher Sonderberichterstatter in Vichy bei Marschall Pétain, für den er auch dolmetschte. Außerdem bereiste er Italien und Spanien und im Gefolge Rommels den nordafrikanischen Kriegsschauplatz.

Im Sommer 1941 hielt Max Clauss im besetzten Frankreich Rundfunk- und Propagandavorträge unter dem Titel *Die kontinentale Tatsache.* Damit hatte er endgültig die Rolle des Journalisten mit der des NS-Propagandisten in Europa vertauscht. Die Vorträge gipfelten in der ideologisch-propagandistischen Behauptung, der deutsche oder italienische Rassismus stehe keineswegs im Widerspruch zur Idee einer zusammengehörigen europäischen Völkerfamilie. Einzige, für Clauss »selbstverständliche« Ausnahme, war der jüdische Teil der Bevölkerung, den er als »israelitischen Virus« bezeichnete.[16] Nach diesen offiziösen Besuchen in Frankreich publizierte Clauss 1942 ein »Kriegs- und Reisetagebuch«, das den Zeitraum Juni 1940 bis November 1941 beschrieb.

Unter dem Titel *Zwischen Paris und Vichy. Frankreich seit dem Waffenstillstand* charakterisierte er die Lage Frankreichs »zwischen Zusammenbruch und Zusammenarbeit«, die er für ein »Einzelstück der großen europäischen Neuordnung durch den Sieg unserer Waffen« hielt. Für ihn lag die »gesamte politisch-soziale Vorstellungswelt der Franzosen in Trümmern«. Lebendig habe er auf seiner Reise durch das unbesetzte Gebiet »nur die antisemitische Reaktion« gefunden. »Paneuropa« und die »Vereinigten Staaten von Europa« waren für ihn »nicht die erschöpfenden Begriffe für die kommende Ordnung«, da es sich »heute auch für Europa um eine Großraumordnung zielbewußter Art« handele. Deren Grenzen müßten dem »völkischen Gesetz« folgen. Für ihn waren der »Kraftstrom einer endlich möglich gewordenen europäischen Planwirtschaft und die lebendige Autonomie der friedlich nebeneinander lebenden und zusammenwirkenden Völker die beiden Komponenten der durch Europas Neuordnung im Kriege angebahnten Entwicklung«.[17] Das Kriegsziel im Osten benannte Clauss mit offenem Einverständ-

[16] Clauss 1942b, 152f. (»Le racisme allemand ou italien ne contredit nullement la famille des nations sur notre vieux continent, à l'exeption bien entendu du virus israélite«).

[17] Ob Clauss bei diesen Propagandaphrasen noch an sein bereits Mitte der zwanziger Jahre aufgestelltes Wunschbild eines »neuen Europa« glaubte oder ob er sich rein opportunistisch der NS-Herrschaft andiente, läßt sich in der Rückschau nicht mehr trennen.

nis. Für ihn konnte das in Bildung begriffene neue Europa des 20. Jahrhunderts »nicht neben dem furchtbaren Terrorherd der Sowjetunion« leben. Es war ihm 1942 bewußt, daß es sich hier von Anfang an um einen totalen Vernichtungskrieg bisher unvorstellbaren Ausmaßes handelte.[18] Doch stellte er seine publizistische Tätigkeit für das ausgreifende totalitäre Vernichtungssystem in die Kontinuität seines Einsatzes für ein »neues Europa« seit der Mitte der zwanziger Jahre. Anti-Bolschewismus und Anti-Amerikanismus waren dabei für ihn nur die zwei Seiten einer proeuropäischen Medaille.[19]

Auch im antisemitisch-rassistischen Vokabular wurde Clauss zur Kriegswende 1942 nun sehr drastisch[20] und appellierte an primitivste menschliche Instinkte, wenn er die jüdischen Exilanten als »unerwünschte Parasiten und Mitesser an der schmal gewordenen Kost« beschimpfte.[21] Im Herbst 1943 erschien schließlich von Clauss noch eine Verteidigungsschrift der verbrecherischen deutschen Kriegsziele unter dem Titel *Tatsache Europa*.[22] Zum selben Zeitpunkt hatte er den NS-Machtbereich schon verlassen. Seit dem Frühjahr 1943 lebte er im neutralen Lissabon als Korrespondent vor allem für die Goebbels-Zeitschrift *Das Reich*, die reichseuropäisch orientierte ›Geistestäter‹ bis zum Ende um sich scharte.

Im Portugal des Diktators Salazar richtete Clauss sich nun für zehn Jahre ein. An der Grenze zwischen europäischer, atlantischer und afrikanischer Welt knüpfte er internationale Kontakte, die seine wirtschaftsdiplomatische Nachkriegskarriere vorbereiteten. Innovations- und risikofreudig gründete der Journalist Max Clauss 1945 die Luftverkehrszeitschrift *Lisbon Courier*. 1950 bis 1956 vertrat er den Deutschen Industrie- und Handelstag in Portugal, u.a. für die Hannover-Messe, die Kölner Messe und die Deutsche Tourismuszentrale. 1952 publizierte Max Clauss unter dem Titel *Der Weg nach*

[18] »Über der Ostfront gegen den Bolschewismus stand in einem anderen Sinn als bei den früheren Fronten vom ersten Tag an nur das Wort Vernichtung, [...] durchgreifende Vernichtung, statt durch die erdrückende Waffenmacht der bolschewistischen Massen selbst vernichtet zu werden. [...] Dreierlei Art konnte dieses Jahrhundert für Europa werden: Bolschewismus, Amerikanismus oder das große Jahrhundert unserer Selbstbehauptung«; Clauss 1942a, 31, 57f., 93, 109.

[19] Clauss 1952. In diesem Schema bleibt auch noch sein Jalta-Buch von 1952 verfangen. Zugleich war diese Mentalität sprachlich gemäßigt im »Kalten Krieg« in einer europäischen Tätigkeit durchaus verwendungsfähig.

[20] »Cannes und Nizza sind heute der letzte Winkel für französische und nichtfranzösische Juden mit und ohne Geld, die den Kontinent aus den verschiedensten Gründen nicht verlassen haben«; Clauss 1942a, 123f.

[21] Clauss 1942a, 130.

[22] Clauss 1943.

Jalta ein antiamerikanisches Pamphlet, in dem er Hitler und Roosevelt als Zerstörer Europas auf die gleiche Stufe stellte.

Erst 1956 kehrte Clauss in die Bundesrepublik zurück, die nun teilsouverän geworden war. Am wirtschaftlichen Aufbau wirkte Clauss in verschiedenen Spitzenpositionen des Außenhandels in Stuttgart, Hannover und Brüssel bis ins hohe Alter mit. Zuletzt vertrat er die Interessen der Hannover-Messe bei den europäischen Behörden in Brüssel. In den fünfziger Jahren brachte ihn der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg als Nachfolger Klaus Mehnerts auf dem Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der TH Stuttgart ins Gespräch.[23] Damals hatte Clauss auch seine publizistische Tätigkeit wieder aufgenommen und plante eine zeithistorische Arbeit über die deutsch-französische Annäherung der zwanziger Jahre, an der er selbst mitgewirkt hatte.[24] 1988 starb er nach der Abfassung seiner Memoiren in Offenburg.

Diese nicht einmal 1933/34 nachhaltig ›gebrochene‹ Existenz steht exemplarisch für eine jungkonservativ-euroligarchische Kontinuität von der Locarno-Ära über die NS-Zeit und Vichy in die zweite Nachkriegszeit, allen äußeren Brüchen zum Trotz. Wieviel stärker diese Periode in proeuropäischen Schicksalen in gesellschaftlichen Strukturen, in Mentalitäten und politischen Netzwerken verwoben war, als bisher in der zeitgeschichtlichen Forschung zu den Europabewegungen und internationalen Beziehungen deutlich wurde, zeigt sich hier und in anderen neueren biographischen deutsch-französischen Fallstudien immer offener.[25]

Gleichzeitig verkörpert Max Clauss den Typus des Liberalen in der Krise, der trotz einer geistig-sozialen Prägung als Akademiker und Intellektueller, trotz seiner Erziehung, seinem Einsichtsvermögen, seinen internationalen Erfahrungen und seinem Herkommen aus gutbürgerlicher Mittelschicht nach 1933 seine Kräfte dem Nationalsozialismus andiente. Erklären läßt sich dies nicht alleine aus individueller Entscheidung und Sorge vor sozialer Not und Deklassierung. Ursachen sind auch im Umfeld des Heidelberger InSoSta zu suchen, das mit Personen wie Max Clauss, Arnold Bergstraesser, Carl Brinkmann und Giselher Wirsing auch einen biographischen und geistigen Beitrag zum Untergang der Weimarer Republik geleistet hat.[26] In ihrem

[23] Clauss am 28.8.1969 an Theodor Eschenburg, in: Nachlaß Clauss.

[24] Clauss 1952; Clauss 1983; Clauss 1987b; Clauss 1987a.

[25] Bock/Trebitsch 1994.

[26] Vgl. Krohn 1986; Schmitt 1989; und die Hinweise in den anderen biographischen Beiträgen dieses Sammelbandes von *Klaus-Rainer Brintzinger, Christian Jansen, Heiko Körner, Helmut Lethen, Dagmar Pöpping und Horst Schmitt.*

Verständnis von praktisch-ganzheitlicher Wissenschaft, Publizistik und politischer Bildung vernachlässigen sie die westlich-liberaldemokratische, human-universale und sozial-freiheitliche Wertorientierung in den Traditionen von 1789. In ihrer Befangenheit in den Ideen von 1914 traten sie vor und nach 1933 für eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten ein. Damit trugen sie oft unbeabsichtigt zur Etablierung des ›Dritten Reiches‹ bei, ohne direkt schon 1933 mit der Rassenideologie übereinzustimmen.

Golo Mann, der 1932 bei Jaspers in Heidelberg promovierte, faßte im Exil die vielen kritischen Äußerungen zu Bergstraesser als dem profiliertesten Vertreter dieser Richtung in dem Verdikt zusammen, daß dieser 1932 zu den »Edel-Nazis« gezählt habe. Er hielt ihn »für einen moralisch schuldigen akademischen Wegbereiter der Katastrophe«.[27] Horst Schmitt leitet das in einer Studie aus Bergstraessers Wissenschaftsbegriff her: »Bergstraessers ›existentieller‹ Wissenschaftsbegriff und dessen ›praktischer Impetus‹ bildete denn auch im Verein mit den krisendiagnostischen und betont nationalen, wenn auch nicht nationalistischen Prämissen seines Denkens eines (!) jener ›Einfallstore‹ (Wolfgang Mommsen), das ihn 1933/34 die Machtergreifung Hitlers begrüßen ließ«.[28] Darüber dürfen die Anstrengungen dieses Personenkreises, zu einem deutsch-französischen Bündnis und zu europäischer Zusammenarbeit unter deutscher Initiative zu gelangen, oder ihre führende Rolle beim wissenschaftspolitischen und wirtschaftlichen Aufbau der Bundesrepublik nicht hinwegtäuschen.

Die Verbindung von autoritär-antidemokratischem Jungkonservativismus, von deutsch-französischer »Verständigung« und »neuem Europa« zeichnet das Besondere dieser InSoSta-Vertreter aus, denen auch Giselher Wirsing und Ernst Wilhelm Eschmann zuzurechnen wären. Ihre oft lebenslänglich betonte Verbundenheit zu Alfred Weber ebenso wie ihr geistiger Rekurs auf den katholisch-österreichischen Dichter Hugo von Hofmannsthal können nicht als entlastend angeführt werden.[29] Das europäische Engagement dieser

[27] Zitiert nach Krohn 1986, 270. Dort auch zahlreiche weitere kritische Belege zum Verhalten Bergstraessers seit 1931.

[28] Schmitt 1989, 472. Dort stellt Schmitt auch die Verbindung zum »widersprüchlichen Synkretismus« Alfred Webers her und weist auf die bedenklichen Folgen eines Dranges nach »geistiger Einheit« hin, die in ihrer »zeithistorisch legitimierten Radikalisierung ab Anfang der dreißiger Jahre – bar liberaler Korrektive – ein weiteres ›Einfallstor‹ für die nationalsozialistische ›Versuchung‹ (Stern) markierte: Der ›totale Staat verlangt den ganzen Menschen‹ (Bergstraesser 1934)«; Schmitt 1989, 475f.; vgl. auch den Beitrag von *Horst Schmitt* und die Anmerkungen von *Klaus-Rainer Brintzinger* zu Bergstraesser nach 1933 in diesem Band.

[29] Bergstraesser 1951.

beiden bis heute als Vorbild europäischen Bewußtseins zitierten Intellektuellen muß vielmehr im Hinblick auf ihre Position innerhalb des gesellschaftlich-politischen und diskursiven Umfelds des »Europäischen Kulturbundes«, der eine »konservative Revolution« in europäischem Rahmen anstrebte, durchaus kritisch beurteilt werden.[30] Die geistigen und politischen Positionen eines jungkonservativ-antiliberalen Europäertums gestaltete ein bestimmtes bürgerliches, geistesaristokratisch-elitär eingestelltes Sozialmilieu rund um diese Hauptfiguren prägend mit. Die Biographie des »wohlinformierten« Herrn teilt uns auch einiges über diese soziale Gruppe mit.

2. *Max Clauss und die Heidelberger Sozialwissenschaften*

2.1 *Genf und Heidelberg im »Locarno«-Geist*

Für Max Clauss hatte sich erstmals im Sommer 1924 in Lausanne und Genf die Faszination einer internationalen Welt eröffnet. Er besuchte als Heidelberger Student den Ferienkurs an der Universität Genf über internationale Fragen und den Völkerbund. Zur gleichen Zeit erlebte er die große September-Tagung des Völkerbundes, die eine neue Phase europäischer Zusammenarbeit ankündigte. Nach dem Dawes-Plan von 1924 gipfelte sie ein Jahr später in den Sicherheits-Verträgen von Locarno und schließlich im Herbst 1926 im Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, in der Bildung der von Emil Mayrisch initiierten »Internationalen Rohstahlgemeinschaft« und im Briand-Stresemann-Treffen von Thoiry.[31]

Im Oktober 1924 schilderte Clauss von Heidelberg aus einem französischen Studienkollegen, den er in Genf kennengelernt hatte, seine Konzeption von der europäischen Verständigung. Clauss zählte sich nicht zur »pazifistischen Jugend«. Er bezeichnete sich als Mitglied der »harten und illusionslosen Generation, die sich ernsthaft in der Arbeit für ihr Vaterland und für ein universelles Europa als geistige Heimat einsetzt«. Für ihn waren »patriotische Gefühle«, und damit nationales Selbstbewußtsein die »Basis jedes Versuchs der Verständigung«.[32] Schon als Student in Heidelberg zählte

[30] Vgl. auch die verstreuten Bemerkungen zum Kulturbunds- und Katholiken-Umfeld Carl Schmitts bei Koenen 1995.

[31] Vgl. Müller 1992; Müller 1993.

[32] Briefentwurf von Clauss an Ch. Ponchard, 27.10.1924, in: Nachlaß Clauss, Durbach. (Übersetzung aus dem Französischen).

Clauss sich in elitärem Avantgardebewußtsein zu einer Generation, die seiner Meinung nach besonders zur europäischen Aussöhnung unter nichtpazifistischen Vorzeichen berufen sei.[33]

In Genf war Clauss Arnold Bergstraesser aufgefallen. Er suchte einen Studenten, der eine Arbeit über die zeitgenössische politische Situation Frankreichs anfertigen wollte.[34] Sein Lehrer Alfred Weber stellte damals gerade das 1925 publizierte Werk über die *Krise des modernen Staatsgedankens in Europa* fertig, das auch für den europäischen Standpunkt von Clauss wichtige Gedanken vorformuliert. Für Deutschland sah Weber dort die Aufgabe, gegenüber dem imperialistischen Frankreich »das neue Europa, die neue Form des europäischen Staatsgedankens« zu vertreten und »dazu alles Europäische geistig um uns zu versammeln«.[35] Die Heidelberger Atmosphäre im Umkreis Alfred Webers war nach Max Clauss durch dessen »geistespolitische Ausstrahlung« einer konservativen Erneuerung geprägt worden, »die bis zum Ende in der deutschen gebildeten Öffentlichkeit« nachgewirkt habe.[36] Er lobte rückschauend Weber dafür, daß er »als Wissenschaftler der Politik eine wirklich unabhängige Persönlichkeit, ein aufrechter Demokrat und Patriot« gewesen sei. Weber und dessen jüngere Mitarbeiter, die Clauss als den »genialischen Hessen Bergstraesser« und den »ätzenden Balten von

[33] Clauss 1925/26, 315.

[34] Bergstraesser war wohl damals in Genf und Paris schon mit seiner Schrift über das aktuelle Frankreich beschäftigt. Ernst Robert Curtius hatte ihn für eine zweibändige Frankreichkunde der Deutschen Verlagsanstalt gewonnen. Die Bergstraesser-Studie erschien 1930 in Gestalt des Bandes *Staat und Wirtschaft Frankreichs*.

[35] Weber 1925, 138. In welchem Sinn es sich dabei um eine geschichtsgebundene Utopie deutschen Sendungsbewußtseins in Europa handelt, die sich in bedenklicher Nähe zu »Reichseuropa«-Ideen als »konservative Revolution« oder »schöpferische Restauration« versteht, wird später im Zusammenhang mit Alfred Webers Stellungnahmen und seinem geistigen Umfeld im »Europäischen Kulturbund« noch deutlicher werden. Die innenpolitisch jungkonservative, kaum westlich-demokratisch zu benennende Orientierung von Alfred Webers »drittem Weg« wird 1925 evident in seinem Verständnis vom »neuen Gesamtstaatsaufbau« in Europa. Dabei sollte Deutschland vorangehen. Zwischen den »Formationen der beiden politischen Gewalttendenzen« Bolschewismus und Faschismus bestand für Weber als dritte Alternative »nicht mehr eine individualistisch-ideologisch egalitäre, sondern nur noch [...] eine auf rationaler Massenformation aufgebaute unegalitäre Führerdemokratie samt ihrem notgedrungen oligarchischen Aufbau«. Für den Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei war bereits Mitte der zwanziger Jahre das »Zeitalter des Individualismus und seiner staatsrechtlichen Konstruktionen samt dem egalitären Humanitarismus zum mindestens für die europäische Geistigkeit vorbei«; Weber 1925, 138; vgl. Bergstraesser 1959.

[36] Lediglich der »Kollege Lederer aus Böhmen und sein voraussetzungslos gescheiter Schüler Karl Mannheim« seien »in der linken Flanke zu nihilistischen Tendenzen vorgestoßen«; Clauss 1987a, 26f.; vgl. Eßlinger 1995.

Eckardt« karikiert, zogen mit der zutreffenden Einschätzung von Clauss eine »Schule junger Politiker und Journalisten aus ganz Deutschland in ihrem Institut heran«.[37]

Zu dem in Heidelberg aufsehenerregenden Kreis um den Dichter Stefan George hatte Clauss, wie er betonte, als Schüler Webers und Bergstraessers keinen Kontakt.[38] In Abkehr von esoterisch-romantischen Bewegungen wie dem George-Kreis oder dem Kulturpessimismus Spenglers wandte sich der europäisch interessierte Kreis um Alfred Weber eher neusachlichen und jungkonservativen Strömungen zu.[39] Nach dem Eindruck von Clauss war Weber »als bester Kenner der industriellen Standortgesetze zwischen Ruhr und Oder zu skeptisch, um die Neuromantik mitzumachen«. Gegen die »biologische Verlockung, aber auch die nivellierende Gefahr aus Osten« habe Weber zwar in »ehrlichem Bemühen eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Westen« gesucht. Daraus ist aber keineswegs eine direkte Übernahme westlich-liberaldemokratischer Vorstellungen zu schließen, wie Webers Vorstellung vom neuen Staatsaufbau bereits andeutete. Ziel war eher der Aufbau eines starken westlichen Kerneuropa unter deutscher Führung gegen Bolschewismus und Faschismus.[40]

Im Hinblick auf das außenpolitische Umfeld am InSoSta, in dem Clauss im Herbst 1924 seine Studien bei Weber und Bergstraesser antrat, bemerkte er zusammenfassend: »Der daseinsfrohe Bürgermut der Rheinlande, die gewaltig aufstrebenden chemischen Werke der im Zusammenschluß begriffenen IG Farben mit ihren überseeischen Verbindungen, schließlich die totgelaufene französische Besetzung selbst mit ihren zersetzenden Gegenwirkungen im Reich, – alles drängte zu einer neuen Orientierung gen Westen, noch bevor Stresemann nach Locarno fuhr«.[41] Von einer Ausrichtung an westlich-liberaldemokratischen Idealen ist dabei auch im Rückblick ausdrücklich nicht die Rede.

Max Clauss nennt unter der »rastlos von einer Leitidee umtriebenen Menschenart«, der er sich besonders nahe fühlte, in seinen Erinnerungen vier charismatische Vorbilder. An erster Stelle führt er den fünf Jahre älteren Arnold Bergstraesser an, den späteren Mitbegründer der bundesdeutschen

[37] Clauss 1987a, 26f.

[38] Ebd.; vgl. Breuer 1995; Kolk 1995.

[39] Vgl. zu dieser zugleich sachlich-kalten und jungkonservativen Mentalität den Beitrag von H. Lethen in diesem Band.

[40] Clauss 1987a, 26ff.

[41] Ebd.

Politikwissenschaft.[42] Danach nennt er Karl Anton Prinz Rohan, den etwa gleichaltrigen Gründer des »Europäischen Kulturbundes«, und drittens seinen französischen Kommilitonen Pierre Viénot, wie Bergstraesser und Rohan ein Vertreter der vom Fronterlebnis geprägten Generation. Die vierte Persönlichkeit, die Clauss schließlich noch erwähnt, war der führende Wirtschaftsfunktionär des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der IG-Farben, der AEG-Konzernchef Hermann Bücher. Er spielte eine aktive Rolle im »Deutsch-Französischen Studienkomitee« und wies dem jungen Sozialwissenschaftler und Journalisten Clauss später den Weg zur Wirtschaftsdiplomatie, die nach dem Weltkrieg sein Beruf werden sollte.[43]

Bergstraesser machte bei Clauss nicht nur dadurch vor allem großen Eindruck, daß er ein Auge im Krieg verloren hatte, sondern daß er »ein Hüne von Gestalt und ein typischer Vertreter der Jugendbewegung« war.[44] Pierre Viénot war Anfang November 1924 als französischer Gaststudent zu dem Heidelberger Romanisten Ernst Robert Curtius gekommen und hatte sich dabei mit Bergstraesser angefreundet.[45] Mit dem damals zuerst patriotisch, und dann europäisch gesonnenen Viénot diskutierte Clauss die Begriffe »Demokratie«, »Führertum« und »Volksgemeinschaft« anhand der Neuerscheinungen der frühen zwanziger Jahre, die europäischer Gesprächstoff waren: *Der Sieg* von Alfred Fabre-Luce und Oswald Spenglers *Untergang des Abendlandes*. Viénot schien in Hinblick auf die politische Struktur Deutschlands etwas mehr Demokratie unerläßlich, für Frankreich dagegen etwas weniger.[46] Im Juni 1925 teilte Viénot seinem Studienfreund den seit Jahresanfang verfolgten Plan mit, zur Bekämpfung der psychologischen Mißverständnisse zwischen Deutschland und Frankreich durch Pressearbeit, per-

[42] Clauss 1987a, 511.

[43] Ebd.

[44] Clauss 1981a.

[45] Vgl. zu E.R. Curtius: Berschin 1989; Bock 1994; Clauss 1987a, 27; Hoeges 1994. Curtius kannte den jungen Viénot von seinem Aufenthalt im burgundischen Pontigny 1923 und von Besuchen bei der Frau des Stahlindustriellen Mayrisch im luxemburgischen Colpach; vgl. zu P. Viénot den Briefwechsel Pierre Viénot und Marschall Hubert Lyautey, in Archives nationales Paris 475 AP 311; Briefwechsel P. Viénot mit seiner Familie, in Privatbesitz Remi Viénot (Chooz); Bock, 1992a; Müller 1996d.

[46] So schrieb er nach einer Italienreise an Clauss: »Je suis peut-être un peu plus ›fasciste‹ que vous, mais pour mon pays et non in abstracto. Dans l'absolu, nous sommes, je crois, exactement du même avis«; Viénot am 28.2.1925 an Clauss, in Nachlaß Clauss; vgl. dort auch den übrigen Briefwechsel Clauss-Viénot 1924/25. Viénot hatte das faschistische Italien im Sommer 1924 bereist. So zeigten sich junge europäische Intellektuelle 1924 noch von dem Begriff »faschistisch« angezogen, den sie später, wie im Fall Viénots, auf heftigste bekämpfen oder wie im Fall Clauss als Nationalsozialisten ausleben sollten.

sönliche Kontakte und Elitentreffen ein deutsch-französisches Komitee zu gründen.[47] Daraus ging mit Unterstützung des Luxemburger Stahlindustriellen Emil Mayrisch schließlich im Herbst 1926 das »Deutsch-Französische Studienkomitee« hervor, an dem führende Großindustrielle und Bankiers beider Länder sowie Intellektuelle und Publizisten aus dem politisch konservativen, nationalen Lager beteiligt waren.[48] Viénot hatte im Sommer 1925 gehofft, Clauss nach dessen Studium in Paris für eine Tätigkeit in diesem deutsch-französischen Komitee gewinnen zu können. Dem kam Clauss im Oktober 1925 mit der Annahme der Stelle als Redakteur bei der *Europäischen Revue* zuvor.[49] Er fiel damit gleich Hofmannsthal auf, der den seit Anfang 1926 als »politisch-litterarischen Secretär« Karl Anton Rohans tätigen Clauss als einen »sehr *sehr* klugen jüngeren Deutschen« lobte.[50]

Für Clauss vertraten gerade seine vier Leitfiguren Bergstraesser-Rohan-Viénot und Bücher das Besondere der Heidelberger Sozialwissenschaften. Das lag für ihn in ihrer emphatischen Gegenwartsbezogenheit, wo praktische Wissenschaft, internationale Publizistik, europäische »Geistesdiplomatie«, national geleitete politisch-pädagogische Motive und Interessen der Konzern- und Kartellwirtschaft aufs engste verknüpft waren.[51] Seine Biographie zeigt, daß deren Verbindung in der Krise zum zeitgeschichtlich-politischen Problem auch in Hinblick auf das Wissenschaftsverständnis des InSoSta werden sollte.

Die intellektuelle Sozialisation im Milieu des Heidelberger InSoSta war für den Lebensweg von Max Clauss entscheidend.[52] Der Empfehlung Webers verdankte Clauss zudem die Anstellung in der Redaktion der *Europäischen Revue.* Diese kulturpolitische Zeitschrift behandelte Themen aus den Feldern Politik, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und des »jungen Europa«. Dabei bestanden vielfältige Verbindungen zum InSoSta. Ein Großteil des Europaverständnisses der Heidelberger Sozialwissenschaften findet sich hier wieder. Den geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergrund der in ganz Europa verbreiteten Zeitschrift bildete das elitäre akademische

[47] Viénot an Clauss am 29.6.1925 in Nachlaß Clauss; vgl. zur Entstehung des »Mayrisch-Komitees«: Bock 1992b.

[48] Müller 1996b.

[49] Schreiben von Viénot an Clauss vom 10.10. und 28.10. 1925 in Nachlaß Clauss.

[50] Hofmannsthal am 9.6.1926 an Max Rychner, in: Hofmannsthal 1973, 19. Clauss hatte Hofmannsthal eine Übersetzung der Novelle »Im Biwak« von Jean Schlumberger für den Abdruck in der *Neuen Schweizer Rundschau* zur Verfügung gestellt (H.9, 1.9.1926, 898-923).

[51] Clauss 1987 a, 511.

[52] Clauss 1925/26, 315.

und großbürgerliche Milieu um die Heidelberger Professoren Alfred Weber, Willy Hellpach und Ludwig Curtius, um die Darmstädter »Schule der Weisheit« des Grafen Hermann Keyserling, den Frankfurter Sinologen Richard Wilhelm und den IG-Farben-Direktor Georg Eduard von Schnitzler.[53]

Die Heidelberger InSoSta-Dozenten Arnold Bergstraesser und Hans von Eckardt wirkten dort nicht nur regelmäßig in der Rubrik »Das junge Europa« mit. Sie führten nach der von starken Hoffnungen für eine europäische Wirtschaftsintegration begleiteten Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch 1927/28 eine neue Spalte zu »Europas Wirtschaft« ein. Dort schrieben u.a. Carl Brinkmann, Ernst W. Eschmann, Georg Gothein, Emil Mayrisch, Werner von Schnitzler und Louis Loucheur. Auch Alfred Weber publizierte bis 1932 mehrfach in der Zeitschrift. Daher kann die *Europäische Revue* auch als die »Instituts-Zeitschrift« des konservativen, politikwissenschaftlichen InSoSta-Flügels bezeichnet werden.[54]

Zugleich boten die Jahrestagungen des 1924 in Paris von Rohan gegründeten »Europäischen Kulturbundes«, der für die Zeitschrift den gesellschaftlichen Rahmen schuf, ein Forum zur Selbstdarstellung in einem europäischem Umfeld vor allem für Alfred Weber. Besonders wichtig war dies, solange Deutschland vor allem in den unmittelbaren westlichen Nachbarländern von internationalen wissenschaftlichen Begegnungen nach dem Krieg noch ausgeschlossen war. Webers Hauptanliegen war die deutsche Gleichberechtigung im internationalen geistigen Leben. Es gelang ihm schließlich 1927, die vierte der Jahrestagungen des »Europäischen Kulturbundes«, die vorher in Paris, Mailand und Wien stattgefunden hatten, an das Heidelberger InSoSta und nach Frankfurt zu holen.

2.2 Pariser Eindrücke

Seinen Paris-Aufenthalt verdankte Clauss der Vermittlung Arnold Bergstraessers. Auf Empfehlung von Alfred Weber und Pierre Viénot studierte

[53] Dieser finanzierte die Zeitschrift des Prinzen Rohan über seine Frau Lilly und seine Kontakte zu führenden Bank- und Industriekreisen; Clauss 1929.

[54] Im Gegensatz dazu stand das *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* als wirtschafts- und sozialwissenschaftlich ausgerichtete ›Heidelberger Zeitschrift‹ unter der leitenden Herausgeberschaft Emil Lederers. Dort publizierten vornehmlich die republikanisch und sozialistisch orientierten InSoSta-Mitglieder; vgl. hierzu den Beitrag von *Hans Ulrich Eßlinger* in diesem Band.

Clauss von Februar bis Juni 1925 an zwei Pariser Elitehochschulen, der Ecole Libre des Sciences Politiques und der Ecole Normale Superieure. Mit einem Heidelberger Gothein-Stipendium unternahm er dort Forschungen über das politische Frankreich vor 1914. Welche Erfahrungen machte er im Paris der neuen Regierung Herriot, die für seinen weiteren Lebensweg Bedeutung erlangen sollten?

Die wichtigsten Lehrer von Clauss in Paris waren der sozialistisch-republikanische Soziologe Lucien Herr und der konservative Politikwissenschaftler André Siegfried.[55] In der Pariser Zeit vertiefte Clauss auch den 1924 entstandenen Kontakt zu seinem Heidelberger Studienfreund Pierre Viénot, der ihn mit seinem Freund Alfred Fabre-Luce in Kontakt brachte.[56] Dieser berührte ihn mit seinem an die Elite in beiden Ländern gerichteten Appell, die »deutsch-französische Befriedung aus einer Forderung von Schwärmern zur Voraussetzung der Zukunft« zu erheben. Er inspirierte Clauss zu der Forderung, daß die »Sehenden unter den Besiegten das kühne Wort von der produktiven Niederlage« wagen mögen, »um das neue Frankreich dem ›freien Dialog der Nationen‹ zuzuführen!« Nachdem Deutschland im Vorkriegseuropa die »Führerrolle verfehlt« habe, wäre das nach Clauss für den patriotischen Europäer »die schönste Revanche«.[57] Bei einem Empfang bei Fabre-Luce wurde Clauss im Frühjahr 1925 in Paris auch mit dem österreichischen Prinzen Karl Anton Rohan bekannt gemacht. Der jungkonservative Publizist und Propagandist einer »konservativen Revolution« in Europa warb damals gerade nationalkonservativ gesonnene Eliten in Frankreich für seinen »Europäischen Kulturbund«.[58]

[55] Sirinelli 1988. Der elsässische Sozialist und Bibliothekar Lucien Herr spielte eine große Rolle für das republikanisch-demokratische Bewußtsein schon seit dem Dreyfus-Prozeß; vgl. Blum 1994. Er erzog nach der Erinnerung von Clauss, »diese ganzen jungen Leute in seinem Sinne – gegen den Nationalismus.« Er zeigte allerdings »kein Interesse« Clauss »direkt zu beeinflussen,« da dieser aus dem Ausland kam: »Aber als Elsässer und Badener waren wir uns so nahe, daß ihm das natürlich sehr interessant war, einen jungen Deutschen aus seiner engsten Heimat einzuführen. Und ich begriff dann diese Dreiheit der französischen Republik, auf den Grundlagen des Ancien Régime, der Revolution und des napoleonischen Staates, den man nicht zu Unrecht eine ›Caserne philosophique‹ nannte, eine philosophische Kaserne«; Clauss 1981a; zu »Caserne philosophique« auch: Clauss 1939a, 51. In diesem preußisch-militärisch gefärbten Bild lag demnach für Clauss damals die Faszination Frankreichs.

[56] Dieser zwei Jahre ältere radikalsozialistische Schriftsteller kam aus der vermögenden Bankiersfamilie Germain, den Gründern des Crédit Lyonnais.

[57] Clauss 1925, 784.

[58] Clauss 1987a, 62; Rohan 1923/24. Diese Begegnung sollte sehr bald für Clauss entscheidend werden.

Clauss sammelte vielfältige Eindrücke in Paris. Auf Einladung des Sorbonne-Germanisten Henri Lichtenberger nahm er an einem Vortragsabend von Richard Graf Coudenhove Kalergi über die »Konföderation des kontinentalen Europa« im Europazentrum der Carnegie-Stiftung teil.[59] Er genoß im Paris der Salons und Künstler der zwanziger Jahre das, was sich für ihn aus der Rückschau schwärmerisch als ein »fast schwereloses Fest des Geistes« darstellte.[60] Mit Alfred Fabre-Luce und mit Christiane von Hofmannsthal unternahm er Autofahrten im Bois de Boulogne. Die Tochter des Dichters verbrachte den Frühling damals in Paris mit ihrem Vater, der gerade von einer vierwöchigen Marokkoreise zurückgekehrt war. Dorthin war er von Pierre Viénot begleitet worden. Hofmannsthal und seine Tochter trafen sich Anfang April mit den beiden Freunden Viénot und Fabre-Luce, mit Clauss und dem in Paris lebenden Kulturphilosophen Bernhard Groethuysen.[61]

Hofmannsthal hatte damals das gerade erschienene erste Heft der neuen Zeitschrift *Europäische Revue* mit einem Leitartikel eröffnet.[62] Dort bezeichnete der Dichter den Begriff »Europa« einerseits als »fragwürdig« geworden. Andererseits hing für ihn »von seiner Wiederherstellung unser aller geistiges Weiterleben« ab. Für ihn würde der Begriff »Europa« um so »deutlicher gewonnen, je reiner, ungetrübter innerhalb der Nation das eigene Höchste zum Ausdruck kommt«. In diesem Leitartikel der *Europäischen Revue* prägte Hofmannsthal für die »wenigen über die Nationen verstreuten Individuen, welche zählen« auch den »Begriff der schöpferischen Restauration«.[63] Damit verlieh er der Redaktions- und Autorenmannschaft, zu der bald außer

[59] Clauss 1987a, 43; Einladung von H. Lichtenberger (Dotation Carnegie) vom 9.3.1925, in: Nachlaß Clauss.

[60] Ebd.

[61] Briefe von Christiane von Hofmannsthal an Max Clauss vom 28.3. und 7.4.1925, in Nachlaß Clauss; Hofmannsthal, C. 1991, 158-162; Hugo von Hofmannsthal am 22.3, 28.4., 14.5.1925 an Alfred von Nostitz-Wallwitz, in: Hofmannsthal-von Nostitz 1965, 155f.; Hofmannsthal am 17.3.1925 an Ottonie Gräfin Degenfeld, in: Hofmannsthal-Degenfeld 1974, 478-480; Paul Zifferer am 8.1., 24.1., 8.2., 1925 an Hofmannsthal und Briefe Hofmannsthals vom 20.1., 30.1., 15.2.1925 in: Hofmannsthal-Zifferer 1983,168-180; vgl. zu Groethuysen: Sieß 1981.

[62] Briefe von Hugo von Hofmannsthal an Paul Graf Thun vom 30.1., 16.2., 6.5.1925 im deutschen Literaturarchiv Marbach (Handschriftensammlung). Ich verdanke den Hinweis Renate Moering vom Freien Deutschen Hochstift Frankfurt/M, die eine Edition der Korrespondenz vorbereitet.

[63] Hofmannsthal 1925/6, 3; vgl. Kern 1969; obwohl Kern den Begriff im Untertitel benutzt, geht er auf Hofmannsthals Verbindung zur *Europäischen Revue* und zu K.A. Rohan nicht ein und erwähnt auch nicht die Quelle des Begriffs.

Clauss nicht nur Alfred Weber und Arnold Bergstraesser sondern auch Carl Schmitt gehörten, ein zukunftsträchtiges Etikett.[64]

Nach der Rückkehr aus Paris reichte Clauss der *Neuen Rundschau* einen Beitrag unter dem Titel *Generation 01* ein, in dem er die Erfahrungen seiner Generation auf einen Nenner zu bringen suchte. Nachdem der Redakteur Rudolf Kayser den Beitrag als »zu lyrisch« abgelehnt hatte, nahm Karl Anton Rohan ihn begeistert für seine *Europäische Revue* an.[65] In diesem Artikel traten deutlich die bei Clauss immer wiederkehrenden Motive zu Tage. Er fühlte sich einer europäischen Oligarchie und einem Generationsverband zugehörig, der im selben europäischen Schicksal vom Kriegserlebnis geprägt war. Auf der anderen Seite sah er sich aber – frei von den Verstrickungen, Schuldfragen und Konsequenzen der Kriegsteilnehmer – dazu aufgerufen, auf patriotisch-nationaler Basis die in ihren Formen und Umrissen noch unbekannte europäische Zukunftsaufgabe anzugehen. Elitär-selbstbewußte, utopisch-schwärmerische und jugendbewegte Züge prägen dieses Engagement des fünfundzwanzigjährigen Clauss für deutsch-französische Annäherung und für ein Europa, an dem Kayser zu recht die fehlenden konkreten inhaltlichen und realen Bezüge vermißt hatte. Hier wuchs eine neue Generation mit einem sich unpolitisch verstehenden, auf Kultur bezogenen, idealistisch-elitären und funktionalen Europabild heran, das auch für diktatorisch-verbrecherische Zwecke zu instrumentalisieren war, wie der weitere Lebenslauf von Clauss zeigt. Zugleich entsprach dieses Europabild ganz der Konzeption des »Europäischen Kulturbundes«.

3. Exkurs: Karl Anton Rohan, der »Europäische Kulturbund« und das Heidelberger InSoSta

Die Europavorstellungen Karl Anton Rohans nahmen im Gegensatz zur supranationalen, allerdings kaum demokratisch zu bezeichnenden Pan-Europakonstruktion Coudenhove Kalergis in der Sicht von Max Clauss das »Europe des Patries« de Gaulles und die »Versöhnung der Nationalismen« vor-

[64] Vgl. zu Carl Schmitt und Rohan Koenen 1995. Der Begriff der »schöpferischen Restauration« wurde wenig später von Hofmannsthal in seiner Münchener Rede Anfang 1927 in das Theorem der »konservativen Revolution« verwandelt, auf dessen gesellschaftlichen und politischen Hintergrund im Bezug zum »Europäischen Kulturbund« im folgenden Abschnitt eingegangen wird; Hofmannsthal 1927; vgl. Schuster 1985; Koch 1991.

[65] Rudolf Kayser an Clauss (2.10.1925), in: Nachlaß Clauss; Clauss 1925/26.

weg. Rohan unterschied sich von Coudenhove auch darin, daß man aus seiner Sicht mit »den Sowjets« als einer Realität des Jahrhunderts rechnen müsse.[66] Zugleich war Rohan sehr beeindruckt vom »Zusammenspiel zwischen Faschismus und katholischer Hierarchie«. Beides waren für ihn Ordnungen, von denen er sich viel versprach. Mit diesen sehr unorthodoxen Vorstellungen fand Rohan in Paris nur begrenzt Anklang, dafür aber bezeichnenderweise um so mehr in Heidelberg. So erinnert sich Clauss, daß man im »InSoSta aufmerksam wurde auf diesen merkwürdigen Mann und seine Bestrebungen«. Man habe ihn dort 1926 gefragt, ob er »nicht sozusagen als Delegierter des demokratischen Heidelberg nach diesem fernen Wien gehen wollte«.[67]

Im Frühjahr 1922 hatte Rohan in Wien, der Hauptstadt des zusammengebrochenen übernationalen Großreichs, zunächst mit einer kleinen Gruppe von Intellektuellen den »Kulturbund« gegegründet. Im Herbst 1924 gelang ihm dann mit Hilfe der Gräfin Eugène d'Harcourt die Bildung einer gesellschaftlich repräsentativen französischen Gruppe. Deren Vorstand bildeten der radikalsozialistische Abgeordnete und Physiker Paul Langevin, der sich aktiv für eine Überwindung des Wissenschaftsboykotts gegen Deutschland einsetzte, der Mathematiker und frühere Marineminister Emile Borel und der Literaturkritiker Charles du Bos, der Leiter der literarischen Dekaden von Pontigny und wichtigste Vermittler moderner deutscher Literatur und Philosophie nach Frankreich.[68]

Im November 1924 konstituierte sich auf einer Tagung in Paris die »Fédération des Unions Intellectuelles« als internationaler Verband für kulturelle Zusammenarbeit mit Vertretern aus neun Nationen.[69] Unter »Ausschaltung aller Fragen der Nationalität, der Partei, der Konfession, der Klasse oder der Rasse« suchte dieser »Europäische Kulturbund« nach seiner Satzung die »Besten aller Länder auf geistigem Gebiet zu sammeln und besonders den Gedankenaustausch, die persönlichen Beziehungen usw. zu fördern, um eine günstige Atmosphäre für die Verständigung der Völker zu schaffen«.[70]

[66] Rohan 1927.

[67] Clauss 1981b.

[68] Union Intellectuelle Française 1924; NL von Schnitzler.

[69] Rohan hatte Paris gewählt, da es ihm gerade in Hinblick auf Deutschland wichtig erschien, »daß der erste Schritt zur geistigen Verständigung von dort ausgehen müsse von wo man ihn bisher am wenigsten gewohnt war«; Rohan 1924. Die Bildung einer deutschen Sektion scheiterte zunächst an politischen Problemen wie den Fragen um die Räumung von Rhein und Ruhr durch französische Truppen.

[70] Artikel 1 der Satzung 1925/26.

Unmittelbar nach den Verträgen von Locarno veranstaltete im November 1925 der »Europäische Kulturbund« die zweite große internationale Tagung im faschistischen Mailand.[71] Besonderes Aufsehen erregte der von der Versammlung einstimmig akklamierte Antrag des Franzosen Langevin zur Aufhebung des Wissenschaftsboykotts gegen Deutschland, in dem der Grund dafür lag, daß immer noch keine deutsche Gruppe bestand. Rohan hob in seinem Tagungsbericht als besonderen Erfolg hervor, daß in einer »reinen, von allem Haß, von Snobismus und Politik befreiten Atmosphäre« in Mailand »Vertreter der Linken, französische Monarchisten, Deutschnationale und Fascisten beisammen« gewesen wären.[72] Für den Heidelberger deutschnationalen Archäologen Ludwig Curtius war die Mailänder Tagung ein eindrucksvoller Beweis, daß man nur weiter käme, »wenn zunächst einmal die europäisch denkenden Nationalisten der beiden Länder sich verständigen«. Das erschien ihm deshalb für »durchaus möglich«, da er die »europäische Demokratie für viel schwächer hielt als sie weiß«.[73]

Alfred Weber hielt die Schlußansprache. Er betonte stolz, daß »die Flügel des Geistes sich rascher bewegen als die langsamen Räder der schweren Lastwagen der Politik«. Der Kulturbund habe zwar »nicht die Absicht, der Politik die Wege zu weisen«, die sie selber finden müßte: »Jedoch wir können die Geisterschlacht beenden«.[74] Ausdrücklich dankte Weber dem gastgebenden faschistischen Italien, das er als das »Land des immer neuen rinascimento« lobte: »Hier in diesem Land [...] haben wir für uns einen neuen europäischen Frühling gefunden«.[75] Für Weber war der Faschismus zu diesem Zeitpunkt für die im Weltkrieg unterlegenen Ländern Mitteleuropas der »bisher einzige Ersatz des alten Autoritätssystems und dadurch [...] der Sammelpunkt aller früher von dem Legitimismus garantierten und gehegten geistigen Kräfte und Besitzinteressen«. In dieser Hinneigung zu einem idealisierten italienischen Faschismus als Sammelbecken konservativ-revolutionärer Kräfte begegneten sich im Rahmen des »Europäischen Kulturbundes« Weber, Rohan und Hofmannsthal. Für Weber war 1925 der Faschismus »das eigentliche moderne Quidproquo der gesamten konservativen Lebensein-

[71] Aus Deutschland kamen unter der Delegationsleitung des Fürsten Schönburg-Waldenburg u.a. die Heidelberger Professoren Alfred Weber und Ludwig Curtius, der Archäologe, und der Münchener Verleger Kurt Wolff; vgl. Troisième Rapport 1925.

[72] Rohan 1925/26.

[73] Curtius 1926.

[74] Weber 1925/26, 302.

[75] Ebd.

stellung«.[76] Das umschrieb zugleich sehr treffend die Haltung des Kulturbundes.

Die Gründung einer deutschen Gruppe des Kulturbundes folgte nach dem Eintritt Deutschlands in dem Völkerbund im September 1926. Ihr Sitz war zunächst in Heidelberg. Erster Präsident war Ludwig Curtius, Sekretär wurde Arnold Bergstraesser. Lilly von Schnitzler leitete das Amt der Schatzmeisterin. 1928 übernahm der ehemalige kaiserliche Außenstaatssekretär Richard von Kühlmann die Präsidentschaft, da Curtius nach Rom gegangen war. Damit siedelte die Zentrale nach Berlin über. Vizepräsidenten wurden nun Alfred Weber und der Kunsthistoriker und Direktor des Städelschen Instituts Georg Swarzenski aus Frankfurt. Die lokalen Sektionen waren Ende der zwanziger Jahre durchaus repräsentativ zusammengesetzt – u.a. mit Helene von Nostitz in Berlin, Konrad Adenauer in Köln, Richard Merton und Kurt Riezler in Frankfurt, dem Bankier und Warburg-Partner Carl Melchior in Hamburg und Thomas Mann in München.[77] Damit ist die Ausstrahlungskraft des Kulturbundes in weite Kreise des konservativen und rechtsliberalen Besitz- und Bildungsbürgertums eindrucksvoll belegt.[78]

[76] Weber 1925, 122. Zugleich äußerte Weber Skepsis am realen Faschismus: »Die Freiheit des europäischen geistigen Gedankens wird unzweifelhaft *trotz Mussolini und Fascismus* in Italien wieder herrschend werden«; ebd., 170.

[77] Zu den Vorsitzenden der lokalen Sektionen und deren Mitgliedern vgl. L'Oeuvre 1928, 78ff.

[78] Ihren ersten Höhepunkt, was die deutsche Gruppe angeht, fanden die Aktivitäten und inhaltlichen Diskussionen des »Europäischen Kulturbundes« auf den Tagungen 1926/27 in Wien und Heidelberg. Das Thema der Wiener Tagung war die »Rolle des Geistesmenschen im Aufbau Europas«, während in Heidelberg und Frankfurt 1927 die »Rolle der Geschichte im Bewußtsein der Völker« behandelt wurde. Weitere Kulturbundkongresse fanden 1928 in Prag, 1929 in Barcelona und 1930 in Krakau statt. Nachdem 1931 wegen der Wirtschaftskrise keine Tagung zustandegekommen war, diskutierten im Frühjahr 1932 in Zürich Architekten wie Erich Mendelssohn und Le Corbusier und Maler wie Anton Faistauer und Max Beckmann Lebensformen der Zukunft; vgl. Kulturbundkongreß 1931/32; Clauss 1987a, 77-80. Weber und Bergstraesser nahmen an diesen Tagungen nicht mehr teil. Die intellektuellen Mandarine auch aus Heidelberg führten mittlerweile ihre politischen und geistigen Kämpfe um die Zukunft auf anderem Terrain; vgl. Hoeges 1994.

Danach wurde kein Kulturbundkongreß mehr durchgeführt. An seine Stelle rückte der auf Einladung der faschistischen Regierung im November 1932 in Rom stattfindende Volta-Kongreß, an dem außer Rohan von deutscher Seite u.a. Alfred Weber und Willy Hellpach teilnahmen, die mit begeisterten Artikeln auf das faschistisch-europäische Großereignis reagierten; vgl. Weber 1932; Hellpach 1933a, b, c; Curtius 1950. Unter den deutschen akademischen Teilnehmern waren damals außerdem die Professoren Erwin von Beckerath aus Köln, der Historiker Erich Brandenburg aus Leipzig, der Völkerrechtler Albrecht Mendelssohn-Bartholdy aus Hamburg sowie die Soziologen Robert Michels aus Perugia und Werner Sombart aus Berlin. Aus Salzburg wollte der durch Krankheit verhinderte

4. *Max Clauss 1926-1932/33*

4.1 Europäische Revue und »Europäischer Kulturbund« 1926-1932

Für Max Clauss, der Mitte 1926 die Redaktion der *Europäischen Revue* übernommen hatte, war die Zeitschrift ein in der damaligen Zeit einzigartig dastehendes Unternehmen, da sie »gegen alle Routine in Berlin und auch in Wien« stand und nach allen Seiten offen war.[79] Die besondere Stärke der Zeitschrift lag im »geistigen und politischen Streitgespräch zwischen den Nationen«, das trotz der Sammlung wichtiger diplomatischer Studien in der *Europe Nouvelle*, in *Nord und Süd* und in den *Europäischen Gesprächen* nirgends eine ähnlich offene Plattform hatte.[80]

Über das im politisch rechten Feld angesiedelte Meinungsbild der Zeitschrift führte ihr westlich-mondänes Erscheinungsbild hinaus, das junge Konservative und manche Liberale anzog, die der *Europäischen Revue*, die seit Anfang der dreißiger Jahre als inoffizielles Sprachrohr der Wilhelmstraße galt, international-intellektuellen Flair verlieh.[81] Als Programm formulierte Clauss 1927, die Zeitschrift wolle in erster Linie »der Formierung einer jungen Reserve in Europa, vor allem der Sammlung und Weiterbildung ihrer Elite« dienen. Die sich vornehm kulturkonservativ und liberal gesittet gebende Redaktion wandte sich gegen lärmenden Chauvinismus, militanten Nationalanarchismus und sentimentalen Patriotismus. Sie plädierte für einen »realistischen Nationalismus« als »eine Art historischen Sinns«. Clauss ging es unter dem Signum der »konservativen Revolution« darum, »stets einen gegliederten Vorstoß zu dem der Nation besser entsprechenden, genauer ausgewogenen und also stärker organischen Staat« zu

Dichter Stefan Zweig kommen; vgl. Schieder 1995; Beckerath 1927. Max Clauss fehlte auf dem Kongreß. Er hatte sich damals politisch bereits von Rohan abgewandt und im Juli die Redaktion der *Europäischen Revue* aufgegeben, um Wahlkampf für die »Deutsche Staatspartei« zu treiben; vgl. Müller 1996a.

[79] Ihre europäische Offenheit zeigen die Redaktionsabkommen mit der *Nouvelle Revue Française* André Gides, der *Rivista del Occidente* Ortega y Gassets und dem esoterischen *Criterion* T.S. Eliots, die zur gegenseitigen Vermittlung von Autoren führten; Clauss 1981b.

[80] Ebd.; Müller 1996c; vgl. zu den Europazeitschriften der Zwischenkriegszeit Trebitsch/Racine 1996.

[81] Max Clauss faßte das treffend in der Pointe zusammen, daß »erklärte Zivilisationsfeinde« wie Ernst Jünger oder Hans Grimm die inhaltlich denkbare Mitarbeit an der *Europäischen Revue* so angewidert abgelehnt hätten, »als wenn sie in einer Nacktrevue mit Josephine Baker hätten auftreten sollen«; Clauss 1987a, 71.

unternehmen.[82] Mit Wohlwollen bewertete daher die Redaktion unter Clauss ab 1930 die Entwicklung der autoritären Präsidialkabinette in Deutschland und ihren innen- und außenpolitischen verschärften Kurs. Sie begrüßte die Politik der Volkskonservativen unter ihrem Minister Treviranus, die Forderungen nach Gleichberechtigung mit Frankreich und die Entparlamentarisierung unter Brüning.[83] Im katholischen Reichskanzler Brüning sah die *Europäische Revue* immerhin die »Mission« verkörpert, »auf legalem Wege den deutschen Faschismus zu verwirklichen«.[84]

Im Jahr 1928, zwei Jahre nach seinem Eintritt in die Redaktion, siedelte Clauss mit der Zeitschrift von Wien nach Berlin über.[85] Das bedeutete neben der politischen auch eine kulturelle Schwerpunktverlagerung von der alten habsburgischen Reichshauptstadt in die moderne Zentrale des politisch und wirtschaftlich wieder erstarkten, kulturell beachteten und international angesehenen Deutschen Reichs. Vom Leipziger Neuen Geist Verlag des früheren demokratischen Ministers Peter Reinhold ging die *Europäische Revue* in den Karl Vowinckelverlag über, dessen Hauszeitschrift die *Zeitschrift für Geopolitik* Karl Haushofers war. So kam auch im Verlagswechsel ein politisches Programm zum Ausdruck.[86]

Als konkretes Beispiel der Überwindung europäischer Gegensätze nahmen Clauss und Rohan Ende der zwanziger Jahre das schwierige Problem eines europäischen Minderheitenstatuts in Angriff. Es gehörte zu den um-

[82] Clauss 1927/28, 58.

[83] Ebd.; Clauss1929/30b, 508f.

[84] Rohan 1932/33, 5.

[85] Dort widmete sich Clauss zunächst der gesellschaftlichen Kontaktpflege. Seine Erinnerungen geben einen farbigen Eindruck von der damaligen gesellschaftlich wichtigen Rolle des Salonlebens, in dem der damals siebenundzwanzigjährige Clauss wichtige Kontakte für seine weitere Karriere knüpfte; Clauss 1987a, 107, 111-115. Damals machte Clauss durch seine 1928/29 in Fortsetzungen in der *Europäischen Revue* erscheinenden Übersetzungen auch den »kommunistischen Erlebnisroman« *Der Eroberer* und seinen jungen französischen Autor André Malraux dem deutschen Publikum erstmalig bekannt; ebd. 117; Clauss 1928/29a.

[86] Im selben Jahr auch erschien die Dissertation von Max Clauss über *Das politische Frankreich vor dem Kriege* (Clauss 1928) in der von Alfred Weber herausgebenen Reihe »Probleme der Staats- und Kultursoziologie«. Hier beobachtete er – ohne hohen Anspruch hinsichtlich der sozialwissenschaftlichen oder zeithistorischen Methode – unter ideellen und psychologischen Aspekten Frankreichs Lage vor 1914. Ziel der Arbeit war nach Clauss eine »Geschichte der politischen Ideologie des zeitgenössischen Frankreich«. Er hoffte damit einen Beitrag zum besseren Verständnis der innen- und außenpolitischen Reaktionen Frankreichs in der Mitte der zwanziger Jahre zu leisten, um der praktischen Außenpolitik der Weimarer Republik einen wissenschaftlichen und publizistischen Dienst zu erweisen.

strittensten Themen der Zwischenkriegszeit.[87] Mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel hatte Rohan seinen Entwurf juristisch abgesprochen. Anders als die damals mit allen Mitteln an der Sprengung des Versailler Zustandes arbeitenden Vertreter deutscher Volksgruppen im Ausland wollte Rohan Clauss zufolge »altösterreichische Praktiken auf den nachösterreichischen Zustand schonend übertragen«. Danach sollten »von der örtlichen Basis gemischtvölkischer Dörfer und Städte über die Provinzialverwaltung bis in die jeweilige Staatszentrale gemischte Ausschüsse geschaffen« werden. So wäre eine »zwangsläufige Kette der Zusammenarbeit im Alltag entstanden, die nach Regeln der Billigkeit den fremdvölkischen Gruppen ihre sprachlich-kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Rechte gesichert« hätte.[88]

Als auch im Genfer Völkerbund die Debatte um die Minderheitenrechte unter Stresemanns Führung dem Höhepunkt entgegentrieb,[89] trafen sich im Sommer 1928 eine Handvoll von Sudetendeutschen, Ungarn, Franzosen, Österreichern und Deutschen in Rohans Albrechtsburg in der Wachau. Polen, Tschechen, Italiener, Rumänen oder Serben fehlten. Aber auch unter den anwesenden Freunden des Hausherrn herrschte eine ablehnende Haltung gegenüber seinem Minderheitenstatut, die deutlich machte, wie schwierig in zentralen europäischen Fragen eine einheitliche Haltung zu finden war. Viénot etwa lehnte als Franzose, so Clauss, »bei aller vernünftigen Einsicht in die Nöte der abgetrennten Deutschen Böhmens, Oberschlesiens und Westpreussens leidenschaftlich ab, etwa ein deutsches Volkstum im Elsaß zur Kenntnis zu nehmen«. Die beiden anwesenden ungarischen Reichstagsabgeordneten Franz Hunyadi und Franz Rajniss machten »aus ihrem integralistischen Ziel der Wiederherstellung des Stephansreiches nicht den geringsten Hehl«. Zustimmung fand Rohans Minderheitenstatut lediglich bei dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Kundt.

Dagegen erhofften sich die Heidelberger Vertreter von Eckardt und Bergstraesser in Übereinstimmung mit der gerade abgeschlossenen Weltwirtschaftskonferenz von Genf die größere Wirkung von einer gradweisen Niederlegung der Zollschranken. Sie kritisierten Rohans »österreichische Gedankengänge« als »einen ihnen unsympathischen Versuch zur ›Verschweizerung‹ der deutschen Volksgruppen«. Sie verwarfen das »Statut als offenen Verrat am deutschen Revisionsanspruch der Versailler Grenzen« und spra-

[87] Vgl. Schöneich 1930; Pieper 1974.
[88] Clauss 1987a, 66f.
[89] Rathenau 1929; Fink 1982; Schot 1983.

chen damit auch anderen deutschen und österreichischen Teilnehmern aus dem Herzen.[90] Clauss mußte »harte Worte von Bergstraesser über seine Verösterreichung einstecken«.[91] Wahrscheinlich lag im Scheitern dieser österreichischen Initiative auch ein politischer Grund für die Übersiedlung der *Europäischen Revue* nach Berlin.

In zwei Vorträgen gab Clauss seinen Vorstellungen vom Reich in der Mitte Europas und von der Republik als Staatsform genauere Konturen. Im Herbst 1928 sprach er in Graf Keyserlings Darmstädter »Schule der Weisheit« über die »Erziehung der Nation zum Reich«.[92] »Nach einem Rundblick auf die Nationalismen französischen oder faschistischen Musters in Ost- und Südeuropa« betonte Clauss in Gegenüberstellung dazu, »daß der Zusammenhalt des Deutschen Reichs keine einfache nationale Konzentration im Sinne einer nationalistischen Verdichtung sei«. Clauss schien die »deutsche Leistung eher in einer Summe partikularer Kräfte zu liegen, weniger in den einzelnen Ländern als in den zur Selbstverwaltung drängenden Ständen, Städten und Wirtschaftseinheiten«. In der »politischen Verantwortung für ein Ganzes, von dem man selber nur ein Teil bleibt«, sah Clauss »das verpflichtende Vermächtnis der alten Reichsidee«.[93]

Max Clauss trat in den Endzwanziger Jahren neben diesem Bekenntnis zum ständisch-föderalen Reich ausdrücklich auch für die Wirklichkeit der Weimarer Republik ein. Zwischen beiden Polen bestand für ihn kein Widerspruch. In einer Festrede zum zehnjährigen Verfassungstag bezeichnete er 1929 für sich das Grundgesetz von Weimar als »Grunderlebnis«. In der deutschen Republik von 1919 sah er die »Demokratie der freien Verantwortung«. Das Sentimentale und das Radikale waren für ihn die schlimmsten Feinde der Selbstverantwortung. Gegen beide befehle die demokratische Idee: »in der Verfassung bleiben um jeden Preis!« Für das Reich in fieberhafter und unaufhaltsamer Bewegung sah er die Aufgabe, als »neue deutsche Republik« die »modernste Demokratie zu begründen«. Er bekannte sich enthusiastisch zum »Triebwerk der Wirtschaft, die in ihrer Rationalisierung zu immer vollkommenerem Ausbau keine Hemmungen« kenne.

[90] Clauss 1987a, 68f.

[91] Ebd.

[92] Dieser Beitrag wurde auch in die Festschrift zu Alfred Webers 60. Geburtstag aufgenommen; Clauss 1928/29b.

[93] Clauss 1987a, 105f. Daraus schloß er auch, daß »Europabewegungen« über die Angst vor dem Krieg hinausweisen müßten. Sie hätten sich vor der Übertragung dieser Angst von den »innereuropäischen Grenzen an die mehr oder weniger fiktiv gezogenen Grenzen Europas« zu hüten.

Die deutsche Republik war für ihn außenpolitisch vor allem »das große Reich der europäischen Mitte«, dessen »Zukunft sich nur in einem neuen Europa« erfüllen könne. In diesem Zusammenhang forderte er für das »Reich der Mitte eine Politik der Mitte, d.h. des schöpferischen Ausgleichs«. Hier wird deutlich, wie begehrt die geopolitische, gesellschaftliche und kulturelle Machtposition der »Mitte« im jungkonservativen Diskurs und Umfeld der »konservativen Revolution«, in dem Clauss damals stand, schon in den Endzwanziger Jahren war. Daher verwundert es kaum, daß der jungkonservative Reichseuropäer Clauss sich von Briands gerade im Frühsommer 1929 anläßlich einer Völkerbundstagung geäußerter »heller Begeisterung von den Vereinigten Staaten von Europa« distanzierte. Er sah sich mit Briand nur in dem einem Punkt einig, daß auch ihm die »gemeinsame Gefahr der amerikanischen Invasion nicht unbekannt« sei.[94] Der antiamerikanische Affekt war eben nur zu häufig das einzige verbindende Element der »Europa-Patrioten« zwischen den Weltkriegen.

4.2 Der politische Bruch von Max Clauss mit Rohan und Bergstraesser: seine Haltung zum Nationalsozialismus 1931/32

Im Mai 1930 hatte das »Deutsch-Französische Studienkomitee« auf Einladung von Alfred Weber erstmals in Verbindung mit dem Europäischen Kulturbund in Heidelberg getagt.[95] Nach dem Beschluß der Heidelberger Versammlung wurde das Berliner Büro des Studienkomitees von einem Deutschen weitergeführt, da Viénot nach Querelen mit dem französischen Komitee-Vorsitzenden Laurent über den weiteren politischen Kurs auf eigenen Wunsch ausgeschieden war. Die Wahl fiel auf den durch seine Arbeit im Kulturbund ausgewiesenen Clauss. Im November 1930 trat Clauss das Amt zusätzlich zur Redaktion der *Europäischen Revue* an.

[94] Verfassungsfeierlichkeiten 1929; vgl. als Bekenntnis zur Demokratie gegen das »Übergreifen sozial gestützter Machtforderungen« auch Clauss 1930.

[95] Referenten waren außer Bergstraesser die Franzosen André Siegfried und Felix de Vogü. Auf ausdrücklichen Wunsch der Franzosen hielt Daniel Serruys vom französischen Handelsministerium dort einen Vortrag über »Die Vereinigten Staaten von Europa«. Das war sicher als begleitende Maßnahme zu dem zur gleichen Zeit in Berlin abgehaltenen zweiten Paneuropakongreß gedacht, der das deutsche Forum zur Bekanntgabe des Briand-Memorandums abgab; Politisches Archiv AA (Bonn), Politik 2 C: Bestrebungen zur Herbeiführung einer deutsch-französischen Verständigung, Bd.11 (R 70537): 8. Tagung des Deutsch-Französischen Studienkomitees.

Im Rahmen der konservativen Bemühungen um die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland Anfang der dreißiger Jahre verschob sich Clauss' Position gegenüber dem 1929 verstorbenen Hofmannsthal, vor allem aber gegenüber Rohan und Bergstraesser nach und nach. Der Bruch mit den beiden steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit der Neuorientierung, die für Clauss seine Doppelrolle herbeiführen mußte: er wurde zum stärker selbständigen, weniger lenkbaren Akteur. Als charakteristisch für die Grenzsituation, in der sich Clauss als Redakteur der *Europäischen Revue*, Sekretär des ›Europäischen Kulturbundes‹ und ab Ende 1930 als Generalsekretär des ›Mayrisch-Komitees‹ befand, sah er seine »gleich guten Beziehungen« zum Auswärtigen Amt und zur Französischen Botschaft an. Als Redakteur setzte er sich damals vor allem mit der weit auflagestärkeren, weil nach Clauss »kräftig vor dem prärevolutionären Zeitwind segelnden [Zeitschrift] *Die Tat* auseinander«. Im Tatkreis stammten Eschmann und der junge Giselher Wirsing aus dem gleichen Heidelberger Institut wie Clauss. Mit dem politischen Kopf des Tatkreises Hans Zehrer traf er sich einmal monatlich, um die »geplanten Themen und Autoren auszutauschen«. Obwohl der Tatkreis ihn angeblich für einen »hoffnungslosen Kosmopoliten« hielt, hätten beide mit Clauss »doch die jugendliche Abneigung gegen alles Routinierte und Undefinierte in der Politik gemein« gehabt.[96] Als Freund Rohans und Mann des Mayrisch-Komitees wurde er zu Vorträgen im Herrenclub eingeladen, in dem er auch Mitglied war.[97]

In diesen Kreisen der Rechtsopposition wurde damals dafür plädiert, Nationalsozialisten in die Reichsregierung aufzunehmen. Dagegen wandte sich Clauss im Herbst ausdrücklich.[98] Auch Bergstraesser propagierte damals den sogenannten »Zähmungsplan« des Generals Schleicher, der überzeugt vom Legalitätskurs der NSDAP eine Übertragung von Regierungsverantwortung an die Rechtsradikalen vorsah, um sie damit gleichsam zu »pazifieren«. Gründe für diese Haltung Bergstraessers sah Clauss in der Mentalität des schwer verwundeten Offiziers, der wie andere Bürgersöhne und Kriegsteilnehmer auch »stark vom Fronterlebnis in Fortsetzung der freideutschen Bewegung vom Hohen Meißner beherrscht« gewesen sei. Statt der parlamentarischen Demokratie befürwortete Bergstraesser die Vorstel-

[96] Clauss 1987a, 121f.

[97] Ebd.,107, 121f., 173; vgl. die Zusammenfassung der von Max Clauss gemachten Ausführungen über den französischen Ministerbesuch, 1.10.1931 im Deutschen Herrenklub Berlin. Mit einer Liste der anwesenden Herrn, in: Nachlaß Clauss.

[98] Clauss am 16.11.1931 an Rümelin (Kopie), in: Nachlaß Clauss; Bracher 1978, 374ff., 395ff.

lung vom »verantwortlichen Führertum«. Für Clauss war Bergstraesser damals »in erster Linie romantischer Nationalist«, der wie der Tatkreis und wie Adolf Morsbach, der Anfang der dreißiger Jahre den von Bergstraesser mitaufgebauten »Deutschen Akademischen Austauschdienst« in Berlin leitete, auf die »Integrierung der aufbauwilligen Kräfte im Nationalsozialismus« in eine »unabhängige Staatsführung« hoffte. Erst nach dem Scheitern der Regierung von Papen habe sich Ende 1932 der gerade in Heidelberg zum außerordentlichen Professor für Staatswissenschaft und Auslandskunde berufene Bergstraesser resigniert zu einer konstitutionellen Monarchie bekannt.[99]

Frank Rümelin, der Pariser Vertreter des ›Mayrisch-Komitees‹ und Freund des Schleicher-Vertrauten Major Eugen Ott, der Leiter der Innenpolitischen Abteilung im Reichswehrministerium war, hatte am 28. November 1931 in Heidelberg eine vertrauliche Unterredung mit dem Komiteemitglied Bergstraesser. Nach seinem Bericht an Clauss verkehrte Bergstraesser damals als »wirtschaftspolitischer Kopf« aus dem Schleicher-Umkreis in der NSDAP-Parteizentrale im Münchener »Braunen Haus«. Bergstraesser setzte sich für den Plan ein, Schleicher zunächst zum Reichsinnenminister in der Regierung Brüning zu machen. Anschließend solle Schleicher »durch die Hitler-Bewegung hochgetragen und als Kanzler-Diktator anstelle Brünings mit den Nazis als Basis in der Wilhelmstraße einziehen«.[100]

Aus Bergstraessers Sicht kam dafür nur ein Mann aus der Reichswehr in Frage und das war Schleicher, denn »Hammerstein sei zu schwach, Gröner selbst erledigt und Seeckt erst recht«. Rümelin suchte Clauss für diesen Plan zu gewinnen. Er bat ihn darum, mit dem Komitee eine Hauptrolle in der auch vom Tatkreis versteckt angedeuteten und ein Jahr später tatsächlich so ähnlich versuchten Kombination zu spielen und die »Propagierung der Idee im engsten Kreis« zu übernehmen. Das lehnte Clauss ab.[101] Er sah bei einer anschließenden Begegnung mit Bergstraesser in Berlin seinen früheren Lehrer von »Katastrophenpanik bis in die Wurzeln angegriffen«. Clauss lehnte den »Romantiker« ab, der »mit georgeschem Pathos in höchst unerlaubter Weise Politik und Wissenschaft vermenge«.[102]

[99] Clauss am 12.2 1982 an Horst Krüger (Badenweiler), Entwurf in: Nachlaß Clauss; Vogelsang 1958.

[100] Rümelin am 29.11.1931 an Clauss, in: Nachlaß Clauss.

[101] Rümelin am 29.11.1931 an Clauss; Clauss am 9.12.1931 an Rümelin (Kopie), in: Nachlaß Clauss; vgl. auch Clauss 1987a, 144f.

[102] Clauss am 9.12.1931 an Rümelin (Kopie), in ebd. Dieser von ihm spontan nach einem Vortrag Bergstraessers gewonnene Eindruck wird durch das spätere wissenschaftshistorische Urteil von Horst Schmitt bestätigt, der das »existentiell«, »geistesaristokratisch

Mit einem Aufsatz *Volk und Reich* wollte Clauss im Januarheft der *Europäischen Revue* bezeichnenderweise über eine Reichsproblematik Rohan die »Vertrauensfrage stellen«.[103] Denn, so schrieb er Ende 1931 an Rümelin, »zum geschmeidigen Kommentator des Dritten Reiches« sei er sich »jetzt und in alle Zukunft zu gut!«[104] So kam es Anfang 1932 zum politischen Bruch mit Rohan und Bergstraesser, da beide die autoritär-präfaschistische Politik der neuen Regierung von Papen unterstützten.[105] Clauss sah sich »fertig mit der hochmütigen Anmaßung der vornehmen Dilettanten, die alle auf der braunen Welle reiten wollten«.[106] In einem Brief vom April 1932 bezeichnete er gegenüber Rümelin die »Nazis« sogar als »besonders konfusen Sauhaufen«.[107]

Clauss wies im Juni 1932 die Versuche des neuen Reichskanzlers von Papen zurück, das »Deutsch-Französische Studienkomitee« für seine Zwekke zu instrumentalisieren.[108] Bei einem Besuch der Reparationskonferenz in Lausanne teilte er sogar von Papen mit, »daß eine direkte Intervention bei französischen Komiteemitgliedern, vor allem bei dem völlig in Polemik verfallenen Grafen D'Ormesson zur Stützung der amtlichen deutschen Außenpolitik eine äußerst zweischneidige und gefährliche Sache wäre«.[109] Die damals in der Presse bekanntgewordenen deutsch-französischen militärischen Bündnispläne Papens hatten zudem bereits für heftige internationale Kritik gesorgt.[110]

Nachdem Papen den Reichstag hatte auflösen lassen und versteckte Ankündigungen eines Eingreifens in Preußen sich häuften, schrieb Clauss dem deutschnationalen Berliner Völkerrechtler und ›Mayrisch-Komitee‹-Mitglied Professor Viktor Bruns, daß er nun entschlossen sei, sich rücksichtslos für eine »dauerhafte und durchdachte Neuordnung des Reiches« einzusetzen,

und nationalpädagogisch legitimierte Wissenschaftsverständnis« bei Bergstraesser herausgearbeitet hat. Die Diktion des »als erzieherisch, wertend und als beratend verstandenen ›Praktisch-Werden‹ von Wissenschaft« sei bei Bergstraesser »durch das vitalistische Vokabular der Lebensphilosophie und des George-Kreises nachhaltig geprägt« worden. Vermutlich handelt es sich bei dem Vortrag um eine frühere Fassung von Bergstraesser 1932; Schmitt 1989; vgl. auch Eisfeld 1991, 79ff, 123ff., 165ff.

[103] Clauss am 9.12.1931 an Rümelin (Kopie), in: Nachlaß Clauss; vgl. Clauss (1931/32).

[104] Ebd.

[105] Clauss 1987a,163, 147.

[106] Ebd.

[107] Clauss am 13.4.1932 an Rümelin (Kopie), in: Nachlaß Clauss.

[108] Max Clauss, Aufzeichnung zum 31.5.-2.6.1932, undatiert (wohl vom Herbst 1932); Clauss am 30.6.1932 an F. Rümelin, in: Nachlaß Clauss.

[109] Clauss 1987a, 162.

[110] Ebd.

»ohne die jede europäische Ordnung ein müßiges Gedankenspiel bleiben« müsse.[111] Gehör für seine Gedanken fand Clauss bei Reinhold Maier, dem württembergischen Wirtschaftsminister und Bevollmächtigten im Reichsrat, an den ihn Rümelin vermittelt hatte.[112] Seinen Reichsreform-Plänen zur Konstruktion des Reiches als einer »Bundesrepublik« kam allerdings die Regierung von Papen am 20. Juli mit ihrem gewaltsamen »Preußen-Schlag« zuvor.[113] Als von Nostitz ihm zumuten wollte, über das Vorgehen der Reichsregierung in beruhigendem Sinn nach Paris zu berichten, erklärte er sich für befangen und schrieb ihm ein bedingtes Rücktrittsgesuch mit der Bitte um Urlaub.[114]

Daraufhin beschwerte sich Bergstraesser bei Clauss, daß das »Funktionieren des Berliner Büros in diesem wichtigen Moment« durch seine »persönliche Stellungnahme beeinträchtigt werden soll«.[115] Daher begaben sich von Nostitz und Bergstraesser am 1. August 1932 in die Reichskanzlei, um mit dem Staatssekretär der Reichskanzlei Planck einen Brief zu entwerfen, in dem Bergstraesser gegenüber den französischen Komiteemitgliedern die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom Vortag kommentieren sollte. Bergstraesser sprach sich in diesem Brief dafür aus, »die positiven Elemente in der nationalsozialistischen Bewegung einer verantwortlichen Teilnahme an der Politik näher zu führen«. Für ihn »konnte dies nur gelingen, wenn die Diffamierung des Nationalsozialismus ausgehoben, die von dem Nationalsozialismus erklärte Selbstbeschränkung auf die Anwendung verfassungsmäßig gestatteter Mittel zur Machtgewinnung für glaubwürdig gehalten und anerkannt, und damit die erste Vorbereitung dafür geschaffen wurde, daß diese breite, plebiszitäre demokratische Bewegung aus einer auf die Dauer unfruchtbaren Oppositionsstellung sich herausarbeiten konnte«.[116]

Den Preußenschlag sah Bergstraesser »unmittelbar begründet durch das starke Anwachsen der kommunistischen Gefahr«. Die Diffamierung des Nationalsozialismus in Preußen habe zudem »dessen staatspolitisch positive Entwicklung in einem Maße gehemmt, das die größten Gefahren in sich barg«. Die Bildung einer Rechtsregierung oder Stützung durch Parteien der Rechten »d.h. also in erster Linie durch die Nationalsozialisten«, vermochte

111 Clauss am 11.6.1932 an Bruns, in: Nachlaß Clauss.

112 Rümelin am 8.6.1932 an Clauss; Clauss am 30.6.1932 an Rümelin (Kopie), in: ebd.; M. Clauss am 2.7.1932 an R. Maier (Kopie), in: ebd.; vgl. Clauss1932.

113 Dietrich am 6.7.1932 an Clauss; Clauss am 16.7.1932 an W. Solf; Solf am 29.7.1932 an Clauss; Clauss am 5.7.1932 an Rümelin (Kopie), in: ebd.

114 Clauss am 9.8.1932 an Graf Hatzfeld (Kopie), in: ebd.

115 Bergstraesser am 27.7.1932 an Clauss, in: ebd.

116 Bergstraesser am 1.8.1932 an Ravoux, deutsche und französische Fassung, in: ebd.

aus der Sicht Bergstraessers »in keinem Fall die außenpolitische Haltung der Reichspolitik zu verändern, die durch die Sachlage seit Jahren klar vorgezeichnet« sei. Die auswärtige Politik könne »nach wie vor nur einer europäischen Zusammenarbeit gelten, die geeignet ist, die Grundlage des wirtschaftlichen Vertrauens wiederherzustellen«.[117] Von politischem Vertrauen ist hier kennzeichnenderweise keine Rede.

Clauss warf Bergstraesser vor, »durch kommentarlose Widergabe der Gedankengänge der Reichskanzlei das Komitee in einer Weise in den Dienst der amtlichen Innenpolitik gestellt« zu haben, »wie dies weder auf deutscher noch auf französischer Seite bisher üblich war«. Die Sympathien von Nostitz und einer Reihe von Komiteemitgliedern für den »halbmonarchischen Charakter des gegenwärtigen Regimes« bedeuteten für Clauss ein »Zeichen«, daß er »als Republikaner und Demokrat nicht länger ›on the wrong side‹ stehen und kämpfen« könne.[118] Er wollte seinem ehemaligen Lehrer in politischer Wissenschaft mit seiner harschen Antwort nicht die »mildernden Umstände« zubilligen, die für viele rein emotionale Nationalsozialisten aus akademischen Kreisen gelten mochten. Für ihn stellte Bergstraesser bewußt die Staatsräson über alles und ließ »ihr zuliebe alle freiheitlichen Grundsätze zurücktreten, vielleicht überhaupt darauf verzichten«. Er konstatierte bei Bergstraesser eine »Mischung aus militärisch-feudalen und fascistischen Ansichten, denen nur das Mißtrauen und die Abneigung gegen die bisher bekannten Formen parlamentarisch-demokratischer Vertretung gemeinsam« sei. Dagegen werde Clauss sich persönlich »für den Grundsatz der freien Volksvertretung und für einen schöpferischen Ausgleich im neuen deutschen Reiche einsetzen«, wo er könne.[119]

Zunächst wollte Clauss das Studienkomitee zu Anfang Oktober verlassen. Auf Ersuchen von Nostitz blieb er mit einigen Unterbrechungen bis zum Jahresende im Amt. Für seine Nachfolge als Büroleiter war Bergstraesser im Gespräch.[120] Sein französischer Kollege Ravoux hielt es bereits im August 1932 für ein »schwieriges Problem, wie man ein Gremium handlungsfähig – wenn auch in bescheidenem Maße – erhält ohne gemeinsame Weltanschauung und ohne bindende materielle Interessen«.[121] Mit der natio-

[117] Ebd.; vgl. dazu die Schreiben von Ravoux und Lili Wortmann (Sekretärin) vom 2.8.1932 an M. Clauss, Antwort von Ravoux vom 2.8.1932 an A. Bergstraesser (in Kopie an die französischen Kommiteemitglieder) in: ebd.

[118] Clauss am 5.8.1932 an Bergstraesser, in: Nachlaß Clauss.

[119] Ebd.

[120] Rümelin am 7.8.1932 an Clauss, in: ebd.

[121] Ravoux am 6.8.1932 an Clauss, in: ebd.

nalsozialistischen Machtergreifung erledigte sich ein halbes Jahr später das Problem von selbst.

4.3 Max Clauss als politischer Akteur 1932/33

Nach dem 13. August 1932, als Hindenburg eine Regierungsübertragung an Hitler ausgeschlossen hatte und aus der Sicht von Clauss »alles wieder in der Waage zu stehen schien«, trat er nicht nur innerlich aus dem ›Mayrisch-Komitee‹ aus, sondern er wurde aktives Mitglied der Deutschen Staatspartei. In ihrem politischen Einfluß war die einstige liberale Deutsche Demokratische Partei und Stütze der Weimarer Republik damals schon fast ganz auf ein aufrechtes Häuflein weniger südwestdeutscher Liberaler um R. Maier, H. Dietrich und Th. Heuss zusammengeschmolzen.[122] Clauss verfaßte zunächst ein »Republikanisches Manifest«, das der Partei-Vorsitzende Maier gegenüber Dietrich für »ausgezeichnet und geeignet« hielt, »von vornherein dem Wahlkampf der Deutschen Staatspartei ein gewisses Niveau zu geben«.[123] Ende September 1932 war Clauss für die Reichstagswahlen als zweiter Kandidat der Staatspartei in Baden hinter Dietrich vorgesehen und widmete sich daher bis Anfang November ganz dem Wahlkampf in Baden und Südwürttemberg.[124]

Nach den Wahlen fand Clauss im Dezember eine Stelle in der neuen Rechtsanwaltkanzlei von Hermann Dietrich in Berlin, dem inoffiziellen Büro der Zweimann-Fraktion Dietrich-Maier. Anfang Dezember 1932 sah er »politisch die Restauration erledigt, die Nazikrise in vollem Gang, aber die wirtschaftliche und soziale Lage sehr düster«.[125] Er setzte sich deshalb für die Sammlung eines Reichsbundes bürgerlicher Mittelgruppen ein. Am 26.

[122] Clauss 1987a, 178; Clauss am 9.9.1932 an P. Ravoux, in: ebd.; Clauss am 15.8.1932 an H. Dietrich, in: BA Koblenz Nachlaß Dietrich Nr. 224. Dennoch gratulierten damals Wladimir d'Ormesson, E. R. Curtius, der Straßburger Germanist Edmond Vermeil und Armand Bérard von der Botschaft Berlin Clauss zu diesem Eintritt in die aktive Politik; D'Ormesson gegenüber R. de Vibraye nach einem Schreiben von Lili Wortmann am 6.9. 1932 an Clauss; E. R. Curtius am 12.10.1932 an Clauss; E. Vermeil am 13.10.1932 an Clauss; A. Bérard am 17.10.1932 an Clauss, in: ebd.

[123] R. Maier am 21.9.1932 an H. Dietrich, in: BA Koblenz Nachlaß Dietrich Nr. 224.

[124] Clauss am 17.9.1932 an Rümelin (Kopie); Clauss am 18.1.1982 an Hans-Jürgen Matz; Clauss am 21.10.1932 an K.A. Rohan (Kopie); Clauss am 5.11.1932 an L. Wortmann (Kopie), in: Nachlaß Clauss.

[125] Clauss am 9.12.1932 an Rümelin (Kopie), in: ebd.

Januar 1933 attackierte er auf einer großen Veranstaltung der Staatspartei im Preußischen Herrenhaus die autoritäre Staatsführung als »die gefährliche Herrschaft des unbekannten Tyrannen«. Er warnte das Zentrum davor, »eine Kanzlerschaft Hitlers lediglich als das geringere Übel zu betrachten«.[126] Vier Tage später ernannte Hindenburg den »Führer« zum Reichskanzler. Clauss ließ sich trotzdem noch am 14. Februar für die kommenden Wahlen zum Kandidaten der Staatspartei in Berlin aufstellen.

Nach den Märzwahlen und dem sog. ›Ermächtigungsgesetz‹, als sich »in der allgemeinen Euphorie jener Tage in der NSDAP die Märzgefallenen häuften«, beschlich Clauss das »deprimierende Gefühl«, wie er im Rückblick analysierte, daß er seinen »jugendlichen Aktivismus in der zwölften Stunde doch auf der falschen Seite der Barrikade eingesetzt hätte«.[127] Mit den zudem in jenem Frühjahr von Monat zu Monat wachsenden drückenden Schulden, wuchs der »Zwang zu einer persönlichen Entscheidung«.[128] Er stellte sich auch die Frage, ob er emigrieren solle. Später gab er offen seine damaligen Überlegungen einschließlich der antisemitischen Argumentation wieder, die für ihn 1933 dagegen sprachen: »In Heidelberg, Wien und Berlin hatte ich seit den zwanziger Jahren den scharfen Konkurrenzkampf mit der jüdischen Intelligenz in Presse, Literatur und Wissenschaft zur Genüge kennen gelernt und machte mir keine Illusionen darüber, was sich in Zürich, Prag und Paris mit und unter den vom Nationalsozialismus Verfemten abspielen würde«.[129] So waren soziale und wirtschaftliche Argumente zunächst bestimmend für sein Verbleiben im NS-Deutschland. Später kamen persönliche Ambitionen des Auslandsjournalisten dazu.

Über die Emigration in die USA sprach er mit dem seit ihrer gemeinsamen Arbeit für die *Europäische Revue* befreundeten Carl Jacob Burckhardt. Dieser habe geglaubt, daß »mit Hitlers Machtergreifung nicht das letzte Wort gesprochen sei«.[130] Daher überredete er Clauss dazu, seine »außenpolitischen Kenntnisse wieder publizistisch einzusetzen«. Der junge und ehrgeizige Publizist glaubte sichtlich, aus den Kulissen an der Seite der Nationalsozialisten wieder an einem neuen Aufbauwerk mitwirken zu können,[131] was er dann auch zunächst in mehreren Aufsätzen für die *Deutsche*

[126] Hitler bezeichnete er als »Möchtegern-Mussolini«; Clauss 1987a, 191.

[127] Ebd., 198.

[128] Ebd., 199. Clauss hatte gerade erst eine neue Wohnung bezogen.

[129] Ebd.

[130] Ebd., 200. Die gleiche Ansicht habe damals nach Clauss der »gleichgestimmte deutsche Gesandte in Bern Ernst von Weizsäcker« vertreten; ebd.

[131] Ebd.

Zeitschrift und in einem Ende November 1933 abgeschlossenen, 1934 erschienenen »Lesebuch unserer Geschichte seit den Befreiungskriegen« tat.[132] Vor allem mit dem letzten Kapitel »Nationale Revolution« in dem *Die deutsche Wende in Europa* betitelten nationalsozialistischen Geschichtsbuch macht Clauss »den Kotau vor den neuen Herren« – wie er später zugab.[133] Er habe damit sein bei Hermann Oncken und Alfred Weber erworbenes Wissen und die in Wien, Paris und Berlin »gewonnenen Einblicke auf die jüngste, alles beherrschende Erfahrung« anwenden wollen.[134] Unmittelbar nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verfaßte er das Vorwort, in dem er »die gesammelte deutsche Nation heute von neuem an jene große, seit Jahrhunderten verlorene Aufgabe des Reiches herantreten« sah, »die tragende Mitte des Kontinents zu sein«.[135] Allerdings hatte sich für den republikanischen Reichseuropäer nun der innenpolitische Kontext gegenüber 1928 und 1932 erheblich gewandelt.

Die »rituellen Verbeugungen eines im Dritten Reich Schreibenden« setzte Clauss fort. Er suchte das später als »Flucht nach vorn« zu rechtfertigen. Außer seiner wirtschaftlichen Schwierigkeit mag ein wichtiger Grund für die Anpassung gewesen sein, daß er sich zum Ende der Weimarer Republik ja öffentlich noch gegen die Nationalsozialisten exponiert hatte. So äußerte angeblich Goebbels im September 1933, von Burckhardt auf eine mögliche Verwendung von Clauss angesprochen, daß dieser sich gegen die Nationalsozialisten gestellt habe und daher für eine solche Aufgabe zum damaligen Zeitpunkt nicht in Frage käme.[136] Doch das sollte sich binnen Jahresfrist ändern. In Verbindung des Ehrgeizes eines »wohlinformierten Herrn« mit eitlem Arbeitseifer für die europäische Sache verstrickte Clauss sich immer tiefer in die Pressearbeit und Propagandatätigkeit für den Auslandsdienst des ›Dritten Reichs‹, bis ihm die Kriegswende ein Verlassen Deutschlands angeraten sein ließ – ohne daß er aber bis zum Ende im Mai 1945 das Schreiben für dieses Deutschland aufgab.

[132] Ebd., 203; Clauss 1933; Clauss 1934.
[133] Clauss 1987a, 202-206; Clauss 1934.
[134] Clauss 1987a, 203.
[135] Zitiert nach ebd., 206.
[136] Ebd., 200.

5. Eine jungkonservative Existenz im »neuen Europa«

Welche Kennzeichen weist die mentale, soziale und politische Prägung von Max Clauss auf, die in enger Verbindung zum Heidelberger akademischen und großbürgerlichen Milieu rund um das InSoSta steht? Ihn charakterisieren zunächst intellektuelle und soziale Grenzerfahrungen; angefangen mit seiner regionalen Herkunft vom Oberrhein. Clauss zählt sich zur Zwischengeneration der Krise, dem ersten Jahrgang der kurz nach der Jahrhundertwende geborenen Nichtkriegsteilnehmer. Als Erbe eines von Inflation und Wirtschaftskrisen erschütterten Besitz- und Bildungsbürgertums mußte er sich außerhalb einer gesicherten bürgerlichen Existenz einen gesellschaftlichen Ort suchen. Er fand ihn zwischen den Disziplinen und in den Kulissen. Zunächst wechselte er vom Theater und der Germanistik über die Staats- und Historischen Sozialwissenschaften zur Publizistik, Journalistik und Wirtschaftsdiplomatie. Sein Lebensweg führte zugleich durch Räume zwischen den Nationen, zunächst in erster Linie im deutsch-französischen, später im europäischen Rahmen. Seit den dreißiger Jahre bewegte er sich zunehmend zwischen den Kontinenten, reiste nach Amerika, Afrika und Asien. Stets blieb er dabei einem an deutsche Interessen gebundenen persönlichen Karrieredenken verbunden.

Politisch war Max Clauss zunächst in seiner Herkunft vom badisch-demokratischen Nationalliberalismus geprägt. Politisch wirksam wurde dieser süddeutsche »ständische Föderalismus« in seinem Interesse an der Reichsreform und in der Arbeit für die Deutsche Staatspartei 1932. Schon früher hatten sich dem reichsideologische und reichseuropäische Züge aus dem Umfeld Rohans, Hofmannsthals, Bergstraessers und des »Europäischen Kulturbundes« beigemengt, die dem Nationalliberalen auch unter den veränderten politischen Vorzeichen im ›Dritten Reich‹ weiterhin ein »proeuropäisches« Engagement erlaubten. Seine Mentalität war vom Lebensstil eines mondänen Elitismus geprägt. In seiner geistesaristokratischen Eitelkeit und in seinem Bekenntnis zur »europäischen Oligarchie« kam dies zum Ausdruck. Diesem Habitus entsprachen seine brieflichen Korrespondenzen, das Salonleben und das Engagement in Komitees, aber auch die Orte seiner Publikationen, die Tätigkeit für die *Europäische Revue* und für den »Europäischen Kulturbund«.

Der sozial und wirtschaftlich bedrohte Intellektuelle tendierte in den zwanziger Jahren zunächst zum jungkonservativ-elitären »Geistesaristokratismus«, übernahm dann aber von der NS-Herrschaft willig und immer dra-

stischer das antisemitisch-rassistische Vokabular, das vor 1933 in seinen Äußerungen gefehlt hatte. Mit der Haltung des »geistigen Aristokraten« korrespondiert ein Ästhetizismus, der besonders deutlich wird im Hang zum Theater und zur Pose, in der Orientierung am »historischen Ereignis« und an charismatischen Gestalten wie Bergstraesser und Viénot.

Ideologisch stand Clauss in der Zwischenkriegszeit trotz seines Zwischenspiels für die Staatspartei immer stärker dem reichseuropäisch orientierten Jungkonservativismus nahe, der ab 1933 dann in die Nähe der technokratisch und rassistisch raumorientierten Idee der Nationalsozialisten rückte, die ein den integrierten Nationalismus überwindendes »neues Europa« propagierten. Nach dem Krieg findet er sich auf der Seite des Neo-Liberalismus Erhardts und Kiesingers wieder. Beleg für Clauss' Jungkonservativismus sind seine engen Beziehungen zu Arnold Bergstraesser, Karl Anton Rohan und Carl Jacob Burckhardt, zum »Tat«-Kreis und zum »Herrenklub«, zu den Volkskonservativen und zum »deutschem Faschismus« à la Brüning. Seinen publizistischen Ausdruck fand er in der *Europäischen Revue*. Daher entschied Clauss sich in den zwanziger Jahren auch für die politisch deutlich konservative, abendländisch-elitäre Europa-Bewegung des »Europäischen Kulturbundes« statt für die vermeintlich liberal-demokratische »Paneuropa-Union«. Damit konnte er sich schon 1933 leichter an das ›Dritte Reich‹ anpassen und sich nach 1940 zur »europäischen Großraum-Neuordnung« unter nationalsozialistischer Führung bekennen. Nach dem Untergang des NS-Systems wandte Clauss sich zum EWG- und weltmarktorientierten wirtschaftlichen Establishment der jungen Bundesrepublik, indem er für baden-württembergische Wirtschaftskreise, den Deutschen Industrie- und Handelstag, deutsche Afrikavereine und die Hannover-Messe tätig wurde. Sein letzter Arbeitsbereich war bei den europäischen Institutionen in Brüssel angesiedelt.

Die Biographie von Max Clauss steht damit hier als repräsentativ für ein elitär-oligarchisches, antiliberales und jungkonservatives Europäertum und ihr geistiges und soziales Netzwerk. Diese Anschauung war in den zwanziger Jahren im südwestdeutschen bildungs- und besitzbürgerlichen Milieu rund um Heidelberg keineswegs ein Einzelfall. Dafür stehen die Namen der InSoSta-Vertreter Alfred Weber, Arnold Bergstraesser und Carl Brinkmann[137], der Heidelberger Hochschullehrer Ludwig Curtius, Willy Hellpach und Ernst Robert Curtius, des Darmstädter »Weisheits«-Lehrers Her-

[137] Brinkmann leitete die Heidelberger Ortsgruppe des Europäischen Kulturbunds ab 1931; Protokoll des D. Kulturbunds in Heidelberg am 17.6.1931, in: NL von Schnitzler.

mann Graf Keyserling und des Frankfurter IG-Farben-Industriellen Georg von Schnitzler und seiner Frau Lilly.

Aus dem Bewußtsein der Krise der parlamentarisch-liberalen Demokratie und des Nationalstaats herkömmlicher Form verbanden sich in diesem »jungkonservativen« Europäertum ältere nationalliberale Traditionen und junge philofaschistische Elemente der »konservativen Revolution« mit geopolitisch raumgebundenen, wirtschaftlich standortorientierten und technokratisch-imperialistischen Vorstellungen. Die drei zentralen europäischen Zielvorstellungen dieser Euroligarchie waren ein westeuropäisches, wirtschaftlich-integriertes Kerneuropa der Großkonzerne und Kartelle, ein elitärer abendländischer Kulturtraditionalismus und die geistige, politische und wirtschaftliche Führungsrolle der Deutschen auf dem Kontinent. Ideen von »Mitteleuropa« und von deutsch-französischer Annäherung auf patriotischer Grundlage der »Frontgemeinschaft« verschmelzen dabei in einem »europäischen Sonderweg« zu einer Art »Reichseuropa«.[138]

In ihren deutlichen liberal-demokratischen und sozialen Defiziten steht diese hier in der Biographie von Max Clauss verkörperte jungkonservative Europakonzeption einer »europäischen Oligarchie« im »neuen Europa« damit nicht nur für eine vergangene Zwischenkriegszeit, die irgendwann zwischen 1939 und 1945 endgültig untergegangen ist. In den jüngeren Tendenzen der widerspruchsvollen Entwicklung europäischer Integration seit dem Zweiten Weltkrieg und der europäischen Umbrüche seit 1989 sind demokratische, liberale und soziale Defizite ebenso wieder spürbar. Gleichzeitig wird aufs Neue vor allem von neokonservativer Seite das Problem der nationalen Führungsrolle Deutschlands in Europa wieder aufgeworfen.

Ein Grund für diese Defizite und Mängel mag auch darin liegen, daß die Generationen der europäischen Pioniere in Politik und Bürokratie in diesem Jahrhundert, bis in die sechziger Jahre hinein und oft genug in ihren Adepten darüber hinaus, noch deutlicher vom Eindruck der Ideen von 1914 und der Erfahrung des Ersten Weltkrieges geprägt waren als von den demokratischen Entwicklungen und liberalen Volksbewegungen seit 1789, denen

[138] Hier sei nur an das Verbindende der Vorstellungen bei den deutschen Protestanten Alfred Weber und Arnold Bergstraesser zu den österreichischen Katholiken Rohan und Hofmannsthal erinnert. Aus der Sicht dieser Kreise am Heidelberger InSoSta der zwanziger Jahre erschien das unter nationalen und konservativen Vorzeichen ein historisch und politisch-kulturell zwingender Prozeß der europäischen Integration. Manche sahen 1942 in ihrer technokratischen oder ideologischen Verblendung diesen Weg schon kurz vor der Vollendung. Andere knüpften mit ihrem Europaengagement in den fünfziger Jahren daran wieder an, ohne daß diese personellen und inhaltlichen Kontinuitäten bisher zureichend untersucht oder als Problem thematisiert wurden.

sie mit Mißtrauen oder Furcht begegneten. Diese mentalen und politischen Defizite dürfen bei aller Faszination vor der demonstrativ zur Schau gestellten politisch-kulturellen Avantgardehaltung der »ersten Europäer« in ihrem Anteil an der Entwicklung eines »europäischen Bewußtseins« und an einer kleineuropäisch-funktionalen »europäischen Integration« nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übersehen werden. Das macht nicht zuletzt auch den Lebensweg von Max Clauss zu einem über das Individuelle hinausreichenden Problem.

Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

Archives Nationales Paris 475 AP Lyautey.
Nachlaß Max Clauss, Familienbesitz, Durbach.
Nachlaß-Teil Karl Anton Rohan, Besitz Christoph von Thienen.
Nachlaß-Teil Lilly von Schnitzler, Besitz Christoph von Thienen.
Nachlaß Pierre Viénot, Familienbesitz, Chooz, Frankreich.
Politisches Archiv, Auswärtiges Amt, Bonn, Politik 2C: Deutsch-Französische Verständigung, Bd. 1 (R 70526) ff.
Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hermann Dietrich Nr. 224.

B. Literatur

Beckerath, E. v. (1927): Wesen und Werden des fascistischen Staates, Berlin.
Beckerath, E. v. (1933): Die Wirtschaftsverfassung des Fascismus, Leipzig.
Bergstraesser, A. (1930): Staat und Wirtschaft Frankreichs, Stuttgart.
Bergstraesser, A. (1932): Geistige Grundlagen des deutschen Nationalbewußtseins in der gegenwärtigen Krise (Vortrag vor deutschen Austauschstudenten in Schloß Cöpenick am 5.9.1932), Stuttgart/Berlin.
Bergstraesser, A. (1951): Hofmannsthal und der europäische Gedanke (= Kieler Universitätsvorträge, Bd. 9), Kiel.
Bergstraesser, A. (1959): Die Soziologie der Freiheit. Alfred Weber zum Gedächtnis, in: Außenpolitik, 10, S. 141ff.
Berschin, W. (Hrsg.) (1989): E.R. Curtius: Werk, Wirkung, Zukunftsperspektiven, Heidelberg.

Blum, A. (1994): La correspondance entre Charles Andler et Lucien Herr (1892-1926), in: Espagne, M./Werner, M. (Hrsg.), Histoire des études germaniques en France (1900-1970), Paris, S. 133-153.

Bock, H.M. (1992a): »Connaître l'Allemagne et le reconnaître.« Zu Entstehung und Zusammenhang der Deutschland-Analyse von Pierre Viénot zwischen 1922 und 1932, in: Lendemains, 66, S. 27-48.

Bock, H.M. (1992b): Emile Mayrisch und die Anfänge des Deutsch-Französischen Studienkomitees, in: Galerie (Luxembourg), 10 (4), S. 560-585.

Bock, H.M. (1994): Ernst Robert Curtius und die Aporien des »unpolitischen Intellektuellen«, in: Gangl, M./Raulet, G. (Hrsg.), Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik, Frankfurt, S. 233-244.

Bock, H.M./Trebitsch, M. u.a. (Hrsg.) (1994): Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930, 2 Bde., Paris.

Bracher, K.D. (1978): Die Auflösung der Weimarer Republik, Königstein.

Breuer, S. (1995): Das Syndikat der Seelen. Stefan George und sein Kreis, in: Treiber/Sauerland (1995), S. 310-375.

Clauss, M. (1925): Das Buch vom »Sieg«, in: Die Neue Rundschau, 36, T. 2/1, S. 782-784.

Clauss, M. (1925/26): Generation 01, in: Europäische Revue, 1, T. 2, S. 312-318.

Clauss, M. (1927/28): Junges Europa, in: Europäische Revue, 3, T. 1, S. 58.

Clauss, M. (1928): Das politische Frankreich vor dem Kriege. (= Probleme der Staats- und Kultursoziologie. Hrsg. von Alfred Weber, Bd. 4), Karlsruhe.

Clauss, M. (1928/29a): André Malraux, Der Eroberer (I-V) [als Übers.], in: Europäische Revue, 4, T. 1, S. 329-351, 440-459 und T. 2, S. 535-551, 588-604 und 669-689.

Clauss, M. (1928/29b): Erziehung der Nation zum Reich, in: Europäische Revue, Jg. 4, T. 2, S. 729ff.; Abdruck in: Soziologische Studien zur Politikwissenschaft, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart. Alfred Weber gewidmet, Potsdam 1928, S. 217-224.

Clauss, M. (1929): Bericht über die verlegerische Lage vom 7.2.1929 an Liliane von Schnitzler. Unpubliziertes Typoskript, in: Nachlaß Lilly von Schnitzler.

Clauss, M. (1930): Staat, Partei – und deutscher Geist. Der Fall Becker ein Memento für die Demokratie, in: Frankfurter Zeitung, Hochschulblatt, 2.2.1930.

Clauss, M. (1931/32): Volk und Reich, in: Europäische Revue, 7, T. 2, S. 21-30.

Clauss, M. (1933): Von Großpreußen zu Großdeutschland; Die Außenpolitik des Reiches; Grundriß des neuen Volksstaates; Nationale Revolution; Europas große Politik, in: Deutsche Zeitschrift, 46 und 47, hrsg. von Hermann Rinn (München), S. 510-516, 573-582, 673-682 und 94-106, 309-313.

Clauss, M. (1934): Die deutsche Wende in Europa, München.

Clauss, M. (1939a): Frankreich wie es wirklich ist. Ein Volk sucht seine Sicherheit, Berlin.

Clauss, M. (1939b): USA heute, Berlin.

Clauss, M. (1942a): Zwischen Paris und Vichy. Frankreich seit dem Waffenstillstand, Berlin.

Clauss, M. (1942b): Le fait continental. Ein Vortrag vor Franzosen, in: Clauss (1942a), S. 141-153

Clauss, M. (1943): Tatsache Europa, Prag u.a.

Clauss, M. (1952): Der Weg nach Jalta, Berlin.

Clauss, M. (1981a): Gespräch mit Bernd Stappert. Sendung des Süddeutschen Rundfunk am 13.11.1981.

Clauss, M. (1981b): Gespräch mit Bernd Stappert. Sendung des Süddeutschen Rundfunk am 20.11.1981.

Clauss, M. (1983): Treffpunkt Zukunft. Die wirtschaftliche Entwicklung im Spiegel der Hannover-Messe, Düsseldorf.

Clauss, M. (1987a): Sehenden Auges. Internationale Erinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript der Erinnerungen, Durbach.

Clauss, M. (1987b): Der Wandel im südlichen Afrika. Ein Bericht 1948-1986, Eigen-Verlag M. Clauss, Durbach.

Curtius, L. (1926): Internationale kulturelle Zusammenarbeit, in: Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 118, 29.4.1926.

Curtius, L. (1950): Deutsche und antike Welt, Stuttgart.

Eisfeld, R. (1991): Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, Baden-Baden.

Eßlinger, H.U. (1995): Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der Wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Treiber/Sauerland (1995), S. 422-444.

Fink, C. (1982): Stresemanns Minderheitenpolitik 1924-1929, in: Michalka, W./ Marshall Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt, S. 375-399.

Hellpach, W. (1933a): Bündnis des Faschismus mit dem Geist, in: Reich und Länder, 7, S. 10-18.

Hellpach, W. (1933b): Das fascistische Italien und der europäische Geist. Anmerkungen zur Europatagung der Königlichen Italienischen Akademie (Rom im November 1932), in: Minerva-Zeitschrift, 9, S. 1-7.

Hellpach, W. (1933c): Europäischer Bildungsrealismus, in: Neue Rundschau, 44, T. 1, S. 7-18.

Hoeges, D. (1994): Kontroverse am Abgrund. Ernst Robert Curtius und Karl Mannheim, Frankfurt.

Hofmannsthal, C. v. (1991): Tagebücher 1918-1932 und Briefe des Vaters an die Tochter 1903-1929, hrsg. von Maya Rauch, Frankfurt/M.

Hofmannsthal, H. v. (1927): Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation. Rede, gehalten im Auditorium maximum der Universität München am 10. Januar 1927. Bremer Presse: München 1927, Nachdruck Berlin 1933; Abdruck in: ders., Reden und Aufsätze III (1925-1929), Frankfurt/M. 1980, S. 24-41.

Hofmannsthal, H. von/Gräfin Degenfeld, O. (1974): Briefwechsel. Hrsg. von Marie Th. Miller-Degenfeld, Frankfurt/M. 1974.

Hofmannsthal, H. von/Nostitz, H. von (1965): Briefwechsel, Frankfurt/M.

Hofmannsthal, H. von/Zifferer, P. (1983): Briefwechsel., hrsg. von Hilde Burger, Wien.

Kern, P.C. (1969): Zur Gedankenwelt des späten Hofmannsthal. Die Idee einer schöpferischen Restauration, Heidelberg.

Koch, H.-A. (1991): Hugo von Hofmannsthal, Darmstadt.

Koenen, A. (1995): Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstig zum »Kronjuristen des Dritten Reiches«, Darmstadt

Kolk, R. (1995): Das schöne Leben. Stefan George und sein Kreis in Heidelberg, in: Treiber/Sauerland (1995), S. 310-375.

Krohn, C.-D. (1986): Der Fall Bergsträsser in Amerika, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 4, S. 255-275.

Kulturbundtagung in Krakau (1930/31), in: Europäische Revue, 6, T. 2, S. 708-709 und 939-942.

Kulturbundkongreß in Zürich (1931/32), in: Europäische Revue, 7, T. 2, S. 691-692.

Müller, G. (1992): Emil Mayrisch und westdeutsche Industrielle in der europäischen Wirtschaftsverständigung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Galerie (Luxembourg), 10 (4), S. 545-559.

Müller, G. (1993): Der luxemburgische Stahlkonzern ARBED nach dem Ersten Weltkrieg. Zum Problem der deutsch-französischen Verständigung durch Wirtschaftsverflechtung, in: Revue d'Allemagne (Strasbourg), 25 (4) (= »Les relations économiques franco-allemandes au XXe siècle«, Textes réunies et publiés par R. Poidevin), S. 535-544.

Müller, G. (1996a): »Mitarbeit in der Kulisse ...«. Der Publizist Max Clauss in den deutsch-französischen Beziehungen von der Weimarer Republik zur Kollaboration (1924-1943),in: Lendemains. Vergleichende Frankreichforschung, hrsg. von Hans Manfred Bock u.a.

Müller, G. (1996b): Die deutsch-französischen Verständigungsbewegungen und das Deutsch-Französische Studienkomitee. Transnationale Beiträge zur europäischen Bürgergesellschaft in der Zwischenkriegszeit, in: Trausch, G. (Hrsg.), Identification et structuration de l'Europe à travers les institutions. (Reihe »Euroclio«), Bern u.a.

Müller, G. (1996c): Europäische Revue; Karl Anton Rohan, in: Lexikon des Konservatismus, Graz, S. 162-163; 463-465.

Müller, G. (1996d): Andrée Mayrisch und Pierre Vienot – ein politisches Paar zwischen Berlin und Paris (1923-1940), in: Polfer, M. (Hrsg.), Les années trente: base de l'évolution économique, politique et sociale du Luxembourg d'après guerre? Hémecht: Luxembourg.

L'Oeuvre (1928) de la Fédération Internationale des Unions Intellectuelles 1923-1928, Prag.

Pieper, H. (1974): Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919-1933/34, Frankfurt/M.

Rathenau, F. (1929): Lugano-Genf-Madrid. Werdendes Minderheitenrecht, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 34, Sp. 941-949.

Rohan, K.A. (1923/24): Europa, Leipzig.

Rohan, K.A. (1924): Vortragsmanuskript vom Dezember 1924, in: Nachlaß Lilly von Schnitzler.

Rohan, K.A. (1925/26): Die internationale Versammlung der Verbände für kulturelle Zusammenarbeit in Mailand am 5. bis 7. November, in: Europäische Revue, 1, T. 2, S. 203.

Rohan, K.A. (1927): Moskau, Leipzig.

Schieder, W. (1995): Faschismus für Deutschland. Erwin von Beckerath und das Italien Mussolinis, in: Jansen, Ch. u.a. (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin, S. 267-284.

Schmitt, H. (1989): Existentielle Wissenschaft und Synopse. Zum Wissenschafts- und Methodenbegriff des »jungen« Arnold Bergsträsser (1923-1936), in: Politische Vierteljahresschrift, 30, S. 466-481.

Schöneich, H. (1930): Die Minderheitenfrage in Reden, Kundgebungen, Pressestimmen, Berlin.

Schot, B. (1983): Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Voraussetzungen deutscher Völkerbundspolitik in der Stresemann-Ära, Leiden.

Schuster, G. (1985): »... das in deutschem Sinn Conservative«, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Bd. 95, B 129-138; Abdruck in: Hofmannsthal-Forschungen, 8, S. 263-276.

Sieß, J. (1981): Der Philosoph bei den Dichtern. Bernhard Groethuysens Fragmente einer literarischen Anthropologie, in: ders. (Hrsg), Vermittler. Deutsch-Französisches Jahrbuch, 1, Frankfurt, S. 59-104.

Sirinelli, J.-F. (1988): Khâgneux et normaliens des années 1920. Histoire politique d'une génération d'intellectuels, Paris.

Trebitsch, M./Racine, N. (1996), (Hrsg.): Les Revues Européennes entre deux guerres, Collection »In Octavo«, Paris.

Treiber, H./Sauerland, K. (Hrsg.) (1995): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der »geistigen Geselligkeit« eines »Weltdorfes«: 1850-1950, Opladen.

Troisième Rapport (1925) du Sécrétaire Général, IIe Assemblée de la Fédération des Unions Intellectuelles, Milan, le 5,6 et 7 Novembre 1925, gedrucktes Manuskript, in: Nachlaß Lilly von Schnitzler.

Union Intellectuelle Française (1924): But de la Fédération des Unions Intellectuelles, Paris.

Verfassungsfeierlichkeiten in Offenburg (1929), in: Offenburger Tageblatt, Nr. 186, 12.8.1929, S. 6-7.

Vogelsang, T. (1958): Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6, S. 86-118.

Weber, A. (1925): Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Stuttgart.

Weber, A. (1925/26): Rede beim Schlußbankett der internationalen Jahresversammlung in Mailand, in: Europäische Revue, 1, T. 2, S. 301-303.

Weber, A. (1932): Interview, in: Il Lavoro fascista, 18.11.1932; Il Messaggero, 20.11.1932.



Meine deutschen Besucher

Über Nathan Leites*

Edmund Leites

Für Joseph Maier

I

Vielleicht sollte ich zunächst erklären, wie ich dazu kam, über meinen Vater zu schreiben. Er mußte als junger Mann in den dreißiger Jahren aus Deutschland emigrieren und konnte deshalb die Arbeit, durch die er den Status eines Intellektuellen erhielt, erst nach seiner Ausreise abschließen. Von den vierziger Jahren an bis zu seinem Tod im Jahre 1987 schrieb er – teilweise als Koautor – mehr als ein Dutzend Bücher und eine große Zahl an Aufsätzen und Manuskripten in englisch, französisch und deutsch, unter anderem über den Bolschewismus, eine vergleichende Studie über den französischen, britischen und amerikanischen Film, über die französische politische Kultur, die Nuklearstrategie, die Politik des Viet Kong, die politische Kultur Chinas, die Psychoanalyse, den sowjetischen Typ der Kriegführung, die Kreuzigung Jesu und über Michelangelo.[1] Er war mit einem ausgeprägten psychoanalytischen Empfindungsvermögen begabt und in seiner Arbeit wurde eine beeindruckende – manchmal unglaubliche – Beherrschung des Stoffes, eine ungewöhnliche Präzision im Denken sowie ein feiner und melancholischer Sinn für Humor deutlich.

Vor einiger Zeit suchten mich unabhängig voneinander zwei junge deutsche Wissenschaftler auf, die etwas über die Lehrer und die Freunde meines Vaters wissen wollten. Was sie suchten, war das »verlorene Deutschland« –

*Das englische Originalmanuskript wurde von Hans Ulrich Eßlinger und Reinhard Blomert übersetzt.

[1] Zu einer Auswahlbibliographie seiner nach der Emigration aus Deutschland erschienen Publikationen vgl. The Rand Corporation 1988, 83-86.

die Welt jener, die ihr Land wegen des nationalsozialistischen Regimes verlassen mußten. Der erste Besucher war Thomas Müller, ein Medizinstudent, der sich für die Geschichte der deutschen Psychiatrie interessierte. Er fragte mich nach dem Psychoanalytiker Heinrich (später Henry) Lowenfeld, der bis 1933 in Berlin praktiziert hatte und seine Praxis in den späten dreißiger Jahren in New York wiederaufbaute. Ich glaube, mein Vater hatte Lowenfeld bereits in Berlin gekannt; von seinem Sohn hatte Müller erfahren, daß beide in den USA befreundet gewesen waren, jedoch konnte ich ihm nichts darüber berichten.

Der zweite Besucher war der Soziologe Reinhard Blomert, der sich ein Bild von der Welt des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg in den frühen dreißiger Jahren machen wollte. Mein Vater war in jener Zeit am Heidelberger Institut, jedoch konnte ich wiederum nicht richtig helfen. Nur einmal, und sehr flüchtig, sprach er jemals mit mir über diese Jahre seines Lebens. Zu meiner Verlegenheit und meinem Bedauern erschien ich als eine völlig unzureichende Quelle für die Forschungsarbeiten der beiden Deutschen.

Wenn sie schon nichts von mir erfahren konnten, so erfuhr jedoch ich etwas über die deutschen Wissenschaftler. Was wollten sie eigentlich zurückgewinnen? Dies schien klar zu sein: einen Teil der deutschen Bevölkerung, der genau beschrieben werden konnte, einen Teil, dessen Verlust sie tief schmerzte. Ich übertreibe wohl nicht, wenn ich sage, daß sie die Geflohenen reintegrieren wollten, in ein Leben *in Deutschland*. Aus diesem Grund wurden diejenigen, die emigrierten und dann zurückkehrten – ich denke hier an Adolph Lowe – von den deutschen Wissenschaftlern manchmal als nationale ›Schätze‹ betrachtet: »Wir haben noch einen von ihnen, er lebt noch unter uns«. Dasselbe schmerzliche Gefühl des Verlustes wird auch in einem der Begriffe, der ihr Forschungsgebiet bezeichnet, deutlich: ›Exilforschung‹, ein Ausdruck, der wesentlich bedeutungsschwerer ist als der neutralere Terminus ›Emigrationsforschung‹. ›Exil‹ wird – im Gegensatz zu ›Emigration‹ – mit ›Rückkehr‹ und ›Wiedergewinnung‹ assoziiert.

Wenn die Geflohenen nicht zurückkehrten – bei weitem der häufigste Fall –, dann suchen die deutschen Wissenschaftler diese Rückkehr in gewisser Weise durch das Studium ihres Lebens und ihres Werkes zu erreichen. Meine Besucher meinten es ernst mit ihrem Versuch genau herauszufinden, was Deutschland verloren hatte. Trotzdem schien mir, daß bei diesen Forschungen in der Regel etwas fehlte, daß nüchterne und gewissenhafte historische Gelehrsamkeit nicht genügten, um an das Ziel der Wissenschaftler, das verlorene Deutschland wiederzugewinnen, zu gelangen. Vielleicht war

ihr Ehrgeiz jedoch nicht ausreichend. Sie würden Besseres leisten, wenn sie ein übriges tun würden. Ich denke, was sie tun müßten, und vielleicht längst bereit sind zu leisten, ist trauern. Trauern ist, vergleichbar mit Gelehrsamkeit, eine Art des Zurückgewinnens. Dadurch wird das, was verloren ist, nicht nur für unsere Seelen verehrt und zurückgewonnen, sondern für unser ganzes Wesen. Wir haben dann das, was wir verloren haben, immer noch im Geiste. Wir machen es zum *Unsrigen*, vielleicht sogar mehr als wenn das, was wir verloren haben, noch physisch unter uns wäre.

Mein erster Gedanke war, die Wissenschaftler müßten den Gegenstand ihrer sorgfältigen Studien betrauern, also die Geflohenen, die schließlich zu Recht für sich in Anspruch nehmen konnten, sie seien »das verlorene Deutschland«. Meine Besucher befanden sich in einer hervorragenden Lage, bei dieser herausfordernden emotionalen Aufgabe gute Fortschritte zu machen. Betrauern erfordert eine trauernde Verehrung für das, was verloren wurde (›es war gut‹). Es wird fruchtbar, wenn im Innern das Gefühl, das Gute *besessen zu haben*, als ein großer Gewinn empfunden wird, der ausreicht, um den Schmerz des Verlustes aufzuwiegen. (›Es *war* gut‹ – jetzt mehr mit einem Ausdruck der Freude als des Schmerzes gesagt.) Diese Gefühlsbewegung kann ohne ein bestimmtes Maß an Realismus nicht ehrlich vollzogen werden. Die Wissenschaftler, die mich besuchten, wußten bereits, was für eine aufrichtige Trauer um die Geflohenen notwendig war. Was Deutschland an seinen Flüchtlingen verloren hatte, war nicht nur Gutes, und was an ihnen bedauerlich war, war so mit dem, was gut war, vermischt, so daß die Freude als Ergebnis dieser Trauer nie rein sein kann. Die Melancholie muß ewig mit der Verehrung tanzen. Wenn all dies getan wird, dachte ich, dann werden die deutschen Wissenschaftler von ihren verlorenen Welten aufrichtig sagen können, »sie waren unsere Welten, sie gehören zu uns.«

Ich dachte darüber hinaus, daß meine Reflexionen, mit denen ich meinen Vater wiedergewinnen mußte – ich hatte dafür nicht weniger vitale Gründe als die deutschen Wissenschaftler –, für sie von Nutzen sein könnten. Wenn sie trauern mußten, so tat ich es auch. Wenn sie eine verlorene Welt zurückforderten, so tat ich es auch. Was sie tun mußten konnte dem ähnlich sein, was auch von mir verlangt wurde. In der Tat bat mich zunächst niemand darum, in Deutschland zu sprechen, jedoch sagte ich mir schließlich: »Warum spreche ich nicht über meinen Vater? Ich denke, ich könnte etwa über dieses verlorene Deutschland berichten« – aber tatsächlich wollte ich etwas über den verlorenen Vater sagen. Reinhard Blomert nahm mein Angebot großzügig an, ließ auch höflicherweise und in bester akademischer Gepflo-

genheit unangemerkt, daß meine Motive weit mehr im persönlichen als im akademischen Bereich lagen.

Die Frage, die mich beschäftigte, als ich mit dem Nachdenken über meinen Vater begann, glich jener Frage, die typischerweise im Rahmen der »Exilforschungen« gestellt wird: Wie sehen die Exilanten selbst ihren Verlust? Wie empfand mein Vater die Notwendigkeit, das Land verlassen zu müssen, in dem er als junger Wissenschaftler so erfolgreich gewesen war und eine solch glänzende akademische Zukunft gehabt hatte? Da er in der Welt der sozialdemokratischen Intellektuellen aktiv gewesen war, hätte er auch in diesem Milieu gute Aussichten gehabt. Er hatte sich in eine lebhafte junge Frau aus Darmstadt verliebt. Wie hat er sich, wenn überhaupt, von dem Verlust seiner aktiven Gegenwart und seiner vielversprechenden Zukunft im Jahr 1933, um seinen 22sten Geburtstag herum, erholt?

II

Ich habe meine Worte sorgfältig gewählt, denn Nathan war kein Deutscher. Er wurde 1911 in St. Petersburg als Sohn von Konstantin Leites geboren, einem russischen Staatsangehörigen. Die politischen Verhältnisse machten ihn und seine Familie während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zu Staatenlosen. Sie waren weder russische noch deutsche Staatsbürger, jedoch Besitzer des ›Nansen Passes‹, der eigens für staatenlose Personen wie sie geschaffen worden war. Dennoch bot die Welt der Weimarer Republik genug Möglichkeiten für meinen Großvater, um zu Erfolg zu gelangen, und für meinen Vater, um sich rasch tief in die Welt der akademischen Intellektuellen der Sozialdemokratischen Partei hineinzubegeben. Für meinen Vater bedeutete dies, in Berlin und Heidelberg zu reüssieren.

In Nathans ethischen und politischen Vorstellungen verbanden sich sozialdemokratische Überzeugungen (Unterstützung für den menschlich regulierten Kapitalismus innerhalb einer liberalen, konstitutionellen und demokratischen Ordnung), moralischer Realismus (keine Trugbilder darüber, wie gut der Mensch sein kann) und ökonomischer sowie politischer Empirismus (überraschend ist, wie die Dinge tatsächlich laufen: man sollte daher auf die Details achten) miteinander. Diese Überzeugungen hat er nicht aus sich selbst heraus entwickelt, genauso wie meine sehr ähnlichen Überzeugungen nicht von mir stammen. Sie entsprangen den Einstellungen seines Vaters,

der vor dem Ersten Weltkrieg die ökonomische Entwicklung Rußlands studiert und seine Forschungsergebnisse in Monographien und russischen Periodika, einschließlich der Wochenzeitschrift des russischen Finanzministeriums, veröffentlicht hatte. »Anläßlich der Neuverhandlung des deutsch-russischen Handelsabkommens« wurde mein Großvater 1912 von der zaristischen Regierung nach Berlin entsandt.[2] Ich weiß nicht genau, welcher politischen Gruppierung er in Rußland angehörte – wenngleich ich nicht glaube, daß es schwierig wäre, dies herauszufinden –, jedoch war seine Einstellung sicherlich gemäßigt sozialdemokratisch, wie aus seinen Beschreibungen des ökonomischen Lebens in den wenigen Jahren vor und nach der Oktoberrevolution deutlich hervorgeht.[3] Seine Abneigung gegen die ökonomische Borniertheit und die moralische Verwerflichkeit der Bolschewisten ist augenfällig.

Obwohl staatenlos und Jude, konnte mein Vater sehr vieles zu seinen Gunsten in der Weimarer Republik nutzen: Er hatte wohl eine noch ausgeprägtere Fähigkeit als sein Vater, Berge von Details anzusammeln und sich zu merken, vor allem, wenn er Informationen in gedruckter Form vor sich hatte. Das Buch war, vermute ich, für meinen Vater so entscheidend wie für seinen Vater und wie auch für mich. Seine Begabung, seine gemäßigte sozialdemokratische Überzeugung und sein Realismus weckten das Interesse der Intellektuellen in der Sozialdemokratischen Partei, die die dogmatische marxistische Theorie über die Entstehung und Verteilung des Reichtums im Kapitalismus zurückwiesen. Nach dem Abitur in Berlin im Jahr 1929 begann er sein Studium am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften in Heidelberg. Schon dort wurde er von zweien seiner Lehrer zu den Begabtesten seines Jahrgangs gezählt: von Emil Lederer, einem der bedeutendsten Ökonomen der Sozialdemokratie und Jakob Marschak, einem anderen gemäßigten sozialdemokratischen Exilanten aus Rußland.

In den frühen dreißiger Jahren war Lederer die akademische Schlüsselfigur im Leben meines Vaters. Als Lederer 1931 einen Ruf an die Berliner Universität annahm, folgte ihm mein Vater. Die Welt der Regierungsverwaltung hatte ihm bereits offengestanden. Ernst Wagemann, der Leiter des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, bot meinem Vater dort eine Mitarbeiterstelle an. Die akademische Anerkennung schien nahe. Im Jahr 1933, als mein Vater zweiundzwanzig war, wür-

[2] Leites, K. 1922, 4; dieses Buch über *Recent Economic Developments in Russia* war Teil einer Reihe, die von der Abteilung für Ökonomie und Geschichte des Carnegie Endowment for International Peace veröffentlicht wurde.

[3] Vgl. ebd.

digte Albert Halasi, ein ungarischer Ökonom und ehemaliger Heidelberger Student, den Beitrag meines Vaters zu seiner Studie über den Goldstandard.[4] Im selben Jahr veröffentlichte mein Vater zusammen mit einem prominenten sozialdemokratischen Intellektuellen einen Aufsatz über ein ganz anderes Thema, die Zukunft der Weimarer Verfassung.[5] Es war eine Entgegnung auf Carl Schmitts Kritik jener Verfassungsstruktur, die unter anderem meinen Vater erfolgreich geschützt hatte – allerdings nur bis zu dem Jahr, in dem sein mit Kirchheimer verfaßter Aufsatz erschien und in dem alles zusammenstürzte.

Oder brach nur für ihn alles zusammen? Nach Hitlers ›Machtergreifung‹ wurde er inhaftiert, kurz darauf jedoch wieder freigelassen, möglicherweise ein Erfolg der Bemühungen seines Vaters. Im Jahr 1934 verließ er Deutschland, um über Frankreich in die Schweiz zu gehen, wo er 1935 in Lausanne promoviert wurde.[6] Noch im selben Jahr kam er in die Vereinigten Staaten, nachdem er für die Cornell University ein Stipendium der Rockefeller Foundation erhalten hatte.[7] Ein Jahr später wurde er Instructor am Department of Political Science der University of Chicago, wo er bis 1941 blieb. Er ging dann als Analyst zuerst zum Foreign Broadcast Intelligence Service, danach zur Übersee-Abteilung des Office of War Information. Bereits zu Beginn seiner Chicagoer Jahre folgte ihm Wilhemina Weyns, die er in seiner Heidelberger Zeit kennengelernt hatte, in die Vereinigten Staaten nach. Ich bin ihr Sohn, geboren 1939.

Man könnte sagen, er ist auf die Füße gefallen. Er war jung, selbst für einen Instructor an der University of Chicago, und er blieb mit seiner Vergangenheit nicht nur durch eine Frau verbunden, die er von seiner Heidelberger Studentenzeit her kannte, sondern auch durch seinen Vater und seine

[4] Halasi 1933; ich verdanke diesen Hinweis und einen großen Teil des Wissens über das Leben meines Vaters in den Jahren zwischen 1929 und 1936 einem von Claus-Dieter Krohn (1997) über meinen Vater für das *Biographische Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933* verfaßten Artikel. Harald Hagemann stellte mir freundlicherweise Krohns Beitrag bereits vor dessen Publikation zur Verfügung.

[5] Kirchheimer/Leites 1933; eine englische Übersetzung dieses Aufsatzes findet sich in Kirchheimer/Neumann 1987.

[6] Die Dissertation behandelte die Frage der Reservehaltung der Banken; vgl. Leites 1935. Den Hinweis auf den Promotionsort Lausanne verdanke ich Krohn (1997). Andere Quellen, einschließlich Hans Speier, schreiben seine Promotion der Universität Fribourg zu; vgl. Speier 1988, 63.

[7] Diese Stiftung hatte in den zwanziger Jahren bereits die Arbeit der sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftler in Heidelberg unterstützt.

Schwester Vera,[8] die sicher in den Vereinigten Staaten angekommen waren. Er erhielt darüber hinaus entscheidende Unterstützung durch eine der akademischen Größen Amerikas, Harold Lasswell. So bewältigte er die durch die Nazi-Herrschaft erzwungenen Umbrüche mit einem minimalen Verlust. Unter dem Gesichtspunkt seiner intellektuellen Erfolge wäre dies sogar untertrieben: Rückblickend kann man feststellen, daß er nicht nur auf den Füßen landete, sondern sich dadurch auf jene Leistungen vorbereiten konnte, die ihn nach dem Zweiten Weltkrieg auszeichnen sollten.

III

Soviel zum Lebenslauf meines Vaters. Um eine zutreffende Vorstellung von seinem emotionalen Leben in den 1920er Jahren zu erhalten, wünschte ich mir, seine Erinnerungen benutzen zu können, so wie er sie mir oder Freunden erzählt, oder vielleicht sogar publiziert hätte. Aber nichts dergleichen existiert. Sich eine vertraute Kenntnis seiner Person aus seinen Erinnerungen zu erhoffen, würde heißen, sich jemanden vorzustellen, der meinem Vater nicht ähnlich wäre. Er sprach nur selten über sein Leben, privat wie öffentlich. Er bewahrte darüber allgemein ein außergewöhnliches Stillschweigen.

Hans Speier, den Nathan das erste Mal in seinen Berliner Tagen traf – es muß in den sozialdemokratischen Zirkeln gewesen sein[9] –, dem er 1939 oder 1940 in New York erneut begegnete und der für den Rest seines Lebens nicht nur sein Kollege blieb, sondern ein tatkräftiger und erfolgreicher Förderer von Nathans Karriere, schrieb am Ende seiner zutiefst einfühlsamen Erinnerung an meinen Vater, daß Nathan nur sehr selten über sein Leben und seine Vergangenheit sprach; Speier hat nach eigenem Bekunden in der Zeit ihrer Bekanntschaft, die zeitweise recht eng war und mehr als fünfundfünfzig Jahre währte, nur zwei Ausnahmen erlebt und fügte hinzu, daß Nathan »never felt ill at ease in failing to reciprocate personal confidence«.[10]

[8] Außer ihr hatte er keine Geschwister.

[9] Speier war bereits als Student in Heidelberg wie auch später – 1932/33 – in Berlin Assistent Lederers gewesen; vgl. Speier 1988a, 154.

[10] Speier 1988b, 66.

Das Verhalten meines Vaters gegenüber Speier war sein übliches Verhalten, wenngleich es wahrscheinlich eine gewisse Abschwächung davon in seinen intimen Beziehungen mit Frauen gab. Selbst in seinen späten Schriften hielt er unerschütterlich an dieser Schweigsamkeit fest. In einem manchmal fast beängstigenden Ausmaß schien er als Person in dem, was er schrieb, nicht vorhanden zu sein. Auch wenn man einen Ausdruck seiner Gefühle in bezug auf sein Arbeitsmaterial erwartet hätte, so schienen doch keine vorhanden zu sein. Ich schreibe bewußt »schien«, denn seine Abwesenheit war in der Tat verdächtig. War er wirklich abwesend? Hinterließ er Hinweise auf seinen Gefühlszustand? Raymond Aron bemerkte in seiner Einleitung zu Nathans *La règle du jeu à Paris*, einer umfangreichen Analyse des französischen Lebensgefühls, »je ne crois pas qu'il y ait d'auteur qui laisse d'avantage à deviner à ses lecteurs«.[11] Aron vermutete, daß es noch nie einen Autor gegeben habe, der so viel von sich selbst in einem durch den Leser zu entschlüsselnden Dunkel gelassen habe.

Indem ich über sein Leben aus der Perspektive der Emotionen schreiben möchte, d.h. aus der Perspektive *seiner* Gefühle, zwingt mich mein Vater, mich fast vollkommen auf die gleiche Art von Material zu stützen, die er sein ganzes Leben hindurch benutzt hatte – das gedruckte Wort, nur daß es in diesem Fall seine gedruckten Worte sind. Diese scheinen manchmal für genau jenen Zweck gemeint gewesen zu sein. Und ich entdecke bei mir, daß ich ihn auf eine Art und Weise lese, die vieles seinem Lesen gedruckter Worte anderer verdankt. Schließlich bin ich sein Sohn. Dennoch kommt es mir merkwürdig vor, ja sogar ein wenig unheimlich, daß er mich über seine Lebenszeit hinaus zu zwingen vermag, aufgrund seiner Schweigsamkeit und seiner geistigen Kraft eine Beziehung zu ihm durch seine Bücher aufzunehmen, die seine eigene Beziehung zur Welt nachahmt. Ist dies ein Grund zur Verzweiflung – oder zur Verehrung? Vielleicht beides, im Wechsel, denn er schweigt – der Grund zur Verzweiflung – und stellt mir gleichzeitig ausreichende Mittel zur Dechiffrierung dieser Schweigsamkeit zur Verfügung – der Grund zur Verehrung; es ist allerdings eine Dechiffrierung, die mich auf Distanz hält – was bleibt, wenn man seine Bücher wegnimmt? Wiederum ein Grund zur Verzweiflung.

Das sorgfältige und einfühlsame Lesen dessen, was er tatsächlich geschrieben hat, offenbart, daß er zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen seiner Ausreise aus Deutschland und seiner ersten englischsprachigen Publikation (in den Jahren 1942 bis 1947) das Gefühl bekam, etwas Bedeutendes verloren zu

[11] Leites 1966, p.viii.

haben. Dieses Gefühl sollte ihn nicht mehr verlassen und, wenn es sich überhaupt änderte, dann vertiefte es sich, je älter er wurde. Seine Empfindung des Verlustes hatte eine eindeutige Ursache. In der Mitte der dreißiger Jahre, als er und seine Familie Deutschland bereits verlassen hatten, brachte sich seine Mutter um. Ich denke, sie neigte regelmäßig zu Depressionen. In ihrer neuen und schwierigen Lage konnte sie keine Hoffnung mehr finden, die es ihr ermöglicht hätte, weiterzuleben. Mein Vater verlor durch die erzwungene Emigration seiner Familie aus Deutschland kein Heimatland; er war bereits staatenlos. Auch in seiner weiteren Lebensplanung war er noch nicht so festgelegt, daß er nicht anderswo einen Platz finden konnte. Aber er verlor seine Mutter.

Ich kann kein differenziertes Bild von seinen persönlichen Gefühlsreaktionen bieten. Was ich jedoch sagen kann läßt sofort erkennen, daß er sich im Bereich seiner Gefühle nie wirklich davon erholte. In all den Jahren, die ich mit ihm verbrachte, sprach er nicht ein einziges Mal mit mir über seine Mutter oder deren Selbstmord. Und so sehr er sich auch danach sehnte, an den Gefühlen jener, die er liebte, teilzuhaben, seine Furcht vor der Offenbarung von Gefühlen war doch größer – nicht erstaunlich für einen Menschen, dessen erste Liebe unter Depressionen litt und sich das Leben nahm.

In seinem geschriebenen Werk jedoch obsiegte er in gewisser Weise. Seine eindrucksvolle Art und Weise der Darstellung, die er für den Rest seiner bedeutenden Karriere beibehalten sollte, war ein erfolgreicher Versuch, Abwehrmechanismen gegen diesen Verlust zu schaffen. Gerade der Aufsatz, den er zusammen mit Kirchheimer über die Weimarer Verfassung schrieb offenbart, wie stark er den Kurs änderte – von der Gegenwart zur scheinbaren Abwesenheit, vom Beteiligtsein zur scheinbaren Distanz. Deutschland, hatte Schmitt geschrieben, umfaßte nicht eine, sondern viele gegensätzliche Welten. Er behauptete, das demokratische Prinzip der Weimarer Verfassung, die Entscheidung durch einfache Mehrheit, könne nur in einer homogenen Gesellschaft, in der sich alle Bürger über die grundlegenden Fragen einig sind, funktionieren. Doch selbst mit der Mehrheitsregel stand die Verfassung nicht in Einklang: Ihre besonderen, materiellen Bestimmungen, zum Beispiel der Schutz der Arbeiterklasse, schränkten die Macht des Gesetzgebers ein.

Im Gegensatz zu Schmitts Zweifeln an der Lebensfähigkeit der Weimarer Verfassung waren mein Vater und Kirchheimer zuversichtlich. Sie verwiesen darauf, daß das zeitgenössische Frankreich, sowie England und Belgien zeigten, daß von einer demokratischen Verfassung regierte heterogene Gesellschaften lebensfähig sind. Mehr noch, die amerikanische Verfassung sei

geschaffen worden, um gegensätzliche Interessen miteinander vereinbaren zu können und das logisch inkohärente Amalgam aus Mehrheitswahl und Schutz spezifischer Interessen konnte tatsächlich widerstreitende Klassen zur Unterstützung der Weimarer Verfassung ermuntern, denn sie mochten zu der Auffassung gelangen, daß es ihnen unter diesen Bedingungen besser erging als unter jedweder anderen Konstellation.

1933 erwies sich jedoch als schlechtes Jahr für die Hoffnungen meines Vaters und Kirchheimers. Ich möchte sie nicht naiv nennen, einfach weil sich die Dinge so negativ entwickelten. Sie könnten immer noch gute Gründe für ihren Optimismus gehabt haben. Ich muß allerdings zugeben, daß ihre Hoffnung nicht allzu gut begründet war. Ihre Argumente sind zwar logisch, jedoch fehlt ihrem Aufsatz ein strukturelles und realistisches Gespür für die psychologischen Faktoren, die damals das politische Leben in Deutschland beherrschten. Freilich ist dies eine Kritik, die ich leicht vortragen kann, da die Suche nach diesen psychologischen Faktoren, die die Politik in der Sowjetunion, Frankreich und anderswo wirklich lenkten, genau jenes Gebiet ist, mit dem sich mein Vater befaßte, als er in den vierziger Jahren wieder zu publizieren begann.

Im Jahr 1945 veröffentlichte Nathan zusammen mit Paul Kecskeméti – ebenfalls ein Emigrant aus dem Weimarer Deutschland – eine längere Studie über die deutsche Kultur unter dem Titel *Some Psychological Hypotheses on Nazi Germany*.[12] Dieses Buch, das im Auftrag der amerikanischen Regierung verfaßt wurde, beruht auf einer Analyse deutscher Materialien aus Rundfunk und Presse sowie auf Interviews der US-amerikanischen Streitkräfte mit Kriegsgefangenen. Getragen wird die Arbeit von den persönlichen Kenntnissen und den Erfahrungen der Autoren mit der deutschen Kultur. Das Buch *Psychological Hypotheses* zeigt die charakteristischen Schwächen und Stärken, die auch das spätere Werk meines Vaters kennzeichnen. Es ist schwerfällig und hat keine klare Richtung, jedoch ist es voll bemerkenswerter Einblicke und zuweilen sehr unterhaltsam. Die Studie läßt auch in vollem Umfang die psychoanalytischen Prämissen erkennen, mit denen er in den folgenden vierzig Jahren bei jedem Thema arbeitete.

Die Verfasser bewahren sichtlich sorgfältige Distanz zum Thema des Essays, außer bei der Auswahl des Materials für die Analyse und – aufgrund der Mittel der Analyse – beim Humor. Das ist sehr eigenartig, gerade für ein Regierungsdokument, denn schließlich schrieben Nathan und Kecskeméti

[12] Das Buch wurde zwei Jahre darauf in vier Teilen im *Journal of Social Psychology* wiederabgedruckt.

über die Psychologie der Nationalsozialisten, eine Psychologie deren Kosten an Menschenleben und Wohlergehen sie gut kannten, eine Psychologie, unter der sie selbst gelitten hatten – durch abgebrochene Karrieren, erzwungene Emigration – und die wahrscheinlich zum Selbstmord meiner Großmutter beigetragen hat. Wie läßt sich das Fehlen der Gefühle der Autoren deuten, jenseits ihres Humors in der Untersuchung des Charakters der Nationalsozialisten?

Die Analyse ist scharfsinnig. Während an der Oberfläche in der deutschen Kultur angepaßte Verhaltensweisen verbreitet gewesen seien, waren diese doch zu einem erheblichen Ausmaß Abwehrreaktionen gegen angsterregende nonkonformistische Tendenzen, wie auch die nonkonformistischen Tendenzen zu einem beträchtlichen Grad Abwehrmechanismen gegen konformistische Tendenzen waren. Um dies zu veranschaulichen, merkten Leites und Kecskeméti an, daß »›glaube, gläubig‹ were key value terms of the Nazis«, die sich die Tatsache zunutze machten, daß viele Deutsche »[have] a strong ... tendency to keep their ›faith‹ (if they have one) intact in the face of the strongest temptations to disbelieve (›Anfechtungen‹)«. Dies jedoch ist im wesentlichen eine Reaktion auf ihren Hang zu Zweifeln, ein Hang, den die Nationalsozialisten »deprecated as ›negative Kritik‹ or ›zersetzende jüdische Kritik‹«. »The beatific expression often accompanying the statement ›ich glaube‹, ›ich glaube an Deutschland‹, etc.« kann zu Recht als »an indication of the inner belief that comes from successfully quiting these dangerously attractice doubts« angesehen werden.[13]

Die Prämisse für die Arbeit meines Vaters – daß Kultur aus bestimmten ambivalenten Mustern zusammengesetzt ist, in denen jede Seite dieser Ambivalenz eine Abwehrreaktion darstellt, die wiederum ihre Energie daraus bezieht, daß sie eine Abwehrreaktion gegen die jeweils andere ist – hat er nie aufgegeben. Anstatt in der Kultur die Ausformung eines Wertbegriffs zu sehen, nicht jedoch eine Realisierung dessen was ihn verneint, nahm er an, daß Kultur beide Tendenzen in sich trägt. Diese Gegensätze sind dynamisch verbunden. Er vermutet nicht einfach die Existenz eines Wunsches und dessen Gegenteil, sondern nimmt an, daß einer vom anderen abhängt und daraus seine Energie gewinnt. Damit verbindet sich seine zentrale Annahme, daß kulturelle Wertdominanzen instabil sind. Es gibt ein Schieben und Ziehen, wobei jeder Schub den Zug verstärkt, und umgekehrt.

Mein Vater mag ein Interesse an der Entwicklung einer allgemeinen Psychologie des Menschen oder einer Kulturpsychologie gehabt haben, in der

[13] Kecskeméti/Leites 1947, 158.

diese Prämisse zur ›Theorie‹ geworden wäre, jedoch widerstand er diesem Gedanken unerschütterlich und erfolgreich.[14] Er entwickelte keine Vorliebe für die Verwendung allgemeiner psychologischer Begriffe in der Kulturanalyse oder gar der persönlichen Analyse. In dem Werk über den Charakter der Nationalsozialisten beschrieb er diesen noch als »zwingend«, später zog er es jedoch vor, eine Kultur mit ihren eigenen Worten und Sätzen zu beschreiben. Die Bedeutung seiner grundlegenden Auffassung konnte, so meinte er, nur und immer wieder durch die genaue Kenntnis der je spezifischen Welten erwiesen werden.

Seine Methode unterstellt also eine spiralförmige und unendliche Oszillation von Ambivalenzen. Vielleicht hatte er damit recht – er erreichte damit zumindest eine wesentlich genauere Analyse der deutschen Kultur als diejenigen, die den Deutschen eine ›autoritäre Persönlichkeit‹ zuschrieben – jedoch war dies immer noch ein Zeichen für die Verzweiflung, die sich meines Vaters bemächtigt hatte. Es gab keinen Ausweg. An die Stelle seiner Hoffnung aus dem Jahr 1933, das wußte er sehr genau, war das Gefühl der Leere getreten. Vielleicht war dies eine Abwehrreaktion, eine Abwehr gegen das Nicht-Fühlen, gegen die andernfalls auftretende überwältigende Traurigkeit. Nathan empfand die Leere als etwas Bitteres; eine Quelle der Verzweiflung, gerade weil er nicht ohne sie auskommen konnte. Als wir unsere Einstellungen zu den Materialien, die wir untersuchten, verglichen, sagte er einmal zu mir: »I think of myself as a camera«. Sein augenscheinlicher Empirismus – ›nur das Material liegt vor Dir‹ – war eine Weiterverarbeitung dieser Leere. Er hatte eine Methode gefunden, seinen Verlust nutzbar zu machen. Er ist nämlich, obwohl er als Autor in der Darstellung seiner Materialien abwesend zu sein scheint, tatsächlich in seiner Abwesenheit immer gegenwärtig.

Auch durch seine Themenwahl gibt er oftmals etwas von sich preis. So publizierte er 1947 einen Aufsatz über Camus' Buch *L'étranger*. Dieser Essay mit dem Titel *Trends in Affectlessness*[15] war ganz aus seinem eigenem Interesse entstanden und damit die erste von Nathans Veröffentlichungen in den Vereinigten Staaten, die nicht von einer Regierungsstelle in Auftrag gegeben oder finanziert worden war. Nicht wegen der Veranschaulichung der existentialistischen Theorien über das Leben war er von Camus' *L'étranger* fasziniert, sondern weil es für ihn ein Dokument war, das einen

[14] Vgl. ebd., 160f.

[15] Elemente seines dort verwandten wissenschaftlichen Ansatzes waren 1942 von Gregory Bateson in dem Aufsatz *Morale and National Character* explizit als Kulturtheorie formuliert worden. Ein Verweis auf diesen Essay findet sich in Leites 1948, 119 Fn. 41.

Menschen lebendig werden ließ, der nicht über vitale Beziehungen zur Welt verfügte, der innerlich leer war, der nichts fühlte – zumindest nichts Bedeutendes.

Merkwürdigerweise sah er – zumindest nicht öffentlich, nicht in seinem Werk – dieses Gefühl der inneren Leere, des Nichts, nie als einen Abwehrmechanismus gegen die Traurigkeit an. Er schien es als etwas für ihn Grundlegendes zu betrachten. In *La règle du jeu à Paris*, seinem großartigen Werk über französische Kultur, das Raymond Aron zu Recht als autobiographischen Essay Nathans ansah,[16] schloß mein Vater mit einem Kapitel über die französische Ambivalenz bezüglich präziser Ausdrucksweise.[17] Dieses letzte Kapitel endet mit einer Reflexion über Valérys Lobrede auf Mallarmé.[18] Valéry hatte die Präzision der Reflexionen Mallarmés über die Methoden seiner Kunst und über das Wesen unterschiedlicher Buchstaben und Töne bestätigt – Beobachtungen so präzise wie die eines Geometers; allerdings sagte Valéry nie, welcher Art auch nur eine dieser Wahrnehmungen war. Mein Vater formuliert dann als letzten Satz seines Buches: »Ainsi le mythe de la précision masque le néant et l'oubli« – so maskiert der Mythos der Präzision das Nichts und das Vergessene.

IV

Zuerst schien es mir eindeutig zu sein, wie das Trauern meines Vaters von Deutschen verstanden werden könnte, wenn sie dadurch erkennen würden, daß ihr Interesse an Exilanten durch ihre eigene Trauer vollendet werden müßte. Ehrliches Trauern erfordert Realismus. Eine dauerhafte gefühlsmäßige Anerkennung der negativen wie auch der positiven Seite der Welt der Deutschen, die von den Deutschen selbst zerstört wurde, würde für sie selbst besonders schwierig sein. Meine eigenen Reflexionen über meinen Vater, so schwierig sie auch für mich sein mögen, könnte ihnen verdeutlichen, wie das Betrauern eines Exilanten aussehen könnte. So wie ich den Verlust meines Vaters betrauere, indem ich seine Tugenden rühme, dabei bekümmert seine Schwächen eingestehe, indem ich ihn für mich selbst in

[16] Leites 1966, viii.

[17] Wie das Buch sehr gut illustriert, forderte mein Vater von sich selbst und von anderen unablässig Präzision in Wort und Schrift.

[18] Vgl. Leites 1966, 300.

Anspruch nehme, so könnten auch sie ihn betrauern, ihn für Deutschland zurückgewinnen – nicht als einen perfekten Menschen, sondern als jemanden, der Respekt und vielleicht Bewunderung verdient.

Ich muß nunmehr gestehen, daß mir diese Idee heute naiv vorkommt. In meinem Wunsch, diesen Beitrag zur Exilforschung zu leisten, formulierte ich unbewußt mein eigenes Verlangen, meinem Vater durch die Teilnahme an der deutschen Kultur wiederzubegegnen, so wie er an ihr teilnahm. In meiner Phantasie stelle ich mir das Hingezogensein meiner Mutter zu einem hoffnungsvollen jungen sozialistischen Ökonomen in Heidelberg vor. Vielleicht war sie als Nicht-Jüdin von den sozial engagierten jüdischen Intellektuellen angezogen und glaubte, daß jene ein besseres Deutschland schaffen könnten als manche nicht-jüdischen Deutschen, zu denen sie selbst gehörte. So wie mein Vater am politischen Leben im Weimarer Deutschland teilgenommen hatte, so könnte ich, ebenfalls als Jude, zum Wohl des heutigen Deutschland beitragen – durch die Ermutigung zur Trauer unter den Wissenschaftlern, ohne die ihre Exilforschungen moralisch unentwickelt blieben. Jedoch ist es nicht realistisch, zu wollen, daß meine deutschen Kollegen meinen Vater und seinesgleichen betrauern.

Thomas Müller hatte meine ersten Überlegungen zum deutschen Trauern seinem Lehrer, dem Berliner Psychoanalytiker Gerhard Baader, vorgelegt. So wie Müller es mir beschrieb, antwortete Baader, daß die Kinder der Opfer und die Kinder der Verfolger keinen gemeinsamen Verlust teilen können. »Mourning must be reserved on the victim's side, and cannot become a way out ... for the children of the persecutors«.[19] Warum aber soll man davon ausgehen, daß jeder Deutsche, der um das verlorene Deutschland trauern würde, selbst entweder ein Kind der Opfer oder der Verfolger sein muß? Wo wären die Kinder und Enkel der vielen nicht-jüdischen Sozialdemokraten einzuordnen, die ihren Überzeugungen unter dem nationalsozialistischen Regime treu geblieben sind und zur Stärke der Sozialdemokratischen Partei nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen haben? Und für die Kinder oder Enkel von jemandem, der ein Nazi war, scheint es keine absolute Notwendigkeit zu geben, daß ihre Trauer ein »Ausweg« sein muß, ein Entrinnen vor der Last ihrer eigenen Familiengeschichte. Weshalb meint Baader, daß die Trauer bei anderen als den Kindern der Opfer suspekt und sentimental sein muß?

Die Antwort Baaders wurde mir wiederum durch seinen Schüler übermittelt. Die Kinder der Verfolger könnten jene Flüchtlinge betrauern, die

[19] Brief von Müller an den Verfasser, Jerusalem, 13.12.1995.

Deutschland als Sozialisten verloren hatte, jedoch nicht als Juden, denn die Juden hatten von vornherein nicht zu Deutschland gehört.[20] Wiederum erschien mir Baaders Urteil seltsam. Im Falle meines Vaters wäre es ein leichtes zu behaupten, daß er nicht zu Deutschland gehörte. Er war staatenlos, kein deutscher Staatsbürger. Viele der Juden jedoch waren deutsche Staatsbürger gewesen. Mehr noch, ob Staatsbürger oder nicht, Juden hatten am Leben in Deutschland und den deutschsprachigen Ländern über Jahrhunderte hinweg teilgenommen. Auf welche Weise könnten dann nicht-jüdische Deutsche jemals einen Anspruch erheben auf das »what was *never* theirs: the Jewish«?

Ich denke, nicht-jüdische Deutschen können aufrichtig und legitim die Juden, die Deutschland verloren hat, betrauern, jedoch sind die Bedingungen, unter denen sie dies tun können, recht eingeschränkt. Es wäre unvernünftig, sie dazu aufzufordern, diese Bedingungen zu erfüllen. Betrauern ist die traurige Anerkenntnis des Verlusts von etwas Gutem; um zu trauern, müssen wir uns um dieses Gute gekümmert haben – und es auf diesem Wege zu einem Teil von uns selbst gemacht haben –, *bevor* wir es verloren haben. Wenngleich wir nicht gewußt haben mögen, wie sehr wir uns um jemanden gekümmert haben während er noch bei uns war, und erst in unserem Verlust seinen Wert zu erkennen beginnen – sei es wissentlich oder nicht –, müssen wir uns um ihn gekümmert haben. Trauern beklagt und verehrt jenen wesentlichen Teil *von uns selbst*, der uns durch den Verlust eines geliebten Menschen genommen wurde.

Dasselbe gilt, wenn ein Volk den Verlust von etwas betrauert, das es schätzt. Es muß dies bereits geliebt haben, als es noch in seinem Besitz war. Damit meine deutschen Kollegen den Verlust meines Vaters betrauern können, müßten sie sich mit einem philosemitischen Milieu oder Individuum aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus identifizieren, zum Beispiel mit jemandem wie meiner Mutter, deren jugendlich romantische Interessen, soweit sie mich dies wissen ließ, als diejenigen einer sozialdemokratischen Intellektuellen zu allgemein umschrieben wären; sie fühlte sich von *jüdischen* sozialdemokratischen Intellektuellen angezogen.

Warum sollte ich von meinen deutschen Besuchern eine derartige Identifikation fordern? Es scheint, daß die meisten deutschen Wissenschaftler, die

[20] Anm. d. Übersetzer: G. Baader, Sohn österreichischer Juden, die nicht ausgewandert sind und dessen Familie zum Teil von den Nazis umgebracht wurde, geht davon aus, daß die deutsch-jüdische Symbiose vor 1933 eine historische Fiktion ist, die es in Wahrheit nie gegeben hat.

Exilforschung betreiben, aus einem sozialdemokratischen Milieu stammen.[21] Ein bekannter Exilforscher berichtete mir, daß einer der Hauptbeweggründe für seine Arbeit und die seiner Kollegen darin besteht, die Geschichte sozialdemokratisch orientierter Wissenschaft an deutschen Universitäten, die von den Nationalsozialisten 1933 beendet wurde, herauszuarbeiten. An diese Geschichte war von ihren Lehrern, die zum größten Teil noch Positionen unter den Nationalsozialisten innegehabt hatten, in der Nachkriegsperiode nicht erinnert worden.[22]

Die Exilforscher haben inzwischen die sozialdemokratischen Intellektuellen der zwanziger und dreißiger Jahre erfolgreich wieder in Erinnerung gebracht. Jedoch, sie brauchen sie nicht zu betrauern. Die Sozialdemokratische Partei erlangte ihre Bedeutung in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zurück, wenngleich nach dem Krieg eine bemerkenswerte Abwesenheit von Sozialdemokraten in den sozialwissenschaftlichen Fakultäten der wenigen deutschen Universitäten, an denen sie zuvor führend gewesen waren (z.B. Heidelberg und Berlin), zu verzeichnen war. Heute sind sozialdemokratisch orientierte Wissenschaftler im deutschen Universitätssystem wieder aktiv. Man könnte den Verlust eines bestimmten sozialistischen Wissenschaftlers seines unersetzbaren Charakters wegen betrauern – ›es wird keinen wie ihn je wieder geben‹; jedoch könnten ins Exil gegangene sozialistische Wissenschaftler nicht als das *verlorene* Deutschland betrauert werden, obwohl ihrer freilich gedacht werden sollte.

Es wäre auch nicht plausibler vorzuschlagen, daß Exilforscher die Geflohenen als Juden betrauern. Man könnte die falsche Vorstellung hegen, daß es eine natürliche Grundlage dafür gäbe. Insoweit diese Wissenschaftler Sozialdemokraten sind, sind sie Teil eines deutschen Milieus, das sich in den Jahren vor dem Nationalsozialismus den Juden gegenüber öffnete und ihnen ermöglichte, innerhalb der sozialdemokratischen Welt intellektuell und politisch bedeutsame Positionen zu erlangen. Demnach würden heutige Sozialdemokraten zu einer Welt gehören, die sich um die Juden kümmerte, bevor sie sie verloren, und die sie darum jetzt betrauern können.

Das ist jedoch nicht ganz richtig. Juden wie mein Vater konnten einen Platz in der Sozialdemokratischen Partei finden, da dort das Prinzip des Universalismus galt: Er war sogar als Staatenloser willkommen, ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dies geschah jedoch nicht aus Liebe zu einem Juden als einem Juden. Es ist der Respekt vor dem Juden als einem mensch-

[21] Harald Hagemann in einem Gespräch mit dem Verfasser, Bologna, 23.5.1996.
[22] Ebd.

lichen Wesen. Obwohl dieser menschliche Universalismus als eine unübertroffene Errungenschaft der moralisch-politischen Entwicklung fortbesteht, ist er merkwürdigerweise keine ausreichende Basis für das Trauern. Beim Betrauern erkennen wir nicht nur den Verlust von jemandem an, der universell gültige Vorzüge aufwies, sagen wir, Intelligenz oder Anstand. Wir betrauern ihn auch in jenen Dimensionen, in denen er dieses universelle Format nicht erreichte, in jenen Bereichen, in denen er fremdartig und besonders gewesen war. Auf diese Weise habe ich selbst getrauert.

Ich stelle heute fest, daß ich mit der Hoffnung, meine deutschen sozialdemokratischen Freunde könnten meinen Vater betrauern, den Wunsch äußerte, sie würden ihn in seiner Eigenartigkeit lieben und um ihn trauern. Das war falsch gedacht. Sie *haben* eine besondere Beziehung zu ihm, als Wissenschaftler und vielleicht als Sozialdemokraten, jedoch müssen sie sich seiner nur aufgrund dieser Beziehung zu ihm erinnern. Als Jude, als Teil der Kultur, die Deutschland verlor – und nicht wiedergewonnen hat, trotz des neuerlichen Zustroms jüdischer Immigranten aus Rußland – hätte um ihn getrauert werden können, wenn er genau dafür geliebt worden wäre, eher als für seine menschlichen Fähigkeiten und Tugenden. Er wurde jedoch seines Menschseins wegen geschätzt. Ich erkenne, daß allein ich ganz um ihn trauern kann.

Literaturverzeichnis

Bateson, G. (1942): Morale and National Character, in: ders., Steps Toward an Ecology of Mind, Reprint, San Francisco 1972, S. 88-106.

Halasi, A. (1933). Die Goldwährung. Grundzüge der Währungstheorie. Unter Mitwirkung von N. Leites, Berlin.

Kecskeméti, P./Leites, N. (1945): Some Psychological Hypotheses on Nazi Germany, Washington; Wiederabdruck in: Journal of Social Psychology, 26 (1947), S. 141-183; 27 (1948a), S. 91-117 und 241-270; 28 (1948b), S. 141-164.

Kirchheimer, O./Leites, N. (1933): Bemerkungen zu Carl Schmitts ›Legalität und Legitimität‹, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 68, S. 457-487; engl. Übers. in: Kirchheimer, O./Neumann, F. (1987): Social Democracy and the Rule of the Law, hrsg. von Keith Tribe, London, S. 149-178.

Krohn, C.-D. (1997): Leites, Nathan, erscheint in: Hagemann, H./Krohn, C.-D. (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München.

Leites, K. (1922): Recent Economic Developments in Russia, hrsg. von Harald Westergaard, Oxford.
Leites, N. (1935): De quelques porblèmes concernant les reserves des Banques, Diss., Universität Lausanne.
Leites, N. (1948): Psychocultural Hypotheses About Political Acts, in: World Politics, 1.
Leites, N. (1966), La ègle du jeu à Paris, Den Haag/Paris.
Speier, H. (1988): Nicht die Auswanderung, sondern der Triumph Hitlers war die wichtige Erfahrung. Autobiographische Notizen eines Soziologen, in: Vertreibung der Wissenschaften und andere Themen. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung von T. Koeber u.a. (= Exilforschung, Bd. 6), München, S.152-173.
Speier, H. (1988b): Nathan Leites: An Uncompromising Intellect, in: The Rand Corporation (1988).
The Rand Corporation (1988): Remembering Nathan Leites, Santa Monica, CA.

Akademisches Gedächtnis und Wissenstransfer

Heidelberg, Prag, London

Theresa Wobbe

I

Der französische Soziologe Maurice Halbwachs, Nachfolger Georg Simmels auf dem Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Straßburg, hat in den 1920er Jahren wohl als einer der ersten die soziale Bedingtheit des kollektiven Gedächtnisses untersucht. Ihn interessierte dabei die Art und Weise, wie bestimmte Gruppen den Zugang zu ihrer Vergangenheit erhalten, was erinnert und was vergessen wird, was im kollektiven Gedächtnis einen Platz erhält und was darin erst gar nicht auftaucht oder irgendwann ausgeschlossen wird. Der Frage, was wir vergessen und was wir erinnern, lag bei Halbwachs die Annahme zugrunde, daß wir Zugang zu kollektiven Deutungsmustern nur über bestimmte Wahrnehmungsmodi erhalten, die zu unserer eigenen Kultur gehören. Damit hat Halbwachs auf die subtile Verknüpfung von Gedächtnis und sozialer Wahrnehmungsweise aufmerksam gemacht, auf den Konstruktionscharakter des Gedächtnisses, vor allem auch darauf, daß es verschiedene Gedächtnisse gibt, die als Matrix für das Alltagsverhalten und die soziale Orientierung von Gruppen funktionieren und weitergegeben werden.

Das Gedächtnis ist kollektiv geprägt durch die ›cadres sociaux‹, durch die soziale Rahmung aufgrund der Einbindung in Gruppen und der Zugehörigkeit zu kollektiven Gebilden. Damit ist das Gedächtnis an Wahrnehmung und Kommunikation gebunden und nicht beliebig übertragbar oder austauschbar.[1] Halbwachs' Überlegungen zu den sozialen Bedingungen des

[1] Vgl. die Untersuchungen von Maurice Halbwachs über das kollektive Gedächtnis und seine sozialen Stützen; Halbwachs 1985a und b. Das soziale Konzept des Gedächtnisses bei Halbwachs schließt zum einen an die Soziologie Emile Durkheims an und formu-

Gedächtnisses stehen in der Tradition der Beschäftigung der Durkheim-Schule mit den ›représentations collectives‹. Es lassen sich Verbindungen zu den Arbeiten Karl Mannheims herstellen, der, wie sein französischer Kollege, ebenfalls versuchte, geistige Gebilde soziologisch durch eine Außenbetrachtung zu erschließen.[2] Zudem beschäftigten sich beide, gewiß in unterschiedlicher Weise, damit, daß das Wissen von Gruppen kontextgebunden ist, also nicht voraussetzungslos, sondern durch Perspektivität gebrochen ist.

Dies gilt auch für das akademische Gedächtnis. Denn Tradierung geht einher mit einer Beobachtung und Unterscheidung, die in ihrer Auswahl notwendig selektiv verfährt. Es obliegt der Gegenwart, die erinnerungs- und bewahrenswerten Teile der Vergangenheit auszuwählen. Dieser selektive Zugriff beschreibt jedes Mal aufs neue das Selbstbild einer Disziplin und damit auch den Stand ihrer Sachfragen.[3]

Die Geschichtsschreibung der Soziologie setzte in Deutschland zu Ende der 1960er Jahre ein, zumeist getragen von einer Generation, deren biographische und wissenschaftliche Erfahrungen nicht mehr in die Weimarer Republik zurückreichten.[4] Mit einer neuen Generation von Wissenschaftlerinnen, die Felder und Themen in der Soziologie der 1980er Jahre veränderte, beginnt sich die Geschichtsschreibung des Faches und damit die Tradierung der bewahrenswerten Bestände wieder zu wandeln. Inzwischen wissen wir, daß zu den vielen Anfängen der Soziologie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, zum *Status nascendi* des Faches, Wissenschaftlerinnen gehörten. Ihr Auftreten signalisierte eine Veränderung im Hinblick auf die soziale und kognitive Seite der Wissenschaft.[5]

Im folgenden möchte ich auf einige Aspekte dieser Geschichte eingehen. Zuerst werde ich mich mit der Veränderung des Wissens in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis beschäftigen. Hierbei geht es vor allem um die Frage, wie die Erosion der Deutungsmacht des Bildungsbürgertums mit einer Transformation der sozialen

liert zum anderen Henri Bergsons Konzept von Materie und Gedächtnis für einen soziologischen Kontext.

[2] Mannheim 1928; 1929.

[3] Vgl. Tenbruck 1994.

[4] Vgl. Lepsius 1981.

[5] Vgl. Honegger 1994; Wobbe 1992; 1994 und 1997. Im Rahmen der kultur- und wissenssoziologischen Rekonstruktion Heidelbergs als intellektuelles Milieu wird die Bedeutung von Frauen ersichtlich; vgl. Treiber/Sauerland 1995. Einen forschungsstrategisch entscheidenden Zugang stellt in diesem Zusammenhang die Bürgertumsforschung dar; vgl. Huerkamp 1994 und 1996; Lepsius 1992a und b; Gilcher-Holtey 1992.

und kognitiven Seiten des Wissens einhergeht. Der politische Machtwechsel von 1933 stellte für die erste Generation von Wissenschaftlerinnen in der Soziologie sowie für das Fach selbst eine entscheidende Zäsur dar.[6] Vor diesem Hintergrund beschäftige ich mich im zweiten Teil mit der Frage, wie an die in Deutschland zerstörten Wissenskontexte angeknüpft wurde.

Die Weber-Schülerin Charlotte Luetkens (1896-1967), eine Soziologin aus dem Zusammenhang des Heidelberger Instituts, ist ein Beispiel für abgerissene und wiederaufgenommene Fäden. Im Londonder Exil arbeitete sie mit Karl Mannheim. Am Fall der Mannheim-Schülerin Viola Klein (1908-1973) läßt sich wiederum nachzeichnen, wie der Wissenstransfer über längere historische Zeiträume erfolgen kann. Das Rezeptionsschicksal der beiden Bücher dieser Soziologinnen gibt uns schließlich Hinweise darauf, welche Faktoren für das akademische Gedächtnis wirksam sind.

II

Der Typ des Wissens sowie seine Organisation und die Zusammensetzung der Trägerschicht haben sich mit der Moderne verändert. Zur Struktur der Demokratisierung des Geistes, die Karl Mannheim in der Moderne aufziehen sah, gehört der Vorgang einer Multipolarität der Weltansicht, die in keinen Ordo mehr einzureihen ist. Geschlecht, dies zeigt sich z.B. in dem kulturellen Deutungsmuster der Geschlechterdifferenz, wird dabei eine Kategorie zur Reduktion von Komplexität.[7]

Im Zuge der Pluralisierung der Weltansichten ereignete sich im ersten Drittel dieses Jahrhunderts eine dramatische Veränderung, die in der Weimarer Republik in verschiedenen Wissensbereichen manifest wird. Als ›Orientierungskrisen‹ hat Bettina Heintz den Zusammenhang von sozialer Krise und Grundlagenkrise in der Mathematik zutage gefördert.[8] In der Atomphysik wandelte sich mit dem Ende der Kausalität die Struktur des Denkens. Es war nun nicht mehr möglich, alle Aspekte der Realität in einem konsistenten Raum-Zeit-Kausalitäts-Bild zu fassen. Max Delbrück, der Assistent von Lise Meitner im Kaiser-Wilhelm-Institut, hat den Verlust von Gewißheit, der sich mit dem Prinzip der Unbestimmtheit 1927 ankündigte, beschrieben. Für die Fachwelt stellte dies einen ungeheuren Schock dar: »Es

[6] Für Soziologinnen vgl. Wobbe 1997; für die Soziologie vgl. Lepsius 1981.
[7] Vgl. Honegger 1991.
[8] Vgl. Heintz 1993, hier Kap. 5.

war tatsächlich ein so großer Schock, daß Einstein nie darüber hinweggekommen ist. Für den Rest seines Lebens hat Einstein versucht, das klassische Bild wiederzufinden, in dem es nur eine Wirklichkeit gibt«.[9]

Zu den Innovationen in der Gestaltung des 20. Jahrhunderts gehört auch, daß die klassische moderne Architektur nun Räume als Kontinuum fließender und nicht mehr als Addition einzelner Volumina thematisiert. In der sozialwissenschaftlichen Darstellungs- und Schreibweise setzt sich das Experiment mit Begriffen wie Montage und Konstellation durch. Als Kondensierung sozialer Realität weisen sie auf einen veränderten Typus der Wirklichkeitserfassung hin, in dem Soziales nicht mehr selbstverständlich ist, sondern allererst zu einem distinkten Forschungsgegenstand wird.[10]

In Deutschland ist der Vorgang der Pluralisierung in historisch spezifischer Weise erfahren worden. Der Erste Weltkrieg und die Revolution wirken hier verstärkend auf die Erschütterungen in den Geisteswissenschaften. Die Geltung der Geisteswissenschaften scheint bedroht, denn ihre bisherigen Wissensbestände werden nicht zuletzt durch die Probleme der sozialen und politischen Gegenwart in Frage gestellt. Im Horizont einer ›Krise‹ der Kultur, des Historismus und der Bildung hat Ernst Troeltsch die mentale Lage beschrieben: »Weltkrieg und Revolution wurden historischer Anschauungsunterricht von furchtbarster und ungeheuerster Gewalt. Wir theoretisieren und konstruieren nicht mehr unter dem Schutz einer alles tragenden (...) Ordnung, sondern mitten im Sturm der Neubildung der Welt (...). Da schwankt der Boden unter den Füßen«.[11]

In diese Welt der Ungewißheit, die dabei war, sich selber neu zu definieren, zog die Soziologie ein und bot eine veränderte Möglichkeit, Wirklichkeit zu beschreiben. Zur gleichen Zeit betraten auch die Frauen zum ersten Mal die wissenschaftliche Arena. Beide Neuankömmlinge, die Soziologie und die Frauen, spielen als Seismograph eine besondere Rolle in dieser ›Krise‹.[12] Die Soziologie macht die Grenzen der Geisteswissenschaften sichtbar und entfaltet sich an deren ungelösten Problemen, gleichsam als »ihr böses Gewissen«.[13] Auf die Frauen kann diese Metapher ebenfalls bezogen werden. Sie treiben in kognitiver Hinsicht die internen Spannungen der Geistes-

[9] Max Delbrück in einem Interview vom 20.7.1987 mit Carolyn Harding, nach: Rife 1992, 162, Anm. 55, 341.

[10] Vgl. hierzu Makropoulos 1994.

[11] Troeltsch, *Der Historismus und seine Probleme*, GS Bd. 3, Tübingen 1922, 6, zitiert nach Tenbruck 1994, 25; zur tragischen Dimension dieser Sicht vgl. Lenk 1964.

[12] In meiner Studie über die frühen Soziologinnen (Wobbe 1995) habe ich diese These ausführlich begründet.

[13] Tenbruck 1994, 36f.

wissenschaften voran, indem sie über eine andere Gegenstandskonstitution das bildungsbürgerliche Geschlechterarrangement als ein veränderbares thematisieren. In sozialer Hinsicht forcieren sie die Erosion der Trägerschicht des Bildungsbürgertums, indem sie nun selbst Konkurrentinnen auf akademischen Arbeitsmärkten werden.[14]

Im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis bedeutete »die alarmierende Tatsache, daß die gleiche Welt verschiedenen Beobachtern verschieden erscheinen kann«,[15] als eine Erosion sozialer Sekurität. Die soziale Mobilität von Frauen und die Neuthematisierung der Geschlechterdifferenz irritierten kulturelle Gewißheiten. Dies zeigte sich z.B. an der Heftigkeit, mit der die männliche Intelligenz auf Veränderungen ihrer bisher homogen zusammengesetzten Gruppen reagierte. Als Frauen der Mittelschichten, vor allem des Bildungsbürgertums, in den 1920er Jahren zum ersten Mal Konkurrentinnen auf dem akademischen Arbeitsmarkt wurden, war die Abwehr der Akademiker äußerst ressentimentgeladen.[16]

Von Claudia Honegger wissen wir, in welcher Weise Mannheim in seiner Frankfurter Zeit einen intellektuellen Raum bot, in dem Frauen als Soziologinnen arbeiten und sich qualifizieren konnten.[17] David Kettler und Volker Meja haben darauf hingewiesen, daß Mannheim in bezug auf Intellektuelle und Frauen eine Parallele darin sah, daß die Krise für sie einen Impuls und die Soziologie für sie eine Methode bot, um die eigene Situation zu deuten.[18] Dieser »historische Augenblick, in dem alle Dinge transparent werden«,[19] barg auch im Hinblick auf das Verhältnis der Geschlechter neue Erkenntnismöglichkeiten.

III

Angekündigt hatten sich Verschiebungen im Geschlechterverhältnis schon um die Jahrhundertwende. Die Frauen, längst nicht mehr in der Abgeschlossenheit des Hauses, beschleunigen diesen Wandel, indem sie als politische Formation und soziale Bewegung Partizipation einfordern. Für die

[14] Vgl. hierzu die Grundlagenarbeiten von Claudia Huerkamp 1988; 1994 und 1996.

[15] Mannheim 1985, 7.

[16] Huerkamp 1994.

[17] Honegger 1994.

[18] Kettler/Meja 1993.

[19] Mannheim 1985, 77.

Frauenrechtlerinnen des Bildungsbürgertums, dies hat Ingrid Gilcher-Holtey in ihrer Studie über die Heidelberger Kreise um 1900 herausgearbeitet, gilt der bildungsbürgerliche Mann als Vorbild, die »aktiv-produktive Bildungsbürgerin« als zu erreichendes Ziel.[20] Im Deutungsmuster der Geschlechterdifferenz, das seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gemeinsam mit dem Konzept der Kultur entdeckt worden war, läßt sich der Ort der bildungsbürgerlichen Frauen um 1900 zwar noch einmal »›ständisch‹ homogen definieren«.[21] Doch zugleich destabilisiert diese Definition im Rahmen des Bildungsbürgertums als ständische Vergesellschaftung das, was sie zu stabilisieren intendiert. Denn die Ansprüche der Frauenbewegung sind in ihren Implikationen egalitär und universalistisch und verändern somit das Gefüge der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Dies läßt sich besonders gut an Marianne Webers Überlegungen zur kulturellen Bedeutung der Frau und ihrer Beteiligung an der Wissenschaft illustrieren. So teilt sie mit Georg Simmel dessen wesentliche Prämissen über die weibliche Kultur und bleibt an seine normativen Annahmen über die geschlechtliche Differenz gebunden.[22] Gleichzeitig beansprucht Marianne Weber aber einen eigenen und gleichwertigen Ort der Frauen. Dabei steht für sie die Frage im Mittelpunkt, wie das »Ideal der intellektuell voll entwickelten, selbständig denkenden und handelnden Frau«[23] und die »Anleitung zur methodisch planvollen Lebensführung«[24] zu erreichen ist. Letztlich strebt sie für Frauen eine Lebensführung an, die Max Weber in der Kategorie des Berufsmenschen als dem typischen Repräsentanten der rationalen Versachlichung und Vergesellschaftung der Beziehungen gefaßt hat, »jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen«, die als Grundlage für eine kontinuierliche Erwerbschance dient.[25]

[20] Gilcher-Holtey 1992, 178; an der Veränderung vom *Eranos*- zum *Janus*-Kreis zeigt Gilcher-Holtey, daß die Frauenbewegung und die erotische Bewegung in Heidelberg die Impulse zum Wandel geben.

[21] Gilcher-Holtey 1992, 204.

[22] Vgl. Simmel 1902; zu Simmel vgl. Tyrell 1986; zu Marianne Weber vgl. Roth 1989; zu Ähnlichkeit und Unterschied in den Überlegungen von Georg Simmel und Marianne Weber vgl. Wobbe 1994; Vromen 1991; Vucht Tijssen 1991.

[23] Weber, Marianne 1907, 51; vgl. auch Weber, Max 1904.

[24] Weber, Marianne 1905, 35.

[25] Weber, Max 1972, 329; Vucht Tijssen (1991, 208f.) spricht davon, daß Marianne Weber nicht gegen die Form, wohl aber gegen den Inhalt des Simmelschen Arguments Einwände erhebt: als Menschen haben Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten. Zu Marianne Weber vgl. Förder-Hoff 1987. Zu Marianne und Max Weber vgl. Wobbe 1994; Allert 1995.

Marianne Webers Postulat, auch für Frauen Berufsmöglichkeiten im Sinne des Berufs als Berufung zu erreichen, läßt sich ebenso auf das Apriori von Vergesellschaftung beziehen, das Simmel in seiner formalen Soziologie bestimmt. Für die ›Kreuzung sozialer Kreise‹ als Gradmesser der Kultur bildet der Beruf einen wichtigen Differenzierungstyp.[26] Marianne Weber nimmt das Berufskonzept Max Webers und Georg Simmels auf, berücksichtigt im Unterschied zu diesen die Frau allerdings in der Differenz, ohne sie auf den ontologischen Unterschied festzulegen. Als Frauenrechtlerin und Bildungsbürgerin kann sie den Preis der Ganzheitlichkeit mit der zu akzeptierenden Diskriminierung der Frau bei Simmel nicht gelten lassen. Vielmehr entwirft sie für Frauen eine Berufsvorstellung, die universale und partikulare Elemente integriert.[27]

Die Frau soll »dem Typus des reinen Fachmenschen«, dessen »Menschentum uns aber irgendwie verkümmert und unvollständig erscheint«[28], entgegentreten und zwar als Kulturträgerin »in der Mittlerschaft zwischen Objekt und Subjekt«.[29] Die Schöpfung der objektiven Kultur bleibt zwar dabei tatsächlich vor allem dem Mann vorbehalten, aber auch zum Teil dem weiblichen Geschlecht und zwar im Typus der ›neuen Frau‹, der eben »auch auf das Objektive weisende Anlagen empfangen [hat]«.[30]

Im Bezugssystem der Frauenbewegung als Kulturbewegung kann Marianne Weber den Geschlechterdualismus mit universalen Gleichheitsforderungen verbinden und so zu einer Deutung gelangen, die den egalitären Anspruch zwischen Männern und Frauen des Bildungsbürgertums plausibel macht. Dies zeigt sich auch daran, wie sie die kulturelle Bedeutung der geschlechtlichen Differenz für die Frauenbewegung faßt. Simmels Entwurf der subjektiven und objektiven Kultur (1902), der auf der These vom ungleichen und ungleichzeitigem Verhältnis der Geschlechter zur modernen Differenzierung fußt, entwickelt sie in der Weise weiter, daß Frauen durch ihre Relevanz für das Soziale, in der Vermittlung zwischen Objekt und Subjekt, ein neues Verhältnis zwischen subjektiver und objektiver Kultur ermöglichen. Als ›Kulturträgerinnen‹ sind sie den Männern gleichwertig. Marianne Weber verschafft den Frauen damit eine gesellschaftliche Geltung und

[26] Vgl. Simmel 1908, 29 und 311.

[27] Ihr Aufsatz über den Typenwandel der studierenden Frau (Weber, Marianne 1917, 198ff.) liest sich unter diesem Gesichtspunkt auch in bezug auf Frauen als Integrationsversuch von Universalität und Partikularität. Denn keinesfalls ist es erstrebenswert, daß alle Frauen studieren, sondern nur diejenigen, die den Beruf als Berufung begreifen.

[28] Weber, Marianne 1918, 260.

[29] Weber, Marianne 1913, 130.

[30] Weber, Marianne 1913, 132; vgl. dies. 1917.

bindet zugleich soziale Bereiche aneinander, die durch die Ausdifferenzierung der objektiven Kultur zunehmend auseinander treten. Die entscheidende intermediäre Instanz für die Umsetzung dieser Überlegungen ist die Frauenbewegung. Damit wandelt sich das Bild der Frau als Bildungsbürgerin.

Der Zusammenbruch des bildungsbürgerlichen Frauenbildes ist nach M. Rainer Lepsius »der deutlichste Ausdruck für den Zusammenbruch des bildungsbürgerlichen Lebensstils«,[31] der zu Beginn dieses Jahrhunderts, spätestens mit dem Ersten Weltkrieg und der Inflation nicht mehr möglich war. In der Weimarer Republik ist nicht nur die Frauenbewegung alten Stils aus der Mode gekommen.[32] Die Modernisierungsprozesse im Geschlechterverhältnis, wie die staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen durch die Weimarer Verfassung, der Wegfall beamtenrechtlicher Beschränkungen für Frauen, Berufspositionen für Akademikerinnen im sozialen Sektor, forcieren auch das Auseinanderbrechen der bildungsbürgerlichen Definitionsmacht. Wie Claudia Huerkamp zeigt, traten Frauen in der Weimarer Republik zum ersten Mal als Konkurrentinnen der Männer bei Bewerbungen um akademische Berufe auf. Indem nun faktisch zunehmend mehr Frauen den Weg der beruflichen Qualifizierung und Spezialisierung einschlugen, beschleunigten sie ein Tempo, das zu verlangsamen einmal ihr Part gewesen war.[33] Die Erosion wird während der Weimarer Republik von Prozessen flankiert, die in die Richtung einer Versachlichung der Geschlechterbeziehungen verlaufen.[34] Eine Arbeitsteilung zwischen männlicher Repräsentation der Kultur und weiblicher Bewahrung dieser Kultur ist nach den Mustern des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu haben. Dieser Sachverhalt ist nicht zu unterschätzen, denn, und dies haben Huerkamp und Lepsius betont, die Frauen hatten eine bedeutende Integrationsfunktion für die Gewährleistung der kulturellen Kontinuität des Bildungsbürgertums.

Margarete Susman hat auf der Höhe der 20er Jahre den Vorgang luzide beschrieben, der mit der Freisetzung des Erwartungshorizonts aus traditionellen Bindungen für die Geschlechter einsetzte: »Mit dem Bild der bisherigen Frau versinkt die bisherige Welt. Denn wenn der Mann diese Welt erbaut hat, die Frau war es, die sie trug. Sie ist die tragende Säule, die er dem großen Haus eingebaut hat und mit deren Sturz es zusammensinken

[31] Lepsius 1992b, 17.

[32] Reese 1993; Stoehr 1993.

[33] Vgl. hierzu Claudia Huerkamps Untersuchungen über die weibliche Konkurrenz auf den akademischen Arbeitsmärkten: Huerkamp 1996.

[34] Vgl. hierzu Reese 1991 und 1993; Peukert 1987.

muß«.[35] Frauenrechtlerinnen der Vorkriegsgeneration versuchten, diese Welt zu erhalten und zugleich für die Frau Individualisierung und Differenzierung zu beanpruchen. Damit setzten sie eine Dynamik in Gang, die die Solidaritäten zwischen den Geschlechtern veränderte. Die Frauenbewegung hatte die Frau zum neuen Leitbegriff gemacht, von dem Simmel behauptete, daß dieser »eine Anzahl sonst nicht leicht beobachtbarer formaler Komplikationen aufwirft«.[36]

Susman beschrieb mit dem Versinken der bisherigen Welt eben diese Massivverschiebung, die ein anderes Bild von der Frau und damit eine neue Aushandlung zwischen den Geschlechtern implizierte. Vielleicht erlaubte es Susman nicht nur ihre geistige Verwandtschaft zu Simmel, sondern viel mehr noch ihre Distanz zur Frauenbewegung, in einer erstaunlichen Nüchternheit nach der Veränderungsmöglichkeit der Bilder zu fragen, daß »das Wirkliche die weltferne Absolutheit des Geistes überall bedrängt, daß es aus seinem Leben nicht mehr auszuschließen ist«.[37] Mit der Frauenbewegung war »der Kampf um Sprache und Bild«[38] entbrannt.

Die Modernität dieses Vorgangs besteht darin, daß der ›Kampf um Sprache und Bild‹ im privaten Binnen- sowie öffentlichen Außenbereich stattfindet. In der Weimarer Republik zeigen sich neue Versuche, das Muster der Geschlechterdifferenz zu deuten; aufschlußreich ist daran, daß sie in einem Bezugssystem stattfinden, dessen Fokus in der Relationierung von Wissen, Macht und Körper besteht. An dieser Stelle sei dabei nur auf zwei Ansätze hingewiesen: Die große Linie des Differenzdiskurses zwischen ›Natur‹ und ›Gesellschaft‹ wird von Alice Rühle-Gerstel in Zweifel gezogen. Für sie stellen sich das Industriezeitalter und die politische Demokratie in subtilerer Weise als zuvor männlich dominiert dar. Denn die Verallgemeinerung von

[35] Susman 1926, 146.

[36] Simmel 1908, 335; zur Problematik der Individualisierung von Frauen im Hinblick auf Autonomie und Solidarität im Geschlechterverhältnis vgl. Reese 1991 und 1993.

[37] Susman 1926, 166.

[38] Susman 1926, 144. Für Susman blieb die ›Sprachverwirrung zwischen den Geschlechtern‹ letztendlich ein tragisches Dilemma im Sinne Simmels. Susman schlug vor, daß die Frauen einen Umweg zu nehmen hätten. Gleichwohl blieb dabei die unhintergehbare Differenz zwischen Dichtung und Wirklichkeit, zwischen Anschauung und Empirie bestehen. Lou Andreas-Salomé, die 1910 ihr Buch *Erotik* publizierte und ab 1912/13 bei Freud in Wien zu studieren begann, schlug einen radikalen Dualismus der Geschlechter vor. Ihre Vorstellungen von weiblichen und männlichen Kulturformen greifen dem voraus, was Simmel in der Tragödie der Kultur anvisierte: »Kultur entsteht – und das ist das durchaus Entscheidende für ihr Verständnis –, indem zwei Elemente zusammenkommen, deren keines sie für sich enthält: die subjektive Seele und das objektiv geistige Erzeugnis«; Simmel 1911, 120.

Markt- und Konkurrenzverhältnissen hat eine Geschlechterordnung hervorgebracht, die als Geschlechtervergleich bestimmt ist. Im Vergleich allerdings, so Rühle-Gerstel, unterliegt das weibliche Geschlecht, da der Diskurs über das Mensch-Sein und die Gleichheit, nun am ›vergänglichen Frauenleib‹ hängt. Diese Normalitätseffekte bilanziert sie in ihrer nüchternen Situationsdiagnose – »Der Mensch, das ist der Mann: homo. Alles andere ist Anpassungsprodukt an diese Tatsache«.[39] Hiermit ist der Ausweg von Weiblichkeit als substantieller Subjektivität nicht mehr offen.

Mathilde Vaerting, die an einer Psychologie der Geschlechter und Soziologie der Macht arbeitet, bezieht den neuen Machttyp der Moderne, die Verschränkung von Kultur, Wissen und Körper auf den »weiblichen Charakter«. Diesen bezeichnet Vaerting als eine Chiffre für die Herrschaftsbeziehungen zwischen den Geschlechtern. Als Chiffre steht der weibliche Charakter für die Unmöglichkeit der intellektuellen Produktiviät von Frauen. »Die Frau, die hervorragende Leistungen vollbringt, wird entweder als Ausnahme von ihrem Geschlecht, noch lieber als männliche bezeichnet.«[40]

Der ›Kampf um Sprache und Bild‹, die Erkundung und Erprobung anderer Wege im Denken über das Geschlechterverhältnis, wird bald durch den politischen Machtwechsel in Deutschland beendet. Die Transparenz, die die Zwischenkriegszeit prägt, verschwindet zusehends.

IV

Im Jahr 1946 erscheinen in London zwei Bücher deutschsprachiger Emigrantinnen, die in unterschiedlicher soziologischer Perspektive Fragen der Geschlechterdifferenz und des Geschlechterverhältnisses behandeln. Das Buch der in Heidelberg bei Alfred und Max Weber ausgebildeten Charlotte Luetkens *Women and a New Society* erscheint in der Reihe *The New Democracy* bei Nicholson & Watson. Das Buch der Wienerin Viola Klein *The Feminine Character. History of an Ideology* wird mit einem Vorwort von Karl Mannheim bei Routledge & Kegan Paul Ltd. veröffentlicht. Beide Soziologinnen haben in London mit Karl Mannheim gearbeitet und in unterschied-

[39] Rühle-Gerstel 1932, 123.
[40] Vaerting 1928, 218.

licher Weise die methodischen und theoretischen Impulse seiner Wissenssoziologie aufgenommen.

Charlotte Luetkens promovierte 1921 in den Staatswissenschaften an der Heidelberger Universität bei Alfred Weber über *Die Wandlungen des liberalen England durch die Kapitalwirtschaft*. Von den Soziologinnen ihrer Generation ist sie diejenige, die Parteipolitik (SPD), die berufliche Tätigkeit als Publizistin – sie ist von 1923 bis 1927 als Auslandskorrespondentin der Frankfurter Zeitung tätig – und die soziologische Arbeit miteinander verbindet. Im Jahre 1925 erscheint ihre soziologische Studie über die Jugendbewegung und 1929 ihre Untersuchung über Staat und Gesellschaft in Amerika.[41] Als ihr Mann, Gerhart Luetkens, 1937 aus dem diplomatischen Dienst ausscheidet, emigriert das Ehepaar nach England. Im Gastland bewegen sich beide in den Kreisen der Exil-SPD und des Parteivorstandes. Beruflich erhält Charlotte Luetkens in der Soziologie an der Universität von London (1937-1949) als Dozentin eine Arbeitsmöglichkeit. Einige Jahre davon arbeitet sie mit Karl Mannheim, der ihr in seiner *Diagnosis of Our Time* ausdrücklich dankt, als Forschungsassistentin.[42] Nach dem Krieg, im Jahre 1946, erscheint die von ihr übersetzte deutsche Fassung des Beveridge-Reports. In den 1950er Jahren gehört Charlotte Luetkens dem Vorstand der ›Deutschen Gesellschaft für Soziologie‹ an.

In dem Buch *Women and a New Societey* stellt Luetkens den Wandel der sozialen Lage der Frau und die damit einhergehenden kulturellen und politischen Veränderungen dar. Den Wandel vom viktorianischen Frauenideal zum modernen Frauentypus der 1940er Jahre behandelt sie als eine Transformation des personalen und sozialen Typus der Frau. Wichtig hierfür sind die Integration der Frau in den Erwerbsarbeitsmarkt ebenso wie die Rationalisierung der Familie und die erweiterten Bildungschancen. Angesichts des Rückschlags emanzipatorischer Ansätze während der 1930er und 1940er Jahre, angesichts der neuen sozialstaatlichen Möglichkeiten, spricht sie von einer Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, Vernunft und Imagination, Freiheit und Disziplin, zwischen *Laisser-faire* und Planung, Stabilität und Instablität, die anzustreben sei. Diese Balance ist allerdings nicht innerhalb des Dualitätsmodells männlicher und weiblicher Sphären herzustellen, wie es für das 19. Jahrhundert bestimmend war. Nicht Polarität, sondern Synthese, ein Motiv, das die Mannheimsche Soziologie durchzieht, ist auch für Luetkens ausschlaggebend: »The balance must be reached by a synthesis and

[41] Luetkens 1925; 1929.

[42] Vgl. Mannheim 1943, xi.

not a clear cut division into spheres and characters based on the sex of the partners«.[43]

Im Unterschied zur geschlechtlichen Segmentation der Vergangenheit besteht die Vorgabe der zukünftigen Demokratie in der Differenzierung nach Funktion. Ausschlaggebend für die Vielfalt sozialer Integration und Differenzierung wird dann für die Frau nicht mehr das Geschlecht, sondern ihre Funktion sein. Die Verbindung von Gleichheit und Vielfalt sieht Luetkens durch die Integration über die soziale Funktion gewährleistet.

Women and a New Society ist auch unter kulturhistorischen Gesichtspunkten interessant. In dem Buch sind siebzig photographische Abbildungen versammelt, die den Wandel weiblicher Existenz nachhaltig illustrieren. Zudem geben die 14 Graphiken Auskunft über demographische Veränderungen, über den politischen Kampf der Frauen und über Bildungsmöglichkeiten. Von der Damenmode gestern und heute erfahren wir ebenso wie von der Hausarbeit oder dem Gebrauch von Elektrogeräten im Haushalt. Das Buch dokumentiert zugleich den Geist des Aufbruchs in eine Demokratie, die in England den Frauen neue soziale und politische Möglichkeiten zu eröffnen versprach. Unter dem Gesichtspunkt des Wissenstransfers stellt das Buch ein historisches Dokument dar. Hier finden sich Elemente und Motive eines Wissens über Frauen in der Gesellschaft, die in Deutschland seit 1933 zunehmend weniger zugänglich und präsent waren. Virginia Woolfs Schrift *Room of One's Own* (1929) etwa, die von der zweiten Phase der Frauenbewegung in den 1970er Jahren erst neu entdeckt werden mußte, gehört selbstverständlich zu Charlotte Luetkens' Bestand in diesem Buch.

V

Im März 1939, einige Tage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Czechoslowakei, gelang es Viola Klein, nach England zu fliehen. Die Literaturwissenschaftlerin Viola Klein studierte in Paris, Prag und Wien, und promovierte 1937 über Célines *Voyage au bout de la Nuit*.[44] In den ersten Jahren mußte sie sich im Gastland wie viele andere Emigranten durch-

[43] Luetkens 1946, 108.
[44] Céline 1932.

schlagen, um das Nötigste für ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ebenso wie eine Reihe anderer Emigranten – Hannah Arendt, die von der Philosophie zur Politischen Wissenschaft ging – wechselte auch Viola Klein ihr Fach. 1944 promovierte sie zum zweiten Mal, und zwar bei Karl Mannheim. Ihre Arbeit wurde 1946 unter dem Titel *The Feminine Character. History of an Ideology* in London veröffentlicht, ein Jahr vor Mannheims Tod mit einem Vorwort des Lehrers.[45]

Viola Klein, die 1945 die britische Staatsbürgerschaft erhielt, sicherte ihren Lebensunerhalt zuerst einmal durch verschiedene Tätigkeiten. Sie arbeitete als Herausgeberin für Zeitschriften, hatte Lehraufträge an der Universität von London und übersetzte sieben Jahre lang beim Foreign Office eroberte Akten des Deutschen Auswärtigen Amts. 1956 publizierte sie zusammen mit Alva Mydral *Women's Two Roles*, eine international vergleichende Studie zur Berufstätigkeit – inzwischen ein Klassiker über erwerbstätige Frauen und Mütter. Ende der 1950er Jahre erhielt sie dann endlich eine feste akademische Stelle als Lecturer am neuen soziologischen Department der University of Reading. *Britains Married Women Workers*[46] war ihre zweite über Großbritanien hinaus bekannte empirische Studie, in der sie sich mit verheirateten erwerbstätigen Arbeiterinnen beschäftigte.

Karl Mannheim hat Viola Kleins Studie *Feminine Character* als das gelungene Beispiel einer integrativen Untersuchungsmethode bezeichnet, die verschiedene Zugänge zu einer Problemstellung explorativ durcharbeitet und verbindet, im Sinne einer Vorgehensweise, die Denkrichtungen vorstellt, zuvor nicht wahrgenommene Korrelationen herstellt und damit neue Zugänge zu einer Problematik ermöglicht. Für Mannheim stand Kleins Studie damit auch in einer Tradition der Wissenssoziologie, die als historische Soziologie das gesamte Feld der Sozialwissenschaften für ihr Projekt einbeziehen wollte. Darüber hinaus war Kleins Arbeit nach Mannheim dem damaligen Stand der Wissenschaft adäquat. Dieser zeichnete sich nämlich einerseits dadurch aus, die methodischen Instrumentarien zu verfeinern, und andererseits, »to show the spirit of adventure which is willing to experiment, and take risks in suggesting new patterns of research, even if others will have to contribute to their final elaboration«.[47]

Viola Klein selbst will mit ihrer Studie den Wandel des gesellschaftlichen Verständnisses vom »weiblichen Charakter« sowie die Perspektiven ver-

[45] Nach Sayers, in: Klein 1989; 1946; vgl. Kettler/Meja 1993.

[46] Klein 1965.

[47] Karl Mannheim in seinem Vorwort zu Klein 1946³, xii; siehe auch Klein 1946², 1971.

schiedener Disziplinen auf den »weiblichen Charakter« darstellen und sie historisch und sozial kontextualisieren. Dabei interessiert sie im Mannheimschen Sinne, wie weit die Wissenschaft von dem mentalen Klima ihrer Zeit bestimmt ist. Der »weibliche Charakter« scheint ihr als Gegenstand besonders für diesen wissenssoziologischen Zugriff geeignet, weil hieran aufgeschlüsselt werden kann, wie unbewußte und emotionale Dimensionen wissenschaftliche Theoriebildung bestimmen. Sie stellt diesen Zugang in den Rahmen der Mannheimschen Kultursoziologie, in der der Typ des wissenschaftlichen Wissens einen Teil des kohärenten kulturellen Systems bildet. Die Gegenstandskonstruktion und die Umsetzung der Fragestellung sind also kontextabhängig und durch den Stil und die Personalität des Forschers bestimmt. Mit dieser Studie legt Klein eine wissenssoziologische Rekonstruktion der Diskurse über den weiblichen Charakter vor.

Nach einem einleitenden historischen Kapitel stellt Viola Klein verschiedene Disziplinen wie die Biologie, die Philosophie, die Psychoanalyse, die Psychologie, die Soziologie, die Geschichte und Anthropologie als Diskurse über den »weiblichen Charakter« dar. Ausgehend von der Biologie zeichnet sie nach, wie im Zuge der Ausdifferenzierung von Natur- und Sozialwissenschaften die Evolutionstheorie das Wissen über die Frau, Weiblichkeit und Geschlechter bestimmt. Die wissenschaftlichen Redeweisen über Sexualität formieren sich gleichzeitig mit denen über die Frau.

In der großen historischen Linie, die sie von der nicht-industriellen zur industriellen Gesellschaft zieht, sieht sie einen Wandel, der für Frauen in spezifischer Weise spannungsreich ausfällt. Hier klingt ein ähnliches Thema an wie bei Alice Rühle-Gerstel, die davon sprach, daß die Moderne in subtilerer Weise männlich dominiert sei als die Zeit zuvor. In Viola Kleins Sicht hat der Übergang zur Moderne Frauen in eine äußerst zwiespältige Lage gebracht: »In a state of submission, it is maintained, they had at least the claim to protection. Their weaker social position was counterbalanced by certain priviliges which they forgo only reluctantly«.[48] In der mittelalterlichen Gesellschaft wurden soziale Zugehörigkeiten und ständische Bindungen über Ungleichheit beschrieben, aber Frauen hatten einen Ort in der sozialen Welt und damit eine soziale Zugehörigkeit, die Verpflichtungen einschloß. Für die Frauen sind im Übergang zur Moderne Formen der sozialen Zugehörigkeit und Möglichkeiten des Schutzes verlorengegangen, während gleichzeitig die Anforderungen an sie angestiegen sind. In diesem Sinne äußert sich an der kulturellen Problematik der Frauen für Viola Klein in

[48] Klein 1946^3, 35.

besonderer Weise »one aspect of the problems involved in the growth of individual freedom«.[49] Trotz der nominellen Gleichheit bewegen sich Frauen in der modernen Gesellschaft weiterhin in zwei verschiedenen Sphären, in zwei verschiedenen kulturellen Welten, die jeweils unterschiedliche bis gegensätzliche Anforderungen an sie stellen.

Viola Klein faßt die Frauen als ›outsider‹ und kann so in einer vergleichenden Perspektive strukturelle Ähnlichkeiten ausmachen, mit denen auch andere Gruppen – wie Juden, Schwarze oder Immigranten – konfrontiert sind. Trotz prinzipieller Erwerbbarkeit von Positionen sind ›newcomer‹ z.B. vom Zugang zu den Professionen ausgeschlossen. Die Ausdifferenzierung von Bereichen und Berufsfeldern ermöglicht ihnen dann allerdings, »to force their way, or to slip, into the established system«. Auf den historischen Fall der Frauen bezogen sind es nach Klein die Gebiete der Sozialforschung, der Fürsorge und des expandierenden Bildungssytems, »which were the places of least resistance through which the bastion of masculine business was penetrated«.[50]

Die Frauenbewegung nimmt in diesem Prozeß eine ausschlaggebende Position als intermediäre Instanz – im Sinne Marianne Webers – ein. Denn die Pionierinnen des 19. Jahrhunderts machen zum einen deutlich, daß Frauen dazu in der Lage sind, politisch zu handeln und intellektuell zu arbeiten; zum anderen ist es die Frauenbewegung, die einen neuen weiblichen Typus schafft, der sich vom viktorianischen Weiblichkeitstypus unterscheidet. In diesem erweiterten historischen und kulturellen Rahmen hebt Viola Klein auf die ›Affinität‹, auf die Verflechtung von Frauenbewegung und Sozialwissenschaften, ab: »There is a peculiar affinity between the fate of women and the origin of social science, and it is no mere coincidence that the emancipation of women should have started at the same time as the birth of sociology.« Denn die Entstehung der Sozialwissenschaften und der Frauenbewegung, so das Argument, haben mit einem Bruch in der sozialen Ordnung und mit radikalen Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft zu tun. Zusätzlich zu dieser normativen Übereinstimmungen eröffnet die Verflechtung zwischen Sozialwissenschaften und Frauenbewegung den Frauen in beruflicher Hinsicht und im Hinblick auf ihre Stellung in der Gesellschaft eine strategisch folgenreiche Möglichkeit. Denn »the humanitarian interest which formed the starting-point of social research, and practical social work itself, actually provided the back-door through which women

[49] Ebd., 35.
[50] Ebd., 19.

slipped into public life.«[51] Die entstehende Sozialforschung stellte für Frauen ein noch unstrukturiertes Feld dar, das ihnen Berufsmöglichkeiten bot, die sie mit ihren politischen und sozialen Vorstellungen verbinden konnten. Viola Klein hat am historischen Fall der Frauen und der Sozialforschung die Mechanismen ausgemacht, die sie auf die Integration von Neuankömmlingen bezog.[52]

Als Ergebnis ihrer Untersuchung spricht Viola Klein von drei großen Transformationen in der Bestimmung des weiblichen Charakters. Diese Genealogie reicht von einer Auffassung der Aristotelischen Philosophie und der Katholischen Kirche, wonach die Frau als defizitäres Wesen ohne Seele bestimmt wurde, über die Betonung der Differenz der Frau durch die modernen Naturwissenschaften und die Philosophie bis zum Verständnis von der sozialen Rolle, die durch die Soziologie formulierbar wird. Die Soziologie stellt für Klein den Wissensbestand zur Verfügung, um die Verflechtung verschiedener Faktoren bei der Bestimmung des weiblichen Charakters zu rekonstruieren.

Viola Klein hält vor allem die vergleichende Typisierung für ein nützliches Unternehmen. In ihrem Fazit greift sie die Figur des ›outsiders‹ wieder auf. Sie knüpft an Robert Parks Begriff des ›marginal man‹ an, der gleichzeitig an zwei Welten, an zwei kulturellen Systemen teilhat, von dem eines den Standard und die Normen bestimmt. Durch das dominante System wird er gewissermaßen immer daran erinnert, zur ›outgroup‹ zu gehören, und der Selbstbezug über zwei Systeme schärft diese Erfahrung. Eine Lösung dieser Spannung besteht darin, die Standards des dominanten Systems zu adaptieren. Viola Klein bezeichnet diesen Vorgang im Sinne Alfed Adlers als einen kompensatorischen Mechanismus, mit dem die ›marginal personality‹ – wie Frauen, Juden, Konvertiten etc. – die dominanten Standards aneignet und zur eigenen Norm erhebt. Auf den historischen Fall der Frauen in der Mitte des 20. Jahrhunderts bezogen, spricht Klein – ähnlich wie Charlotte Luetkens – von einem großen Übergang, der vor allem im Wandel der sozialen Funktion, der sexuellen Moral und des Status von Frauen besteht.

[51] Ebd., 17.

[52] Für das Verhältnis von Sozialforschung und Frauen vgl. Bulmer et al. 1991.

VI

Viola Kleins Buch fiel – ebenso wie das von Charlotte Luetkens – in eine Zeit, die man als die Kaltwetterfront der Frauenfrage bezeichnen kann. Als Simone de Beauvoir 1949 in der Einleitung zum *Deuxième Sex* feststellt: »Ich habe lange gezögert, ein Buch über die Frau zu schreiben. Das Thema ist ärgerlich, besonders für die Frauen«, dauerte diese Kaltwetterfront noch an. Die englische Rezeption des *Feminine Character* fiel nicht nur wegen des deutschen Theoriestils von Viola Klein ausgesprochen feindselig aus, sondern auch wegen des »militanten Feminismus«,[53] der ihr vorgeworfen wurde. Das Thema schien ein so unerfreuliches Terrain zu sein, daß die Frauen es gar nicht erst betreten sollten. Dies blieb bis in die späten 1960er Jahre die trostlose Regel. Für die Rezeption der Bücher von Viola Klein und Charlotte Luetkens in der deutschsprachigen Soziologie war die Schlechtwetterlage von Bedeutung. Die in der Emigration weiterentwickelten soziologischen Perspektiven, in diesem Fall diejenigen über das Geschlechterverhältnis, sind nicht wieder zurücktransferiert worden. Zum einen war die Großwetterlage nach 1945 in den westlichen Ländern für eine Theoretisierung des Geschlechterverhältnisses, wie sie in der Zwischenkriegszeit forciert worden war, nicht sehr günstig. Zum anderen erwiesen sich die sozialwissenschaftlichen Fächer im kulturellen und kognitiven Umfeld der nicht reformierten deutschen Universität nach 1945 gegenüber diesen thematischen Motiven und theoretischen Beständen als reserviert und abweisend.[54] Bis in die jüngste Zeit gab es für die Soziologie wiederum keine Koordinaten, um Soziologinnen wie Viola Klein oder Charlotte Luetkens unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zur kognitiven Gestalt des Faches als erinnerungswürdig in das akademische Gedächtnis aufzunehmen.

Aus unserer heutigen Sicht ist Viola Kleins Buch in einer doppelten Brechung erhellend. Denn mit der soziologischen Methode Mannheims und mit dem Impuls der Krise der Zwischenkriegszeit schließt sie an einen Wissensbestand an, der bis zum Ende der 1960er Jahre Jahre in Vergessenheit geraten schien. Hierzu gehört vor allem eine soziologische Perspektive, die die zwiespältige Situation der Frauen als ein typisches Beispiel für Problemlagen der Moderne betrachtet. So hebt Klein auf die Korrelation zwischen Frauen und anderen gesellschaftlichen Gruppen im Hinblick auf Zugehö-

[53] Sayers, in: Klein 1946^3, xiii.

[54] Zum Selbstverständnis der deutschen Universität in den 1950er Jahren vgl. Anger 1960.

rigkeiten und soziale Differenzierung ab. Ähnlich wie Mathilde Vaerting in ihrer Machtteorie, allerdings in einem anderen theoretischen Bezug, versucht auch Viola Klein, die Mechanismen sozialer Schließung ausgehend vom Geschlechterverhältnis auf andere Gruppen zu beziehen. Das Wissen um die Rolle der Ausgeschlossenen und ihre Kompensationsversuche, wie Alice Rühle-Gerstel hervorhob, bezog Viola Klein auf die ›marginal personality‹ und stellte Analogien zur Position von Juden, Schwarzen und Migranten her. Daß das Mehr an formaler Gleichheit schließlich das Ressentiment verstärken und die Distinktion erhöhen könnte, doch keinesfalls ein Garant für Glück sein mußte, auch damit beschäftigte sich Viola Klein. Charakteristisch für die Arbeiten dieser Zeit ist wohl auch, daß sie die ›Frauenfrage‹ zu einer Frage von Männern und Frauen machten, so wie Charlotte Luetkens ihr Buch mit dem Satz beginnt: »This is a book on women, but the question it raises will have to be answered not by women alone but by men and women together«.[55]

Wir sind heute dazu in der Lage, die Studien von Charlotte Luetkens und Viola Klein als einen Wissensbestand über die Geschlechterdifferenz soziologisch wahrzunehmen, weil sich die Problembezüge des Fachs gewandelt und erweitert haben. In Viola Kleins Studie finden wir theoretische Motive und methodische Zugriffe, die in der deutschsprachigen Soziologie in einem veränderten Theoriekontext erst wieder in den 1970er und 1980er Jahren Thema wurden. Dies betrifft eine wissenssoziologische Perspektive auf die Thematik der Geschlechterdifferenz, die die Frauen nicht als einen Sonderfall der Geschichte aus dieser exiliert, sondern sie in der historischen Konstellation, der sozialen Ordnung und dem kulturellen Kontext zur Kenntnis nimmt. In dieser Perspektive können dann auch korrelative Merkmale ausgemacht werden, die für Frauen und weitere gesellschaftliche Gruppen zutreffen.[56]

Kleins Studie steht in einer Tradition der Wissenssoziologie, die sich als historische Soziologie an den verschiedenen Fächern der Sozialwissenschaft orientierte und mit der Methode des Vergleichs und der Relationierung arbeitete. Im *Feminine Character* läßt sich damit auch eine Transparenz vernehmen, die durch den politischen Machtwechsel 1933 verlorenging und beendet wurde. Zu dieser Transparenz gehörte etwa, daß Fächer, die sich

[55] Luetkens 1946, 9.

[56] Auf diese Ähnlichkeiten hatte auch Mathilde Vaerting im Rahmen ihrer Machtsoziologie zu Ende der 1920er Jahre abgehoben. Sie war methodisch so vorgegangen, daß sie strukturelle Muster des Geschlechterverhältnisses auf andere gesellschaftliche Gruppen bezog; vgl. Vaerting 1928; dazu Wobbe 1992.

heute eher fremd gegenüberstehen, in das Projekt einer historischen Soziologie involviert waren, oder daß Fragen der geschlechtlichen Differenz auf sozialen Wandel und die Ambiguität der Moderne bezogen wurden. Als viele der hieran beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen emigrierten, zogen auch ihre intellektuellen Projekte aus Deutschland aus und wanderten in andere Länder. Mit der Rückübersetzung dieses Wissenstransfers sind wir heute immer noch beschäftigt.

Literaturverzeichnis

Allert, T. (1995): Max und Marianne Weber. Die Gefährtenehe, in: Treiber/Sauerland (1995), S. 210-241.

Anger, H. (1960): Probleme der Deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen.

Bulmer, M. et al. (1991) (Hrsg.): The social survey in historical perspective 1880-1940, Cambridge/ New York.

Céline, L.-F. (1932): Voyage au bout de la Nuit, o.O.

Förder-Hoff, G. (1987): Frauen in der Wissenschaft. Zur Entstehung ›weiblicher Wissenschaft‹ zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Wissenschaften in Berlin, hrsg. von Tilmann Buddensieg et al., Berlin, S. 62-69.

Gilcher-Holtey, I. (1992): Modelle ›moderner Weiblichkeit‹. Diskussionen im akademischen Milieu Heidelbergs um 1900, in: Lepsius (1992a), S. 176-205.

Hahn, B. (Hrsg.) (1994): Frauen in den Kulturwissenschaften. Von Lou Andreas-Salomé bis Hannah Arendt, München.

Halbwachs, M. (1985a): Das kollektive Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt/M.; 1. Aufl. 1925.

Halbwachs, M. (1985b): Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt/M.; 1. Aufl. 1950.

Heintz, B. (1993): Die Herrschaft der Regel. Zur Grundlagengeschichte des Computers, Frankfurt/M./New York.

Honegger, C. (1991): Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750-1850, Frankfurt/M./New York.

Honegger, C. (1994): Die bittersüße Freiheit der Halbdistanz. Die ersten Soziologinnen im deutschen Sprachraum, in: Wobbe/Lindemann (1994), S. 69-85.

Huerkamp, C. (1988): Frauen, Universitäten und Bildungsbürgertum. Zur Lage studierender Frauen 1900-1930, in: Siegrist, H. (Hrsg.): Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen, S. 200-222.

Huerkamp, C. (1994): Weibliche Konkurrenz auf den akademischen Arbeitsmärkten. Zu einigen Ursachen und Hintergründen der bürgerlich-akademischen ›Krisis‹ in den 1920er Jahren, in: Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vier-

zehn Beiträge, hrsg. von Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen, S. 273-288.

Huerkamp, C. (1996): Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945, Göttingen.

Kettler, D./Meja, V. (1993): Their ›Own Peculiar Way‹: Karl Mannheim and the Rise of Women, in: International Sociology, 8 (1), S. 5-55.

Klein, V. (1946): The Feminine Character: The History of an Ideology. Mit einem Vorwort von Karl Mannheim; 3. Aufl. mit einer Einführung von Janet Sayers, London 1989 (2. Aufl. 1971).

Klein, V. (1958): Working Wives: A Survey of Facts and Opinions Concerning the Gainful Employment of Married Women in Britain, London: Institute of Management, Occasional Papers Nr. 15.

Klein, V. (1965): Britain's Married Women Workers, London.

Klein, V./Myrdal, A. (1956): Women's Two Roles. Home and Work, London.

Lenk, K. (1964): Das tragische Bewußtsein in der deutschen Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16, S. 257-287.

Lepsius, M. R. (1981) (Hrsg.): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte (= Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen, S. 25-70.

Lepsius, M. R. (1992a) (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil III: Lebensführung und ständische Vergesellschaftung, Stuttgart.

Lepsius, M. R. (1992b): Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung, in: Lepsius (1992a), S. 8-18.

Luetkens, C. (1921): Ausbau und Aufbau der Kohlenplanwirtschaft in England, in: Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, H. 14. Mit einem Vorwort von Max Schippel, Dresden.

Luetkens, C. (1925): Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch, Frankfurt/M.

Luetkens, C. (1929): Staat und Gesellschaft in Amerika. Zur Soziologie des amerikanischen Kapitalismus, Tübingen.

Luetkens, C. (1946): Women and a New Society, London.

Makropoulos, M. (1994): Konstellation und Synthese. Kracauer, Lazarsfeld und die Konstruktion soziologischer Wirklichkeit um 1930, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1992, Opladen, S. 147-159.

Mannheim, K. (1928): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen, in: Meja/Stehr (1982), S. 325-370.

Mannheim, K. (1929): Wissenssoziologie, in: Mannheim (1985), S. 227-267.

Mannheim, K. (1932): Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen.

Mannheim, K. (1943): Diagnosis of Our Time, London.

Mannheim, K. (1985): Ideologie und Utopie, 7. Aufl., Frankfurt/M.

Meja, V./Stehr, N. (1982) (Hrsg.): Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Frankfurt/M.

Nörr, K. W. et al. (1994) (Hrsg.): Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart.

Peukert, D. J. K. (1987): Die Weimarer Republik 1918-1933, Frankfurt/M.

Reese, D. (1991): Eine weibliche Generation in Deutschland im Übergang von der Diktatur zur Demokratie (= Berliner Wissenschaftlerinnen stellen sich vor, Nr. 9), Berlin.

Reese, D. (1993): Die Kameraden. Eine partnerschaftliche Konzeption der Geschlechterbeziehungen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Reese et al. (1993), S. 58-74.

Reese, D. et al. (1993) (Hrsg.): Rationale Beziehungen? Geschlechterverhältnisse im Rationalisierungsprozeß, Frankfurt/M.

Rife, P. (1992): Lise Meitner. Ein Leben für die Wissenschaft. Deutsch von Peter Jacobs, Düsseldorf.

Roth, G. (1989): Marianne Weber und ihr Kreis, in: Marianne Weber, Max Weber. Ein Lebensbild, München.

Rühle-Gerstel, A. (1932): Das Frauenproblem der Gegenwart. Eine Bilanz; Neudruck: Die Frau und der Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972.

Simmel, G. (1902): Weibliche Kultur, in: Simmel (1985), S.159-176.

Simmel, G. (1908): Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung, 6. Aufl., Berlin 1983.

Simmel, G. (1911): Das Relative und Absolute im Geschlechter-Problem, in: Simmel (1985), S. 200-223.

Simmel, G. (1985): Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter, hrsg. von Heinz-Jürgen Dahme und Klaus-Christian Köhnke, Frankfurt/M.

Susman, M. (1926): Das Frauenproblem in der gegenwärtigen Welt, in: Susman (1992), S. 143-167.

Susman, M. (1992): »Das Nah- und Fernsein des Fremden«. Essays und Briefe, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Ingeborg Nordmann, Frankfurt/M.

Stoehr, I. (1993): Staatsfeminismus und Lebensform. Frauenpolitik im Generationskonflikt der Weimarer Republik, in: Reese et al. (1993), S. 105-143.

Tenbruck, F. (1994): Wie kann man die Geschichte der Sozialwissenschaft in den 20er Jahren schreiben?, in: Nörr et al. (1994), S. 23-46.

Treiber, H./Sauerland, K. (1995) (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der ›geistigen Geselligkeit‹ eines ›Weltdorfes‹: 1850-1950, Opladen.

Tyrell, H. (1986): Geschlechtliche Differenzierung und Geschlechterklassifikation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 38, S. 450-489.

Vaerting, M. (1928): Die Macht der Massen (= Soziologie und Psychologie der Macht. Bd. 1), Berlin.

Vromen, S. (1991): Georg Simmel and the Cultural Dilemma of Women (1987), in: Formal Sociology. The Sociology of Georg Simmel, hrsg. von Larry Ray, Great Yarmouth, S. 563-579.

Vucht Tijssen, L. van (1991): Women and Objective Culture: Georg Simmel and Marianne Weber, in: Theory, Culture and Society, 8, S. 203-218.

Weber, M[arianne] (1905): Beruf und Ehe, in: Weber (1919), S. 20-37.

Weber, M. (1907): Sexualethische Prinzipienfragen, in: Weber (1919), S. 38-51.

Weber, M. (1913): Die Frau und die objektive Kultur, in: Weber (1919), S. 95-133.

Weber, M. (1917): Vom Typenwandel der studierenden Frau, in: Weber (1919), S. 179-201.

Weber, M. (1918): Die besonderen Kulturaufgaben der Frau, in: Weber (1919), S. 238-261.

Weber, M. (1919): Frauenfragen und Frauengedanken, Tübingen.

Weber, M[ax] (1904): Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: Max Weber, GA zur Wissenschaftslehre, dritte, erweiterte u. verbesserte Aufl., hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1968, S. 146-214.

Weber, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl., besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen.

Wobbe, T. (1992): Mathilde Vaerting (1884-1977). Eine Intellektuelle im Koordinatensystem dieses Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1991, Opladen, S. 27-67.

Wobbe, T. (1994): Von Marianne Weber zu Edith Stein: Historische Koordinaten des Zugangs zur Wissenschaft, in: Wobbe/Lindemann (1994), S. 15-68.

Wobbe, T. (1995): Frühe Soziologinnen (1920-1960): Intellektueller Aufbruch, institutionelle Hindernisse, politische Zäsuren, Habilitationsschrift, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I der Freien Universität Berlin, Berlin.

Wobbe, T. (1997): Wahlverwandschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft, Frankfurt/M./New York.

Wobbe, T./Lindemann, G. (1994) (Hrsg.): Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht, Frankfurt/M.

Der Zusammenhang zwischen der Soziologie in Japan und Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren*

Ritsuo Akimoto

1. Die japanische Soziologie in ihren Entstehungsjahren und die Akzeptanz westlichen Denkens

In dem vorliegenden Beitrag wird versucht, einige Fragen aufzugreifen, die mit der Akzeptanz der deutschen Soziologie, inbesondere jener der ›Heidelberger Schule‹ in Japan zusammenhängen. Der Betrachtungszeitraum umfaßt im wesentlichen die 1920er und 1930er Jahre bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Bevor jedoch dieser Themenbereich untersucht wird, möchte ich kurz die Entwicklungslinien der frühen japanischen Soziologie und ihre Charakterstika zusammenfassen.

Die Einführung kultureller Gewohnheiten und neuer Ideen während des Modernisierungsprozesses kann nicht von der Entwicklung und Verbesserung der ethischen und moralischen Grundlagen bei der Gründung einer Nation getrennt werden. Soweit dies der Fall ist, hat deren Akzeptanz immer starke Konflikte und Spannungen in Hinsicht auf die Wertvorstellungen mit sich gebracht. Diese Änderungen wurden nicht notwendigerweise von externen Faktoren hervorgerufen. In vielen Fällen jedoch richteten sich diese Veränderungen gegen das letztendliche Ziel – die Schaffung eines modernen Nationalstaates. Bei den Staaten, die nicht zum Westen gehörten und die im Mittelpunkt der konfligierenden Interessen der fortgeschrittenen Länder standen, mußte dieser Prozeß des Wandels zusätzlich auf eine sehr kurze Periode komprimiert werden.

*Das englische Originalmanuskript wurde von Hans Ulrich Eßlinger übersetzt.

Wenn wir die Probleme untersuchen, die mit dem Verhalten der Intellektuellen gegenüber der Modernisierung sowie der Akzeptanz neuer Ideen und Wissenschaften zusammenhängen, so müssen wir die selektive Art und Weise, in der diese akzeptiert wurden, beachten. Wenn wir betrachten, wie sich die Ideen und die Wissenschaften unter den unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen entwickelt haben, müssen wir uns darüber hinaus der Tatsache bewußt sein, daß es sich um ein Problem der ›Selbstwahrnehmung‹, das die Menschen mit Blick auf den Modernisierungsprozeß hatten, handelte, das die vergangenen sowie zukünftigen Erwartungen betraf. Dies gilt selbstverständlich und ohne Ausnahme auch für die Soziologie als einer Disziplin innerhalb der Sozialwissenschaften. Besonders wenn wir einige der Probleme in Betracht ziehen, die aus dem Kontakt mit und durch die Verbreitung von Ideen aus den deutschen Sozialwissenschaften in Kombination mit den politischen Faktoren, die die Bedingungen des Modernisierungsprozesses in Japan umgaben, entstanden, war der Einführung der Soziologie eine spezielle Aufgabe zugewiesen.

Es versteht sich von selbst, daß während der frühen Stadien der Modernisierung in Japan, in der Periode also, die unmittelbar auf die Meiji-Restauration von 1868 folgte, die Verwestlichung sowohl Werkzeug als auch Politik war.[1] Hier sollte darauf hingewiesen werden, daß jene europäischen Elemente, die sich auf den Expansionsprozeß auswirkten, auch die Verbreitung neuer Ideen und die Wissenschaften beeinflußten. Wenn wir die Entwicklungslinien im japanischen Denken von der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts betrachten, kann argumentiert werden, daß der ›Mainstream‹ japanischen Denkens in ein Schema paßt, das in konsistenter Weise westliches Wissen und Technologie einführt und die Idee des Fortschritts vertritt. Die aktive Einführung des westlichen sozialen Denkens des 18. und 19. Jahrhundert durch die Meiji-Aufklärer, die Pioniere bei der Herbeiführung der Verwestlichung waren, symbolisiert derartige Tendenzen.[2] Unter diesen Umständen etablierten sich in Japan die Ideen des modernen Naturrechts, des Positivismus und des Utilitarismus. Mit Blick auf die Soziologie erfolgte beispielsweise die Einführung von A. Comtes Positivismus durch A. Nishi[3]

[1] Vgl. Jansen 1965, 69.

[2] Die Meiji-Aufklärer waren Gelehrte und offizielle Vertreter in der frühen Meiji-Periode: Sie informierten über die westliche Kultur. 1873 gründeten sie die ›Meirokusha Association‹ und publizierten die Zeitschrift *Meiroku Zasshi*, um ihre Erkenntnisse bekannt zu machen und die Verwestlichung Japans zu fördern.

[3] Amane Nishi (1829-1897) wurde vom Shogunat an die Universität Leiden in Holland gesandt, um dort die europäischen Sozialwissenschaften und Philosophie zu studieren. Nach seiner Rückkehr nach Japan – kurz vor der Meiji-Restauration 1868 – führte er den

in diesem Kontext. Das letztendliche Ziel jedoch, das die Meiji-Aufklärer mit der Einführung der westlichen Gedankenwelt verfolgten, war nicht die Förderung der Akzeptanz des Positivismus und Utilitarismus selbst, sondern die Zerschlagung alter Wertvorstellungen und die Schaffung eines modernen Nationalstaates. Als in der Mitte der 1870er Jahre die Bürgerrechte-Bewegung entstand und eine Konfrontation mit dem radikalen bürgerlichen Liberalismus offenbar wurde, wurden daher auch Differenzen zwischen den Meiji-Modernisierern deutlich.

Damals waren die Ideen von H. Spencer unter den japanischen Intellektuellen sehr aktuell. Auf der einen Seite gründeten die radikalen Denker des bürgerlichen Liberalismus ihre Gedanken auf Spencers Individualismus und Utilitarismus. Auf der anderen Seite versuchten die Konservativen, die bestehende Ordnung zu erhalten; ihre theoretischen Ideen basierten auf Spencers Konzept des Organizismus. Somit wurde Spencer, in Abhängigkeit von der jeweiligen Haltung, in gegensätzlichen Richtungen interpretiert. Dies zeigt, wie westliches Denken in Japan selektiv akzeptiert und bewußt zu Beginn der Modernisierung eingeführt wurde. Mit anderen Worten heißt dies, daß westliche soziale Ideen und Theorien hauptsächlich als theoretische Waffen zur Entwicklung politischer Argumente gebraucht wurden, solange die japanische Zivilgesellschaft noch nicht entwickelt war.

Diese Trends lassen sich in gleicher Weise im akademischen Bereich feststellen. Hiroyuki Katoh beispielsweise, einer der führenden Gelehrten in der Meiji-Ära, war anfangs ein Verfechter des Naturrechts. Er änderte jedoch während der Entstehung des kaiserlichen Meiji-Staates seine Position, vetrat Bluntschlis organische Staatstheorie und wurde zum Vertreter einer konservativen Sicht des Staates.[4] Dies war durchaus ein typischer Fall. Auch danach blieb Katohs Einfluß auf die akademische Gemeinschaft Japans lange Zeit bestehen.[5] Was nun die Soziologie angeht, so wurde unterdessen ein Kurs an der Universität angeboten, der hauptsächlich auf Spencers Theorie basierte. Seit der zweiten Hälfte der 1890er Jahre dominierte jedoch das extrem konservative soziologische Konzept des organischen Staates.

europäischen Positivismus und Utilitarismus in die dortige intellektuelle Welt ein; vgl. Havens 1970.

[4] H. Katoh nahm in seinen frühen Jahren die führende Rolle in der Aufklärungsbewegung ein. Von 1882 an begann er jedoch zunehmend Sympathien für die organizistische Theorie zu zeigen und schuf die theoretische Grundlage der naturalistischen Sichtweise. Sein Interesse wandte sich daher dem deutschen politischen Denken zu, und zwischen 1872 und 1876 übersetzte er Teile von Bluntschlis *Allgemeinem Staatsrecht*.

[5] Vgl. An 1975.

Nach dem Ende des Chinesisch-Japanischen Krieges im Jahr 1895 war die japanische Gesellschaft gezwungen, sich den neuen sozialen Problemen, die den schnellen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß begleiteten, zu stellen. In diesem Prozeß fanden soziale Reformideen Verbreitung und gesellschaftliche Interessengruppen begannen sich zu organisieren. Als besonders typisches Beispiel kann hier die 1896 gegründete Sociological Association (›Shakai gakkai‹) gelten, die von ihrem Gründungsjahr an ihr eigenes Periodikum *The Sociologist* (›Shakai Zasshi‹) publizierte. Die Themen, mit denen sich diese Vereinigung befaßte reichten von Arbeitskämpfen, Beschäftigung, Bevölkerung, geistiger Vergiftung, Armut bis hin zu Sozialarbeit und anderem. Aktuelle soziale Probleme jener Zeit wurden ebenso aufgegriffen wie die Ideen von Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Darüber hinaus machte sie die soziologischen Theorien von É. Durkheim, J.G. Tarde, F.H. Gidding, A.W. Small, L. Gumplowicz, A. Schäffle, G. Ratzenhofer und anderen umfassend bekannt. Auch die Mitglieder der 1898 gegründeten Sociology Study Group (›Shakaigaku-kenkyukai‹), die vorwiegend aus dem universitären Bereich stammten, kombinierten praktische Reformanstrengungen mit hervorragender wissenschaftlicher Forschungstätigkeit.[6]

Jedoch dominierte zu jener Zeit immer noch die konservative Soziologie, die auf der organischen Theorie der Gesellschaft basierte. Nach der Etablierung der Konzeption des organischen Staates konvergierte die japanische gelehrte Gesellschaft mit dem politischen System, d.h. jener nationalen Ideologie, die auf dem Kaisertum basierte.[7] Auf der anderen Seite neigten sich die Sozialreformer wie Katayama Sen[8] und andere, die von Beginn an Mitglieder der Sociological Association waren, immer stärker dem Sozialismus zu. 1898 organisierten sie die Socialism Study Group, aus der die Socialism Association hervorging.

Gleichzeitig sollten wir die Japanese Social Policy Associaton (›Shakaiseisaku-gakkai‹) nicht übersehen, die 1897 u.a. von Kumazo Kuwata, Kakujiro Yamazaki und Iwasaburo Takano gegründet worden war. Von Anfang an war das hinter der japanischen Sozialpolitik stehende Denken stark vom deutschen Kathedersozialismus beeinflußt worden und entwickelte sich in

[6] Ihr Periodikum hatte den Titel *The Society* (›Shakai‹).

[7] Dies leistete einen maßgeblichen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilisierung ab der Mitte der Meiji-Periode.

[8] Sen (1856-1933) war einer der Führungspersönlichkeiten der frühen sozialistischen Bewegung in Japan. Während des Japanisch-Russischen Krieges hatte er in Opposition zur Regierungspolitik gestanden und 1904 als japanischer Vertreter die Zweite Internationale in Amsterdam besucht.

enger Beziehung zu den politischen Zielen der Meiji-Regierung. Nach der Gründung beteiligten sich auch Sozialreformer wie Katayama in der Social Policy Association. Nach und nach begann die Association jedoch in Opposition zum Sozialismus zu gehen und spielte eine zentrale Rolle in der gelehrten Gesellschaft. Wenn wir daher die Entwicklung der japanischen Sozialwissenschaften um die Jahrhundertwende betrachten, zeigt sich als eindeutiges Charakteristikum die Konfrontation zwischen den radikalen Sozialreformern in der Praxis und der konservativen Position der akademischen Welt. Letztere spiegelte sehr deutlich die politischen Vorstellungen der Regierung wider, die eine Gesellschaftsordnung mit dem Kaiser im Zentrum fortbestehen lassen wollte.[9]

Während der beginnenden Modernisierung entwickelten sich in Japan die sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die im Zusammenhang mit der Staatswissenschaft und der Sozialpolitik standen, unter einer außergewöhnlich starken Orientierung an deutschen Ideen. Das war natürlich auch der Tatsache geschuldet, daß die institutionellen Entwicklungen innerhalb des modernen japanischen Regierungssystems vom deutschen System beeinflußt war. Dies äußerte sich z.B. in der vom japanischen Kaiser bewilligten Meiji-Verfassung von 1889, die unter der Beratung von L.v. Stein und H. Roesler entworfen worden war. Darüber hinaus waren R.v. Gneist und A. Mosse in die Gestaltung des Entwurfs der japanischen Gemeindeverfassung eingebunden worden.

Im Zuge der Schaffung des modernen Japan führte die Regierung Teile des deutschen Systems ein. Es besteht kein Zweifel, daß das deutsche System damals in so fern am besten übertragbar war, als Japan nur sehr langsam eine Zivilgesellschaft hervorbrachte. Ferner ist anzumerken, daß das politische Regime der imperialen Herrschaft Kaiser Wilhelms II. eine strategisch wichtige Bedeutung für die institutionelle, auf dem Kaisersystem basierende Innovation in Japan hatte.[10]

Der wachsende Einfluß der europäischen Länder auf die Modernisierung Japans verlief nie linear. Innerhalb des Entwicklungsprozesses eines nationalen Systems, das westliche Ideen, Institutionen und Technologien nur selektiv aufnahm, spielten die sogenannten japanischen Mandarine[11] eine führen-

[9] Dies wird auch dadurch verdeutlicht, daß sich die japanische Politikwissenschaft, Finanzpolitik und Verwaltungspolitik unter einem starken Einfluß der deutschen Staatswissenschaft entwickelte. Zum deutschen, insbesondere preußischen Einfluß auf das Japan der Meiji-Zeit vgl. Pittau 1967.

[10] Vgl. Pittau 1967, 131ff.

[11] Diese könnten – frei übersetzt – als ›bürokratische Intellektuelle‹ bezeichnet werden.

de Rolle bei der Modernisierung, indem ihnen die Erklärung der Regierungspolitik oblag. Dies gilt besonders im Hinblick auf den außerordentlich starken Einfluß der deutschen Sozialwissenschaften während der Meiji-Ära in den Bereichen Sozialpolitik und Staatswissenschaft. Wenngleich die aus der deutschen Kultur und Wissenschaft stammenden Ideen aus politischen Gründen eine bevorzugte Aufnahme fanden, muß darauf hingewiesen werden, daß durch den Kontakt mit deutschen Sozialwissenschaftlern und Philosophen die japanischen Sozialwissenschaften Verfahrensweisen erwarben, die es ihnen ermöglichten, sich selbst im theoretischen und methodologischen Bereich zu schulen. Dies wird eine wichtige Bedeutung für unsere Diskussion der Aufgaben spielen, welche sich die japanische Sozialwissenschaft, besonders im Bereich der modernen Zivilgesellschaft, der Rationalität und der Methodologie, zuwiesen.[12] Hierin ist wohl die eigentliche Bedeutung der Kontakte mit der Heidelberger Schule in den zwanziger und dreißiger Jahren zu sehen.

2. Der Hintergrund des Austauschs mit der deutschen Soziologie

Die Zeitspanne vom Beginn der 1910er Jahre bis in die Mitte der 1920er Jahre, die als ›Taisho Periode der Demokratisierung‹ bezeichnet wird, war die liberalste Epoche in Japan vor dem Zweiten Weltkrieg. In jener Zeit konnte eine Vielzahl verschiedener Ideen und Kulturen frei erblühen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich daher auch eine neue kulturelle Bewegung, der Individualismus, begünstigt durch den heranreifenden Kapitalismus sowie durch ein Anwachsen der neuen Mittelklasse. Darüber hinaus traten politische Verschiebungen auf, die durch die Bewegungen zum Schutz der Verfassung und für das allgemeine Wahlrecht symbolisiert wurden. Gleichzeitig nahmen die Konflikte zwischen Arbeitern und Kapitalisten – inmitten der Wellen günstiger und ungünstiger ökonomischer Bedingungen – an Heftigkeit zu. In jener Zeit wurden auch die sozialen Spannungen als Folge der zunehmenden gewerkschaftlichen Organisation und der drohenden Arbeitskämpfe größer. Einerseits modernisierte sich die japanische Gesellschaft also während der Taisho Periode auf der politischen Ebene vor dem Hintergrund des sich rasch ausbreitenden Kapitalismus. Andererseits

[12] Vgl. Akimoto 1975.

vertieften sich die sozialen Gegensätze infolge heftiger ideologischer Zusammenstöße während des sich ankündigenden Faschismus.

Unter diesen Umständen wurden die verschiedenartigsten Denk- und Kulturrichtungen akzeptiert, neue kulturelle Bewegungen entstanden. In derselben Periode traten darüber hinaus neue Entwicklungen in der Rezipierung von Ideen und Strömungen auf: Marxismus, Anarcho-Syndikalismus, Existentialismus, Freudsche Ideen, Pragmatismus, künstlerische Avantgarde wie der Surrealismus in der Malerei und in der Literatur, Expressionismus und ähnliches. Auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften wurde die auf liberalen Ideen basierende politische Theorie mit der Demokratiebewegung verknüpft, und neue Bewegungen wurden geformt, in welche die Intelligenzia umfassend einbezogen wurde.

Gleichzeitig übte der Marxismus einen nicht zu vernachlässigenden Einfluß aus. Durch die Konflikte mit dem Anarcho-Syndikalismus zu Beginn der zwanziger Jahre begann der Marxismus eine zentrale Rolle in der sozialistischen Bewegung in Japan zu spielen. Sein Einfluß war weit verbreitet und beschränkte sich nicht nur auf die Arbeiterbewegung, sondern erfaßte auch die Literatur und die Sozialwissenschaften. Im Rahmen dieser Arbeit kann dieses Problem nicht detailliert dargestellt werden, aber die Diskussionen von Hajime Kawakami[13] und Tamio Kushida auf dem Gebiet der Ökonomie sowie die Forschungen auf der philosophischen Basis des Marxismus von Kiyoshi Miki[14] und anderen verdeutlichen diesen außerordentlich starken Einfluß auf die Entwicklung der Sozialwissenschaften und der Philosophie zu jener Zeit. Dieses Erbe, das durch die Forschungen über marxistische Theorien genährt wurde, blieb bis Mitte der dreißiger Jahre in den japanischen Sozialwissenschaften einflußreich.

Wendet man sich dem Gebiet der soziologischen Forschung zu, so ist festzustellen, daß die Situation dort vergleichbar jener auf den anderen Gebieten war. In der Tat brach das damals bestehende akademische System

[13] H. Kawakami (1876-1946) war Professor an der Kaiserlichen Universität Tokio. Von 1913 bis 1915 hielt er sich zu einem Forschungsaufenthalt in Europa auf und nach seiner Rückkehr nach Japan wurde er Professor für Wirtschaftswissenschaften. Neben seiner akademischen Tätigkeit war er als marxistisch orientierter Ökonom journalistisch tätig. 1928 trat er von seiner akademischen Position zurück und von 1932 an war er festes Mitglied der Kommunistischen Partei Japans.

[14] K. Miki (1897-1945), ein Philosoph der frühen Showa Periode, studierte von 1922 an in Deutschland und stand unter dem starken Einfluß M. Heideggers. Nach Japan zurückgekehrt entwickelte er jedoch ein größeres Interesse am Marxismus. 1945 wurde er verhaftet und starb im Gefängnis. Wir sollten darüber jedoch die Bedeutung Kazuo Fukumotos nicht übersehen, der stark von G. Lukács beeinflußt war und eine führende Position in der Kommunistischen Partei Japans erlangte.

nicht zusammen, wie am Beispiel des Institute of Japanese Sociology (›Shakaigakuin‹)[15] in den Jahren zwischen 1913 und 1924 gezeigt werden kann. Das Institut wurde immer noch von den Anhängern der konservativen soziologischen Theorie kontrolliert und die Aufsätze, die in der Institutszeitschrift *Annuals of the Instititute of Japanese Sociology* (›Shakaigakuin Nempo‹) erschienen, richteten sich gegen die neue westliche Soziologie. Im Gegensatz zu der starrsinningen Haltung der politisch orientierten Soziologen wurden dort jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter der neuen Soziologengeneration Kritiken der organischen Theorie der Gesellschaft formuliert.

Mit dem Aufkommen einer wissenschaftlichen Soziologie, die mehr in eine psychologische und formalistische Richtung deutete, begann eine stärkere Umorientierung. Besonders die jungen Soziologen erwiesen sich als aufnahmefähig für neue Richtungen, und die starke Akzeptanz der soziologischen Theorien und Methdologien von E. Durkheim, F. Tönnies, M. Weber und G. Simmel trug dazu bei, diese Bewegung hin zu einer neuen wissenschaftlichen Soziologie zu unterstützen. In diesem Zusammenhang war die Stellung der Japanese Sociological Society (›Nihon Shakaigakkai‹),[16] die 1924 gegründet wurde, von beträchtlicher symbolischer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Fachdisziplin.

Damals wurde auch der regelmäßige Austausch mit Soziologen aus Übersee aufgenommen. Mit Blick auf die Beziehungen zur deutschen Soziologie wird dies durch die Publikationen von E. Lederer (1925), L. v. Wiese (1928) und A.F. Vierkandt (1928) im *Japanese Journal of Sociology* dokumentiert.[17] Auch die Tatsache, daß das Programm des Deutschen Soziologentages dort veröffentlicht wurde, zeigte diese enge Verbindung zwischen japanischer und deutscher Soziologie. Neben den oben bereits genannten zählten zu den in dieser Zeitschrift am ausführlichsten diskutierten westlichen Soziologen M. Adler, L.T. Hobhouse, O. Spann, W. Jerusalem, T. Geiger, R.L.E. Maunier und W. Sombart.[18]

[15] Das Institut, 1913 gegründet, wurde von dem bekannten konservativen Soziologen Tongo Takebe geleitet.

[16] Gleichzeitig wurde das *Japanese Journal of Sociology* (›Shakaigaku Zasshi‹) als deren offizielle Zeitschrift publiziert. In den zwanziger Jahren begann sich die empirisch orientierte Soziologie in Japan zu entwickeln.

[17] Weniger bekannt, aber dennoch interessant zu erwähnen ist, daß auch H. Rickert in den frühen 1920er Jahren besonders für das Meinungsmagazin *Kaizo* – vor dem Zweiten Weltkrieg eines der einflußreichsten Magazine in Japan – äußerst bemerkenswerte Aufsätze verfaßte (vgl. z.B. Rickert 1923).

[18] Vgl. Yonezawa 1991, 219ff.

Was die soziologischen Theorien anbelangt, so wurde hauptsächlich die deutsche Soziologie studiert. Bevor Max Weber in den zwanziger Jahren der einflußreichste Soziologe wurde, waren besonders Simmel, Tönnies und Vierkandt »populär«. Der Grund liegt darin, daß, wie oben bereits ausgeführt, seit der Meiji-Ära ein starker Einfluß der deutschen Sozialwissenschaften in Japan existierte und die junge Generation in jener Zeit die gemeinsame Aufgabe hatte, sich von der organischen Theorie der Gesellschaft weg, hin zur Untersuchung der Methoden für die Etablierung einer neuen Soziologie zu bewegen. Unter diesen Bedingungen begann Yasuma Takata die Soziologie zu systematisieren und wurde dabei sehr stark von Tönnies und Simmel beeinflußt. Er publizierte 1919 die *Principles of Sociology*, in dem er ein hohes theoretisches Niveau erreichte und zum Ausgangspunkt für die zukünftige soziologische Arbeit wurde. Der Versuch Takatas jedoch, das Konzept der *Gemeinschaft als Typus* zu erhellen, führte zu einer Debatte mit Vierkandt, in deren Verlauf Takata auch Aufsätze in deutschen soziologischen Zeitschriften veröffentlichte.[19]

Die im Anschluß an das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Japan aufgenommenen soziologischen Methoden und Theorie trugen trotz ihrer Verschiedenartigkeit erheblich zur Entwicklung der Soziologie bei. 1928 schrieb Itoh eine längere Aufsatzserie im *Japanese Journal of Sociology* mit dem Titel *The Historical Development of German Sociology*. Er stellte darin die wesentliche Entwicklungstendenzen vor: Marxistische Soziologie, phänomenologische Soziologie, Beziehungslehre, verstehende Soziologie, Kultursoziologie und Wissenssoziologie.

Im Rahmen der neuen Bewegungen in der Soziologie wurden Untersuchungen unter dem Aspekt der Entdeckung von neuen Methoden und Theorien durchgeführt, wobei die stärksten Anregungen der verstehenden Soziologie M. Webers entsprangen. So wandte sich Masamichi Shinmei in seinem Buch *German Sociology* (1929) der phänomemologischen Soziologie, hauptsächlich vertreten durch M. Scheler, T. Litt und A. Walter, sowie der verstehenden Soziologie M. Webers als den Hauptströmungen zu, wobei er besonderes Gewicht auf die Webersche Methodologie und Theorie legte.

All dies ereignete sich vor dem Hintergrund der Fortschritte in der Erforschung Webers in der japanischen Soziologie; dies schloß auch zahlreiche Übersetzungsarbeiten mit ein. Diese Entwicklungslinie läßt sich bis in die späten dreißiger Jahre hinein verfolgen, so daß die Untersuchungsgegen-

[19] So im *Jahrbuch für Soziologie* (1927a) und in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* (1927b).

stände und die Ausweitung der Forschung in den zwanziger Jahren die Entwicklung in der japanischen Soziologie letztendlich über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus beeinflußten. Jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß die Untersuchungen über Webers Methodologie in den Sozialwissenschaften und seine Theorie nicht nur das Gebiet der Soziologie, sondern auch sehr stark die anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen betrafen, wie z.B. Ökonomie, Sozialpolitik, Politische Wissenschaft und die Ideologiegeschichte. Die Verbindung der Soziologie mit ihren Nachbardisziplinen hat in unserer Sicht weitreichende Implikationen für die Geschichte der modernen Sozialwissenschaften in Japan.

3. Die Untersuchungen zu Max Weber vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Verbreitung der Weberschen Ideen in den japanischen Sozialwissenschaften begann in der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts.[20] Jedoch beschränkte sich dieser Einfluß bis Mitte der zwanziger Jahre auf das Gebiet der Ökonomie. Die Untersuchungen zu Weber wurden erst gegen Ende dieses Jahrzehnts auf die Soziologie ausgeweitet. Zu den Ökonomen, die sich in jener Periode mit Webers Arbeiten befaßten zählten Tokuzo Fukuda, Hisaaki Itoh, Naryoshi Hijikata und Hyoe Ouchi. Wenngleich zahlreiche Faktoren zum Einfluß Webers auf die Wirtschaftswissenschaften in Japan beitrugen, so lag jedoch der entscheidende Grund im Werturteilsstreit im Verein für Sozialpolitik. Darüber hinaus spitzten sich die methodologischen Probleme in den japanischen Sozialwissenschaften in ihrer Suche nach der Sicherung ihrer theoretischen Fundierung zu. Daher war es für die jüngere Generation der Sozialwissenschaftler gleichsam natürlich, sich von der Werturteilsdebatte, in der Weber eine so bedeutende Rolle spielte, angezogen zu fühlen. Mit Blick darauf stellte Masao Maruyama, indem er auf das Beispiel Ouchis, einem der Pioniere der Weber-Studien in Japan, verwies, fest: »What was on Ouchi's mind was a sense of opposition to the orientations of A.H.G. Wagner and G. von Schmoller who had been dominant in the sphere of economics since the Meiji era«.[21] Dieses Zitat ist vor dem Hintergrund zu verstehen, daß das wesentliche Interesse Hijikatas und anderer

[20] Vgl. Ibarkai 1989.
[21] Maruyama 1965, 156f.

am Studium der Ökonomie auf das Problem der Objektivität in den Sozialwissenschaften gerichtet war, so wie es von Weber behandelt wurde.[22]

Daher wurden in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Untersuchungen zur Weberschen Methodologie der Sozialwissenschaften und zur verstehenden Soziologie vornehmlich auf dem Arbeitsgebiet der japanischen Soziologie durchgeführt. Die frühen Studien konzentrierten sich dabei auf die Erforschung der Konzepte des ›Idealtypus‹ und der ›Wertfreiheit‹.[23] Mit der Verstärkung dieser Forschungsaktivitäten trat auch eine stärkere Verbreitung der verstehenden Soziologie auf.[24] Entwicklungen in der Weber-Forschung jener Zeit lassen sich anhand der methodischen Arbeiten *Study of Max Weber's Interpretive Sociology* von Yuzuru Okada[25] (1930) und *On Some Categories of Interpretive Sociology* von Taro Sakata darstellen.

Besonders hinzuweisen ist auf den Einfluß E. Lederers, der in Japan von 1923 bis 1925 als Gastprofessor am wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Kaiserlichen Universität Tokio lehrte. Während seines Aufenthalts spielte Lederer, neben der intensiven Verfolgung akademischer Aktivitäten, eine aktive Rolle auf journalistischem Gebiet. Er veröffentlichte Aufsätze in Monatsmagazinen und Zeitschriften,[26] in denen er sich mit einer Vielzahl von Themen auseinandersetzte. Im Mittelpunkt der meisten seiner journalistischen Arbeiten standen Fragen der europäischen Volkswirtschaft und der Weltpolitik. Jedoch war einer der bemerkenswertesten Aufsätze Lederers aus diesen Jahren *Zum Methodenstreit in der Soziologie: Ein Beitrag zum Grundproblem einer verstehenden Soziologie*, der 1925 in *The Japanese Journal of Sociology* erschien. In diesem Beitrag, für den die Interpretation von Webers Theorie der Bedeutung des sozialen Handelns als Ausgangspunkt dien-

[22] Wohl als Reflex dieser Situation fand auch die Sekundärliteratur, die sich mit Weber befaßte, besonders einige Aufsätze R. Wilbrandts zur Methodologie Webers, eine weitere Verbreitung. Insbesondere Wilbrandts Schriften (1917) und (1925) wurden unter den Sozialwissenschaftlern, die zu Weber arbeiteten, hoch geschätzt und Teile der beiden Aufsätze wurden von Takayoshi Aoki 1926 übersetzt.

[23] Die damalige Ausrichtung der Forschung spiegelt sich sehr gut in den beiden Aufsätzen von Kentaro Komatsu *Method and Ideal Type in Sociological Study* (1927a) und *On the Ideal type Concept* (1927b) sowie in Nobuo Nodas Artikel *Ideal Type as a Way of Social Scientific Cognition* (1928) wider.

[24] Vgl. Baba/Saito/Sakuma 1966.

[25] OkadasAufsätze wurden in dem bemerkenswerten Sammelband von 1949 *Interpretive Sociology* (›Ryokai Shakaigaku‹) veröffentlicht.

[26] Lederer schrieb auch Aufsätze in japanischen Meinungsmagazinen. Seine beiden Artikel *The Cause and the Future of the Present European Problem* (1924a) und *The Political Meanings of the Dawes Report* (1924b) in *Kaizo* können hierfür als representativ angesehen werden.

te, führte Lederer eine theoretische Untersuchung der verstehenden Methode durch. Zweifellos spielte dieser Aufsatz damit eine bedeutende Rolle für die weitere Entwicklung der japanischen Soziologie, in der Webers verstehende Soziologie nach und nach stärker aufgegriffen wurde.

Die Arbeiten im Bereich der Weber-Forschung erreichten in den dreißiger Jahren einen Höhepunkt. Dies wird aus den wissenschaftlichen Schriften deutlich, die zwischen 1930 und dem Beginn der vierziger Jahre veröffentlicht wurden. Mehr als zehn Aufsätze erschienen jährlich auf diesem Gebiet, mehrere Bücher von und über Weber wurden übersetzt. Dementsprechend verstärkte sich die Untersuchung der Weberschen Ideen zur sozialwissenschaftlichen Methodologie und verstehenden Soziologie. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß sich gleichzeitig auch die Analyse der Zivilgesellschaft, die das Konzept der Rationalität nutzte und in den Blickpunkt rückte, weiterentwickelte.

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß sich in der japanischen Gesellschaft vor dem Zweiten Weltkrieg die Zivilgesellschaft erst spät entwickelte und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit mit Blick auf die Theorien der Zivilgesellschaft im allgemeinen noch unreif war. Darüber hinaus war in jenen Jahren der marxistische Ansatz der Zivilgesellschaft weit verbreitet und viele Sozialwissenschaftler in Japan gingen von einer pro-marxistischen Position aus. Jedoch waren sie auch für andere neue Theorien empfänglich und sie suchten mit ihren eigenen Mitteln eine Antwort auf die Probleme, die von der existierenden Gesellschaft gestellt wurden. Man kann sich leicht vorstellen, daß sie unter diesen Umständen unter den Einfluß einer Theorie der bürgerlichen Gesellschaft kamen, wie sie von Weber auf der Basis der Rationalität vertreten wurde. Insbesondere seitdem die Notwendigkeit bestand, das Problem der modernen bürgerlichen Gesellschaft innerhalb der japanischen akademischen Gemeinschaft anzuerkennen, wurde Webers Analyse großes Interesse entgegengebracht: Dies zeigt sich darin, daß jene, die sich in Japan mit Weber befaßten, bereits verhältnismäßig frühzeitig ein anhaltendes Interesse an dessen Arbeiten über *Die protestantische Ethik und der ›Geist‹ des Kapitalismus* zeigten.[27] Ein mit dieser Tendenz verwandter Aspekt war das Entstehen von Studien über Webers Arbeit über die mittelalterliche Stadt.

Im Fachgebiet Ökonomie wies Yoshihiko Uchida hinsichtlich des Weberschen Einflusses auf die Dogmengeschichte im Vorkriegsjapan darauf

[27] Dies wird verdeutlicht durch die Studien von Isamu Abe, Keishi Obara, Hisao Otska und anderen. Darüber hinaus erschien 1938 eine hervorragende Übersetzung der *Protestantischen Ethik*.

hin, daß »[t]he history of the study of Weber in Japanese economics is a history of the creation of Weberian ideas specific to Japan and relating to Weber and Marx«.[28] Dies scheint eine passende Sichtweise zu sein, die genau jene intellektuellen Bedingungen erfaßte, die spezifisch für das Verständnis der modernen bürgerlichen Gesellschaft in Japan waren. Daher wurden einerseits Forschungen zur Rationalität dieser modernen Gesellschaft und zur Ethik des Kapitalismus durchgeführt. Andererseits verschob sich ab der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre der Blickpunkt der Analyse zu vergleichenden Studien, in deren Verlauf Webers Theorie der orientalischen Gesellschaft stärker rezipiert wurde und Arbeiten mit exzellenten Resultaten hervorgebracht wurden.[29] In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß die Marxisten in Japan parallel dazu die Probleme der asiatischen Produktionsweise diskutierten und sehr starkes Interesse an einer Studie von K.A. Wittfogel (1931) über China zeigten. Wenn wir die Entwicklungen in Japan hinsichtlich Webers Theorie der orientalischen Gesellschaft erforschen, so darf nicht übersehen werden, daß eine charakteristische Eigenart einer solchen Entwicklung die kritische Auseinandersetzung mit Webers Sichtweise im Vergleich zu Wittfogels Arbeit war. Durch Webers Theorie wurden damals auch Probleme der Ethik in der Ökonomie von der Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften aufgegriffen; gleichzeitig entstanden auch Ansätze für eine Religionssoziologie.[30]

Hervorzuheben an dieser Stelle ist, daß während jener Zeitspanne die Erforschung der Weberschen Ideen einen fortgeschrittenes Stadium erreicht hatten. Wir müssen zudem festhalten, daß die Sozialwissenschaftler in Japan ihre Einstellung dahingehend verstärkten, das Studium der bürgerlichen Gesellschaft als Aufgabe des eigenen Selbstverständnisses zu erkennen; das heißt, daß die japanischen Sozialwissenschaftler durch die Analyse der modernen Gesellschaft und Webers Rationalitätskonzept Techniken anzueignen begannen, mit denen die Konzeptionen moderner Gesellschaften erfaßbar wurden. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werde, daß im Hintergrung derartiger Entwicklungen im Studium der orientalischen Gesellschaft die Einflüsse externer Faktoren und des 1937 begonnen Japanisch-Chinesi-

[28] Uchida 1965, 88.

[29] Als Beispiele hierfür können folgende Studien gelten: Hisao Otsuka's *»Spirit« of Capitalism in Max Weber: Preliminary Theory on Economic Ethics and Production Capacity in Modern Society* (1943), Fumio Anzai's *Concerning Max Weber's Theory of Chinese Social History* (1941), Yoshihiko Shima's *Lack of Capitalism In the Orient: With a Focus on Max Weber* (1939) sowie seine *Bases of Weber's Theory of the Orient and Its Critique* (1941).

[30] Im Jahr 1940 erschien die japanische Übersetzung von Webers *Konfuzionismus und Taoismus*.

schen Krieges standen. Obwohl ein mehr oder weniger spürbarer Druck bestand, die Wissenschaften den Fragen externer Gegebenheiten in dieser Zeit anzupassen, hatte die Weber-Forschung jenen Status erreicht, bei dem der eigene Standort für den Forscher eine Rolle zu spielen begann. Mit anderen Worten, die Wissenschaftler begannen, ihre Studien bewußt in bezug auf ihre eigene historische Position und mit dem Bewußtsein dafür durchführen.

Auf jeden Fall besteht kein Zweifel, daß die Weber-Forschung, ebenso wie jene zu Marx, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften in Japan vor dem Krieg spielte. In der Tat gab es eine Zeit, in der H. Freyers Begründung einer Wirklichkeitswissenschaft, die das Ethos der Wissenschaft lieferte, einen starken Einfluß in Japan hatte. Insbesondere sein Vorschlag, die praktische Wissenschaft als Studium der Gegenwart zu begreifen, hat neuerlich eine Kontroverse um die Werturteilsdebatten verursacht. Jedoch erlebten derartige Argumente von Freyer nur einen temporären Boom und seine Sichtweise war nie von einer längerfristigen Bedeutung.[31] Vielmehr sollten wir uns der Tatsache zuwenden, daß während des Krieges die Theorie der Wertfreiheit bei den oben genannten Entwicklungen in der Weber-Forschung anerkannt wurde. Dies war neu, da sie die Subjektivität und Verantwortlichkeit im Berufsethos der Forscher anerkannte. Das heißt, um es mit Maruyama auszudrücken, aus der Unsicherheit heraus, die eigene Haltung unter den Bedingungen der Kriegszeit zu positionieren, erfuhr die Theorie der Wertfreiheit als Gegenstand des Studiums eine stärkere Aufmerksamkeit als die eigentliche Sozialforschung. Eine derartige, auf subjektive Interpretation gerichtete Orientierung hat in Japan letztlich zum Bild Webers als einem die Wahrheit Suchenden beigetragen.[32]

So wurde das Studium Webers, wenngleich unter vielfältigen politischen und ideologischen Einschränkungen, auch während des Krieges fortgesetzt und seine Untersuchung der Methodologie in den Sozialwissenschaften übernommen. Meines Erachtens hatten diese Studien eine wichtige Bedeutung, indem sie eine methodologische Fundierung für die weitere Entwicklung der japanischen Soziologie lieferten. Als Beispiel für das hohe Niveau,

[31] Freyers Schriften *Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts* (1921), *Einleitung in die Soziologie* (1931) und *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft* (1930) wurden ins Japanische übersetzt und während des Kriegs veröffentlicht.

[32] Jaspers' Gedenkrede für Max Weber (1921) und *Max Weber: deutsches Wesen im politischen Denken, im Forschen und Philosophieren* (1932) wurden 1942 übersetzt und publiziert. Die Reaktion darauf war so positiv, daß beide Schriften im darauffolgenden Jahr neu aufgelegt wurden.

das die Weber-Studien in Japan in dieser Periode erreicht hatten, können die Arbeiten Yuzo Deguchis[33] gelten. In diesen Studien sind die Theorie der Wertfreiheit und das Konzept des Idealtypus nicht nur unter einer methodologischen Sichtweise umfassend dargestellt, sondern wir erkennen auch, daß diese als die subjektiven Probleme der Forschung klar festgehalten wurden. In gleicher Weise kann das Werk *Werturteilsstreit – Bibliographie*, herausgegeben von Yoichi Itagaki (1939) als Reflex des großen Interesses an diesen Fragen angesehen werden.[34]

Jedoch sind obige Befunde auf das Studium der deutschen Wissenschaft beschränkt und bedeuteten weder, daß während des Krieges unumschränkte Freiheiten in der sozialwissenschaftlichen Forschung gewährleistet waren, noch zeigen sie, daß Sozialwissenschaftler in Japan die gesamte Periode hindurch eine rationale Haltung gegenüber der Forschung beibehalten konnten. Vielmehr waren die Sozialwissenschaftler in der Realität mit Blick auf die Meinungsfreiheit strengen Beschränkungen unterworfen. Bis zum Ende der militaristischen Epoche waren die meisten Sozialwissenschaftler ausschließlich damit befaßt, ihre relative Autonomie aufrecht zu erhalten und hatten keinen Spielraum, offen andere Themen zu reflektieren. Jedoch ist unübersehbar, daß zu jener Zeit in der Soziologie eine Durchdringung mit unwissenschaftlichen und irrationalen Kräften auftrat. Insbesondere während des Zweiten Weltkriegs wurde für eine nationalistische ›Japanische Soziologie‹ und eine ethnizistische Orientierung auf der Grundlage der ruhmreichen japanischen Geistesgeschichte plädiert. Selbst unter derartigen Umständen konnte jedoch die Weber-Forschung relativ frei durchgeführt werden und Literaturübersetzungen waren nicht verboten. Der Grund hierfür lag möglicherweise schlicht in der Tatsache, daß Japan und Deutschland Verbündete während dieses Krieges waren. So konnten die Werke von Simmel, Scheler, Jerusalem, Mannheim, Freyer, Thurnwald, Spann und anderen ungeachtet ihrer ideologischen Ausrichtung übersetzt werden; ausgenommen waren allerdings marxistische Beiträge.

Die Spuren der japanischen Soziologie unter der faschistischen Herrschaft müssen selbstverständlich heute wie auch in Zukunft diskutiert werden,

[33] *Establishment of Value Freedom* (1939a), *Study on the Early Work of Max Weber – Introduction to the Establishment of the Theory of Value Freedom* (1939b) und *Methodological Significance of Ideal Types* (1940).

[34] Darüber ist festzuhalten, das Karl Löwith von 1936 bis 1941 Gastprofessor an der Kaiserlichen Universität Tohoku war, bevor er in die Vereinigten Staaten emigrierte. Während seiner Jahre in Japan partizierte er in der akademischen Gemeinschaft und trug entscheidend zur Entwicklung der Philosophie und der Sozialwissenschaften bei.

einschließlich der Position und der Rolle der Soziologie in ihrer Entwicklung zwischen der Vor- und der Nachkriegsperiode. Wenn wir unseren Blickpunkt auf die Bedingungen und Entwicklungslinien der Forschung in den Sozialwissenschaften während des Krieges richten, sollten wir die damals aufgeworfenen Probleme und die Orientierung der Forschung selbstkritisch untersuchen. Als 1964 in Tokio das ›Symposium zum hundertsten Geburtstag von Max Weber‹ abgehalten wurde, war die Forschung in Japan zwischen den zwanziger Jahren und der Mitte des Krieges das Hauptthema.[35] Die Diskussionen auf dem Symposium legen die Notwendigkeit einer neuerlichen Untersuchung des Einflusses Webers auf die Methodologie der japanischen Sozialwissenschaften, das Verständnis des Problems der Zivilgesellschaft und der Rationalität nahe. Die japanischen Sozialwissenschaften in der Periode *vor* dem Krieg waren bereits auf dem Weg zur Formung moderner Sozialwissenschaften gewesen.

4. Die Akzeptanz der Kultursoziologie und der Wissenssoziologie

Das Interesse an der Kultursoziologie begann sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu entwickeln. Die Publikation von Eikichi Sekis *Outline of Cultural Sociology* im Jahr 1929 kann als Reflex einer Situation gesehen werden, in der Studien zur Kultur- und Geschichtssoziologie bereits weit verbreitet waren. Die Kultursoziologie war jedoch theoretisch noch unausgereift und ihr Studium zeigte eine Tendenz zur Konzeptualisierung von Problemen, die der Entwicklung der Disziplin selbst vorauslief. Folgende Faktoren trugen dazu bei, das verstärkte Interesse an der Kultursoziologie hervorzurufen: erstens das gestiegene Interesse an Ideen zur Erklärung der sozialen und kulturellen Krise vor dem Hintergrund der auf den Ersten Weltkrieg folgenden Wandlungen in der Gesellschaftsstruktur und den Verschiebungen gesellschaftlicher Werte, zweitens die verschärften ideologischen Auseinandersetzungen und drittens die Reaktion auf die formale Soziologie.[36]

[35] Vgl. Ohtsuka 1965.

[36] Diese Faktoren wurden auch in dem folgenden Auszug aus der ›Ankündigung‹ in *The Cultural Sociology Series*, die 1931 die Sociology Study Group veröffentlichte, deutlich: »Despite the fact that a number of issues were brought to light by the social instability since World War I, what has sociology done? Contrary to its own nature, sociology has

Wie oben bereits angesprochen wurde, traten in Japan während der zwanziger Jahre, als der Kapitalismus sich bereits entwickelt hatte, schnelle soziale Veränderungen auf. Da unterschiedliche soziale Probleme aufbrachen, gelangten auch unterschiedliche Gesellschaftstheorien zur Blüte, und neben dem Marxismus wurden verschiedene Theorien der Kulturkrise breit diskutiert. In diesem Sinne traf die Verbreitung der Kultursoziologie auf die Bedürfnisse jener Zeit und hierin ist auch der Grund zu sehen, daß gerade Alfred Weber und Karl Mannheim den japanischen Soziologen höchst willkommen waren, da sie als Theoretiker der kulturellen Krise eine starke Anziehungskraft ausübten.[37]

Vergleicht man nun die Rezeption der Werke Webers und Mannheims, so war es Mannheims Wissenssoziologie, die häufiger aufgegriffen wurde. Allerdings wurde auch Webers Geschichts- und Kultursoziologie großes Interesse entgegengebracht. Jedoch ist es nicht leicht, die Frage nach dem Einfluß, den A. Weber auf die japanische Soziologie ausgeübt hat, genau zu beantworten. Ein Grund dafür könnte vielleicht in den Unterschieden zwischen Japan und Deutschland in den kulturellen Erfahrungen und der Traditon des Denkens liegen. Ein anderer Grund mag sein, daß viele Soziologen, die sich damals mit Kultursoziologie in Japan befaßten, eine Neigung zur Kritik der (herrschenden) Ideologie zeigten. Auf jedem Fall wurde A. Webers Kultursoziologie im wesentlichen lediglich als Einführung in die Theorie angesehen.

Im Gegensatz dazu hatte die Wissenssoziologie Mannheims einen explosiven Boom ausgelöst, der mit der Veröffentlichung seines Buches *Ideologie und Utopie* (1929) zusammenhing. Jedoch schon vor der Publikation dieses Werkes wurden Mannheims Ideen von einigen Soziologen hoch geschätzt, und seine Theorie fand in Japan Verbreitung. So waren Mannheims frühere Arbeiten bereits im *Japanese Journal of Sociology* rezensiert worden. Sein Name wurde allerdings erst richtig berühmt, als *Ideologie und Utopie* erschien. Das damit einsetzende Interesse an seinem Werk wird durch die

been withdrawing from society. This action on the part of sociology indicates an escape of sociology from reality. ... If we are attempting a realistic understanding of social facts, which is sociology's primary mission, we have no choice but to move sociology in the direction of a new science. One such path is cultural sociology.«

[37] Dies wird auch durch das große Maß an Interesse dokumentiert, das Alexander von Scheltings Werk *Zum Streit um die Wissenssoziologie. Die Wissenssoziologie und die kultursoziologischen Kategorien Alfred Webers* aus dem Jahr 1929 in Japan hervorrief. So war z.B. die Pionierarbeit im Bereich der Wissenssoziologie in Japan, Yuzuru Okadas Aufsatz *The Fundamental Problem of the Sociology of Knowledge* (1930) hauptsächlich mit Scheltings Argumenten befaßt.

Auswahl der Arbeiten für die oben bereits erwähnte *Cultural Sociology Series* deutlich.[38] Die Charakteristika der Arbeiten, die in der *Series* gesammelt wurden, lassen sich dadurch erfassen, daß sich alle Beiträge auf drei größere Themenbereiche konzentrierten: (1) eine Einführung in die Wissenssoziologie Schelers, Mannheims und Jerusalems, (2) Beurteilungen der Wissenssoziologie aus einer marxistischen Perspektive und (3) eine Untersuchung der Kultursoziologie und der Wissenssoziologie unter dem Blickwinkel des Historismus.

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß viele der Soziologen, die sich damals mit Kultursoziologie befaßten, auch dem Marxismus zugeneigt waren und die Wissenssoziologie von einem marxistischen Standpunkt aus analysierten. Wählt man die *Cultural Sociology Series* als Beispiel, so zeigt sich, daß ihre Herausgeber der Sociology Study Group angehörten, deren Mitglieder aus einer bemerkenswerten Mischung von Kultursoziologen und Marxisten bestanden. Zwei Gründe sind m.E. hierfür verantwortlich: Zum einen gab es während jener Periode der Krise in den zwanziger und dreißiger Jahren kein bereits etabliertes theoretisches Vermächtnis, das eine Herausforderung und ein intellektuelles Rüstzeug für die japanischen Sozialwissenschaftler dargestellt hätte. Zum anderen war die Sympathie für den Marxismus unter liberalen Gesellschaftswissenschaftlern, die einen Durchbruch bei der Überwindung der sozialen und kulturellen Krise schaffen wollten, stark ausgeprägt. Also fühlten sich einige unter den Soziologen stark zum Marxismus hingezogen, denn sie konnten Anleihen aus der marxistischen Kritik an der Zivilgesellschaft für Antworten auf die Veränderungen in der gesellschaftlichen Realität nutzen. Dies kann als unausweichliches Ergebnis angesehen werden, betrachtet man die Entwicklungsstufe, auf der

[38] Der erste Band der *Series* trägt den Titel *Treatises on Ideologies* (1931) und enthält Übersetzungen der folgenden Aufsätze: K. Mannheim *Das Problem einer Soziologie des Wissens* (1925) und das erste Kapitel aus *Ideologie und Utopie* (1929); M. Scheler *Die Formen des Wissens und die Bildung* (1929); G. Salomon *Historischer Materialismus und Ideologienlehre* (1926). Der Titel des zweiten Bandes der *Series* lautet *Sociology of Knowledge* (1932) und beinhaltet folgende Papiere: Jun Tosaka *Sociology of Knowledge*, Okimune Yuasa *The Two Ways of Sociology of Knowledge*, Toshio Kaba *Sociology of Knowledge and Historicism*, Taro Sakata *Historicism of Mannheim*, Keiji Satoh *Sociology of Knowledge of Jerusalem* und Ryozo Takeda *Social Form and the Study of Man*. Der dritte *Series*-Band, *Cultural Sociology* (1932), enthält die Beiträge von Jun Tosaka *Cultural Sociology*, Tsutomu Iwasaki *Cultural Philosophy*, Keiji Satoh *Cultural Sociology of Max Scheler*, Toshio Kaba *Cultural Sociology and Historicism*, Ryozo Takeda *Cultural Philosophy of G. Lukács*, und Ken Yamazaki *Cultural Theory of Lenin*. Darüber hinaus wurde noch eine *Bibliography of Cultural Sociology* hinzugefügt. Zugleich spiegeln die Arbeiten die Interessen der jüngeren Soziologengeneration im damaligen Japan wider.

sich die japanische Soziologie damals befand: Sie konnte weder in der Theorie noch für die Realität ausgereifte Konzepte über die Zivilgesellschaft bereitstellen. Außerdem bestand die Intention einiger Marxisten in der wissenschaftlichen Restrukturierung der Theorie der Ideologie mit Hilfe der Methode der Wissenssoziologie.

Auf diese Weise entstand die merkwürdige Allianz zwischen Kultursoziologen und Marxisten. Natürlich konnten in einem solchen Zweckbündnis, in dem die Sichtweisen so stark divergierten, die beiden Seiten weder auf theoretischem noch auf ideologischem Gebiet kooperieren und die Sociology Study Group spaltete sich 1933 in zwei Gruppierungen: Die Marxisten gründeten unter der Führung von Tosaka die Association for the Study of Materialism, wohingegen die Study Group of Social Philosophy and Social Science unter dem Vorsitz von Kaba und Takeda die Kultursoziologen umfaßte.

Kurz darauf begannen die Marxisten die Soziologie ideologisch heftig zu kritisieren.[39] Da durch diese Kritik die Konfrontation zwischen Marxisten und Kultursoziologen offenkundig geworden war, wurden die Argumente zur Ideologie innerhalb der Soziologie neuerlich untersucht. Als eines der Ergebnisse entstand in der Mitte der dreißiger Jahre unter jenen Soziologen, die mit dem Marxismus sympathisierten, eine Bewegung der Soziologiekritik, die die Wissenssoziologie heftig angriff[40] und eine Forschungsrichtung hervorbrachte, die eine historisch fundierte Kritik an den modernen Sozialwissenschaften in Japan übte. In diesem Bereich kann Shimizus 1936 entstandene *Japanese Cultural Morphology* als herausragendes Werk angesehen werden, da es die ideologischen Charakteristika der japanischen Sozialwissenschaften in der Entstehungsphase der Meiji-Epoche analysierte. Auf jeden Fall ist die Kombination der Kultursoziologie mit dem Marxismus als Versuch, das soziologische Problem zu lösen, eines der besonderen Merkmale der Wachstumsphase der japanischen Soziologie der dreißiger Jahre.

Gleichzeitig wurde jedoch auch die von Mannheim vertretene Konzeption der ›freischwebenden Intelligenz‹ breit diskutiert. Neben den drei oben genannten Bänden der *Cultural Sociology Series* wurden über die Kultur- und

[39] Die Kritik wurde in der von den Mitgliedern der ›Association‹ publizierten Zeitschrift *The Study of Materialism* vorgetragen.

[40] *The Criticism of Sociology* von Ikutaro Shimizu (1933) und *The Criticism of Sociology in our Time* von Toshio Hayase (1934) können als repräsentativ für diese Bewegung angesehen werden.

die Wissenssoziologie zahlreiche Bücher[41] und Aufsätze publiziert, wobei letztere sich in den meisten Fällen mit der Methodologie und der Theorie der Wissenssoziologie befaßten und eine Auseinandersetzung mit der ›freischwebenden Intelligenz‹ nicht notwendigerweise den Schwerpunkt der Diskussion bildete. Dennoch rief diese Konzeption Mannheims auch in Japan leidenschaftliche Debatten hervor.

Wie hier bereits festgestellt wurde, standen – unter dem starken Einfluß des Marxismus – viele den vorgetragenen Argumenten Mannheims kritisch gegenüber. Hinweise, die diese kritische Einstellung andeuten, ergeben sich aus dem schnellen Bekanntwerden von A. Fogarasis Mannheim-Kritik in Japan und der Verbreitung der Mannheim-kritischen Schriften von Horkheimer, Marcuse und Wittfogel, die einen beträchtlichen Einfluß auf die japanischen Soziologen ausübten. Der Grund für die heftige Kritik an der ›freischwebenden Intelligenz‹ lag darin begründet, daß dieses Konzept einer relativ klassenlosen Schicht der Intelligenz nicht nur für reine Theorie gehalten wurde, die keinen Schutz gegen den Faschismus bot, sondern daß es sogar die Möglichkeit beinhaltete, in einer Zeit zum Faschismus zu führen, in der der Militarismus gerade im Begriff war, an die Macht zu gelangen. Zahlreiche Kritiken behaupteten, daß Mannheims Theorie der Intelligenz selbst nur ein idealistisches Argument der Intellektuellen widerspiegele und daß sie lediglich ein Ausdruck der »Lebensverlegenheit« der Intellektuellen sei, die sich den Widersprüchen ihrer eigenen Realität gegenübersahen.[42] Im Schlußwort zu seinem oben bereits erwähnten Buch folgert Shinmei, daß »Sociology of knowledge as an ideology of intellectuals is tied to the fate of flying over the chaos of reality.« In einem anderen Abschnitt behauptet er, Fogarasi paraphrasierend, daß »Mannheim's conception of the intelligentsia has the possibility to combine with fascism«.[43] Diese Kritik war bereits von einer tiefen Geistesverwandtheit mit der damaligen Theorie des Sozialfaschismus geprägt.

Jedoch war die von Mannheim postulierte ›freischwebende Intellizenz‹ *keineswegs* inexistent. Unter diesem Geschichtspunkt verdient der herausragende Aufsatz des Politologen Tsugimaro Imanaka *On the Possibilities of a Scientific Politics of Karl Mannheim* (1934) besondere Aufmerksamkeit. Diese Arbeit gefällt wegen ihrer Einsichten in die *Verantwortung* der Intellektuellen unter der Konzeption der ›freischwebenden Intelligenz‹, um daraus

[41] So z.B. von Masamichi Shinmei *The Aspects of the Sociology of Knowledge* (1932) und von Kentaro Komatsu *Criticism of the Sociology of Knowledge* (1932).

[42] So hatte Mannheim die Krise der Zeit beschrieben; vgl. 1929a, 3.

[43] Shinmei 1932, 500.

einen Überblick über die gesamte soziale Situation zu gewinnen und ein gewisses Maß an politischer Synthese zu erzielen. Imanaka brachte seine hohen Erwartungen hinsichtlich einer neuen Synthese, wie sie von der Wissenssoziologie vorgeschlagen worden war, zum Ausdruck – zu einer Zeit, in der die Konfrontation der Ideologien immer unübersehbarer wurde. Er richtete die folgende Bemerkung an jene Gelehrten, die sich dieser Krise gegenübersahen: »It may be said that today is the age in which it will be possible to understand the various wills and world views expressed in the political sphere from the viewpoint of a sociological synthesis, and we are capable of receiving the lofty recognition as a science for the first time in our history«.[44] Dieses Zitat zeigt deutlich, daß der Kern seines Arguments in der festen Überzeugung besteht, daß die Sozialwissenschaftler in Zeiten der Krise ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht aufgeben dürfen.

Die Diskussion der Mannheimschen Ideen über die Intellektuellen blieb jedoch unter dem militaristischen Regime ertraglos. Auch die Ideologiediskussion, die einen zu kritischen Standpunkt gegenüber den damals existierenden politischen Verhältnissen zeigte, wurde für tabu erklärt, so daß sich eine Auseinandersetzung mit der Wissensoziologie vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs niemals richtig entwickeln konnte.

Literaturverzeichnis

Akimoto, R. (1975): Nihon Shakaigakushi (History of Japanese Sociology), Tokyo.

An, S. (1975): Meiji-shoki niokeru Doitsu-kokkashiso no Juyo ni kansuru Ichikosatsu, (The Reception of J.C. Bluntschli's Theory of the State by Hiroyuki Katoh in Early Meiji Japan), in: The Japanese Political Science Association (ed.), The Annuals of the Japanese Political Science Association, Tokyo.

Anzai, F. (1941): Concerning Max Weber's Theory of Chinese Social History.

Baba, A./Saito, S./Sakuma, J. (eds.) (1966): Max Weber Bunken Mokuroku (Bibliography, Max Weber Study in Japan), Tokyo.

Bluntschli, J.C. (1876): Allgemeines Staatsrecht, 5. Aufl., Stuttgart.

Deguchi, Y. (1939a): Establishment of Value Freedom.

Deguchi, Y. (1939b): Study on the Early Work of Max Weber – Introduction to the Establishment of the Theory of Value Freedom.

[44] Imanaka 1934, 71.

Deguchi, Y. (1940): Methodological Significance of Ideal Types.

Freyer, H. (1921): Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts, Leipzig; 2. Aufl. 1939.

Freyer, H. (1930): Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie, Leipzig.

Freyer, H. (1931): Einleitung in die Soziologie, Leipzig.

Havens, T.R.H. (1970): Nishi Amane and Modern Japanese Thought, Princeton.

Hayase, T. (1934): Gendai shahaigaka hihan (Critisim of Sociology in our Time).

Ibaraki, T. (1989): Probleme der Rezeption des soziologischen Werks von Max Weber in Japan – unter besondere Berucksichtigung der Interpretation der Gesellschaft ›Ma(r)x Webers‹ in der ›marxistischen Burgerschaft-Schule‹, in: Weiss, J. (Hrsg.), Max Weber heute: Erträge und Probleme der Forschung, Frankfurt a.M., S. 116-143.

Imanaka, T. (1934): Karl Mannheim no Seiji-shakaigaku, II (On the Possibilities of a Scientific Politics of Karl Mannheim), in: The Journal of Science of the State, 48 (9).

Itagaki, Y. (1939): Werturteilsstreit – Bibliographie.

Itoh, M. (1928): Doitsu Shakaigaku no Shiteki Hatten, I, II (Historical Development of German Sociology), in: The Japanese Journal of Sociology, Bde. 52 und 53.

Iwasaki, T. (1932): Cultural Philosophy, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.

Jansen, M.B. (ed.), (1965): Changing Japanese Attitudes Toward Modernization, Princeton.

Jaspers, K. (1921): Max Weber. Rede bei der von der Heidelberger Studentenschaft am 17. Juli 1920 veranstalteten Trauerfeier, Tübingen; japan. Übers. 1942, 2. Aufl. 1943.

Jaspers, K. (1932): Max Weber: deutsches Wesen im politischen Denken, im Forschen und Philosophieren, Oldenburg; japan. Übers. 1942, 2. Aufl. 1943.

Kaba, T (1932a): Cultural Sociology and Historicism, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.

Kaba, T. (1932b): Sociology of Knowledge and Historicism, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 2.

Komatsu, K. (1927a): Method and Ideal Type in Sociological Study.

Komatsu, K. (1927b): On the Ideal Type Concept.

Komatsu, K. (1932): Criticism of the Sociology of Knowledge.

Kurauchi, K. (1932): Sociology of Knowledge.

Lederer, E. (1924a): Dawes hokokosyo no Sekai-seijiteki Igi (The political Meanings of Dawes Report), in: The Kaizo, October.

Lederer, E. (1924b): Kironitatsu Yoroppa (Europe in a turning Point), in: The Kaizo, June.

Lederer, E. (1924c): Ohshu-mondai no Yurai to sonokisuu (The Cause and the Future of the Present European Problem), in: The Kaizo, January.

Lederer, E. (1925): Zum Methodenstreit in der Soziologie: Ein Beitrag zum Grundploblem einer ›verstehenden Soziologie‹, in: The Japanese Journal of Sociology, 25 und 26, S. 1-16 und 1-18.
Mannheim, K. (1925): Das Problem einer Soziologie des Wissens, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 1.
Mannheim, K. (1929a): Ideologie und Utopie, Bonn.
Mannheim, K. (1929b): Ideologie und Utopie (erstes Kapitel), in: The Cultural Sociology Series, Vol. 1.
Maruyama, M. (1965): Senzen niokeru Nihon no Weber Kenkyu (The Weber Study in prewar Japan), in: Ohtsuka, H. (ed.), The Study of Max Weber-Symposium of the 100th Anniversary of the Birth of Max Weber, Tokyo.
Noda, N. (1928): Ideal Type as a Way of Social Scientific Cognition.
Ohtsuka, H. (ed.) (1965): The Study of Max Weber-Symposium of the 100th Anniversary of the Birth of Max Weber , Tokyo.
Okada, Y. (1930a): Chishiki-shakaigaku no Konpon-mondai (The foundamental problem of the Sociology of Knowledge), in: The Japanese Journal of Sociology, 72.
Okada, Y. (1930b): Study of Max Weber's Interpretive Sociology.
Okada, Y. (1949): Ryokai Shakaigaku (Interpretive Sociology).
Otsuka, H. (1943): ›Spirit‹ of Capitalism in Max Weber: Preliminary Theory on Economic Ethics and Production Capacity in Modern Society.
Pittau, J.S.J. (1967): Political Thought in Early Meiji Japan, 1868-1889, Cambridge.
Rickert, H. (1923): Ethischer Individualismus und wirtschaftlicher Sozialismus in Fichtes Philosophie, in: The Kaizo, October.
Sakata, T. (1930): On Some Categories of Interpretive Sociology.
Sakata, T. (1932): Historicism of Mannheim, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 2.
Salomon, G. (1926): Historischer Materialismus und Ideologienlehre, in: Jahrbuch für Soziologie, Bd. 2; Nachdruck in: The Cultural Sociology Series, Vol. 1.
Satoh, K. (1932a): Cultural Sociology of Max Scheler, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.
Satoh, K. (1932b): Sociology of Knowledge of Jerusalem, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 2.
Schalapino, R.A (1962): Democracy and the Party Movement in Prewar Japan, Berkeley/Los Angeles.
Scheler, M. (1929): Die Formen des Wissens und die Bildung, (*Philosophische Weltanschauung*), in: The Cultural Sociology Series, Vol. 1.
Schelting, A. v. (1929): Zum Streit um die Wissenssoziologie. Die Wissenssoziologie und die kultursoziologischen Kategorien Alfred Webers, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 62, S. 1-66.
Seki, E. (1929): Outline of Cultural Sociology.
Shima, Y. (1939): Lack of Capitalism In the Orient: With a focus on Max Weber.
Shima, Y. (1941): Bases of Weber's Theory of the Orient and Its Critique.
Shimizu, I (1933): The Criticism of Sociology.

Shimizu, I. (1936): Japanese Cultural Morphology.
Shinmei, M. (1929): Doitsu Shakaigaku (German Sociology), Tokyo.
Shinmei, M. (1932): Chishiki-Shakaigaku no Shoso (The Aspects of Sociology of Knowledge), Tokyo.
Takata, Y. (1919): The Principles of Sociology.
Takata, Y. (1927a): Der Weg zur Gesellschaft, in: Jahrbuch für Soziologie, 3.
Takata, Y. (1927b): Die Gemeinschaft als Typus, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 83, S. 291-316.
Takeda, R. (1932a): Cultural Philosophy of G.Lukács, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.
Takeda, R. (1932b): Social Form and the Study of Man, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 2.
The Cultural Sociology Series, ed. by the Sociology Study Group, Vol. 1: Treatises on Ideologies (1931); Vol. 2: Sociology of Knowledge (1932); Vol. 3: Cultural Sociology (1932).
Tosaka, J (1932a): Cultural Sociology, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.
Tosaka, J. (1932b): Sociology of Knowledge, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 2.
Uchida, Y. (1965): Nihonshisoshi niokeru Weber-teki Mondai (The Problem of Max Weber Study in the History of Japanese Thought), in: Ohtsuka, H. (ed.), The Study of Max Weber-Symposium of the 100th Anniversary of the Birth of Max Weber, Tokyo.
Vierkandt, A.F. (1928): Die Grundgedanken meiner Gesellschaft in: The Japanese Journal of Sociology, 52.
Weber, M. (1904/05): Die protestanitische Ethik und der ›Geist‹ des Kapitalismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 20 und 21, S. 1-54 und 1-110; japan. Übers. 1938.
Weber, M. (1920): Konfuzianismus und Taoismus, in: ders., GARS. Bd. 1: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, 9. Aufl., Tübingen 1988, S. 276-536; japan. Übers. 1940.
Weber, M. (1956): Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte), in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft. 2. Hbd., 7. Abschn., Tübingen, S. 923-1033.
Wiese, L. von (1928): Die abstrakte Masse, in: The Japanese Journal of Sociology, 47.
Wilbrandt, R. (1917): Die Reform der Nationalökonomie vom Standpunkt der ›Kulturwissenschaften‹. Eine Antikritik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 73, S. 345-406.
Wilbrandt, R. (1925): Max Weber als Erkenntniskritiker der Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 79, S. 583-674; japan. Übers. 1926.
Wittfogel, K.A. (1931): Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, Leipzig.
Yamazaki, K. (1932): Cultural Theory of Lenin, in: The Cultural Sociology Series, Vol. 3.

Yonezawa, K. (1991): Doitsu Shakaigakushi Kenkyu (The Study of History of German Sociology), Tokyo.

Yuasa, O. (1932): The Two Ways of Sociology of Knowledge, in: The Cultural Sociology, Vol. 2.



Autorenhinweise

Akimoto, Ritsuo, geb. 1931; Studium der Soziologie; Professor an der Waseda Universität, Tokio. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Soziologie und der politischen Soziologie. Hauptwerke (japan.): Struktur der Macht, 1974; Geschichte der japanischen Soziologie, 1979; Karl Mannheims Studie, 1992.

Blomert, Reinhard, geb. 1951, Dr. rer. pol.; studierte in Heidelberg und Berlin. Forschungen zu Elias' Zivilisationstheorie und zur Geschichte der Heidelberger Sozialwissenschaften. Veröffentlichungen: »Psyche und Zivilisation«, Münster 1989; Aufsätze, Rezensionen, Rundfunkessays. Übersetzungen: Kettler/Meja/Stehr, »Politisches Wissen. Studien zu Karl Mannheim«, Frankfurt a.M. 1989; W. Foote Whyte, »Die Street Corner Society«, Berlin 1996.

Brintzinger, Klaus-Rainer, geb. 1961; Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Augsburg und Freiburg, 1988 Diplom-Volkswirt; 1995 Promotion zum Dr. oec. an der Universität Hohenheim; 1992 Eintritt in den Höheren Bibliotheksdienst des Landes Baden-Württemberg, seit 1994 Leiter einer wissenschaftlichen Bibliothek an der Universität Tübingen. Interessenschwerpunkte: Dogmengeschichte; Wissenschaftsgeschichte.

Demm, Eberhard, geb. 1943; studierte Geschichte und Politologie an der FU Berlin, lehrte an den Universitäten von Alberta (Edmonton), Amsterdam, Paris X und Paris XII und ist ordentlicher Professor für deutsche Geschichte an der Universität Lyon III sowie Leiter einer Forschungsgruppe für Friedens- und Konfliktforschung an der Maison des Sciences de l'Homme, Paris; z.Zt. Gastprofessor an der Humboldt-Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Erster Weltkrieg; Alfred Weber; deutsche Ostpolitik.

Eßlinger, Hans Ulrich, geb. 1964; Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hohenheim, dort am Institut für Volkswirtschaftslehre wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt »Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933«; z.Zt. Stipendiat in der Gradu-

iertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungsökonomie; Exilstudien; Theoriegeschichte der Volkswirtschaftslehre; Wissenschaftsgeschichte.

Freytag, Carl, geb. 1943; Studium der Physik in Tübingen und München, Habilitation über den Wind im Gebirge; Lehre und Forschung am Meteorologischen Institut der Universität München. Arbeitsschwerpunkte jenseits der Welt der Berge: Kritische Theorie; Erkenntnis und Warenaustausch; Walter Benjamin und Alfred Sohn-Rethel.

Giovannini, Norbert, geb. 1948; Studium zum Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Erziehungswissenschaften und Soziologie in Heidelberg und Frankfurt; Hauptschullehrer und Lehrbeauftragter am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität Heidelberg und in der Referendarausbildung. Arbeitsschwerpunkte: Universitäts- und Studierendengeschichte; Lokal- und Regionalgeschichte.

Hagemann, Harald, geb. 1947; seit 1974 Lehrtätigkeit an den Universitäten Kiel (Promotion 1977), FU Berlin (Vertretungsprofessur 1980-81), Bremen (Professor für Wirtschaftswissenschaft 1982-88), seit 1988 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie an der Universität Hohenheim in Stuttgart; 1986 Fulbright Visiting Professor, New School for Social Research in New York; 1989-90 Visiting Fellow, Cambridge (seitdem Life Member of Clare Hall); 1996 Gastprofessur, Universität Bologna; (Mit-)Herausgeber internationaler Fachzeitschriften; Mitglied des Exekutivkomitees und Schatzmeister der European Society of the History of Economic Thought. Hauptforschungsgebiete: Makroökonomische Theorie und Politik mit den Schwerpunkten Wachstum, Konjunktur, Beschäftigung und Verteilung einschließlich Theoriegeschichte. Verfasser zahlreicher Beiträge zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933.

Jansen, Christian, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Mathematik 1981, danach vier Jahre Arbeit in einem Druckereikollektiv; seit 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Heidelberg, 1989 Promotion; anschließend wissenschaftlicher Assistent, Ruhr-Universität Bochum; z.Zt. Stipendiat der DFG. Publikationen u.a. zur Heidelberger Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert; zum Volksdeutschen Selbstschutz in Polen 1939/40; zum Linksliberalismus im Deutschen Bund nach 1849.

Karadi, Eva, geb. 1946; Dozentin auf dem Philosophischen Lehrstuhl der Eötvös Lorand Universität, Budapest; 1995/96 Fellow im Collegium Budapest. Forschungen zur Ideengeschichte: Budapester Lukács-Kreis – Heidelberger Max Weber-Kreis; Karl Mannheim und seine Zeitgenossen.

Körner, Heiko, geb. 1932; Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Darmstadt. Hauptarbeitsgebiete: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Strukturpolitik, Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik; internationale Arbeitsmigration.

Lauterer, Heide Marie, geb. 1952, Dr. phil.; Wissenschaftliche Angestellte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Arbeit an einem Forschungsprojekt zur Geschichte der Parlamentarierinnen in Deutschland seit 1918.

Leites, Edmund, geb. 1939; Professor der Philosophie am Queens College der City University of New York, New York.

Lethen, Helmut, geb. 1939; Studium der Germanistik und Religionsphilosophie in Bonn und Amsterdam, 1970 Promotion an der FU Berlin; von 1977 bis 1996 am Deutschen Institut der Universität Utrecht/Niederlande; seit September 1996 Lehrstuhl für Neueste Deutsche Literatur an der Universität Rostock. Forschungsschwerpunkt: Europäische Avantgarden.

Lietzmann, Hans J., geb. 1951, Dr. phil.; Studium der Soziologie, Philosophie und Rechtswissenschaft in Marburg, Frankfurt und Giessen; Wissenschaftlicher Assistent an der Universität der Bundeswehr, München, Fakultät für Sozialwissenschaften; Forschungsaufenthalte in New York und Cambridge, MA (Harvard). Zahlreiche Veröffentlichungen zur Politischen Theorie, zur Geschichte der Politischen Theorie und Politikwissenschaft und zur Innen- und Rechtspolitik.

Markmann, Heinz, geb. 1926; Studium der Soziologie, Nationalökonomie, Staatslehre, Neueren Geschichte und Psychologie, 1951 Promotion zum Dr. phil., bis 1954 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Heidelberg; 1985 Honorarprofessor; bis 1989 Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in Düsseldorf. Arbeitsschwerpunkte: Technik und Beschäftigung; Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik; Industrielle Beziehungen; Wissenschafts- und Hochschulpolitik.

Merz-Benz, Peter-Ulrich, geb. 1953, PD Dr. phil.; Studium der Philosophie, Pädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie, Oberassistent am Soziologischen Institut der Universität Zürich, Privatdozent für Soziologie, insbesondere soziologische Theorie und Theoriegeschichte, Projektleiter der historisch-kritischen Ausgabe von Ferdinand Tönnies' »Gemeinschaft und Gesellschaft«; Mitglied des Editorial Board der Norbert Elias-Gesamtausgabe. Arbeitsschwerpunkte: Soziologische Theorie und Theoriegeschichte, insbesondere Ideengeschichte; erkenntniskritische Grundlagen der Sozialwissenschaften; Entwicklung einer soziologischen Rationalitätstheorie.

Müller, Guido, geb. 1957; Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft, Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Forschungsschwerpunkte: Wissenschafts- und Ideengeschichte im 20. Jahrhundert; Gesellschaftsgeschichte internationaler Beziehungen; deutsch-französische Beziehungen.

Pöpping, Dagmar, geb. 1964; Studium der Philosophie, Komparatistik und der Neueren Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkt: Konservatismus im 20. Jahrhundert.

Schmitt, Horst, geb. 1957, Dr., Dipl.-Pol. und Betriebswirt; Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Soziologie in Bonn und Hamburg; Referent in der Stabsabteilung ›Pädagogik‹ eines Bildungsunternehmens. Arbeitsschwerpunkt: Bildungsmarketing. Veröffentlichungen zum Themenbereich des vorliegenden Bandes: »Existenzielle Wissenschaft und Synopse – Zum Wissenschafts- und Methodenbegriff des ›jungen‹ Arnold Bergstraesser 1923-1936«, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 1989; »Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie«, Baden-Baden 1995.

Wobbe, Theresa, PD Dr. phil.; Historikerin und Soziologin, Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Forschungsarbeiten zur Soziologie und Soziologinnen 1890-1933; zuletzt als Herausgeberin zus. mit G. Lindemann: »Denkachsen«, Frankfurt a.M. 1994; mit C. Honegger: »Klassikerinnen des soziologischen Denkens«, München 1997.

Personenregister



Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften in Heidelberg bot einen ungewöhnlich breiten Fächerkanon: von der Nationalökonomie über die Politischen Wissenschaften bis zur Kultursoziologie – das machte es attraktiv. Viele bekannte Namen sind mit ihm verbunden: Alfred Weber als Gründer, Emil Lederer, Karl Mannheim oder Norbert Elias zählen ebenso dazu wie Arnold Bergstraesser, Jacob Marschak, Alfred Sohn-Rethel oder Marie Baum. So verschieden die Wege waren, die die einzelnen gingen, so vielfältig war das Bildungsangebot und so spannend die Geschichte des Instituts, die hier wieder zum Leben erweckt wird.

ISBN 3-89518-098-X